



Kanton Basel-Stadt

2013

2012

2011

2010

2009



Budget

Kanton Basel-Stadt

Bericht zum Budget 2012

an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt

Inhaltsverzeichnis

1 Die Einleitung	5
1.1 Vorwort des Regierungsrates	6
1.2 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen	8
1.2.1 Weltwirtschaft	8
1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft	8
2 Die mittelfristige Planung	11
2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates	12
2.1.1 Überblick	12
2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken	13
2.1.3 Als Region zusammenwachsen	15
2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen	17
2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen	19
2.1.6 Finanzielle Auswirkungen	22
2.2 Finanzplan 2012-2015	24
2.3 Planung der Departemente	28
2.3.1 Präsidialdepartement	28
2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement	34
2.3.3 Erziehungsdepartement	41
2.3.4 Finanzdepartement	47
2.3.5 Gesundheitsdepartement	51
2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement	56
2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	61
2.3.8 Behörden und Parlament	66
2.3.9 Gerichte	67
2.4 Planungsansätze	69
3 Das Budget	73
3.1 Budget im Überblick	74
3.1.1 Finanzielle Eckwerte	74
3.1.2 Personalentwicklung	77
3.1.3 Budgetierungsgrundlagen	84
3.2 Laufende Rechnung	85
3.2.1 Aufwand	86
3.2.2 Ertrag	91
3.3 Investitionsrechnung	95
4 Die Regierung und die Verwaltung	97
4.1 Die Regierung	99
4.2 Verwaltung	102
4.2.1 Präsidialdepartement	102
4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement	126
4.2.3 Erziehungsdepartement	152
4.2.4 Finanzdepartement	176
4.2.5 Gesundheitsdepartement	192
4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement	206
4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	223
4.3 Globalbudgets	241
4.3.1 Museen	241

4.3.2	Öffentlicher Verkehr	253
4.4	Übriges	262
4.4.1	Dienststellen im ordentlichen Nettoaufwand/Investitionsrechnung	262
4.4.2	Dienststellen im Allgemeinen Nettoertrag	265
5	Die Gerichte	269
6	Das Parlament	281
7	Die Investitionen	291
7.1	Kommentar zu den Investitionsbereichen und den grössten darin enthaltenen Investitionsvorhaben	292
7.1.1	Investitionsplafonds	292
7.1.2	Die grössten Vorhaben	293
7.1.3	Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	293
7.1.4	Öffentlicher Verkehr	294
7.1.5	Gesundheit	294
7.1.6	Bildung	294
7.1.7	Übrige	295
7.2	Investitionsübersichtsliste	295
7.2.1	Ausschöpfung der Plafonds	295
7.2.2	Investitionsübersichtsliste	296
8	Die Zahlungsströme	311
8.1	Beiträge an eigene Institutionen	312
8.2	Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen	314
9	Die funktionale Gliederung	323
9.1	Allgemeines zum Datenmaterial der Funktionalen Gliederung	324
9.2	Ergebnis Budget 2012	324
10	Die Erläuterungen	327
10.1	Glossar der finanziellen Fachbegriffe	328
11	Die weiteren Berichte zum Budget 2012 im Internet	343

1 Die Einleitung

1.1 Vorwort des Regierungsrates

Budget 2012: Schwarze Zahlen trotz Spitalfinanzierung und Wegfall Nationalbank-Ausschüttung Der Kanton Basel-Stadt budgetiert für das Jahr 2012 einen Überschuss von 72 Millionen Franken, und dies trotz erheblichen Mehrbelastungen durch die neue Spitalfinanzierung, einem höheren Beitrag in den Ressourcenausgleich und dem Wegfall der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank. Abgesehen von diesen Entwicklungen kann das Ausgabenwachstum in einem moderaten Rahmen gehalten werden. Auf der Einnahmeseite wird von stabilen Steuererträgen ausgegangen, was aufgrund der konjunkturellen Unsicherheiten mit einem gewissen Risiko verbunden ist.

Die Investitionen in den Standort Basel sollen weiterhin auf einem hohen Niveau gehalten werden, können aber nicht mehr allein aus den betrieblichen Mitteln finanziert werden, sodass der Finanzierungssaldo 2012 ein Minus von 82 Millionen Franken aufweist. Die Nettoschulden nehmen entsprechend in gleicher Höhe zu.

Neue Spitalfinanzierung führt zu höheren laufenden Ausgaben Die per 1. Januar 2012 in Kraft tretende neue Spitalfinanzierung wird den Kanton Basel-Stadt in der Laufenden Rechnung mit gut 42 Mio. Franken belasten. Neu finanziert der Kanton 55% des Tarifs in der Grundversorgung für stationäre Spitalbehandlungen sowie gemeinwirtschaftliche Leistungen. Entlastet wird der Kanton durch den Wegfall der bisherigen betrieblichen Defizitdeckung für die öffentlichen Spitäler und der bisherigen Subventionen an die Privatspitäler sowie den wegfallenden Abschreibungen auf den Anlagen und Immobilien der öffentlichen Spitäler. Ebenfalls entlastet wird die Investitionsrechnung, da die Spitäler in Zukunft ihre Investitionen in der Höhe von zurzeit 70 bis 80 Mio. Franken pro Jahr selber tragen müssen. Auf der Ebene Finanzierungssaldo resultiert damit für den Kanton noch eine Mehrbelastung von 10 bis 20 Mio. Franken.

Aufwandsteigerungen und Einnahmeausfall durch exogene Faktoren Neben der erwähnten Belastung der Aufwandseite durch die Neue Spitalfinanzierung wirken sich auch weitere gesamtschweizerische Entwicklungen negativ auf das Budget 2012 aus. So wird Basel-Stadt 2012 19.6 Mio. Franken mehr in den Ressourcenausgleich einbezahlen müssen, aufgrund der voraussichtlich wegfallenden Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank fehlen im Vergleich zum Vorjahr gar 41.2 Mio. Franken.

Steuerbarer betrieblicher Aufwand steigt nur moderat an Ohne die oben erwähnten Sonderfaktoren steigt der Ordentliche Nettoaufwand real nur um 0.7% an. Damit setzt der Regierungsrat seinen Pfad des restriktiven Aufwandwachstums fort. Mit 18.9 Mio. Franken am stärksten steigt der Aufwand aufgrund der regierungsrätlichen Schwerpunktsetzung, vor allem im Bereich Bildung. Daneben wurden für die Umsetzung der 2. Etappe der neuen Ferienregelung 4.5 Mio. Franken zusätzlich budgetiert. Gegenüber Budget 2011 entlastend wirkt sich aus, dass bei den Sozialkosten insgesamt ein um 13.7 Mio. Franken tieferer Aufwand erwartet wird. Aufgrund der unsicheren Konjunkturlage ist hier allerdings ein gewisses Aufwärtsrisiko vorhanden.

Weiterhin stabile Steuererträge erwartet Das gute Ergebnis 2010 bei den Steuererträgen für die natürlichen Personen lässt auch im laufenden Jahr und für das Jahr 2012 ein stabiles Niveau erwarten. Bei den Juristischen Personen ist aufgrund der in einzelnen Branchen spürbaren konjunkturellen Abkühlung in der 2. Jahreshälfte 2011 und der ab Rechnungsjahr 2012 wirksamen Steuersenkung mit leicht tieferen Erträgen zu rechnen.

Hohes Investitionsniveau führt zu neuen Schulden Die Investitionen befinden sich auch im Budget 2012 auf einem hohen Niveau, vor allem wenn berücksichtigt wird, dass die Investitionen der Spitäler künftig wegfallen. Grössere Investitionen werden unter anderem in den öffentlichen Verkehr, in den Neubau für die Hochschule für Gestaltung und diverse Schulhaussanierungen getätigt. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass es langfristig sinnvoll ist, die Investitionen auf ihrem hohen Niveau fortzuführen, auch wenn diese nicht mehr aus eigenen Mitteln finanziert werden können, sondern dafür neue Schulden aufgenommen werden müssen. Aufgrund der guten Ergebnisse und der moderaten Ausgabenpolitik der letzten Jahre konnte der dafür notwendige Handlungsspielraum geschaffen werden.

Im Budget 2012 entsteht für den Finanzierungssaldo ein Fehlbetrag in Höhe von 81.6 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 71.7% und dementsprechend steigen auch die Nettoschulden an. Die Nettoschuldenquote wird leicht von 3.3% im Jahr 2010 auf 3.4% im Jahre 2012 ansteigen.

Ausblick: weiterhin optimistisch, Risiken werden grösser Der Finanzplan 2012-2015 ist wie schon im Vorjahr weiterhin optimistisch. Die Entwicklung der Steuererträge basiert auf den zum Zeitpunkt der Budgetierung vorliegenden Konjunkturprognosen, welche fürs 2012 ein reales BIP-Wachstum von 1.5% prognostizieren. Darin enthalten sind zudem auch die bereits beschlossenen Steuersenkungen. Die Annahmen zur konjunkturellen Entwicklung sind aber mit wachsenden Risiken behaftet. Die vorlaufenden Indikatoren für die schweizerische Wirtschaft deuten darauf hin, dass auch eine deutliche Abschwächung des Wachstums in der Schweiz möglich ist.

Für die kommenden Jahre belastend wirken sich die steigenden Beträge für den Ressourcenausgleich im Rahmen des Finanzausgleichs. Die vergangenheitsorientierte Beitragsberechnung führt dazu, dass Basel-Stadt aufgrund der im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung während der letzten Jahre auch deutlich stärker belastet wird. Aktuelle Projektionen zeigen, dass der Beitrag des Kantons Basel-Stadt von heute 128 Mio. Franken bis auf 182 Mio. Franken im Jahr 2015 ansteigen wird.

Auch ohne die Investitionen für die Spitäler nehmen im Planungszeitraum die Nettoinvestitionen erheblich zu. Diese Investitionen können nicht mehr aus den erarbeiteten Mitteln finanziert werden, sondern es müssen dafür neue Schulden aufgenommen werden. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt deshalb deutlich unter 100% und beträgt für das Jahr 2015 noch 32%. Primär als Folge des im Planungszeitraum deutlich zunehmenden Investitionsniveaus werden die Finanzierungssaldi ab 2012 immer negativer. Am Ende der Planungsperiode ist mit einer jährlichen Neuverschuldung von über 300 Mio. Franken zu rechnen. Ausgehend vom Nettoschuldenstand 2010 werden bis Ende 2015 die Nettoschulden um fast 1 Mia. Franken auf 2.8 Mia. Franken oder auf 4.5% des Bruttoinlandprodukts der Schweiz ansteigen.

Der aktuelle Finanzplan ist wie bereits der vorjährige weiterhin optimistisch, aber mit grösseren Risiken behaftet. Sollte sich die erwartete Verlangsamung der Konjunktur tatsächlich zu einer erneuten Rezession ausweiten, wäre das vorliegende Szenario zu optimistisch. Schon in einem Szenario, in dem zum Beispiel die Steuereinnahmen ab 2013 stagnieren, würde das Defizit Ende 2015 um 150 Mio. Franken höher ausfallen und die Schulden damit um weitere 270 Mio. auf 3.1 Mia. Franken oder 4.9% des Bruttoinlandprodukts der Schweiz ansteigen.

1.2 Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

1.2.1 Weltwirtschaft

Nachdem sich die Weltwirtschaft 2010 deutlich erholt hatte, hat sich das Wachstum in den wichtigsten Wirtschaftsregionen der Welt im laufenden Jahr unterschiedlich fortgesetzt. Während die Länder Asiens mit Ausnahme Japans weiterhin hohe Wachstumsraten aufweisen, scheint sich die Dynamik in den USA deutlich abgeschwächt zu haben. Innerhalb der Eurozone zeigen sich weiterhin grosse Unterschiede. Die grossen nördlichen Eurovolkswirtschaften - allen voran Deutschland - wachsen schneller, während die Wirtschaft vieler südeuropäischer Staaten schrumpft oder stagniert.

Das Auslaufen der fiskalpolitischen Impulse hat wie erwartet zu Beginn des Jahres 2011 zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums geführt. Diese Verlangsamung wird durch den Lagerzyklus-Mechanismus noch verstärkt. So sind die in der Rezession geräumten Lagerbestände mittlerweile wieder gefüllt. Die Endnachfrage kann die Nachfrage der Firmen, die ihre Lager aufgefüllt haben, nicht ersetzen. Die Zuspitzung der europäischen Staatsschuldenkrise wirkt sich zusätzlich belastend aus und lässt die Nervosität und Verunsicherung an den Finanzmärkten steigen. Die von Regierungen in Grossbritannien, Deutschland, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland aufgrund der hohen Verschuldung angekündigten Sparprogramme gefährden die Erholung zudem erheblich. Demgegenüber wirkt sich der schwache Euro positiv auf die Exportentwicklung des Euroraums aus.

Auch für die stärker wachsenden Weltregionen ist der Ausblick nicht nur rosig. Fachleute befürchten dass die sehr expansive Geldpolitik zu lange andauert. Die reichlich vorhandene Liquidität könnte neue Blasen bilden und Verwerfungen auslösen. Die vermutete Immobilienblase in China gehört dazu. Um den inflationären Druck zu mildern, hat die chinesische Notenbank zuletzt die Kreditvergabe gedrosselt. Weit verbreitet ist die Furcht vor einer Überhitzung der chinesischen Konjunktur. Durch die gewaltigen Infrastrukturprojekte ist die Investitionsquote auf mehr als 40% des Bruttoninlandprodukts (BIP) geschneilt.

Das abgeschwächte Wachstum in den USA führt dazu, dass die Rekord hohe Arbeitslosigkeit nicht zurückgeht. Das Handelsdefizit der USA ist so hoch wie seit November 2008 nicht mehr. Weil die USA mehr konsumieren als sie produzieren, muss die Lücke durch massive Kapitalzuflüsse aus dem Ausland geschlossen werden. Bleiben diese aus, droht eine Dollar-Abwertung mit entsprechenden Auswirkungen für die Weltwirtschaft.

Aufgrund der erheblichen Abwärtsrisiken gehen immer mehr Fachleute davon aus, dass die Abkühlung in einer erneuten Rezession (Double Dip) mündet. Zum Zeitpunkt der Budgetierung gehen die meisten Prognosen für 2011 und 2012 zwar von einem - wenn auch gegenüber Vorjahr verlangsamten - Wachstum der Weltwirtschaft aus. Eine Revision der Prognosen nach unten wird aber immer wahrscheinlicher und auch ein Rezessionsszenario ist nicht mehr auszuschliessen.

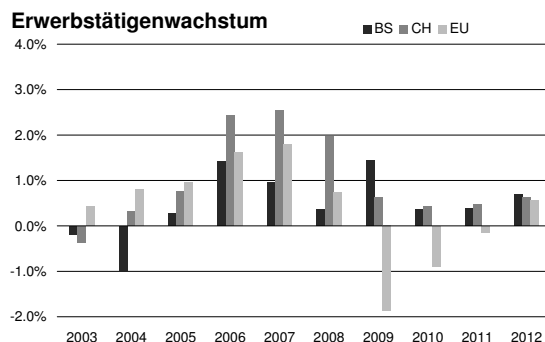
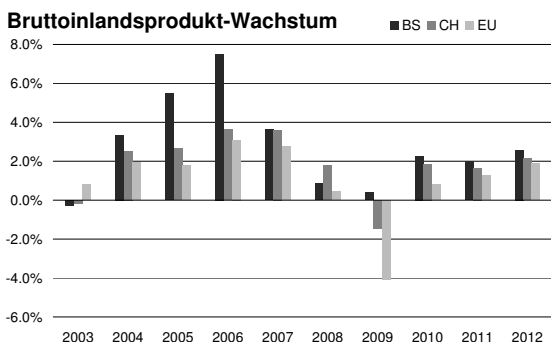
1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft

Die **Schweizer Konjunktur** hat sich von der Rezession im Jahr 2009 im Folgejahr mit einem realen BIP-Wachstum von 2.6% deutlicher erholt als erwartet. Das ist zum einen auf die erfreuliche Entwicklung der Schweizer Exporte dank der Erholung der globalen Konjunktur zurückzuführen. Auch im laufenden Jahr gehen die Wirtschaftsprognosen von einem Wachstum über 2% aus. Die stabile Auslandnachfrage hat bisher den negativen Effekt auf die Exportaktivität durch die Abschwächung des Euro gegenüber dem Franken kompensiert. Der private Konsum, der sich im 2010 noch als erstaunlich stark erwiesen hat, bösst im laufenden Jahr an Dynamik ein. Die anhaltende Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland gibt dem privaten Konsum weiter Auftrieb.

Aber auch die Schweizer Wirtschaft wird sich einer Verlangsamung des Wachstums in den kommenden Monaten nicht entziehen können. Die Nachfrage nach Produkten aus der Schweiz wird sich verlangsamen, weil die Impulse im Ausland in den kommenden Monaten nachlassen werden. Zudem wird sich auch der starke Franken negativ auf die Schweizer Exporte auswirken. BAKBASEL geht

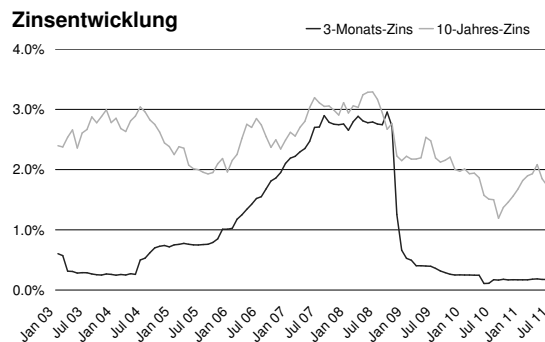
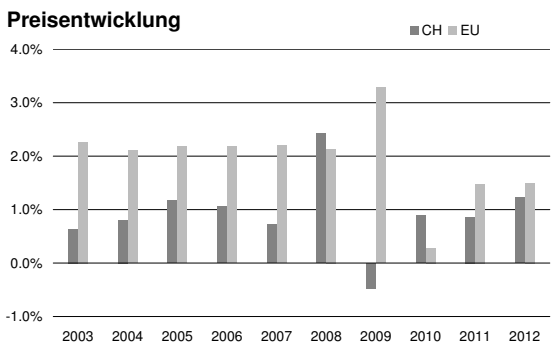
von einem Wachstum des Schweizer BIP von 2.2% im Jahre 2011 und 1.8% im Jahre 2012 aus, das SECO von 2.1% für 2011 und 1.5% für 2012.

Auch der **Schweizer Arbeitsmarkt** hat sich erst seit dem Peak im Januar 2010 mit einer Arbeitslosenquote von 4.5% recht deutlich erholt, auch wenn ein Teil der Reduktion der Arbeitslosenquote auf den geänderten Bezugsbedingungen beruht. Per Ende Juli 2011 beträgt die Arbeitslosenquote nur noch 2.8%. In den Prognosen wird aber damit gerechnet, dass die Arbeitslosigkeit bis Ende 2012 wieder leicht zunehmen wird.



Die Entwicklung der **Konsumentenpreise** verläuft nicht zuletzt wegen des starken Frankens, der insbesondere den Preisanstieg bei Erdölprodukten stark abdämpft, weiterhin sehr moderat. 2011 ist mit einer Teuerungsrate unter 1% zu rechnen. Für die mittlere Zukunft gehen die Szenarien auseinander. Weiterhin hohe Energiepreise und eine Abschwächung des Schweizer Frankens könnten relativ rasch zu einem leichten Anstieg der Inflation auf über 1% führen.

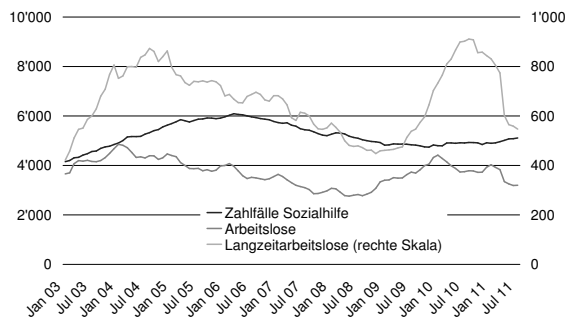
BAKBASEL geht für 2012 von einer Teuerung von 1.2% aus, die Schweizerische Nationalbank demgegenüber rechnet für 2012 nur noch mit einer Teuerung von 1.0% (gegenüber 2.2% noch vor einem Jahr). Sie schliesst aus ihrer Inflationsprognose, dass mit ihrer gegenwärtig expansiven Geldpolitik erst ab 2014 mit einer deutlich höheren Inflationsrate zu rechnen ist.



Als eine Massnahme gegen die Stärke des Schweizer Frankens hat die Schweizerische Nationalbank das Zielband für den Dreimonats-Libor auf 0%-0.25% verengt. Zusätzlich hat sie den Markt mit einer hohen Franken-Liquidität versorgt. Damit ist der Dreimonats-Libor weiter gesunken und liegt zurzeit praktisch bei 0%.

Auch die Zinsen am Kapitalmarkt sind auf einem neuen Tiefstand angelangt. Wie vor einem Jahr ist es aufgrund neuerlicher Unsicherheiten unter den Anlegern zu Kapitalverschiebungen von unsicher erscheinenden Anlagen hin zu sicher scheinenden gekommen. Diese Entwicklung hat zu einer Flucht in den Schweizer Franken als sicherer Hafen geführt. Gleichzeitig fiel auch die Rendite auf Bundesanleihen mit 10-jähriger Laufzeit, die zurzeit einen historischen Tiefstand verzeichnet. Die erhöhte Nachfrage nach Anleihen der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist für diesen Renditerückgang verantwortlich.

Wann und wie rasch eine geldpolitische Normalisierung im In- und Ausland stattfindet, hängt von der konjunkturellen Erholung in den einzelnen Ländern und von der Beruhigung an den Finanzmärkten ab. Zurzeit ist wegen der Entwicklungen der letzten Monate – gestiegene Risiken für Konjunktur und Finanzmärkte – tendenziell eher von einer Verzögerung der Umsetzung in vielen Ländern auszugehen. Deshalb ist mit einer Straffung der Geldpolitik durch die Schweizerische Nationalbank nicht vor Ende 2012 zu rechnen.

Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe**Arbeitslosenquote**

Die **Basler Wirtschaft** wird im laufenden Jahr gemäss BAKBASEL im Vergleich zu anderen Kantonen der Schweiz etwas weniger stark expandieren. Für 2011 und 2012 wird mit einem Anstieg des BIP von je 1.8% gerechnet. Dies ist auch bedingt durch eine etwas weniger dynamische Konjunktur der chemisch-pharmazeutischen Industrie.

Die **Arbeitslosenquote** in Basel-Stadt hat wie im schweizerischen Durchschnitt nach einem Höhepunkt zu Anfang 2010 mit einem Wert von 4.5% abgenommen und liegt im Juli 2011 bei 3.3%. Damit liegt die Arbeitslosenquote des Stadtkantons wieder etwas über dem schweizerischen Durchschnitt. Die **Zahlfälle der Sozialhilfe** sind seit Jahresbeginn wieder leicht ansteigend, unter anderem auch aufgrund der restriktiveren Regeln beim Bezug von Arbeitslosenentschädigung.

2 Die mittelfristige Planung

2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates

2.1.1 Überblick

Der Legislaturplan 2009-2013 beinhaltet die mittel- bis langfristige politische Planung des Regierungsrates. Vier Leitsätze bilden die Klammern um die gesamte regierungsrätliche Planung. Aus diesen Leitsätzen wurden Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit abgeleitet, wobei jeder dieser Schwerpunkte konkrete Ziele und Massnahmen beinhaltet.

Übersicht Leitsätze und Schwerpunkte Legislaturplan 2009-2013

Leitsatz	Schwerpunkt
Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken	<ul style="list-style-type: none"> Wirtschaftsstandort stärken Basel als Wissenszentrum positionieren
Als Region zusammenwachsen	<ul style="list-style-type: none"> Basel ist Zentrum des Metropolitanraums Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner
Basel als urbanes Zentrum festigen	<ul style="list-style-type: none"> Urbane Standortqualität Kulturstadt mit Ausstrahlung
Nachhaltig Lebensqualität schaffen	<ul style="list-style-type: none"> Chancengleichheit Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen Lebensqualität und Sicherheit

Auf den nachfolgenden Seiten sind die einzelnen Schwerpunkte mit den zugehörigen Massnahmen beschrieben. Aufgrund der kurzen Zeit seit der Publikation der Schwerpunkte und Massnahmen im Legislaturplan 2009-2013 sind vom Regierungsrat noch keine Änderungen beschlossen worden.

In einem weiteren Kapitel ist am Schluss dargestellt, mit welchen finanziellen Mitteln die Schwerpunkte im Budget und der Planung des Regierungsrates verknüpft sind.

2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken

Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein wachstumsstarker und international bekannter Wirtschaftsstandort.
- Die Stadt Basel ist eine wichtige Gastgeberin von internationalen Messen und Kongressen. Sie ist eine wirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutende Tourismus- und Begegnungsstadt.
- Der Kanton Basel-Stadt ist eine Drehscheibe für den Personen- und Güterverkehr in Europa.
- Unternehmen der Life Sciences und der anderen Zielbranchen sowie ausgewählter Technologiefelder werden im Kanton Basel-Stadt oft gegründet, entwickeln sich positiv und siedeln sich im Kanton an.

Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Massnahmen

- **Bedürfnisse der Unternehmen kennen** Der Kanton ist in regelmässigem Kontakt mit den Wirtschaftsverbänden und den wichtigen Unternehmen und kennt deren Bedürfnisse und Anforderungen an den Standort. Die Abgaben der Unternehmen werden für eine sichtbare, gute Dienstleistung des Staates und eine leistungsfähige Infrastruktur verwendet.
- **Steuerentlastungen bei den juristischen Personen** Der maximale Gewinnsteuersatz wird im Jahr 2011 um ein halbes Prozent auf 21.5 % gesenkt. Weitere Teilsenkungen um jeweils 0.5 Prozentpunkte sollen gestaffelt folgen, sofern die reale Wirtschaftsentwicklung und Nettoschuldenquote dies erlauben. Die Besteuerung der Dividendenerträge soll reduziert werden.
- **Umsetzung einer regional abgestimmten Strategie** Zusammen mit öffentlichen und privaten Partnern wird eine regionale Strategie für die Entwicklung der Life-Sciences-Wirtschaft verfolgt und konsequent umgesetzt.
- **Wirtschaftliche Schwerpunktgebiete schaffen** Um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, müssen Schwerpunktgebiete örtlich festgelegt und gegenseitig abgestimmt werden. Die im Richtplan bestimmten Planungsgrundsätze und -anweisungen und die entsprechenden Massnahmen zu den Schwerpunktgebieten werden weiter vorangetrieben.
- **Rekrutierung von Fachpersonal** Unternehmen sollen Arbeitsbewilligungen für das Fachpersonal rasch erhalten. Es soll kein Wachstumshemmnis entstehen, weil Fachpersonen fehlen. Beim Bund setzt sich der Kanton für eine entsprechende Unterstützung ein.
- **Leistungsfähige Standortpromotionsorganisation** Der Kanton beteiligt sich aktiv an der regionalen Standortpromotionsorganisation BaselArea und trägt dazu bei, dass diese leistungsfähig und wirkungsvoll ist.
- **Internationale Grossanlässe als Promotions- und Netzwerkplattformen nutzen** Grossanlässe werden vermehrt als Plattformen genutzt, um den Metropolitanraum Basel im internationalen Umfeld zu präsentieren und Städtepartnerschaften zu etablieren. In diesem Rahmen soll auch die Kooperation mit anderen Metropolitanräumen gefördert werden.
- **Leistungsfähige Verkehrsverbindungen** Der Personen- und Güterverkehr wird multimodal und grenzüberschreitend an die wichtigsten europäischen Zentren angebunden. Die Abstimmung zwischen den Verkehrsträgern und den politischen Körperschaften wird konsolidiert. Die Schienenanbindung des Flughafens EuroAirport wird innerhalb trinationaler Gremien vorangetrieben. Beim Schienenverkehr steht der Infrastrukturausbau im Vordergrund. In der Güterlogistik werden Optimierungs- und Konzentrationspotenziale evaluiert und koordiniert genutzt.
- **Weiterentwicklung der Rheinhäfen** Die von Basel-Stadt und Basel-Landschaft gutgeheissene Hafenearealstrategie der Schweizerischen Rheinhäfen wird umgesetzt. Sie ermöglicht einen nachhaltig effizienten Betrieb der ökologischen Schifffahrt. Dabei werden städtebauliche Ansprüche mitberücksichtigt.
- **Förderung junger Unternehmen** Das Unternehmertum sowie der Aufbau und die Entwicklung junger Unternehmen der Schlüsselbranchen und ausgewählter Technologiefelder

werden gefördert. Dazu werden auch geeignete Flächen auf dem Kantonsgebiet zu attraktiven Bedingungen bereitgehalten und zur Verfügung gestellt.

- **Netzwerkpflege im Rahmen der Städtepartnerschaft** Vor dem Hintergrund der Städtepartnerschaft mit Shanghai werden der Austausch und die Netzwerkpflege gefördert. Es wird geprüft, wie eine Plattform für die Netz-

werkpflege institutionalisiert werden kann.

- **Stärkung des Messe- und Kongressstandorts Basel** Der Kanton beteiligt sich am und unterstützt das Projekt „Messezentrum Basel 2012“, bei dem die Messebauten am Standort Basel erweitert und markant modernisiert werden. Dadurch wird der Messe- und Kongressplatz Basel spürbar aufgewertet.

Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt bietet gemeinsam mit den Hochschulen und anderen privaten und öffentlichen Partnern die Rahmenbedingungen für eine hochstehende Forschung und Entwicklung an.
- Sowohl das Bildungsangebot als auch die Forschung und Entwicklung sind hochstehend und innovativ: Sie positionieren den Kanton Basel-Stadt als Wissenszentrum.

Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Massnahmen

- **Förderung der Vernetzung im Hochtechnologiebereich** Gemeinsam mit öffentlichen und privaten Partnern wird die Vernetzung von Unternehmen untereinander sowie zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Hochtechnologiebereich gefördert. Dadurch werden Forschungserkenntnisse leichter und rascher umgesetzt und verwertet. Die Forschung wird von den Bedürfnissen der Wirtschaft angeregt.
- **Hochschul- und Universitätsentwicklung** Den Hochschulen (Universität, Fachhochschulen und ETH) werden bedarfsgerecht Entwicklungsräume bereitgestellt. Die Trägerschaft der Hochschulen und Universität wird auf weitere Kantone der Nordwestschweiz ausgeweitet.
- **Partnerschaftliche Standortentwicklung für die Hochschulen** Das Raumangebot für die Universität wird entsprechend dem prognostizierten Wachstum der Studierendenzahlen und der Strategie der Universität zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft erhöht und optimiert. Die Universität wird an möglichst wenigen Standorten konzentriert. Standorte im Kanton Basel-Landschaft werden gemeinsam mit dem Partnerkanton evaluiert.
- **Positionierung öffentlicher Spitäler und universitärer Kliniken** Die Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Spitäler und die Positionierung der universitären Kliniken im nationalen und internationalen Wettbewerb werden gestärkt, wobei eine Erweiterung der Trägerschaften geprüft wird.
- **Förderung von Kindern im Vorschulalter und Bildungswege in der Volksschule** Die Angebote zur Tagesbetreuung und die Förderung im Vorschulbereich werden entsprechend dem Programm «Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel» ausgebaut. Die Bildungsstruktur und die Bildungsinhalte in der Volksschule werden gemeinsam mit den Partnern (andere Kantone, Wirtschaftsverbände, Verwaltungsabteilungen) aufeinander abgestimmt.

2.1.3 Als Region zusammenwachsen

Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt trägt wesentlich zur Identität des Metropolitanraums Basel und zur Identifikation der Menschen mit dem Metropolitanraum Basel bei.
- Ein attraktives Verkehrssystem sichert die Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandorts und fördert eine stadtgerechte Mobilität – zur Entlastung von Umwelt und Wohnbevölkerung.

Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Massnahmen

- **Ausbau des öffentlichen Verkehrs** Der öffentliche Verkehr in der Region wird gezielt gefördert und ausgebaut. Der Ausbau wird auf die Siedlungsentwicklung und auf das Verkehrspotenzial abgestimmt, um den Modal-Split-Anteil zu erhöhen. Prioritär soll der Rückstand bei den grenzüberschreitenden Verbindungen und bei der Regio-S-Bahn (inkl. Projekt Herzstück) aufgeholt werden. Für längerfristige Ausbauten im Tram- und Eisenbahnnetz wird die Trasseesicherung frühzeitig eingeleitet. Gut erschlossene Standorte, insbesondere an S-Bahnstationen, werden in ihrer Rolle als Entwicklungsschwerpunkte gestärkt.
- **Leistungsfähige Strassenverkehrsachsen** Der motorisierte Individualverkehr (inkl. Lastwagenverkehr) wird auf den Hauptachsen kanalisiert. Durch verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Projekte werden die Wohngebiete von quartierfremdem Verkehr entlastet. Die Kantonsstrassen werden für den Langsamverkehr sicher gestaltet. Neue Entwicklungsgebiete werden optimal an das Strassennetz angebunden.
- **Basel-Stadt als Kern der grenzüberschreitenden Agglomeration** Die Siedlungsentwicklung auf Kantonsgebiet folgt der Strategie der «Siedlungsentwicklung nach innen». Diese Strategie wird mit den direkt betroffenen Nachbarn sowie in den Organen des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) mit der räumlichen Entwicklung der Nachbargemeinwesen koordiniert.
- **Abstimmung der Sportpolitik und der Sportanlagenplanung** Sportpolitische Anlässe von regionaler Bedeutung, die Planung und die Schwerpunkte der Sportpolitik werden mit den Nachbarkantonen und in der Region abgestimmt. Besonders bei den Sportanlagen soll Basel im Mittelpunkt einer Region stehen, in welcher die Sportinfrastruktur attraktiv und gut abgestimmt ist und wenn möglich gemeinsam getragen wird.
- **Verlagerung auf den Velo- und Fussgängerverkehr** Um eine Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den Velo- und Fussgängerverkehr zu erreichen, wird dem Langsamverkehr ausreichend Raum zugebilligt. In der Innenstadt und in den neuen Siedlungsgebieten werden neue Verbindungen für den Langsamverkehr ausgestaltet.

Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein zuverlässiger, zugkräftiger und kooperativer Partner für die anderen Gebietskörperschaften und Organisationen im Metropolitanraum Basel.
- Der Kanton Basel-Stadt gestaltet die Bildungslandschaft in Abstimmung mit den Kantonen der Nordwestschweiz und versteht sie als Teil eines nationalen Bildungsraums.
- Der Kanton Basel-Stadt entwickelt und steuert das Verkehrssystem gemeinsam mit den staatlichen und privaten Partnern des Metropolitanraums Basel.
- Der Kanton Basel-Stadt bildet zusammen mit den Kantonen der Nordwestschweiz einen gemeinsamen Gesundheitsraum.

Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Massnahmen

- **Kooperation in der Nordwestschweiz** Die Zusammenarbeit unter den Nordwestschweizer Kantonen weitet sich aus. Neben der besonders engen Partnerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft wird eine stärkere Einbindung des Kantons Jura vorangetrieben.
 - **Harmonisierung der Schulen** In der Nordwestschweiz werden für alle Bildungsstufen verbindliche Kommunikationsforen und Zusammenarbeitsformen aufgebaut bzw. konsolidiert. Dabei wird die Harmonisierung der Bildungsstrukturen und -inhalte angestrebt.
 - **Gesundheitsraum Nordwestschweiz** Ein Gesundheitsraum Nordwestschweiz mit einem umfassenden Entwicklungs- und Investitionsprogramm wird angestrebt. Er verstärkt und harmonisiert die Zusammenarbeit in allen Gesundheitsbereichen mit dem Kanton Basel-Landschaft, den anderen Kantonen der Nordwestschweiz und dem angrenzenden Ausland.
 - **Institutionalisierung des Lobbyings auf Bundesebene** Durch Allianzen mit anderen Nordwestschweizer Kantonen wird eine wahrnehmbare Grösse für die Beeinflussung politischer Geschäfte auf Bundesebene erreicht.
- Die zielgerichtete Interessensvertretung wird in verschiedenen Gremien und Konferenzen auf regionaler und nationaler Ebene betrieben. Durch flankierende Veranstaltungen wird der Dialog zwischen eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und den Regierungsräten der Nordwestschweizer Kantone gefördert.
- **Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit** Die verschiedenen Gremien und Organisationen im Bereich der trinationalen bzw. regionalen Zusammenarbeit werden stärker aufeinander abgestimmt und die Inhalte koordiniert. Für die Kommunikation nach aussen soll zudem eine Dachmarke eingeführt werden.
 - **Öffnung in Richtung anderer Metropolitanräume** Der Fokus der regionalen Zusammenarbeit ist auf den trinationalen Metropolitanraum Basel ausgerichtet. Gleichzeitig wird das Verhältnis zu anderen Metropolitanräumen in den nächsten Jahren geklärt. Insbesondere die Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Wirtschaft bietet ein hohes Zukunftspotenzial.

2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen

Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein gefragter Lebensmittelpunkt für Menschen mit vielfältigen Lebensentwürfen aus dem In- und Ausland.
- Die Siedlungsentwicklung im Kanton Basel-Stadt erfolgt weitgehend innerhalb des ausgewiesenen Siedlungsgebietes und richtet sich nach innen.
- Im Kanton Basel-Stadt wird neuer Wohnraum von hoher Qualität für unterschiedliche Ansprüche geschaffen und bestehender Wohnraum aufgewertet.
- Der Kanton Basel-Stadt anerkennt die ökologische und soziale Bedeutung von Frei- und Grünflächen und ermöglicht deren vielfältige funktionale Nutzung.

Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Massnahmen

- **Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot** Der Richtplan sieht vor, in den nächsten zwanzig Jahren zumindest den notwendigen Raum zum Ausgleich des steigenden Flächenbedarfs pro Kopf zu schaffen. Gleichzeitig sind die Freiraumqualitäten zu erhalten oder wenn möglich zu erhöhen. Potenzial für neuen Wohnraum wird geschaffen, indem neue Siedlungsgebiete ausgeschieden und bisher anders genutzte Areale geöffnet werden. Zudem werden Investitionen in den Wohnungsbau und die bessere Nutzung der Reserven im Wohnungsbestand angeregt. Als Beitrag für eine gute Bevölkerungsdurchmischung wird hochwertiger Wohnraum spezifisch gefördert. Die Verdichtung nach innen wird durch die Schaffung von Frei- und Grünräumen ergänzt.
- **Unterstützung der Wohnpolitik durch Einbezug der Immobilien des Finanzvermögens** Das Stadtwohnen ist ein zentrales Element der Immobilienstrategie des Finanzvermögens. Es werden sowohl staatliche Projekte umgesetzt als auch private und gemeinnützige Investitionen einbezogen. Die staatlichen Massnahmen berücksichtigen die wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit und setzen dort ein, wo der Immobilienmarkt die wohnpolitischen Interessen des Kantons zu wenig wahrnimmt. Wichtige Projekte sind Liegenschaftssanierungen sowie laufende Arealentwicklungen.
- **Angebote und Räume für Kinder und Jugendliche** In jedem Quartier stehen ausreichend niederschwellige Angebote und Raum für Kinder und Jugendliche zur Verfügung, die es ihnen ermöglichen, soziale Kontakte zu Gleichaltrigen zu knüpfen und sich in ihrer Freizeit sinnvoll zu beschäftigen. Die Kinder und Jugendlichen können ihre Bedürfnisse und Anliegen einbringen und so den Ort mitgestalten.
- **Konzept für den öffentlichen Raum** Es wird ein umfassendes regierungsrätliches Konzept zur Steigerung der Lebensqualität und der Sicherheit im öffentlichen Raum entwickelt und umgesetzt.
- **Lärmschutz und Sauberkeit gewährleisten** Verkehrslenkende Massnahmen und Schallschutzfenster sorgen für Ruhe vor Strassenlärm. Beispielungspläne lenken die Nutzung von stark belebten Plätzen. Illegaler Abfall wird beseitigt und verhindert.
- **Attraktive und belebte Basler Innenstadt** Die langfristige Sicherung sowie die bedarfsgerechte, nachhaltige Weiterentwicklung der Qualitäten der Basler Innenstadt sowie der Riehener und Bettinger Dorfzentren sind wichtig. Gemeinsam mit der Bevölkerung, dem Gewerbe und der Verwaltung werden Perspektiven für die Innenstadt erarbeitet und entlang von Themen vertieft. Daraus wird ein Entwicklungskonzept erarbeitet und umgesetzt. Die direkte Erschliessung der Innenstadt aus der Region wird mit dem Ausbau der Regio-S-Bahn (Herzstück) verbessert.
- **Projekt „Welcome“** Der Ersteindruck, den Gäste und Neuzuzüger von Basel erhalten, soll verbessert werden. Dazu werden mit Partnern innerhalb und ausserhalb der Verwaltung geeignete Massnahmen geplant und umgesetzt.
- **Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch Märkte** Veranstaltungen im öffentlichen Raum wie die Herbstmesse und Märkte

werden so organisiert, dass sie zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt beitragen und vermehrt Besucherinnen und Besucher aus dem In- und Ausland anziehen.

- **Akquisition von Grossveranstaltungen**

Grossveranstaltungen des Sports werden akquiriert. Eine konsequent kundenorientierte Zusammenarbeit von Basel Tourismus, der Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing und der Abteilung Sport erhöht dabei die Erfolgchancen.

Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Ziele

- Der Kanton Basel-Stadt ist ein wichtiges kulturelles Zentrum mit internationaler Ausstrahlung. Er verfügt über eine lebendige Kulturszene und setzt in den Bereichen bildende Kunst, Musik, Theater wie auch Architektur bedeutende Akzente.
- Der Kanton Basel-Stadt etabliert und sichert starke Partnerschaften mit privaten und öffentlichen Trägern, die das Kulturangebot mitgestalten und die kulturellen Zentrumsleistungen mittragen und mitfinanzieren.
- Die staatlichen und subventionierten Kulturinstitutionen berücksichtigen in ihren Angeboten die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung. Der Kulturvermittlung kommt ein hoher Stellenwert zu.

Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Massnahmen

- **Kulturpolitik und Kulturleitbild** Die Kulturpolitik umfasst die Förderung des professionellen Kulturschaffens sowie die Unterstützung von Körperschaften und Institutionen mit überregionaler Ausrichtung. Gemäss dem neuen Kulturfördergesetz Basel-Stadt legt der Regierungsrat die Kulturförderpolitik in einem Kulturleitbild periodisch fest. Zudem wird ein Erweiterungsbau für das Kunstmuseum Basel auf der Parzelle des heutigen «Burghofs» erstellt. Weiter wird eine partnerschaftliche Finanzierung des Theater Basel realisiert.
- **Interkantonaales Finanzierungsmodell** Für Kulturinstitutionen mit überregionaler Bedeutung wird längerfristig ein interkantonaales Finanzierungsmodell nach den Prinzipien der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) angestrebt.
- **Akquisition von neuen Grossanlässen und Betreuung von Grossveranstaltern** Neue kulturelle Grossveranstaltungen mit überregionaler Ausstrahlung werden nach Basel geholt. Daneben werden die bereits hier tätigen Organisatoren gepflegt und in ihren Bemühungen unterstützt, die internationale Ausstrahlung ihrer Veranstaltungen zu verstärken.
- **Förderung der kreativen Aktivitäten** Im Dreispitzareal, im Kasernenareal und in weiteren Stadtteilen werden Räume geschaffen, in denen vielfältige Formen kreativer Aktivität möglich werden.

2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen

Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Ziele

- Frauen und Männer sind in ihrer Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben gleichgestellt.
- Alle Kinder und Jugendlichen erhalten optimale Bildungschancen und können in angemessener Form am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben teilnehmen. Dabei orientieren sich die Schulen im Kanton Basel-Stadt an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen und an den Erfordernissen von Gesellschaft und Wirtschaft.
- Migrantinnen und Migranten haben gleichberechtigten Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie zum Bildungs- und Gesundheitssystem und können am öffentlichen Leben teilnehmen.
- Menschen mit einer Behinderung können gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen.

Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Massnahmen

- **Eine kinder- und familienfreundliche Stadt** Eine Standortbestimmung zur «Kinder- und Familienfreundlichkeit» wird durchgeführt. Daraus werden die notwendigen Massnahmen abgeleitet, um eine hohe Attraktivität für Familien mit Kindern zu erreichen.
- **Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung** Ein Netz von Angeboten für die familienergänzende Kinderbetreuung wird aufgebaut, das es den Eltern ermöglicht, rasch einen Platz in einem Angebot der Tagesbetreuung zu erhalten. Die Zahl der Tageschulplätze wird erhöht.
- **Programm «Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel»** Rahmenbedingungen werden gefördert, um Beruf und Familie optimal miteinander zu vereinbaren.
- **Integrative Volksschule** Integration ist zentraler Auftrag des Bildungswesens. Die Integration in Arbeitswelt und Gesellschaft gelingt im Regelfall besser, wenn auch die Förderung der Kinder und Jugendlichen integrativ erfolgt. Es werden die Voraussetzungen für eine integrative Volksschule geschaffen, welche für alle Kinder und Jugendlichen zuständig ist.
- **Ausbau der frühen Förderung und Bildung** Bestehende Angebote im Frühbereich werden bedarfsgerecht so gestaltet, dass sie insbesondere durch benachteiligte Familien in Anspruch genommen werden. Ziel ist es, allen Kindern einen guten Lebensstart zu ermöglichen und gleiche Chancen zu gewährleisten.
- **Öffnung der Berufswahl und Stärkung von vielfältigen Lebensentwürfen** Ein breit angelegtes Aktionsprogramm wird umgesetzt mit dem Ziel, die Berufswahl für Jungen und Mädchen zu öffnen.
- **Nachholbildung, Erwachsenenbildung** Die qualifizierende Nachholbildung zur Erlangung eines Abschlusses auf der Sekundarstufe II sowie die Erwachsenenbildung zur Erhaltung und Entwicklung der individuellen Arbeitsmarktfähigkeit werden gefördert.
- **Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten** Die Integration wird gefördert, indem die Bevölkerung und die Verwaltung sensibilisiert und informiert werden. Strukturelle Hürden werden zur Verhinderung von Diskriminierungen abgebaut und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen. Migrantorganisationen sowie Angebote zur Sprach- und Integrationsförderung werden unterstützt. Im Rahmen staatlicher Dienstleistungen wird die Nutzung dieser Förderangebote unterstützt und gefordert.
- **Förderung der Selbständigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung** Zugangsbarrieren im gesellschaftlichen, beruflichen und baulichen Bereich werden abgebaut. Zugänglichkeit und Benutzbarkeit öffentlicher Bauten und Anlagen sowie des öffentlichen Verkehrs werden verbessert. Weitere Unterstützungsangebote fördern die individuelle Entwicklung von Menschen mit einer Behinderung.

Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Ziele

- Gemessen am Bruttoenergieverbrauch weist der Kanton Basel-Stadt einen stark steigenden Anteil an erneuerbaren Energien auf.
- Der Kanton Basel-Stadt nimmt beim Energiekonsum eine Vorbildfunktion ein, insbesondere im Gebäudebereich und bei der Mobilität. Er ist ein starker Innovationsort im Bereich erneuerbarer Energien und setzt mit einer fortschrittlichen Energiepolitik positive Impulse für neue Unternehmen.
- Die Entwicklung des Siedlungsraums im Kanton Basel-Stadt ist koordiniert und inhaltlich kohärent mit derjenigen der angrenzenden Gebietskörperschaften.
- Im Kanton Basel-Stadt sinkt die Belastung der Luft durch Luftschadstoffe unter die Jahresgrenzwerte. Es wird haushälterisch mit Wasser umgegangen. Die Belastung der Gewässer nimmt ab.
- Der Kanton Basel-Stadt investiert in Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Finanzhaushaltes. Er geht mit seinen finanziellen Ressourcen haushälterisch um. Die Nettoschuldenquote bleibt dabei immer unter der gesetzlich vorgegebenen Maximalquote.

Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Massnahmen

- **Die «2000-Watt-Gesellschaft» als Leitmotiv** Projekte werden initiiert und unterstützt, um die Energieeffizienz zu verbessern und um den Anteil an erneuerbaren Energien kontinuierlich zu erhöhen. Im Mittelpunkt stehen die Bereiche Bauen (Neubau und Sanierungen) und Mobilität. Dabei wird mit Partnern aus der Wirtschaft und der Wissenschaft zusammengearbeitet. Der Kanton nimmt in diesen Bereichen selber eine Vorbildrolle ein und setzt das Projekt «CO₂-neutrale Verwaltung» kontinuierlich um.
- **Ressourcen schonen mit Abfallbewirtschaftung** Die Abfallbewirtschaftung wird darauf ausgerichtet, dass Ressourcen so gut wie möglich wiederverwendet und umweltgefährdende Stoffe aus dem Kreislauf ausgeschieden werden. Das im Abfall gebundene Energiepotenzial wird optimal ausgeschöpft. Industrie und Gewerbe erhalten Unterstützung bei der Optimierung ihrer betrieblichen Abläufe zur Vermeidung von Abfällen und zur Schonung der Ressourcen.
- **Knapper Raum wird optimal genutzt** Der öffentliche Raum wird weiter aufgewertet und das Nutzungsmanagement optimiert. Mit einer Strategie für die Bespielung des öffentlichen Raums wird festgelegt, welche Räume wie genutzt werden sollen bzw. welche Instrumente im Konfliktfall angemessen sind.
- **Luftbelastung vermindern** Die Luftbelastung wird flächendeckend erfasst. Massnahmen für stark belastete Standorte werden erarbeitet und Vollzugskonzepte optimiert.
- **Nachhaltige Ausgabenpolitik** Der Kanton setzt klare Prioritäten und verfolgt weiterhin eine moderate Ausgabenpolitik. Aufgrund der Rezession müssen die Nettoausgaben in der zweiten Hälfte der laufenden Legislatur gesenkt werden. Neue und bestehende Aufgaben werden konsequent auf ihre Notwendigkeit überprüft. Die Abläufe in der Verwaltung werden laufend verbessert.
- **Unterstützung der Quartiertreffpunkte** Quartiertreffpunkte gemäss Rahmenrichtlinien können unabhängig von der statistischen Quartiereinteilung nach Bedarf und bei ergänzendem Angebot vom Kanton unterstützt werden.

Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Ziele

- Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen fühlen sich im Kanton Basel-Stadt sicher und leben friedlich zusammen.

- Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein soziales Sicherungssystem, das den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht. Die materielle Existenz ist gesichert, so dass die Handlungsfähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner gewahrt bleibt.
- Der Kanton Basel-Stadt stellt eine bedarfsgerechte und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung bereit, die insgesamt finanzierbar und für das Individuum erschwinglich ist.
- Der Kanton Basel-Stadt setzt sich für Erhalt und Förderung der Gesundheit ein und unterstützt seine Bevölkerung in einer gesundheitsbewussten Lebensweise.
- Der Kanton Basel-Stadt anerkennt das Engagement von Menschen, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl einsetzen.
- Die Angebotsplanung im Bereich Wohnen, Mobilität, Sicherheit und Betreuung ist der demografischen Entwicklung angepasst.

Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Massnahmen

- **Gefährdungsanalyse** Eine Gefährdungsanalyse des Kantons Basel-Stadt wird erstellt, welche die detaillierten Bedürfnisse für Prävention, Vorsorge und Bewältigung von Katastrophen und Notlagen ausweisen wird.
- **Erdbebenvorsorge** Gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft werden die Erdbeben-Vorsorgeaktivitäten umgesetzt. Dabei werden die Grundlagen für die Umsetzung der Baunormen, für die Erdbebenertüchtigung der Lifeline-Gebäude und für die Betriebe unter Störfallverordnung erweitert und für Fachleute verfügbar gemacht.
- **Bekämpfung der Jugendkriminalität** Die polizeiliche Prävention gegen Jugendgewalt wird mit dem Ausbau der Jugend- und Präventionspolizei intensiviert.
- **Planung Senioren- und Alterspflegepolitik** Eine umfangreiche Senioren- und Alterspflegepolitik wird geplant, welche die Leitlinien zur Seniorenpolitik und weiterer altersrelevanten Bereiche berücksichtigt.
- **Modernisierung der Gesundheitsgesetzgebung** Die kantonale Gesundheitsgesetzgebung wird bedarfsgerecht modernisiert und antizipiert die umfangreichen aktuellen und künftigen gesundheitspolitischen Gesetzesreformen auf nationaler Ebene.
- **Konzept Gesundheitsförderung und Prävention** Eine wirksame, an den Zielgruppen ausgerichtete Gesundheitsförderung und Prävention für die gesamte Bevölkerung unter Einbezug des gesamten Suchtbereichs wird konzipiert und sichergestellt.
- **Ambulante Hilfen für Familien in Krisensituationen** Kinder sind von persönlichen und sozialen Krisen ihrer Väter und Mütter besonders betroffen. Kinder und Jugendliche werden mit zeitnah eingeleiteten, ausreichend intensiven und qualifizierten ambulanten Hilfen besser geschützt und gefördert. Ambulante Hilfen werden bis 2012 auf ihre Wirksamkeit überprüft, systematisiert und ausgebaut.
- **Finanzielle Unterstützung von Familien** Zusätzliche Massnahmen zur finanziellen Unterstützung von Familien werden geprüft und wo möglich umgesetzt. Bei bereits bestehenden Leistungen wird die Erreichbarkeit verbessert und die Nichtbezugsquote reduziert. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird durch tragbare Kosten für die Tagesbetreuung gefördert.
- **Zahlbare Krankenversicherungsprämien sicherstellen** Basel-Stadt hat schweizweit die höchste kantonale Durchschnittsprämie bei der Krankenversicherung. Neben der Minderung der anfallenden Prämienbelastung über Prämienverbilligung wird die Stärkung der Anreize für Managed-Care-Modelle geprüft.

2.1.6 Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Mittel für Schwerpunkte und Massnahmen

in 1'000 Franken	Budget 2010	Budget 2011	Budget 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Steuerentlastungen bei den juristischen Personen	0	3'000	27'000	39'000	51'000	51'000
Steuerentlastungen bei den natürlichen Personen	0	0	0	29'000	49'000	59'000
Wirtschaftsstandort stärken	0	3'000	27'000	68'000	100'000	110'000
Hochschul- und Universitätsentwicklung	8'700	15'900	26'958	32'848	40'924	49'924
Positionierung öffentlicher Spitäler und universitärer Kliniken	0	200	0	0	0	0
Basel als Wissenszentrum positionieren	8'700	16'100	26'958	32'848	40'924	49'924
Ausbau des öffentlichen Verkehrs	5'060	5'250	7'030	8'680	11'600	14'600
Basel ist Zentrum des Metropolitanraums	5'060	5'250	7'030	8'680	11'600	14'600
Schaffung des Bildungsraums Nordwestschweiz	3'750	7'448	8'674	10'196	11'782	10'619
Gesundheitsraum Nordwestschweiz	300	200	200	200	200	200
Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit	545	545	600	670	670	670
Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner	4'595	8'193	9'474	11'066	12'652	11'489
Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot	370	1'420	1'420	1'560	1'560	1'560
Lärmschutz und Sauberkeit gewährleisten	0	0	1'000	2'000	3'000	3'000
Urbane Standortqualität	370	1'420	2'420	3'560	4'560	4'560
Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung	5'330	7'540	9'180	11'180	13'180	15'180
Programm „Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“	100	100	100	100	100	100
Integrative Volksschule	5'249	5'365	6'857	6'622	6'340	6'136
Ausbau der frühen Förderung und Bildung	2'137	2'918	3'143	4'703	4'705	4'677
Chancengleichheit	12'816	15'923	19'280	22'605	24'325	26'093
Die „2000-Watt-Gesellschaft“ als Leitmotiv	165	165	165	165	165	165
Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen	165	165	165	165	165	165
Gefährdungsanalyse	150	150	100	0	0	0
Bekämpfung der Jugendkriminalität	650	650	650	650	650	650
Planung Senioren- und Alterspflegepolitik	0	200	300	300	300	300
Modernisierung der Gesundheitsgesetzgebung	0	50	0	0	0	0
Konzept Gesundheitsförderung und Prävention	0	300	900	900	900	900
Lebensqualität und Sicherheit	800	1'350	1'950	1'850	1'850	1'850
Total	32'506	51'401	94'277	148'774	196'076	218'681

Kommentar

1 „Steuerentlastungen bei den juristischen Personen“ ist die einzige Massnahme in der Tabelle, die Bestandteil des Allgemeinen Nettoertrags ist. Dabei handelt es sich nicht um Mehrausgaben, sondern um Mindereinnahmen. Alle übrigen Schwerpunkte und Massnahmen sind Bestandteil des Ordentlichen Nettoaufwands.

Investitionsmittel für Schwerpunkte

in 1'000 Franken	Budget 2010	Budget 2011	Budget 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Schienenanschluss EuroAirport, Beitrag	0	0	50	0	1'000	3'000
Internationale Bauausstellung 2020 IBA	420	610	630	0	0	0
Hafenentwicklung Klybeck Kleinhüningen Planung	0	200	500	350	350	300
Messe Basel	10'000	10'000	0	0	0	0
Life Sciences Neubau	3'500	6'000	3'220	27'000	32'500	21'250
Wirtschaftsstandort stärken	13'920	16'810	4'400	27'350	33'850	24'550
FHNW Dreispitz, Neubau Hochschule für Gestaltung u. Kunst	4'500	12'000	19'000	35'000	20'000	20'000
Basel als Wissenszentrum positionieren	4'500	12'000	19'000	35'000	20'000	20'000
Tramverlängerung Nr. 8	17'000	19'100	21'800	1'442	400	160
Zonenplanrevision	500	300	300	300	0	0
Plankredit Tramverlängerung nach St. Louis	800	1'500	1'800	200	0	0
Tram Margarethenstich	200	200	500	1'600	2'200	13'200
Stadtentwicklung St. Johann-ÖV Erschliessung	170	350	46	777	1'698	0
Erlenmatt ÖV-Erschliessung, Planung	700	1'150	160	200	0	0
Rahmenkredit Langsamverkehr	0	1'200	2'200	2'400	3'200	0
Dreispitz Entwicklungsplanung, Planungskredit	480	600	400	300	250	250
Autobahnanschluss Basel-City, Planung	500	0	1'000	350	245	42'000
Basel ist Zentrum des Metropolitanraums	20'350	24'400	28'206	7'569	7'993	55'610
WELCOME Neues Fussgängerinformationssystem	0	0	0	200	200	0
Kasernenareal Projektierung Umgestaltung	10	10	100	200	50	40
Erlenmatt	2'050	5'200	3'570	3'550	4'200	1'780
APS Rahmenkredit Wohnumfeld	1'474	1'563	1'525	20	0	0
Innenstadt-Qualität im Zentrum (Planung)	520	568	784	0	0	0
Badischer Bahnhof Konzepterarbeitung Siedlungsstruktur	200	250	245	65	0	0
Schwerpunkt Wirtschaftsstandort stärken	0	0	0	0	0	0
e-Government	0	0	900	900	900	800
Urbane Standortqualität	4'254	7'591	7'124	4'935	5'350	2'620
Kunstmuseum Erweiterungsbau	0	0	8'300	15'000	15'000	10'000
Kulturstadt mit Ausstrahlung	0	0	8'300	15'000	15'000	10'000
Investitionsbeiträge für Tagesheimplätze	750	750	750	732	0	0
Schulstrukturen (Harmonisierung) Projektierung	500	1'500	800	0	0	0
Schulharmonisierung	0	0	2'000	26'000	16'000	28'500
Ausbau der Tagesbetreuung und Tagesstrukturen	500	0	2'000	13'500	7'500	8'000
Chancengleichheit	1'750	2'250	5'550	40'232	23'500	36'500
Klimaneutrale Verwaltung Energetische San. Kant. Bauten	1'000	1'000	1'000	5'000	5'000	5'000
2000 Watt-Gesellschaft Pilotregion Basel	523	523	523	523	511	0
Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen	1'523	1'523	1'523	5'523	5'511	5'000
Erdbebenvorsorge	70	270	200	195	70	70
Lebensqualität und Sicherheit	70	270	200	195	70	70
Total	46'367	64'844	74'303	135'804	111'274	154'350

2.2 Finanzplan 2012-2015

Laufende Rechnung

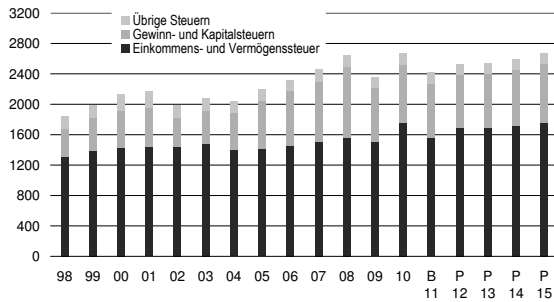
in Mio. Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Ordentlicher Nettoaufwand	2'445.5	2'336.0	2'448.1	2'487.6	2'549.7	2'628.0
Einkommens- und Vermögenssteuern	1'751.4	1'552.0	1'686.0	1'691.3	1'714.1	1'751.4
Gewinn- und Kapitalsteuern	770.8	720.0	697.7	709.7	739.0	784.0
Übrige Steuern	125.4	115.0	112.0	110.5	112.2	114.2
Kantonale Steuern ANE	2'647.6	2'387.0	2'495.7	2'511.5	2'565.4	2'649.5
Direkte Bundessteuern	140.7	140.0	146.0	148.9	152.3	156.5
Bundessteuern	140.7	140.0	146.0	148.9	152.3	156.5
Nationalbank	41.2	41.2	0.0	16.5	16.5	16.5
Soziodemogr. Lastenausgleich	46.3	46.8	51.4	52.0	52.7	53.5
Übriges	18.5	16.1	16.5	16.5	16.5	16.5
Regalien und Anteile/Beiträge ohne Zweckb.	106.0	104.1	67.9	85.0	85.7	86.6
Passivzinsen und Finanzierungsaufwand (netto)	-83.2	-87.3	-72.2	-80.3	-88.7	-91.8
Ressourcenausgleich/Härteausgleich	-113.2	-131.9	-151.6	-171.0	-174.3	-185.8
Übriges	237.8	157.2	148.9	148.9	148.9	148.9
Übriger allgemeiner Nettoertrag	41.5	-62.1	-74.9	-102.4	-114.2	-128.7
Allgemeiner Nettoertrag	2'935.0	2'568.3	2'634.7	2'643.0	2'689.2	2'763.8
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	212.1	179.9	115.0	140.0	160.0	180.0
Saldo Laufende Rechnung	277.5	52.5	71.6	15.3	-20.5	-44.1
30 Personalaufwand	1'738.9	1'744.9	1'109.4	1'120.9	1'142.2	1'161.0
31 Sachaufwand	1'112.6	701.8	409.8	418.3	421.2	435.0
32 Passivzinsen	75.5	78.2	70.1	76.8	84.4	86.7
33 Abschreibungen	348.0	241.4	174.6	199.8	219.9	240.1
36 Eigene Beiträge	1'322.3	1'426.5	1'756.6	1'811.3	1'831.5	1'902.1
38 Einlagen in Spez. Finanzierungen	66.9	89.0	70.4	70.4	70.4	70.4
Aufwand	4'664.1	4'281.8	3'590.9	3'697.6	3'769.6	3'895.3
40 Steuern	2'679.1	2'418.5	2'527.1	2'542.6	2'596.5	2'680.7
41 Regalien und Konzessionen	43.5	43.5	2.3	2.3	2.3	2.3
42 Vermögenserträge	236.0	232.2	220.8	210.4	210.5	210.5
43 Entgelte	1'451.8	1'088.9	405.9	413.0	416.9	424.3
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckb.	203.2	200.6	211.6	215.1	219.3	224.2
46 Eigene Beiträge	316.8	336.3	277.5	281.5	286.3	291.8
48 Entnahmen aus Spez. Finanzierungen	11.3	14.1	17.2	17.3	17.3	17.3
Ertrag	4'941.6	4'334.2	3'662.4	3'682.3	3'749.1	3'851.2

Finanzierungsrechnung

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Saldo Laufende Rechnung	277.5	52.5	71.6	15.3	-20.5	-44.1
+Abschreibungen Verwaltungsvermögen	212.1	179.9	115.0	140.0	160.0	180.0
+/-Veränderung zweckgeb. Eigenkapital	476.3	42.2	20.6	21.8	23.0	24.3
Selbstfinanzierung	965.9	274.5	207.2	177.1	162.5	160.2
Nettoinvestitionen	254.6	282.8	228.8	388.3	478.9	501.4
Veränderungen Darl./Bet. Verw. Verm./Umw.	38.9	35.0	60.0	2.0	2.0	2.0
Saldo Investitionsrechnung	293.5	317.8	288.8	390.3	480.9	503.4
Finanzierungssaldo	672.4	-43.2	-81.6	-213.2	-318.4	-343.2
Selbstfinanzierungsgrad	329.1%	86.4%	71.7%	45.4%	33.8%	31.8%
Nettoschulden	1'809.2	1'852.4	1'934.0	2'147.2	2'465.6	2'808.8
Nettoschuldenquote in % BIP CH	3.3	3.3	3.4	3.6	4.0	4.5

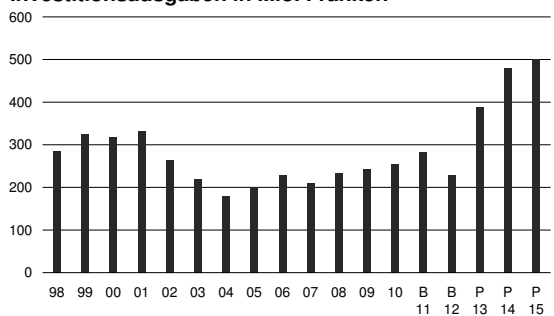
Der Finanzplan 2012-2015 ist wie schon im Vorjahr weiterhin optimistisch. Die Entwicklung der Steuererträge basiert auf den zum Zeitpunkt der Budgetierung vorliegenden Konjunkturprognosen, welche fürs 2012 ein reales BIP-Wachstum von 1.5% prognostizieren. Darin enthalten sind zudem auch die bereits beschlossenen Steuersenkungen. Die Annahmen zur konjunkturellen Entwicklung sind aber mit wachsenden Risiken behaftet. Die vorlaufenden Indikatoren für die schweizerische Wirtschaft deuten darauf hin, dass auch eine deutliche Abschwächung des Wachstums in der Schweiz möglich wäre.

Steuern in Mio. Franken

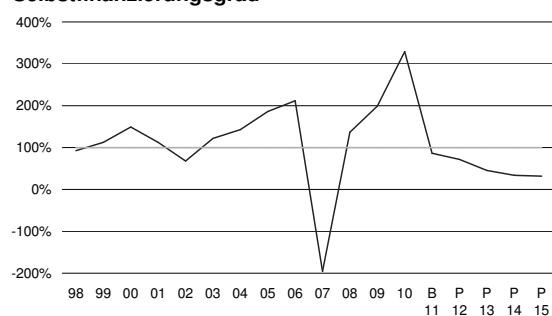


Aufgrund des guten Ergebnisses 2010 bei den Steuererträgen für die natürlichen Personen können auch im laufenden Jahr und für das Jahr 2012 höhere Steuererträge als bisher erwartet werden. Im Vergleich zum Budget 2011 werden bei den Natürlichen Personen 134 Mio. Franken mehr Ertrag budgetiert. Bei den Juristischen Personen ist aufgrund der ab Rechnungsjahr 2012 wirksamen Steuersenkung mit leicht tieferen Erträgen zu rechnen.

Investitionsausgaben in Mio. Franken

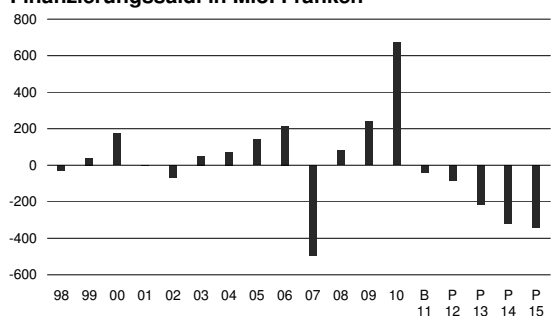


Selbstfinanzierungsgrad

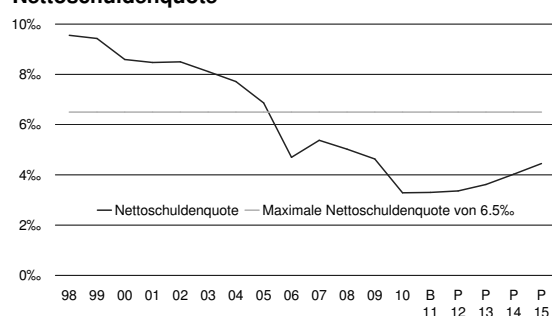


Auch ohne die Investitionen für die Spitäler nehmen im Planungszeitraum die Nettoinvestitionen erheblich zu. Diese Investitionen können nicht mehr aus den erarbeiteten Mitteln finanziert werden, sondern es müssen dafür neue Schulden aufgenommen werden. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt deshalb deutlich unter 100% und beträgt für das Jahr 2015 noch 32%.

Finanzierungssaldi in Mio. Franken



Nettoschuldenquote



Primär als Folge des im Planungszeitraum deutlich zunehmenden Investitionsniveaus werden die Finanzierungssaldi ab 2012 immer negativer. Am Ende der Planungsperiode ist mit einer jährlichen Neuverschuldung von über 300 Mio. Franken zu rechnen. Ausgehend vom Nettoschuldenstand 2010 werden bis Ende 2015 die Nettoschulden um fast 1 Mia. Franken auf 2.8 Mia. Franken oder auf 4.5% des Bruttoinlandprodukts der Schweiz ansteigen.

Wie schon erwähnt, ist auch der aktuelle Finanzplan wie schon der vorjährige weiterhin optimistisch, aber mit grösseren Risiken behaftet. Sollte sich die erwartete Verlangsamung der Konjunktur tatsächlich zu einer erneuten Rezession ausweiten, wäre das vorliegende Szenario zu optimistisch. Schon in einem Szenario, in dem zum Beispiel die Steuereinnahmen ab 2013 stagnieren, würde das Defizit Ende 2015 um 150 Mio. Franken höher ausfallen und die Schulden damit um weitere 270 Mio. auf 3.1 Mia. Franken oder 4.9% des Bruttoinlandprodukts der Schweiz ansteigen.

2.3 Planung der Departemente

2.3.1 Präsidialdepartement

Das Präsidialdepartement (PD) koordiniert die Entwicklungsplanung von Stadt und Kanton und pflegt die Beziehungen gegen aussen. Weiter erhebt das Präsidialdepartement statistische Daten, sorgt für die Vermarktung des Kantons und zeichnet für gesamtgesellschaftliche und kulturelle Belange verantwortlich. Das Präsidialdepartement unterstützt das Regierungspräsidium bei der Leitung, Planung und Koordination der Amtstätigkeit des Regierungskollegiums sowie bei seinen Repräsentationsaufgaben. Die Abteilungen des Präsidialdepartements sind für die fristgerechte und qualitativ hochstehende Umsetzung der Schwerpunktprojekte sowie für die Durchführung kantonaler Querschnittsprojekte verantwortlich und pflegen die Zusammenarbeit mit den Departementen und diversen Anspruchsgruppen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	378.6	390.7	394.9	394.9	394.9	394.9
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	371.1					
Bearbeitete parlamentarische Vorstösse	Anz	89	50	50	50	50	50
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	16	12	14	14	14	14

Finanzen

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
in Mio. Franken							
30 Personalaufwand	52.9	52.6	54.9	2.3	55.8	56.5	57.5
31 Sachaufwand	43.7	42.8	45.2	2.4	45.0	45.7	46.9
33 Abschreibungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	65.7	67.0	70.2	3.2	71.0	72.0	73.2
3 Aufwand	162.3	162.4	170.3	7.9	171.8	174.2	177.5
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Vermögenserträge	-0.3	-0.4	-0.3	0.1	-0.3	-0.3	-0.3
43 Entgelte	-14.6	-13.5	-13.2	0.3	-13.4	-13.5	-13.8
46 Eigene Beiträge	-3.6	-5.1	-7.1	-2.0	-7.2	-7.3	-7.4
48 Entnahmen aus Spez.Finanzierungen	-1.3	-0.2	-0.2	0.0	-0.2	-0.2	-0.2
4 Ertrag	-19.8	-19.2	-20.7	-1.5	-21.0	-21.3	-21.6
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	142.5	143.3	149.5	6.2	150.8	152.9	155.9

davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:

1.1 Kulturförderung und -Pflege	116.8	115.7	119.9	4.2	121.3	123.0	125.0
1.2 Kantonsentwicklung	6.9	8.1	11.1	3.0	11.4	11.5	11.7
<i>Urbane Standortqualität</i>							
Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot		1.4	1.4	0.0	1.6	1.6	1.6
1.3 Aussenbeziehungen und Standortmarketing	4.9	4.6	4.9	0.3	5.0	5.1	5.2
<i>Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner</i>							
Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit		0.6	0.6	0.0	0.7	0.7	0.7
1.4 Gleichstellung von Frauen und Männern	3.4	3.4	1.6	-1.8	1.6	1.6	1.6
<i>Chancengleichheit</i>							
Fokussierung Programm familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel		0.1	0.1	0.0	0.1	0.1	0.1
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	10.5	11.5	12.1	0.6	11.6	11.7	12.4

Allgemeines

Das Präsidialdepartement ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Kulturförderung und -pflege, Kantonsentwicklung, Aussenbeziehungen und Standortmarketing sowie Gleichstellung von Frauen und Männern.

Kulturförderung und -pflege

PD-1.1

Führung der staatlichen Museen, der Museumsdienste sowie des Staatsarchivs und der Archäologischen Bodenforschung. Förderung von privaten Kulturinstitutionen. Ermöglichung und Förderung von Kulturprojekten und Kulturvermittlung. Erfassung und Erhaltung des archäologischen Erbes (Archäologische Bodenforschung). Sicherung der dokumentarischen Überlieferung und Zugänglichmachen der Dokumente aus der öffentlichen Verwaltung und den angegliederten Organisationen; Unterstützung von Planungs- und Entscheidungsprozessen in der Verwaltung durch die Aufbereitung und Vermittlung von Informationen (Staatsarchiv).

Politische Ziele

- Die Förderung des Kunst- und Kulturschaffens der Gegenwart schafft das nötige Umfeld für eine lebendige und innovative Kunstszene in Basel.
- Gemäss dem neuen Kulturleitbild werden die kulturpolitischen Ziele und Schwerpunkte für die Legislatur umgesetzt.
- Die Vermittlungsarbeit wird weiterhin als besonders wichtiges Handlungsfeld behandelt und soll von allen Bereichen und Institutionen gepflegt werden.
- Die freie Theater- und Tanzszene sowie die Populärmusik werden gezielt gefördert. Diese Bereiche werden von der Kulturförderung entsprechend der Publikumsnachfrage angemessen und unter Berücksichtigung der allgemein gültigen Kulturförderkriterien unterstützt.
- Archäologische Funde werden erfasst, dokumentiert und – im Rahmen der Ansprüche an eine attraktive und lebendige Stadt – geschützt und erhalten.
- Das Staatsarchiv sichert und vermittelt in einem zeitgenössischen Verständnis schriftlich und bildlich relevante Dokumente und fördert das Bewusstsein für diese Unterlagen. Die Einwohnerinnen und Einwohner, die Unternehmen und Organisationen können sich anhand der Unterlagen im Staatsarchiv einfach und rasch über die Angelegenheiten des Gemeinwesens sowie deren Entstehung und Entwicklung informieren. Auch Politik und Verwaltung stehen die benötigten Planungs- und Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung.

Ausblick

- Die Kulturpolitik wird entsprechend dem neuen Kulturleitbild für die laufende und folgende Legislatur umgesetzt. Insbesondere im Bereich Evaluation (Controlling- und Potenzialgespräche) werden neue Instrumente entwickelt und angewendet.
- Wichtigste Ziele sind die Konsolidierung des Kulturbudgets analog dem Wachstum des gesamtstaatlichen Budgets und eine sinnvolle Aufteilung der Mittel zwischen etablierter und innovativer Kultur.
- Zentrale Bereiche und Herausforderungen sind der Erweiterungsbau Kunstmuseum, die gemeinsame Finanzierung des Theater Basel mit dem Kanton Basel-Landschaft, die Optimierung der Strukturen im E-Musik Bereich (insbesondere SOB), die Teilsanierung und weitere Zukunft des Stadt-Casinos, die Entwicklung des Kasernenareals sowie wichtige bauliche Vorhaben des Naturhistorischen Museums/Nachnutzung Berri-Bau und des Staatsarchivs.

Kantonsentwicklung

PD-1.2

Erarbeitung von Grundlagen für die Festlegung der mittel- und langfristigen Entwicklungsziele des Kantons. Führungsunterstützung in der Legislaturplanung des Regierungsrates. Koordination von Vorhaben mit langfristigem Planungshorizont. Förderung von gelenkten Entwicklungsprozessen in Stadtteilen und für den gesamten Wohnungsmarkt. Umsetzung der gesamstädtischen Konzepte „Quartiertreffpunkte“, „Quartiersekretariate“ sowie „Willkommen im Quartier“. Triage bei der Mitwirkung der Quartierbevölkerung (gemäss §55 Kantonsverfassung). Optimierungen im Bewilligungswesen. Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Verbesserung der Chancengleichheit und des allgemeinen Zugangs sowie Abbau von Vorurteilen und strukturellen Benachteiligungen in allen Lebensbereichen, unabhängig von Nationalität sowie auch für Menschen mit einer Behinderung. Verankerung einer Optik, welche die unterschiedlichen Eigenschaften und Kompetenzen der Bevölkerung in allen Politikbereichen berücksichtigt.

Aktive und bedarfsorientierte Vermittlung von relevanten Informationen für Politik, Bevölkerung und Verwaltung in Zusammenarbeit mit Behinderten- und Migrationsorganisationen mit dem Ziel, eines auf gegenseitigem Respekt, Verständnis und Interesse beruhenden Zusammenlebens auf der Grundlage der geltenden Ordnung und der gleichberechtigten Teilhabe.

Aufbau und Pflege von elektronischen Datenbeständen zur aktuellen und retrospektiven Abbildung der kantonalen Gegebenheiten. Erstellung von Analysen und Visualisierung der Resultate in Form von Grafiken und Karten. Aufbau und Unterhalt von statistischen Informationssystemen als Grundlage für Planung und Entscheidungsfindung. Bedürfnisgerechte Vermittlung von statistischer Information für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Beratung und Unterstützung bei speziellen statistischen Fragestellungen sowie bei Forschungsfragen. Kompetenzzentrum der Verwaltung für Befragungen. Koordination und Erstellung von kantonalen Statistiken im Bundesauftrag.

Politische Ziele

- Optimale Führungsunterstützung im strategischen Planungsprozess des Regierungsrates zur nachhaltigen Entwicklung des Kantons Basel-Stadt.
- Förderung der Stärken und Verminderung der Schwächen einzelner Stadtteile mit quartierspezifischen Strategien und Herangehensweisen unter Einbezug der Quartierbevölkerung. Förderung des Stadtwohnens. Verbesserung des Ersteindrucks von Neuzuziehenden und Gästen.
- Migrantinnen und Migranten haben Zugang zu allen relevanten Lebensbereichen, insbesondere zum Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie zum Bildungs- und Gesundheitssystem und dem öffentlichen Leben.
- Durch die Kooperation mit anderen Departementen sowie mit Organisationen ausserhalb der Verwaltung und privaten Initiativen werden behinderten- und integrationspolitische Anliegen in allen Bereichen weiter verankert und gestärkt.
- Die Einwohnerinnen und Einwohner, die Unternehmen und Organisationen können sich einfach und rasch über die Angelegenheiten des Gemeinwesens sowie deren Entstehung und Entwicklung informieren und so an Identität gewinnen. Politik und Verwaltung stehen die benötigten Planungs- und Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung.

Ausblick

- Erarbeitung einer Lagebeurteilung, die es dem Regierungsrat ermöglicht, die Schwerpunkte für die kommende Legislatur zu definieren. Weiterentwicklung des Controlling-Instrumentariums auf der Basis des Legislaturplans. Leitung der Legislaturplankonferenz, die für den Regierungsrat Empfehlungen zur Legislaturplanung entwickelt. Erstellung, Aufarbeitung und Kommunikation von Grundlagen in kantons- und stadtentwicklungsrelevanten Themenfeldern.

- Wirkungsorientierte Aufbereitung von Informationen aus einer ganzheitlichen Perspektive (Analysen, Konzeptionen, Handlungsempfehlungen) zugunsten einer integralen Stadtteilentwicklung (Basel Süd Plus und Controlling des Projekts „Qualität im Zentrum“). Dafür werden entsprechende Strukturen genutzt: Förderung der Freiwilligenarbeit, Strukturen der Quartierarbeit, Mitwirkung der Quartierbevölkerung (§55 KV), verwaltungsinterne Koordination und Netzwerke ausserhalb der Verwaltung sowie Kommunikation (u.a. aus den Quartieren in die Verwaltung und umgekehrt).
- Förderung des Wohnens durch Koordination der betreffenden kantonalen Instrumente. Damit sollen die Wohnbedürfnisse der ganzen Bevölkerung innerhalb aller Angebotsstufen möglichst gut befriedigt werden. Information über Investitionsmöglichkeiten in Basel, Finanzierung von Beratungen und Information über weitere Unterstützungsmöglichkeiten.
- Beratung und Unterstützung von Regierungsrat, Behörden, Institutionen und Privatpersonen in integrationspolitischen Fragen und Anliegen.
- Gezielte Integrationsförderung schwer erreichbarer Zielgruppen mittels ergänzender Projekte zu Verständigung, sozialer Integration sowie durch Vermittlung rechtlicher und praxisbezogener Inhalte.
- Begrüssung und alltagsrelevante Information für Neuzugezogene.
- Weiterführung des Projekts WELCOME mit dem Ziel der Verbesserung des Ersteindrucks, den Neuzuziehende und Gäste dieser Stadt erhalten.
- Verbesserung des Dialogs mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen (auch zwischen den Religionen) sowie Abbau von Vorurteilen, von jeglicher Art von Diskriminierung und Stereotypisierungen durch niederschwellige und zielgruppenorientierte Angebote.
- Stärkung der Regelstrukturen in allen Departementen durch Bereitstellung von bedarfsorientierten Informationsprodukten zu behinderten- und integrationspolitischen Fragestellungen.
- Initiierung und Begleitung von Projekten zur allgemeinen Zugänglichkeit von öffentlichen Dienstleistungen und Gebäuden für Menschen mit einer Behinderung in Zusammenarbeit mit den federführenden Departementen.
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Anliegen behinderter Menschen.
- Statistische Informationen werden sowohl aktiv durch verschiedene Kanäle verbreitet als auch auf Nachfrage spezifisch bereitgestellt. Dafür werden Datenquellen nach Bedarf erschlossen und anschliessend regelmässig gepflegt. Die daraus gewonnenen statistischen Informationen werden sorgfältig aufbereitet, in einem Datawarehouse abgelegt und zusammen mit den Metadaten unterhalten. Dieses statistische Basismaterial ist die Grundlage für eine möglichst schnelle und aktuelle statistische Informationsvermittlung, für spezifische Analysen und Reports und die Führung von Monitoring- und Controllingssystemen. Die Aufbereitung für die Vermittlung erfolgt bedürfnisgerecht und umfasst Excel-Tabellen, Grafiken, Karten und erklärende Lesehilfen mit Quellenangaben, methodischen Hinweisen und Begriffserklärungen.

Aussenbeziehungen und Standortmarketing

PD-1.3

Pflege der Aussenbeziehungen innerhalb der Schweiz und Europas durch interkantonale und internationale Kooperationen und Netzwerke sowie Entwicklung und Mitwirkung bei der Umsetzung von grenzüberschreitenden Vorhaben. Verstärkung der Interessenvertretung auf Bundesebene und der Zusammenarbeit mit den Metropolitanräumen der Schweiz und am Oberrhein. Optimierung und Vermarktung der Stärken und der Standortbedingungen für die relevanten Zielgruppen (Dachkommunikation und Koordination im Bereich Standortmarketing), namentlich Unternehmen, Touristinnen und Touristen, Veranstalter sowie Einwohnerinnen und Einwohner. Akquisition und Betreuung von Grossanlässen in Basel und Organisation von stadtrelevanten Messen und Märkten, allen voran die Basler Herbstmesse und der Basler Weihnachtsmarkt.

Politische Ziele

- Die Stellung von Basel auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wird gestärkt und die aktive Interessenwahrnehmung in den entsprechenden Netzwerken sichergestellt.
- Basel stärkt die Identität des Metropolitanraumes Basel und agiert als Kern der grenzüberschreitenden Agglomeration.
- Die wichtigsten Stärken von Basel werden erfolgreich kommuniziert, und die Kommunikationsbotschaften der verschiedenen Marketingorganisationen mit staatlicher Beteiligung sind inhaltlich und optisch aufeinander abgestimmt.
- Basel positioniert sich im internationalen Standortwettbewerb als führender Wissens- und Life Sciences-Standort sowie als Messe-, Kongress- und Kulturdestination und erzielt eine hohe touristische Wertschöpfung.
- Basel wird auch von potenziellen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie von qualifizierten Arbeitskräften als besonders attraktiver Lebens- und Arbeitsraum wahrgenommen und nachgefragt.
- Basel bietet für bestehende und potenzielle Veranstalter überdurchschnittliche Rahmenbedingungen und nutzt Grossanlässe mit internationaler Ausstrahlung gezielt für die Bekanntheitssteigerung.

Ausblick

- Die interkantonalen und internationalen Aussenbeziehungen werden gezielt für die Aussenwirkung genutzt.
- Institutionalisierung und Stärkung der Interessenvertretung in Bundesbern.
- Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und Kommunikation nach Aussen durch Bündelung der Kräfte im Rahmen einer Metropolitankonferenz Basel.
- Auf internationaler Ebene werden die Kooperationen mit Massachusetts, Miami Beach und Shanghai intensiviert und insbesondere die Chinese Community in Basel gestärkt.
- Auslandpräsenzen werden in den Zielmärkten Deutschland, USA und Russland realisiert.
- In der Schweiz wird insbesondere die Präsenz in der Westschweiz verstärkt.
- Durch gezielte Förderung wird bei den traditionsreichen Messen und Märkte in der Innenstadt eine Publikumszunahme angestrebt.
- Die Attraktivität des Veranstaltungsortes Basel wird weiter gefördert.

Gleichstellung von Frauen und Männern

PD-1.4

Förderung der Chancengleichheit und der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen sowie Abbau von Diskriminierungen und struktureller Benachteiligungen. Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Fragen und Berücksichtigung unterschiedlicher Bedingungen und Bedürfnisse von Frauen und Männern in allen Politikbereichen. Proaktive und zielgruppengerechte Vermittlung von relevanten Informationen, Beratung und Unterstützung von Politik, Wirtschaft, Bevölkerung und Verwaltung in Zusammenarbeit mit Gleichstellungsorganisationen.

Politische Ziele

- Frauen und Männer sind in ihrer Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben gleichgestellt.
- Durch die Kooperation mit Departementen, Organisationen ausserhalb der Verwaltung sowie privaten Initiativen werden gleichstellungspolitische Anliegen in allen Bereichen weiter verankert und gestärkt.

Ausblick

- Mit gezielten Projekten und Massnahmen werden sowohl die rechtliche als auch die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen gefördert und strukturelle Benachteiligungen abgebaut.
- Stärkung der Regelstrukturen in allen Departementen durch Bereitstellung von bedarfsorientierten Informationsprodukten zu gleichstellungspolitischen Fragestellungen.
- Beratung und Unterstützung von Regierungsrat, Behörden, Institutionen und Privatpersonen in gleichstellungspolitischen Fragen und Anliegen.
- Förderung der wirtschaftlichen und staatlichen Rahmenbedingungen zur optimalen Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Öffnung der geschlechtsunabhängigen Berufswahl und Stärkung vielfältiger Lebensentwürfe durch ein breit angelegtes interdisziplinäres Aktionsprogramm.
- Sensibilisierung verschiedener Akteure für eine geschlechtersensible Sichtweise sowie Abbau von Rollenstereotypisierungen und Diskriminierungen durch zielgruppenorientierte Angebote.
- Erhöhung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes und Überprüfung von gleichstellungsrelevanten Erlassen.

2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement

Das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Raumplanung; Öffentlicher Raum; Mobilität; Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation; Stadtbild und Baukultur. Ausserdem liegt das Ressourcenfeld Bau und Unterhalt in seinem Verantwortungsbereich.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	905.9	915.2	931.0	931.0	931.0	931.0	¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	891.9						
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	97	115	90	90	90	90	
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	54	55	54	53	53	53	²

Kommentar

- Die Zunahme im Jahr 2012 betrifft folgende Bereiche: Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Budgetmittel für den Schwerpunkt des Regierungsrates „Urbane Standortqualität - Sauberkeit gewährleisten“ soll der Headcount im Tiefbauamt und der Stadtgärtnerei um 10 Stellen erhöht werden. Die neue Ferienregelung führt zu einer Erhöhung des Headcounts um 2.3 Stellen (ohne BVB). Der weitere Ausbau der Bauherrenkapazitäten im Hochbauamt ergibt eine Headcount-Erhöhung um 4.5 Stellen. Im Zusammenhang mit der Zentralisierung des Personalwesens gibt das BVD einen Headcount an das Zentrale Personalamt ab.
- Die Unterhaltsbetriebe der Stadtgärtnerei haben in der Regel nur eine Anlehrstelle. Zurzeit sind es deren drei. Daher nimmt die Anzahl der Lehrstellen in den Planjahren 2012 bis 2015 wieder ab.

Finanzen Departement

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	
in Mio. Franken								
30 Personalaufwand	113.8	118.3	122.0	3.7	124.4	127.0	129.0	
31 Sachaufwand	59.6	58.0	56.9	-1.1	57.7	58.6	59.5	
33 Abschreibungen	0.0	0.2	0.2	0.0	0.3	0.3	0.3	
36 Eigene Beiträge	82.4	82.3	84.1	1.8	86.8	90.9	95.3	
38 Einlagen in Spez. Finanzierungen	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
3 Aufwand	256.1	258.9	263.2	4.4	269.1	276.7	284.1	
42 Vermögenserträge	-2.0	-2.6	-2.6	0.0	-2.6	-2.7	-2.7	
43 Entgelte	-92.9	-88.3	-90.1	-1.8	-91.2	-92.5	-93.9	
46 Eigene Beiträge	-9.5	-8.9	-8.3	0.6	-8.4	-8.6	-8.7	
48 Entnahmen aus Spez. Finanzierungen	-0.5	-0.0	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	-0.0	
4 Ertrag	-104.9	-99.9	-101.0	-1.2	-102.2	-103.6	-105.2	
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	151.2	159.0	162.2	3.2	166.9	173.1	178.8	
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:								
2.1 Raumplanung	3.7	3.3	3.3	0.0	3.4	3.4	3.5	
2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation	1.5	1.1	0.3	-0.8	0.3	0.3	0.3	¹
2.3 Öffentlicher Raum	39.3	38.1	41.4	3.3	43.0	44.6	45.3	²
<i>Urbane Standortqualität</i>								
Lärmschutz und Sauberkeit gewährleisten		0.0	1.0	1.0	2.0	3.0	3.0	
2.4 Mobilität	83.1	84.7	87.4	2.7	90.1	94.3	98.8	³
<i>Basel ist Zentrum des Metropolitanraums</i>								
Ausbau des öffentlichen Verkehrs		5.3	7.0	1.7	8.7	11.6	14.6	
2.5 Stadtbild und Baukultur	4.0	3.9	4.0	0.1	4.1	4.2	4.2	
8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige RK)	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
9.4 Bau und Unterhalt	8.8	15.2	13.1	-2.1	13.2	13.3	13.5	⁴
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	10.6	12.7	12.7	0.0	12.9	13.1	13.3	

Kommentar

- 1 Die Neuregelung der Abgeltung von Geobasisdiensten innerhalb der Verwaltung führt zu einer Erhöhung der Einnahmen des Grundbuch- und Vermessungsamtes von 0.8 Mio. Franken (Produktgruppe Geodateninfrastruktur).
- 2 Im Zusammenhang mit dem Schwerpunkt des Regierungsrates „Urbane Standortqualität - Sauberkeit gewährleisten“ wurden die Budgetmittel um 1 Mio. Franken erhöht (Produktgruppen Sauberkeit und Stadtgrün). Für die Planjahre 2013 und 2014 ist eine weitere Erhöhung von je 1 Mio. Franken für den Schwerpunkt „Urbane Standortqualität - Sauberkeit gewährleisten“ vorgesehen. Infolge einer neuen Leistungsvereinbarung zwischen WSU und BVD im Zusammenhang mit der Neuregelung der Abfallrechnung (Abfallrechnung light) ergeben sich Mindereinnahmen von 1.6 Mio. Franken für die Produktgruppe Abfallbewirtschaftung (Budgettransfer vom WSU). In der Produktgruppe Stadtgrün ergibt sich ein erheblicher Minderertrag infolge Rückgangs von Grabpflegeaufträgen. Dies durch eine unerwartet hohe Nachfrage nach Bestattungsmöglichkeiten ohne verrechenbare Grabpflege, wie Gemeinschaftsgräber und Wiesengräber, sowie Beisetzungen ausserhalb der Basler Friedhöfe. Dieser Minderertrag konnte nur zum Teil durch Budgetreduktionen auf der Ausgabenseite kompensiert werden. Ein weiterer Mehraufwand im Personalbereich ergibt sich infolge der Ferienregelung und der Teuerung (Produktgruppen Sauberkeit, Stadtgrün und Abfallbewirtschaftung).
- 3 Im Schwerpunkt des Regierungsrates „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums - Ausbau des öffentlichen Verkehrs“ sind zusätzlich 1.7 Mio. Franken für den vorgesehenen Angebotsausbau eingestellt (Produktgruppe Tram und Bus). Dies betrifft die Einführung des 7.5 Minuten-Takts auf den Linien 10/17, die Verlängerung der Bus-Linie 30 bis zur Roche in der Hauptverkehrszeit sowie weitere Anliegen aus den vorgezogenen Budgetpostulaten. Infolge der Teuerung und der neuen Ferienregelung fallen weitere 0.8 Mio. Franken Mehraufwand auf die Abgeltung an die BVB an. Die höheren Ausgaben in den Planjahren 2013 bis 2015 sind auf den geplanten Ausbau des öffentlichen Verkehrs zurückzuführen.
- 4 Der Erlös aus den Abwassergebühren wurde 1.5 Mio. Franken höher budgetiert (Produktgruppe Tiefbau-Infrastruktur). Die Budgetmittel von 0.5 Mio. Franken für den Baurechtszins des Areals der Regiebetriebe am Leimgrubenweg wurden an die Immobilien Basel-Stadt transferiert (Produktgruppe Regiebetriebe). Durch die Auslagerung der Spitäler fallen zusätzliche Einnahmen für Bauherrenleistungen des Hochbauamtes an (Produktgruppe Hochbaudienste).

Allgemeines

Das Bau- und Verkehrsdepartement baut im Jahr 2012 und den Folgejahren die Steuerung der Geschäfte über den departementalen Strategieprozess und entsprechende Steuerungsgefässe weiter aus. Die strategische Ausrichtung des Departements basiert auf dem Legislaturplan und trägt dazu bei, Schwerpunktthemen zu bündeln und die Zusammenarbeit und Zielorientierung innerhalb des Departements zu intensivieren. Ziel ist es, sowohl die Wirtschaftlichkeit als auch die Wirksamkeit der Aktivitäten des Departements laufend zu erhöhen. Mit einem Pilotprojekt werden im Budgetjahr die Arbeiten zur Optimierung des departementsinternen Dokumentenmanagements ("Records-Management") in Angriff genommen.

Raumplanung

BVD-2.1

Regionale, kantonale und kommunale Raumplanung in den Bereichen Siedlung, Landschaft und Mobilität; Arealentwicklungsplanung; Erstellen von Bebauungsplänen.

Politische Ziele

- Der knappe Raum im Kanton Basel-Stadt wird haushälterisch genutzt.
- Die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sind aufeinander abgestimmt und werden koordiniert mit den Entwicklungen in den angrenzenden Gebietskörperschaften.
- Natur- und Landschaftsräume werden erhalten und entwickelt.
- Die Siedlungsentwicklung erfolgt weitgehend innerhalb des ausgewiesenen Siedlungsgebiets und richtet sich nach Innen.
- Die Raumplanung schafft die räumlichen Voraussetzungen insbesondere für:
 - eine stabile und ausgewogene Bevölkerung,
 - eine wertschöpfungsintensive und konkurrenzfähige Wirtschaft,

- hoch stehende Lehre und Forschung,
- ein optimales Einbinden und Positionieren der Stadt Basel in die trinationale Region, sowie die Schweizerischen und Europäischen Städtenetze,
- vielfältige Formen kreativer Aktivität.

Ausblick

- Der kantonale Richtplan wird als Instrument der Raubeobachtung eingesetzt und ermöglicht einen Vergleich der tatsächlichen Situation mit der angestrebten räumlichen Entwicklung im Kanton Basel-Stadt. Im Rahmen der Gesamtrevision des Zonenplans der Stadt Basel werden Folgeratschläge erarbeitet. Es werden räumliche und planungsrechtliche Voraussetzungen für eine Innenverdichtung geschaffen sowie die Initiierung und Begleitung öffentlicher und privater Entwicklungsprojekte in den Bereichen Wirtschaft, Stadtwohnen, Lehre und Forschung sowie Gesundheit fortgeführt.
- Die Umsetzungsphase zur internationalen Bauausstellung Basel 2020 (IBA) wird fortgeführt. Dabei werden möglichst viele, qualitativ hochstehende Bauprojekte in der Region Basel mit dem IBA-Label ausgezeichnet, bekannt gemacht und deren Realisierung vorangetrieben.
- Die urbanen Entwicklungsprojekte „Innenstadt - Qualität im Zentrum“ und „Stadtteilentwicklungskonzept Badischer Bahnhof“ werden weiter detailliert und sollen Teil einer behördenverbindlichen Planung werden. Die Hafen- und Stadtentwicklung Klybeck - Kleinhüningen sowie die Entwicklungsplanung Dreispitz werden weiter vorangetrieben. Der Landschaftspark Wiese wird mit den angrenzenden Gemeinden Riehen und Weil am Rhein als städtisches Naherholungsgebiet schrittweise weiter ausgebaut, die Nutzungen werden optimiert sowie Naturschutz-, Erholungs- und Öffentlichkeitsmassnahmen umgesetzt.

Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation

BVD-2.2

Abwickeln von Bau- und Gastgewerbebewilligungsverfahren; Überwachen der Bauausführung; Vollzug in den Bereichen Bauvorschriften und Bausicherheit; Führen des Grundbuchs; Führen der amtlichen Vermessung; Führen des Leitungskatasters; Betreiben der kantonalen Geodateninfrastruktur und des Geoportals; Koordination und Aufbereiten von Geodaten; Bewirtschaften der Basisdaten des offiziellen Stadtplans.

Politische Ziele

- Die Bauten und Anlagen sind sicher.
- Das Gastgewerbe spielt sich in einem geordneten Rahmen ab.
- Die im Baurecht umschriebenen Ansprüche von Grundeigentümern, Bauherrschaften, Nachbarn und der Allgemeinheit sind gesichert.
- Die im Grundbuch eingetragenen Rechte werden gewährleistet.
- Die rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse an Grund und Boden sind in den Informationsebenen der amtlichen Vermessung und in Plänen verbindlich festgehalten.
- Die Geodateninfrastruktur ist mit den Geodateninfrastrukturen von Bund und den benachbarten Gebietskörperschaften vernetzt.

Ausblick

- Ab dem Jahre 2012 wird der Kanton Basel-Stadt in der amtlichen Vermessung das neue Landeskoordinatensystem LV95 einführen. Bis 2020 müssen alle Geodatensätze, die die Daten der amtlichen Vermessung oder der Landesvermessung als Grundlage benutzen, in den neuen Lagebezugsrahmen LV95 umgestellt werden.
- Nach Inkraftsetzung des revidierten Immobiliarsachenrechts per 1. Januar 2012 sind schrittweise kantonrechtliche Anpassungen vorzunehmen. Im Hinblick auf die Einführung des gesamtschweizerischen Grundstücksindexes müssen Anpassungen des Fachsystems für das Grundbuch vorgenommen werden. Für die Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs beim Grundbuch ist der rechtliche und organisatorische Regelungsbedarf zu erarbeiten und technische Vorabklärungen sind durchzuführen.
- Der Kanton Basel-Stadt plant die Einführung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen für das Jahr 2015. Dazu sind die Vorbereitungsarbeiten voranzutreiben.
- Der Kundenkontakt im Bau- und Gewerbebewilligungsverfahren wird analysiert und wo möglich attraktiver, einfacher und kundenfreundlicher gestaltet. Die Gebühren werden auf ihren Kostendeckungsgrad hin überprüft und sofern nötig angepasst.

Öffentlicher Raum

BVD-2.3

Planen, Gestalten, Unterhalten und Reinigen der öffentlichen Frei- und Grünräume; Koordination und Bewirtschaftung der Allmendnutzung; Pflege und Schutz von Pflanzen und Tieren; Bestattung auf den Friedhöfen.

Politische Ziele

- Eine hohe Aufenthaltsqualität auf Strassen und Plätzen, Grünanlagen und an Flussufern wird erreicht durch:
 - gute Gestaltung,
 - Sauberkeit,
 - vielfältige funktionale Nutzung,
 - ausgewogene kommerzielle Nutzung,
 - günstiges Klima und ökologische Vielfalt.

Ausblick

- Als Ergebnis der departementsinternen Strategieentwicklung zum Thema „Chancen des öffentlichen Raums nutzen“ werden seit 2011 verschiedene Projekte bearbeitet mit dem Ziel, einheitliche Grundlagen zur Entwicklung und Steuerung der verschiedenen Nutzungen im öffentlichen Raum zu schaffen. Dazu gehört u.a. die Revision des Allmendgesetzes, die Erarbeitung einer gesamstädtischen Nutzungsstrategie für den öffentlichen Raum sowie ein Konzept für den Umgang mit den unterschiedlichen Anspruchsgruppen.
- Mit einer Reihe von Projekten wird auch in den kommenden Jahren eine gute Gestaltung des öffentlichen Raums sichergestellt. Als Beispiele seien hierfür der Rückbau der Lössacherstrasse in Riehen, die Gestaltung von Stadtplatz und Stadtterminal auf der Erlenterrasse, die Umgestaltung des Schaffhauser Rheinwegs sowie das Gestaltungskonzept Innenstadt und die darauf basierenden Einzelprojekte genannt. Ein zentraler Schwerpunkt liegt weiterhin auf Verbesserungen zugunsten des Fuss- und Veloverkehrs.

- In Bereich öffentliches Grün wird u.a. die Umsetzung der Bauarbeiten für den neuen Quartiertreffpunkt im St. Johannis-Park sowie die Teilumgestaltung der Parkanlage erfolgen. Es ist vorgesehen, die Stadtgärtnerei 2012 als Umstellungsbetrieb für Bio-Gartenbau anzumelden und in den Folgejahren die Umsetzung zu lancieren. Bei der Abteilung Freizeitgärten wird die Umsetzung des Gegenvorschlags zur Familiengarteninitiative in Angriff genommen. Die Finanzierung des schrittweisen Rückbaus und der Pflege der nicht mehr besetzten Gärten sowie der Entschädigungsleistungen zu Gunsten der Pächterinnen und Pächter wird durch ein geeignetes Finanzierungsmodell sichergestellt.
- Um die bedarfsorientierte Reinigung in der Zukunft besser umzusetzen, formuliert die Stadtreinigung laufend die Standards und Qualitätskriterien, welche das immer grössere Abfallaufkommen vor allem auf Plätzen und an Flussufern berücksichtigen. Zur Entsorgung der Kehrichtsäcke für Haushaltsabfälle wird für die Zukunft eine Containerlösung vorgeschlagen, um somit die Verschmutzung auf dem Trottoir durch aufgerissene Kehrichtsäcke zu reduzieren. Das im Jahr 2011 lancierte Pilotprojekt wird im 2012 umgesetzt und ausgewertet. Bei erfolgreichem Abschluss soll in der Folge die flächige Umsetzung beantragt werden.

Mobilität

BVD-2.4

Erarbeiten einer integralen Verkehrsplanung; Erstellen des Verkehrsplans, des Programms zum Öffentlichen Verkehr (ÖV-Programm) und Entwicklung von Verkehrskonzepten; Planen der Angebots- und Netzentwicklung unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung; Bestellen von Leistungen im öffentlichen Verkehr; Gestalten der Mobilitätsgebühren; Massnahmen zur Verkehrssteuerung; Definition der Bedingungen und Regeln für Verkehrsteilnehmende.

Politische Ziele

- Die Mobilitätsplanung ist angebotsorientiert und ermöglicht eine stadtgerechte Mobilität.
- Die Quartiere sind verkehrsberuhigt und bieten eine hohe Wohnqualität.
- In der Stadt bewegen sich die Menschen vorwiegend zu Fuss, mit dem Velo und dem Öffentlichen Verkehr.
- Die negativen Auswirkungen des motorisierten Individualverkehrs werden reduziert.
- Die Mobilität unterstützt die Attraktivität des Kantons als Wirtschaftsstandort.
- Die Stadt ist hervorragend durch schienengebundenen öffentlichen Verkehr mit dem Umland sowie national und international verknüpft.
- Der Kanton-Basel Stadt ist eine Drehscheibe für den Personen- und Güterverkehr in Europa, die Agglomeration ist in die nationalen und internationalen Verkehrsnetze eingebunden.

Ausblick

- Die strategische Verkehrsplanung sowie die einzelnen Verkehrsprojekte werden systematisch untereinander abgestimmt und laufend mit der Siedlungsplanung koordiniert. Sie fliessen ein in das Agglomerationsprogramm Basel, das gemeinsam mit den Nachbarbehörden erarbeitet wird
- Der vom Volk beschlossene Gegenvorschlag zur Städteinitiative gibt als Zielsetzung vor, den motorisierten Individualverkehr bis zum Jahr 2020 um 10% zu reduzieren. Hierzu erarbeitet das BVD konkrete Massnahmen und setzt sie schrittweise um.

- Basierend auf der vom Regierungsrat beschlossenen Strassennetzhierarchie werden in den nächsten Jahren die Tempo-30-Zonen zur Verbesserung der Wohnqualität in den Wohnquartieren punktuell erweitert. Zudem wird in den nächsten Jahren das neue Verkehrskonzept Innenstadt eingeführt und, vorbehaltlich der Zustimmung des Grossen Rates, eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung umgesetzt.
- Die vom BVD entwickelte Strategie zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs wird schrittweise umgesetzt. Diese beinhaltet ein ganzes Portfolio an Massnahmen in den Bereichen Infrastruktur und Fuss-/Velorouten sowie Informations- und Kampagnenarbeit (mit Schwerpunktsetzung bei Kindern und Jugendlichen).
- Das ÖV-Netz wird nach den im ÖV-Programm 2010 bis 2013 festgehaltenen Grundsätzen weiterentwickelt. Die Tramlinie nach Weil am Rhein wird 2013 in Betrieb genommen, mehrere weitere Tramverbindungen sind in Planung (Saint-Louis, Erlenmatt, Margarethenstich etc.).
- Die Planung eines langfristig leistungsfähigen Eisenbahnknotens Basel wird weiter vorangetrieben. Zum Horizont 2012/2013 soll die jetzige Planungsphase des Projekts Herzstück Regio-S-Bahn abgeschlossen sein und ein Vorprojektkredit beantragt werden. Der Kanton bringt darüber hinaus weiterhin zusammen mit den regionalen Partnern die Interessen der Regio Basel beim weiteren Ausbau der nationalen Bahninfrastruktur aktiv ein und wirkt darauf hin, dass der Bahnanschluss zum EuroAirport spätestens ab 2015 realisiert wird.

Stadtbild und Baukultur

BVD-2.5

Integrale Stadtbildpflege; Qualitätssicherung; Führen des Denkmalverzeichnisses; baugeschichtliche Forschung; Beraten in denkmalpflegerischen Fragen; Bewahren des historisch bedeutungsvollen baulichen Erbes.

Politische Ziele

- Architektonisch qualitätsvolle und historisch bedeutungsvolle Bauten schaffen ein strahlungskräftiges Stadtbild, dessen Bedeutung weit über die Kantons- und Landesgrenzen hinausreicht, und tragen zur Identifikation mit dem Standort Basel bei.
- Stadtbildpflege und Denkmalschutz erfolgen integral unter Einbezug von Nutzungsansprüchen und anderen, öffentlichen Interessen.
- Durch innovative Lösungen wird ein gelungenes Zusammenwirken von Bewahren und Entwickeln der Bausubstanz im Kanton unterstützt.

Ausblick

- Um das Verständnis für die Erhaltung und Pflege der Basler Baudenkmäler zu fördern, möchte die Denkmalpflege den Bauherren und der Bevölkerung die Geschichte und die Bedeutung der historischen Bauwerke näher bringen. Hierfür soll eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit, die u.a. Führungen, Publikationen und Ausstellungen umfasst, einen wesentlichen Beitrag leisten. Insbesondere der Tag des Denkmals soll dabei weiterhin als Forum genutzt werden, um breitere Einblicke in die Themen der Denkmalpflege geben zu können. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Internetauftritt der Denkmalpflege, der an zeitgemässe Bedürfnisse angepasst werden soll.
- Als Schwerpunkt wird das Thema „Energieeffizienz und Denkmal“ weiter vertieft. Gute Lösungen sollen in der Öffentlichkeit vorgestellt und bekannt gemacht werden. Ziel ist es, aufzuzeigen, wie sich die Bestrebungen nach höherer Energieeffizienz mit den Anliegen der Erhaltung von Baudenkmälern miteinander vereinen lassen.

- Gemeinsam mit Architekten und Bauherren sucht die Basler Denkmalpflege nach Lösungen, um eine hohe Lebens- und Arbeitsqualität in historischen Bauten zu fördern. Die Basler Denkmalpflege möchte hierfür mittelfristig ihre Kommunikationskompetenzen weiter verbessern, um ihr grosses bautechnisches und bauhistorisches Wissen noch optimaler vermitteln und einbringen zu können. Dabei sollen beispielsweise denkmalpflegerische Anforderungen an Restaurierungen durch geeignete Informations- und Merkblätter transparent gemacht werden.

Bau und Unterhalt

BVD-9.4

Bau, Unterhalt und Ausstattung der öffentlichen Hochbauten und der öffentlichen Infrastruktur; Unterhalten der Fahrzeugflotte.

Politische Ziele

- Die öffentlichen Hochbauten, die öffentlichen Strassen und Plätze und die Entwässerungsanlagen sind in ihrem Wert erhalten, sind kostengünstig und ökologisch gebaut und unterhalten und zeichnen sich schliesslich durch eine hohe Energieeffizienz aus.
- Die Möblierung auf Strassen und Plätzen ist nachhaltig unterhalten.
- Die Fahrzeugflotte ist ökologisch ausgerichtet.

Ausblick

- Infolge der Neukonzessionierung des Kraftwerks Kembs erhält der Kanton Basel-Stadt einen Beitrag für die ökologische Aufwertung der Wiese im Abschnitt Freiburgerstrasse bis zur Mündung in den Rhein. Damit kann ein weiterer Schritt in Richtung ökologische Gestaltung der Gewässer im Kantonsgebiet vorgenommen werden. Die Arbeiten an diesem Projekt beginnen im Jahr 2012.
- Zur kostengünstigen Bewirtschaftung von Fahrzeugen und Geräten wird ab dem Jahr 2012 eine zeitgemässe Software in Betrieb genommen. Mit dieser Massnahme wird die Grundlage geschaffen, den Fuhrpark im Hinblick auf den nachhaltigen Einsatz kraftstoffsparender Fahrzeuge und die Einhaltung moderster Abgasnormen schrittweise zu optimieren. Die Software wird im Weiteren auch zur Verbesserung des nachhaltigen Unterhalts der Allmendmöblierungselemente eingesetzt und unterstützt den gesamten Betriebsprozess der Regiebetriebe des Tiefbauamts.
- Der Bedarf der diversen kantonalen Nutzer an räumlicher Infrastruktur sowie erforderliche Erweiterungen, Anpassungen oder Optimierungen werden in der rollenden Zehn-Jahres-Planung erfasst. Die Datenbank zu den rund 1'000 Liegenschaften des Verwaltungsvermögens wird durch Grundlegendaten zur energetischen Situation vervollständigt. Mit der Gesamtsicht auf das Portfolio, d.h. im Wissen um bauliche, energetische, räumliche und funktionale Zustände können Handlungsfelder so künftig systematischer erkannt und verknüpft werden.

2.3.3 Erziehungsdepartement

Das Erziehungsdepartement ist zuständig für das Bildungsangebot – von der Volksschule bis zur Hochschule, von der Berufsschule bis zur Erwachsenen- und Weiterbildung. Das Erziehungsdepartement ist auch zuständig für die Tagesbetreuung sowie Bewegung und Sport und übernimmt Aufgaben zur Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien wie auch im Kinder- und Jugendschutz. Das Erziehungsdepartement umfasst die Dienststellen Zentrale Dienste, Leitung Bildung, Volksschulen, Allgemeinbildende weiterführende Schulen, Berufsbildende Schulen, Berufs- und Erwachsenenbildung, Hochschulen sowie Jugend, Familie und Sport.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	2'952.9	2'971.0	3'053.0	3'070.4	3'085.6	3'086.6
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	2'934.9					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	95	55	55	55	55	55
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	55	74	74	74	74	74

Finanzen Departement

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
in Mio. Franken							
30 Personalaufwand	463.5	467.4	479.5	12.1	488.1	497.2	505.4
31 Sachaufwand	142.5	150.5	159.9	9.4	162.6	165.6	167.7
33 Abschreibungen	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	391.0	403.5	414.9	11.4	428.2	442.0	456.5
38 Einlagen in Spez. Finanzierungen	1.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
3 Aufwand	999.3	1'021.3	1'054.3	32.9	1'078.9	1'104.8	1'129.6 ¹
42 Vermögenserträge	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	-0.1	-0.1	-0.1
43 Entgelte	-49.6	-47.7	-46.7	1.0	-47.3	-47.9	-48.7
46 Eigene Beiträge	-100.1	-104.6	-108.6	-4.0	-109.7	-111.0	-113.0
48 Entnahmen aus Spez. Finanzierungen	-0.2	0.0	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
4 Ertrag	-150.0	-152.4	-156.6	-4.2	-158.3	-160.4	-163.1 ²
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	849.3	868.9	897.7	28.8	920.6	944.3	966.5
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:							
3.1 Volksschulbildung	320.0	333.4	344.1	10.7	353.5	361.6	367.4
<i>Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner</i>							
Schaffung des Bildungsraums Nordwestschweiz		7.4	8.6	1.2	10.2	11.8	10.6
<i>Chancengleichheit</i>							
Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung		7.5	9.2	1.7	11.2	13.2	15.2
Integrative Volksschule		5.4	6.9	1.5	6.6	6.3	6.1
Ausbau der frühen Förderung und Bildung		0.7	0.7	0.0	2.1	2.0	1.9
3.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung	179.5	178.3	179.2	0.9	181.9	184.9	188.0
3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung	226.3	234.9	244.7	9.8	252.0	260.9	270.7
<i>Basel als Wissenszentrum positionieren</i>							
Hochschul- und Universitätsentwicklung		15.9	27.0	11.1	32.8	40.9	49.9
3.4 Sport	17.2	17.1	17.4	0.3	17.6	17.8	18.1
3.5 Kinder, Jugendliche und Familie	92.9	90.7	93.8	3.1	96.9	100.1	103.0
<i>Chancengleichheit</i>							
Ausbau der frühen Förderung und Bildung		1.7	1.7	0.0	1.8	1.8	1.8
9.5 Zentrale Materialdienste	0.4	0.5	0.5	0.0	0.5	0.5	0.6

Finanzen Departement

9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	13.1	14.1	18.0	3.9	18.2	18.5	18.8	³
---	------	------	------	-----	------	------	------	--------------

Kommentar

- 1 Die Abweichungen gegenüber der Budgetierung des Jahres 2011 sind zu einem grossen Anteil durch die Schwerpunkt-massnahmen (2012: +15.4 Mio. Fr. / 2013: +26.0 Mio. Fr. / 2014: +37.3 Mio. Fr. / 2015: +46.9 Mio. Fr.), die prognostizierte Teuerung samt neuer Ferienregelung (2012: total +4.7 Mio. Fr. / 2013 ff Teuerung gemäss den staatsinternen Vorgaben), den Einzelpostenbereich bereinigt um die kostenneutralen Verschiebungen (2012: +3.7 Mio Fr. / 2013: +7.3 Mio. Fr. / 2014: +9.7 Mio. Fr. / 2015: +10.9 Mio. Fr.) sowie die Anpassung des Kleininvestitionsbudgets für den Mobiliarunterhalt (ONA: +3.4 Mio. Fr. ab 2012) zu Lasten NIV begründet. Weitere Informationen über die restliche Abweichung Budget 2011 zu Budget 2012 können den Begründungen zu den Finanzen auf Stufe Departement entnommen werden.
- 2 Die Erhöhung gegenüber der Budgetierung 2011 geht v.a. auf höhere Bundesbeiträge (-3.8 Mio. Fr.) und Einnahmen im Einzelpostenbereich (-1.8 Mio. Fr.) zurück.
- 3 Die bestehende Investitionstranche über jährlich Fr. 3.4 Mio. für den Mobiliarunterhalt wird ab Budget 2012 zu Lasten NIV in die ONA überführt.

Allgemeines

Zum ersten Mal seit über 130 Jahren Volksschule ist es gelungen, eine Schullaufbahn im Grossen Rat zu beschliessen, hinter die sich Politik, Gesellschaft, Schulen und Wirtschaft in grosser Geschlossenheit stellen können. Die neue Volksschule orientiert sich an gesamtschweizerischen Normen und an einem bikantonalen Modell. Mit der Umsetzung der Harmonisierung der Schulen wird nicht nur eine ärgerliche Mobilitätsschranke in der Nordwestschweiz fallen, mit ihrer Verwirklichung wird es auch viel besser möglich sein, mit dem Kanton Basel-Landschaft, mit den anderen Partnern in der Nordwestschweiz und mit allen übrigen Kantonen zu kooperieren und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Schulen erfolgreich anzugehen. Die künftige Volksschule gibt allen schulpflichtigen Kinder trotz ihrer Unterschiedlichkeit Bildungschancen und beendet die strukturelle Benachteiligung der Berufsbildung. Darüber hinaus gibt Sie den Eltern die Möglichkeit, ein bedürfnisgerechtes und schulnahes Angebot an Tagesstrukturen zu nutzen. Die Vorbereitung der Harmonisierung und der Ausbau der Tagesstrukturen nehmen noch mehrere Jahre in Anspruch. Bereits weit gediehen ist die Planung der erforderlichen Schulraumerweiterung.

Volksschulbildung

ED-3.1

Bilden und Erziehen aller Kinder und Jugendlichen vom Kindergarten bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit, Fördern von Schülerinnen und Schülern mit sehr unterschiedlichem Bildungsbedarf, Berücksichtigung der Bedürfnisse der jungen Menschen und der Erfordernisse von Gesellschaft und Wirtschaft.

Politische Ziele

- Die Schülerinnen und Schüler verfügen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit über die nötige Grundlage für eine erfolgreiche Weiterbildung auf der Sekundarstufe II.
- Alle Kinder erhalten optimale Bildungschancen, unabhängig von Geschlecht, sozialer und kultureller Herkunft.
- Alle Kinder erhalten eine ihren individuellen Möglichkeiten entsprechende Schulung und Förderung. Kinder mit besonderem Bildungsbedarf werden wenn möglich in der Regelschule eingeteilt.
- Bildungsziele und Schulstrukturen werden national und regional harmonisiert.
- Alle Standorte der Volksschule werden von Leitungen mit Teilautonomie geführt.
- Die Tagesstrukturen werden im Rahmen des Bedarfs und der finanziellen Möglichkeiten des Kantons ausgebaut.

- Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen werden vor dem Kindergarten sprachlich gefördert.

Ausblick

- Entsprechend dem Auftrag der Bundesverfassung entwickelt Basel-Stadt seine Volksschulen zusammen mit Basel-Landschaft, soweit möglich mit den übrigen Kantonen der Nordwestschweiz und in Übereinstimmung mit der gesamtschweizerischen Harmonisierung und den Konkordaten HarmoS und Sonderpädagogik. Dank gemeinsamer Anstrengung mit den Partnerkantonen ist es möglich, die Schulleistungen und die Chancengerechtigkeit mit vertretbaren Kosten zu steigern.
- Die Volksschule übernimmt die Verantwortung für alle schulpflichtigen Kinder. Die Regelstandorte sind gestärkt und können vermehrt Lernende mit besonderem Bildungsbedarf integrieren.
- Das Schulsystem des Kantons hat keinen Inselstatus mehr. Die Mobilität der Familien und Arbeitnehmenden und die Kooperation zwischen den Erziehungsdirektionen wird einfacher. Die neue Schullaufbahn hat weniger Schulwechsel und einen gemeinsamen Volksschulabschluss für alle. Dadurch wird die Berufsbildung aufgewertet.
- Die Harmonisierung der Bildungsinhalte und Leistungsanforderungen wird durch die Beteiligung am Lehrplan 21 der Sprachregion und den Leistungstests des Bildungsraums Nordwestschweiz erreicht.

Die geleiteten Schulen sind als Lern- und Lebensräume konzipiert, die teilautonom gestaltet werden. Ihre Lern- und Betreuungsangebote werden auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler und ihrer Familien abgestimmt. Die gewachsene Heterogenität in den Klassen erfordert die Individualisierung des Unterrichts, die Flexibilisierung der Schullaufbahn, die Intensivierung der Sprachförderung vor und nach der Einschulung und eine verstärkte Integration der Benachteiligten.

Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

ED-3.2

Bilden von Jugendlichen auf Sekundarstufe II in Berufslehren und Berufsfachschulen sowie allgemeinbildenden Schulen; Anbieten der Berufsinformation und Berufsberatung.

Politische Ziele

- Mindestens 95% der Jugendlichen erreichen einen qualifizierenden Abschluss an der Sekundarstufe II.
- Die Jugendlichen verfügen nach Abschluss der weiterführenden Schulen oder der beruflichen Grundbildung über die nötige Grundlage für eine erfolgreiche Berufstätigkeit oder ein erfolgreiches Studium an einer Hochschule oder der höheren Berufsbildung.
- Bildungsziele, -inhalte und -verfahren sowie die Schulstrukturen werden national und regional harmonisiert.
- Alle Jugendlichen erhalten optimale Bildungschancen, unabhängig von Geschlecht und sozialer oder kultureller Herkunft.
- Die Schulabgängerinnen und Schulabgänger treffen auf ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot an nachobligatorischen Bildungsmöglichkeiten.
- Die direkte Übertrittsquote nach der Volksschule in einen qualifizierenden Bildungs- oder Ausbildungsgang der Sekundarstufe II steigt. Der Übergang zwischen Volksschule und Sekundarstufe II wird verbessert.
- Die duale berufliche Grundbildung und die Berufsmaturität werden gefördert.

Ausblick

- Der erfolgreiche qualifizierende Abschluss eines Bildungs- oder Ausbildungsgangs der Sekundarstufe II ist nicht nur eine Voraussetzung für ein Studium auf der Tertiärstufe, sondern auch eine notwendige Bedingung für den Aufbau einer wirtschaftlichen Existenz des einzelnen jungen Menschen.
- Mit der bildungspolitischen Zielsetzung, möglichst allen jungen Menschen zu einem Abschluss auf der Sekundarstufe II zu verhelfen, soll aber auch die Entwicklung des Kantons Basel-Stadt als bedeutendes, leistungsstarkes Zentrum von Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft gefördert werden, denn diese Entwicklung ist nur mit Menschen möglich, die nicht nur gut qualifiziert, sondern auch zu lebenslangem Lernen fähig sind und flexibel auf neue berufliche Anforderungen reagieren können.
- Der berufsbildende Weg wird in unserer Bevölkerung zu Unrecht geringer geschätzt als der allgemeinbildende. Die Förderung der beruflichen Grundbildung und der Berufsmaturität ist deshalb ein Schwerpunkt der Bildungspolitik der nächsten Jahre. Davon kann auch die Qualität der gymnasialen Bildung profitieren.

Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

ED-3.3

Bildung auf Tertiärstufe an Universität, Fachhochschulen und Höheren Fachschulen; Forschung; Dienstleistungen; Ausrichtung von Stipendien und Darlehen; Weiter- und Erwachsenenbildung VHS (Volkshochschule).

Politische Ziele

- Die Studienabgängerinnen und -abgänger verfügen über Wissen und Fähigkeiten zur hochqualifizierten Berufsausübung in Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und Verwaltung.
- Die Forschungstätigkeit der Hochschulen – in einzelnen Disziplinen auf internationalem Spitzenniveau – trägt zur Vermehrung des Wissens bei.
- Mit der Weiterentwicklung und Stärkung der Hochschul- und Forschungsinstitutionen wird die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts für global agierende forschungs- und technologieorientierte und damit wertschöpfungsintensive Unternehmen gesteigert.
- Das Wissenspotenzial in der Bevölkerung wird optimal gefördert. Die Migrationsbevölkerung trifft auf eine bedarfsgerechte Vielfalt an Sprach- und Integrationskursen. Erwachsene mit Berufserfahrung, aber ohne Beruf treffen auf Bildungsmöglichkeiten, um einen Abschluss nachzuholen.

Ausblick

- Nach einer Phase der strukturellen und organisatorischen Konsolidierung der Hochschulen liegt das Schwergewicht der folgenden Jahre auf der infrastrukturellen Erneuerung. Zusammen mit den Partnerkantonen werden attraktive Campusareale für die Fachhochschule einerseits und die Universität andererseits errichtet. Neben der optimalen Unterbringung der Hochschulinstitute wird eine städtebaulich attraktive Ausgestaltung des öffentlichen Raums angestrebt. So erhalten sowohl die Universitätsangehörigen wie die Wohnbevölkerung Stätten der Begegnung und des Austauschs.
- Das private und staatliche Angebot im Bereich der Weiterbildung ist in qualitativer und quantitativer Hinsicht auf sehr hohem Niveau und erfordert wenig staatliche Steuerung. Die bildungspolitischen Anstrengungen setzen deshalb im Bereich der Nachholbildung einen Schwerpunkt.

Sport

ED-3.4

Fördern des Breitensports und der Bewegung; Bereitstellen von Sportinfrastruktur für den obligatorischen Schul- und Berufsschul-, den Hochschul-, Breiten-, Vereins- sowie Spitzensport.

Politische Ziele

- Der Anteil der sich regelmässig aktiv bewegenden Bevölkerung steigt. Die Bevölkerung soll mit Freude Sport treiben können.
- Die Integrations- und Präventionsmöglichkeiten des Sports werden gezielt genutzt.
- Der Kanton schafft Rahmenbedingungen, die es Jugendlichen und jungen Erwachsenen erlauben, neben ihrer Ausbildung Leistungssport zu betreiben.
- In Basel-Stadt werden regelmässig internationale Sportanlässe durchgeführt.

Ausblick

- Das neue Sportgesetz bildet die Grundlage für Aktivitäten im Aufgabenfeld. Die Planung der Sportanlagen soll die Sportinfrastruktur im Kanton weiterentwickeln. Drängende Themen sind dabei der Sanierungsbedarf und die teils mangelhafte Energieeffizienz überalteter Anlagen. Hier sind Verbesserungen nötig, wenn die heutigen Möglichkeiten, Sport zu treiben, erhalten bleiben sollen.
- Mit der Schulreform nimmt der Bedarf an Sporteinrichtungen in der Schule zu. Da dem Kanton räumliche und finanzielle Grenzen gesetzt sind, wachsen die logistischen Anforderungen an die Raumvergabe. Das Potenzial in der Logistik bei der Raumvergabe soll genutzt werden.
- Je länger Kinder und Jugendliche an den Schulen betreut werden, desto mehr Bedeutung kommt der Bewegungsförderung zu. Der Ausbau des freiwilligen Schulsports trägt dazu bei, dass zunehmende Betreuung nicht zu Passivität und Bewegungsarmut führt.
- In der Bewegungsförderung steht das Sportamt im Spannungsfeld zwischen trendigem Freizeitverhalten, Eventkultur und Vereinssport. Das Spannungsfeld kann nur durch eine enge Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und Veranstaltern überwunden werden. Diese Zusammenarbeit soll weiter verbessert werden. Basis dafür bildet das Sportgesetz.

Kinder, Jugendliche und Familien

ED-3.5

Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Kindern und Jugendlichen; Stärken der familiären Strukturen sowie der Erziehungskompetenz der Eltern; Planung, Steuerung und Finanzierung der Angebote Tagesbetreuung, ambulante und stationäre Kinder- und Jugendhilfe sowie offene Kinder- und Jugendarbeit.

Politische Ziele

- Kinder und Jugendliche erhalten Unterstützung für eine sinnvolle Freizeitgestaltung.
- Die Lebensqualität von Familien wird verbessert.
- Das Angebot an Tagesbetreuungsmöglichkeiten wird weiterhin der Nachfrage so angepasst, dass das verfassungsmässige Recht auf Tagesbetreuung gewährleistet ist.

- Gefährdete Kinder und Jugendliche erhalten eine angemessene Unterstützung entweder als freiwillige Beratung oder als ambulante Jugendhilfemassnahme bzw. als ausserfamiliäre stationäre Betreuung.

Ausblick

- In der Tagesbetreuung hat der Kanton Basel-Stadt Angebote auf hohem Niveau geschaffen, die auf nationalem und internationalem Niveau wettbewerbsfähig sind. Die mittelfristigen Ziele fokussieren daher weniger auf einen Ausbau, sondern eher auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit bei einer Differenzierung der Angebotsarten.
- In der offenen Kinder- und Jugendarbeit gilt es, den Ausbau der Tagesstrukturen an den Schulen in die weiteren Entwicklungen einzubeziehen. Bei der offenen Arbeit mit Kindern bestehen deutlich mehr Berührungspunkte mit den Tagesstrukturen als bei der offenen Jugendarbeit. Die Angebote der offenen Jugendarbeit haben einen emanzipatorischen Charakter, der mit Betreuungsangeboten nicht eingelöst werden kann. Hier gilt es, Raum für die Entwicklung unterschiedlicher Jugendkulturen zu schaffen.
- Die Reform des Vormundschaftsrechts führt in der Jugendhilfe zu einer Unterscheidung von Dienstleistungen, die freiwillig in Anspruch genommen werden können, und angeordneten Massnahmen in der individuellen Kinder- und Jugendhilfe. Kinder, Jugendliche und Familien müssen eigene Zugänge zu nützlichen Unterstützungsangeboten erkennen können, damit Hilfen nicht nur über Massnahmen zugänglich werden. Die Leistungen privater Trägerschaften sind bei diesen Zugängen besonders bedeutsam, allen voran die Mütter- und Väterberatung oder die Familien-, Paar- und Erziehungsberatung. Diskriminierungsfreie Zugänge bereits bei kleinen Kindern entsprechen auch einer Forderung im Schwerpunkt Frühbereich.
- Alle Leistungen und Angebote im Aufgabenfeld basieren auf einer fundierten Planung. Ziel der Planung ist es, notwendige Entwicklungen frühzeitig sichtbar zu machen, damit die politische Erörterung, die Abstimmung der Angebote und die praktische Umsetzung koordiniert werden können. Individuelle Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe und weitergehende Kinder- und Jugendhilfeangebote wie die offene Kinder- und Jugendarbeit müssen letztendlich als gemeinsames Bemühen zugunsten der Entwicklungschancen der nachwachsenden Generation aufeinander bezogen sein. Die Entwicklungen müssen aber auch Rahmenbedingungen wie die wachsenden Betreuungszeiten beispielsweise durch den Ausbau der Tagesstrukturen an den Volksschulen berücksichtigen. Deshalb wird im Aufgabenfeld Kinder, Jugend und Familie eine umfassende Planung aufgebaut. Mit dem im Internet publizierten „Planungsbericht offene Kinder- und Jugendarbeit“ ist ein erster Meilenstein erreicht.

Zentrale Materialdienste

ED-9.5

Beschaffen von Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Kopiergeräten für die kantonale Verwaltung; Vergeben der Druckaufträge der kantonalen Verwaltung; Produzieren von Drucksachen und Abrechnungen; Beschaffen und Produzieren von Lehrmitteln; Überwachen des Corporate Design Basel-Stadt bei Drucksachen.

2.3.4 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement ist das Querschnitts- oder Ressourcendepartement der Verwaltung. Zu den klassischen verwaltungsinternen Querschnitts-Dienstleistern zählen der Zentrale Personaldienst, die Finanzverwaltung und die Zentralen Informatikdienste. Weiter gehören dem Finanzdepartement die Steuerverwaltung sowie Immobilien Basel-Stadt an.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	482.5	487.4	493.0	493.0	493.0	493.0	¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	468.0						
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	36	27	35	35	35	35	
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	13	16	18	18	18	18	

Kommentar

1 Die Zunahme des Plafonds begründet sich durch die Zentralisierung der Personalservice-Leistungen von den Departementen ins ZPD.

Finanzen Departement

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
in Mio. Franken							
30 Personalaufwand	68.1	69.5	71.9	2.4	72.8	73.8	75.0
31 Sachaufwand	26.2	31.2	34.3	3.1	34.7	35.2	35.8
3 Aufwand Betrieb FD	94.3	100.8	106.2	5.4	107.5	109.0	110.7
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
43 Entgelte	-37.9	-54.0	-59.2	-5.1	-59.9	-60.7	-61.7
4 Ertrag Betrieb FD	-37.9	-54.0	-59.2	-5.2	-59.9	-60.7	-61.6
Ordentlicher Nettoaufwand Betrieb	56.4	46.7	47.0	-0.3	47.6	48.3	49.1

davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:

4.1 Steuererhebung	30.4	31.4	31.9	0.5	32.3	32.8	33.3
8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige RK)	0.3	0.3	0.4	0.1	0.4	0.4	0.4
9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste	4.7	4.0	5.0	1.0	5.1	5.2	5.3
9.2 Zentrale Personaldienste	5.6	6.8	6.0	-0.8	6.1	6.1	6.3
9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste	12.6	0.9	0.3	-0.6	0.3	0.3	0.3
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	2.7	3.4	3.5	0.1	3.5	3.5	3.6

Steuererhebung

FD-4.1

Pflege des Steuersystems; Erheben der periodischen und aperiodischen direkten Steuern des Kantons und des Bundes.

Politische Ziele

- Das Steuersubstrat wird nachhaltig gepflegt und entwickelt.
- Das Steuerniveau in Basel-Stadt ist generell nicht viel höher als in den umliegenden Gemeinden.

- Das Steuersystem ist sozial gerecht, ist der individuellen Leistungsfähigkeit angepasst und wirkt nicht prohibitiv.
- Das Steuersystem ist einfach und transparent.

Ausblick

- Der Grosse Rat hat auf Antrag des Regierungsrats bereits entschieden, dass der maximale Gewinnsteuersatz schrittweise von 22 auf 20% gesenkt wird, sofern die Wirtschaft sich nicht in einer Rezession befindet und die Nettoverschuldung einen genügenden Abstand zur Schuldenquote ausweist. Zudem strebt der Regierungsrat eine weitere Senkung auf 18% an, sofern die beiden oben genannten Bedingungen weiterhin erfüllt sind.
- Unklar ist, wie der Steuerstreit mit der Europäischen Union gelöst werden wird. Je nach Lösung könnte diese zu massiven Steuerausfällen im Kanton Basel-Stadt führen.
- Die technische Unterstützung zugunsten der Einwohnerinnen und Einwohner zur Erfüllung ihrer Mitwirkungspflichten werden mit weiteren e-Government-Angeboten ausgebaut.
- Die Steuer-Informatiklösung NEST, die neben dem Kanton Basel-Stadt von zehn weiteren Kantonen und von unzähligen Gemeinden eingesetzt wird, wird bis ins Jahr 2013 auf eine neue, zukunftssträchtige Plattform umgestellt. Damit werden die Zukunftstauglichkeit und die weitere Ausbaubarkeit gewährleistet.

Zentrale Personaldienste

FD-9.2

Beratung des Regierungsrates in personalpolitischen und personalstrategischen Fragen. Bereitstellung und zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der Grundlagen, Systeme und Instrumente für ein professionelles Personalmanagement bei BASEL-STADT (Personalrecht, Vergütungsmanagement, Personal- und Organisationsentwicklung, Diversity Management, Care Management, Personalinformationssysteme, Personalcontrolling und Personalmarketing). Beratung der Dezentralen Personaldienste und anderer Anspruchsgruppen. Regelmässiger Austausch mit den Sozialpartnern zur Pflege der Sozialpartnerschaft.

Politische Ziele

- Der Kanton gilt als attraktiver Arbeitgeber. Auch in den wettbewerbs- und demografiebedingt knappen Segmenten können passende Mitarbeitende gewonnen und gehalten werden.
- Der Kanton bietet zeitgemässe Anstellungsbedingungen und verfügt über ein modernes, effizientes und wirkungsvolles Personalmanagement.
- Die Mitarbeitenden des Kantons sind kompetent und motiviert; sie erfüllen ihre Aufgaben dienstleistungs- und kundenorientiert.

Ausblick

- Sukzessive Umsetzung der personalstrategischen Leitlinien, zurzeit mit Fokus auf Unterstützung der Führungsverantwortlichen, Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gestaltung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements sowie Verbesserung des Arbeitsmarktauftritts.
- Anpassung der Personalmanagementsysteme, -instrumente und -prozesse zur weiteren Steigerung von deren Qualität und Effizienz.

Zentrale Informatik- und Telefondienste

FD-9.3

Bereitstellung einer zuverlässigen, anforderungsgerechten und wirtschaftlichen Informatikgrundversorgung, bestehend aus Verwaltungsnetzwerk, Internetzugang und Fernzugriff, Rechenzentrum (RZ-Infrastruktur, Server, Speicher, Backup/Restore, usw.), Telefonie (Infrastruktur und Telefonzentrale), zentralen Verzeichnissen, zentraler Dateiablage-, Mail/Kalender- und Kollaborations-Plattform, kantonalem Datenmarkt und zentraler Geschäftsverwaltung.

Politische Ziele

- Bereitstellung einer bedarfsgerechten und innovativen E-Government-Infrastruktur, damit die Einwohnerinnen und Einwohner, Unternehmen und weitere Kundenkreise des Kantons ihre Verwaltungsgeschäfte sicher und komfortabel über das Internet abwickeln können.
- Förderung der digitalen Nachhaltigkeit durch den gezielten Einsatz von offenen Informatiksystemen und –standards.

Ausblick

- Umsetzung der neuen kantonalen Rechenzentrums-Strategie.
- Fokussierung der Aktivitäten der Zentralen Informatikdienste auf die Kernaufgaben einer Verwaltungsinformatik gemäss der vom Regierungsrat im Februar 2010 verabschiedeten IT-Sourcingstrategie.

Zentrale Finanz- und Raumdienste

FD-9.1

Zentrale Organisation, Bewirtschaftung und Führung der kantonalen Finanzen und Liegenschaften im Finanzvermögen; Beratung des Regierungsrates in finanzpolitischen Fragen; Geldverkehr sowie Mittelaufnahme und -anlage; Budgetierung, Rechnungsführung und Controlling, Finanz- und Investitionsplanung, Bereitstellung von Raum für staatliche Aufgaben.

Politische Ziele

- Die Verschuldung entwickelt sich im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mittelfristig stabil. Die Nachhaltigkeit der Haushaltsführung ist gewährleistet.
- Es besteht Transparenz über die kantonalen Finanzen. Entscheide werden in Kenntnis der Folgen für Wirkungen, Leistungen und Kosten gefällt.
- Zentrumsleistungen zugunsten der Nachbarn von Basel-Stadt werden fair abgegolten.
- Es wird ein vielfältiges, attraktives und modernes Wohnangebot für Stadtwohnen in Basel geschaffen.

Ausblick

- Die Umsetzung der Empfehlungen der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) zu einem harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) führt zu Änderungen im Finanzhaushaltgesetz und zu Anpassungen in der Rechnungslegung des Kantons. Die Umstellung auf den neuen Rechnungslegungsstandard ist für 2013 geplant.
- Mit der Einführung neuer Richtlinien für Public Corporate Governance beim Kanton Basel-Stadt sollen die Departemente und der Regierungsrat bei der Steuerung der Beteiligungen unterstützt werden.
- Die Immobilien des Kantons sollen wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich nachhaltig entwickelt werden. Diese Zielsetzung wird weiter umgesetzt.

2.3.5 Gesundheitsdepartement

Das Gesundheitsdepartement ist organisiert im Generalsekretariat und den Bereichen Gesundheitsschutz (Kantonales Laboratorium, Veterinäramt, Institut für Rechtsmedizin und öffentliche Zahnkliniken), Gesundheitsdienste (Medizinisch-pharmazeutische Dienste, Sucht und Gesundheitsförderung und Prävention) und Gesundheitsversorgung (Spitalversorgung, Langzeitpflege und Projekte und Services).

Internet: www.gd.bs.ch

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	5'135.1	5'186.0	305.0	305.0	305.0	305.0	1
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	5'022.1	5'150.0	303.0	305.0	305.0	305.0	
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	32.0	28.0	28.0	30.0	30.0	30.0	
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehen)	Anz	183	185	20	23	23	24	2

Kommentar

1 Ab 2012 entfallen bei den Vollzeitstellen aufgrund ihrer Verselbständigung die Stellen der öffentlichen Spitäler (Universitätsspital, Universitäre Psychiatrische Kliniken, Felix Platter-Spital).

2 Ab 2012 entfallen die Lehrstellen bei den öffentlichen Spitälern.

Finanzen Departement

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	
in Mio. Franken								
30 Personalaufwand	702.0	712.5	44.8	-667.7	45.3	46.0	46.7	
31 Sachaufwand	341.7	352.9	16.5	-336.4	16.7	16.9	17.2	
32 Passivzinsen	0.8	0.8	0.0	-0.8	0.0	0.0	0.0	1
33 Abschreibungen	22.5	2.4	0.1	-2.3	0.1	0.1	0.1	
36 Eigene Beiträge	202.4	205.4	514.5	309.1	512.0	511.3	521.7	
38 Einlagen in Spez. Finanzierungen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
3 Aufwand	1'269.4	1'273.9	575.9	-698.1	574.1	574.3	585.7	
40 Steuern	-0.7	-0.6	-0.6	0.0	-0.6	-0.6	-0.6	
42 Vermögenserträge	-2.5	-2.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
43 Entgelte	-687.3	-710.5	-19.9	690.6	-20.4	-20.9	-21.3	
46 Eigene Beiträge	-65.7	-66.6	-1.3	65.3	-1.1	-0.8	-0.8	
4 Ertrag	-756.2	-780.4	-21.8	758.6	-22.1	-22.4	-22.7	
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	513.3	493.4	554.0	60.6	552.0	551.9	562.9	
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:								
5.1 Gesundheitsschutz	15.1	10.4	12.4	2.0	12.5	12.7	12.9	
5.2 Gesundheitsdienste	18.2	21.5	22.5	1.0	22.8	23.1	23.5	
<i>Lebensqualität und Sicherheit</i>								
Modernisierung der Gesundheitsgesetzgebung		0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Konzept Gesundheitsförderung und Prävention		0.3	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9	
<i>Chancengleichheit</i>								
Ausbau der frühen Förderung und Bildung		0.5	0.7	0.2	0.9	1.0	1.0	
5.3 Gesundheitsversorgung	395.8	389.3	512.4	123.1	509.8	509.2	519.5	
<i>Basel als Wissenszentrum positionieren</i>								
Positionierung öffentlicher Spitäler und universitärer Kliniken		0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
<i>Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner</i>								

Finanzen Departement

Gesundheitsraum Nordwestschweiz		0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
<i>Lebensqualität und Sicherheit</i>							
Planung Senioren- und Alterpflegepolitik		0.2	0.3	0.1	0.3	0.3	0.3
5.4 Klinische Lehre und Forschung	62.3	64.0	0.0	-64.0	0.0	0.0	0.0
8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige RK)	0.3	0.4	0.4	0.0	0.4	0.4	0.4
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	5.7	6.9	6.4	-0.5	6.4	6.5	6.6

Kommentar

- 1 Das Gesundheitsdepartement erfährt 2012 eine strukturelle Veränderung des Budgets aufgrund der Verselbständigung der öffentlichen Spitäler. Es reduzieren sich sowohl Aufwand als auch Ertrag. Beim Aufwand findet eine grosse Umschichtung vom Personal- und Sachaufwand hin zu den eigenen Beiträgen statt. Die Gesamterhöhung des Budgets beläuft sich auf rund 60.5 Mio. Franken. Dies ist hauptsächlich auf die Effekte der neuen Spitalfinanzierung zurückzuführen. Auf der Ebene des Gesundheitsdepartementes resultiert daraus ein Mehrbedarf von rund 51 Mio. Franken. Unter Einbezug der Veränderungen der Effekte bei den übrigen Departementen sowie der Investitionsrechnung reduziert sich auf der Ebene des kantonalen Finanzierungssaldos die Mehrbelastung auf rund 12 Mio. Franken. Im weiteren müssen die Mittel für die Pflegefinanzierung um rund 9 Mio. Franken erhöht werden. Aufgrund der Abtretung des Schlachthofes an die Bell AG entfallen zudem Liegenschaftserträge in Höhe von rund 0.4 Mio. Franken, die Erhöhung der Mittel für Politikplanschwerpunkte beläuft sich auf weitere 0.7 Mio. Franken.

Allgemeines

Mit der Umsetzung der Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) mit Schwerpunkten neue Spitalfinanzierung und neue Pflegefinanzierung steht das Gesundheitsdepartement in den nächsten Jahren vor grossen Veränderungen. Mit einem Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt werden die drei Betriebe Universitätsspital Basel, Universitäre Psychiatrische Kliniken und das Felix Platter-Spital per 1. Januar 2012 rechtlich verselbständigt. Damit wird sichergestellt, dass die drei Spitäler auch unter den Rahmenbedingungen der neuen Spitalfinanzierung ihre wichtige Rolle im Bereich der Gesundheitsversorgung wahrnehmen können. Gleichzeitig wird die kantonale Gesundheitsgesetzgebung bedarfsgerecht modernisiert. Sie antizipiert die umfangreichen aktuellen und künftigen gesundheitspolitischen Gesetzesreformen auf nationaler Ebene.

Gesundheitsschutz

GD-5.1

Vollzug der Lebensmittel- und der Chemikaliengesetzgebung sowie der Störfallvorsorge; Verbraucherschutz in den Bereichen Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände und Chemikalien; Schutz der Bevölkerung und Umwelt vor gefährlichen Stoffen und Organismen durch Vorsorge, Einsätze (Pikettdienst und Krisenorganisation); Überwachen von Anlagen inkl. Transportwegen im Bereich der Chemie- und Biosicherheit und ABC-Schutz; Untersuchung der Schlachttiere, Bestimmung der Genusstauglichkeit des Fleisches sowie Überwachung der Bestimmung des Schlachtgewichts; Tierschutzkontrollen sowie Tierseuchenüberwachung und -bewältigung bei den Versuchs-, Heim-, Zoo-, Wild- und Nutztieren im Kanton; Überwachung der Hundepopulation, Kontrolle und Bewilligung gefährlicher Tiere, Bezug der Hundesteuer, Überwachung der Zoonosen wie Vogelgrippe, Salmonellen und BSE; rechtsmedizinische und forensisch-toxikologische Untersuchungen von lebenden und verstorbenen Personen; forensisch-genetische bzw. forensisch-chemische Untersuchungen von Spuren bzw. Betäubungsmitteln oder sonstigen Materialien; zahnmedizinische Behandlung und Betreuung.

Politische Ziele

- Menschen und Tiere auf dem Kantonsgebiet sind vor gefährlichen Stoffen, Krankheitserregern und anderen schädlichen Beeinträchtigungen geschützt.

- Die Bevölkerung ist vor Täuschungen bezüglich Zusammensetzung und Aufmachung bei Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen sicher.
- Die Gesundheit der Bevölkerung und der Tiere sowie die Umwelt werden vor und bei ausserordentlichen Ereignissen möglichst umfassend geschützt; dies insbesondere bei Störfällen im ABC-Bereich.
- Die Bevölkerung und die Tiere sind vor gefährlichen Tieren und meldepflichtigen Tierseuchen geschützt. Tiere werden artgerecht gehalten und transportiert.
- Tierversuche müssen aussagekräftig sein und tierschonend durchgeführt werden.
- Schlachthof und Schlachttiere werden permanent kontrolliert.
- Die zeitgerechte, unabhängige Erstellung von rechtsmedizinischen Gutachten und Untersuchungsberichten für die Strafverfolgungsbehörden ist sichergestellt und gewährleistet die Rechtssicherheit.
- Die öffentlichen Zahnkliniken gewährleisten für Menschen jeden Alters und aller sozialen Schichten den Zugang zur zahnmedizinischen Grundversorgung.
- „One Health“ steht für die Erkenntnis, dass die Gesundheit von Mensch und Tier und ihrer Umwelt eng zusammenhängen. Das Konzept wird politisch verankert.

Ausblick

- Die Erkenntnisse aus Veterinär-, Human- und Zahnmedizin müssen vermehrt zusammenfließen. Diese Zusammenhänge werden unter dem Begriff „einer Gesundheit“ oder eben „One Health“ zusammengefasst und bearbeitet.
- Die anhaltende Urbanisierung der Region Basel erfordert und begünstigt zugleich eine vermehrte regionale Zusammenarbeit auf den verschiedenen Fachebenen. Der Bereich Gesundheitsschutz ist bestrebt, stets optimale, auf die jeweiligen Strukturen abgestimmte Lösungen für regionale Kooperationen zu erreichen. Sei es auf institutioneller Ebene oder bei konkreten Projekten (Vollzug Lebensmittelgesetz).
- Dem Schutz der Bevölkerung wird durch eine aktive Mitwirkung an einer gesamtkantonalen Gefährdungsanalyse hohe Priorität eingeräumt.
- Der Kanton unterstützt aus Gründen des Gesundheitsschutzes für die Bevölkerung den Ausstieg aus der Atomenergie.

Gesundheitsdienste

GD-5.2

Vorbeugen und Bekämpfen von übertragbaren Krankheiten, Aufsicht über und Bewilligung zur Ausübung von Gesundheitsberufen, Beurteilen der Selbst- und Fremdgefährlichkeit bei psychisch Kranken im Rahmen der fürsorgerischen Freiheitsentziehung, vertrauensärztliche Abklärungen und Untersuchungen, ärztliche Betreuung in den Basler Gefängnissen sowie in den Kontakt- und Anlaufstellen; Aufsicht über die Betäubungsmittelabgabe; Überwachen des Heilmittelverkehrs und der Heilmittelabgabestellen, Bewilligung zur Ausübung von und Aufsicht über die pharmazeutischen Berufe; Evaluation, Konzeption und Durchführung von gesundheitsfördernden und präventiven Massnahmen, Vorsorgeuntersuchungen und Gesundheitsförderung in den Basler Kindergärten, Schulen und anderen Institutionen mit Kindern und Jugendlichen, schulärztliche Impfangebote, gesundheitliche Abklärungen bei Lernenden; Sicherstellen eines adäquaten Suchthilfeangebotes, Beratung Suchtmittelabhängiger und -gefährdeter sowie indirekt Betroffener, gegebenenfalls im Rahmen eines Case Managements, Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien, Planen, Steuern und Koordinieren des Suchthilfeangebots im Kanton, Schutz des öffentlichen Raums vor den negativen Auswirkungen der Drogenproblematik; Koordination der kantonalen Seniorenpolitik, Seniorenforum.

Politische Ziele

- Basel-Stadt setzt sich intensiv für den Erhalt und die Förderung der Gesundheit der gesamten Bevölkerung ein.
- Die Bevölkerung wird mit Information und Beratung für Prävention und Gesundheitsförderung sensibilisiert sowie durch entsprechende Massnahmen in ihrer gesundheitsbewussten Haltung bestärkt und unterstützt.
- Alle Mütter und Väter von Kindern im Vorschulalter sind adäquat über das Gesundheitssystem, Präventionsmassnahmen (z. B. Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen) und das Beratungsangebot informiert.
- Die Bevölkerung wird vor missbräuchlichen, nicht hoheitlich festgelegten Qualitätsstandards insbesondere betreffend medizinische Beratungen und Behandlungen sowie betreffend Heilmittelverkehr geschützt.
- Basel-Stadt betreibt eine zeitgemässe Suchtpolitik, welche die Anliegen der abhängigen Menschen und der gesamten Bevölkerung berücksichtigt.
- Das Bewusstsein in der Verwaltung und in der Öffentlichkeit für die Anliegen der Seniorinnen und Senioren soll geschärft und die Mitwirkung dieser Generation im öffentlichen Leben gestärkt werden.

Ausblick

- In enger Zusammenarbeit mit allen Bereichen des Gesundheitsdepartements soll eine vernetzte und umfassende Gesundheitsstrategie für den Kanton Basel-Stadt entwickelt und umgesetzt werden.
- Eine wirksame, an den Zielgruppen ausgerichtete Gesundheitsförderung und Prävention für die gesamte Bevölkerung unter Einbezug des gesamten Suchtbereichs wird konzipiert und kontinuierlich sichergestellt. Eine besondere Aufmerksamkeit wird dabei den Migrantinnen und Migranten, der psychischen Gesundheit, dem gesunden Körpergewicht sowie dem Frühbereich (Kleinkinder) gewidmet.
- In Zusammenarbeit mit möglichst allen Partnern im Kanton soll auf der Basis des bestehenden Krebsregisters beider Basel eine Krebsstrategie für den Kantons Basel-Stadt konzipiert und umgesetzt werden.
- Um einem möglichen Fachkräftemangel im Gesundheitswesen entgegenzuwirken, werden unter Einbezug aller Partner Konzepte und die Umsetzung von Massnahmen geplant und umgesetzt.
- Aufgrund eines umfassend erhobenen Bedarfs der Anspruchsgruppen werden die regierungsrätlichen Leitlinien zur Seniorenpolitik überprüft, angepasst und weiteren bedarfsgerechten Massnahmen zugeführt.

Gesundheitsversorgung

GD-5.3

Spitalliste und Leistungsaufträge zur Sicherstellung der stationären Gesundheitsversorgung: in der somatischen Akutmedizin, der Geriatrie, Psychiatrie und der Rehabilitation. Ausrichtung des Kantonsanteils nach KVG für stationäre Behandlungen, Finanzierung der bedarfsgerecht erbrachten gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler, Überwachung der Qualitätssicherung der Spitäler. Bedarfsplanung für Plätze in Pflegeheimen, Aufsicht über Pflegeheime sowie Spitex-Dienste; Unterstützung der Pflege zu Hause, Abwicklung der kantonalen Restfinanzierung nach KVG.

Politische Ziele

- Der Zugang zu einer qualitativ hochstehenden stationären Gesundheitsversorgung ist jederzeit für alle Kantonseinwohnerinnen und –einwohner gewährleistet.
- Der Kanton Basel-Stadt bildet zusammen mit den Kantonen BL, AG und SO einen gemeinsamen Gesundheitsraum. Planung und Regulierung der stationären Versorgung sollen mittelfristig gemeinsam ausgeübt werden.
- Die Zentrumsfunktion der universitären Spitäler stärkt die medizinische Fakultät der Universität Basel und letztlich den Life Science Schwerpunkt in der Region.
- Einwohnerinnen und Einwohner die einen Pflegeheimplatz benötigen haben eine Auswahl unter verschiedenen Pflegeheimen.

Ausblick

- Die Einführung der neuen Spitalfinanzierung wird durch ein Versorgungsmonitoring aktiv begleitet.
- Die Kapazitäten der Langzeitpflege werden weiter ausgebaut unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse von älteren Menschen aus anderen Kulturkreisen.
- Der Gesundheitsversorgungsbericht informiert Parlament und Öffentlichkeit über die vom Kanton mitfinanzierte stationäre Versorgung in Spitäler und Einrichtungen der Langzeitpflege.

2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) setzt sich zusammen aus den drei operativen Bereichen Kantonspolizei, Rettung, Bevölkerungsdienste und Migration sowie den drei Stabsbereichen Generalsekretariat, Recht und Services. Dem Departement administrativ angegliedert ist die Staatsanwaltschaft. Das JSD ist verantwortlich für die vier Aufgabenfelder Sicherheit und Ordnung, Rettung, Bevölkerungsdienste und Migration sowie Strafverfolgung, aber auch für das Ressourcenfeld Führungsunterstützung und Kommunikation.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	1'598.8	1'611.2	1'630.0	1'653.0	1'665.5	1'689.5 ¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	1'522.0					
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	119	100	120	120	120	120
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	25	26	27	27	27	27

Kommentar

¹ 19.5 Stellen sind aufgrund der Ablehnung der Parkraumbewirtschaftung im Personalplafond 2010 nicht mehr enthalten. Dafür hat sich der Plafond ab 2011 mit der Einführung der neuen Schweizerischen Strafprozessordnungen (StPO und JStPO) um 31 Stellen erhöht. Ab 2012 erfolgen mit der Ausweitung der kantonalen Ferienregelung (7 Stellen), mit der neuen, überarbeiteten Parkraumbewirtschaftung (4 Stellen) und der verstärkten polizeilichen Bewirtschaftung der Brennpunkte (12 Stellen) zusätzliche Personalplafonderhöhungen. Die zuletzt genannten zwei Aufgaben der Kantonspolizei führen ab 2013 bis 2015 zu weiteren gestaffelten Stellenerhöhungen.

Finanzen

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
in Mio. Franken							
30 Personalaufwand	214.3	220.4	224.3	3.9	227.0	230.2	233.9
31 Sachaufwand	81.1	88.8	94.3	5.5	97.4	98.7	101.5
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
33 Abschreibungen	1.1	3.5	3.8	0.3	3.9	3.9	4.0
36 Eigene Beiträge	2.4	5.5	5.5	0.0	5.6	5.7	5.8
38 Einlagen in Spez. Finanzierungen	0.1	0.1	0.1	0.0	0.1	0.1	0.1
3 Aufwand	299.1	318.3	327.9	9.6	333.9	338.6	345.3
40 Steuern	-30.8	-30.9	-30.8	0.1	-30.5	-30.5	-30.5
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-87.4	-93.1	-96.2	-3.1	-99.9	-99.9	-103.1
46 Eigene Beiträge	-3.6	-3.5	-3.4	0.1	-3.4	-3.4	-3.4
48 Entnahmen aus Spez. Finanzierungen	-0.1	0.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
4 Ertrag	-122.0	-127.5	-130.5	-3.0	-133.8	-133.9	-137.1
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	177.1	190.8	197.5	6.7	200.1	204.7	208.3
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:							
6.1 Sicherheit und Ordnung	73.9	68.3	68.1	-0.2	70.0	72.6	74.7
<i>Lebensqualität und Sicherheit</i>							
Bekämpfung der Jugendkriminalität		0.7	0.7	0.0	0.7	0.7	0.7
6.2 Rettung	20.3	20.6	20.7	0.3	21.0	21.4	21.9
<i>Lebensqualität und Sicherheit</i>							
Gefährdungsanalyse		0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
6.3 Bevölkerungsdienste, Migration und Integration	44.8	47.5	52.0	4.5	51.9	52.8	53.0 ¹
6.5 Strafverfolgung	20.5	36.1	36.8	0.7	37.3	37.7	38.3
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	17.6	18.2	19.8	1.6	19.9	20.1	20.4 ²

Kommentar

- 1 Die Abweichung von 4.5 Mio. Fr. im Vergleich zum Budget 2011 ist mehrheitlich wie folgt zu begründen: Die Konkordatskonferenz Strafvollzug Nordwest- und Innerschweiz hat beschlossen, bei den Kostgeldern eine Teuerungsanpassung von 3,4% (0.9 Mio. Fr.) vorzunehmen. Die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) hat neu eine Finanzierung der Bildung im Strafvollzug festgelegt, was zu einer zusätzlichen Belastung von 0.2 Mio. Fr. führt. Mehraufwendungen von 0.9 Mio. Fr. sind auf einen deutlichen Anstieg der Vollzugstage und auf eine grössere Anzahl kostenintensiverer Massnahmen zurückzuführen. Ferner sind die Tarifierhöhungen der Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) für die Jahre 2011 (nicht im Budget 2011 enthalten) und 2012 von +15% bzw. +23% aufzuführen, welche Mehrkosten von 0.5 Mio. Fr. bzw. 1.5 Mio. Fr. generieren werden.
- 2 Die Abweichung von rund 1.6 Mio. Fr. im Vergleich zum Budget 2011 lässt sich mehrheitlich wie folgt begründen: Eine zusätzliche Stelle im Bereich Services (aufgrund des Grossvorhabens UMIS - Umbau und Instandsetzung Spiegelhof) und die allgemeine Teuerung erhöhen den Personalaufwand um 0.3 Mio. Fr. Die innerdepartementale Zusammenführung von Aufwendungen (Sicherheitsanlagen im Waaghof, IT-Kosten) erhöht den Sachaufwand um 0.4 Mio. Fr. Zudem sind 0.5 Mio. Fr. mit den weiterverrechneten kantonalen Dienstleistungen des Rechenzentrums und den Aufwendungen für die Benutzung des Geoinformationssystems zu begründen. In der neuen Inkassoabteilung fallen höhere Aufwendungen für Porti als bisher angenommen an (0.1 Mio. Fr.). Durch die Ausgliederung der Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht aus der kantonalen Verwaltung per 1. Januar 2012 (öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit) resultieren Mindereinnahmen von -0.1 Mio. Fr. (Aufwand 0.8 Mio. Fr. und Ertrag -0.9 Mio. Fr.).

Sicherheit und Ordnung

JSD-6.1

Vermindern von Ordnungsverstössen; Aufnehmen, Beraten und Intervenieren in objektiven und subjektiven Problemlagen; Sicherstellen und Optimieren des Verkehrsflusses und des korrekten Verkehrsverhaltens; Regeln der Verkehrszulassung von Personen und Fahrzeugen; rasches Intervenieren bei Delikten; Ermitteln, Fahnden nach Personen und Sachen; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitungen; Begrenzen des illegalen Aufenthalts und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Gesamtverantwortung für die Ereignisbewältigung in ausserordentlichen Lagen durch die Kantonale Krisenorganisation (KKO).

Politische Ziele

- Die Bevölkerung der Stadt und der beiden Landgemeinden lebt geordnet und friedlich zusammen und fühlt sich sicher.
- Die Polizei handelt nach rechtsstaatlichen Grundsätzen und verhält sich bürgerfreundlich und der Situation angemessen. Sie arbeitet mit den Polizeikräften der benachbarten Gemeinwesen zusammen.
- Durch Vernetzung von Verkehrs-, Gewalt- und Kriminalprävention sowie Community Policing mit den Anspruchsgruppen im Kanton soll eine nachhaltige Senkung von Unfällen, „Unordnung“ und Kriminalität erreicht werden, um das Sicherheitsgefühl, die Selbstverantwortlichkeit und die Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft zu erhöhen.
- Bei ausserordentlichen Ereignissen sind die Personen- und Sachschäden möglichst gering. Für die Betroffenen geht das öffentliche Leben rasch in den normalen Bahnen weiter.
- Die Polizei berücksichtigt bei den Verkehrssicherheitsmassnahmen vor allem die schwächeren Verkehrsteilnehmenden (Fussgänger, Velofahrende).
- Die Bevölkerung fühlt sich im Strassenverkehr sicher. Der Individualverkehr fliesst auf den Hauptachsen geordnet und flüssig. Der öffentliche Verkehr (Tram und Bus) wird nicht vom motorisierten Individualverkehr behindert.
- Es gibt wenige Unfälle, insbesondere solche mit Personenschaden.

Ausblick

In allen Bereichen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung soll - sowohl auf der strategischen wie auch der operativen Ebene - der Prävention, ohne Einschränkung der Repression, noch höhere Priorität zukommen. Diese Zielsetzung soll mit folgenden Arbeitsschwerpunkten erreicht werden:

- Die interdepartementale Zusammenarbeit wird gepflegt und, wo nötig, verstärkt - etwa durch die Mitarbeit in den beiden Arbeitsgruppen „Littering“ und „Sauberkeits-Initiative“. Sauberkeit im öffentlichen Raum ist einer jener Faktoren, die für ein hohes subjektives Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wichtig sind.
- Die sichtbare Präsenz der Polizei in allen Quartieren und an Brennpunkten wird erhöht und das Community Policing wird noch stärker in den Quartieren vernetzt.
- Jugendgewalt und -kriminalität im schulischen Umfeld sowie im Freizeitbereich werden durch frühzeitige Erkennung, Aktionen, Projekte und direkte Ansprache von Jugendlichen bestmöglich kontrolliert und weitgehend verhindert.
- Die Verkehrssicherheit wird durch Aufklärung (z.B. Aktionen an Unfall-Schwerpunkten) und Kontrolle des ruhenden und fliessenden Verkehrs mit dem Einsatz von adäquaten und zeitgemässen Mitteln erhöht. Das vom Bund lancierte Projekt Via Sicura wird von Basel-Stadt unterstützt und nach Massgabe der vorhandenen und/oder zugewiesenen Ressourcen umgesetzt.
- Alle präventiven Aktionen, Projekte etc. sollen nachhaltigen Charakter aufweisen, um Wirksamkeit entfalten zu können. Im Bereich der polizeilichen Intervention muss eine genügende Vorhalteleistung gewährleistet sein, um jederzeit zeitgerecht die Sicherheit und Ordnung im Kanton sicherstellen zu können.

Für die optimale Bewältigung von ausserordentlichen Lagen und die Umsetzung von Vorsorgemassnahmen sind Projekte gestartet - namentlich Erdbebenvorsorge und Gefährdungsanalyse. Das JSD beabsichtigt mit dem Projekt Umbau und Instandsetzung des Spiegelhofes (UMIS), zum einen die Einsatzzentrale der Kantonspolizei und die Führungsräumlichkeiten der Kantonalen Krisenorganisation (KKO) am Standort Spiegelhof gemäss den Kriterien der Lifeline-Gebäude erdbebentüchtig zu machen. Im gleichen Zug sollen die beiden Zentralen der Kantonspolizei - die Einsatzzentrale und die Verkehrsleitzentrale - zusammengeführt und auf den neusten Stand der Technik gebracht werden.

Rettung

JSD-6.2

Gewährleisten von Schutz und Sicherheit; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Einsatzvorbereitung; Betreiben der Einsatzzentralen 118 und 144; dauernde Gewährleistung von Rettungs-, Brandbekämpfungs-, Chemiewehr-, Ölwehr- und Pioniereinsätzen sowie Hilfeleistung und Bergung in Notlagen; Begrenzen von Schäden und Vermindern von Eskalationen bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Unruhen, Terrorismus); Durchführen von Notfall-, Kranken- und Verlegungstransporten; Erarbeiten und Durchführen vorbeugender Massnahmen, Sicherstellen der präklinischen Notfallversorgung; Administration der Wehrpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Sicherstellen der Grund-, Aus- und Weiterbildung der Zivilschutzpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Erbringen von Dienst- und Logistikleistungen zu Gunsten des Justiz- und Sicherheitsdepartements und Dritter.

Politische Ziele

- Mit Vorsorgeangeboten und -massnahmen trägt die Rettung zur Sicherheit der Bevölkerung der Stadt und der beiden Landgemeinden bei.
- Die Bevölkerung nimmt die Rettung als verlässlichen Partner wahr.
- Bei ausserordentlichen Ereignissen fallen Personen- und Sachschäden möglichst gering aus. Für Betroffene geht das öffentliche Leben möglichst rasch in normalen Bahnen weiter.

Ausblick

- Der Bereich Rettung wird in den kommenden Jahren an den Übungen teilnehmen, die der Bund organisiert, um die Zusammenarbeit seiner Sicherheitsinstrumente und jener der Kantone zu verstärken. Er beteiligt sich auch an den Vorbereitungsarbeiten und der Koordination dieser Übungen. Die aus diesen Übungen gewonnenen Erkenntnisse müssen in die Organisation und die Arbeitsabläufe einfließen.
- Ebenso arbeitet die Rettung als Fachbereich an der Gefährdungsanalyse für den Kanton Basel-Stadt mit. Die Schlussfolgerungen, die sich aus dieser Analyse ergeben, sind in den kommenden Jahren umzusetzen.
- Das JSD prüft die Zusammenlegung der Einsatzzentralen der Berufsfeuerwehr und der Sanität an einem Ort.

Bevölkerungsdienste und Migration

JSD-6.3

Regeln der Aufenthaltsverhältnisse von in- und ausländischen Personen sowie der Einreiseformalitäten; Ausstellen von Ausweisen und Dokumenten für die Kundschaft des Kantons im In- und Ausland; Durchführen und Gestalten von Ziviltrauungen, Führen des Einwohnerregisters und des Zivilstandregisters; Betreiben einer Kontaktstelle für Fragen rund um die kantonale Verwaltung; Verwalten von Fundsachen; Koordinieren der Einbürgerungsverfahren, Bekämpfen des Missbrauchs im Ausländerrecht; Verwahren von Personen im Auftrag der zuständigen Behörden zur Sicherstellung von Untersuchungs-, Gerichts- sowie Migrationsverfahren.

Planen und Vollziehen gerichtlich angeordneter Strafen und Massnahmen; Leisten und Vermitteln von Sozial- und Fachhilfe durch die Bewährungshilfe mit dem Ziel, die betreuten Personen vor Rückfälligkeit zu bewahren und sozial zu integrieren; Vollziehen von Strafen durch das Vollzugszentrum Klosterfiechten in der Form von Halbgefängenschaft, offenem Massnahmenvollzug, Arbeits- und Wohnexternaten, Electronic Monitoring und gemeinnütziger Arbeit.

Politische Ziele

- Die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt und der beiden Landgemeinden verfügen über einen geregelten Aufenthaltsstatus.
- Die Straftäterinnen und Straftäter verbüssen ihre Strafe oder Massnahme.
- Das soziale Verhalten der verurteilten Person wird gefördert, insbesondere die Fähigkeit, straffrei zu leben.

Ausblick

- Entscheide des Bundes werden auch in den kommenden Jahren das Aufgabenfeld der Bevölkerungsdienste und Migration massgeblich beeinflussen und Anpassungen auf kantonaler Ebene erforderlich machen.
- Im Ausländerrecht sind gleich mehrere Revisionen im Gange oder in Vorbereitung, z.B. zur Prüfung der Integrationsvoraussetzungen oder zum Widerruf ausländerrechtlicher Bewilligungen. Auch die Voraussetzungen und Verfahren zum Erwerb des Bürgerrechts werden umfassend überprüft und erneuert.

- Im Justizvollzug führt das geänderte Strafrecht zu einer Erhöhung der Zahl gerichtlich angeordneter therapeutischer Massnahmen. Der Unterbringungsbedarf wird im Konkordatsverbund sicherzustellen sein. Dasselbe gilt für die Schaffung von Vollzugsplätzen für lange Freiheitsstrafen bei Jugendlichen. Diese müssen gemäss Jugendstrafgesetz bis spätestens 2017 bereitstehen. Sollte das Parlament dem Bundesrat folgen und kurze Freiheitsstrafen wieder einführen, wird dies die Vollzugsbehörden zusätzlich herausfordern.

Strafverfolgung

JSD-6.5

Bekämpfen der Kriminalität; Führen von Strafuntersuchungen und Anklageerhebung.

Politische Ziele

- Die öffentliche Sicherheit ist mittels konsequenter Anwendung der Strafgesetze durch eine qualitativ hochstehende Ermittlungs- und Untersuchungsführung gewährleistet.

Ausblick

- Seit 2011 werden die schweizerische Strafprozessordnung und die Jugendstrafprozessordnung umgesetzt. Mit der Strafbefehlskompetenz und Strafvollzugsaufgaben sowie mit Ermittlungsverfahren im Nebenstrafrecht sind Aufgaben zu erfüllen, die bisher den Gerichten oder der Verwaltung oblagen. Neben diesen zusätzlichen Aufgaben wurden die Parteirechte erheblich ausgebaut und das Verfahren stark formalisiert.
- Viele Folgen der Gesetzesänderung sind allerdings noch nicht absehbar, da noch keine Rechtsprechung dazu besteht. Mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen ist dennoch schnellstmöglich eine Praxis zu etablieren, die trotz des zusätzlichen Aufwandes eine zeitnahe Strafverfolgung und Rechtssicherheit gewährleistet. Dazu sind nebst einer klaren Prioritätensetzung, die auch Leistungsabstriche erfordern kann, neue Vernetzungen mit Partnerbehörden - insbesondere Polizei und andere Verwaltungseinheiten mit Ermittlungsauftrag - zu finden.

2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) ist verantwortlich für die Aufgabenfelder der Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Soziale Sicherheit sowie Umwelt und Energie. Die Leistungen im Ressourcenfeld Führungsunterstützung und Kommunikation werden im Generalsekretariat erbracht.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	639.0	639.75	677.05	677.05	677.05	677.05	1
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	617.1						
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	50						2
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	32	33	37	37	37	37	3

Kommentar

- Die Zunahme des Plafonds gegenüber Budget 2011 liegt im Wesentlichen beim Amt für Sozialbeiträge (ASB) und bei der Vormundschaftsbehörde (VB) begründet. Beim ASB haben Anpassungen bei den Arbeitsverträgen der Behinderteninstitutionen (sogenannte „Springer“ werden aufgrund neuer Verträge ebenfalls dem Plafonds Headcount zugerechnet) sowie weitere Veränderungen zu einer Erhöhung des Plafonds um rund 13.6 Stellen geführt. Bei der VB ist die Headcounterhöhung um insgesamt 23.5 Stellen bedingt durch das neue Erwachsenenschutzrecht, welches per 1.1.2013 in Kraft treten wird. Die Vormundschaftsbehörde wird in zwei Dienststellen, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und die Nachfolgeorganisation der Amtsvormundschaft (AV) unterteilt. Der KESB werden neue Aufgaben übertragen und das vom Bund verlangte neue Verfahren benötigt mehr Ressourcen. Die neue Organisation muss im Laufe des Jahres 2012 aufgebaut werden und per 1.1.2013 funktionsfähig sein.
- Für diese Kennzahl ist eine Prognose sachlich nicht angezeigt, da es sich um ein Instrument des Grossen Rates handelt.
- Für die Planjahre 2013 bis 2015 ist keine erhebliche Steigerung bei der Anzahl Lehrstellen geplant.

Finanzen

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	
30 Personalaufwand	99.3	102.7	110.6	7.9	111.9	113.5	115.3	1
31 Sachaufwand	49.0	56.4	55.8	-0.6	56.0	56.1	56.1	
33 Abschreibungen	1.4	0.8	1.0	0.2	1.0	1.0	1.0	
36 Eigene Beiträge	510.7	568.9	555.9	-13.0	577.4	590.6	604.4	2
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen	22.7	19.1	20.1	1.0	20.1	20.1	20.1	
3 Aufwand	683.1	747.9	743.4	-4.5	766.5	781.2	796.8	
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
42 Vermögenserträge	-1.1	-1.1	-1.1	0.0	-1.2	-1.2	-1.2	
43 Entgelte	-90.5	-86.1	-87.9	-1.8	-87.9	-87.9	-87.9	
46 Eigene Beiträge	-173.9	-178.5	-183.5	-5.0	-186.4	-189.9	-193.2	3
48 Entnahmen aus Spez.Finanzierungen	-9.2	-13.9	-15.7	-1.8	-15.7	-15.7	-15.7	
4 Ertrag	-274.9	-279.6	-288.2	-8.6	-291.3	-294.8	-298.1	
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	408.3	468.3	455.2	-13.1	475.2	486.4	498.8	
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:								
7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt	5.7	6.8	7.8	1.0	8.1	8.5	9.3	4
7.2 Soziale Sicherheit	401.2	454.4	441.0	-13.4	460.2	470.5	481.0	5
7.3 Umwelt und Energie	-5.3	-3.3	-4.7	-1.4	-4.3	-3.9	-2.9	6
<i>Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen</i>								
Die 2000-Watt-Gesellschaft als Leitmotiv		0.2	0.2	0.0	0.2	0.2	0.2	
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	6.7	10.5	11.1	0.6	11.2	11.2	11.3	

Kommentar

- Veränderung im Rahmen der Teuerung.
- Veränderungen durch Prämienteuerung, höhere Kosten (Teuerung, Gesundheitskosten etc.) bei den Ergänzungsleistungen, der Behindertenhilfe und einer Leistungsausweitung bei den Mietzinsbeiträgen und der Alimentenhilfe.
- Entsprechend den höheren Leistungen im Sozialbereich verändern sich auch die Beiträge des Bundes.

- 4 Die wesentlichen Veränderungen bestehen aus der Lohnsteigerung sowie der steigenden Beteiligung des Kantons an den arbeitsmarktlichen Massnahmen des Bundes.
- 5 Neben der allgemeinen Lohnsteigerung führen hauptsächlich die Prämiensteigerung, die höhere Kosten (Steigerung, Gesundheitskosten etc.) bei den Ergänzungsleistungen, der Behindertenhilfe und einer Leistungsausweitung bei den Mietzinsbeiträgen und der Alimentenhilfe zu Kostensteigerung im Planungszeitraum.
- 6 Höhere Betriebsbeiträge an die Pro Rheno (Ausbau der Kläranlage) und Lohnsteigerung führen zur Reduktion des Einnahmenüberschusses.

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

WSU-7.1

Optimieren der Standortbedingungen für Unternehmen, Vermarktung des Wirtschaftsstandorts und der touristischen Destination Basel, Anbieten von Massnahmen zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt und zur Verbesserung der Qualifikation von arbeitslosen Personen; Abklären und Auszahlen ihrer Leistungsansprüche; Erteilen von Arbeitsbewilligungen; Vollziehen der Arbeitssicherheits- und Arbeitsschutzgesetzgebung; Umsetzen des bilateralen Abkommens zur Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen, Bekämpfen der Schwarzarbeit; Durchführen von Vermittlungs- und Schiedsgerichtsverfahren im kollektiven Arbeitsrecht; Entwicklung der trimodalen Verkehrsdrehscheibe der Schweizerischen Rheinhäfen; Weiterentwickeln des EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg in seiner Funktion im europäischen Regionalluftverkehr; Sicherstellen von flankierenden Massnahmen im Luftverkehr zur Wahrung der Wohnqualität und Umweltverträglichkeit.

Politische Ziele

- Basel bietet im Vergleich zu Konkurrenzstandorten im In- und Ausland überdurchschnittliche Rahmenbedingungen für Unternehmen der Zielbranchen (Life Sciences Industrie, chemische Industrie, Finanzdienstleistungen, Logistik, Kreativwirtschaft) sowie für innovative Unternehmen in neuen Technologiefeldern.
- Basel bietet konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für alle übrigen Branchen und Unternehmen und fördert die administrative Entlastung der Unternehmen.
- Arbeitslose Einwohnerinnen und Einwohner werden mit Massnahmen so unterstützt, dass sie möglichst rasch eine existenzsichernde Arbeit finden oder sozial integriert bleiben. Besonderes Gewicht wird auf die Entwicklung jugendlicher gelegt. Sozialpartnerschaftliche Auseinandersetzungen werden schnell und nachhaltig beigelegt.
- Die Arbeitsplätze sind sicher, ohne Gefährdung und Beeinträchtigung der Gesundheit.
- Die Leistungsfähigkeit der schweizerischen Rheinhäfen als Verkehrsdrehscheibe zwischen Wasser, Schiene und Strasse wird weiterentwickelt und die Grossschifffahrt als wirtschaftliches, umweltfreundliches und sicheres Verkehrsmittel wird gefördert.
- Der EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg bleibt ein gut funktionierender und wirtschaftlich stabiler Flughafen für die Region TriRhena mit nachfragegerechten Direktverbindungen zu den europäischen Wirtschafts-, Kultur- und Feriendestinationen, ergänzt um regional erforderliche Interkontinentalflüge. Auch als Standort für aviatiknahe Gewerbe- und Industrieaktivitäten bietet der EuroAirport sichere und stabile Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen.

Ausblick

- Die abgestimmte Stadt- und Hafenentwicklung in Kleinhüningen ermöglicht am Westquai und Klybeckquai eine städtebauliche Entwicklung an bester Lage durch die Schaffung eines gemischt genutzten „Hafenquartiers“ und gleichzeitig eine Stärkung der Umschlagsdrehscheibe im kombinierten Güterverkehr (Wasser, Schiene, Strasse). Auf dem heute zum grossen Teil brachliegenden

Areal des ehemaligen badischen Rangierbahnhofs sollen neu ein drittes Hafenbecken, ein Containerterminal sowie die Übergabestelle der Hafenbahn entstehen. Im Gegenzug sollen die heutigen Hafeninfrastrukturen von der Westquastrasse dahin und an weitere Ersatzstandorte umziehen.

- Für die Wertschöpfung und damit den Wohlstand der Region ist die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zentral. Die von Basel-Stadt gemeinsam mit den Nachbarkantonen und dem Bund aufgebaute Nordwestschweizer Innovationsförderung i-net innovation networks kann ihre Leistungen ab 2012 schrittweise anbieten. Ausgründungen aus den regionalen Hochschulen sowie andere technologieorientierte Unternehmen finden in Basel-Stadt attraktive räumliche Angebote, die ihnen das Wachstum erleichtern. Die Stärken und Kompetenzen der Wirtschaftsregion Basel werden von der regional abgestützten Standortpromotionsorganisation „BaselArea“ erfolgreich kommuniziert.
- Die in der Region domizilierten Unternehmen der Life Sciences und der weiteren Zielbranchen sind auf gut ausgebildete Arbeitskräfte angewiesen. Neben der Vermittlung und Qualifizierung Arbeitsloser sind den Arbeitgebenden neue Rekrutierungsgebiete in Europa zu eröffnen und die Dienstleistung der internationalen Stellenvermittlung vermehrt über EURES (european employment services) anzubieten. Da mit diesen Massnahmen der Bedarf nicht gedeckt werden kann, müssen genügend Kontingente für Kurz- und Jahresaufenthalter aus Drittstaaten sowie für die Dienstleistungserbringung von EU- und EFTA-Unternehmungen von mehr als 120 Tagen zur Verfügung stehen. In Abstimmung mit der Wirtschaft wird dieses Anliegen des Wirtschaftsstandortes Basel bei den Bundesbehörden vertreten werden.
- Die offenen Fragen bezüglich des anwendbaren Arbeits- und Steuerrechts im Schweizer Sektor des EuroAirport erweisen sich als belastend für dessen weitere Entwicklung und hemmen die Investitionsbereitschaft der Schweizer Unternehmen. Zusammen mit den zuständigen Bundesbehörden engagiert sich der Regierungsrat in Verhandlungen mit Frankreich, um Regelungen festzulegen, die dem Grundsatz der Binationalität des EuroAirport entsprechen und die sichere und attraktive Bedingungen für die Aktivitäten im Schweizer Sektor bieten. Nachdem es im Jahr 2010 gelang, auf französischer Seite politisches Verständnis für die Problematik zu wecken, muss nun auf Verwaltungsstufe eine adäquate Lösung gefunden werden. Letztlich dürfte die Klärung in eine Anpassung des französisch-schweizerischen Staatsvertrags zum EuroAirport aus dem Jahr 1949 münden.

Soziale Sicherheit

WSU-7.2

Abklären der Ansprüche auf Sozialhilfe (Beraten, wirtschaftliche Hilfe, Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration) und Auszahlen der Leistungen; Unterbringen und Betreuen von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen; Bereitstellen und Betreiben von Notwohnungen und Notschlafstellen. Abklären der Ansprüche auf Ergänzungsleistungen und Beihilfen zur AHV/IV, Alimenteninkasso und -bevorschussung, individuelle Prämienverbilligung, Mietzinsbeiträge, Entschädigung und Genugtuung gemäss Opferhilfegesetz, Umsetzen des Krankenversicherungspflichtigkeits; Festsetzen der Kinderzulagen im Kanton; Planen und Sichern eines bedarfsgerechten Wohn- und Arbeitsangebots für Behinderte; Unterstützen und Schützen von Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen selber nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten zu besorgen.

Politische Ziele

- Die materielle Existenz (Lebensunterhalt, Unterkunft, Gesundheit) ist in Basel-Stadt gesichert.
- Die soziale und wirtschaftliche Integration und die Handlungsfähigkeit von Einwohnerinnen und Einwohnern, die von materieller Bedürftigkeit betroffen oder bedroht sind, sind gewahrt.
- Die wirtschaftliche Integration wird gefördert und eingefordert.
- Bei Alter oder Invalidität ist für Einwohnerinnen und Einwohner der materielle Bedarf ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe gesichert.

- Auch bei geringem Einkommen können sich die Einwohnerinnen und Einwohner eine gesetzlich minimale Gesundheitsversorgung leisten und sind über ihre Ansprüche auf Prämienverbilligung informiert.
- Die stationäre und ambulante Behindertenhilfe verbessert die Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe von Erwachsenen mit Behinderungen.
- Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbstständig zu besorgen oder entsprechende Aufträge zu erteilen, können im Rahmen der vormundschaftsrechtlichen Möglichkeiten durch staatlichen Beistand in einem geordneten Alltag leben.

Ausblick

- Das neue Vormundschaftsrecht (Erwachsenenschutzrecht) tritt auf Anfang 2013 in Kraft. Auf kantonaler Ebene bedeutet dies eine grosse Veränderung sowohl im Inhalt der vormundschaftlichen Tätigkeit als auch in der Organisation. Anstelle der heute auf die Massnahmen „Vormundschaft - Beiratschaft - Beistandschaft“ beschränkten Schutzmöglichkeiten kann künftig eine für die betroffene Person angepasste Massnahme gewählt werden. Die bisherige Vormundschaftsbehörde wird in zwei Organisationen aufgeteilt: Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), welche die Schutzmassnahmen anordnet und die heutige Amtsvormundschaft, welche die professionellen Mandate ausführt. Das neue Erwachsenenschutzrecht wird auf kantonaler Ebene mehr Ressourcen verlangen. Der Ratschlagsentwurf ging im Sommer 2011 in eine externe Vernehmlassung. Er wird nach der Auswertung der Rückmeldungen und allfälligen Anpassungen dem Grossen Rat vorgelegt.
- Die Umsetzungsarbeiten für den Systemwechsel in der Behindertenhilfe werden partnerschaftlich mit dem Kanton Basel-Landschaft weitergeführt. Ziel der Reform ist die Stärkung der Partizipation und Selbstbestimmung der betroffenen Menschen. Die Steuerung, Finanzierung und Ausrichtung der Angebote sollen verstärkt am individuellen Bedarf der betroffenen Personen ausgerichtet werden. Nachdem im Jahr 2011 die rechtlichen Grundlagen für den Systemwechsel erarbeitet und verschiedene Pilotprojekte zur praktischen Anwendung der Leistungskataloge, der individuellen Bedarfsermittlung und der übergeordneten Steuerung weitergeführt werden, sind in den kommenden Jahren die kantonalen Regelungen definitiv zu beschliessen. Dabei geht es auch um die künftige Zusammenarbeit und Organisation der beiden kantonalen Fachstellen.
- Für dauerarbeitslose Personen, deren Chancen auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt gering sind, wurden im Jahr 2011 Beschäftigungsplätze eingerichtet. Die ersten Erfahrungen mit dem Modell iJob sind sowohl für die Teilnehmenden wie auch für die Sozialhilfe und die von der DOCK Gruppe geführte Sozialfirma ermutigend. Das Modell iJob steht auch anderen Anbietern offen: Engagieren sie Sozialhilfebeziehende mit einem Arbeitsvertrag, erhalten sie die Bruttolohnkosten gemäss Vorgaben der Sozialhilfe vergütet. Die Stundenansätze entsprechen den eingeschränkten Einsatzmöglichkeiten der Teilnehmenden. Die Arbeitseinkommen werden mit einem Freibetrag der Sozialhilfeunterstützung angerechnet. Die Teilnehmenden verfügen somit über ein etwas höheres Einkommen als Sozialhilfebeziehende ohne Arbeitsleistung.

Umwelt und Energie

WSU-7.3

Vollziehen und Koordinieren von Aufgaben im Umweltschutz (namentlich Gewässerschutz, Abfall, Altlasten, Lärm sowie Luftreinhaltung und nichtionisierende Strahlung); Fördern von Umweltbewusstsein und Eigenverantwortung von Verwaltung, Bevölkerung, Gewerbe und Industrie; Lenken des Energieverbrauchs und Fördern von Energiesparmassnahmen; Vollziehen der agrarpolitischen Massnahmen in Koordination mit Basel-Landschaft; Abklären der Ansprüche auf Beiträge für ökologische Ausgleichsflächen sowie Auszahlen der Leistungen; Planung und Aufsicht über das Nutzen und Benützen der Wälder im Kantonsgebiet; Produzieren und Verteilen von Trinkwasser und Fernwärme; Produktion und Verteilung von Elektrizität; Verteilung von Erdgas; Projektierung,

Realisierung und Unterhalt der Infrastruktur für Elektrizität, Fernwärme, Trinkwasser, Erdgas und der KVA sowie alternative Energieanlagen.

Politische Ziele

- Einhalten der Grenzwerte in den Bereichen Luft, nicht ionisierende Strahlen, Lärm, Erschütterungen, Boden, Abwasser und bei ober- und unterirdischen Gewässern. Belastete Standorte werden erfasst und Altlasten saniert.
- Der Energieverbrauch wird stabilisiert bzw. vermindert durch sparsames und rationelles Nutzen der Ressourcen im Sinn der 2000-Watt-Gesellschaft.
- Die Abfallmengen werden vermindert, Abfälle werden umweltgerecht behandelt und neue Altlasten verhindert.
- Im Kanton wird eine zukunftsfähige, ökologisch orientierte Landwirtschaft betrieben.
- Die verschiedenen Funktionen des Waldes sind langfristig sichergestellt, die Nutzung und Benützung des Waldes erfolgen nachhaltig.
- Gewährleisten der Ver- und Entsorgungssicherheit: Keine wesentlichen Ausfälle und Unterkapazitäten im Bereich Elektrizität, Fernwärme, Trinkwasser, Erdgas, Abwasser und Abfall.
- Fördern der Nutzung erneuerbarer und emissionsarmer Energien.

Ausblick

- Mehr als ein Drittel der Energie in der Schweiz wird für die Raumwärme verbraucht. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil in Basel der weitaus grösste Anteil der Gebäude vor 1985 errichtet worden ist und den heutigen Anforderungen an die Isolation nicht entspricht (der Mehrverbrauch an Energie ist fünf- bis siebenmal höher als bei einem neu erstellten Gebäude). Die Sanierung dieser Altbauten ist eines der wichtigsten Ziele der Energiepolitik: Die kantonalen Beiträge für einzelne Sanierungsmassnahmen entsprechen den schweizweit festgelegten Ansätzen. Für eine Gesamt-sanierung sind die Anreize jedoch deutlich höher: Je nach Qualität der Massnahmen werden die Beiträge für Einzelbauteile verdoppelt bis verdreifacht. Neben den Wohnbauten wird der Fokus verstärkt auch auf Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industriebauten gerichtet.
- Beim „Aktionsplan gesunde Luft in Wohnquartieren“, einer Massnahme des Luftreinhalteplans 2007, hatte der Grosse Rat im September 2009 die finanziellen Mittel für die Phase I (Aufnahme und Berechnung der Immissionssituation bezüglich Schadstoffe NO₂ und PM₁₀ sowie Untersuchung der Potenziale zur Minderung der Luftbelastung) und für die Phase II (Erarbeitung eines Massnahmenplans) gesprochen. Für die Phase II wurde die Projektorganisation entworfen und dem Regierungsrat zum Beschluss vorgelegt: Beteiligt sind neben dem WSU auch das Bau- und Verkehrsdepartement (Mobilität) sowie die Schweizerischen Rheinhäfen.
- Die seit 2010 aus der kantonalen Verwaltung ausgegliederten Industriellen Werke Basel IWB werden ihre Geschäftstätigkeit entlang dem vom Grossen Rat genehmigten Leistungsauftrag und entsprechend ihrer formulierten Unternehmensstrategie ausrichten. Ein Schwerpunkt wird dabei der Strombereich sein, bei welchem es um die Sicherung des ausreichenden Bezugs aus nachhaltigen Quellen und die Tarifgenehmigungen gehen wird. Zudem sollen die Aktivitäten im Bereich neuer Telekommunikationsinfrastrukturen intensiviert werden.

2.3.8 Behörden und Parlament

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	36.0	36.0	36.0	36.0	36.0	36.0
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	36.4					

Finanzen

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
30 Personalaufwand	9.7	10.0	10.2	0.2	10.3	10.5	10.6
31 Sachaufwand	1.5	2.4	2.5	0.1	2.5	2.6	2.6
3 Aufwand	11.2	12.4	12.7	0.3	12.9	13.0	13.2
42 Vermögenserträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-0.1	-0.1	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	11.0	12.3	12.7	0.4	12.9	13.0	13.2
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:							
9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation	3.0	2.9	3.0	0.1	3.0	3.0	3.1
9.7 Behörden	8.0	9.4	9.8	0.4	9.9	10.0	10.2

Behörden

JSD-9.7

Das Ressourcenfeld 9.7 weist keine Tätigkeiten der darin erfassten Behörden Grosser Rat mit Parlamentsdienst, Finanzkontrolle, Datenschutzbeauftragter und Ombudsstelle aus.

2.3.9 Gerichte

Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den kantonalen Gerichten übertragenen Bereichen; Abwicklung von Erbschaften, Betreibungen und Konkursen gemäss gesetzlichem Auftrag.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Vollzeitstellen (Plafonds)	Anz	228.7	235.4	239.4	250.4	250.4	250.4
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	231.9					

Kommentar

1 Ab 2011 erhöht sich der Plafond bei den Gerichten um 15.7 Stellen aufgrund der Umsetzung der eidgenössischen Prozessordnungen. An das Justiz- und Sicherheitsdepartement wurden infolge der Neuorganisation des Strafvollzuges 9.5 Stellen für die Abteilung Rechnungswesen und Inkasso transferiert. Das Sozialversicherungsgericht hat eine Plafonderhöhung um 0.5 Stellen aufgrund des personellen Engpasses in der Kanzlei erhalten.

Finanzen

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
in Mio. Franken							
30 Personalaufwand	36.3	38.2	39.2	1.0	39.7	40.2	40.9
31 Sachaufwand	13.4	14.1	14.6	0.5	14.8	15.0	15.2
32 Passivzinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
33 Abschreibungen	6.5	3.9	4.0	0.1	4.0	4.1	4.2
3 Aufwand	56.3	56.3	57.8	1.5	58.5	59.3	58.5
42 Vermögenserträge	0.0	-0.3	-0.1	0.2	-0.1	-0.1	-0.1
43 Entgelte	-31.4	-28.5	-29.8	-1.3	-30.2	-30.6	-31.1
4 Ertrag	-31.4	-28.8	-29.9	-1.1	-30.2	-30.7	-31.2
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	24.8	27.5	27.9	0.4	28.3	28.7	29.1
davon Aufgabenfelder, zugehörige Schwerpunkte und Massnahmen:							
8.1 Rechtssprechung (Gerichte)	24.8	27.5	27.9	1.6 %	28.3	28.7	29.1

Rechtssprechung (Gerichte)

8.1

Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den kantonalen Gerichten übertragenen Bereichen; Abwicklung von Erbschaften, Betreibungen und Konkursen gemäss gesetzlichem Auftrag.

Politische Ziele

- Rechtssicherheit und Rechtsfrieden sind durch die Anwendung und Fortbildung des Rechts im Zuständigkeitsbereich gewahrt; (Streit-)Entscheidungen werden innert angemessener Frist gefällt.

Ausblick

- Die Gerichte haben im 2011 die Justizreform umzusetzen. Die schweizerischen Prozessordnungen im Zivil- und Strafrecht müssen übernommen und die Verfahren an diese angepasst werden. Die bisher schlanke Struktur der Justiz in Basel muss sich in bestimmten Bereichen deutlich erweitern, um den Anforderungen genügen zu können.

Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)

8.2

Rechtssprechung in allen vom Gesetzgeber den Rekurskommissionen von Bau- und Verkehrsdepartement (Baurekurskommission), Gesundheitsdepartement (Psychiatrierekurskommission) und Finanzdepartement (Steuerrekurskommission) übertragenen Bereichen.

Politische Ziele

- Rechtssicherheit und Rechtsfrieden sind durch Anwenden des Rechts im Zuständigkeitsbereich gewahrt. Entscheide werden innert angemessener Frist gefällt.

2.4 Planungsanzüge

Planungsantrag Tanja Soland betreffend Einrichtungen für jugendliche Beschuldigte und Straffällige (06.5327)

Wortlaut des Planungsantrags

„Die Politischen Ziele im Politikplan Kapitel 5, Seite 64, Strafverfolgung und –vollzug (JD 3.3), sind wie folgt zu ergänzen: „Jugendliche Beschuldigte und Straffällige sind von Erwachsenen getrennt untergebracht und werden ihrem Alter entsprechend behandelt. Jugendliche Straftäterinnen und Straftäter verbüssen ihre Freiheitsstrafen in einer für sie geeigneten Einrichtung.“

Begründung:

Im neuen Jugendstrafgesetz vom 20. Juni 2003 können Jugendliche neu bis zu vier Jahre mit Freiheitsentzug bestraft werden und die Untersuchungshaft kann für 10- bis 18-jährige angeordnet werden. Der Freiheitsentzug ist in einer Einrichtung für Jugendliche zu vollziehen, in der jeder Jugendliche entsprechend seiner Persönlichkeit erzieherisch betreut und insbesondere auf die soziale Eingliederung nach der Entlassung vorbereitet wird. Die Einrichtung muss geeignet sein, die Persönlichkeitsentwicklung des Jugendlichen zu fördern. Ist ein Schulbesuch, eine Lehre oder eine Erwerbstätigkeit ausserhalb der Einrichtung nicht möglich, so ist dem Jugendlichen in der Einrichtung selbst der Beginn, die Fortsetzung und der Abschluss einer Ausbildung oder eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

Solche Einrichtungen gibt es in der Schweiz bisher noch nicht. Und es ist in Anbetracht der Inkraftsetzung des Jugendstrafgesetzes auf den 1.1.2007 unabdingbar, dass die Regierung des Kantons Basel-Stadt sich dies im Politikplan zum Ziel setzt. Die Kantone haben zwar bis zehn Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes Zeit, die notwendigen Einrichtungen zu errichten. Trotzdem scheint es angesichts der bedeutsamen Forderung angebracht, dass die Planung vorangetrieben wird. Auch wenn die Realisierung hauptsächlich auf der Ebene der Strafvollzugskonkordate abgewickelt wird, ist es für die Regierung nötig, die entsprechenden Ziele im Politikplan auszuführen.

Ausserdem stellt die Forderung nach einer getrennten Unterbringung von jugendlichen Beschuldigten und Straffälligen von Erwachsenen eine völkerrechtliche Verpflichtung dar, bei welcher die Schweiz leider Vorbehalte anbringen musste. Dies ermöglicht es jetzt der Regierung, mit gutem Beispiel voranzugehen und trotz den angebrachten Vorbehalten, die völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen.

Tanja Soland“

Stellungnahme des Regierungsrates

Der Bundesgesetzgeber hat den Kantonen den Auftrag erteilt, bis spätestens 2017 die erforderlichen Vollzugsplätze für Freiheitsstrafen Jugendlicher gemäss Art. 25 Abs. 2 des Jugendstrafgesetzes zu schaffen. Der Regierungsrat ist bestrebt, diesen Auftrag im Verbund des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz umzusetzen. Mit der neuen Konkordatsvereinbarung vom 5. Mai 2006 wurden die Voraussetzungen geschaffen, um auch im Bereich des Vollzugs von Sanktionen gegenüber Jugendlichen tätig zu werden. Bereits am 22. April 2005 hatte die Konkordatskonferenz das Präsidium beauftragt, Abklärungen im Hinblick auf die Erstellung eines Jugendgefängnisses zu machen. Seit Oktober 2005 hat sich eine Arbeitsgruppe intensiv mit der Problematik befasst. Dabei ist das Projekt „JuNi“ entstanden, welches vorsieht, auf dem Areal des heutigen Massnahmenvollzugszentrums für junge Erwachsene Arxhof in Niederdorf eine Vollzugseinrichtung mit 18 Plätzen für Jugendliche zu schaffen. Dieses Projekt hat die Konkordatskonferenz seither immer wieder beschäftigt. Nachdem auch die Finanzierung geklärt werden konnte, sprach sich der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft am 3. Mai 2011 für den Bau eines Jugendvollzugszentrums der Nordwest- und Innerschweiz (JuNi) auf dem Arxhof aus. Er hat in der Folge die Bau- und Umweltschutzdirektion

beauftragt, den Entwurf einer Bedarfs- und Projektierungskreditvorlage an den Landrat auszuarbeiten.

Antrag In Anbetracht des Entscheids der Konkordatskonferenz zu Gunsten des Standorts der Vollzugszentrums für Freiheitsstrafen Jugendlicher auf dem Arxhof, des durch das Konkordat vorgelegten Finanzierungsmodells und des nunmehr positiven Entscheids des Regierungsrats des Kantons Basel-Landschaft bezüglich des Baus kann - vorbehältlich heute unvorhersehbarer Hindernisse - davon ausgegangen werden, dass die Errichtung und der Betrieb der neuen Einrichtung innert der vom Bund gesetzten Frist bis 2017 und entsprechend den Vorgaben des Bundesgesetzgebers zustande kommt. Der Regierungsrat beantragt daher, den Planungsantrag Tanja Soland betreffend Einrichtungen für jugendliche Beschuldigte und Straffällige als erledigt abzuschreiben.

Planungsantrag Sibel Arslan und Consorten betreffend „Probelokale für regionale Populärmusikgruppen“ (06.5309)

Wortlaut des Planungsantrages

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 28. Juni 2007 den nachstehenden Planungsantrag dem Regierungsrat zum weiteren Bericht überwiesen:

„Seit über zehn Jahren wird immer wieder auf den Mangel an Proberäumen für Formationen aus dem weiten Bereich der Sparte Populärmusik aufmerksam gemacht. Eine Studie im Auftrag des Ressorts Kultur kam 2004 zum Schluss, dass mindestens zehn neue Probelokale mit Anbindung an einen funktionierenden Konzertbetrieb dringend notwendig sind.

In der Zwischenzeit erhielten Nutzer der etablierten Kultur verschiedenste Angebote, an welchem sich der Kanton mit Investitions- und Betriebsbeiträgen engagierte. Als Beispiel sind erwähnt: Beylermuseum, Kunstmuseum, Schauspielhaus etc.

Vorschläge für Proberäume im Bereich Populärmusik wurden lange Zeit nicht Ernst genommen. So wurden Vorschläge an der Westquaistrasse oder die Umwandlung des ausgemusterten Schiff Stadt Basel der Basler Personenschiffahrt in ein Probe- und Musikzentrum einzurichten von der Regierung nicht aufgenommen. Der Versuch nach über 10 Jahren im Sommercasino Proberäume zu schaffen scheiterte kläglich. Auch die aktuelle Diskussion rund um die Kulturangebote in der Kaserne machen auf die Probleme aufmerksam. Wie der Antwort auf die Interpellation Francisca Schiess zu entnehmen ist, steht die Regierung heute hinter dem Anliegen. Zitat: „sieht der Regierungsrat sowohl die Notwendigkeit wie auch den Sinn in der Schaffung solcher Proberäume und stellt sich deshalb hinter dieses Anliegen.“

Zwar werden im Politikplan 2007-2010 folgende Ziele in der Sparte Musik definiert: „Basel ist ein Musikzentrum von grosser Ausstrahlung.“¹ Jedoch fehlen im Kapitel „Kulturförderung und -pflege“ (ED/2.4, S. 58) konkrete Vorhaben im Bereich der Populärmusik. Im nächstfolgenden Politikplan sind deshalb im entsprechenden Kapitel folgende Ergänzungen anzubringen:

Bereitstellung eines Zentrums mit mindestens zehn Proberäumen für regionale Populärmusikgruppen, zu realisieren bis 2008.

1 Kapitel 2.1 „Basel 2020 und der Prozess der Umsetzung“, Kulturstadt Basel (Seite 14)

Sibel Arslan, Heidi Mück, Tanja Soland, Jan Goepfert, Daniel Stolz, Talha Ugur Camlibel, Lukas Engelberger, Rolf Häring, Eveline Rommerskirchen, Sebastian Frehner, Jürg Stöcklin, Emmanuel Ullmann, Christine Keller, Urs Müller-Walz, Tino Krattiger, Anita Lachenmeier-Thüring, Roland Vögtli, Annemarie Pfister, Stephan Maurer, Mustafa Atici“

Stellungnahme des Regierungsrates

Mit dem Ratschlag Nr. 10.1967.01 vom 24. November 2010 legt der Regierungsrat einen Vorschlag vor, wie das Anliegen des Planungsanzugs Sibel Arslan und Konsorten betreffend „Probelokale für regionale Populärmusikgruppen“ (06.5309) umgesetzt werden könnte. Im Zuge der Planung des Neubaus der Kuppel im Nachtigallenwäldeli sollen im Untergeschoss der Kuppel die erforderlichen 9-10 Bandproberäume (gemäss Evaluationsstudie des Rockfördervereins Region Basel aus dem Jahr 2008) realisiert werden. Die involvierten Akteure (Betreiber Kuppel, Rockförderverein Region Basel, Präsidialdepartement, Bau- und Verkehrsdepartement, Planungsbüro Neubau Kuppel) sind von den Vorteilen eines solchen Projekts überzeugt. Wichtige Faktoren, wie die Behebung der Lärmproblematik, die Anbindung an einen Auftrittsort und gut eingespielte Synergien zwischen den Akteuren wären gegeben. Der vorliegende Ratschlag erläutert das geplante Investitions- und Nutzungsmodell inklusive der Rolle des Kantons Basel-Stadt und skizziert das weitere Vorgehen. Für den weiteren Prozess, insbesondere die konkrete Bau- und Finanzierungsplanung durch den Betreiber der Kuppel, ist neben der Zustimmung des Grossen Rates zur Zonenplanänderung Nachtigallenwäldeli/Heuwaage/Zoo die grundsätzliche Zusage des Kantons Basel-Stadt betreffend einen Beitrag an die Investitionskosten für Bandproberäume im Untergeschoss der Kuppel entscheidend. Die geschätzte Kostensumme von maximal CHF 1'700'000 basiert auf einer Machbarkeitsstudie im Auftrag des Bau- und Verkehrsdepartementes Basel-Stadt vom März 2010. Gegenwärtig ist der Ratschlag zur Behandlung in der vorbereitenden Grossratskommission, ein Entscheid darf noch im dritten Quartal 2011 erwartet werden.

Antrag Aus diesen Gründen empfehlen wir, den Planungsanzug Sibel Arslan und Konsorten abzuschreiben.

3 Das Budget

3.1 Budget im Überblick

3.1.1 Finanzielle Eckwerte

Das regierungsrätliche Budget für den Kanton Basel-Stadt im Jahr 2012 zeigt in der Laufenden Rechnung einen Überschuss von 71.6 Mio. Franken. Dies bedeutet gegenüber dem Budget 2011 eine Verbesserung von 19.1 Mio. Franken. Im vorliegenden Budget 2012 beträgt der Mittelzufluss (Selbstfinanzierung) aus der Laufenden Rechnung 207.2 Mio. Franken. Das Budget des Vorjahres weist eine um 67.4 Mio. Franken höhere Selbstfinanzierung aus. Der Saldo der Investitionsrechnung liegt mit 288.8 Mio. Franken um 29.0 Mio. unter dem Budget 2011. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 71.7%. Das heisst, dass der Mittelzufluss nicht ausreicht, um die Investitionen vollständig aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

Basierend auf dem Konzept der Schuldenbremse zeigt der Finanzierungssaldo exakt die Veränderung der Nettoschulden. Dieser zeigt für das Budget 2012 ein Defizit von 81.6 Mio. Franken und bewirkt eine entsprechende Erhöhung der Nettoschulden. Die Nettoschuldenquote liegt mit 3.4% um 0.1 Promillepunkte über dem Vorjahresbudgetwert.

Mit der Einführung der Schuldenbremse im 2006 wurde die Schuldenquote (Nettoschulden des Kantons im Verhältnis zum gesamtschweizerischen Bruttoinlandprodukt) als wichtige Kenngrösse zur Beurteilung des Finanzhaushalts eingeführt. Gemäss der gesetzlichen Vorgabe und nach der Anpassung der Maximalgrenze darf die Nettoschuldenquote des Vorjahres maximal 6.5% betragen. Bei einer höheren Schuldenquote darf der Ordentliche Nettoaufwand nur noch maximal mit der Teuerung wachsen.

Gesamtstaatliche Kennzahlen im Überblick

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10	
	2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
Aufwand	4'664.1	4'281.8	3'590.9	-690.9	-16.1	-1'073.2	-23.0
Ertrag	4'941.6	4'334.2	3'662.4	-671.8	-15.5	-1'279.2	-25.9
Saldo Laufende Rechnung	277.5	52.5	71.6	19.1	36.4	-206.0	-74.2
+ Abschreibung Verwaltungsvermögen	212.1	179.9	115.0	-64.9	-36.1	-97.1	-45.8
+/- Veränd. zweckgeb. Eigenkapital	476.3	42.2	20.6	-21.6	-51.2	-455.7	-95.7
Selbstfinanzierung	965.9	274.6	207.2	-67.4	-24.6	-758.8	-78.6
Ausgaben	276.3	312.1	258.1	-54.0	-17.3	-18.3	-6.6
Einnahmen	21.7	29.3	29.3	0.0	0.0	7.5	34.6
Nettoinvestitionen	254.6	282.8	228.8	-54.0	-19.1	-25.8	-10.1
Veränderung Dar./Bet. Verw.Verm.	38.9	35.0	60.0	25.0	71.4	21.1	54.4
Saldo Investitionsrechnung	293.5	317.8	288.8	-29.0	-9.1	-4.7	-1.6
Finanzierungssaldo	672.5	-43.2	-81.6	-38.4	-88.9	-754.1	-112.1
Selbstfinanzierungsgrad (in %)	329.1	86.4	71.7				
Nettoschulden	1'809.2	1'852.4	1'934.0				
Nettoschuldenquote in % BIP CH	3.3	3.3	3.4				

In Anlehnung an die Schuldenbremse wird die Laufende Rechnung des Kantons vom Regierungsrat seit einigen Jahren über den Ordentlichen Nettoaufwand und den Allgemeinen Nettoertrag gesteuert. Der Ordentliche Nettoaufwand stellt den Saldo zwischen dem departementsspezifischen Aufwand und Ertrag dar und zeigt damit die strukturelle Ausgabenentwicklung des Kantons. Der Allgemeine Nettoertrag beinhaltet die nicht zweckgebundenen Einnahmen (primär Steuerertrag und Anteile an Bundeseinnahmen), den Schuldendienst, den Aufwand und Ertrag aus dem Finanzvermögen und – bezüglich Darlehen, Beteiligungen und Renditeliegenschaften – aus dem Verwaltungsvermögen. Diese Grösse ist stark von konjunkturellen Einflüssen abhängig. Die nachfolgende Tabelle zeigt die

Entwicklung dieser Kenngrössen und die Überleitung zum Saldo der Laufenden Rechnung.

Strukturelle Kennzahlen

in Mio. Franken + Ertrag / - Aufwand	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10	
	2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
Allgemeiner Nettoertrag	2'935.0	2'568.3	2'634.7	66.4	2.6	-300.4	-10.2
Ordentlicher Nettoaufwand (ohne interne Verrechnungen)	-2'445.5	-2'336.0	-2'448.1	-112.1	-4.8	2.6	0.1
Abschreibungen	-212.1	-179.9	-115.0	64.9	36.1	97.1	-45.8
Laufende Rechnung	277.5	52.5	71.6	19.1	36.4	-206.0	-74.2

Der Allgemeine Nettoertrag (ANE) erhöht sich gegenüber dem Vorjahresbudget um 2.6% oder 66.4 Mio. Franken. Diese Steigerung ist hauptsächlich auf die höheren Steuereinnahmen zurückzuführen. Demgegenüber stehen der Wegfall des Nationalbankgewinnes und die höheren Beitragsleistungen an den Ressourcenausgleich im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanonen (NFA). Der Ordentliche Nettoaufwand (ONA) steigt um 4.8%. Ohne Berücksichtigung von exogenen Faktoren (insbesondere Spitalfinanzierung, Neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht des Bundes) wächst der ONA um 1.5% resp. real nur um 0.7%.

Die Verbesserung zum Budget 2011 ist das Ergebnis einer Reihe von ungünstigen und günstigen Faktoren, welche im Nachfolgenden kurz dargestellt werden. Die Veränderung des Saldos der Laufenden Rechnung (19.1 Mio. Franken) setzt sich zusammen aus der Steigerung beim Ordentlichen Nettoaufwand (ONA; 112.1 Mio. Franken), dem höheren Allgemeinen Nettoertrag (ANE; 66.4 Mio. Franken) und den tieferen Abschreibungen (64.9 Mio. Franken).

Der Anstieg des Ordentlichen Nettoaufwands ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Durch die per 1. Januar 2012 in Kraft tretende neue Spitalfinanzierung wird die laufende Rechnung um 42 Mio. Franken belastet. Diese Mehrbelastung setzt sich zusammen aus einem höheren Aufwand von 88.9 Mio. Franken auf Stufe ONA sowie den wegfallenden Abschreibungen auf Anlagen und Immobilien der Spitäler. Neu finanziert der Kanton 55% des Tarifs in der Grundversorgung für stationäre Spitalbehandlungen sowie gemeinwirtschaftliche Leistungen. Entlastet wird der Kanton durch den Wegfall der bisherigen betrieblichen Defizitdeckung für die öffentlichen Spitäler und die bisherigen Subventionen an die Privatspitäler.
- Bei den vom Regierungsrat geplanten Massnahmen zu den Schwerpunkten sind die Erhöhungen der Beiträge an die FHNW von 5.7 Mio. Franken und an die Universität Basel von 4.5 Mio. Franken die grössten Positionen. Zusätzliche Steigerungen fallen im Bildungsbereich an, darunter für den Bereich Integration bei den Volksschulen (1.5 Mio. Franken) und für den weiteren Ausbau der Tagesstrukturen (1.6 Mio. Franken). Für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs sollen 1.8 Mio., für Massnahmen zur Erhöhung der Sauberkeit sollen 1.4 Mio. mehr ausgegeben werden. Insgesamt hat der Regierungsrat für die Massnahmen zu den Schwerpunkten 18.9 Mio. Franken mehr eingeplant.
- Die per November 2011 prognostizierte Teuerung von 0.8% führt zu Mehrkosten für den Teuerungsausgleich von 8.4 Mio. Franken.
- Am 1. Januar 2013 tritt das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht des Bundes in Kraft. Bis dahin haben die Kantone ihre Gesetzgebung anzupassen und die erforderliche Behördenorganisation aufzubauen. Mit der Revision des Zivilgesetzbuches bezweckt der Bund eine Professionalisierung des Vormundschaftswesens, da der gesellschaftliche Wandel zu vielschichtigen Problemen und komplexen Herausforderungen führt. Im Zentrum steht die Bildung interdisziplinär zusammengesetzter Fachbehörden (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden), um den steigenden Anforderungen besser begegnen zu können. Die schon ab 2012 anfallenden Mehrkosten für Aufbau und Anpassungen der Organisation an die neue Gesetzgebung betragen voraussichtlich 4.6 Mio. Franken.

- Die vom Regierungsrat beschlossene Verbesserung der geltenden Ferienregelung führt in den Bereichen mit Schichtarbeit und Schalterdienst, wo zusätzliche Ferien zu personellen Engpässen führen, zu Stellenplafonderhöhungen. Die Änderung wird in zwei Tranchen (erste Tranche im 2009, zweite Tranche im 2012) realisiert. Die zweite Tranche führt insgesamt zu Mehrausgaben in Höhe von rund 4.5 Mio. Franken.

Wichtigste Veränderungen zwischen Budget 2012 und Budget 2011

in Mio. Franken, + günstig / - ungünstig	Abweichung B12/B11
Ordentlicher Nettoaufwand (ONA)	
Entlastungen:	
Wegfall AG-Beitrag Ausfinanzierung	21.2
Sozialkosten	13.7
Belastungen:	
Spitalfinanzierung	-88.9
Schwerpunkte	-18.9
davon: Beitrag FHNW	-5.7
Beitrag Universität	-4.5
Ausbau Öffentlicher Verkehr	-1.8
Tagesstrukturen	-1.6
Integrative Volksschule	-1.5
Sauberkeit gewährleisten	-1.4
Teuerung Personal	-8.4
Neues Kinder- und Erwachsenenschutzrecht des Bundes	-4.6
Ferienregelung	-4.5
Saldo übrige Positionen	-21.7
Total Veränderung ONA	-112.1
Allgemeiner Nettoertrag (ANE)	
Entlastungen:	
Steuerertrag	108.7
Passivzinsen und Finanzierungsgebühren	15.2
Anteil Direkte Bundessteuer	6.0
Belastungen:	
Nationalbankgewinn	-41.2
Ressourcenausgleich	-19.6
Saldo übrige Positionen	-2.7
Total Veränderung ANE	66.4
Abschreibungen	64.9
Total Veränderung Saldo Laufende Rechnung	19.1

Die folgenden beiden Positionen entlasten den ONA:

- Per 31.12.2010 wurde der Vorschuss des Arbeitgeber-Anteils für die Ausfinanzierung der Pensionskasse Basel-Stadt ausgebucht und dafür 354.0 Mio. Franken der Laufenden Rechnung belastet. Dadurch reduzieren sich in der Folge die jährlichen Einlagen in die als Spezialfinanzierung geführte (PK-)Ausfinanzierung. Das Budget 2012 wird gegenüber dem Vorjahr um 21.2 Mio. Franken entlastet.
- Die Aufwendungen für die Sozialkosten reduzieren sich insgesamt um 13.7 Mio. Franken. Diese Abnahme ist teilweise auch auf zu pessimistische Annahmen im Rahmen der Budgetierung für

das Jahr 2011 zurückzuführen.

Die Veränderung beim Allgemeinen Nettoertrag ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Aufgrund des guten Ergebnisses 2010 bei den Steuererträgen für die natürlichen Personen können auch im laufenden Jahr und für das Jahr 2012 höhere Steuererträge als bisher erwartet werden. Bei den Juristischen Personen ist aufgrund der in einzelnen Branchen spürbaren konjunkturellen Abkühlung in der 2. Jahreshälfte 2011 und der ab Rechnungsjahr 2012 wirksamen Steuersenkung mit leicht tieferen Erträgen zu rechnen.
- Für das Budgetjahr ist die Aufnahme einer Anleihe über 400 Mio. Franken geplant. Im Vorjahr wurde mit einer Geldaufnahme von 1'200 Mio. Franken gerechnet. Zudem fallen die Geldaufnahmekosten tiefer aus, weil diese seit Abschluss 2010 auf die Laufzeit der entsprechenden Anleihe abgegrenzt werden. Insgesamt wird in diesem Bereich mit einer Kostenreduktion von 15.2 Mio. Franken gerechnet.
- Gegenüber dem Vorjahr steigt der Anteil an der direkten Bundessteuer um 6.0 Mio. Franken.
- Für den Anteil am Nationalbankgewinn wurde nichts mehr ins Budget eingestellt. Im Vorjahr wurde noch mit Einnahmen von 41.2 Mio. Franken gerechnet.
- Die im Rahmen des Finanzausgleichs zu leistende Ressourcenausgleichszahlung fällt für 2012 19.6 Mio. Franken höher aus. Der Beitrag an den Ressourcenausgleich steigt damit auf 148.3 Mio. Franken. Aufgrund der höheren Dotierung durch den Bund steigt dagegen die Abgeltung für soziodemografische Sonderlasten um 4.5 Mio. Franken auf 51.4 Mio. Franken. Inklusive Beitrag an den Härteausgleich beträgt damit die Netto-Ausgleichszahlung von Basel-Stadt in den Finanzausgleich 100.2 Mio. Franken.
- Die Abschreibungen werden mit insgesamt 115.0 Mio. Franken um 64.9 Mio. Franken tiefer budgetiert. Dies ist hauptsächlich auf die neue Spitalfinanzierung zurückzuführen.

3.1.2 Personalentwicklung

Die Ausrichtung und Weiterentwicklung des Personalmanagements bei BASEL-STADT orientiert sich an den neun personalstrategischen Leitlinien, welche der Regierungsrat im November 2009 verabschiedet hat. Im Jahr 2012 werden folgende Themen im Vordergrund stehen:

Stärkung der Führungskompetenz „Wir gestalten unsere Führung nach einheitlichen Grundsätzen“ ist eine für die Förderung einer gemeinsamen Unternehmenskultur wichtige Aussage unserer personalstrategischen Leitlinien. Um einen die Aufgabenerfüllung und Leistungsfähigkeit der Organisation unterstützenden Rahmen für das Handeln und Verhalten von Führungskräften zu schaffen, bedarf diese Leitlinie aber einer Konkretisierung. Deshalb soll beim Regierungsrat um eine entsprechende Auftragserteilung zur Erarbeitung dieser Grundaussagen zum Führungsverständnis nachgefragt werden. Nach deren Verabschiedung ist vorgesehen, auf dieser Basis ein neues Führungsentwicklungskonzept zu entwickeln, welches sowohl mit departementsinternen als auch departementsübergreifenden Massnahmen umgesetzt werden soll.

Betriebliches Gesundheitsmanagement Der Arbeitgeber BASEL-STADT will das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) in Zukunft systematischer und einheitlicher angehen. Dies setzt zunächst eine sorgfältige Analyse der bereits bestehenden, für die Gesundheit der Mitarbeitenden relevanten Strukturen und Einrichtungen voraus. Diese Standortbestimmung, welche als Pilot zunächst im GD durchgeführt wird, orientiert sich an anerkannten nationalen Standards (Schweizer BGM Kriterien). So können vor dem für 2012 vorgesehenen Rollout auf die übrigen Departemente ggf. noch nötige Anpassungen vorgenommen werden.

Die Standortbestimmung verfolgt als Hauptziele die Identifikation der Schlüsselpersonen (Informations- und Entscheidungsträger) im BGM, die Klärung der BGM-Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten, sowie die Identifikation der Stärken, aber auch Lücken und Potentiale des

bestehenden BGM sowohl in Bezug auf den gesamten Arbeitgeber als auch auf die einzelnen Departemente. Auf der Basis dieser Standortbestimmung soll ein auf den priorisierten Lücken und Potenzialen gründender Massnahmenplan erarbeitet und dem Regierungsrat vorgelegt werden, welcher zur Gesundheitsförderung und Arbeitssicherheit, aber insbesondere auch zur weiteren strukturellen Verankerung und Systematisierung unseres BGM beiträgt.

Chancengleichheit: Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie Zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei BASEL-STADT hat der Regierungsrat im Juli 2011 verschiedene Massnahmen zur Genehmigung beschlossen. Es handelt sich um kostengünstige bis kostenneutrale Massnahmen, welche die Vereinbarkeit konkret verbessern. Dazu gehören die Einführung eines unbezahlten Elternurlaubs für Frauen und Männer mit Arbeitsplatz-Sicherheit (Ersatz des „Stilurlaubs“), der flexible Bezug von bezahlten Urlaubstagen zur Betreuung von Angehörigen bei unvorhergesehenen Betreuungsempässen, der bessere Zugang zu Informationen rund ums Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie, spezifische Weiterbildungsmassnahmen in den Führungsgrundlagenseminaren und diverse andere Massnahmen. Damit will sich BASEL-STADT als attraktiver Arbeitgeber positionieren, die Angebote im Rahmen einer Sensibilisierungskampagne intern bekannter machen, sowie die einheitlichere Handhabung vorantreiben. 2012 sollen die Sensibilisierungsmassnahmen fortgesetzt werden, unter anderem mit Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie mit Schulungsangeboten zur Stärkung der Gender- und Diversity-Kompetenz der Personalfachorganisation.

Personalmarketing: Verbesserung des Arbeitsmarktauftritts Die effiziente, effektive und qualitativ hochstehende Erfüllung der Aufgaben der kantonalen Verwaltung ist direkt abhängig von den Leistungen unserer Mitarbeitenden. BASEL-STADT ist deshalb darauf angewiesen, die für die Erfüllung der Aufgaben nötigen, ausreichend qualifizierten und engagierten Mitarbeitenden zu gewinnen, sie optimal einzusetzen und für BASEL-STADT zu erhalten. Losgelöst von anderen Fluktuationsgründen muss BASEL-STADT in den kommenden Jahren im besonders kritischen Kader- und Spezialistenbereich einen grossen Teil seiner Mitarbeitenden pensionierungsbedingt ersetzen. Damit dies trotz der spürbar zunehmenden Verknappung infolge der demografischen Entwicklung und dem Wettbewerb mit anderen Unternehmen gelingt, sind gezielte Anstrengungen zur Verbesserung der Positionierung von BASEL-STADT auf dem Arbeitsmarkt von strategischer Bedeutung und Priorität. Im Zentrum steht hierbei die Verbesserung des Arbeitsmarktauftritts, d.h. die Entwicklung einer Arbeitgebermarke, gezielte Imagearbeit sowie unterstützende Massnahmen zur professionellen Ansprache und Gewinnung von geeigneten Kräften der identifizierten Zielgruppen. Ein entsprechendes Konzept wird zurzeit erarbeitet und soll dem Regierungsrat vorgelegt werden, damit ab Herbst 2011 mit der Umsetzung begonnen werden kann.

Berufsbildung: Schaffung zusätzlicher Lehrstellen Der Regierungsrat entschied im April 2010, in der Kantonalen Verwaltung in den Jahren 2010 bis 2012 insgesamt 55 zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Der Schwerpunkt bei den zusätzlichen Lehrstellen liegt auf der Schaffung von niederschwelligen Lehrstellen (2-jährige Lehren mit Eidgenössischem Berufsattest EBA und einfachere 3-jährige Lehren mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis EFZ), die mit Abgängerinnen und Abgängern von staatlichen Basler Schulen besetzt werden sollen. Die Umsetzung des Beschlusses erfolgt in den Departementen und Betrieben. Im Sinne einer Anschubfinanzierung erfolgt eine Erst-Finanzierung von neuen Lehrstellen durch den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Krisenfonds). Insgesamt konnten im Rahmen der Zusatz-Lehrstellenkampagne schon 40 neue Lehrstellen geschaffen werden. Für den Lehrbeginn 2012 sind nochmals verstärkte Anstrengungen nötig, damit das Ziel von 55 zusätzlichen Lehrstellen erreicht werden kann.

Personalkennzahlen

Departemente / Betriebe	2010	2011	2012	Abw. 12/11 abs.
Gerichte				
Plafond	229	237	239	3
Headcount	232	.		
Erziehungsdepartement				
Plafond	2'953	2'971	3'053	82
Headcount	2'935			0
Präsidentialdepartement				
Plafond	379	391	395	4
Headcount	371			
Finanzdepartement				
Plafond	483	487	500	13
Headcount	468			
Justiz- und Sicherheitsdepartement				
Plafond	1'599	1'611	1'630	19
Headcount	1'522			
Bau- und Verkehrsdepartement				
Plafond	906	915	931	16
Headcount	891			
Gesundheitsdepartement				
Plafond	5'135	5'186	305	-4'881
Headcount	5'023			
Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt				
Plafond	639	640	678	38
Headcount	617			
Zwischentotal Plafond	12'322	12'438	7'732	-4'706
Zwischentotal Headcount	12'059			
Behörden / Allg. Verwaltung	33	33	33	0
Sozialstellenplan	20	20	20	0
Total Plafond Staat	12'375	12'491	7'785	-4'706

Veränderungen Personalplafond 2012 zu 2011: Ursachen

Ausgliederung der Spitäler

Im Mai 2011 stimmte das Basler Volk einer Ausgliederung des Universitätsspitals (USB), der Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) und des Felix-Platter Spitals (FPS) aus der kantonalen Verwaltung zu.

Personalbestand und -plafond der Spitäler werden aus diesem Grund ab 2012 nicht mehr im Bericht aufgeführt.

Die neue Ferienregelung / Teil 2

Mit RRB 08/17/18-18.2 hat der Regierungsrat beschlossen, per 1. Januar 2009 eine Verbesserung der geltenden Ferienregelung in Kraft zu setzen. In den Bereichen mit Schichtarbeit und Schalterdienst, wo zusätzliche Ferien zu personellen Engpässen führen, wurde eine Stellenplafonderhöhung in zwei Tranchen (erste Tranche im 2009, zweite Tranche im 2012) bewilligt.

Die zweite Tranche (Budget 2012) von insgesamt 12.36 Stellen setzt sich wie folgt zusammen:

- Gerichte 0.1
- Präsidialdepartement 0.6
- Bau- und Verkehrsdepartement 2.3
- Erziehungsdepartement 0.7
- Finanzdepartement 0.4
- Gesundheitsdepartement / übrige Bereiche 0.1
- Justiz- und Sicherheitsdepartement 7.0
- Wirtschaft, Soziales und Umwelt 1.2

Zentralisierung Personalserviceleistung

Der verschärfte Kostendruck veranlasste den Regierungsrat dazu, im Rahmen der Überprüfung der Ausgabendynamik 2010 bis 2013 abzuklären, welche Aufgaben zentral erfüllt werden können.

Der Vorschlag zur Zentralisierung und Standardisierung im Personalmanagement wurde am 12. Oktober 2010 vom Regierungsrat bewilligt. So können qualitative und quantitative Verbesserungen im Personalwesen bei gleichzeitiger Senkung der Kosten erzielt werden.

Die betroffenen Stellen (insgesamt 6.5 Stellen) und das zugehörige Budget wurden von den Departementen in den Zentralen Personaldienst (ZPD) verschoben:

- Präsidialdepartement -1.5
- Bau- und Verkehrsdepartement -1.0
- Erziehungsdepartement -0.1
- Finanzdepartement -1.1
- Gesundheitsdepartement / übrige Bereiche -1.0
- Justiz- und Sicherheitsdepartement -0.8
- Wirtschaft, Soziales und Umwelt -1.0

Zu diesen Plafonderhöhungen und -verschiebungen kommen die nachfolgend begründeten Veränderungen für die einzelnen Departemente hinzu:

Gerichte

- Die Gerichte haben die eidgenössischen Prozessordnungen, sowohl im Zivil- wie auch im Strafrecht, ab 2011 umgesetzt. Aufgrund der Beschlüsse des Grossen Rates ist eine Personalplafonderhöhung von 2.4 Stellen erforderlich.

- In der Kanzlei des Sozialversicherungsgerichtes konnte ein personeller Engpass nur mit unterjährig Anstellungen überbrückt werden. Um diese Angelegenheit auf Dauer zu bereinigen, werden dem Sozialversicherungsgericht 0.5 Stellen bewilligt.

Erziehungsdepartement

- Im Erziehungsdepartement erfolgt aufgrund der Veränderung in der Anzahl unterjähriger und befristeter Anstellungen im Schulbereich eine technische Anpassung in Höhe von 26.9 Stellen. Diese Erhöhung führt nicht zu Mehrkosten.
- Für die bewilligte Leistungsreform der Volksschulen, gültig ab August 2011, erfolgte anlässlich der Budgetierung 2011 noch keine entsprechende HC-Anpassung. Die Budgetmittel sind im Jahr 2011 bereits anteilmässig eingestellt worden. Entsprechend wird der Plafond um 14.0 Stellen erhöht.
- Die Überführung des Lehrgangs „Diplomierte Pflegefachkraft Höhere Fachschule FH“ der Bethesda-Pflegeschule in das Bildungszentrum Gesundheit des Erziehungsdepartements Basel-Stadt führt zu einem Anstieg von 13.1 Stellen. Diese sind durch den Wegfall der entsprechenden Leistungsabgeltung an das Bethesda finanziert.
- Für die Umsetzung der Massnahme „Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung“ im Schwerpunkt Chancengleichheit werden weitere 10.0 Stellen benötigt.
- Für die Betreuung von zusätzlichen IK-Klassen an den Volksschulen wurden 5.8 Stellen gesprochen.
- Durch die Integration der K'Werk Bildschule in die Schule für Gestaltung werden 3.6 Stellen benötigt, die zum Teil durch den Wegfall der Subvention an die K'Werk Bildschule finanziert sind.
- Die neue Struktur des Pädagogischen Zentrums macht eine Erhöhung des Plafonds um 2.7 Stellen notwendig. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des bestehenden Budgets des Pädagogischen Zentrums. Zusätzlich werden 0.6 Stellen für die Medienpädagogik, aufgrund der Reorganisation ZLP, benötigt.
- Neue Lektionen Förderzentrum und die Berücksichtigung der Schülerrückgangs ergeben zusätzliche 0.3 Stellen.
- Für die Massnahme „Ausbau der frühen Förderung und Bildung (Frühbereich)“ sind 1.7 Stellen bewilligt worden.
- Seit dem Start der Passerelle, welche durch das Sekretariat des Gymnasiums Kirschgarten administriert wird, wurde nie eine Ressourcenanpassung vorgenommen. Dies wurde nun nötig (0.6 Stellen).
- Für den Aufbau eines elektronischen Verwaltungssystems für Plakatdaten benötigt die Schule für Gestaltung 0.6 Stellen.
- Durch den Abbau von Overhead fallen im Bildungszentrum für Gesundheit 1.7 Stellen weg.
- Für den Ausgleich von personellen Unterdotierungen und neuen Aufgaben im Bereich der Elterninformation sowie der Weiterbildung für Lehrpersonen werden in der Berufsberatung 2.0 Stellen benötigt.
- Die Neuformulierung und Implementierung der kantonalen Zusprachekriterien und Berechnungsmethoden für Stipendien bedeuten auf längere Zeit eine Ausweitung der Arbeitsmenge, was im Amt für Ausbildungsbeiträge eine Stellenerhöhung um 0.2 nötig macht.
- Infolge der Auflösung des Regiebetriebs werden 1.0 Stellen vom BVD zum ED transferiert.

Präsidialdepartement

- Aussenbeziehungen und Standortmarketing:
Für die Realisierung des Massnahmenswerpunkts „Institutionalisierung des Lobbyings auf Bundesebene“ werden 1.0 Stellen benötigt. Zur Stärkung der institutionellen und regionalen Zusammenarbeit und um abschliessend den Transfer im Rahmen der RV09 zu bereinigen (Übernahme der Dossiers „Kooperation BS-JU“, „Metrobasel“, „Schweizerischer Städteverband“ etc.), sind 0.5 Stellen nötig.
- Statistisches Amt:
Die Bildungsstatistik erhält 1.0 Stellen für die Bewältigung von zwei grossen und langjährigen Projekten:
 1. die Modernisierung der Bildungsstatistik (MEB+) als Bundesvorgabe
 2. der Nachvollzug der kantonalen Schulreform und die statistische Abbildung des Bildungsraumes Nordwestschweiz.Um die Qualitätsanforderungen und den Mehraufwand im Rahmen der Registerharmonisierung zwischen dem Einwohnerregister (EWR) und dem Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) erfüllen zu können, werden 1.2 Stellen bewilligt.
- Staatsarchiv:
Für die neue Daueraufgabe der Archivierung von elektronischen Unterlagen im Kernbereich des Archivs werden 1.5 Stellen bewilligt.

Finanzdepartement

- Durch die Zentralisierung der Personal-Serviceleistungen sind 6.5 Stellen aus den Departementen in den Zentralen Personaldienst (ZPD) verschoben worden.
- Für die Einrichtung einer kantonalen Inkassostelle in der Finanzverwaltung wurden 7.0 Stellen bewilligt (davon 2 Stellen befristet bis 2015), die durch Mehreinnahmen finanziert werden sollen.

Justiz- und Sicherheitsdepartement

- Gemäss der Vereinbarung zwischen dem JSD und dem BVD vom 19.10.2010 werden für die Übernahme der Anmeldung Todesfälle und Bestattungen 1.0 Stellen vom JSD zum BVD transferiert.
- Gemäss RRB 11/11/48 vom 5. April 2011 wird der Polizeibestand um 12.0 Stellen aufgestockt, um den gestiegenen Sicherheitsanforderung durch verändertes Verhalten im öffentlichen Raum (24-Std.-Gesellschaft, Hotspots) Rechnung zu tragen. Weitere Erhöhungen sind in den Folgejahren geplant.
- Die Anforderungen an die Registerführung nach der Registerharmonisierung sind stark gestiegen und verursachen einen deutlichen Mehraufwand. Zur Sicherstellung eines funktionsfähigen Einwohnerregisters werden 2.5 Stellen bewilligt.
- Die Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht wird per 1. Januar 2012 aus der Kantonalen Verwaltung ausgegliedert (-4.9 Stellen).
- Der neue Ratschlag zur Parkraumbewirtschaftung „Bewirtschaftung der Parkräume und Kontrolle des ruhenden Verkehrs“ sieht einen zusätzlichen Personalbedarf von 4.0 Stellen vor, der durch Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung finanziert werden soll.

Bau- und Verkehrsdepartement

- Für die Realisierung der Massnahme „Sauberkeit gewährleisten“ im Schwerpunkt Urbane Standortqualität werden 10.0 Stellen benötigt.
- Aufgrund der höheren Investitionsausgaben und des höheren Unterhaltsbedarfs werden für die Betreuung der Hochbauten im Verwaltungsvermögen 4.5 Stellen geschaffen.
- Gemäss der Vereinbarung zwischen dem JSD und dem BVD vom 19.10.2010, werden für die Übernahme der Anmeldung Todesfälle und Bestattungen 1.0 Stellen vom JSD zum BVD transferiert.

- Infolge Auflösung des Regiebetriebs werden 1.0 Stellen vom BVD zum ED transferiert.

Gesundheitsdepartement

- Im Rahmen des Konzeptes Gesundheitsförderung besteht, trotz unveränderter Planung, ein zusätzlicher Bedarf von 1.0 Stellen zur Umsetzung von Massnahmen.
- Durch den Verkauf des Schlachthofareals per 1.1.2011 an die Bell AG entfallen 2.8 Stellen.
- Die Massnahme „Ausbau der frühen Förderung und Bildung“ im Schwerpunkt Chancengleichheit benötigt 2.0 zusätzliche Stellen für die Koordination, Ausarbeitung und Weiterentwicklung.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

- Ab 1.1.2013 tritt das neue Erwachsenenschutzrecht des Bundes in Kraft. Es sieht einerseits Neuerungen bei Massnahmen im Erwachsenenschutz und andererseits eine professionelle und interdisziplinäre Organisation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde vor. Die Umsetzung dieser Forderungen führt zu einem Mehrbedarf von 23.5 Stellen.
- Im Rahmen der Verwaltungsreform RV09 wurden die kantonalen Wohnheime und Tageszentren vom Erziehungsdepartement in das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt transferiert. Diese waren aufgrund ihrer „Springer“-Funktion zu diesem Zeitpunkt nicht Headcount relevant. Aufgrund der neuen personalrechtlichen Situation müssen die Anstellungen in feste Teilzeitarbeitsverträge umgewandelt werden und fliessen somit neu in den Headcount. Betroffen sind 11.0 Stellen.
- Spitex-Anbieter können ihren PatientInnen seit dem 1.1.2011 neu einen Eigenbetrag von CHF 8.– in Rechnung stellen. Personen, für welche CHF 8.– pro Tag eine zu grosse Belastung darstellen, erstattet das WSU auf Antrag auch diesen Eigenbetrag zurück. Für die Fortsetzung der Bearbeitung der Anträge im Jahr 2012 werden 1.0 Stellen benötigt.
- Die Trägerschaft des Wohnheims Burgfelderstrasse wechselte per 1.1.2010 vom Felix-Platter Spital zum Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Nachträglich wurden nun im Budget 2012 die dazugehörigen 2.6 Stellen transferiert.

3.1.3 Budgetierungsgrundlagen

Makroökonomische Annahmen Budget 2012

Dem Budget 2012 des Regierungsrates liegen im Wesentlichen die folgenden Annahmen zugrunde:

- Die konjunkturelle Entwicklung wird optimistisch eingeschätzt. Das heisst, es wird nicht davon ausgegangen, dass die Weltwirtschaft bzw. die schweizerische Wirtschaft in Kürze nochmals in eine Rezession gleitet. Auf der Basis dieser Annahme wird für die Schweiz im laufenden Jahr ein reales Wachstum von 2.1% und 1.5% für das Folgejahr gerechnet.
- Die für das Budget 2012 massgebende Novemberteuerung 2010 wurde mit 0.8% geschätzt. Aufgrund der weiterhin tiefen Teuerung wird auch das Zinsniveau für Refinanzierung und Neuverschuldung mit gut 2% für 10-jährige Anleihen vergleichsweise tief angesetzt.
- Die Risiken des hinterlegten Szenarios für Konjunktur, Preis- und Zinsentwicklung liegen zu einem grösseren Grad bei einer deutlich schwächeren Konjunktorentwicklung oder gar einer Rezession. Mit einer geringeren Eintretenswahrscheinlichkeit ist mit deutlich höheren Preisen und Zinsen zu rechnen.

3.2 Laufende Rechnung

Finanzielle Übersicht

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10	
	2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
Aufwand							
Personalaufwand	1'738.9	1'744.9	1'109.4	-635.5	-36.4	-629.5	-36.2
Sachaufwand	1'112.6	701.8	409.8	-292.0	-41.6	-702.8	-63.2
Passivzinsen	75.5	78.2	70.1	-8.1	-10.3	-5.4	-7.1
Abschreibungen	348.0	241.4	174.6	-66.7	-27.7	-173.4	-49.8
Eigene Beiträge	1'322.3	1'426.5	1'756.6	330.0	23.1	434.3	32.8
Einlagen in Spez.Finanzierungen	66.9	89.0	70.4	-18.6	-20.9	3.5	5.2
Aufwand ohne interne Verrechnungen	4'664.1	4'281.8	3'590.9	-690.9	-16.1	-1'073.2	-23.0
Interne Verrechnungen	238.9	245.3	217.3	-28.0	-11.4	-21.7	-9.1
Aufwand inklusive interne Verrechnungen	4'903.0	4'527.1	3'808.1	-718.9	-15.9	-1'094.9	-22.3
Ertrag							
Steuern	2'679.1	2'418.5	2'527.1	108.6	4.5	-152.0	-5.7
Regalien und Konzessionen	43.5	43.5	2.3	-41.2	-94.6	-41.2	-94.6
Vermögenserträge	236.0	232.2	220.7	-11.4	-4.9	-15.2	-6.4
Entgelte	1'451.8	1'088.9	405.9	-683.0	-62.7	-1'045.8	-72.0
Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	203.2	200.6	211.6	11.0	5.5	8.4	4.1
Beiträge für eigene Rechnung	316.8	336.3	277.5	-58.9	-17.5	-39.3	-12.4
Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	11.3	14.1	17.2	3.1	21.8	5.9	52.8
Ertrag ohne interne Verrechnungen	4'941.6	4'334.2	3'662.4	-671.8	-15.5	-1'279.2	-25.9
Interne Verrechnungen	238.9	245.3	217.3	-28.0	-11.4	-21.6	-9.0
Ertrag inklusive interne Verrechnungen	5'180.5	4'579.5	3'879.7	-699.8	-15.3	-1'300.8	-25.1
Saldo Laufende Rechnung	277.5	52.5	71.6	19.1	36.4	-206.0	-74.2

Die obige Tabelle sowie die nachfolgenden Tabellen im Kapitel 3.2 zeigen die Budgetwerte 2011 und die Rechnungswerte 2010 inkl. die Spitäler.

3.2.1 Aufwand

30 Personalaufwand

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10	
		2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
301	Löhne Personal Verw & Betr	1'397.0	1'428.8	915.0	-513.8	-36.0	-482.1	-34.5
303	Sozialversicherungsbeiträge	79.0	80.1	54.9	-25.2	-31.4	-24.1	-30.5
304	Personalvers.beiträge	204.3	178.8	104.8	-74.1	-41.4	-99.6	-48.7
305	Unfall & Krankenvers.beitr	20.7	21.1	13.5	-7.5	-35.7	-7.1	-34.5
306	Zulage Kleider, Verpfl, Whg	7.4	7.4	3.0	-4.4	-59.6	-4.4	-59.2
307	Rentenleistungen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.1	-67.1
308	Entschädigung temp. Arbeitskräfte	13.8	11.0	5.2	-5.7	-52.4	-8.6	-62.2
309	Übriger Personalaufwand	16.5	17.7	12.9	-4.8	-27.1	-3.6	-21.9
30	Personalaufwand	1'738.9	1'744.9	1'109.4	-635.5	-36.4	-629.5	-36.2

Kommentar

- 1 Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr beim Personalaufwand in Höhe von 635.5 Mio. Franken ist fast ausschliesslich auf die Neue Spitalfinanzierung zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung dieser Position resultiert eine Zunahme von insgesamt rund 33.1 Mio. Franken. Davon kann für die per November 2011 prognostizierte Teuerung von 0.8% eine Summe von 8.4 Mio. Franken und für die vom Regierungsrat beschlossene Verbesserung der geltenden Ferienregelung (zweite Tranche) rund 4.5 Mio. abgezogen werden. Die restliche Zunahme von rund 20.2 Mio. ist grösstenteils auf die Ausweitung des Personalplafonds zurückzuführen, auf welche in Kapitel 3.1.2 Personalentwicklung separat eingegangen wird.

31 Sachaufwand

in Mio. Franken	Rechnung	Budget		Abw. B12/B11		Abw. B12/R10		
		2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
310	Büro- & Schulmat., Drucksachen	19.1	20.8	15.0	-5.8	-28.0	-4.2	-21.7
311	Abschreibungen GWG	6.7	7.3	4.6	-2.7	-36.5	-2.1	-31.4
312	Wasser, Energie & Heizmaterial	41.4	40.5	24.5	-16.0	-39.5	-16.9	-40.8
313	Verbrauchsmaterialien	203.5	207.8	29.3	-178.5	-85.9	-174.2	-85.6
314	Baulicher Unterhalt	74.9	64.6	53.2	-11.3	-17.6	-21.7	-29.0
315	Übriger Unterhalt	81.1	85.9	61.2	-24.8	-28.8	-19.9	-24.5
316	Mieten, Pachten & Benützungskosten	36.3	40.9	35.9	-5.0	-12.2	-0.5	-1.3
317	Spesenentschädigungen	6.2	6.6	6.3	-0.3	-4.7	0.1	1.6
318	Dienstleistungen und Honorare	197.7	221.7	174.2	-47.5	-21.4	-23.5	-11.9
319	Übriger Sachaufwand	445.5	5.7	5.6	-0.1	-2.0	-439.9	-98.7
31	Sachaufwand	1'112.6	701.8	409.8	-292.0	-41.6	-702.8	-63.2 ¹

Kommentar

- 1 Die gegenüber dem Budget 2011 positive Abweichung von 292.0 Mio. Franken ist hauptsächlich durch die Neue Spitalfinanzierung und die Veräusserung des Schlachthofes verursacht. Ohne diese beiden Positionen resultiert eine Zunahme von rund 4.2 Mio. Franken. Diese setzt sich insbesondere aus höheren Unterhaltskosten im Hochbaubereich (1.2 Mio. Franken; Pos. 314), aus gestiegenen Ausgaben für Softwarelizenzen (1.3 Mio.; Pos. 316) sowie aus höheren Unterhaltskosten für Anlagen und Maschinen (1.1 Mio. Franken; Pos. 315) zusammen.

32 Passivzinsen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget		Abw. B12/B11		Abw. B12/R10		
		2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
321	Kurzfr. Schulden	0.0	2.1	4.2	2.1	100.7	4.1	-
322	Mittel- & lfr Schuld	75.1	75.1	65.4	-9.7	-12.9	-9.7	-13.0
323	Sonderrechnungen	0.3	1.0	0.5	-0.5	-50.0	0.2	75.1
32	Passivzinsen	75.5	78.2	70.1	-8.1	-10.3	-5.4	-7.1

Kommentar

Die gegenüber dem Vorjahr tieferen Ausgaben für Zinsen sind darauf zurückzuführen, dass weniger öffentliche Anleihen als ursprünglich geplant aufgenommen worden sind.

33 Abschreibungen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget		Abw. B12/B11		Abw. B12/R10		
		2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
330	Abschreibungen Finanzvermögen	135.9	61.5	59.6	-1.9	-3.0	-76.3	-56.1 ¹
331	Abschreibungen Verwaltungsverm.	212.1	179.9	115.0	-64.9	-36.1	-97.1	-45.8
33	Abschreibungen	348.0	241.4	174.6	-66.7	-27.7	-173.4	-49.8

Kommentar

- 1 Die gegenüber dem Vorjahresbudget tieferen Abschreibungen sind hauptsächlich auf die Auswirkungen der Neuen Spitalfinanzierung zurückzuführen. Von der Abweichung von 64.9 Mio. Franken basieren rund 45.2 Mio. Franken auf diesen Effekt. Die restliche Differenz von 19.7 Mio. Franken resultiert insbesondere aus tieferen Investitionsbeiträgen, die im Jahr der Gewährung jeweils zu 100% abgeschrieben werden.

36 Eigene Beiträge

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10	
	2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
360 Bund	4.2	4.1	4.5	0.4	9.8	0.3	6.9
361 Kantone	132.0	154.1	174.3	20.2	13.1	42.3	32.1 ¹
362 Gemeinden	9.0	7.2	6.9	-0.3	-4.2	-2.1	-23.3
363 Eigene Anstalten	283.8	287.2	574.2	287.0	99.9	290.4	102.3 ²
365 Private Institutionen	340.9	365.4	413.7	48.3	13.2	72.9	21.4 ³
366 Beiträge an private HH	552.5	606.9	581.3	-25.6	-4.2	28.8	5.2 ⁴
367 Beiträge ans Ausland	0.0	1.7	1.7	0.0	0.0	1.7	0.0
36 Eigene Beiträge	1'322.3	1'426.5	1'756.6	330.0	23.1	434.3	32.8

Kommentar

- Die Steigerung von 20.2 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahresbudget resultiert fast ausschliesslich aus der im Rahmen des Finanzausgleichs zu leistenden höheren Ressourcenausgleichszahlung (+19.6 Mio. Franken).
- Die gegenüber dem Budget 2011 ausgewiesene Zunahme von 287.0 Mio. Franken ist hauptsächlich auf die Neue Spitalfinanzierung zurückzuführen. Hinzu kommen die vom Regierungsrat geplanten Massnahmen zu den Schwerpunkten (Erhöhung Beiträge an die FHNW um 5.7 Mio. Franken und Universität beider Basel um 4.5 Mio. Franken).
- Das Budget 2012 zeigt eine Zunahme von 48.3 Mio. Franken. Diese Steigerung ist einerseits auf die Neue Spitalfinanzierung (64.3 Mio. Franken) und andererseits auf den Wechsel der Budgetierung für die Spitexausgaben (-14.4 Mio. Franken; siehe Pos. 366) zurückzuführen.
- Analog zur Position 365 wird die Abnahme von 25.6 Mio. Franken durch die Neue Spitalfinanzierung (-41.0 Mio. Franken) und die Ausgaben für die Spitex (14.4 Mio. Franken) verursacht.

Sozialkosten Netto

Den in den eigenen Beiträgen enthaltenen Sozialkosten stehen oft Rückvergütungen des Bundes und von Dritten gegenüber. Um ein besseres Bild über die Entwicklung der Sozialkosten zu vermitteln, sind nachfolgend die Netto-Belastungen der wichtigsten Sozialleistungen aufgezeigt.

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10	
	2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
Prämienverbilligung	57.6	73.8	71.1	-2.7	-3.7	13.5	23.4
Ergänzungsleistungen inkl. Pflegeheimfinanzierung	152.1	176.8	174.4	-2.4	-1.3	22.3	14.7
Beihilfen	10.8	12.1	9.1	-3.0	-24.7	-1.7	-15.9
Risikobeiträge Krankenkasse	11.5	9.2	4.6	-4.6	-50.0	-6.9	-60.0
Sozialhilfe zulasten des Kantons	146.0	150.8	154.9	4.1	2.7	8.9	6.1
Beitrag an Arbeitslosenversicherung Bund	4.2	4.1	4.5	0.4	9.8	0.3	7.1
Beitrag an Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	7.0	7.0	7.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Stationäre Jugendhilfe	50.9	46.3	41.2	-5.1	-10.9	-9.7	-19.1
Behindertenhilfe	70.7	77.0	76.5	-0.5	-0.7	5.8	8.2
Total Sozialkosten Netto	510.8	557.0	543.2	-13.7	-2.5	32.5	6.4

Die Sozialkosten reduzieren sich gegenüber dem Budget 2011 um 13.7 Mio. Franken respektive um 2.5%. Die Ergänzungsleistungen, die kant. Beihilfen und die Prämienverbilligungen weisen bereits in der Rechnung 2010 eine günstigere Entwicklung auf als 2010 budgetiert. Das Budget 2011 beruht deshalb zu einem grossen Teil auf zu pessimistischen Annahmen. Diese wurden für das Budget 2012

korrigiert und die Ergänzungsleistungen netto um 11.7 Mio. Franken, die kant. Beihilfen netto um 3.0 und die Prämienverbilligungen netto um 2.7 Mio. Franken reduziert. Der Risikobeitrag für Sympany wird von 9.2 Mio. Franken auf 4.6 Mio. Franken abnehmen. Eine Steigerung von rund 9.3 Mio. Franken muss hingegen bei der Pflegeheimfinanzierung aufgrund der nun effektiv abschätzbaren Kosten für 2011 budgetiert werden

38 Einlagen in Spezialfinanzierungen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget		Abw. B12/B11		Abw. B12/R10		
		2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
380	Einlagen in Spezialfinanzierungen	63.5	89.0	70.4	-18.6	-20.9	6.9	10.8
382	Einlagen in Rücklagen	3.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-3.4	-100.0
38	Einlagen in Spez.Finanzierungen	66.9	89.0	70.4	-18.6	-20.9	3.5	5.2

Kommentar

- 1 Der Rückgang von 18.6 Mio. Franken wird hauptsächlich durch die aufgrund der per 31.12.2010 erfolgten Ausbuchung des Arbeitgeber-Anteils am Vorschuss für die Ausfinanzierung der Pensionskasse reduzierbaren Einlagen in die als Spezialfinanzierung geführte PK-Ausfinanzierung verursacht.

39 Interne Verrechnungen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget		Abw. B12/B11		Abw. B12/R10		
		2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
390	IVR Aufwand IT-Dienstleistungen	10.1	24.4	27.7	3.3	13.5	17.6	173.5
391	IVR Aufwand Kommunikation	7.2	6.8	7.4	0.6	9.5	0.3	3.5
392	IVR Aufwand Personalentwicklung	0.6	1.4	1.3	0.0	-2.9	0.8	138.7
393	IVR Aufwand Güter	8.2	8.5	8.4	-0.2	-1.9	0.2	2.3
394	IVR Aufwand Kapital	1.9	2.0	1.2	-0.7	-36.7	-0.7	-35.7
396	IVR Aufwand Liegenschaften	146.5	145.9	109.3	-36.6	-25.1	-37.2	-25.4
398	IVR Übriger Aufwand	64.4	56.3	61.9	5.5	9.8	-2.5	-3.9
39	Interne Verrechnungen	238.9	245.3	217.3	-28.0	-11.4	-21.7	-9.1

Kommentar

Die Reduktion gegenüber den Vorjahren ist hauptsächlich auf den Wegfall der internen Mieten für die Spitäler aufgrund der neuen Finanzierung zurückzuführen.

3.2.2 Ertrag

40 Steuern

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10	
	2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
Einkommensteuern Nat. Personen	1'454.8	1'302.0	1'402.0	100.0	7.7	-52.8	-3.6
Vermögenssteuern Nat. Personen	263.2	230.0	264.0	34.0	14.8	0.8	0.3
Nach- u. Strafsteuern	33.3	20.0	20.0	0.0	...	-13.3	-40.0
Einkommens- und Vermögenssteuern	1'751.4	1'552.0	1'686.0	134.0	8.6	-65.4	-3.7
Gewinnsteuern Jur. Personen	637.6	600.0	560.0	-40.0	-6.7	-77.6	-12.2
Kapitalsteuern Jur. Personen	133.2	120.0	137.7	17.7	14.8	4.5	3.4
Gewinn- und Kapitalsteuern	770.8	720.0	697.7	-22.3	-3.1	-73.1	-9.5
Erbschafts- und Schenkungssteuern	53.0	30.0	32.0	2.0	6.7	-21.0	-39.6
Handänderungssteuern	29.3	33.0	33.0	0.0	...	3.7	12.7
Motorfahrzeugsteuern	30.8	30.9	30.8	-0.1	-0.3	0.0	-0.1
Grundstückgewinnsteuern	31.1	32.0	32.0	0.0	...	0.9	2.8
Grundstücksteuern Jur. Personen	12.0	20.0	15.0	-5.0	-25.0	3.0	24.8
Stempelsteuern	0.0	0.0	0.0	0.0	...	0.0	100.0
Hundesteuern	0.7	0.6	0.6	0.0	...	0.0	-5.7
Übrige Steuern	156.9	146.5	143.4	-3.1	-2.1	-13.5	-8.6
Gesamtertrag Steuern	2'679.1	2'418.5	2'527.1	108.6	4.5	-152.0	-5.7

Kommentar

- Das gute Ergebnis 2010 bei den Steuererträgen für die natürlichen Personen lässt auch im laufenden Jahr und für das Jahr 2012 ein stabiles Niveau erwarten. Im Vergleich zu den im Budget 2011 noch tiefer erwarteten Steuereinnahmen fällt dieser Ertrag um insgesamt 134 Mio. Franken höher aus.
- Bei den Juristischen Personen ist aufgrund der in einzelnen Branchen spürbaren konjunkturellen Abkühlung in der 2. Jahreshälfte 2011 und der ab Rechnungsjahr 2012 wirksamen Steuersenkung mit insgesamt leicht tieferen Erträgen zu rechnen.

41 Regalien und Konzessionen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10	
	2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
410 Regalien	2.3	2.3	2.3	0.0	0.0	-0.0	-0.2
413 Nationalbankgewinn	41.2	41.2	0.0	-41.2	-100.0	-41.2	-100.0
41 Regalien & Konzessionen	43.5	43.5	2.3	-41.2	-94.6	-41.2	-94.6

Kommentar

- Für den Anteil am Nationalbankgewinn wurde für das Jahr 2012 nichts mehr berücksichtigt. Im 2011 sind noch 41.2 Mio. budgetiert worden.

42 Vermögensertrag

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10		
		2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
420	Geldmittel	1.1	1.1	0.9	-0.2	-17.8	-0.1	-13.3
422	Anlagen Finanzvermögen	5.5	5.1	6.4	1.3	24.7	0.9	16.4
423	Liegenschaftsertr. Finanzvermögen	103.3	104.0	103.9	-0.1	-0.1	0.6	0.6
424	Buchgewinne a.Anl. Finanzvermögen	18.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-18.1	-100.0
425	Darlehen des Verwaltungsvermögens	0.5	1.4	1.9	0.5	34.3	1.4	319.7
426	Beteiligung Verwaltungsvermögen	104.0	116.9	106.2	-10.7	-9.1	2.3	2.2 ¹
427	Liegensch.ertr.d.Verwaltungsverm.	3.9	3.5	1.3	-2.2	-62.3	-2.6	-66.0
429	Übrige Vermögenserträge	0.4	0.0	0.0	-0.0	-25.0	-0.4	-99.2
42	Vermögenserträge	236.0	232.2	220.7	-11.4	-4.9	-15.2	-6.4

Kommentar

- 1 Der erwartete Rückgang von 10.7 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr ist fast vollständig auf die tiefere Gewinnablieferung der BKB zurückzuführen.

43 Entgelte

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10	
	2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
430 Ersatzabgaben	17.3	15.7	17.2	1.5	9.4	-0.1	-0.5
431 Gebühren für Amtshandlung	75.3	78.2	79.7	1.5	1.9	4.4	5.8
432 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	638.2	656.6	23.3	-633.2	-96.4	-614.9	-96.3 ¹
433 Schulgelder	5.6	5.9	4.9	-0.9	-15.9	-0.7	-12.4
434 Benützungsgebühren / Dienstleist.	197.7	203.1	190.1	-13.0	-6.4	-7.6	-3.8 ²
435 Verkaufsertrag	45.7	46.2	18.7	-27.5	-59.5	-27.0	-59.1 ³
436 Rückerstattungen	57.4	54.3	40.4	-13.9	-25.6	-17.0	-29.6 ⁴
437 Bussen	21.2	21.4	24.2	2.8	13.2	3.0	14.3 ⁵
439 Übrige Entgelte	393.4	7.7	7.4	-0.3	-3.6	-386.0	-98.1
43 Entgelte	1'451.8	1'088.9	405.9	-683.0	-62.7	-1'045.8	-72.0

Kommentar

- 1 Die Neue Spitalfinanzierung ist für den Rückgang gegenüber dem Vorjahr verantwortlich.
- 2 Insbesondere aufgrund der Veräusserung des Schlachthofes (-2.7 Mio. Franken) und der Neuen Spitalfinanzierung (-11.8 Mio. Franken) resultiert insgesamt ein Rückgang von 13.0 Mio. Franken.
- 3 Der Rückgang beim Verkaufsertrag in Höhe von 27.5 Mio. Franken resultiert ebenfalls hauptsächlich auf die beiden Positionen Neue Spitalfinanzierung und Veräusserung Schlachthof.
- 4 Der gegenüber dem Vorjahr ausgewiesene Rückgang ist auf die Neue Spitalfinanzierung zurückzuführen.
- 5 Die Bussen bei der Kantonspolizei werden gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich netto um rund 2.5 Mio. Franken steigen.

44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10	
				abs.	%	abs.	%
440	198.5	196.3	207.1	10.8	5.5	8.5	4.3 ¹
445	4.6	4.4	4.5	0.2	4.0	-0.1	-2.3
44	203.2	200.6	211.6	11.0	5.5	8.4	4.1

Kommentar

1 Mit 146.0 Mio. Franken liegt der Anteil an der direkten Bundessteuer 6.0 Mio. Franken höher als im Vorjahresbudget. Die übrigen Anteile entfallen auf die eidgenössische Verrechnungssteuer sowie den NFA Lastenausgleich. Bei der Verrechnungssteuer wird im 2012 ein Wert von 9.7 Mio. Franken erwartet. Dieser liegt auf Vorjahreshöhe. Aufgrund der höheren Dotierung durch den Bund steigt dagegen die Abgeltung für soziodemografische Sonderlasten um 4.5 Mio. Franken auf 51.4 Mio. Franken.

46 Beiträge für eigene Rechnung

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10	
				abs.	%	abs.	%
460	184.9	183.7	192.1	8.4	4.6	7.2	3.9 ¹
461	55.0	55.1	53.4	-1.7	-3.1	-1.6	-3.0
462	6.2	9.9	5.8	-4.1	-41.5	-0.4	-6.7
463	66.2	81.7	18.1	-63.7	-77.9	-48.2	-72.7 ²
469	4.4	5.9	8.2	2.2	37.1	3.8	85.4
46	316.8	336.3	277.5	-58.9	-17.5	-39.3	-12.4

Kommentar

1 Die um 8.4 Mio. Franken gestiegenen Beiträge stehen in direktem Zusammenhang mit höheren Aufwänden der vom Bund mitfinanzierten Leistungen im Bereich Migration und Prämienverbilligungen sowie auf Mehreinnahmen von Bundessubventionen im Bereich Berufsbildung.

2 Die Abnahme von 63.7 Mio. Franken wird durch die Neue Spitalfinanzierung verursacht.

48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10	
				abs.	%	abs.	%
480	9.8	14.0	15.9	1.9	13.6	6.1	61.7
482	1.4	0.2	1.3	1.2	732.5	-0.1	-7.8
48	11.3	14.1	17.2	3.1	21.8	5.9	52.8¹

Kommentar

1 Die Zunahme von 3.1 Mio. Franken ist einerseits auf höhere Entnahmen aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Pos. 480) und andererseits auf gestiegene Entnahmen aus Rücklagen bei den kantonalen Schulheimen (Pos. 482) zurückzuführen.

49 Interne Verrechnungen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10		
	2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%	
490	IVR Ertrag IT-Dienstleistungen	10.1	24.4	27.7	3.3	13.5	17.6	173.5 ¹
491	IVR Ertrag Kommunikation	7.2	6.8	7.4	0.6	9.5	0.3	3.5
492	IVR Ertrag Personalentwicklung	0.6	1.4	1.3	0.0	-2.9	0.8	138.7
493	IVR Ertrag Güter	8.2	8.5	8.4	-0.2	-1.9	0.2	2.3
494	IVR Ertrag Kapital	1.9	2.0	1.2	-0.7	-36.7	-0.7	-35.7
496	IVR Ertrag Liegenschaften	146.5	145.9	109.3	-36.6	-25.1	-37.2	-25.4
498	IVR Übriger Ertrag	64.4	56.3	61.9	5.5	9.8	-2.5	-3.9 ¹
49	Interne Verrechnungen	238.9	245.3	217.3	-28.0	-11.4	-21.7	-9.1

Kommentar

1 Vergleiche Ausführungen zur Kontengruppe 39 Interne Verrechnungen beim Aufwand.

3.3 Investitionsrechnung

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		Abw. B12/R10	
	2010	2011	2012	abs.	%	abs.	%
Sachgüter	257.0	312.1	258.1	-54.0	-17.3	1.1	0.4
Eigene Beiträge	19.3	0.0	0.0	0.0	...	-19.3	-100.0
Total Ausgaben	276.3	312.1	258.1	-54.0	-17.3	-18.3	-6.6
Abgang von Sachgütern	0.0	0.0	0.0	0.0	...	0.0	-100.0
Beiträge für eigene Rechnung	18.4	29.3	29.3	0.0	...	10.8	58.8
Beiträge Spezialfinanzierungen	3.3	0.0	0.0	0.0	...	-3.3	-100.0
Total Einnahmen	21.7	29.3	29.3	0.0	...	7.5	34.6
Nettoinvestitionen	254.6	282.8	228.8	-54.0	-19.1	-25.8	-10.1
Veränderungen Darl. / Bet. Verw. Verm. / Umw.	38.9	35.0	60.0	25.0	71.4	21.1	54.4
Saldo Investitionsrechnung	293.5	317.8	288.8	-29.0	-9.1	-4.7	-1.6

Bei Ausgaben von 258.1 Mio. Franken und Einnahmen von 29.3 Mio. Franken betragen die Nettoinvestitionen 228.8 Mio. Franken. Damit nehmen die Nettoinvestitionen als vom Regierungsrat festgelegte Zielgrösse für die Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen (NIV; gesamtstaatlicher Plafond) gegenüber dem Budget 2011 um 54.0 Mio. Franken ab. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Budget 2011 noch rund 75.0 Mio. Investitionen für die Spitäler enthalten waren.

Für das Jahr 2012 ist die Gewährung eines Darlehens an die Messe Basel in Höhe von 50.0 Mio. vorgesehen. Hinzu kommt eine erste Tranche in Höhe von 10.0 Mio. Franken eines Darlehens (22.0 Mio. Franken) an die IWB im Zusammenhang mit dem Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes in Basel. Beide Darlehen basieren auf Beschlüsse des Grossen Rates.

Für den Saldo der Investitionsrechnung resultiert eine Summe von 288.8 Mio. Franken, was gegenüber dem Vorjahresbudget einer Abnahme von 29.0 Mio. Franken entspricht.

4 Die Regierung und die Verwaltung

4.1 Die Regierung

Regierungsrat

RR-410

Zum Wohl des Kantons Basel-Stadt, seiner Bewohnerschaft und Wirtschaft und zur Prosperität der in- und ausländischen Region verfolgt der Regierungsrat eine politische Strategie der regionalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung einer Metropolitanregion mit Basel als attraktivem, urbanem Zentrum.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Regieren	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Die Bedürfnisse und das Wohlergehen der Bevölkerung stehen im Zentrum der Regierungstätigkeit. Hierfür wird die eingeschlagene Strategie konsequent weiter verfolgt. Auch das Controlling zum Legislaturplan hat keinen Handlungsbedarf bezüglich einer Strategieänderung aufgezeigt. Die in diesem Jahr veröffentlichten mittel- und langfristigen Perspektiven des Bundes und die daraus abgeleiteten Leitlinien und Ziele des Bundesrats bestätigen die Richtigkeit des eingeschlagenen Wegs des Regierungsrats auch im nationalen Kontext. Die Leitsätze und Ziele des Legislaturplans werden deshalb auch für das kommende Jahr beibehalten.

Umsetzung Legislaturplan 2009 bis 2013 Der erste Zwischenbericht zum Legislaturplan im Jahresbericht 2010 hat aufgezeigt, dass Regierungsrat und Verwaltung auf gutem Wege sind, die gesetzten Ziele zu erreichen. Dennoch zeigen sich bei der Analyse der Zielerreichung im Jahresbericht auch Herausforderungen. Der Regierungsrat ist sich dessen bewusst und legt deshalb auch besonderes Augenmerk auf diese Punkte. Aus Sicht des Regierungsrats ist allerdings keine Notwendigkeit gegeben, Anpassungen bei den konkreten Umsetzungsmassnahmen zur Erreichung der Ziele vorzunehmen. Dennoch hat er vor dem Hintergrund der Analyse und mit Blick auf eine erfolgreiche Zielerreichung die Mittel für die Schwerpunkte erhöht.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0

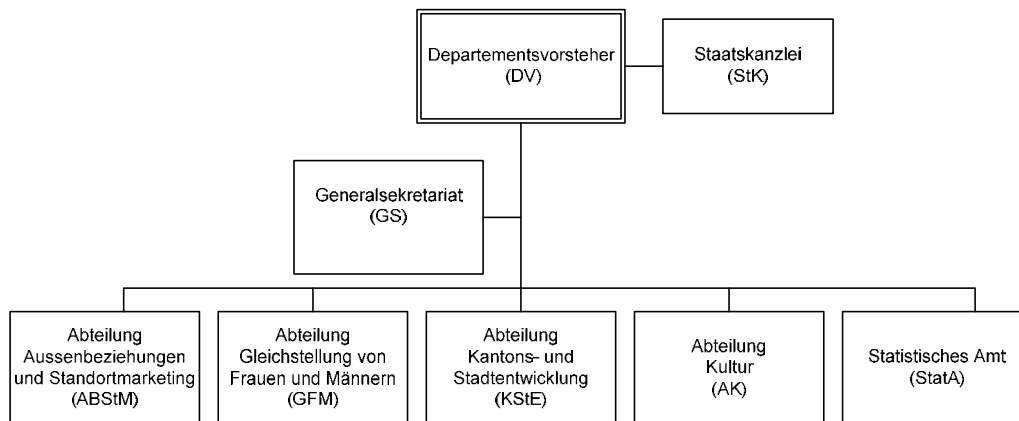
Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	3'033.2	2'890.1	2'929.6	39.6	1.4
31 Sachaufwand	3.1	26.0	27.6	1.6	6.1
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'036.2	2'916.0	2'957.2	41.2	1.4
43 Entgelte	-3.4	-3.5	-3.4	0.1	2.9
4 Ertrag	-3.4	-3.5	-3.4	0.1	2.9
Ordentlicher Nettoaufwand	3'032.9	2'912.5	2'953.8	41.3	1.4
davon Produktgruppe(n):					
Regieren	3'032.9	2'912.5	2'953.8	41.3	1.4

4.2 Verwaltung

4.2.1 Präsidialdepartement

PD-320	Generalsekretariat PD	104
PD-321	Gleichstellung von Frauen und Männern	106
PD-330	Staatskanzlei	108
PD-340	Aussenbeziehungen und Standortmarketing	111
PD-350	Kantons- und Stadtentwicklung	113
PD-360	Statistisches Amt	116
PD-370	Kultur	118
PD-376	Staatsarchiv	120
PD-377	Archäologische Bodenforschung	123



Finanzen Departement

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	52.9	52.6	54.9	2.2	4.3 ¹
31 Sachaufwand	43.7	42.8	45.1	2.4	5.6 ²
36 Eigene Beiträge	65.7	67.0	70.2	3.2	4.8 ³
Total Aufwand	162.4	162.4	170.3	7.9	4.8
41 Regalien und Konzessionen	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	0.0
42 Vermögenserträge	-0.3	-0.4	-0.3	0.1	25.3
43 Entgelte	-14.6	-13.5	-13.2	0.3	2.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-3.6	-5.1	-7.1	-2.0	-38.8
48 Entnahmen a. Spez. Finanzierungen	-1.3	-0.2	-0.2	0.0	0.0
Total Ertrag	-19.8	-19.2	-20.7	-1.6	-8.3
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	142.5	143.3	149.5	6.3	4.4
5 Ausgaben Investitionen	4.6	7.0	2.3	-4.7	-67.1
6 Einnahmen Investitionen	-0.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	4.1	7.0	2.3	-4.7	-67.1

Kommentar

- 1 Ausser der Anpassung der Personalkosten (Teuerung und Stufenanstieg) ist der höhere Personalaufwand auf den Einsatz von temporär Personal für Sonderausstellungen, der Erhöhung des HC und auf bisher verrechnete Dienstleistungen, welche in ordentliche Stellen überführt wurden, zurückzuführen.
- 2 Die Erhöhung des Sachaufwands ist im Wesentlichen auf Sonderausstellungen in den Museen zurückzuführen. Dies wird teilweise durch entsprechende Mehreinnahmen kompensiert.
- 3 Die Erhöhung begründet sich auf Subventionserhöhungen im Budgetprozess (s. Pkt. 8.2 Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen).

Generalsekretariat PD

PD-320

Das Generalsekretariat unterstützt den Vorsteher des Präsidialdepartements und leitet die Departementsangelegenheiten. Es leitet und überwacht die strategischen Projekte des Departements bzw. seiner Dienststellen. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Administration, Finanzen, Informatik und Personal erbringt das Generalsekretariat Dienstleistungen für den Vorsteher und die Dienststellen des Departements und stellt die einheitliche Umsetzung zentraler Vorgaben sicher. Es ist für die reibungslose Geschäftsabwicklung des Departements zuständig. Das Generalsekretariat knüpft und pflegt die Kontakte des Präsidialdepartements mit Personen und Institutionen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Stabsleistungen Generalsekretariat PD	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Stabsleistungen

Das Generalsekretariat ist insbesondere verantwortlich für:

- die operative Geschäftsleitung des Departements
- die Auftragsabwicklung und Koordination der departementalen Geschäfte
- die Schwerpunktbildung im Departement und das entsprechende Controlling
- die Vor- und Nachbereitung der Verpflichtungen des Regierungspräsidenten in der Öffentlichkeit
- die laufende Optimierung und Anpassung der Ablauforganisation, Strukturen und Prozesse
- die Weiterentwicklung der Führungsstrukturen und Zusammenbeitskultur sowie den Einsatz entsprechender Instrumente und Methoden
- das frühzeitige Erkennen von Entwicklungen (Chancen und Risiken) und die entsprechende Beratung des Vorstehers in politischen und führungsrelevanten Bereichen

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	40.5	19.0	20.3	20.4	19.7
Öffentl. Verpfl. des Regierungspräsidenten (Repräsentation)	Anz			271	200	250
Gespräche/Kontakte mit Institutionen/Personen (Networking)	Anz		100	236	100	200
Bearbeitete parlamentarische Vorstösse	Anz		65	89	15	50

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	3'036.9	3'039.6	3'267.7	228.1	7.5 ¹
31 Sachaufwand	1'499.5	1'692.2	1'749.5	57.4	3.4
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'536.4	4'731.8	5'017.2	285.4	6.0
43 Entgelte	-51.4	-21.0	-18.0	3.0	14.3
4 Ertrag	-51.4	-21.0	-18.0	3.0	14.3
Ordentlicher Nettoaufwand	4'485.0	4'710.8	4'999.2	288.4	6.1
davon Produktgruppe(n):					
Stabsleistungen Generalsekretariat PD	4'485.0	4'710.8	4'999.2	288.4	6.1
5 Ausgaben Investitionen	0.0	7'000.0	2'300.0	-4'700.0	-67.1
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	7'000.0	2'300.0	-4'700.0	-67.1

Kommentar

- 1 Der Personalaufwand für alle Auszubildenden des PD und der Gerichte ist erstmals zentral beim Generalsekretariat des PD eingestellt. Der Transfer der entsprechenden Mittel verursacht keine Mehrausgaben.

Gleichstellung von Frauen und Männern

PD-321

Ziel und Auftrag der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern ist es, die Chancengleichheit und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu fördern und strukturelle Benachteiligungen abzubauen.

Die Gleichstellungspraxis inner- und ausserhalb der kantonalen Verwaltung wird angeregt, unterstützt, gefördert und begleitet.

Gleichstellungsbestrebungen werden in allen Lebensbereichen initiiert und weiterentwickelt zwecks Verbesserung der ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit von Frauen und Männern. Dies geschieht insbesondere durch das Erarbeiten von Konzepten und Massnahmen, das Umsetzen von zielgruppenspezifischen Projekten, das Beraten und Unterstützen von Regierungsrat, Behörden, Institutionen und Privaten sowie das Überprüfen von kantonalen Erlassen und Massnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit der Bundes- und Kantonsverfassung. Die Abteilung leistet mit ihrer Querschnittsaufgabe einen Beitrag zur Entwicklung des Kantons.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung	1.4 Gleichstellung von Frauen und Männern

Tätigkeiten und Projekte

Neben der Arbeit in untenstehenden Schwerpunkten stehen die Förderung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes (insbesondere der Lohngleichheit) sowie die Vernetzung mit Gleichstellungsbeauftragten ausserhalb der Verwaltung im Vordergrund. Erlassprüfungen, Stellungnahmen und Vernehmlassungen zu gleichstellungsrelevanten Themen bilden den Kern der rechtlichen Arbeit.

Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung

Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel Der Fokus der Aktivitäten zur nachhaltigen Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie liegt auf der familienfreundlichen Unternehmenspolitik. Ziel des dafür gegründeten Round Table ist es, zur Förderung vereinbarkeitsgerechter Arbeitsbedingungen in Nordwestschweizer Firmen beizutragen und Basel als familienfreundliche Wirtschaftsregion zu positionieren. Zielgruppenspezifische Projekte und Veranstaltungen werden mit den am Round Table beteiligten Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Verwaltungsstellen konzipiert und mit Unterstützung von Promotorinnen und Promotoren umgesetzt.

Öffnung der Berufswahl und Stärkung von vielfältigen Lebensentwürfen Um der Segregation in der Berufswelt entgegenzuwirken, wird ein Akzent bei der Berufswahl von Mädchen und Knaben gesetzt. Ein Aktionsprogramm zur Öffnung der Berufswahl und Stärkung von vielfältigen Lebensentwürfen von Jungen und Mädchen umfasst verschiedene Massnahmen für alle an der Berufswahl beteiligten Akteurinnen und Akteure. Mit dem Programm angesprochen werden sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrpersonen, Berufsberatende, Eltern, Betriebe und die Öffentlichkeit.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.1	10.5	9.0	9.5	3.6
Projekte zur Förderung der Gleichst. von Frauen und Männern	Anz	12	12	13	12	12

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	1'493.4	1'687.8	614.0	-1'073.8	-63.6 ¹
31 Sachaufwand	1'906.9	1'352.3	445.5	-906.9	-67.1 ¹
36 Eigene Beiträge	680.0	680.0	530.0	-150.0	-22.1 ¹
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'080.3	3'720.1	1'589.5	-2'130.7	-57.3
43 Entgelte	-62.8	-38.0	-7.3	30.7	80.8 ¹
46 Beiträge für eigene Rechnung	-640.2	-302.1	-15.0	287.1	95.0 ¹
4 Ertrag	-703.0	-340.1	-22.3	317.8	93.4
Ordentlicher Nettoaufwand	3'377.3	3'380.0	1'567.2	-1'812.8	-53.6
davon Produktgruppe(n):					
Gleichstellungsförderung inner-/ausserhalb der Verwaltung	1'709.2	1'867.5	1'567.2	-300.3	-16.1
Integration	1'668.1	1'512.6	0.0	-1'512.6	-100.0

Kommentar

- 1 Die Aufwendungen und Erträge können wegen der Neuorganisation per 01.06.2011 nicht miteinander verglichen werden. Die Fachbereiche „Integration“ und „Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung“ gehören neu zur Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung.

Staatskanzlei

PD-330

Als Stabsorgan unterstützt und berät die Staatskanzlei den Regierungsrat und dessen einzelne Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer politischen, verwaltungsrechtlichen und verwaltungstechnischen Tätigkeiten. Eine umfassende Geschäftskontrolle stellt den Informationsfluss auf Regierungs- und Departementsebene sicher und ermöglicht eine effiziente Regierungsarbeit sowie eine rasche und fehlerfreie Erstellung, Ausfertigung und Weiterleitung der Beschlüsse und Dokumente. Die interne und externe Information mittels Medienmitteilungen und -konferenzen, Internet und Intranet, Personalinformationen, Kantonsblatt und diversen Publikationen sorgt für Transparenz der Entscheide und Handlungen des Regierungsrates und der Verwaltung. Sie ermöglicht allen interessierten Kreisen die Teilhabe an der Politik des Regierungsrates und an der Tätigkeit von Regierung und Verwaltung. Auch die Organisation von Anlässen und die Unterstützung der Regierungsmitglieder bei Repräsentationsaufgaben zeichnen sich durch Professionalität und Qualität aus.

Der Staatskanzlei sind auch die Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten und die Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen administrativ zugeordnet.

Der Bereich Recht und Volksrechte ist organisatorisch eine Abteilung der Staatskanzlei. Zu seinen Aufgaben gehören zunächst die juristische Beratung und Unterstützung des Regierungspräsidenten und der Staatschreiberin sowie der Abteilungen des Präsidialdepartements (PD) und der Staatskanzlei. Er zeichnet zudem für die Vorbereitung der Entscheide des PD als erstinstanzliche Rekursinstanz, die Instruktion der regierungsrätlichen Rekursverfahren sowie die Vorbereitung der Rekursentscheide zuhanden des Regierungsrates verantwortlich. Der Bereich Recht und Volksrechte wirkt bei der Berichterstattung zu politischen Vorstössen und der Ausarbeitung von Erlassen mit. Er ist schliesslich Anlaufstelle für Gemeindefragen und trägt im Auftrag der Staatsschreiberin die Verantwortung für die Gewährleistung der politischen Rechte.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen und hoheitliche Leistungen	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Schlichtungswesen	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Unterstützung des Regierungsrates	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Dienstleistungen und hoheitliche Leistungen

Kommunikation Die einzelnen Instrumente der Kommunikation werden weiterentwickelt. Das Corporate Design wird sanft renoviert. Das Potenzial der Online-Information und -Kommunikation wird ausgelotet und besser genutzt. Der Wechsel zum Online-Primat des Kantonsblatts wird weiter überprüft. Die Arbeiten zum Relaunch des Online-Portals www.bs.ch werden aufgenommen.

Wahlen und Abstimmungen Ende 2011 wird der vom Regierungsrat im Mai 2009 beschlossene, insgesamt zwei Jahre dauernde Testbetrieb der elektronischen Stimmabgabe von Auslandschweizer Stimmberechtigten abgeschlossen. Im Jahre 2012 wird darüber zu entscheiden sein, ob und inwiefern die Möglichkeit der Auslandschweizer Stimmberechtigten zur elektronischen Stimmabgabe weitergeführt und ob diese auf sämtliche Stimmberechtigten ausgedehnt werden soll. Geprüft werden soll zudem die Einführung maschinenlesbarer Stimmzettel.

Beratung Die vielfältigen Beratungsbedürfnisse der Stimmberechtigten, der Öffentlichkeit, der Medien und Dienststellen sollen rasch und kundenfreundlich befriedigt werden.

Schlichtungswesen

Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten Die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten berät und schlichtet bei Mietstreitigkeiten. Ebenso werden der Abbruch und die Zweckentfremdung von Wohnraum geprüft und bewilligt. Im Weiteren behandelt die Schlichtungsstelle Gesuche im Rahmen des Gesetzes über Grundstückerwerb durch Personen im Ausland.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	19.7	28.8	29.3	31.5	31.5
Regierungsgeschäfte	Anz		2'256	2'539	2'400	2'600
Beglaubigungen	Anz		17'964	16'821	18'500	20'000
In Schlichtungsverhandlungen erledigte Verfahren	Anz		1'857	1'757	1'800	1'700
Ø Tage ab Verfahrenseingang bis Schlichtungsverhandlung	Anz		120	105	120	120
Eingegangene Rekurse an den Regierungsrat	Anz		113	150	140	130
Eingegangene Rekurse ans Präsidialdepartement	Anz		3	6	4	5
Verfügungen betreffend Initiativen und Referenden	Anz		11	19	10	15
Besuche auf dem Internet-Portal	Anz				924'000	1
Nationale Rankings www.bs.ch	Rang	3			3	2

Kommentar

1 Infolge nicht vergleichbarer neuer Werte wird die Kennzahl nicht mehr publiziert.

2 Infolge nicht vergleichbarer neuer Werte wird die Kennzahl nicht mehr publiziert.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	3'886.4	4'097.0	4'240.8	143.8	3.5 ¹
31 Sachaufwand	2'928.7	4'489.6	3'722.1	-767.5	-17.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	4.8	5.4	5.4	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	1.3	0.0	1.2	1.2	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	6'821.1	8'591.9	7'969.5	-622.4	-7.2
42 Vermögenserträge	-2.4	-5.2	-1.2	4.0	76.9
43 Entgelte	-770.5	-1'812.5	-855.5	957.0	52.8 ²
4 Ertrag	-772.8	-1'817.7	-856.7	961.0	52.9
Ordentlicher Nettoaufwand	6'048.2	6'774.2	7'112.8	338.6	5.0
davon Produktgruppe(n):					
Unterstützung des Regierungsrates	3'924.0	4'224.9	3'855.9	-369.0	-8.7
Dienstleistungen und hoheitliche Leistungen	1'102.1	1'433.1	1'672.4	239.3	16.7
Schlichtungswesen	1'022.1	1'116.3	1'584.5	468.2	41.9

Kommentar

1 Die Erhöhung des Personalaufwands resultiert aus einer Erhöhung des Headcounts (Loge Rathaus).

2 Die Ertragsabweichung ist durch die Korrektur einer falschen Budgetierung im Jahr 2010 bedingt und wird durch die Reduktion des Sachaufwands um den gleichen Betrag ausgeglichen.

Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen Die kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen berät und schlichtet bei Diskriminierungen im Erwerbsleben aufgrund des Geschlechts.

Unterstützung des Regierungsrates

Umsetzung Öffentlichkeitsprinzip Mit Inkrafttreten des neuen Informations- und Datenschutzgesetzes und der dazugehörigen Verordnung am 1. Januar 2012 werden auch die Regierungsratsbeschlüsse grundsätzlich öffentlich zugänglich. Vor- und Nachbereitung der Regierungssitzung verän-

dern sich durch die Klassifikation aller Geschäfte und die Freischaltung der Regierungsbeschlüsse auf dem Internet. Die Behandlung der Gesuche um Zugang zu Regierungsakten, die Unterstützung der Departemente und das Erarbeiten von Grundlagen für eine einheitliche Anwendung liegen ebenfalls bei der Staatskanzlei; die mit Budget 2011 gesprochene Stelle wird dieses neue Aufgabenfeld in enger Zusammenarbeit mit der Kanzlei und der Kommunikation bearbeiten. In Anknüpfung an das Öffentlichkeitsprinzip übernimmt die Staatskanzlei die Federführung bezüglich Records Management.

Aussenbeziehungen und Standortmarketing

PD-340

Die Aussenbeziehungen beinhalten die Mitwirkung bei der Entwicklung und Umsetzung grenzüberschreitender Vorhaben sowie die Pflege der Aussenbeziehungen innerhalb der (trinationalen) Region, der Schweiz sowie in Europa und weltweit. Im Weiteren gehören das Lobbying auf nationaler Ebene sowie die Vertiefung der strategischen Kooperationen, allen voran mit Massachusetts und Shanghai, zu den Schwerpunktthemen. Hinzu kommt die Entwicklungszusammenarbeit, welche durch gezielte Unterstützung im Ausland wertvolle Beiträge in Entwicklungsgebieten leistet.

Das Standortmarketing ist für die Pflege der Marke „Basel“ verantwortlich, betreibt das Internet-Portal www.basel.ch und realisiert die Imagewerbung für Basel im In- und Ausland. Zum Auftrag gehören zudem die Stärken und Schwächen des Standortes sowie die Bedürfnisse der Akteure und Zielgruppen periodisch zu evaluieren und laufend konkrete, effektive und effiziente Verbesserungsmassnahmen vorzuschlagen. Im Weiteren wird die koordinierte Akquisition von Grossanlässen verstärkt und eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit des Veranstaltungsortes Basel angestrebt. Bei Anlässen wie der Bundesfeier am Rhein, der Basler Herbstmesse, dem Basler Weihnachtsmarkt sowie den regelmässig stattfindenden Märkten auf öffentlichem Grund tritt der Kanton Basel-Stadt (Messen und Märkte) selbst als Organisator auf.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Standortmarketing	1.3 Aussenbeziehungen und Standortmarketing
Trinationale Zusammenarbeit	1.3 Aussenbeziehungen und Standortmarketing

Tätigkeiten und Projekte

Die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing betreut und koordiniert weitgehend sämtliche Aussenbeziehungen und Aussenwirkungen des Kantons Basel-Stadt. Die Stärkung der Positionierung im internationalen Standortwettbewerb einerseits und die konzeptionellen Planungsarbeiten im Bereich der regionalen Zusammenarbeit und der Interessensvertretung auf nationaler Ebene andererseits sind die zentralen Themen im Berichtsjahr.

Trinationale Zusammenarbeit

Interkantonale Zusammenarbeit/Trinationaler Eurodistrict Basel/Grenzüberschreitende Projektförderung/Interessensvertretung

Nachdem die Plenarversammlung der Nordwestschweizer Regierungskonferenz im Juni 2011 grünes Licht für die Bildung einer Metropolitankonferenz gegeben hat, steht im Berichtsjahr die entsprechende Umsetzung im Zentrum. Das Ziel ist, die Kräfte aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu bündeln und die bestehenden Zusammenarbeitsstrukturen zu straffen. Zudem soll der Aussenaustritt der Region und die Interessensvertretung gegenüber dem Bund und anderen Regionen gestärkt werden. Im Eurodistrict verfolgt die Schweizer Präsidentschaft das Ziel, die trinationale Identität in den verschiedensten Formen erlebbar zu machen, das Gefühl für den gemeinsamen Lebensraum zu stärken und den Gestaltungsspielraum für einen weiteren Abbau der Grenzhindernisse zu nutzen. Dies soll durch die Weiterführung oder Lancierung neuer Projekte im Bereich der Raumplanung, der Verkehrsinfrastrukturen, der kulturellen Begegnung sowie im Energiebereich geschehen.

Standortmarketing

Positionierung im Standortwettbewerb/Präsenz Basel im Ausland/Grossevents

Im Sinn der strategischen Zielsetzung „Put Basel on the map“ realisiert die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing in Absprache mit den Marketingpartnern jedes Jahr mindestens eine umfassende Auslandpräsenz in einem gemeinsam definierten Zielmarkt. Im 2012 steht neben

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	4.6	12.0	12.0	12.5	14.0
Gutgeheissene Rekurse Messen und Märkte	Anz			1	2	2
Imagekampagne-Plattformen im In- und Ausland	Anz	2	2	2	2	2
Akquisition und Realisierung von Grossanlässen	Anz	2	2	3	2	2
Projekte mit grenzüberschreitendem Mehrwert	Anz			16	16	15

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	1'695.7	1'782.9	2'149.6	366.8	20.6 ¹
31 Sachaufwand	4'119.1	3'427.8	3'599.7	171.9	5.0 ²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	4.9	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	2'667.3	2'756.0	2'678.9	-77.1	-2.8
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	8'487.0	7'966.6	8'428.3	461.6	5.8
41 Regalien und Konzessionen	-3.1	-3.6	-3.6	0.0	0.0
43 Entgelte	-3'618.2	-3'362.5	-3'522.5	-160.0	-4.8
4 Ertrag	-3'621.3	-3'366.1	-3'526.1	-160.0	-4.8
Ordentlicher Nettoaufwand	4'865.7	4'600.5	4'902.2	301.6	6.6
davon Produktgruppe(n):					
Standort-Marketing	3'604.4	3'233.3	3'448.4	215.1	6.7
Trinationale Zusammenarbeit	1'261.4	1'367.3	1'453.8	86.5	6.3

Kommentar

- 1 Lohnkosten für Finanzierung des zusätzlichen HC im Bereich Lobbying, Kosten für Mutterschaftsvertretungen sowie Finanzierung von zusätzlichen Praktikantenstellen.
- 2 Zusätzliche Sachmittel für die Stärkung der Regionalen Zusammenarbeit, Anwendung des Bruttoprinzips sowie zusätzliche Mittel für Messen und Märkte aufgrund erhöhter Entgelte.

Deutschland, USA und China erneut Russland auf dem Programm. Mittels koordinierter und zielgerichteter Akquisitionsbemühungen sollen international bedeutende Grossanlässe für Basel gewonnen und aus erster Hand betreut werden. Darüber hinaus gilt es, die 542. Basler Herbstmesse und den Basler Weihnachtsmarkt durchzuführen und die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung voranzutreiben. Hierzu gehört die Etablierung des Weihnachtsmarktes auf dem Münsterplatz.

Städtepartnerschaften

Im Berichtsjahr gilt es, die bestehenden Netzwerke, Austausch- und Kooperationsprogramme im Rahmen der Städtebeziehung zwischen Basel und Shanghai sowie der Kooperation zwischen Basel und Massachusetts zu stärken und auszubauen. Zudem wird die neue Städtepartnerschaft mit Miami Beach vorangetrieben. Ergänzend zu den Auslandaktivitäten gilt es, die wachsende Chinese Community in Basel zu stärken und die Visibilität der Städtekooperationspartner in der Region zu erhöhen.

Interessensvertretung

Auf nationaler Ebene wird eine Stärkung der Lobbyingarbeit in Bundesbern realisiert und eine stärkere nationale Präsenz angestrebt.

Kantons- und Stadtentwicklung

PD-350

Die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung befasst sich mit der mittel- und langfristig ausgerichteten strategischen Entwicklung von Basel-Stadt als Zentrum unseres Metropolitanraums und Lebensmittelpunkt einer vielfältig zusammengesetzten Bevölkerung. Sie stellt eine interdepartementale Planungskoordination sicher, welche die departementalen Planungsvorhaben mit den übergeordneten Zielen des Regierungsrates verknüpft. Die Leitung vertritt die Abteilung gegen aussen, fördert den Wissens- und Erfahrungstransfer und führt departementale Schlüsselprojekte. Die Fachstelle „Grundlagen und Strategien“ bearbeitet übergeordnete Fragestellungen mit Querschnittcharakter. Sie liefert im Rahmen des strategischen Controllings die notwendigen Inputs, um Kohärenz zwischen den Fachplanungen der Departemente und den im Legislaturplan definierten Strategien herzustellen. Die Fachstelle „Stadtteilentwicklung“ erfasst soziale, wirtschaftliche, räumliche und ökologische Aspekte der Stadtquartiere und begleitet in breit angelegten Mitwirkungsverfahren Transformationen zur Verbesserung der Lebensqualität. Die Kontaktstelle für Quartierarbeit und die Koordinationsstelle Freiwilligenarbeit stellen die Verankerung der Vorhaben in der Wohnbevölkerung sicher. Die Fachstelle „Stadtwohnen“ fördert in ganzheitlicher, umfassender Weise den Wohnungsbau und die Bestrebungen zur Verbesserung des Wohnumfelds. Die Fachstelle „Diversität und Integration“ koordiniert die kantonale Integrationsförderung und setzt den gesetzlichen Integrationsauftrag von Bund und Kanton um. Die Fachstelle „Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung“ fördert die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen am sozialen, kulturellen und politischen Leben von Kanton und Stadt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Kantons- und Stadtentwicklung	1.2 Kantonsentwicklung

Tätigkeiten und Projekte

Kantons- und Stadtentwicklung

Leitung Zentrale Aufgaben sind die Leitung der Legislaturplankonferenz (siehe auch unter Fachstelle Grundlagen und Strategien), die Umsetzung des Legislaturplan-Projekts WELCOME, das inhaltliche Mitwirken an der Internationalen Bauausstellung IBA Basel 2020 sowie der Informationstransfer und die Öffentlichkeitsarbeit. Im Rahmen des Projekts WELCOME werden die bisherigen erfolgreichen Massnahmen des Programms „Basel - unverschmiert schön“ gezielt ausgebaut. Zugunsten des verbesserten Ersteindrucks werden Synergien durch weitere Kooperationen mit Privatwirtschaft und Verbänden genutzt sowie die Dienste für Neuzuzüger fortgeführt und weiter optimiert.

Grundlagen und Strategien Im Rahmen des strategischen Controllings zum Legislaturplan wird der zweite Zwischenbericht und die Lagebeurteilung zu Händen des Regierungsrats vorbereitet. Die Fachstelle „Grundlagen und Strategien“ organisiert in diesem Zusammenhang die Legislaturplan-konferenzen und leistet die notwendige Führungsunterstützung zuhanden des Regierungsrats. Eine vergleichbare Rolle bezüglich des strategischen Controllings übernimmt sie im Grossprojekt „Qualität im Zentrum“, das federführend durch das BVD geleitet wird. In weiteren Projekten werden diverse Grundlagen zu Fragen der nachhaltigen Stadtentwicklung und Lebensqualität erarbeitet. Die gezielte Unterstützung verschiedener interdepartementaler Projekte und die strategische Führungsunterstützung stärken das Konzerndenken innerhalb der Verwaltung.

Stadtteilentwicklung Zur Steigerung der Lebensqualität in Basel ergänzen sich „Stadtteilentwicklung“, „Quartierarbeit“ und „Förderung der Freiwilligenarbeit“ optimal. Im Vordergrund der Stadtteilentwicklung stehen nach dem Abschluss des Projekts Stadtentwicklung Basel Nord die Schwerpunktverlagerung ins Gundeli (Stadtentwicklung „Basel Süd Plus“) und die Beschäftigung mit dem Thema Zwischennutzungen. Die Entwicklung des Kasernenareals (seitliche Öffnung und Konzeption Nutzung Kasernenhauptbau nach Auszug der HGK) und die Mitarbeit bei der Hafent-/Stadtentwicklung Klybeck und Kleinhüningen werden 2012 weitergeführt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz		12.7	12.9	12.7	18.4
Vertiefende Grundlagenberichte	Anz			9	8	2
Zusätzliche Wohnungen im Kanton	Anz		468	372	500	350
Anlässe Neuzuzügerbegrüssungen	Anz					11

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	1'802.3	2'140.3	3'343.2	1'202.9	56.2 ¹
31 Sachaufwand	1'119.6	1'375.5	2'554.0	1'178.5	85.7 ¹
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	1'130.0	1'220.0	1'840.0	620.0	50.8 ¹
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'052.1	4'735.8	7'737.2	3'001.4	63.4
43 Entgelte	-37.8	-2.5	-45.7	-43.2	- ¹ 1.7265
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	0.0	-300.1	-300.1	0.0 ¹
4 Ertrag	-37.8	-2.5	-345.8	-343.3	- 13.7305
Ordentlicher Nettoaufwand	4'014.3	4'733.3	7'391.5	2'658.1	56.2
davon Produktgruppe(n):					
Kantons- und Stadtentwicklung	4'014.3	4'733.3	7'391.5	2'658.1	56.2
5 Ausgaben Investitionen	1'213.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	1'213.7	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- ¹ Die Aufwendungen und Erträge können wegen der Neuorganisation per 01.06.2011 nicht miteinander verglichen werden. Die Fachbereiche „Integration“ und „Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung“ gehören neu zur Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung.

Die „Kontaktstelle für Quartierarbeit“ setzt die gesamtstädtischen Konzepte „Quartiertreffpunkte“, „Quartiersekretariate“ sowie „Willkommen im Quartier“ weiter um. Die fachliche Begleitung der 17 privaten subventionierten Trägerschaften der Quartierarbeit wird sichergestellt. Mit den Stadtteilsekretariaten Kleinbasel und Basel-West werden die zu bearbeitenden Schwerpunktthemen 2012 festgelegt. Die Kontaktstelle für Quartierarbeit ist innerhalb der Verwaltung Triagestelle bei der Mitwirkung der Quartierbevölkerung (gemäss §55 Kantonsverfassung) und trägt zur Optimierung der Mitwirkungsverfahren bei. Zudem engagiert sie sich in der neuen Steuergruppe Quartierarbeit 2020.

Die Freiwilligenarbeit im Kanton Basel-Stadt wird mit folgenden Arbeiten weiter gefördert: Durchführung „Internationaler Tag der Freiwilligen“ am 5. Dezember 2012; dreimalige Vergabe des Anerkennungspreises „schappo“; Fachtagung Freiwilligenarbeit; Weiterführung von Projekten, die aus den Aktivitäten des Europäischen Freiwilligenjahres 2011 entstanden sind.

Die „Koordinationsstelle Bewilligungswesen“ arbeitet departementsübergreifend für effizientere Bewilligungsverfahren. Die elektronische Antragsstellung für Allmendnutzungen sowie Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen inklusive einem spezifischen Zugang für Grossfirmen im Massengeschäft wurde 2011 eingeführt. 2012 steht der Einbezug der restlichen Verwaltungseinheiten mit eher geringerem Bewilligungsvolumen im Zentrum. Das Bewilligungswesen wird zudem schrittweise zu einem umfassenden eGovernment-Angebot mit Diensten wie elektronischer Rechnungsstellung und –zahlung sowie Authentifizierung mit elektronischer Unterschrift ausgebaut.

Stadtwohnen Die Zielsetzung der Fachstelle „Stadtwohnen“ umfasst die Bereitstellung eines vielfältigen, attraktiven und ausreichenden Wohnangebots. Wesentlich dabei ist die Beobachtung der Wohnraumentwicklung. Als Beitrag für eine gute Bevölkerungsdurchmischung werden hochwertiger Wohnraum und Wohnraum für Familien spezifisch gefördert. Dazu erarbeitete die Fachstelle

eine kantonale Strategie zur Wohnraumentwicklung für 2011 bis 2016 und den Entwurf für ein Gesetz über die Wohnraumförderung. Strategie und Entwurf werden nach der Vernehmlassung im Jahr 2011 dem Grossen Rat unterbreitet. Die darin festgehaltenen neuen Massnahmen (z.B. Förderung von Genossenschaften) werden nach Genehmigung umgehend umgesetzt.

Die bisherigen Massnahmen des Impulsprojekts Logis Bâle werden weitergeführt. Dazu gehören die Sicherstellung von guten Rahmenbedingungen für Bauinvestitionen, die Bearbeitung und Koordination von Wohnanliegen, Anregungen zur besseren Nutzung der Reserven im Wohnungsbestand, die kostenlosen Erstberatungen für Genossenschaften und private Liegenschaftseigentümer. Weitere Massnahmen sind: das Investorengespräch (Herbst 2012), die Information über Investitionsmöglichkeiten und interessante Bauvorhaben sowie die Öffentlichkeitsarbeit.

Diversität und Integration Die neue, aus der ehemaligen Abteilung „Gleichstellung und Integration“ hervorgegangene Fachstelle „Diversität und Integration“ entwickelt Projekte und Massnahmen zur Förderung der Chancengleichheit der einheimischen und zugezogenen Bevölkerung. Weitere Themen sind der gesellschaftliche Zusammenhalt und der Abbau struktureller Benachteiligungen. Alle Aufträge werden in engen Kooperationen mit Regierungsrat, kantonalen Fachstellen, Institutionen und Privatpersonen ausgeführt. Als Koordinationsstelle für Integrationsförderung im Kanton Basel-Stadt ist die Fachstelle Ansprechstelle für den Bund, der häufig auch Auftraggeber ist. Die Fachstelle verwaltet den nationalen Integrationskredit.

2012 wird das neue Programmkonzept und damit die strategische Ausrichtung für die Integrationsförderung ab 2014 erarbeitet. Zusammen mit dem Interdepartementalen Netzwerk Integration (INI) analysiert die Fachstelle das bestehende Integrationsangebot im Kanton und erarbeitet einen Aktionsplan, um Angebotslücken zu schliessen und Doppelspurigkeiten abzubauen. Die Steuerung des bedarfsorientierten Beratungs- und Schulungsangebots durch Private wird weitergeführt. Sodann sollen Migrantenorganisationen unterstützt werden, wenn sie niederschwellige Projekte für schwer erreichbare Zielgruppen anbieten. Die Projekte für Neuzugezogene „Willkommen in Basel“ und „Begrüssungsgespräche“ werden inhaltlich optimiert und im Rahmen der Bundesvorgaben ausgebaut.

Die Koordinationsstelle für Religionsfragen bearbeitet zuhanden der Fachstelle religionsbezogene Fragen aus Verwaltung und Bevölkerung und leitet den Runden Tisch der Religionen beider Basel.

Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung Die Fachstelle baut inner- und ausserhalb der Verwaltung Diskriminierungen von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen in den Bereichen Schule, Ausbildung, Arbeit, Freizeit, Wohnen, öffentlicher Verkehr, Bauen und Kommunikation ab. Diese Querschnittsaufgabe wird in enger Zusammenarbeit mit den Departementen, den Institutionen der Behindertenfach- und -selbsthilfe und den Betroffenen umgesetzt.

In der Berufsbildung wird die Öffnung der Allgemeinen Berufsberatung für Jugendliche mit körperlichen Behinderungen geprüft. Mittels Unterzeichnung einer CHARTA verpflichten sich staatliche und private Arbeitgeber, 100 neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit einer Behinderung zu schaffen. Bis Ende 2012 werden die letzten Umbauten an kantonalen Gebäuden vorgenommen, um deren Zugänglichkeit für behinderte Menschen zu verbessern. Geplant wird die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Tramnetz Basel mit dem stufenlosen Zugang in die Fahrzeuge. In öffentlichen Podien äussern sich Betroffene als Expertinnen und Experten in eigener Sache zu Fragen rund um die Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung.

Statistisches Amt

PD-360

Das Statistische Amt erhebt, plausibilisiert und analysiert Daten auf Ebene Kanton und Gemeinden für die thematischen Bereiche „Gesellschaft und Soziales“, „Raum und Umwelt“ sowie „Wirtschaft und Arbeit“ und führt die dazu notwendigen Informatiksysteme.

Für kantonale oder städtische Bedürfnisse werden zusätzlich umfangreiche Analysen auf höherem Detaillierungsgrad durchgeführt und statistische Informationssysteme zur Unterstützung von Planungs- und Entscheidungsprozessen entwickelt und unterhalten.

Die Vermittlung der statistischen Informationen erfolgt in unterschiedlichster, auf die Bedürfnisse der Nachfragenden zugeschnittener Form (Einzelauskünfte, Beratungen, Ad-hoc-Auswertungen, Internetangebot sowie Standard- und Spezialpublikationen). Die Bereitstellung von Interpretationshilfen sowie die Visualisierung der Daten in Form von Grafiken und Karten gehören ebenfalls zu den Grundaufgaben. Das Statistische Amt führt Befragungen durch (Bevölkerungsbefragungen, Kundenbefragungen der Verwaltung), erstellt Prognosen und berät in Forschungsfragen. Mit der Herausgabe des Jahrbuches wird der Dokumentationsauftrag erfüllt; damit soll späteren Generationen der Nachvollzug früherer Bedingungen ermöglicht werden.

Das Statistische Amt erbringt statistische Dienstleistungen, die durch die Bundesgesetzgebung, insbesondere durch das Bundesstatistikgesetz und das Registerharmonisierungsgesetz, an die Kantone delegiert sind. Es führt zudem das kantonale Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) als vom Bund anerkannter Teil des Eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Statistik und Analyse	1.2 Kantonsentwicklung

Tätigkeiten und Projekte

Der Bund modernisiert im Nachvollzug der bilateralen Verträge mit der EU (Statistikabkommen) in den nächsten Jahren verschiedene Statistiken, was auch auf Kantonsebene einen – bis jetzt im einzelnen noch nicht fassbaren – Aufwand zur Folge hat. Die Nachfrage nach statistischen Dienstleistungen und Informationen ist weiterhin gross, wobei zunehmend komplexere Anforderungen zum Tragen kommen und die Verfügbarkeit der statistischen Information auch zunehmend aktualitätsnah gewünscht wird. Die vom Bund initiierte Verschiebung von Direkterhebungen hin zur Registernutzung bedingt hinsichtlich des Datenmanagements und der Datensicherheit umfangreiche und ressourcenintensive Arbeiten im EDV-Bereich. Mit dem Statistikgesetz soll die Grundlage geschaffen werden für eine zukunftsgerichtete statistische Datenhaltung, Informationserarbeitung und –vermittlung.

Statistik und Analyse

Statistikgesetz

Die Datenschutzrichtlinien des Bundes sowie das neue kantonale Informations- und Datenschutzgesetz machen es notwendig, ein kantonales Statistikgesetz auszuarbeiten, soll das Statistische Amt seine Aufgaben auch in Zukunft erfüllen können. Von Seiten des Parlamentes wurde zudem mit einer Motion verlangt, dass der Auftrag des Statistischen Amtes gesetzlich geregelt wird. Die Arbeiten sind im Gange; der Zeitplan sieht vor, dass das Gesetz dem Grossen Rat in der ersten Jahreshälfte 2012 vorgelegt werden kann.

Volkszählung

Der Bund erarbeitet für die neue Volkszählung Schritt um Schritt das Feinkonzept der Auswertungen sowie dasjenige der Datennutzung durch Kantone und Gemeinden. Auf Initiative des Statistischen Amtes Basel-Stadt bezieht er dabei die Kantone und die grossen Städte in die Diskussion mit ein. Das Statistische Amt setzt sich weiterhin mit Nachdruck und konstruktiv für die Bedürfnisse von Basel-Stadt ein und engagiert sich darum in verschiedenen Arbeitsgruppen des Bundes.

Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich (MEB) / Kantonale Bildungsstatistik:

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	16.1	15.5	15.5	18.2	20.4
Internetzugriffe (Anzahl Besuche)	Anz	171'045	176'361	-	170'000	55'000 ¹
Kurzanfragen	Anz	4'330	4'639	5'552	4'500	5'000
Anfragen, die mehr als eine Stunde Aufwand verursachen	Anz	157	189	191	160	180
Begründete Beanstandungen (stat.Information)	Anz		0	0	kleiner als 4	kleiner als 4

Kommentar

1 Die Zugriffe auf die neue Internetseite werden vom System gegenüber der alten Seite in komplett veränderter Form erfasst, was zu wesentlich tieferen Zugriffswerten führt.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	2'877.4	2'767.8	3'097.3	329.5	11.9 ¹
31 Sachaufwand	835.0	909.5	897.1	-12.4	-1.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.5	0.1	-0.4	-82.2
36 Eigene Beiträge	42.0	42.0	42.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'754.4	3'719.8	4'036.4	316.6	8.5
43 Entgelte	-824.2	-307.5	-324.0	-16.5	-5.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-16.0	-16.0	-16.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-840.2	-323.5	-340.0	-16.5	-5.1
Ordentlicher Nettoaufwand	2'914.3	3'396.3	3'696.4	300.1	8.8
davon Produktgruppe(n):					
Statistik und Analyse	2'914.3	3'396.3	3'696.4	300.1	8.8

Kommentar

1 Die Zunahme beim Personalaufwand des StatA ist auf bisher verrechnete Dienstleistungen, welche in ordentliche Stellen überführt wurden, zurückzuführen.

Die nächsten Arbeiten im mehrjährigen, eidgenössischen Grossprojekt „Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich (MEB)“ werden vom Statistischen Amt als gegenüber dem Bund verantwortliche Stelle in enger Zusammenarbeit mit dem Erziehungsdepartement umgesetzt. Das Statistische Amt passt zudem die kantonalen Statistiken laufend an die Veränderungen an, welche durch die Schulreform ausgelöst werden. Dies ist sowohl für die Planung innerhalb des Kantons wie auch für die Datenlieferungen an den Bund notwendig.

Integriertes Statistiksystem Bauen und Wohnen (BAWO)

Das Bundesamt für Statistik ist seit 2011 an der konkreten Planung des ersten Schrittes des Aufbaus des Integrierten Statistiksystems Bauen und Wohnen (BAWO-RE1). Mittelfristig sollen durch die Revision folgende Vorhaben umgesetzt werden: a) Entwicklung des eidg. Gebäude- und Wohnungsregisters (GWR), b) Neukonzeption der Gebäude- und Wohnungsstatistik GWS (Projekt casa), c) Revision der Baustatistiken BAU/TRIM, d) Revision der Leerwohnungsstatistik. Der resultierende Gesamtaufwand für die Kantone für die Unterstützung des Systemaufbaus und den laufenden Betrieb kann zurzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Wahlen

Das Statistische Amt erstellt im Auftrag der Staatskanzlei im Hinblick auf die Grossrats- und Regierungsratswahlen im Herbst 2012 eine Hochrechnung und übernimmt die Visualisierung der Ergebnisse der Wahlen.

Kultur

PD-370

Die Abteilung Kultur fördert und unterstützt über Beiträge an Institutionen, Festivals, frei schaffende Künstlerinnen und Künstler das aktuelle Kulturschaffen und die Kulturvermittlung in den Sparten bildende Kunst, Theater und Tanz, Musik, Literatur und Audiovision, und setzt sich in verschiedenen Gremien für kulturpolitische Belange und Anliegen ein. Mit seinen Dienststellen Archäologische Bodenforschung und Staatsarchiv bewahrt und pflegt es das kulturelle Erbe, sichert und vermittelt die dokumentarische Überlieferung und macht diese der Verwaltung und Öffentlichkeit zugänglich. Die fünf staatlichen Museen pflegen ihre Sammlungen, vermitteln diese an das Publikum, führen attraktive Sonderausstellungen durch und betreiben in ihren Fachgebieten wissenschaftliche Forschung. Die Abteilung Kultur pflegt eine enge Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und strebt wo immer möglich eine partnerschaftliche Finanzierung der Kulturangebote an. Die Museumsdienste gewinnen mit geeigneten Massnahmen neues Publikum, über Education Projekte wird die Zusammenarbeit zwischen subventionierten Kulturinstitutionen und Jugendlichen gefördert. In verschiedenen Gremien (Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten, Konferenz der Schweizer Kulturstädte, Oberrheinkonferenz u.a.m.) setzt sich die Abteilung Kultur für den regionalen und nationalen Austausch, für Synergien und gemeinsame kulturpolitische Anliegen ein.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Förderung des Kunstschaffens	1.1 Kulturförderung und -pflege
Stabsleistungen Abteilung Kultur	1.1 Kulturförderung und -pflege

Tätigkeiten und Projekte

Die Umsetzung der im Kulturleitbild definierten Ziele der Kulturförderung wird, ergänzend zu den bisherigen Aufgaben, die Tätigkeiten der Abteilung Kultur prägen. Insbesondere ist der Aufbau eines Evaluationssystems (Controlling- und Potenzialgespräche) zu erwähnen. Ebenfalls zu den wesentlichen Aufgaben und Projekten der Abteilung Kultur zählt nach entsprechenden Beschlüssen des Regierungsrates und des Grossen Rates im Jahr 2010 die Fortführung der konkreten Planung des Erweiterungsbaus für das Kunstmuseum. Auch werden die beiden Neubauprojekte für das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv weiterverfolgt und in die politischen Prozesse eingebracht. Im Bereich der Kulturförderung steht die Subventionsverhandlung mit der Kaserne Basel an.

Förderung des Kulturschaffens

Die Förderung des Kunstschaffens ist durch die betreffenden Kredite und Subventionen (Kunstkredit, gemeinsame Fachkredite BS/BL, Atelierkredit, Kulturpauschale u.a.m.) definiert. Der Kunstkredit wird teilweise neu organisiert, insbesondere die Kommission und die Ausstellung. Die Entwicklung der Basler Filmstiftung wird weitergeführt. Die Abteilung Kultur finanziert und führt seit 2006 die Education-Projekte Region Basel durch, die weiterentwickelt und für grössere Kreise geöffnet werden. Die Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen und dem Kanton Basel-Landschaft soll wo möglich verstärkt werden.

Stabsleistungen Abteilung Kultur

Die Museumsdienste werden einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen und in ihren Aufgaben klar definiert. Die Kommunikation der Abteilung Kultur wird ausgebaut und mit entsprechenden Medien versehen. Das Evaluationssystem für die Subventionsempfänger wird aufgebaut und implementiert. Die Abteilung Kultur ist im interdepartementalen Projekt „Entwicklung Kasernenareal“ in zwei wichtigen Teilbereichen direkt involviert: der Nachnutzung des Hauptbaus und dem zentralen Arealmanagement.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	9.6	11.0	10.8	10.9	12.3
Theater Basel: Zahlende Besucher/-innen aller Sparten	Anz	164'935	176'166	178'716	190'000	200'000
Sinfonieorchester Basel (SOB): Anzahl Auftritte	Anz	155	155	167	150	160
Kulturprojekte: Eingehende Gesuche	Anz	837	955	957	940	950
Zahlende Besucher/-innen Museumsnacht	Anz	29'591	28'383	28'912	28'000	30'000

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	2'093.4	1'656.9	1'771.8	114.9	6.9 ¹
31 Sachaufwand	1'582.6	1'542.8	1'532.8	-10.1	-0.7
36 Eigene Beiträge	61'178.5	62'303.0	65'129.1	2'826.1	4.5 ²
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	64'854.5	65'502.7	68'433.7	2'931.0	4.5
42 Vermögenserträge	-0.0	-0.1	-0.1	0.0	16.7
43 Entgelte	-289.0	-103.8	-78.8	25.1	24.1
46 Beiträge für eigene Rechnung	-376.1	-360.0	-330.0	30.0	8.3
4 Ertrag	-665.1	-463.9	-408.8	55.1	11.9
Ordentlicher Nettoaufwand	64'189.4	65'038.9	68'024.9	2'986.1	4.6
davon Produktgruppe(n):					
Stabsleistungen Abteilung Kultur	1'848.1	1'571.9	1'678.8	106.9	6.8
Förderung des Kunstschaffens	62'341.3	63'467.0	66'346.1	2'879.1	4.5

Kommentar

- 1 Die Erhöhung begründet sich darin, dass eine zusätzliche Stelle (ohne Headcount-Erhöhung) geschaffen wird, die im Budgetprozess vorgesehen ist.
- 2 Die Erhöhung begründet sich darin, dass entsprechende Subventionserhöhungen im Budgetprozess stattgefunden haben.

Staatsarchiv

PD-376

Das Staatsarchiv bewahrt Informationen aus der Vergangenheit auf und sorgt dafür, dass Informationen auch für die Zukunft vorhanden sind. Es wählt aus der Vielzahl von Unterlagen (Akten, elektronische Daten, Bilder), die bei Behörden und Verwaltung entstehen, jenen Teil aus, der für eine dauerhafte Dokumentation notwendig ist. Die Unterlagen staatlicher Herkunft werden ergänzt durch private Materialien, einschliesslich Fotoarchive.

Das Staatsarchiv stellt die Akten, Bilder usw. der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Verfügung, soweit der Datenschutz dem nicht entgegensteht. Die Benützung des Staatsarchivs erfolgt hauptsächlich im Lesesaal, zu dem alle Interessierten freien Zugang haben, und über das Internet.

Der Auftrag des Staatsarchivs stützt sich auf das Archivgesetz (SG 153.600), die nachgeordnete Registratur- und Archivierungsverordnung (SG 153.610) sowie auf die Verordnung betreffend die Ausleihe von Bauakten (SG 739.500).

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Staatsarchiv	1.1 Kulturförderung und -pflege

Tätigkeiten und Projekte

Das Staatsarchiv ist weiterhin intensiv mit der Beratung, der Verwaltung beim Records Management sowie der Bewertung und Übernahme von Unterlagen von über 700 kantonalen Stellen, insbesondere und erstmals in grossem Umfang mit der Übernahme von elektronischen Unterlagen und deren Langzeitarchivierung, befasst.

Staatsarchiv

Konkretisierung Raumplanung Die Auswirkungen der Raumknappheit (Magazinraum 2012 zu 95% ausgeschöpft) und ungenügender Infrastrukturen schränken den Betrieb des Staatsarchivs zunehmend ein, insbesondere bei der Unterbringung von Akten (Magazin), deren Verzeichnung (Räume und Raumanordnung) sowie beim Kundenservice (Zunahme von Bestellungen aus den Aussenmagazinen; Einschränkungen bei der Lieferung in den Lesesaal und den Lieferzeiten). Die Umsetzung eines Neubauvorhabens wird in Zusammenarbeit mit weiteren kantonalen Stellen vorangetrieben.

Digitale Langzeitarchivierung Nach der Schaffung der technischen Speicherinfrastrukturen für die Langzeitarchivierung von digitalen Unterlagen und der Definition der Prozesse (inkl. Pilotierung) werden 2012 erstmals elektronische Unterlagen in grösserem Umfang übernommen.

Massgeblich beteiligt ist das Staatsarchiv (ff. Staatskanzlei) an der Erarbeitung der Archivierungsfunktionalitäten im Geschäftsverwaltungssystem Konsul zur Übergabe von elektronischen Unterlagen aus Konsul an das Staatsarchiv. Ziel des Projektes ist der integrierte Kommunikations- und Kontrollfluss zwischen ScopeArchiv und Konsul zur automatisierten Abwicklung des Archivierungsprozesses.

Informationssicherung (Vorarchiv und Erschliessung) Im Projekt „Ersatz von nicht archivgerechter Verpackung bei Urkunden und Akten des 13. bis 20. Jahrhunderts“ (2011 bis 2014) zur Behebung gravierender Defizite in der Bestandserhaltung werden 2012 ff. rund 1'300 Laufmeter Aktenfaszikel in ungenügenden Verpackungen neu verpackt.

Geplant ist auf Basis des Ausgabenberichts 2011 die Umsetzung des Vorhabens „Sicherung und Nutzbarmachung. Mikroverfilmung und Digitalisierung von Archivgut“ mit folgenden Zielen: Gewährleistung des Kulturgüterschutzes von Archivgut mittels Mikroverfilmung, Digitalisierung zentraler Archivgutbestände zur Verbesserung der Online-Zugänglichkeit und zum Schutz der Originale durch Nutzung von Digitalisaten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Headcount (Vollzeitstellen 100 %)	Anz	16.1	15.8	16.4	16.4	17.9	
Benützungen	Anz	8'490	9'358	8'538	8'500	8'500	¹
Unbearbeitete Ablieferungen	Anz	308	312	308	350	308	²
Fristerreichung Anfragenbeantwortung	%	89.4	88.9	85.0	88.0	88.0	³

Kommentar

- 1 Die Anzahl Benützungen widerspiegelt die Entwicklung der Nutzung durch Private, Verwaltung und Politik: Benützungen vor Ort (Lesesaal, Bauplanausgabe, Planarchiv, Bildersammlung), Anfragen, Reproduktionen und sonstige Benützungen (Leihgaben, Führungen usw.).
- 2 Die Anzahl unbearbeiteter Ablieferungen entspricht dem Umfang nicht erschlossener resp. für die Benützung noch nicht verfügbarer Unterlagen.
- 3 Der Anteil der innerhalb von zehn Tagen beantworteten Anfragen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	2'249.4	2'280.7	2'488.9	208.2	9.1
31 Sachaufwand	1'331.2	1'279.2	1'204.5	-74.7	-5.8
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.7	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	5.0	5.0	5.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'586.3	3'564.9	3'698.4	133.5	3.7
42 Vermögenserträge	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-262.0	-270.3	-291.0	-20.7	-7.7
4 Ertrag	-262.0	-270.3	-291.0	-20.7	-7.7
Ordentlicher Nettoaufwand	3'324.2	3'294.6	3'407.4	112.8	3.4
davon Produktgruppe(n):					
Staatsarchiv	3'324.2	3'294.6	3'407.4	112.8	3.4
5 Ausgaben Investitionen	318.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	318.7	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Die Zunahme der Personalkosten gegenüber dem Vorjahr setzt sich zusammen aus: Teuerung & Lohnstufenanstieg (rund 26'000 Franken) und den zusätzlich bewilligten 1.5 Stellen (rund 182'000 Franken). Die Mehrkosten werden im Wesentlichen finanziert über die bewilligte Vorgabenerhöhung (rund 119'000 Franken) und Einsparungen bei den Sachkosten (rund 75'000 Franken).

Informationsvermittlung Verbesserte Dienstleistungen des Staatsarchivs im Online- und Bildungsbereich (Bestellschalter, Digitalisierung, Archivpädagogik) werden zielgruppengerecht vermittelt. Die interne Kommunikation und Weiterbildung wird zur Stärkung der betrieblichen Einheit gefördert.

Kooperationen und eigene Projekte (Denkmalpflege, MUBA, Umverpackung) werden öffentlich sichtbar gemacht. Entwicklungsprozesse wie Neubau und Betriebskonzept werden fachspezifisch unterstützt.

Archäologische Bodenforschung

PD-377

Die Archäologische Bodenforschung ist verantwortlich für die Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Verständnis und zur Förderung der kulturellen Identität des Kantons Basel-Stadt geleistet.

Der Auftrag umfasst folgende drei Hauptaufgaben: Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen, Prospektionen und Auswertung anderer Quellen; Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen; Vermittlung und Bereitstellung historischer Erkenntnisse.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes	1.1 Kulturförderung und -pflege

Tätigkeiten und Projekte

Die umfangreichen Rettungsgrabungen „Novartis Campus Plus“ gehen zu Ende und die Grabungen „Werkleitungssanierung“ auf dem Münsterhügel werden in kleinerem Umfang fortgeführt. Das besonders umfangreiche und teilweise spektakuläre Fundmaterial der Rettungsgrabung „Novartis Campus Plus“ bindet im rückwärtigen Bereich viele Ressourcen bei der Inventarisierung und Konservierung. Im Jahr 2012 feiert die Archäologische Bodenforschung ihr 50-jähriges Bestehen. Dieses Jubiläum steht im Zentrum der Vermittlungsaktivitäten.

Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes

Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen

Die aussergewöhnlich grossen Rettungsgrabungen in der spätkeltischen Siedlung bei der alten Gasfabrik im Hafen St. Johann werden 2012 zu Ende gehen. Danach werden die Dokumentationsbereinigung und die Fundinventarisierung grosse personelle Ressourcen binden. Die wissenschaftliche Auswertung der Bestattungen und der menschlichen Knochen dieser Fundstelle ist im Rahmen eines internationalen Forschungsprojekts mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds angelaufen. Den Freilegungsarbeiten des auf dem Hafengelände in einem 10 Tonnen schweren Erdblock geborgenen Opferfundes wird grösste Priorität eingeräumt. Die Rettungsgrabungen im Zusammenhang mit der Sanierung der Werkleitungen auf dem Münsterhügel werden 2012 in reduziertem Umfang fortgeführt.

Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen

Das neue Funddepot an der Lyonstrasse ist bezogen und erlaubt die Auflösung verschiedenster Depots. Die Sicherstellung der schriftlichen, zeichnerischen und fotografischen Dokumentation, die heute weitgehend digital erfolgt, stellt eine Priorität im Ressort Archiv dar. Zudem setzt die Archäologische Bodenforschung in Zusammenarbeit mit einer interkantonalen Task Force alles daran, die widerrechtlich in eine Stiftung überführte Originaldokumentation der Ausgrabungen im Basler Münster in das Basler Grabungsarchiv zu überführen.

Vermittlung und Zurverfügungstellung historischer Erkenntnisse

Anlässlich des 50-jährigen Geburtstages der Archäologischen Bodenforschung stehen Vermittlungsaktivitäten im Zusammenhang mit dem Münsterhügel im Vordergrund, darunter auch Aktionen für Kinder. An der Museumsnacht 2012 wird die renovierte Infostelle im Schulhaus zur Mücke einem breiten Publikum gezeigt. Im Verlauf des Jahres sollen alle Infostellen auf dem Münsterhügel aktualisiert und in einem Rundgang zusammengeführt werden. Informationen zum Rundgang und den einzelnen Infostellen sollen auch über einen Audioguide verfügbar sein. Zur Archäologie auf dem Münsterhügel soll eine zweisprachige, populärwissenschaftliche Publikation erscheinen. Ansonsten werden wissenschaftliche Publikationen und der Jahresbericht 2011 herausgegeben.

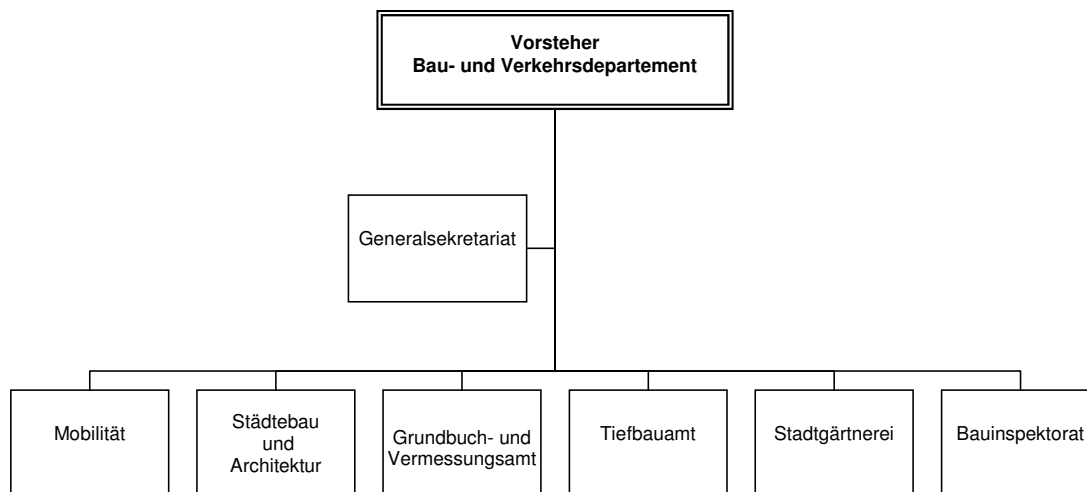
Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	20.4	21.9	22.1	22.6	22.6
Anteil ausreichend untersuchter Fundstellen	%	90	90	88	80	80
Anteil inventarisierter und zugänglich aufbewahrter Funde	%	39	50	43	40	42
Publikationen pro Jahr	Anz	3	2	3	3	3

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	3'075.0	3'093.7	3'109.1	15.4	0.5
31 Sachaufwand	3'973.3	902.1	909.8	7.6	0.8
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	7'048.3	3'995.8	4'018.8	23.0	0.6
42 Vermögenserträge	-18.9	-18.9	-18.9	0.0	0.0
43 Entgelte	-1'431.7	-74.2	-74.2	0.0	0.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-203.7	-8.5	-8.5	0.0	0.0
4 Ertrag	-1'654.3	-101.6	-101.6	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	5'393.9	3'894.2	3'917.2	23.0	0.6
davon Produktgruppe(n):					
Sicherung, Erforschung, Vermittlung des archäologischen Erbes	5'393.9	3'894.2	3'917.2	23.0	0.6

4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement

BVD-601	Generalsekretariat	131
BVD-602	Bauinspektorat	133
BVD-614	Stadtgärtnerei	135
BVD-617	Tiefbauamt	138
BVD-631	Grundbuch- und Vermessungsamt	142
BVD-651	Städtebau und Architektur	144
BVD-661	Mobilität	148



Finanzen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		
	2010	2011	2012	abs.	%	
30 Personalaufwand	113.8	118.3	122.0	3.7	3.1	¹
31 Sachaufwand	59.6	58.0	56.9	-1.1	-1.9	²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.2	0.2	-0.0	-19.2	
36 Eigene Beiträge	82.4	82.3	84.1	1.8	2.2	³
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	
Total Aufwand	256.1	258.9	263.2	4.3	1.7	
42 Vermögenserträge	-2.1	-2.6	-2.6	0.1	2.2	
43 Entgelte	-92.9	-88.3	-90.1	-1.8	-2.0	⁴
46 Beiträge für eigene Rechnung	-9.5	-8.9	-8.3	0.6	7.0	⁵
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	
Total Ertrag	-104.9	-99.9	-101.0	-1.1	-1.1	
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	151.2	159.0	162.2	3.3	2.0	
5 Ausgaben Investitionen	100.0	96.0	105.0	9.0	9.4	
6 Einnahmen Investitionen	-17.2	-17.5	-17.0	0.5	2.9	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	82.8	78.5	88.0	9.5	12.1	

Kommentar

- 1 Im Zusammenhang mit dem Schwerpunkt des Regierungsrates „Urbane Standortqualität - Sauberkeit gewährleisten“ wurden die Budgetmittel um 1 Mio. Franken erhöht (Stadtgärtnerei und Tiefbauamt). Aufgrund der Reorganisation des Geschäftsbereichs Infrastruktur im Tiefbauamt wurde die Stelle des Bereichsleiters neu geschaffen und besetzt. Die Leiter der bisherigen Geschäftsbereiche sind noch nicht pensioniert und werden, um einen reibungslosen Übergang von der alten zur neuen Organisation zu gewährleisten, weiterhin beschäftigt, was zu einem Mehraufwand von 0.2 Mio. Franken führt. Im Hinblick auf die Bewältigung des höheren Aufwands im Zusammenhang mit der Gesamtprojektleitung von koordinierten Infrastrukturprojekten werden zwei zusätzliche Projektleiter angestellt, was Mehrkosten von 0.3 Mio. verursacht. Zur Erhöhung der Bauherrenkapazitäten in der Dienststelle Städtebau & Architektur, Hochbauamt, wurden weitere 4.5 Stellen bewilligt. Die Kosten für diese Stellen belaufen sich auf 0.6 Mio. Franken. Zusätzlich fallen weitere 0.8 Mio. Franken für Stellen im Hochbauamt an, deren Leistungen an Dritte (Universität, Pensionskasse, Spitäler, Immobilien Basel-Stadt) verrechnet werden können (siehe FDK 43, Entgelte). Der Teuerungsausgleich beträgt 0.5 Mio. (ohne BVB), die zusätzlichen Kosten infolge der neuen Ferienregelung betragen 0.3 Mio. (ohne BVB).
- 2 Infolge eines erheblichen Minderertrags der Stadtgärtnerei im Bereich Grabbesorgung in den Friedhöfen mussten entsprechende Budgetreduktionen vorgenommen werden.
- 3 Zur Finanzierung des vorgesehenen Angebotsausbaus im Öffentlichen Verkehr werden 1.1 Mio. Franken benötigt (7.5 Minuten-Takt auf den Linien 10/17 und Verlängerung der Linie 30 bis zur Roche in der Hauptverkehrszeit). Für die Umsetzung der vorgezogenen Budgetpostulate betreffend des Schwerpunktes „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums - Ausbau des Öffentlichen Verkehrs“ stehen 0.7 Mio. Franken zur Verfügung.
- 4 Im Tiefbauamt sind die Erträge aus Abwassergebühren um 1.5 Mio. Franken höher budgetiert. Durch die Auslagerung der Spitäler wurden in der Dienststelle Städtebau & Architektur, Hochbauamt, zusätzliche Entgelte für Bauherrenleistungen vom 1 Mio. Franken budgetiert. Die Neuregelung der Abgeltung von Geobasisdiensten innerhalb der Verwaltung führt zu einer Erhöhung der Einnahmen des Grundbuch- und Vermessungsamtes von 0.8 Mio. Franken. In der Stadtgärtnerei im Bereich Grabbesorgungen der Friedhöfe erfolgt ein erheblicher Minderertrag von 1.3 Mio. Franken aufgrund eines Rückgangs von Grabpflegeaufträgen. Dies infolge einer unerwartet hohen Nachfrage nach Bestattungsmöglichkeiten ohne verrechenbare Grabpflege (Gemeinschaftsgräber, Wiesengräber) und Beisetzungen ausserhalb der Basler Friedhöfe.
- 5 Aus der Abgeltungsrechnung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Land betreffend den Tram- und Busverkehr resultiert ein Minderertrag von 0.6 Mio. Franken für den Kanton Basel-Stadt (Taktverdichtung Linien 10/17).

Vorgezogene Budgetpostulate BVD

Mirjam Ballmer betreffend Dienststelle Nr. 614/Stadtgärtnerei -Erhöhung um 80'000 Franken

Begründung

Im Jahr der Biodiversität hat die Stadtgärtnerei ein grosses Vorhaben angepackt: Der gesamte Betrieb soll biologisch geführt werden. Motivation dafür ist, mit dem ökologisch vorbildlichen Biolabel die Lebensqualität für die Bevölkerung und den nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu verbessern sowie für die Bereiche Produktion und Unterhalt eine Biozertifizierung zu erhalten. Die Stadtgärtnerei benötigt dafür 325'000 Franken verteilt auf vier Jahre, als Sachaufwand für die Umstellung des Betriebs der gesamten Dienststelle auf Bio. Damit können die Voraussetzungen für die entsprechende Umstellung geschaffen werden. Dazu gehört primär die Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber auch die Planung der Umstellung für die ganze Stadtgärtnerei, die Projektierung der einzelnen Massnahmen, die Umstellung bei den technischen Hilfsmitteln, Geräten und Fahrzeugen. Die Umsetzung der Massnahmen und die nachfolgende Betriebsführung sind als ordentliche Ausgaben vorgesehen. Die Stadtgärtnerei soll auf Anfang 2012 bei Bio Suisse als Umstellungsbetrieb angemeldet werden. Mit der beantragten Budgeterhöhung wird die notwendige finanzielle Voraussetzung für die entsprechenden Vorarbeiten und die eigentliche Umstellung geschaffen (2012-2014).

Stellungnahme des Regierungsrates

Die Stadtgärtnerei im Bau- und Verkehrsdepartement verfolgt seit Jahren eine konsequente Nachhaltigkeitsstrategie. Dazu gehört die Verwendung einheimischer Vegetation als Lebensraum für die einheimische Tierwelt, Nisthilfen, Rückzugsgebiete und die Eindämmung von Neophyten. Als weitere Massnahmen gehören die Umstellung der Fahrzeugflotte und der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt Geräte- & Maschinenparks auf umweltschonende Produkte dazu. Seit Jahren betreibt die Stadtgärtnerei sehr erfolgreich die Kompostieranlage in Arlesheim und trägt damit praktisch zur Schliessung von Nährstoffkreisläufen bei. Ebenso unterstützt sie die Bevölkerung im Rahmen der Kompostberatung, damit diese ihren Beitrag zur Wiederverwertung organischer Reststoffe leisten kann. Bei der Pflanzenproduktion in Gewächshäusern hat die Stadtgärtnerei den Heizungsbetrieb vollständig auf erneuerbare Energie umgestellt und sie verwendet für die Bewässerung der Pflanzen nahezu ausschliesslich Regenwasser. Bei der Grünpflege der Kinderspielflächen werden möglichst natürliche und giftstofffreie Produkte verwendet.

Auch der Einsatz von synthetischen Düngestoffen und Pestiziden kann reduziert oder sogar ganz vermieden werden. Dazu sind die Voraussetzungen im Bereich der Personalschulung, der technischen Einrichtungen und der Prozesssteuerung zu schaffen. Zu diesem Zweck wird die Stadtgärtnerei alle relevanten Prozesse überprüfen und entsprechende Massnahmen einleiten müssen. Bei der Pflanzenproduktion kann eine Anmeldung als Umstellungsbetrieb nach den Richtlinien von Bio Swiss erfolgen.

Dem Regierungsrat ist es ein grosses Anliegen, dass das öffentliche Grün von der Bevölkerung als natürlich, sicher, erholsam und ansprechend wahrgenommen wird. Die öffentlichen Parkanlagen sollen weiterhin uneingeschränkt benutzt werden können. Auf die Ausbringung von umweltgefährdenden Stoffen muss daher möglichst verzichtet werden. Damit ist in der Folge auch eine auf den Umweltschutz ausgerichtete Pflege der Grünanlagen selbstverständlich. Basel gehört zu den ersten Städten in der Schweiz, welche die Umstellung des für das städtische Grün verantwortlichen Betriebs im angegebenen Zeitraum beabsichtigen. Winterthur, Zürich und Lausanne werden ihre Betriebe ebenfalls auf Bio umstellen. Die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaft in Wädenswil hat bereits Interesse an einer Forschungsarbeit bekundet.

Das Budgetpostulat nimmt ein Anliegen des Regierungsrates auf. Die Umstellung des Betriebs der Stadtgärtnerei auf Bio erfordert Mittel für ein externes Beratungsmandat, für Personalschulungen und Erfolgskontrollen zugunsten einer gesteigerten Nachhaltigkeit im öffentlichen Grün. Die für die Umstellungsphase notwendigen Mittel sollen aus den vorhandenen Mitteln geleistet werden. Damit **ist** das Budgetpostulat **erfüllt**.

UVEK betreffend Dienststelle Nr. 661/Mobilität - Erhöhung um 2'100'000 Franken**Begründung**

Im Dezember 2010 hat der Grosse Rat das ergänzte ÖV-Programm 2010-2013 genehmigt. Die damit verbundenen Kostenfolgen sind jedoch nicht im ÖV-Budget 2011 abgebildet. Dieses vorgezogene Budgetpostulat soll bewirken, dass die Veränderungen mit den Fahrplanänderungen im Dezember 2011 in Kraft treten können.

Taktverdichtung Freitag/Samstag/Sonntag Abend, zur Steigerung der Attraktivität verkehren alle Tram- und Buslinien am Freitag- und Samstagabend bis Betriebsschluss sowie an Sonn- und Feiertagen bis 20 Uhr im 10 Minuten-Takt. Der zusätzliche Abgeltungsbedarf soll für diese Taktverdichtung auf allen BVB-Tramlinien und den BVB-Buslinien 30, 31, 32, 33, 34 und 36 verwendet werden.

Stellungnahme des Regierungsrates

Der Regierungsrat hat das Anliegen der UVEK geprüft und kommt nach Abwägung verschiedener Optionen zum Schluss, dass eine kurzfristige Umsetzung im Sinne der UVEK auf den Fahrplanwechsel Dezember 2011 weder sinnvoll noch machbar ist.

Der Regierungsrat ist dennoch an einer weiteren Verbesserung des Angebots im Spätverkehr freitags und samstags interessiert und hat darum alternative Möglichkeiten geprüft. Zwischen dem letzten Kurs des Grundangebots und dem ersten Kurs des Nachtnetzes besteht heute eine längere Angebotslücke. Durch eine Ausweitung des 15 Minuten-Takts bis ca. 1.00 Uhr auf allen Tramlinien (BVB und BLT) und auf der Buslinie 36 soll diese Lücke geschlossen werden.

Die Ausweitung dieses Angebots wird vorläufig auf die Tram- und die nachfragestärkste Buslinie 36 beschränkt, eine spätere Ausweitung des Angebots auf weitere Buslinien ist selbstverständlich möglich. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass diese Verlängerung des regulären Angebots einem Bedürfnis der Kunden entspricht. Das Angebot ist mit Kosten von ca. 350'000 Franken verbunden, die dem Globalbudget Öffentlicher Verkehr belastet werden.

Folgende Gründe sprechen gegen eine Ausweitung des Spätangebots gemäss Antrag der UVEK:

Das ÖV-Angebot in der Agglomeration Basel wird auf Schweizer Seite von den betroffenen Kantonen gemeinsam bestellt, das Tram- und Busnetz zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft. Auf den kommenden Fahrplanwechsel ist ein kurzfristiger Ausbau des Angebots im Kanton Basel-Landschaft, wie dies das vorgezogene Budgetpostulat verlangt, zum heutigen Zeitpunkt aufgrund der notwendigen politischen Prozesse nicht möglich. Auch in Basel-Stadt müsste bis Mitte Jahr ein definitiver Budgetbeschluss vorliegen, um den Transportunternehmen eine gewisse Planungssicherheit geben zu können.

Mittelfristig soll aber eine gemeinsame Umsetzung einer Verdichtung im Spätverkehr im Rahmen des 7. Generellen Leistungsauftrags 2014 – 2017 im Kanton Basel-Landschaft und des ÖV-Programms 2014 – 2017 im Kanton Basel-Stadt angegangen werden.

Es wurde im Weiteren ein Lösungsansatz geprüft, der sich auf den Kanton Basel-Stadt beschränkt. Ausgewählte Tramlinien sollen auf dem Gebiet des Kantons am Freitag- und Samstagabend bis 23.00 Uhr im 7.5 Minuten-Takt fahren und an der Kantonsgrenze wenden, Die Kosten für dieses Angebot dürften nach ersten Berechnungen bei mindestens 1 Mio. Franken liegen. Dieser auf die Stadt beschränkte Lösungsansatz wurde aus Kosten/Nutzen-Überlegungen verworfen:

- Auch wenn mit einer Zunahme der Fahrgäste gerechnet werden kann, entspricht eine Verdoppelung des Angebots nicht der zu erwartenden Nachfrage und führt auf einem Grossteil der verdichteten Abschnitte zu einem Überangebot.
- Das Tramnetz wird von den Kundinnen und Kunden - auch von den städtischen Nutzern - als Ganzes wahrgenommen und nicht auf das Kantonsgebiet begrenzt. Eine punktuelle, auf ausgewählte Linien und Linienabschnitte beschränkte Verdichtung, würde bei den Fahrgästen insgesamt mehr Verunsicherung und Ärger als Zustimmung hervorrufen.

Der Regierungsrat **verzichtet** deshalb darauf, das vorgezogene Budgetpostulat der UVEK **zu erfüllen**. Er ist aber der Meinung, dass er mit dem vorgeschlagenen Ausbau des Angebots dem grundsätzlichen Anliegen einer Verbesserung des Angebots, kurzfristig zumindest in Teilen entgegen kommt. Längerfristig soll das Anliegen in die Angebotsplanung aufgenommen werden.

UVEK betreffend Dienststelle Nr. 661/Mobilität - Erhöhung um 1'680'000 Franken

Begründung

Im Dezember 2010 hat der Grosse Rat das ergänzte ÖV-Programm 2010-2013 genehmigt. Die damit verbundenen Kostenfolgen sind jedoch nicht im ÖV-Budget 2011 abgebildet. Dieses vorgezogene Budgetpostulat soll bewirken, dass die Veränderungen mit den Fahrplanänderungen im Dezember 2011 in Kraft treten können.

Die Buslinien 31 und 38 sind im Interesse der Kundenfreundlichkeit zu entflechten und zu den Spitzenzeiten rund um die Roche zu verdichten. Der zusätzliche Abgeltungsbedarf soll für die saubere Trennung der Buslinien 31 und 38 und einen 7.5 Minuten-Takt zwischen Rankstrasse und Bachgraben bzw. 15 Minuten - bzw. 30 Minuten-Takt in den Endbereichen verwendet werden.

Stellungnahme des Regierungsrates

Der Regierungsrat hat das Problem erkannt und wird aufgrund einer vertieften Prüfung der Situation auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2011 eine Anpassung des Angebots vornehmen.

Die Prüfung der Kursauslastung hat gezeigt, dass zum heutigen Zeitpunkt diverse Kurse vor allem in der Hauptverkehrszeit (HVZ) überlastet sind. Betroffen ist insbesondere die Linie 38, auf der zurzeit ganztags Normalbusse eingesetzt werden müssen, da Gelenkbusse in Allschwil Dorf beim Endhalt nicht aufgestellt werden können. Auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2011 ist nun dennoch geplant, ganztags auf der Linie 38 von Grenzach-Wyhlen / Otto Wenk-Platz nach Allschwil mit Gelenkbussen zu fahren. Die Umsetzung ist allerdings davon abhängig, ob die vorgeschlagene Lösung von allen Beteiligten unterstützt wird. Zum jetzigen Zeitpunkt (Stand Juli 2011) kann davon ausgegangen werden. Diese Lösung entspricht auch den Bedürfnissen der Gemeinde Grenzach-Wyhlen. Eine weitergehende Verdichtung im Sinne des Budgetpostulats ist zum jetzigen Zeitpunkt im Abschnitt Roche – Wettsteinplatz nicht nötig. Sollte aufgrund der Arbeitsplatzentwicklung bei Roche ein Angebotsausbau nötig sein, so ist eine Verdichtung der Linie 38 oder 31 jederzeit möglich.

Ab Dezember 2011 wird zudem die Linie 30 in der HVZ vom Badischen Bahnhof zur Roche geführt, sodass eine direkte Verbindung zu den Zügen der S-Bahn angeboten werden kann.

Das zweite Anliegen, die Entflechtung der Buslinien 31 und 38, wird im Sinne des Budgetpostulats umgesetzt. Ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2011 verkehrt die Linie 38 ganztags im 15 Minuten-Takt von Allschwil bis Hörnli Grenze, im 30 Minuten-Takt fährt die Linie weiter nach Grenzach-Wyhlen, der Zwischenkurs wendet analog zu heute beim Otto Wenk-Platz. Die Linie 31 verkehrt ganztags im 15 Minuten-Takt zwischen Habermatten und Claraplatz. In der Hauptverkehrszeit wird sie bis Bachgraben verlängert und ist dort analog zu heute betrieblich mit der Linie 48 verknüpft.

Mit der Anpassung des Angebots sind Kosten für den Besteller von 200'000 Franken verbunden, die dem Globalbudget belastet werden.

Damit **ist** dieses vorgezogene Budgetpostulat in wesentlichen Teilen zu einem günstigen Preis **erfüllt**.

Generalsekretariat

BVD-601

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartements. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Recht, Kommunikation, Informatik, Infrastruktur sowie Information und Dokumentation unterstützt es die Dienststellen des Departements, damit diese ihre Dienstleistungen optimal erbringen können.

Neben den üblichen Unterstützungsleistungen beinhaltet der Buchungskreis auch die Budgets der Stadtbildkommission, des Submissionsbüros und der Baurekurskommission. Das Submissionsbüro führt die administrativen Abläufe der Ausschreibungsverfahren des Kantons durch. Damit trägt es zu einer wirtschaftlichen Erbringung der Leistungen aller Dienststellen bei. Die Stadtbildkommission beurteilt Baubegehren in Bezug auf ihre Wirkung auf das Stadtbild. Das Sekretariat der Baurekurskommission ist dem Bau- und Verkehrsdepartement administrativ angegliedert. Die Unabhängigkeit der Baurekurskommission bleibt davon unberührt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Qualitätssicherung bei Um- und Neubauten	2.5 Stadtbild und Baukultur
Baurekurskommission	8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
GS-P Politik, Recht und Kommunikation	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
GS-R Ressourcen und Prozesse	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Regionalplanungsstelle	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat plant für das Budgetjahr 2012 nebst seinen operativen Dienst- und Unterstützungsleistungen folgende Vorhaben:

Generalsekretariat Politik, Recht und Kommunikation

- Revision des Allmendgesetzes
- Ausarbeitung der Ausführungsgesetzgebung zum Geoinformationsgesetz

Generalsekretariat Ressourcen und Prozesse

- Entwicklung einer departementalen Informatikstrategie
- Ausbau des strategischen Controllings
- Einführung eines Records Managements
- Überarbeitung der Submissionsverordnung

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	62.9	63.8	67.0	65.0	65.0
Vom Submissionsbüro betreute Vergaben	Anz	2'832	2'574	2'995		
Von der Baurekurskommission bearbeitete Rekurse	Anz	176	130	126		

Kommentar

1 Eine Prognose für die Jahre 2011/2012 ist nicht möglich.

2 Eine Prognose für die Jahre 2011/2012 ist nicht möglich.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	9'350.0	9'437.4	9'120.7	-316.6	-3.4
31 Sachaufwand	5'992.5	6'942.3	6'793.1	-149.2	-2.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	89.6	87.0	0.0	-87.0	-100.0
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	322.4	0.0	0.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	15'754.4	16'466.7	15'913.8	-552.9	-3.4
42 Vermögenserträge	-12.6	0.0	-6.6	-6.6	0.0
43 Entgelte	-4'497.3	-3'856.6	-3'235.8	620.8	16.1
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-450.7	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-4'960.6	-3'856.6	-3'242.4	614.2	15.9
Ordentlicher Nettoaufwand	10'793.8	12'610.1	12'671.4	61.3	0.5
davon Produktgruppe(n):					
Baurekurskommission	236.4	-9.1	-3.7	5.4	59.0
Generalsekretariat Ressourcen und Prozesse	8'021.1	11'357.9	11'789.1	431.2	3.8
Generalsekretariat Politik, Recht und Kommunikation	2'491.2	1'243.7	955.4	-288.3	-23.2
Regionalplanungsstelle	89.6	87.0	0.0	-87.0	-100.0
Qualitätssicherung bei Um- und Neubauten	-44.5	-69.3	-69.3	-0.0	-0.0
5 Ausgaben Investitionen	3'312.3	69'000.0	73'500.0	4'500.0	6.5
6 Einnahmen Investitionen	-3'301.7	-13'500.0	-13'500.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	10.6	55'500.0	60'000.0	4'500.0	8.1

Kommentar

1 Durch die Verschiebung der Geschäftsstelle Infrastruktur zum Tiefbauamt entfallen beim Generalsekretariat Kostenbeiträge von 550'000 Franken. Mindereinnahmen im Dienstleistungsbereich von Finanzen+Controlling aufgrund der Verschiebung von Aufgaben innerhalb des Generalsekretariates von 200'000 Franken. Mehreinnahmen von ca. 130'000 Franken resultieren aus den Bereichen Submissionen, IT-Dienstleistungen, Kommunikation und Verrechnung von allgemeinen Dienstleistungen an andere Dienststellen und Departemente.

Bauinspektorat

BVD-602

Das Bauinspektorat ist für die Bearbeitung der Baubewilligungsgesuche und die Gesuche um Erteilung von Betriebsbewilligungen für Gastwirtschaftsbetriebe zuständig. Die Prüfung der Gesuche erfolgt im Fall der Baubewilligungen in engem Kontakt mit den Fachinstanzen und stellt somit den Einbezug aller relevanten Vorschriften und die Sicherstellung eines koordinierten Entscheids sicher. Es vertritt die Bauentscheide oder -abschläge im Anfechtungsfall vor der Baurekurskommission. Im Fall der Bewilligung zur Führung eines Gastgewerbebetriebs prüft es die persönlichen Voraussetzungen des Bewerbers oder der Bewerberin, namentlich den Leumund, die Zahlungsfähigkeit und die Befähigung. Die Beratung von Interessierten und die Bearbeitung von Gesuchen innert Frist sind die Haupttätigkeiten vor und bis zur Bewilligungserteilung. Nach Bewilligungserteilung oder -verweigerung erfolgen die Überwachung der Bau- und Betriebsführung und die Sanktionierung allfälliger Verstösse. Schliesslich geht das Bauinspektorat Hinweisen aus der Bevölkerung und der Nachbarschaft nach und nimmt aus eigener Initiative Kontrollen vor.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Bau- und Betriebssicherheit	2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation

Tätigkeiten und Projekte

- Im Rahmen der Umwandlung gewisser Verfahren in Meldeverfahren werden die Formulare überarbeitet und soweit möglich als vollständig elektronische Verfahren ausgestaltet.
- Die Bearbeitungspauschalen für die mitwirkenden Fachinstanzen werden auf ihren Kostendeckungsgrad überprüft.
- Die Prozesse sämtlicher Abteilungen werden überprüft, vollständig erfasst und einheitlich dargestellt.
- Der Webauftritt und das Erscheinungsbild des Bauinspektorats werden überprüft.
- In Abhängigkeit vom Ausgang der Volksabstimmung „JA zum Nichtraucherschutz ohne kantonale Sonderregelung“ wird ein allfälliger neuer Bewilligungsprozess für Raucherbetriebe eingeführt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	21.3	22.1	22.2	23.0	23.0
Eingegangene Baubegehren	Fälle	1'627	3'761	2'900	1'400	1'500
Abgewiesene Entscheide	Fälle	91	87	90	90	90
Bewilligte Baubegehren innert gesetzlicher Frist von 3 Mt.	%	94	93	90	90	90
Eingegangene Begehren Ressort Betriebsbewilligungen	Fälle				1'300	1'300

Kommentar

1 Ab der Prognose 2011 werden Baubegehren und Begehren um Betriebsbewilligungen separat aufgeführt.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	3'071.9	3'093.3	3'126.3	32.9	1.1
31 Sachaufwand	2'304.9	2'538.5	2'530.3	-8.2	-0.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	8.1	35.0	25.0	-10.0	-28.6
36 Eigene Beiträge	40.0	50.0	50.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	5'424.9	5'716.9	5'731.6	14.8	0.3
42 Vermögenserträge	-0.6	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-4'461.8	-5'338.1	-5'338.5	-0.4	-0.0
4 Ertrag	-4'462.4	-5'338.1	-5'338.5	-0.4	-0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	962.6	378.8	393.1	14.4	3.8
davon Produktgruppe(n):					
Bau- und Betriebssicherheit	962.6	378.8	393.1	14.4	3.8

Stadtgärtnerei

BVD-614

Die Stadtgärtnerei leistet einen entscheidenden Beitrag zur Wohn- und Aufenthaltsqualität in Basel. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung, Gestaltung, Pflege und den Schutz des öffentlichen Grüns; insbesondere für Parkanlagen, Friedhöfe, Strassengrün, Freizeit- und Spieleinrichtungen (v.a. Freizeitgärten, Kinderspielplätze mit Planschbecken), Grünanlagen von öffentlichen Bauten sowie Naturschutzgebiete. Sie gewährleistet die langfristige Sicherung und den Erhalt der Anlagen und trägt damit der geforderten Nachhaltigkeit Rechnung.

Damit schafft sie die Voraussetzungen

- für Natur im Siedlungsraum, Biodiversität und ökologische Vielfalt,
- für Gartenkultur und Pflanzensammlungen,
- für Bewegung, Spiel, Gesundheitsvorsorge, Naturerfahrungen, Aufenthalt im Freien und Wohlbefinden,
- für ein günstiges Stadtklima sowie
- für die individuelle Freizeitgestaltung und Selbstversorgung in den Freizeitgärten.

Ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der Stadtgärtnerei fällt das Bestattungswesen, welches umfassende Dienstleistungen und Beratung bei Todesfällen und Bestattungen anbietet.

Städtische Grünflächen, öffentliche Gärten und die umgebende Landschaft sind beliebt und werden zur Erholung, Freizeitgestaltung und Aufenthalt im Freien gerne genutzt. Sie vermitteln sinnliche Erfahrungen, sind ästhetisch ansprechend und sind Ausdruck des Zusammenwirkens von Natur und Gartenkultur.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Stadtgrün	2.3 Öffentlicher Raum

Tätigkeiten und Projekte

Stadtgrün

Die langfristige Sicherung und Erhaltung von Parks, Grünanlagen und Grünflächen mit Sondernutzung, wie Freizeitgärten und Friedhöfe, wird auch im Budgetjahr zu den Hauptaufgaben der Stadtgärtnerei gehören.

Die Planung der 2. Etappe des Erlenmattparks wird 2012 in Angriff genommen, für die künftige Entwicklung des Landhofareals wird ein Varianzverfahren durchgeführt. Der Planungsprozess für die sanfte Öffnung des Schwarzparks sowie die Umgestaltung und Aufwertung der Liestaleranlage werden im Budgetjahr abgeschlossen. Die Umsetzung ist jeweils für 2013 vorgesehen.

Im Budgetjahr erfolgt der Baubeginn für einzelne Anpassungen im südlichen Teil des St. Johanns-Parks in Zusammenarbeit mit der CMS. Ebenso erfolgt der Baubeginn für einzelne Verbesserungsmaßnahmen bei der Breitematte und beim Nachtigallenwäldeli. Es wird darüber hinaus eine erste Instandstellungsmassnahme im Margarethenpark umgesetzt. Bei der Umgestaltung der Voltamatte sind die Abschlussarbeiten auf Ende 2012 zu erwarten.

Das Spielplatzkonzept Basel-Stadt wird im Budgetjahr abgeschlossen und in der Folge schrittweise die Sanierung von Spielplätzen an die Hand genommen. Folgende Spielplätze werden 2012 saniert: Auf der Alp, Giessliweg, Kronenplatz, Wilhelm Klein-Anlage, Winkelriedplatz.

Auf der Grundlage des Naturinventars werden im Budgetjahr weitere Massnahmen zur Sicherung, Pflege und Entwicklung der schützenswerten Naturobjekte im Kantonsgebiet erarbeitet und deren Umsetzung eingeleitet. Schwerpunkt wird ausserdem die Fertigstellung eines Biotopverbundkonzepts sein.

2012 wird die Baumschule der Stadtgärtnerei in Arlesheim auf biologische Bewirtschaftung umgestellt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	184.7	182.7	190.1	186.0	193.1	¹
Baumpflanzungen	Anz	447	330	416	350	220	²
Baumfällungen	Anz	257	193	232	220	210	
Todesfälle	Anz	1'919	2'457	1'692	2'300	2'000	
Kremationen	Anz	4'125	4'226	4'204	4'200	4'200	³

Kommentar

- 1 Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Budgetmittel für den Schwerpunkt des Regierungsrates „Urbane Standortqualität - Sauberkeit gewährleisten“ soll der Headcount in der Stadtgärtnerei um 4 Stellen erhöht werden. Ein zusätzlicher Headcount wurde vom JSD für den Bereich Todesfälle und Bestattungen übernommen. Im Zuge der Optimierung der Aufgabenteilung zwischen Tiefbauamt und Stadtgärtnerei zur Verbesserung der Sauberkeit im Öffentlichen Raum wurden 2 Headcounts an das Tiefbauamt übertragen (verglichen mit dem Stand 2010).
- 2 Die Anzahl gepflanzter und gefällter Bäume variiert von Jahr zu Jahr. Dies hängt von externen Faktoren ab. Grosse Bauprojekte ergeben viele Neupflanzungen; ausserordentliche Umwelteinflüsse wie Wetterlagen, Schadorganismenbefall können zu vermehrter Fällung führen. Im langjährigen Durchschnitt pflanzt und fällt die Stadtgärtnerei ca. 300 Bäume pro Jahr. Der Baumsaldo im öffentlichen Raum bleibt positiv. Dagegen nimmt die Baumbilanz im privaten Bereich wegen verdichteter Bauweise ab. In den Jahren 2006-2010 war die Anzahl zusätzlich gepflanzter Bäume hoch, da sehr viele Neupflanzungen in Grünanlagen und im Rahmen der neuen Stadtplätze und -strassen in Basel-Nord anfielen.
- 3 Der Kanton Basel-Stadt hat mit den Kantonen BL, AG und SO (Dorneck) Kremationsverträge. In diesen wurde vereinbart, dass das Krematorium Basel-Stadt die Einäscherungen von verstorbenen Personen aus den umliegenden Gemeinden durchführt.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt					
30 Personalaufwand	22'123.7	22'247.8	22'670.2	422.4	1.9
31 Sachaufwand	12'452.1	12'262.4	11'250.0	-1'012.3	-8.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	17.0	7.5	1.0	-6.5	-86.7
36 Eigene Beiträge	628.6	612.0	605.0	-7.0	-1.1
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	25.4	20.0	20.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	35'246.8	35'149.7	34'546.3	-603.4	-1.7
42 Vermögenserträge	-1'490.1	-1'961.0	-1'706.2	254.8	13.0
43 Entgelte	-10'719.1	-11'969.3	-10'664.4	1'304.9	10.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	-80.2	-82.5	-75.0	7.5	9.1
4 Ertrag	-12'289.4	-14'012.8	-12'445.6	1'567.2	11.2
Ordentlicher Nettoaufwand	22'957.4	21'136.9	22'100.7	963.8	4.6
davon Produktgruppe(n):					
Stadtgrün	22'957.4	21'136.9	22'100.7	963.8	4.6
5 Ausgaben Investitionen	4'069.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	4'069.4	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Die Budgetierung des Zinsertrages von Festgeldanlagen im Budget 2011 wurde zu optimistisch betrachtet. Anpassung an früheres Zinsniveau.
- 2 Minderertrag bei der Grabbesorgung aufgrund eines Rückgangs von Grabpflegeaufträgen. Dies infolge der unerwartet hohen Nachfrage nach Bestattungsmöglichkeiten ohne verrechenbare Grabpflege (Gemeinschaftsgrab, Wiesengräber, etc.) und Beisetzungen ausserhalb der Basler Friedhöfe.

Bestattungen

Das Bestattungsangebot der Stadt Basel wird ständig angepasst, um den sich ändernden Bedürfnissen einer polykulturellen Gesellschaft zu entsprechen.

Die Nachfrage nach Bestattungsdienstleistungen hat sich in der Vergangenheit stark gewandelt, es werden deutlich mehr unentgeltliche oder kostengünstige Angebote nachgefragt. Dadurch entfallen

bei der Stadtgärtnerei massgebliche Einnahmen bei der Grabpflege und beim Grabverkauf, ohne dass eine Möglichkeit zur weiteren Kostensenkung besteht. Da als Folge daraus die Ausfinanzierung der unentgeltlichen Bestattung, wie sie im Bestattungsgesetz vorgegeben ist, im 2012 nicht mehr sichergestellt werden kann, muss die Verordnung über die Gebühren im Bestattungswesen einer Überprüfung unterzogen und entsprechend angepasst werden.

Tiefbauamt

BVD-617

Das Tiefbauamt baut, unterhält, reinigt und bewirtschaftet die bebaute Allmend des Kantons sowie das Abwassernetz der Stadt und trägt somit einen wesentlichen Teil zur stadtgerechten Mobilität und zu einer hohen Qualität des öffentlichen Raums bei. Dazu werden im Amt Stadt- und Kantonsstrassen mit den zugehörigen Brücken- und Tunnelbauten sowie die öffentlichen Abwasserableitungsanlagen projektiert und realisiert. Um dies zu ermöglichen, müssen auch Bau- und Strassenlinien festgelegt werden.

Bei den Gewässern befasst sich das Tiefbauamt mit der sicheren Benutzbarkeit und der Gewährleistung der Hochwassersicherheit sowie der Umsetzung von Revitalisierungsmassnahmen. Bei der Abwasserableitung sorgt das Tiefbauamt für die Erhaltung und den ordnungsgemässen Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen. Ausserdem ist das Amt Fachstelle und zum Teil Leitbehörde bei den Bewilligungsverfahren für private Abwasseranlagen.

Im Rahmen der Allmendbewirtschaftung werden Baugesuche zur Errichtung oder Veränderung von Bauten oder Anlagen auf Allmend überprüft und darüber entschieden. Ausserdem wird für eine faire und transparent gestaltete kommerzielle Bewirtschaftung gesorgt.

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet besteht im Einsammeln und umweltgerechten Entsorgen der Abfälle und Wertstoffe und der Reinigung und Pflege des öffentlichen Raums.

Die Regiebetriebe des Tiefbauamts warten die kommunalen Nutz- und Spezialfahrzeuge des Kantons und erbringen Serviceleistungen im Bereich der öffentlichen Hochbauten und der Infrastruktur im öffentlichen Raum.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allmendnutzung	2.3 Öffentlicher Raum
Sauberkeit	2.3 Öffentlicher Raum
Regiebetriebe	9.4 Bau und Unterhalt
Tiefbau-Infrastruktur	9.4 Bau und Unterhalt

Tätigkeiten und Projekte

Sauberkeit

Abfallsammlung Im Budgetjahr wird im Rahmen eines Pilotprojekts eine neue Entsorgungslösung für Haushaltsabfälle erarbeitet. Die Sammlung der Kehrriechtsäcke soll nicht mehr durch „Handarbeit“ ab Trottoir erfolgen, sondern in Rollcontainern oder wo dies möglich ist in Unterflurcontainern abgeführt werden. Mit dieser Lösung will das Tiefbauamt die Kehrriechtlader gesundheitlich entlasten, den Einwohnerinnen und Einwohnern einen kundenfreundlicheren Abholservice anbieten (Kehrriechtsack kann zu jeder Zeit entsorgt werden) und die heute aus stadtgestalterischer Sicht unbefriedigende Situation verbessern (Kehrriechtsäcke und dadurch bedingte Verunreinigungen verschwinden aus dem Stadtbild).

Stadtreinigung Mit der Umsetzung des vom Grosse Rat beauftragten Magazinkonzepts werden im Budgetjahr einzelne kleinere Reinigungsmagazine zu Gunsten von betriebswirtschaftlich optimaleren Stützpunkten aufgehoben. Die Reinigung wird vermehrt nach dem saisonbedingten Abfallaufkommen und nach der Nutzungsintensität des öffentlichen Raums ausgerichtet.

Allmendnutzung

Die Allmendverwaltung erfährt 2012 zwei Neuerungen, die vor allem den Signalisationsbetrieb betreffen: Nachdem der Grosse Rat 2011 einen Kredit für die Zusammenlegung aller Standorte des Signalisationsbetriebs im Brückenkopf Breite gesprochen hat, soll im Budgetjahr ein entsprechendes Bauprojekt umgesetzt werden. So kann der Betrieb im Winterhalbjahr 2012/13 an den neuen Standort umziehen und anschliessend betrieblich optimiert den wachsenden Anforderungen begegnen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	294.0	422.7	405.1	415.0	425.0	1
Nutzungseinschränkungen wegen Baustellen auf Allmend	Anz	10	12	9	40	42	
Bewilligungspflichtige Grossanlässe	Anz	21	23	34	30	28	
Grundberührungen von Schiffen	Anz	0	0	0	0	0	
Wischgutmenge	t	4'697	5'050	5'005	5'000	5'000	

Kommentar

- 1 Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Budgetmittel für den Schwerpunkt des Regierungsrates „Urbane Standortqualität - Sauberkeit gewährleisten“ soll der Headcount im Tiefbauamt um 6 Stellen erhöht werden. Weitere Erhöhungen des Headcounts ergeben sich infolge der Ferienregelung, der Übernahme der Geschäftsstelle Infrastruktur vom Generalsekretariat sowie der Optimierung der Aufgabenteilung zwischen Tiefbauamt und Stadtgärtnerei zur Verbesserung der Sauberkeit im Öffentlichen Raum.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	47'364.9	48'110.3	50'293.4	2'183.0	4.5
31 Sachaufwand	29'700.7	26'522.4	26'834.2	311.8	1.2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	-5.2	150.0	130.0	-20.0	-13.3
36 Eigene Beiträge	0.0	2.0	0.0	-2.0	-100.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	77'060.4	74'784.7	77'257.5	2'472.8	3.3
42 Vermögenserträge	-421.9	-539.0	-729.0	-190.0	-35.3
43 Entgelte	-59'206.3	-52'359.5	-53'826.4	-1'466.9	-2.8
46 Beiträge für eigene Rechnung	-6'324.1	-5'979.5	-5'996.7	-17.2	-0.3
4 Ertrag	-65'952.2	-58'878.0	-60'552.1	-1'674.1	-2.8
Ordentlicher Nettoaufwand	11'108.2	15'906.7	16'705.4	798.7	5.0
davon Produktgruppe(n):					
Stadtreinigung	17'730.2	2'140.0	0.0	-2'140.0	-100.0
Sauberkeit	2'953.9	18'177.9	21'751.9	3'574.1	19.7
Allmendnutzung	-5'047.2	-4'544.7	-5'153.4	-608.7	-13.4
Tiefbaudienste	-7'533.8	-5'094.9	-6'152.7	-1'057.8	-20.8
Abfallbewirtschaftung	-1'285.2	-674.9	862.9	1'537.8	227.8
Regiebetriebe	4'290.4	5'903.3	5'396.7	-506.7	-8.6
5 Ausgaben Investitionen	64'861.9	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Einnahmen Investitionen	-13'731.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	51'130.6	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Aufgrund der Reorganisation des Geschäftsbereichs Infrastruktur (Zusammenlegung der bisherigen Bereiche Stadtwässerung, Verkehrsbauten, Ingenieurbau, Nationalstrassen) wurde die Stelle des Bereichsleiters neu geschaffen und besetzt. Die Leiter der bisherigen Geschäftsbereiche werden, um einen reibungslosen Übergang von der alten zur neuen Organisation zu gewährleisten, noch bis zu deren baldiger Pensionierung im Tiefbauamt beschäftigt, was zu einem Mehraufwand von 200'000 Franken führt. Im Hinblick auf die Bewältigung des höheren Aufwandes im Zusammenhang mit der Gesamtprojektleitung von koordinierten Infrastrukturprojekten werden zwei zusätzliche Projektleiter eingestellt, was Kosten im Personalaufwand von ca. 300'000 Franken verursacht. Erhöhung der Personalkosten um 800'000 Franken im Zusammenhang mit der Massnahme „Sauberkeit gewährleisten“ des Schwerpunkts des Regierungsrates „Urbane Standortqualität“. Zusätzlicher Personalaufwand aufgrund der Optimierung der Aufgabenteilung zwischen Tiefbauamt und Stadtgärtnerei zur Verbesserung der Sauberkeit im Öffentlichen Raum von 290'000 Franken. Der Teuerungsausgleich und die neue Ferienregelung erhöhen den Bedarf an Personalbudgetmitteln um ca. 370'000 Franken. Durch die Verschiebung der Geschäftsstelle Infrastruktur zum Tiefbauamt fallen beim Tiefbauamt höhere Personalkosten von 181'000 Franken an, die unter FDK 43 weiterverrechnet werden.

Ab dem Jahr 2012 soll auch der digitalisierte Markierungs- und Signalisationskataster zur Verfügung stehen. Dieses IT-gestützte Instrument vereinfacht die planerischen Abläufe und ermöglicht erstmals einen Gesamtüberblick über den Bestand sämtlicher Signalisationen und Markierungen.

Bei der Bewilligungstätigkeit soll einerseits vermehrt den Reklamationen und Kontrollen Beachtung geschenkt werden. Andererseits will die Allmendverwaltung das Gespräch mit den unterschiedlichen Anspruchsgruppen systematischer pflegen.

Tiefbau-Infrastruktur

Abwasseranlagen Die Massnahmen zur Erhaltung des Kanalisationsnetzes der Stadt werden auch im Jahr 2012 systematisch im Rahmen der Gesamtkoordination des Bau- und Verkehrsdepartements entwickelt, abgestimmt und umgesetzt. Ein Grossteil des im Investitionsprogramm für das Budgetjahr vorgesehenen Gesamtvolumens wird für den Ersatz der Kanalisation Giornicostrasse sowie die Fertigstellung der Sanierungsarbeiten am Kanal Leimgruben-/Walkeweg aufgewendet. Zudem werden in zahlreichen Strassenzügen die Abwasserleitungen mittels Schlauchrelining - also grabenlos und damit anwohnerschaftsfreundlich - renoviert. Im Zuge der baulichen Entwicklung der Novartis Pharma AG im Bereich des neuen Campus wird die Kanalisation in der Licht- und Kraftstrasse neu verlegt.

Gewässer Im Rahmen der Neukonzessionierung des Kraftwerks Kembs stehen seitens der Betreiberin Électricité de France SA (EDF) Mittel zur Revitalisierung der Wiese im Sinne einer ökologischen Ausgleichsmassnahme zwischen Mündung und Freiburgerstrasse zur Verfügung. Im Budgetjahr soll ein entsprechender Ratschlag vorgelegt und nach Möglichkeit mit der baulichen Umsetzung der Revitalisierungsmassnahmen begonnen werden. Die Umlegung und Revitalisierung des Otterbachs wird im 2011 beginnen und voraussichtlich im Budgetjahr 2012 abgeschlossen.

Strassen und Kunstbauten Die Ausführungsarbeiten für die Verlängerung der Tramlinie 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein laufen programmgemäss. Die Bauarbeiten an den neuen Hiltalingerbrücken werden im 2012 abgeschlossen und die Hilfsbrücken zurückgebaut (vgl. www.tram8.info). Ein Wettbewerb für die neue Zollanlage Weil/Friedlingen - Kleinhüningen wurde erfolgreich abgeschlossen, der Baubeginn ist für die zweite Hälfte 2012 vorgesehen.

Der Birskopfsteig wird in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und der Gemeinde Birsfelden bis zum Frühjahr 2012 nach den Plänen des Wettbewerbssiegers erstellt. Ebenfalls im Budgetjahr wird der Fussgängersteig an der im Bau befindlichen 2. SBB-Rheinbrücke realisiert, der künftig die Verbindung zwischen der Breite und Kleinbasel gewährleisten wird.

Die Bodensanierungsarbeiten im alten Hafen St. Johann schreiten gut voran, sodass voraussichtlich zum Jahreswechsel diese Arbeiten abgeschlossen sein werden. Auf Grund der bereits erfolgten grossrätlichen Zustimmung zum entsprechenden Ratschlag kann nun im 2012 das Ausführungsprojekt für die neue Rheinuferpromenade vom St. Johanns-Park bis nach Huningue (F) ausgearbeitet werden und im 4. Quartal 2012 mit den Bauarbeiten begonnen werden.

Die zweite Bauetappe der Instandsetzung des Münsterhügels (Martinskirchplatz, Archivgässlein, Martinsgasse, Stapfelberg, Münsterplatz und Rittergasse) dauert bis Ende 2012. Die dritte und letzte Bauetappe beginnt voraussichtlich im Frühjahr 2013 und dauert bis Sommer 2014.

Die Mitte 2011 begonnenen Bauarbeiten für die Erschliessung Ost der Erlenmatt (Signalstrasse und Anschluss Nord) werden voraussichtlich Mitte 2012 abgeschlossen. Die Bauarbeiten für die Umgestaltung des Luzerner-/Wasgenrings beginnen im ersten Quartal 2012 und dauern voraussichtlich drei Jahre. Im Budgetjahr wird ausserdem die Detailprojektierung der Umgestaltung der Elisabethenstrasse vorangetrieben, Ziel ist ein Beginn der Bauarbeiten im Jahr 2013.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Grundwasserschutzmassnahmen in der Äusseren Baselstrasse in Riehen werden im Budgetjahr projektiert, können aber aufgrund der zur Umsetzung erforderlichen Verkehrssituation erst nach Inbetriebnahme der Zollfreien Strasse in Angriff genommen werden.

Mit dem Morgartenring, der Grenzacherstrasse, der Lichtstrasse, dem Spalenberg und dem Christonharain in Bettingen werden diverse weitere Strassen saniert bzw. umgestaltet. Ausserdem werden zahlreiche Erhaltungsmassnahmen zu Gunsten des Velo- und Fussverkehrs umgesetzt.

Der Anschluss Basel-City an die Nationalstrasse A2 (ABAC) ist ein Projekt der Netzfertigstellung. Somit ist es die Aufgabe des Kantons, die Planung und Realisierung hierfür abzuwickeln. Mit einem Tunnelbauwerk unter dem Gundeldingerquartier für den Durchgangsverkehr in Richtung Grossbasel West und unteres Leimental, sowie mit wirkungsvollen flankierenden Massnahmen an der Oberfläche zur Begrenzung des Verkehrs, lässt sich eine starke Verkehrsentlastung auf dem städtischen Netz und eine deutliche Erhöhung der Wohnqualität im Quartier erzielen. Im 4. Quartal 2011 soll die entsprechende Projektstudie abgeschlossen und vom Bundesamt für Strassen die Erarbeitung eines generellen Projekts bewilligt sein. Im Budgetjahr wird dann der erforderliche Projektierungskredit beim Parlament beantragt.

Regiebetriebe

Nachdem der Grosse Rat 2011 einen Projektierungskredit für eine neue, u.a. aus Gründen der Arbeitssicherheit dringend erforderliche LKW-Montagehalle gesprochen hat, werden die Regiebetriebe unter der Federführung von Immobilien Basel-Stadt (IBS) und begleitet durch das Hochbauamt im 2012 die Projektierung vorantreiben. Im Berichtsjahr soll auch der Ratschlag für den Baukredit erarbeitet und dem Parlament vorgelegt werden.

Grundbuch- und Vermessungsamt

BVD-631

Das Grundbuch- und Vermessungsamt führt das Register über die Grundstücke und die an diesen bestehenden privatrechtlichen Rechte und Lasten (Dienstbarkeiten, Grundpfandrechte), sowie das Kantonale Schiffsregister und das Schweizerische Seeschiffsregister.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt stellt die Aufnahme der Hoheitsgrenzen, der Liegenschaften und der tatsächlichen Verhältnisse an Grund und Boden in Plänen und Geografischen Informationssystemen (GIS) sicher. Es führt den kantonalen Leitungskataster und dokumentiert die umfangreichen unterirdischen Infrastrukturanlagen.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt betreibt die kantonale Geodateninfrastruktur, welche sicherstellt, dass Geodaten bedürfnisgerecht und mit anerkannten Geodatenstandards koordiniert, erfasst und zusammengeführt werden. Das Geoportal ist Bestandteil einer nationalen, dezentralisierten Geodateninfrastruktur, welche -unabhängig vom Standort- Wirtschaft, Verwaltung und Privaten einen standardisierten und strukturierten Zugang zu Geodaten ermöglicht. Das Amt bewirtschaftet die generalisierten und kartografisch aufbereiteten Basisdaten des offiziellen Stadtplans und der Stadt- und Ortspläne der Trinationalen Agglomeration Basel.

Das Grundbuch- und Vermessungsamt führt die gesetzliche Bodenpreissammlung und leistet mit seinen Dienstleistungen einen wichtigen Beitrag zur Transparenz im Immobilienmarkt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Geodateninfrastruktur	2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation
Grundbuch und amtliche Vermessung	2.2 Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation

Tätigkeiten und Projekte

Grundbuch und amtliche Vermessung

Per 1. Januar 2012 werden die in Kraft tretenden Anpassungen der kantonalen Gesetzeserlasse und Verordnungen an das Geoinformationsrecht des Bundes umgesetzt. Die Rechtsanpassungen haben auch eine Erneuerung der Fachapplikation des Grundbuchs zur Folge. Die im Jahre 2011 begonnenen Arbeiten sind im Budgetjahr abzuschliessen und der eidgenössischen Grundstücksidentifikator ist einzuführen.

Die Arbeiten zur periodischen Nachführung von Objekten der amtlichen Vermessung, für die kein Meldewesen existiert, werden entsprechend der mit dem Bund abgeschlossenen Leistungsvereinbarung 2008-2012 weitergeführt.

Die Vorbereitungsarbeiten für den anstehenden Wechsel des Koordinatensystems der amtlichen Vermessung (LV95) sind im Budgetjahr abzuschliessen, so dass der Bezugsrahmenwechsel per Ende 2012 vorgenommen werden kann.

Geodateninfrastruktur

Der Zugang und die Nutzung von Geobasisdaten und -diensten innerhalb der Verwaltung werden neu mit einer Leistungsvereinbarung zwischen der Informatik-Konferenz und dem Grundbuch- und Vermessungsamt geregelt.

Die Geo-Service-Infrastruktur zur Vernetzung der kantonalen Geodateninfrastruktur mit den Geoportalen der benachbarten Kantone und dem Bund muss entsprechend den aktuellen Anforderungen gepflegt und weiter entwickelt werden.

Bis 2021 müssen auf Grund gesetzlicher Vorgaben alle Geobasisdatensätze und übrigen Geodaten der Verwaltung auf den neuen Bezugsrahmen (neues Koordinatensystem LV95) umgestellt sein. Die Vorbereitungsarbeiten für die Anpassung aller Geobasisdatensätze infolge Bezugsrahmenwechsel der Referenzdaten der amtlichen Vermessung werden weitergeführt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	44.3	44.4	47.2	46.0	47.2
Nachführungsgeschäfte Grundbuch und Amtliche Vermessung	Anz	3'693	4'291	3'999	4'200	4'100
Nachführungsgeschäfte Leitungskataster	Anz	2'614	2'725	3'333	2'700	3'300
Anteil Katastererneuerungen am Aufwand der Produktgruppe 1	%	20	15	11	15	15
Zugriffe auf die Geoinformationsebenen des GeoPortals (Mio.)	Anz	3.9	4.9	5.0	4.9	5.3

Kommentar

- 1 Unter Katastererneuerung wird die gesamtschweizerische Harmonisierung der Datenmodelle und Schnittstellen sowie die gesetzlich vorgeschriebene periodische Nachführung der Amtlichen Vermessung verstanden.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	6'403.5	6'793.6	6'533.3	-260.3	-3.8
31 Sachaufwand	1'739.0	1'687.2	1'918.8	231.6	13.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	2.0	3.1	2.0	-1.1	-35.5
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	8'144.5	8'483.9	8'454.0	-29.8	-0.4
42 Vermögenserträge	-0.5	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-7'553.1	-7'747.5	-8'537.0	-789.5	-10.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-22.0	-60.0	-50.0	10.0	16.7
4 Ertrag	-7'575.6	-7'807.5	-8'587.0	-779.5	-10.0
Ordentlicher Nettoaufwand	568.9	676.4	-133.0	-809.3	-119.7
davon Produktgruppe(n):					
Grundbuch und amtliche Vermessung	-1'077.4	-847.2	-561.1	286.1	33.8
Geodateninfrastruktur (GDI)	1'646.3	1'523.6	428.2	-1'095.5	-71.9

Kommentar

- 1 Auf Grund der vom Regierungsrat verabschiedeten Geoinformationsstrategie und auf Grund eines politischen Vorstosses (Motion Wüthrich) wird die Verrechnung der für die Verwaltung zu erbringenden Geobasisdienstleistungen auf eine neue Grundlage gestellt. Die Verrechnung von Geobasisdiensten wird neu mit einer Leistungsvereinbarung zwischen der Informatik-Konferenz als Leistungsbesteller und dem GVA als Leistungserbringer geregelt, die auch eine Ausweitung des Leistungsangebotes im Umfang von 200'000 Franken beinhaltet.

Städtebau und Architektur

BVD-651

Kernaufgaben des Hochbaus sind das bauherrnseitige Projektmanagement bei Investitionsvorhaben sowie die dispositive Steuerung und operative Umsetzung des technischen Gebäudemanagements. Im Auftrag von Immobilien Basel-Stadt (FD) übernimmt der Hochbau entsprechende Verantwortung bei allen Vorhaben und Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Im Auftrag Dritter (z.B. Finanzvermögen, Universität Basel) werden vergleichbare Aufgaben bearbeitet. Zudem stehen die Spezialistinnen und Spezialisten für Beratungen zu Bau-, Ausstattungs- und Mobiliarfragen, sowie bei gebäudetechnischen Problemstellungen für die gesamte kantonale Verwaltung und ihre angegliederten Organe zur Verfügung.

Die Planung sorgt für eine kohärente Planung der Raumentwicklung im Kanton Basel-Stadt sowie darüber hinaus innerhalb der trinationalen Agglomeration. Angestrebt wird eine planmässige, geordnete und haushälterische Nutzung des Raums. Sie ist zuständig für die Entwicklung von räumlichen Konzepten und Richtlinien, die kantonale Richtplanung sowie die Nutzungsplanung, die Begleitung von Arealentwicklungen, die Entwicklung und Begleitung von Gestaltungsprojekten im öffentlichen Raum sowie die Projektierung von Strassen und Plätzen.

Das Ziel der Tätigkeiten der Basler Denkmalpflege ist die Erhaltung des baulichen Erbes als Beitrag für eine attraktive und lebendige Stadt. Als Denkmäler gelten dabei Bauten, Baugruppen und Anlagen, die auf Grund ihres kulturellen, geschichtlichen, künstlerischen oder städtebaulichen Werts erhaltenswürdig sind. Diese Werte sind zu erforschen und in ihrem gewachsenen Zusammenhang zu sichern. Die Aufgaben der Denkmalpflege im Einzelnen sind in §6 der Verordnung zum Gesetz über den Denkmalschutz aufgeführt. Im Wesentlichen gehören dazu: Inventarisierung und Erforschung, Durchführung baugeschichtlicher Untersuchungen, Beratung von Bauherren, Architekten und Behörden in denkmalpflegerischen Fragen, Mitwirkung in Baubewilligungsfragen, Verwaltung der Denkmalpflegesubventionen, fachliche Bearbeitung im Verfahren auf Eintragung im Denkmalverzeichnis, Führung des Denkmalverzeichnisses, Erstellen und Revidieren eines Denkmälerinventars, Grundlagenbeschaffung sowie Öffentlichkeitsarbeit. Ausserdem ist der Denkmalpflege das Museum „Kleines Klingental“ mit dem dazugehörigen Vermietungsbetrieb angeschlossen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Raumentwicklung und Städtebau	2.1 Raumplanung
Gestaltung Stadtraum und Verkehr	2.3 Öffentlicher Raum
Erhaltung des baulichen Erbes	2.5 Stadtbild und Baukultur
Qualitätssicherung bei Um- und Neubauten der öffentlichen Hand	2.5 Stadtbild und Baukultur
Hochbaudienste	9.4 Bau und Unterhalt

Tätigkeiten und Projekte

Erhaltung des baulichen Erbes

Neben Restaurierungsbetreuungen an mehreren besonders wichtigen Baudenkmalern (Münster, Spalenter und Klingentalkirche) sind im Budgetjahr 2012 wiederum zahlreiche subventionierte Renovierungen von Häusern in der Schutzzone sowie an inventarisierten Bauten denkmalpflegerisch zu begleiten. Die Inventarisierung des Denkmalbestands, die Ergänzung des Denkmalverzeichnisses, die Bauforschung anlässlich von Umbauten und die Behandlung der Zonenplanrevision werden fortgeführt. Daneben nimmt die Projektberatung bei der stetigen Erneuerung von bestehendem und der Schaffung von neuem Wohnraum, sowie bei anderen Bauaufgaben breiten Raum ein. Ebenso wird die Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut, um in Bezug auf die denkmalpflegerische Arbeit Transparenz und Verständnis zu erhöhen.

Raumentwicklung und Städtebau

Der kantonale Richtplan, vom Bund im Jahr 2010 genehmigt, wird im Budgetjahr einer ersten Überarbeitung und Aktualisierung unterzogen. Der nach der Abstimmung über die Familiengarteninitiative

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	115.5	98.8	114.3	123.5	147.0	1
Objekt abrechnung innerhalb bereinigtem Kredit, grösser	%			95	95	95	2
Von der Fiko beanstandete Objekt abrechnungen, kleiner	%			5	5	5	
Laufende Projekte	Anz		115	215	250	220	
Denkmalpflegerisch betreute Objekte	Anz	658	637	631	658	670	
Bearbeitete Subventionsgesuche	Anz	103	108	129	103	110	
Publikums-Führungen	Anz	55	70	44	55	55	
Besucher/-innen Museum Kleines Klingental	Anz	17'100	17'471	17'949	17'100	18'000	

Kommentar

- 1 Mitte des Jahres 2010 wurden die Denkmalpflege und das Hochbau- und Planungsamt organisatorisch zur neuen Dienststelle Städtebau & Architektur vereinigt. Im Budget 2012 wird der Buchungskreis 6410 (Denkmalpflege) erstmals in den Buchungskreis 6510 (neu: Städtebau & Architektur) integriert und diese neue Dienststelle auch in der Berichterstattung gezeigt. Die Erhöhung des Headcounts um 23,5 ist daher einerseits auf die Übernahme des Headcounts der Denkmalpflege von 19 zurückzuführen. Andererseits wird der Headcount 2012 für den Ausbau der Bauherrenkapazitäten um weitere 4.5 Stellen erhöht.
- 2 Für das Budget 2009 wurden neue Kennzahlen definiert. Daher keine Angabe von Ist-Werten 2008 bis 2009. Dies gilt auch für die untenstehende Kennzahl.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11 abs. %	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt					
30 Personalaufwand	18'626.6	21'106.4	25'758.4	4'652.0	22.0
31 Sachaufwand	3'514.0	3'707.9	4'147.4	439.5	11.9
36 Eigene Beiträge	931.0	946.0	865.0	-81.0	-8.6
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	23'071.6	25'760.3	30'770.8	5'010.5	19.5
42 Vermögenserträge	-9.0	0.0	-130.0	-130.0	0.0
43 Entgelte	-5'051.1	-5'906.5	-7'517.4	-1'610.9	-27.3
4 Ertrag	-5'060.1	-5'906.5	-7'647.4	-1'740.9	-29.5
Ordentlicher Nettoaufwand	18'011.5	19'853.8	23'123.4	3'269.6	16.5
davon Produktgruppe(n):					
Erhaltung des baulichen Erbes	0.0	0.0	3'760.6	3'760.6	0.0
Raumentwicklung und Städtebau	3'714.0	3'317.7	3'338.2	20.6	0.6
Gestaltung Stadtraum und Verkehr	2'003.8	1'833.5	1'841.2	7.7	0.4
Qualitätssicherung bei Um- und Neubauten d. öffentl. Hand	285.4	281.1	355.1	73.9	26.3
Hochbaudienste	12'008.3	14'421.4	13'828.3	-593.1	-4.1
5 Ausgaben Investitionen	1'300.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	1'300.8	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Mitte des Jahres 2010 wurden die Denkmalpflege und das Hochbau- und Planungsamt organisatorisch zur neuen Dienststelle Städtebau & Architektur vereinigt. Im Budget 2012 wird der Buchungskreis 6410 (Denkmalpflege) erstmals in den Buchungskreis 6510 (neu: Städtebau & Architektur) integriert und diese neue Dienststelle auch in der Berichterstattung gezeigt. Durch diesen Transfer fallen hier neu die Personalkosten der Denkmalpflege von 3.031 Mio. an. Mit RRB 11/16/60 vom 17.05.2011 (Budgetvorgaben) wurden 4.5 zusätzliche Stellen im Hochbauamt für Bauherrenleistungen bewilligt. Die Mehrausgaben für diese Stellen belaufen sich auf 553'000 Franken. Zusätzlich fallen 808'000 Franken für weitere Stellen im Hochbauamt an, deren Leistungen an Dritte (Universität, Immobilien Basel-Stadt, Pensionskasse) weiterverrechnet werden können (siehe auch FDK 43, Entgelte). Im Bereich des Planungsamtes wird ein Mehraufwand von 127'000 Franken auf Grund der bewilligten Stelle im Bereich Städteinitiative budgetiert. Dieser Aufwand wird unter FDK 43, Entgelte, zu Lasten des Rahmenkredits Langsamverkehr, weiterverrechnet. Zusätzlicher Mehraufwand von 133'000 Franken fallen durch den Teuerungsausgleich auf die Personalkosten sowie die neue Ferienregelung an.

- 2 Durch den unter FDK 30 genannten Transfer der Denkmalpflege zum Amt Städtebau und Architektur fallen hier neu Sachkosten in der Höhe von 896'000 Franken an. Durch das neue Verrechnungsmodell im Bereich Unterhalt und Betrieb (Contracting mit der IWB) entfällt hier Sachaufwand im Betrag von 458'000 Franken (siehe auch Mindereinnahmen in FDK 43).
- 3 Durch den unter FDK 30 genannten Transfer der Denkmalpflege zum Amt für Städtebau und Architektur fallen hier neu Vermögenserträge (Vermietungsbetrieb Museum Kleines Klingental) in der Höhe von 130'000 Franken an.
- 4 Durch den unter FDK 30 genannten Transfer der Denkmalpflege zum Amt Städtebau und Architektur fallen hier neu Entgelte in der Höhe von 157'000 Franken an. 1.0 Mio Franken zusätzliche Entgelte fallen für Bauherrenleistungen durch die Auslagerung der Spitäler an. Diese Einnahmen beruhen auf einer Annahme des Finanzdepartementes. Weitere 808'000 Franken Einnahmen fallen für Bauherrenleistungen an, welche für Dritte (Universität, Immobilien Basel-Stadt, Pensionskasse) erbracht werden (siehe Mehraufwand in FDK 30). Durch das neue Verrechnungsmodell im Bereich Unterhalt und Betrieb (Contracting mit der IWB) entfallen hier Erträge im Betrag von 458'000 Franken (siehe auch Minderaufwand in FDK 31). Im Bereich des Planungsamtes wird ein Mehrertrag von 127'000 Franken aufgrund der bewilligten Stelle im Bereich Städteinitiative budgetiert, welche zu Lasten des Rahmenkredits Langsamverkehr finanziert wird (siehe auch Mehraufwand in FDK 30 Personalkosten).

überarbeitete Basisratschlag zur Zonenplanrevision wird in die politische Behandlung gebracht. Parallel beginnen die Vorbereitungen des zweiten Ratschlags zur Zonenplanrevision mit einem Fokus auf Arealentwicklungen im Bestand.

Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung IBA Basel 2020 wird die Begleitung der ausgewählten Projekte intensiviert, um deren Qualität und Ausstrahlung sicherzustellen.

Im Projekt „Innenstadt - Qualität im Zentrum“ wird u.a. der Entwicklungsrichtplan Innenstadt als behördenverbindliches Steuerungsinstrument erarbeitet. Die räumlichen Konzepte für den Badischen Bahnhof und Umgebung sowie für das Hafengebiet Kleinhüningen / Klybeck werden fertig gestellt.

Bei den Arealentwicklungen bilden die Grundstücke von SBB und Coop und deren Umfeld im nördlichen St. Johann („Volta Nord“) sowie der auf dem Schällemätteli vorgesehene Campus der Hochschulen Schwerpunkte. Im Süden liegt der Fokus auf dem Abschluss der Nutzungsplanung Dreispitz und Folgemaßnahmen im Bereich Verkehr, die ihrerseits in Verbindung mit den Arealentwicklungen der benachbarten Gebiete Bernoulli und Walkeweg stehen.

Gestaltung Stadtraum und Verkehr

Das Gestaltungskonzept für die Innenstadt wird den politischen Gremien mit einem Vorgehensvorschlag zur Umsetzung unterbreitet. Nach Abschluss des Wettbewerbs für die Stadtplätze auf der Erlennmatt wird im Budgetjahr das Siegerprojekt weiterbearbeitet und eine Kreditvorlage vorbereitet. Die Vorprojekte für die Verlängerung der Tramlinie 3 nach St. Louis sowie für die Verbindung Margarethenstich werden abgeschlossen. Schwerpunkte bei Projektierungen von Strassen bilden die Grenzacherstrasse, Abschnitt Roche, sowie die Lörracherstrasse.

Für das Rheinufer Kleinbasel wird dem Grossen Rat ein Vorprojekt für den Abschnitt Schaffhauser Rheinweg sowie ein Konzept für die übrige Promenade bis zur Dreirosenbrücke vorgelegt. Es werden diverse Projekte zugunsten des Fuss- und Veloverkehrs weiterentwickelt, beispielsweise für ein Veloparking am Badischen Bahnhof.

Hochbaudienste

Die Aktivitäten zu Gunsten des Gebäudeunterhalts werden weiter vorangetrieben, mittelfristig wird eine bessere Quote von Liegenschaftswert zu Unterhaltmassnahmen angestrebt. Beachtenswert sind in diesem Zusammenhang die vermehrten Aufwendungen für die Sanierung der Gebäudetechnik, eine deutliche Folge der schon lange zunehmenden Technisierung praktisch aller Gebäudetypen.

Ein zentraler Schwerpunkt der Tätigkeiten im Hochbauamt liegt im Budgetjahr in der planerischen Vorbereitung (Projektdefinition, Architekturwettbewerbe, Planerevaluation) und der bauherrenseitigen Leitung der Projektierungsarbeiten. Wichtige Projekte sind hier der Neubau des Biozentrums, der Umbau aller Obergeschosse des Spiegelhofs oder die Sanierung des Gymnasiums Bäumlihof.

Von den geplanten Architekturwettbewerben betreffen die wichtigsten das ETH-Gebäude an der Klingelbergstrasse, die Sanierung des Klinikums 2 sowie die Neubauten für das Amt für Umwelt und Energie (AUE) an der Spiegelgasse und für die Kinder- und Jugend-Psychiatrische Klinik (KJPK) auf dem Areal der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK).

Im Auftrag der beiden Halbkantone werden auch in den von der Universität Basel genutzten Liegenschaften wie z.B. Klingelbergstrasse 61 und 82 werterhaltende und nutzungsbedingte Massnahmen realisiert.

Im 2012 erfolgt bereits der Baubeginn des Erweiterungsbaus für das Kunstmuseum, aber auch weitere Projekte kommen in die Realisierungsphase wie z.B. das Hochhaus der HGK (FHNW) im Dreispitz.

Im Budgetjahr werden ausserdem u.a. folgende Projekte abgeschlossen und in Betrieb genommen: Die Sanierung der Präparatorien und Werkstätten des Naturhistorischen Museums, die Instandsetzung des Dachs des Markgräflerhofs und die Ausstattung des Grossratssaals mit einer neuen technischen Infrastruktur.

Mobilität

BVD-661

Das Amt für Mobilität analysiert die Fragen und Herausforderungen der kantonalen Mobilität als Gesamtsystem. Es hat die Aufgabe, auf Basis dieser Analysen innovative und integrale Strategien zur Steuerung sowie zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens zu erarbeiten.

Eine gute Anbindung auf Strasse und Schiene an das nahe und ferne Umland leistet einen wichtigen Beitrag an die Standort- und Wohnqualität im Kanton. Die stadt- und umweltgerechte Mobilität soll gefördert und das Gesamtverkehrssystem optimiert werden. Ziel ist dabei die Verbesserung des Verkehrsflusses im Individualverkehr, der Ausbau des Angebots und die Verstetigung und Verkürzung der Fahrzeiten im öffentlichen Verkehr sowie die Attraktivitätssteigerung für den Velo- und Fussverkehr.

Das Amt für Mobilität analysiert den Mobilitätsbedarf und das Verkehrsgeschehen im Kanton, plant und bestellt Leistungen des öffentlichen Verkehrs, erarbeitet Verkehrsstrategien und -konzepte, formuliert Anforderungen an Infrastrukturen und begleitet deren Planung. Es plant und bewirtschaftet den Parkraum, projiziert und verfügt permanente Verkehrsanordnungen (geänderte Markierungen und Signalisationen) und ist verantwortlich für Projektierung, Programmierung, Betrieb und technischen Unterhalt sämtlicher Lichtsignalanlagen inklusive dem zentralen Verkehrsrechner.

Das Amt für Mobilität bringt die kantonalen Interessen in die übergeordnete Verkehrsplanung des Bundes ein und koordiniert die Planung mit den Nachbarkantonen und den benachbarten Gebietskörperschaften in Deutschland und Frankreich.

Ebenfalls in die Zuständigkeit des Amtes für Mobilität fällt die Ausarbeitung von Stellungnahme zu Konzessionsgesuchen und die Erteilung der kantonalen Bewilligungen für Betreiber öffentlicher Verkehrsleistungen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Mobilität	2.4 Mobilität

Tätigkeiten und Projekte

Mobilität

Mobilitätsstrategie Die Abteilung Mobilitätsstrategie erarbeitet die Grundlagen für die Mobilitätsplanung, überprüft die Entwicklung des Mobilitätsbedarfs und entwickelt Strategien zu dessen Beeinflussung im Sinne der vom Regierungsrat formulierten wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Ziele. Sie vertritt die Interessen des Kantons in Mobilitätsfragen gegenüber den Nachbarbehörden. Sie erarbeitet Strategien zum optimalen Einsatz der verschiedenen Verkehrsträger und zur Beeinflussung der Verkehrsnachfrage (Mobilitätsmanagement).

Die Abteilung führt Datenerhebungen durch und ist zuständig für das Wirkungscontrolling. Sie betreut das Gesamtverkehrsmodell und wendet es an.

Auch im Jahr 2012 werden die Erneuerung des Gesamtverkehrsmodells und die Umsetzung des Gegenvorschlags zur Städteinitiative wichtige Schwerpunkte bilden. Mit dem Gegenvorschlag zur „Städteinitiative“ hat das Basler Stimmvolk beschlossen, dass die gesamte Verkehrsleistung des privaten Motorfahrzeugverkehrs bis zum Jahr 2020 um zehn Prozent reduziert werden soll (Autobahnen ausgeschlossen). Im Budgetjahr wird die Planung und Umsetzung konkreter Massnahmen zur Erreichung dieser verbindlichen Zielsetzung weiter vorangetrieben. Ein wesentliches Element hiervon ist die Umsetzung der Strategie zur Förderung des Velo- und Fussverkehrs sowie die Weiterentwicklung der Datengrundlagen im Bereich der Verkehrszahlen.

Je nach Ergebnis des politischen Entscheidungsprozesses wird die Abteilung ausserdem die Umsetzung der Park-and-Ride-Initiative und der Parkraum-Initiative bzw. der entsprechenden Gegenvorschläge bearbeiten.

Mobilitätsplanung Die Abteilung definiert die heutige und künftige Anbindung des Kantons an das Umland und die innere Erschliessung aufgrund der Bedürfnisse der unterschiedlichen Anspruchsgruppen. Sie definiert Angebote und Netze der verschiedenen Verkehrsträger und leitet dar-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	4.8	23.1	28.8	30.0	30.0	1
Lichtsignalanlagen	Anz		126	126	127	128	2
Begegnungszonen	Anz		30		50	60	
Verkehrsaufkommen MIV Stadtstrassen	%						3

Kommentar

- 1 Das Amt für Mobilität ist am 01. Januar 2009 neu gebildet worden.
- 2 Im Rahmen der Verbesserung der Datengrundlagen zum Verkehrsgeschehen werden die Kennzahlen in den nächsten Jahren überarbeitet.
- 3 Index wird im Zusammenhang mit dem Gegenvorschlag zur Städteinitiative erarbeitet und per 2012 ausgewiesen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	3'907.6	4'529.1	4'514.0	-15.1	-0.3
31 Sachaufwand	2'810.2	3'379.8	3'463.7	83.9	2.5
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	6'717.8	7'908.9	7'977.7	68.7	0.9
43 Entgelte	-1'123.4	-883.0	-875.1	7.9	0.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	-2.0	-2.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-1'123.4	-885.0	-877.1	7.9	0.9
Ordentlicher Nettoaufwand	5'594.3	7'023.9	7'100.6	76.6	1.1
davon Produktgruppe(n):					
Mobilität	5'594.3	7'023.9	7'100.6	76.6	1.1
5 Ausgaben Investitionen	2'392.3	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Einnahmen Investitionen	-17.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	2'374.9	0.0	0.0	0.0	0.0

aus in Abstimmung mit der Siedlungs- und Arealentwicklung verkehrsträgerspezifische und teilräumliche Verkehrskonzepte ab. In der Folge werden Mobilitätsansprüche definiert und in die Planung der kantonalen Infrastrukturprojekte (Strasse und Schiene) eingebracht. Weiter bearbeitet die Abteilung Mobilitätsplanung alle Aufgaben des Kantons als Besteller von Leistungen des öffentlichen Verkehrs von der konzeptionellen Planung (ÖV-Programm) bis hin zur konkreten Leistungsvereinbarung und zu Fragen im Zusammenhang mit dem Tarifverbund.

Schwerpunkte im Jahr 2012 sind diverse Planungen zur Optimierung und zum Ausbau des Tramnetzes (Tramnetz Region Basel 2020) und zur Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn (Herzstück und Zulaufstrecken) sowie die Begleitung der langfristigen nationalen Bahnplanung im Rahmen des Strategischen Entwicklungsprogramms (STEP) für Bahninfrastrukturen. Ferner das Einbringen der Mobilitätsanforderungen in grössere Erhaltungs- und Entwicklungsprojekte (Gundeligen, Hafen/Dreiland, Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz).

Verkehrstechnik Die Abteilung Verkehrstechnik ist zuständig für einen optimalen Verkehrsfluss auf den Strassen. Sie setzt die Konzepte und Vorgaben aus der Planung um und ist im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen verantwortlich für Signalisationen, Markierungen, Wegweisungen und Parkuhren. In enger Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt, der Kantonspolizei und den Basler Verkehrs-Betrieben plant die Abteilung Anpassungen kleinräumlicher Verkehrsregimes sowie verkehrstechnischer Massnahmen. Des Weiteren ist die Abteilung Koordinationsstelle für die kantonale Genehmigung der Gesuche von Verkehrsanordnungen aus den beiden Landgemeinden.

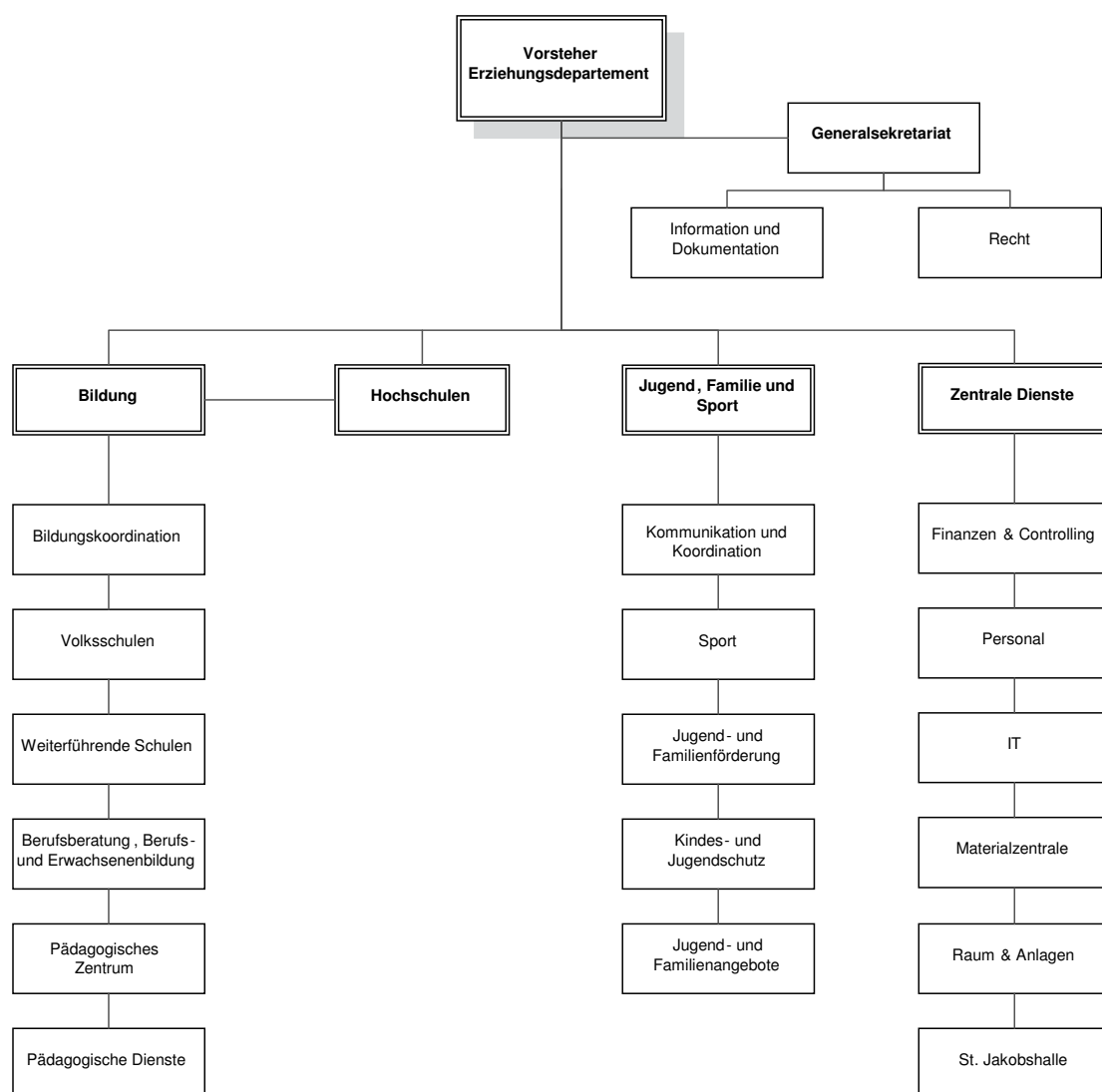
Als grössere Vorhaben sind im Budgetjahr die Projektierungen des neuen Verkehrsregimes in der Innenstadt inkl. ersten Umsignalisierungen, die Umsetzung neuer bzw. die Erweiterung bestehender Tempo 30-Zonen, sowie vorbehältlich der grossrätlichen Zustimmung die Realisierung der Parkraumbewirtschaftung in der Stadt zu nennen.

Verkehrssteuerung Die Abteilung Verkehrssteuerung ist zuständig für die Projektierung, die Software, die laufende operative Überprüfung und Sicherstellung der Erhaltungsplanung der Lichtsignalanlagen inklusive deren Unterhalt sowie für den Betrieb und die Weiterentwicklung des Verkehrsrechners. Zudem betreibt und unterhält die Abteilung alle Parkuhren sowie die automatischen Dauerzählstellen zur Erfassung der Verkehrsmengen.

Schwerpunkt im Jahr 2012 ist die Überarbeitung des Steuerungskonzepts der Lichtsignalanlagen am Cityring. Zudem werden im Rahmen der laufenden Erhaltungsprojekte im Budgetjahr voraussichtlich drei bis fünf Lichtsignalanlagen ersetzt.

4.2.3 Erziehungsdepartement

ED-201	Zentrale Dienste und Generalsekretariat	154
ED-220	Leitung Bildung	156
ED-230	Volksschulen	159
ED-240	Allgemeinbildende weiterführende Schulen	163
ED-245	Berufsbildende Schulen	166
ED-265	Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung	169
ED-271	Hochschulen	171
ED-290	Jugend, Familie und Sport	173



Finanzen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		
	2010	2011	2012	abs.	%	
30 Personalaufwand	463.5	467.4	479.5	12.1	2.6	1
31 Sachaufwand	142.5	150.5	159.9	9.4	6.3	2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.4	0.0	0.0	0.0	200.0	
36 Eigene Beiträge	391.0	403.4	414.9	11.5	2.8	3
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	1.9	0.0	0.0	0.0	0.0	
Total Aufwand	999.3	1'021.3	1'054.3	33.0	3.2	
42 Vermögenserträge	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-2.6	
43 Entgelte	-49.6	-47.7	-46.7	1.0	2.0	4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-100.1	-104.6	-108.6	-4.0	-3.8	5
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-0.2	0.0	-1.2	-1.2	0.0	6
Total Ertrag	-150.0	-152.4	-156.6	-4.2	-2.8	
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	849.3	868.9	897.7	28.8	3.3	
5 Ausgaben Investitionen	4.7	3.4	0.2	-3.2	-94.1	7
Nettoinvestitionen VV (NIV)	4.7	3.4	0.2	-3.2	-94.1	

Kommentar

- 1 Von der Abweichung gehen auf den rückwirkenden Teuerungsausgleich +2.1 Mio. Franken sowie für die Umsetzung des zweiten Teils der neuen Ferienregelung +2.6 Mio. Franken zurück. Weitere Mehrkosten entstehen für die Umsetzung der regierungsrätlichen Schwerpunkte (Schulharmonisierung +0.8, Leitungsstrukturen an den Volksschulen +1.5 und Ausbau Tagesstrukturen +0.6 Mio. Franken), das Projekt Passepartout (+0.7 Mio. Franken), für zusätzliche Förderlektionen und Integrationsklassen (+1.8 Mio. Franken) sowie die Überführung der Bethesda-Pflegeschule ins Bildungszentrum Gesundheit BZG (+2.2 Mio. Franken). Die zahlreichen übrigen Veränderungen halten sich die Waagschale.
- 2 Von den Mehrausgaben entfallen +3.4 Mio. Franken auf den kostenneutralen Vorgabentransfer der Kleininvestitionen vom NIV (Nettoinvestitionen VV) zum ONA (Ordentlicher Nettoaufwand). Weiter ist darin auch ein Budgettransfer vom Gesundheits- zum Erziehungsdepartement für die künftige Abgeltung der Spitalpädagogik (+0.7 Mio. Franken) enthalten. Ferner steigen die Kosten für den IT-Pflichtkonsum (+0.6 Mio. Franken), für die Ausbauprojekte an der Volksschule (+1.2 Mio. Franken u.a. für Schulharmonisierung, Tagesstrukturen etc.) und diverse andere Budgetpositionen (Mieten, Materialeinkäufe etc. +0.9 Mio. Franken). Die restliche Abweichung geht auf Verschiebungen von anderen Kostenarten (u.a. Schülertransportkosten +1.5, interne Mieten -0.9, Projektaufwand Frühbereich +0.6, Berufsschulen +0.4 zuzüglich +1.0 Mio. Franken wegen der Überführung der Bethesda-Pflegeschule ins BZG) in den Sachaufwand zurück.
- 3 Budgeterhöhungen fallen u.a. bei den Dienststellen „Leitung Bildung“ (+0.9 Franken für hauptsächlich kostenneutrale Verschiebungen zwischen den Kostenarten), „Volksschulen“ (netto +1.7 Mio. Franken für weitere Integrationsklassen, Tagesstrukturen etc.), „Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung“ (+1.3 Mio. Franken für Tarifanpassungen, höhere Anzahl Lernende etc.), „Hochschulen“ (+4.5 für Universität, +4.6 für FHNW, +0.9 für Swiss TPH und +0.6 Mio. Franken für die Fachhochschul- sowie Interkantonale Universitätsvereinbarung) und „Jugend, Familie und Sport“ (netto +1.3 Mio. Franken u.a. wegen steigenden Kinderzahlen in Tagesheimen und Tagesfamilien etc.) an. Budgetsenkungen können durch etwas tiefere Kostenabgeltungen an die Berufsfachschule Gesundheit BL (-0.5 Mio. Franken) und die Anpassungen des Stipendienbudgets an die Rechnung 2010 (-0.7 Mio. Franken) erzielt werden. Ferner entfallen durch die Überführung der Bethesda-Pflegeschule ins BZG die bisher geleisteten Abgeltungsbeiträge (-3.2 Mio. Franken, vgl. Kommentare zu den Kostenarten 30 und 31).
- 4 Wegfall einer befristeten Rückzahlung in den Jahren 2009 bis 2011 (jährlich -1.1 Mio. Franken) im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des Finanzausgleichs.
- 5 Die Mehreinnahmen gehen vor allem auf höhere Bundessubventionen (-3.8 Mio. Franken u.a. bei der Berufsbildung etc.) zurück.
- 6 Die Rückführung überschüssiger Rücklagen bei den kantonalen Schulheimen an den Kanton führen zu Mehreinnahmen.
- 7 Der Rückgang geht auf den Vorgabentransfer der Kleininvestitionen vom NIV zum ONA zurück (vgl. Kommentar zur Kostenart 31).

Zentrale Dienste und Generalsekretariat

ED-201

Im Bereich der Zentralen Dienste sind sämtliche bereichsübergreifenden Aufgaben des Erziehungsdepartements zusammengefasst. Die Zentralen Dienste gliedern sich in die folgenden sechs Abteilungen: Finanzen und Controlling, Personal, Raum und Anlagen, Informatik, Materialzentrale und St. Jakobshalle.

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Parlament, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher, sorgt departementsintern für effiziente, zielgerichtete Abläufe und koordiniert die Kommunikation. Dem Generalsekretariat gehören die beiden Abteilungen Recht sowie Information und Dokumentation an.

Die Administrativen Dienste beinhalten das Finanz- und das Personalwesen sowie die Informatik-Dienstleistungen. Sie bilden das Kompetenzzentrum für organisatorische, betriebswirtschaftliche, personalpolitische und systemtechnische Fragestellungen auf Ebene Departement.

Die Abteilung Raum und Anlagen ist für den Betrieb (Abwartswesen, Unterhalt, Reinigung, Raumzuteilung usw.) der baulichen Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Heime, Verwaltungsgebäude usw.) zuständig. Sie vertritt die Nutzerinteressen in Bezug auf den baulichen Unterhalt gegenüber dem Bau- und Verkehrsdepartement (Hochbau- und Planungsamt) und dem Finanzdepartement (Immobilien Basel-Stadt).

Mit der St. Jakobshalle verfügt der Kanton über eine polyvalente Mehrzweckeinrichtung, in der sportliche wie nichtsportliche Veranstaltungen durchgeführt werden.

Die Materialzentrale beschafft Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Kopiergeräte für die kantonale Verwaltung. Dank Bündelung der Beschaffung kann von attraktiven Konditionen profitiert werden.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Betrieb Schul- u. Verwaltungsinfrastruktur	3.1 Volksschulbildung
St. Jakobshalle	3.4 Sport
Materialzentrale	9.5 Zentrale Materialdienste
Administrative Dienste ED	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation
Generalsekretariat ED	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Betrieb Schul- und Verwaltungsinfrastruktur

Nachdem im Rahmen des Grossprojektes 'Schulharmonisierung' die Zuteilung der neuen Schulstufen (Allokation) erfolgt ist und die Kredite für die baulichen Massnahmen beantragt worden sind, gilt es nun, zusammen mit den Nutzern die Verteilung der Räume innerhalb der einzelnen Schulstandorte zu verifizieren. Die Koordination der notwendigen Bauarbeiten mit dem Schulbetrieb vor Ort und die gesamte Terminplanung über sämtliche Projekte hinweg wird eine der zentralen Aufgaben der Fachstelle Schulraumplanung sein. Parallel dazu wird der Ausbau der Tagesschulinfrastruktur weiter vorangetrieben. Betrieb und Sicherheit der Schulanlagen werden im Rahmen der Neugestaltung der Basler Schulen ebenfalls vor einer grossen Herausforderung stehen.

St. Jakobshalle

Dank der Lancierung neuer Produkte (Angebotspalette für Corporate Events ab 1'000 Personen) und der Verbesserung der Hallenlogistik konnte in den Jahren 2010 und 2011 ein weiterer Anstieg der Anzahl Veranstaltungen erreicht werden. Die Sportnutzung wird dadurch nicht eingeschränkt. Anfang 2011 wurde dem Grossen Rat ein Ratschlag für einen Planungs- und Projektierungskredit betreffend Sanierung und Modernisierung der St. Jakobshalle vorgelegt. Spätestens Anfang 2012 sollte mit den Planungsarbeiten begonnen werden können.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	44.5	256.5	261.5	213.2	218.1	1
Aufträge an die Materialzentrale	Anz	8'146	8'478	8'507	8'400	8'500	
Auslastung St. Jakobshalle mit Events und Sportanlässen	%	75.1	63.6	68.3	70.0	67.0	2

Kommentar

- Die Stellen der 2 Fachbereiche 'Betrieb/Unterhalt Sportanlagen' und 'Vermietung Sportanlagen' wurden per Budget 2011 von den Zentralen Diensten in den Bereich Jugend, Familie und Sport überführt. Die Erhöhung gegenüber der Vorjahresprognose 2011 geht auf staatsinterne Stellentransfers an die Zentralen Dienste zurück.
- Längere Sanierungsarbeiten (Erneuerung WC-Anlagen etc.) während der Sommermonate 2012 führen zu einer reduzierten Verfügbarkeit der Halle im Jahre 2012.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	31'126.2	24'665.9	25'541.7	875.8	3.6
31 Sachaufwand	41'470.2	34'714.2	38'481.1	3'766.9	10.9
32 Passivzinsen	1.3	0.0	0.0	0.0	0.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	339.1	0.0	0.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	72'936.7	59'380.1	64'022.8	4'642.8	7.8
42 Vermögenserträge	-16.5	-10.0	-10.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-23'977.0	-18'847.1	-19'682.7	-835.6	-4.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-217.6	-100.0	-148.8	-48.8	-48.8
4 Ertrag	-24'211.1	-18'957.1	-19'841.5	-884.4	-4.7
Ordentlicher Nettoaufwand	48'725.6	40'423.0	44'181.3	3'758.3	9.3
davon Produktgruppe(n):					
Generalsekretariat ED	1'428.1	1'526.2	1'559.7	33.5	2.2
Administrative Dienste ED	11'663.7	12'553.4	16'436.7	3'883.3	30.9
Unterhalt Schul- und Verw. -infrastruktur	21'603.9	22'396.1	22'201.0	-195.1	-0.9
St. Jakobshalle	3'725.7	3'430.5	3'454.9	24.4	0.7
Zentrale Materialdienste	353.3	516.7	529.0	12.3	2.4
Betrieb Sportinfrastruktur	9'950.8	0.0	0.0	0.0	0.0
5 Ausgaben Investitionen	4'166.3	3'400.0	200.0	-3'200.0	-94.1
Nettoinvestitionen VV (NIV)	4'166.3	3'400.0	200.0	-3'200.0	-94.1

Kommentar

- Von den Mehrkosten gehen 0.5 Mio. Franken auf interne Stellentransfers und auf die Teuerungsanpassung zurück. Weitere 0.2 Mio. Franken betreffen Mehrleistungen im Catering bei den Sportanlagen und für Veranstaltungen bei der St. Jakobshalle, welchen entsprechende Mehreinnahmen gegenüber stehen. Die restliche Differenz ist durch verschiedene kleinere Veränderungen (Versicherungswesen etc.) und die Anpassung an die effektiven Rechnungswerte bedingt. Der Rückgang gegenüber der Rechnung 2010 geht auf den departementsinternen Transfer des Sportanlagenbetriebs an den Bereich Jugend, Familie und Sport zurück.
- Von der Abweichung gehen 3.4 Mio. Franken auf den kostenneutralen Vorgabentransfer der Kleininvestitionen vom NIV (Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen) zum ONA (Ordentlicher Nettoaufwand) gemäss RRB vom 17.5.2011 zurück. Die übrige Abweichung betrifft hauptsächlich Mehrleistungen im Catering bei den Sportanlagen und für Anlässe in der St. Jakobshalle, welchen Mehreinnahmen gegenüber stehen. Die Abweichung zur Rechnung 2010 betrifft wiederum den Budgettransfer des Sportanlagenbetriebs an den Bereich Jugend, Familie und Sport.
- Die Mehreinnahmen resultieren insbesondere aus den höher veranschlagten Verkaufserträgen im Catering bei den Sportanlagen (0.3 Mio. Franken) und für die kommerziellen Anlässe in der St. Jakobshalle (0.4 Mio. Franken). Der Rückgang zur Rechnung 2010 steht im Zusammenhang mit der Überführung des Sportanlagenbetriebs in den Bereich Jugend, Familie und Sport.
- Der Rückgang geht auf den Vorgabentransfer der Kleininvestitionen vom NIV zum ONA zurück (siehe auch Kommentar zur Kostenart 31).

Leitung Bildung

ED-220

Der Geschäftsbereich Bildung umfasst die sechs Dienststellen Leitung Bildung, Volksschulen, Allgemeinbildende weiterführende Schulen, Berufsbildende Schulen, Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung sowie Hochschulen.

Die Dienststelle Leitung Bildung leitet und koordiniert den Geschäftsbereich Bildung und trägt die Gesamtverantwortung für dessen Leistungserbringung. Sie ist gegliedert in Bildungskoordination, Pädagogisches Zentrum PZ.BS und Pädagogische Dienste.

Die Bildungskoordination erbringt die Stabsleistungen für den Geschäftsbereich Bildung. Dazu zählen die Bildungsplanung, die Politikvorbereitung, die Kommunikation und die Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen sowie der Instrumente für die Qualitätsentwicklung und Finanzsteuerung. Das Pädagogische Zentrum PZ.BS umfasst die Leistungsbereiche Unterricht, Weiterbildung, Schulentwicklung sowie Medien.

In den Pädagogischen Diensten sind all jene Schuldienste zusammengefasst, die Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen und sozialen Entwicklung, in ihrer schulischen Leistungsfähigkeit und beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt unterstützen. Es sind dies der Schulpsychologische Dienst (SPD), der Logopädische Dienst (LPD), die Schulsozialarbeit sowie Gap Case Management Berufsbildung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Leitung Bildung	3.1 Volksschulbildung
Musikalische Bildung im nichtberuflichen Bereich	3.1 Volksschulbildung
Pädagogische Dienste	3.1 Volksschulbildung
Pädagogisches Zentrum	3.1 Volksschulbildung
Sonderpädagogisches Angebot	3.1 Volksschulbildung
Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler	3.1 Volksschulbildung

Tätigkeiten und Projekte

Leitung Bildung

Mit dem Beitritt des Kantons Basel-Stadt zum HarmoS-Konkordat und zum Sonderpädagogikkonkordat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, mit der Zustimmung des Grossen Rates zu den Schulgesetzänderungen über die Harmonisierung der Schulen, mit der gesetzlichen Verankerung der neuen Leitungsstrukturen an der Volksschule und mit den politischen Entscheiden über die Frühförderung, die Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts und die Tagesstrukturen sind die wichtigsten Eckwerte der Schulen und Schulentwicklung rechtlich verankert.

Zu den wichtigsten Vorhaben des Bildungsbereiches gehören die Förderung der Berufsbildung und die Verbesserung der Nahtstelle zwischen der Volksschule und der Sekundarstufe II. Verschiedene Teilprojekte dienen dem früheren Beginn der Berufsinformation auf der Volksschulstufe, der Verbesserung des Ansehens der Berufslehre sowie der Berufsmaturität und der Neuorganisation der Triagestelle für Schülerinnen und Schüler, die ein Brückenangebot besuchen wollen.

Pädagogische Dienste

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Dienstleistungen des Logopädischen Dienstes werden im Rahmen der neuen gesetzlichen Grundlagen über die Volksschule schrittweise in die Schulen integriert. Für die Qualitätssicherung wird das Fachzentrum Sonderpädagogik zuständig sein. Mit Beginn des Schuljahres 2012 werden in den Schulen der Primarstufe Angebote der Psychomotorik das Förderangebot ergänzen.

Der Schulpsychologische Dienst führt im Rahmen der Verstärkten Massnahmen das so genannte Standardisierte Abklärungsverfahren durch.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	210.3	98.8	117.1	111.7	113.8	1
Teilnehmerinnen und Teilnehmer Weiterbildung PZ.BS	Anz	13'581	11'677	11'040	11'500	11'700	2
Ausleihen Unterrichtsmedien Bibliothek PZ.BS	Anz	58'629	58'228	62'379	62'500	62'500	3
Klient/innen Schulpsycholog. Dienst	Anz	1'664	1'939	2'074	2'200	2'500	
Klient/innen Logopädischer Dienst	Anz	2'440	2'370	2'639	2'600	2'500	4
Klient/innen Schulsozialarbeit (SSA)	Anz	1'378	1'804	2'156	2'100	2'100	5
Klient/innen Case Managem. Berufsb.	Anz	130	380	400	430	550	6

Kommentar

- 1 Der Rückgang des Prognosewerts 2011 gegenüber 2010 ist auf die Verschiebung der Fachstelle Tagesstrukturen (inkl. Tagesschulen) und die Fachstelle Zusätzliche Unterstützung in die Dienststelle Volksschulen zurückzuführen. Die grosse Abweichung 2009 zu 2008 ist durch Verschiebungen aufgrund der Regierungs- und Verwaltungsreorganisation RV09 entstanden.
- 2 Umfasst Teilnehmende von berufsbegleitender, schulinterner Weiterbildung und von Angeboten im Bereich Zusatzqualifikationen, Kaderausbildung, aber nicht die Kontakte für die Beratung der Lehrpersonen.
- 3 Berücksichtigt sind die Ausleihen und Verlängerungen. Die Zahlen des Pädagogischen Zentrums PZ.BS, Bibliothek, entsprechen den Parametern der Schweizerischen Bibliotheksstatistik, erhoben durch das Bundesamt für Statistik. Der Ist-Wert 2008 wurde entsprechend korrigiert.
- 4 Ab 2012 werden Kinder aus dem Vorschulbereich an das Zentrum für Frühförderung ZFF übergeben. Deshalb ist ein Rückgang für 2012 prognostiziert.
- 5 An den sechs Standorten der WBS und WBS Spezialangebote erreichen die SozialarbeiterInnen mit ihren Angeboten ca. 75 % der Schüler/innen, in der Einzelfallhilfe auch viele der Eltern der Jugendlichen. Auf der Schulstufe OS ist die SSA am Schulhaus Vogesen mit ca. 30 Prozent der Schüler/innen und/oder der Eltern über ihre Angebote im Kontakt. An den Primarschulen Volta und St. Johann ist die SSA mit ca. 30 Prozent der SchülerInnen und/oder deren Eltern im Kontakt. An den 13 Kindergärten im Quartier St. Johann arbeitet die SSA mit ca. zehn Prozent der Eltern.
- 6 Dieses Angebot besteht seit Mitte 2008. Die Verankerung von Case Management Berufsbildung, GAP, an der WBS und der Schule für Brückenangebote führt zu einer markanten Steigerung der Fallzahlen.

Pädagogisches Zentrum PZ.BS

Das Pädagogische Zentrum PZ.BS ist seit dem 1. August 2011 die organisatorische Einheit, welche Dienstleistungen für Lehrpersonen, Schulleitungen, Schulen und die Reform-Projektorganisation erbringt. Das PZ.BS beinhaltet die bisherigen Dienste ULEF (Institut für Unterrichtsfragen und Lehrer- und Lehrerinnenfortbildung), SDU (Schuldienst Unterricht), DTU (Dienst für technische Unterrichtsmittel), ICT Basler Schulen und PDS (Pädagogische Dokumentationsstelle).

Finanzen

in 1'000 Franken GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	25'124.1	22'598.9	22'841.1	242.2	1.1 ¹
31 Sachaufwand	12'304.5	12'742.1	12'159.7	-582.4	-4.6 ²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	54'486.1	14'739.5	15'692.0	952.5	6.5 ³
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	91'915.0	50'080.4	50'692.8	612.3	1.2
42 Vermögenserträge	-44.3	-40.3	-43.3	-3.0	-7.4
43 Entgelte	-3'950.6	-1'679.3	-1'770.5	-91.1	-5.4 ⁴
46 Beiträge für eigene Rechnung	-30'882.5	-29'171.8	-31'333.5	-2'161.7	-7.4 ⁵
4 Ertrag	-34'877.4	-30'891.4	-33'147.3	-2'255.9	-7.3
Ordentlicher Nettoaufwand	57'037.6	19'189.0	17'545.5	-1'643.5	-8.6
davon Produktgruppe(n):					
Leitung Geschäftsbereich Bildung	-15'820.4	-15'267.8	-17'390.0	-2'122.2	-13.9
Musikal. Bildung im nichtberufl. Bereich	12'315.7	12'859.9	13'000.0	140.1	1.1
Schulische Tagesbetreuungsangebote	5'844.3	141.8	0.0	-141.8	-100.0
Pädagogisches Zentrum	11'412.0	12'201.1	12'530.4	329.2	2.7
Sonderpädagogisches Angebot	35'719.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Pädagogische Dienste	7'566.9	9'254.0	9'405.1	151.1	1.6

Kommentar

- Die Abweichung zur Rechnung 2010 betrifft zum grössten Teil die Verschiebung der beiden Fachstellen Tagesstrukturen und Zusätzliche Unterstützung in die Volksschulen. Die leichte Erhöhung gegenüber dem Budget 2011 ist rund je zur Hälfte durch die Teuerung respektive den Ausbau des Case Managements bedingt.
- Mit Beginn der neuen Subventionsperiode ab 2012 werden die bisherigen internen Mieten und Baurechtszinsen für die musikalische Bildung in die Subvention an die Musikakademie der Stadt Basel kostenneutral integriert (-0.9 Mio. Franken, siehe Mehrausgaben unter Kostenart 36). Zudem konnte die Schülerunfallversicherung mit der Rimas AG neu ausgehandelt werden, was zu Minderkosten (-0.3 Mio.) führt. Weiter ist darin auch ein Budgettransfer vom Gesundheits- zum Erziehungsdepartement für die künftige Abgeltung der Spitalschulkosten (+0.7 Mio.) enthalten.
- Die Mehrausgaben gehen vor allem auf den um 1.02 Mio. Franken (inkl. Anteil für kostenneutrale Verschiebung der Mieten und Baurechtszinsen von +0.88 Mio.) erhöhten Subventionsbeitrag an die Musikakademie der Stadt Basel zurück. Die Minderkosten gegenüber der Rechnung 2010 kommen hauptsächlich durch die Verschiebungen der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung, der Privatschulfinanzierung und der Fachstelle Tagesstrukturen in die Volksschule zustande.
- Gegenüber der Rechnung 2010 führt die Verschiebung der beiden Fachstellen Zusätzliche Unterstützung und Tagessstrukturen zu tieferen Erträgen.
- Für die Berufsbildung darf aufgrund der Rechnung 2010 und den getroffenen Bundesbeschlüssen von deutlich höheren Bundesbeiträgen (+2.4 Mio.) ausgegangen werden. Etwas weniger Einnahmen sind aufgrund der leicht rückläufigen ausserkantonalen Schülerzahlen bei den Schulabkommen (-0.2 Mio.) zu erwarten.

Volksschulen

ED-230

In den Volksschulen erwerben alle im Kanton wohnhaften Kinder vom vierten oder fünften Lebensjahr an in der Regel in elf Jahren die obligatorische Grundbildung. Die Schulen haben den öffentlichen Auftrag, alle Kinder zu integrieren und sie entsprechend ihren Begabungen und Interessen zu fördern. Die Lehrpersonen beziehen die Eltern als Partner in die Verantwortung für die Schulbildung ein. Zur Unterstützung der Familien findet der Unterricht vormittags in Blockzeiten statt. Auf Wunsch und nach Bedarf werden die Kinder über die Unterrichtszeiten hinaus über Mittag und am Nachmittag betreut. In den ersten neun Schuljahren werden die Kinder unabhängig von Herkunft und Leistungen in Klassen von wohnortsnahen Standorten eingeteilt. Die Vielfalt an Begabungen und die Spanne zwischen Stärkeren und Schwächeren bieten wirkungsvolle Lernanreize. Mit Hilfe individueller Förderangebote und besonderer Schulen können die Lehrpersonen auch besonderem Bildungsbedarf gerecht werden. Auf zwei Jahre Kindergarten in altersgemischten Klassen folgen vier Jahre Primarschule. Ab der 3. Klasse setzt neu der Fremdsprachenunterricht ein. In der anschliessenden dreijährigen Orientierungsschule werden die Beherrschung der Kulturtechniken und das Grundwissen über die natürliche und geschaffene Umwelt im Fachunterricht vertieft. Nach dem neunten Schuljahr werden die Jugendlichen entsprechend ihren Schulleistungen in getrennte Laufbahnen aufgeteilt, in den allgemeinen und den erweiterten Zug der Weiterbildungsschule, die die Heranwachsenden auf den Berufsbildungsweg vorbereiten, und in das Gymnasium. Nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit sollen die Lernenden über eine Sach-, Sozial- und Selbstkompetenz verfügen, die sie auf die Sekundarstufe II und den Erwerb eines Abschlusses vorbereitet.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allgemeine Bildung Primarstufe	3.1 Volksschulbildung
Allgemeine Bildung Sekundarstufe I	3.1 Volksschulbildung
Schulische Tagesbetreuungsangebote	3.1 Volksschulbildung
Verstärkte Massnahmen	3.1 Volksschulbildung

Tätigkeiten und Projekte

Gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Volksschulen 2010 hat der Grosse Rat den Beitritt zu den Konkordaten HarmoS und Sonderpädagogik der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und eine entsprechende Anpassung des Schulgesetzes beschlossen. Die Harmonisierung erleichtert die Mobilität der Familien und die Kooperation der Kantone bei der Entwicklung ihrer Schulsysteme. Die beiden Basel planen die gleiche Schullaufbahn mit zwei Jahren Kindergarten, sechs Jahren Primarschule, drei Jahren Sekundarschule mit drei durchlässigen Leistungszügen und vier Jahren Gymnasium. Mit Erreichen des Volksschulabschlusses treten die Jugendlichen zum gleichen Zeitpunkt in die Berufsbildung, ans Gymnasium oder die Fachmaturitätsschule über. Die vier Kantone der Nordwestschweiz, Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn, wollen ihre Schulen gemeinsam weiterentwickeln. Sie koordinieren die Einführung des Lehrplans 21, die Leistungsmessung und den Volksschulabschluss. Die kantonale Umsetzung der Harmonisierung erfolgt durch eine eigenständige Projektorganisation. Bereits ausgearbeitet sind Beschreibungen der neuen Schulstufen, das Vorgehen für die Neuzuteilung der Lehrpersonen, der Raumplan für die Allokation der neuen Schulstufen und der Ratschlag zu den generellen Schulraummanpassungen. Die Ratschläge für grössere Neu- und Umbauten folgen. Bis Sommer 2012 erhalten die Lehrpersonen der auslaufenden Schulen ihre neue Einteilung. Im gleichen Jahr muss auch die neue Laufbahnverordnung vorliegen, in der die Beurteilungs- und Übertrittsfragen umfassend geregelt werden.

Leitungsreform Volksschule Seit August 2011 tragen Schulleitungen an allen Standorten der Volksschulen die Verantwortung für den Schulbetrieb, das Personal und die Schul- und Unterrichtsentwicklung. An jedem Standort sorgt ein Schulrat mit Vertretungen der Leitung, der Lehrpersonen, der Eltern und der Öffentlichkeit für den Austausch zwischen Innen- und Aussensicht. Die Volksschulleitung ist für die Erfüllung des Bildungsauftrags, die Gleichwertigkeit der Schulstandorte, die Vermeidung von Brüchen in den Schullaufbahnen und die strategische Entwicklung der Volksschule zuständig. Im Herbst 2011 werden die Schulleitungen für die Standorte gemäss harmonisierter Schulstruktur

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	1'381.8	1'396.5	1'415.6	1'478.2	1'511.5	1
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	13'698	12'800	12'631	12'903	12'937	2
Anteil fremdsprachiger Kinder (per 1. Sept.)	%	51.2	53.3	53.4	53.4	53.4	3
Unterrichtslektionen	Anz	30'555	28'941	28'606	29'453	29'857	4
Anteil Schüler/-innen in separativem Angebot	%	7.2	7.2	6.9	6.9	6.7	5
Kinder mit verstärkten Massnahmen (integrative+separative)	Anz	721	718	780	762	760	6
Übertrittsquote OS in den WBS A-Zug	%	26.6	23.5	24.0	25.3	25.0	7
Übertrittsquote OS in den WBS E-Zug	%	35.9	35.9	33.4	35.5	36.0	8
Übertrittsquote OS ins Gymnasium	%	34.5	37.6	39.8	37.0	37.0	9
Übertrittsquote WBS/WBS KKL in eine Berufslehre	%	20.6	17.3	20.7	20.0	22.0	
Übertrittsquote WBS/WBS KKL in eine weiterführende Schule	%	22.6	22.2	25.0	24.0	21.0	
Übertrittsquote WBS/WBS KKL in ein Brückenangebot	%	52.2	56.1	48.9	52.0	50.0	
Anteil Abgänger/-innen WBS ohne Anschlusslösung (per 30.6.)	%	0.8	0.3	1.2	1.4	1.0	10
Anteil Schülerinnen und Schüler, die Tagesstrukturen nutzen	%	16	23	24	26	28	11

Kommentar

- 1 Die laufende Erhöhung der Vollzeitstellen ist teilweise auf die Verschiebung der Fachstelle Tagesstrukturen (inkl. Tagesschulen) und die Fachstelle Zusätzliche Unterstützung von der Dienststelle Leitung Bildung in die Volksschulen zurückzuführen (2011 gegenüber 2010). Durch den laufenden Ausbau der Tagesstrukturen, die Leitungsreform an der Volksschule, das Projekt Schulharmonisierung, die Einführung von Passepartout und die Bildung von zusätzlichen Integrationsklassen fanden und finden im Budgetjahr Plafonderhöhungen statt.
- 2 Inklusive Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen, in Einführungs- und Kleinklassen. Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen. Mit der Kommunalisierung der Primarschulen Bettingen/Riehen auf das Schuljahr 2009/2010 fallen diese Schüler/-innen weg (ab 2009).
- 3 Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes. Mit der Kommunalisierung der Primarschulen Bettingen/Riehen auf das Schuljahr 2009/2010 fallen diese Schüler/-innen weg (ab 2009).
- 4 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2008 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2008/2009 aufgeführt). Mit der Kommunalisierung der Primarschulen Bettingen/Riehen reduzieren sich die Unterrichtslektionen (ab 2009). Ab 2012 werden die Spezialangebote (bisher 1004 Lektionen) nicht mehr mit Lektionen gesteuert, und die Entlastungslektionen für die Koordination der Zusammenarbeit (548 Lektionen) zählen nicht mehr zu den Unterrichtslektionen. Für die bessere Vergleichbarkeit wurden die Zahlen für die Vorjahre in der gleichen Höhe angepasst.
- 5 Neudefinition der Kennzahl per Budget 2012: Diese Kenngrösse setzt sich zusammen aus allen Schüler/-innen in Spezialangeboten, in heilpädagogische Sonderschulen (inner- und ausserkantonale), in Heimschulen (inner- und ausserkantonale), in Fremdsprachklassen sowie in Einführungs- und Kleinklassen. Die Ist-Werte für 2008, 2009 und 2010 wurden angepasst, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten.
- 6 Inklusive Schülerinnen und Schüler in Spezialangeboten (ohne KIS) und in Privatschulen. Mit der Kommunalisierung der Primarschulen Bettingen und Riehen erfolgt die Verfügung für eine Sonderschulung von Kindern mit einer Behinderung neu durch die Gemeinde Riehen. Ab den Ist-Werten 2009 werden diese Schüler/-innen nicht mehr mitgezählt.
- 7 Neudefinition (rückwirkend) per Budgetbericht 2012: Neu werden die Resultate der Aufnahmeprüfungen WBS/Gym. berücksichtigt und somit die effektiven Übertrittsquoten abgebildet. Die Summe der Übertritte an die Weiterbildungsschule WBS (A-Zug, E-Zug) und ans Gymnasium ergibt weniger als 100%. Grund dafür sind u.a. Übertritte in ein Spezialangebot oder Wegzug. Die Werte für 2011 sind Ist-Zahlen (Frühling 2011).
- 8 siehe Fussnote 7
- 9 siehe Fussnote 7
- 10 Inkl. WBS Kleinklassen.
- 11 Die Kennzahl bezieht sich auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler des Kindergartens (KG), der Primarschule (PS) und der Orientierungsschule (OS). Sie umfasst jene Schülerinnen und Schüler, welche die Tagesschulen OS, KG/PS, PS/OS sowie die ausserschulischen Tagesstrukturen (Mittagstische, Tagesheime, Tageseltern) nutzen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	211'807.6	219'360.2	227'187.6	7'827.4	3.6 ¹
31 Sachaufwand	45'730.2	50'700.4	53'644.4	2'944.0	5.8 ²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	10.8	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	178.4	49'029.2	50'760.9	1'731.7	3.5 ³
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	257'727.0	319'089.8	331'592.8	12'503.0	3.9
42 Vermögenserträge	-5.1	-4.9	-4.9	0.0	0.0
43 Entgelte	-4'082.2	-5'047.6	-4'181.2	866.3	17.2 ⁴
46 Beiträge für eigene Rechnung	-12'303.2	-22'263.5	-23'011.0	-747.5	-3.4 ⁵
4 Ertrag	-16'390.5	-27'315.9	-27'197.1	118.8	0.4
Ordentlicher Nettoaufwand	241'336.5	291'773.9	304'395.8	12'621.9	4.3
davon Produktgruppe(n):					
Allgemeine Bildung Primarstufe	105'875.1	112'769.4	118'037.4	5'268.0	4.7
Allgemeine Bildung Sekundarstufe I	119'205.2	121'708.8	124'717.3	3'008.5	2.5
Schulische Tagesbetreuungsangebote	743.3	11'639.9	11'566.0	-73.8	-0.6
Verstärkte Massnahmen	15'512.9	45'655.8	50'075.0	4'419.2	9.7

Kommentar

- Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Umsetzung der regierungsrätlichen Schwerpunkte (+2.9 Mio. Franken, davon Schulharmonisierung +0.8 Mio. Franken, neue Leitungsstrukturen an den Volksschulen +1.5 Mio. Franken, Ausbau Tagesstrukturen +0.6 Mio. Franken), das Projekt Passepartout (+0.7 Mio. Franken), zusätzliche Förderlektionen (+0.4 Mio. Franken), Mehraufwand für verstärkte Massnahmen (hauptsächlich zusätzliche Integrationsklassen +1.4 Mio. Franken, entsprechender Mehrertrag in Kontogruppe 46), die Teuerung (+1.0 Mio. Franken) und die Mehrkosten bei den Schulen für die Umsetzung der neuen Ferienregelung (+1.4 Mio. Franken) zurückzuführen.
- Leichte Erhöhungen zum Vorjahresbudget fallen bei der Schulharmonisierung (+0.3 Mio. Franken), bei den Tagesstrukturen (+0.4 Mio. Franken), bei den Mieten der Kindergärten (+0.2 Mio. Franken) und für Beiträge für Zusatzleistungen der Pädagogischen Hochschule der FHNW (+0.3 Mio. Franken) an. Wegen der Umstellung interner Abläufe werden die Kosten für Transporte der Schüler/innen der Spezialangebote neu in Kontogruppe 31 statt wie bisher in Kontogruppe 36 budgetiert (+1.5 Mio. Franken).
- Für die Finanzierung von verstärkten Massnahmen werden von der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt (+3.0 Mio. Franken für die Bildung weiterer Integrationsklassen und Anpassungen bei den separativen Angeboten). Das Tagesstrukturbudget für Beiträge an externe Anbieter für geplante neue Plätze wächst um +0.8 Mio. Franken. Die Erhöhung in Kontogruppe 36 ist insgesamt aber wegen der in Kontogruppe 31 beschriebenen Verschiebung (-1.5 Mio. Franken) und dem Wegfall einer internen Verrechnung ebenfalls bei den Transporten der Schüler/innen der Spezialangebote (-0.7 Mio. Franken, siehe auch Kostenart 46) tiefer. Ab Budgetjahr 2011 werden die Fachstelle Zusätzliche Unterstützung und die Fachstelle Tagesstrukturen statt in der Leitung Bildung neu in den Volksschulen abgebildet respektive geführt, was den grossen Aufwandsprung zwischen Rechnung 2010 und Budget 2011 erklärt.
- Eine private Sonderschule hat in den Jahren 2009-2011 im Zusammenhang der Neuausrichtung des Finanzausgleichs NFA jeweils 1.1 Mio. Franken zurückbezahlt (als periodenfremder Ertrag budgetiert). Dieser Betrag fällt ab Budgetjahr 2012 weg. Der Rückgang der Entgelte über die ganze Dienststelle wird leicht gemindert, weil durch den weiteren Ausbau der Tagesstrukturen höhere Elternbeiträge (-0.1 Mio. Franken) und etwas höhere Kranken- und Unfalltaggeleinnahmen budgetiert werden können (-0.1 Mio. Franken).
- Aufgrund der höheren internen Abgeltungen der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung für zusätzliche Integrationsklassen und für die Spezialangebote (vgl. dazu Kontogruppe 30) fallen Mehrerträge an (-1.4 Mio. Franken). Die in Kostenart 36 beschriebene Änderung hat einen Rückgang der Erträge (+0.7 Mio. Franken) zur Folge.

bestimmt. Schulleitungen erhalten ab Schuljahr 2012/13 mehr Leitungszeit, gehören einer eigenen Profession an und sind nicht mehr bloss entlastete Lehrpersonen.

Allgemeine Bildung Primarstufe

Sprachförderung Durch Intensivierung der Sprachförderung in der Volksschule werden die Bildungs- und Berufschancen aller Schülerinnen und Schüler verbessert – vorab jene von Kindern aus fremdsprachigen und bildungsfernen Familien. Im Vordergrund steht die Verbesserung

der Deutschkenntnisse vor dem Kindergarten durch den Auf- und Ausbau des Angebots an privaten Spielgruppen mit integrierter Sprachförderung. Die Vorverlegung und Neuausrichtung des Unterrichts in den Fremdsprachen geht der Kanton im Projekt Passepartout zusammen mit den fünf Partnerkantonen an der Sprachgrenze zur Romandie an. Seit August 2011 setzt der Französischunterricht im 5. Schuljahr (3. Klasse der Primarschule) ein. Der vorverlegte Englischunterricht beginnt ab 2013 im 7. Schuljahr.

Schulische Tagesbetreuungsangebote

Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler Im Dienste der Kinder und der Familien übernimmt die Schule neben dem Bildungs- und Erziehungsauftrag vermehrt auch einen Betreuungsauftrag. Sie bietet Tagesstrukturen an, die nach pädagogischen Grundsätzen gestaltet sind. Die Eltern entscheiden, ob und in welchem Umfang sie das kostenpflichtige Angebot in Anspruch nehmen. Der weitere Ausbau erfolgt entsprechend dem Bedarf und den verfügbaren Ressourcen. In einem Sammelratschlag sind der geplante Raumausbau und der Finanzbedarf dargestellt.

Verstärkte Massnahmen

Sonderpädagogik wird Teil der Volksschule Seit 2011 wird die Sonderpädagogik schrittweise in die Volksschule integriert, die damit zur Schule für alle wird. Alle Regelschulstandorte organisieren ihre Förderangebote, zu denen ab Schuljahr 2012 auch die Logopädie gehört. Auf Antrag der Schulleitung entscheidet die Volksschulleitung, welche Lernenden mit besonderem Bildungsbedarf zusätzliche Ressourcen erhalten und ob die Schulung in der Regelklasse oder in einer Sonderschule erfolgt. Die Umsetzung der integrativen Schule erfolgt auf der Grundlage des Konkordats Sonderpädagogik, der Schulgesetzrevision, eines Konzepts der beiden Basel und eines kantonalen Rahmenkonzepts.

Allgemeinbildende weiterführende Schulen

ED-240

Diese Dienststelle umfasst das Gymnasium Bäumlhof, das Gymnasium Kirschgarten, das Gymnasium Leonhard, das Gymnasium am Münsterplatz, das Wirtschaftsgymnasium und die Fachmaturitätsschule. Die Maturitätsschule für Berufstätige und der Passerellenlehrgang von der Berufsmaturität zur Maturität sind seit August 2011 als Abteilung ins Gymnasium Kirschgarten integriert.

Die Gymnasien führen ihre Schülerinnen und Schüler in einem fünfjährigen Bildungsgang nach den Vorgaben des Eidgenössischen Maturitätsanerkennungsreglements MAR zur Maturität und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst die obligatorischen Grundlagenfächer und einen breiten Wahlbereich, der nicht an allen Standorten gleich ist.

Die Fachmaturitätsschule schliesst an die obligatorische Schulzeit an und bereitet in sechs Fachrichtungen in einem drei- bis vierjährigen Bildungsgang auf ein Studium an einer Fachhochschule oder an einer Höheren Fachschule vor.

Die Maturitätskurse für Berufstätige ermöglichen Erwachsenen, in einem 3 1/2-jährigen Kurs die Berechtigung für das Studium einzelner Fachrichtungen an der Universität Basel zu erlangen.

Den Passerellenlehrgang können Inhaberinnen und Inhaber eines Berufsmaturitätszeugnisses besuchen. In einem einjährigen Kurs erwerben sie die Zulassung zu den universitären Hochschulen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Gymnasiale Bildung und Bildung an der FMS	3.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

Tätigkeiten und Projekte

Bildungsraum Nordwestschweiz Die Entwicklung der Gymnasien wird kantonsübergreifend koordiniert mit dem Ziel, die Qualität der gymnasialen Bildung zu verbessern und von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Die im Projekt Mittelschulen beschlossenen Konzepte über die Harmonisierung der Maturitätsprüfungen, die Freizügigkeit der Schulwahl und die Begabungsförderung werden in den Kantonen umgesetzt. Entscheidungsgrundlagen über kantonsübergreifende Checks werden vorbereitet.

Gymnasiale Bildung und Bildung an der FMS

Schulharmonisierung – Teilprojekt Gymnasium Im Unterschied zum Teilprojekt Volksschulen übernimmt im Teilprojekt Gymnasien die Stammorganisation die Reformarbeiten. Diese umfassen Revisionen der Lehrpläne, der Studententafel und der Maturitätsprüfungen sowie eine Anpassung der rechtlichen Grundlagen.

Begabungsförderung Durch die Ernennung und Ausbildung von Koordinatorinnen und Koordinatoren für Begabungsförderung an jedem Gymnasium wird die Begabungsförderung an den Gymnasien institutionell verankert. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren organisieren den Kontakt der Schülerinnen und Schüler zu bestehenden Förderangeboten (Schülerstudium, Schweizer Jugend Forscht, Wissenschaftsolympiaden).

Immersions- und Förderangebote Am Gymnasium Bäumlhof wird das im Schuljahr 2011/12 gestartete Schulprojekt GBplus zur Förderung des individualisierten Lernens weitergeführt. Ausserdem wird das Lernzentrum des Gymnasiums, an welchem spezielle Begabungen gefördert und individuelle Schwächen von Schülerinnen und Schülern angegangen werden können, weiter ausgebaut. Im Förderzentrum am Wirtschaftsgymnasium wird neu auch Lernunterstützung für Wirtschaftsfächer angeboten und die Begabungsförderung ausgebaut. Das Gymnasium am Münsterplatz ist im Mai 2011 von der International Baccalaureate Organisation als IB-Schule akkreditiert worden und wird damit im nächsten Schuljahr als erstes staatliches Gymnasium der Region den international anerkannten IB-Diplom-Lehrgang anbieten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	431.7	392.0	402.0	380.1	393.0	1
Schüler/-innen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	4'077	3'573	3'606	3'550	3'526	2
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	24.0	22.8	24.7	22.6	25.0	3
Unterrichtslektionen	Anz	8'073	7'017	7'083	6'915	6'928	4
Erworbene Abschlüsse	Anz	816	734	820	820	820	5
Gymnasiale Maturitätsquote	%	26.2	23.1	28.8	28.0	28.0	6
Anteil Maturanden mit erfolgreichem Abschluss eines Studiums	%	65.0					7

Kommentar

- 1 Ab Ist 2009 ohne Wirtschaftsmittelschule WMS (neu in Dienststelle Berufsbildende Schulen).
- 2 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen. Die Schüler/-innen der Maturitätskurse für Berufstätige (MfB) und Passerelle sind nicht berücksichtigt. Ab 2009 ohne WMS (neu in Dienststelle Berufsbildende Schulen).
- 3 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Absolvent/-innen der MfB und Passerelle sind nicht berücksichtigt. Ab 2009 ohne WMS (neu in Dienststelle Berufsbildende Schulen).
- 4 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2010 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2010/2011 aufgeführt). Ab 2009 ohne WMS (neu in Dienststelle Berufsbildende Schulen).
- 5 Der Wert 2008 umfasst zusätzlich die 66 Schüler/-innen mit einem Fachmaturitätsabschluss, die im Jahr zuvor bereits als Fachmittschulabsolventen gezählt worden sind. Ab 2009 ohne Wirtschaftsmittelschule WMS (neu in Dienststelle Berufsbildende Schulen).
- 6 Die gymnasiale Maturitätsquote entspricht dem Anteil der Personen, die ein gymnasiales Maturitätszeugnis erworben haben, gemessen an der 19-jährigen, ständigen Wohnbevölkerung (=Durchschnittsalter der MaturandInnen).
- 7 Anteil all jener Gymnasiast/innen, die im Kanton Basel-Stadt 1998 die Matur bestanden und die zehn Jahre später, also 2008, einen Universitätsabschluss auf Niveau Lizentiat/Master erworben haben. Die Datenerhebung des Bundesamtes für Statistik bringt es mit sich, dass die Ist-Werte um ein Jahr nachhinken. Diese Kennzahl wird derzeit neu definiert, aktuellere Zahlen werden deshalb frühestens 2012 vorliegen.

Qualitätsmanagement Das Gymnasium Leonhard bringt die Entwicklung des Qualitätsmanagements zum Abschluss und arbeitet weiter an der Implementierung der Lehrkunstdidaktik. Das Gymnasium Kirschgarten wird als Partnerschule im Projekt „Professionsentwicklung“ der PH FHNW die berufspraktische Ausbildung von künftigen Lehrpersonen fördern.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	70'231.7	68'638.6	68'924.5	285.9	0.4 ¹
31 Sachaufwand	10'706.8	10'990.7	11'440.0	449.3	4.1 ²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	63.9	70.4	92.6	22.3	31.6
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	81'003.4	79'699.6	80'457.1	757.4	1.0
43 Entgelte	-1'172.6	-1'359.9	-1'593.6	-233.7	-17.2 ³
46 Beiträge für eigene Rechnung	-782.1	-633.5	-539.0	94.5	14.9
4 Ertrag	-1'954.7	-1'993.4	-2'132.6	-139.2	-7.0
Ordentlicher Nettoaufwand	79'048.7	77'706.2	78'324.4	618.2	0.8
davon Produktgruppe(n):					
Gym. Bildung und Bildung an der FMS	79'048.7	77'706.2	78'324.4	618.2	0.8

Kommentar

- Die Unterrichtskosten sind aufgrund von tieferen Schülerzahlen und Lektionenkosten leicht rückläufig (-0.36 Mio. Franken). Demgegenüber stehen zusätzliche Kosten für die neue Ferienregelung (+0.5 Mio. Franken). Die weiteren Mehrkosten sind hauptsächlich auf die Teuerung und den Beginn eines neuen Maturitätskurses für Berufstätige (Kursbeginn alle zwei Jahre) zurückzuführen.
- Beim Passerellenlehrgang werden die Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien neu zentral über die Schule beschafft und an die Studierenden weiterverrechnet (+0.13 Mio. Franken, vgl. auch Mehrertrag in Kostenart 43). Die Fachstelle Tagessstrukturen hat bisher den einzelnen Schulen Beiträge an die Mensen ausgerichtet. Diese Gelder sind neu an die Schulen transferiert und direkt dort budgetiert worden (+0.06 Mio. Franken). Die Verrechnungen der Pflichtleistungen des Finanzdepartementes sind höher budgetiert als im Vorjahr (+0.25 Mio. Franken).
- Durch die zentrale Beschaffung der Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien beim Passerellenlehrgang und deren Verkauf an die Studierenden entsteht zusätzlicher Ertrag (+0.13 Mio. Franken, vgl. Mehraufwand in Kostenart 31). Bei den Gymnasien werden ebenfalls leicht höhere Einnahmen durch den Verkauf von Lehrmitteln und Verbrauchsmaterialien erwartet (+0.02 Mio. Franken). Bei den Maturitätskursen für Berufstätige werden höhere Erträge durch Kursgeldeinnahmen angenommen (+0.05 Mio. Franken).

Berufsbildende Schulen

ED-245

Diese Dienststelle umfasst die Schule für Brückenangebote (SBA), die Allgemeine Gewerbeschule (AGS), die Schule für Gestaltung (SfG), die Berufsfachschule Basel (BFS), die Wirtschaftsmittelschule (WMS) und das Bildungszentrum Gesundheit (BZG).

Die SBA bietet Jugendlichen, die die obligatorische Schulzeit absolviert und den direkten Sprung in eine Berufslehre oder in eine weiterführende Schule nicht geschafft haben, differenzierte Anschlusslösungen an. Die Berufsfachschulen (AGS, SfG, BFS) leisten sowohl in der beruflichen Vorbildung als auch in der beruflichen Grundbildung (Abschluss mit dem eidgenössischen Berufsattest EBA, dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis EFZ sowie der Zusatzqualifikation mit Berufsmaturität) sowie in der höheren Berufsbildung einen Beitrag zur Förderung und Sicherung des beruflichen Nachwuchses sowie zur Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in die Arbeitswelt.

Die WMS, die unter dem gleichen Dach wie das Wirtschaftsgymnasium geführt wird, gliedert sich in die Handelsmittelschule WMS (vormals HMS), die Informatikmittelschule IMS und die Verkehrsschule VS.

Das BZG ist eine Höhere Fachschule HF und bildet auf der Tertiärstufe B als regionales Zentrum Studierende in nicht-akademischen Gesundheitsberufen aus. In Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule bietet das BZG zusätzlich fünfzig Studienplätze für Physiotherapie auf dem Niveau Tertiär A an.

Die Handelsschule des Kaufmännischen Vereins Basel HKV, welche vom Kanton Basel-Stadt subventioniert wird, bietet die berufliche Grundbildung, höhere Berufsbildung und berufsorientierte Weiterbildung im Bereich der kaufmännischen Berufe an.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Berufliche Vor- und Grundbildung	3.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung
Höhere Berufsbildung und Weiterbildung	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

Tätigkeiten und Projekte

Harmonisierung Der neue Rahmenlehrplan für die Berufsmaturität soll im Bildungsraum Nordwestschweiz gemeinsam umgesetzt werden.

Berufliche Vor- und Grundbildung

Schule für Brückenangebote Ein Konzept für ein reformiertes vollschulisches Angebot Basis wurde erarbeitet. Der Start des neuen Angebotes erfolgt 2012.

Berufliche Vor- und Grundbildung Um die Qualität der neu eingeführten Bildungsverordnungen laufend zu verbessern, soll in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft eine lernortsübergreifende Qualitätsentwicklung eingeführt werden.

In den Vorkursen der SfG konnten die umfassenden Reformarbeiten erfolgreich abgeschlossen werden. Die Grafiker/Grafikerinnen EFZ und die Polydesigner 3D/Polydesignerinnen 3D werden nach den neuen Bildungsverordnungen ausgebildet.

Berufsmaturität Mit der kantonalen Verordnung über die Berufsmaturität werden in Zukunft die Berufsmaturitätsschulen im Kanton Basel-Stadt nicht mehr wie bisher direkt das eidgenössische Recht anwenden. Die Aufnahmebestimmungen werden im Quervergleich zum Gymnasium, zur Wirtschaftsmittelschule, zur Fachmaturitätsschule und zum Kanton Basel-Landschaft überprüft.

Start der neuen Wirtschaftsmittelschule WMS Das Handelsdiplom wird durch das Eidgenössische Fähigkeitszeugnis Kauffrau/Kaufmann und den kaufmännischen Berufsmaturitätsausweis ersetzt. Die Ausbildung dauert vier Jahre. Die kaufmännische Grundbildung und erweiterte Allgemeinbildung sowie die Bildung in beruflicher Praxis sind während der ersten drei Jahre Bestandteil des Schulunterrichts. Die erworbenen Kenntnisse werden durch ein einjähriges Betriebspraktikum vertieft und ergänzt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	457.5	499.7	508.9	496.4	519.9	1
Schüler/-innen SBA (per 1. Sept.)	Anz	902	854	805	815	743	2
Lernende berufliche Vorbildung an Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	260	308	303	318	305	3
Lernende berufliche Grundbildung (1.9.)	Anz	4'360	4'225	4'272	4'341	4'344	
Lernende Wirtschaftsmittelschule	Anz				410	428	4
Studierende Tertiärstufe Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	279	322	314	336	323	
Unterrichtslektionen	Anz	7'179	8'548	8'495	8'461	8'971	5
Erworbene Abschlüsse HMS	Anz	58	59	44	44	50	6
Berufsmaturitätsquote	%	5.3	7.0	7.6	7.6	7.6	7
Übertrittsquote SBA in Lehre, Praktikum oder weiterf. Schule	%	68.6	68.2	68.5	68.0	68.0	

Kommentar

- 1 Ab 2009 mit WMS (bisher Dienststelle Allgemeinbildende weiterführende Schulen). Ab Budget 2012 sind 13.1 HC-Stellen anlässlich der Überführung des Lehrgangs „Dipl. Pflegefachkraft Höhere Fachschule FH“ von der Bethesda-Pflegeschule zum Bildungszentrum Gesundheit (BZG) enthalten.
- 2 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.
- 3 Inkl. Schüler/-innen der Vorkurse SfG.
- 4 Ab 2009 wird die WMS bei den berufsbildenden Schulen geführt (bisher Dienststelle Allgemeinbildende weiterführende Schulen).
- 5 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2010 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2010/2011 aufgeführt). Ab 2009 inkl. WMS (bis 2008 unter Allgemeinbildende weiterführende Schulen). Ab 2012 inkl. BZG.
- 6 Nur HMS-Abschlüsse mit Option Berufsmaturität.
- 7 Die Berufsmaturitätsquote entspricht dem Anteil Personen, die ein Berufsmaturitätszeugnis erworben haben, gemessen an der 21-jährigen, ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz (=Durchschnittsalter der BerufsmaturandInnen)

Höhere Berufs- und Weiterbildung

Höhere Berufs- und Weiterbildung Neben dem Lehrgang „Frühere sprachliche Förderung – Schwerpunkt Deutsch“ werden an der BFS Basel Weiterbildungskurse für Betreuungspersonen in Tagesheimen, Spielgruppen und Tagesfamilien angeboten.

Das BZG entwickelt einen entsprechenden Zugang zum verkürzten Ausbildungsgang Pflege HF für Absolventen und Absolventinnen der Ausbildung Fachfrauen/Fachmänner Gesundheit auf Grund der gesetzlich verankerten Einschlägigkeit der Grundbildung FaGe. Das Verfahren zur Eignungsabklärung für eine Ausbildung auf Stufe HF wird an die Institutionen der beruflichen Praxis übertragen. Der berufs begleitende Ausbildungsgang für Pflege HF startet 2012.

Vom BBT ist das Anerkennungsverfahren für den Bildungsgang Gestalten und Kunst/HF Produktdesign/Vertiefung Textildesign an der SfG eröffnet worden.

Die höheren Fachschulen (HF) der AGS durchlaufen das BBT-Anerkennungsverfahren.

Finanzen

in 1'000 Franken GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	89'854.4	89'029.0	90'779.6	1'750.6	2.0 ¹
31 Sachaufwand	21'074.3	21'512.1	23'168.1	1'656.1	7.7 ²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	22.3	0.0	7.0	7.0	0.0
36 Eigene Beiträge	24'705.8	24'649.9	20'940.7	-3'709.2	-15.0 ³
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	135'656.8	135'191.0	134'895.5	-295.5	-0.2
42 Vermögenserträge	-45.2	-44.0	-44.5	-0.5	-1.1
43 Entgelte	-7'766.6	-7'621.6	-7'450.3	171.2	2.2 ⁴
46 Beiträge für eigene Rechnung	-25'757.1	-25'034.3	-26'331.1	-1'296.8	-5.2 ⁵
4 Ertrag	-33'568.8	-32'699.9	-33'825.9	-1'126.1	-3.4
Ordentlicher Nettoaufwand	102'088.0	102'491.1	101'069.6	-1'421.6	-1.4
davon Produktgruppe(n):					
Berufliche Vor- und Grundbildung	78'651.2	80'499.2	79'307.5	-1'191.7	-1.5
Höhere Berufsbildung und Weiterbildung	23'436.8	21'992.0	21'762.1	-229.9	-1.0

Kommentar

- Der Anstieg des Personalaufwands hat folgende Gründe: Wegen sinkender Schülerzahlen reduziert sich der Personalaufwand um 1.1 Mio. Franken. Mehrkosten fallen demgegenüber durch die Überführung der Bethesda-Pflegeschule ins Bildungszentrum Gesundheit BZG (+2.2 Mio. Franken, entsprechende Reduktion in Kostenart 36), die Teuerung (+0.4 Mio. Franken) und die Umsetzung der neuen Ferienregelung bei den Schulen (+0.5 Mio. Franken) an. Zudem wurden an der Berufsfachschule Basel und am BZG aus finanztechnischen Gründen Verschiebungen von Budgetpositionen vom Personal- in den Sachaufwand vorgenommen (-0.4 Mio. Franken).
- Der Anstieg ist mehrheitlich auf die Überführung der Bethesda-Pflegeschule ins BZG (+1.0 Mio. Franken, entsprechende Reduktion in Kostenart 36) und die in Kontogruppe 30 erwähnte Verschiebung vom Personal- in den Sachaufwand (+0.4 Mio. Franken) zurückzuführen. Die restliche Erhöhung setzt sich aus div. kleineren Positionen zusammen, u.a. dem Aufwand der Schule für Gestaltung für das K'Werk und der Erhöhung der Kosten für IT-Pflichtleistungen der Zentralen Informatik-Dienststelle.
- Durch die Überführung der Bethesda-Pflegeschule ins BGZ fallen Beiträge im Umfang von 3.2 Mio. Franken weg. In der gleichen Höhe wurde statt dessen Personal- resp. Sachaufwand budgetiert. Die Abgeltungen an die Berufsfachschule Gesundheit BL für die Ausbildung von Basler Schüler/innen auf Sekundarstufe II dürften gegenüber Budget 2011 (-0.5 Mio. Franken) sinken.
- Die Einnahmen der Lehrwerkstätte für Mechaniker an der Allgemeinen Gewerbeschule für Ausbildungsleistungen zugunsten der Lufthansa sinken.
- Aus Abteilungen anderer Kantone werden Mehreinnahmen für Lernende an der Allgemeinen Gewerbeschule (-0.3 Mio. Franken), der Berufsfachschule Basel (-0.9 Mio. Franken), der Schule für Gestaltung (-0.3 Mio. Franken) sowie leichte Mindereinnahmen für Studierende am BZG erwartet.

Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung

ED-265

Die Dienststelle erbringt aufgrund der Berufsbildungsgesetze von Bund und Kanton sowie des kantonalen Integrationsgesetzes folgende Leistungen: Berufsinformation; Berufs- und Laufbahnberatung; Mentoring für Lehrstellensuchende; Aufsicht über die Berufslehren; Lehrstellenförderung; berufspädagogische Kurse für Ausbildungsverantwortliche der Lehrbetriebe; Förderung des Sprachkursangebots für die Migrationsbevölkerung; Betreuung der diversen Subventionsverhältnisse und Leistungsvereinbarungen.

Folgende Wirkungen sollen erzielt werden: Jugendliche und Erwachsene können sich über berufsrelevante Themen informieren und sind in der Lage, eine ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechende und realisierbare Berufs- oder Laufbahnwahl zu treffen; es besteht ein adäquates Lehrstellenangebot, und Schulabgängerinnen und Schulabgänger finden Zugang zu einer Berufsbildung; die Rahmenbedingungen für die Ausbildungstätigkeit der Lehrbetriebe sind gut; die Qualität der beruflichen Bildung entspricht den Bildungsverordnungen des Bundes und den Anforderungen der jeweiligen Berufsgruppe; die Migrationsbevölkerung benutzt ein vielfältiges Angebot an Sprach- und Integrationskursen

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Berufsberatung und Berufsbildung	3.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung
Erwachsenenbildung	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

Tätigkeiten und Projekte

Neben der finanziellen und personellen Sicherstellung und Unterstützung des Kerngeschäfts stehen die Ermöglichung bedarfsgerechter Anpassungen und Weiterentwicklungen von Dienstleistungen und Bildungsangeboten (Projekte Berufsreformen, Imagekampagne Berufslehre mit Berufsmaturität, Triagestelle Volksschule-Sekundarstufe II, Zukunft Wirtschaftsmittelschule, Förderung der Nachholbildung von Erwachsenen), die Umsetzung von Programmen des Regierungsrats (Jugendarbeitslosigkeit) und die Vorbereitung politischer Geschäfte im Vordergrund.

Berufsberatung und Berufsbildung

Berufsberatung Die neuen Eltern- und Schülerklassenabende an der Orientierungsschule zum Thema Berufswahl sind etabliert, sie finden jedes Jahr im Herbst statt, das Konzept wird optimiert. Eine Triagestelle Volksschule/Sekundarstufe II wird eingerichtet mit dem Auftrag, Schulaustretende ohne Anschlussbildung einer geeigneten Lösung zuzuführen. Für ausbildungsbereite Jugendliche ohne Lehrstelle wird eine Lehrstellenvermittlung eingerichtet (externes Mandat). Die spezialisierte Beratungsstelle für Erwachsene, welche einen Berufsabschluss nachholen wollen, ist etabliert. Monitoring, Evaluation und Anpassungen werden im Rahmen des Bildungsraums Nordwestschweiz koordiniert.

Berufsbildung Auf Lehrbeginn 2012 werden in neun bikantonalen Arbeitsgruppen der Bildungspartner zwölf neue BBT-Bildungsverordnungen umgesetzt. Insgesamt sind 64 bikantonale Umsetzungs-, Erfahrungs- und Q-Entwicklungsgruppen am Werk. Im Rahmen des Projekts „Förderung der Berufsbildung“ wird in Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverband Basel-Stadt, dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung Basel-Landschaft, der Wirtschaftskammer Baselland und der Handelskammer beider Basel eine bikantonale Imagekampagne mit Fokus Berufsmaturität durchgeführt.

Erwachsenenbildung

Die Umsetzung des Konzepts zur „integrativen Sprachförderung von Migrantinnen und Migranten“ wird weitergeführt. Dazu gehört auch die Erarbeitung von Grundlagen für weitere thematische Unterrichtsmodule für Deutschkurse. Die Ergebnisse einer Wirkungs- und Bedarfsanalyse bezüglich

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	25.0	26.5	24.8	25.0	27.0	¹
Berufs- und Laufbahnberatungen (Jugendliche und Erwachsene)	Anz	2'154	2'536	2'556	2'500	2'500	
Lehrstellen	Anz	5'348	5'386	5'351	5'300	5'300	
Erfolgreiche Lehrabschlüsse (EFZ, EBA)	Anz	1'639	1'713	1'731	1'750	1'750	²
Teilnehmende an Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten	Anz	1'647	1'692	2'209	2'700	2'800	
Maximale Wartezeit Berufsberatung	Tg	18.0	17.0	21.0	18.0	20.0	
Lehrabbruchquote aufgrund mangelnder Ausbildung im Betrieb	%	1.0	1.0	0.2	1.0	1.0	

Kommentar

- ¹ Zusätzliche Stelle Berufsberater/in mit Verantwortung Triage-Stelle ab 1.1.2012 und Ausgleich personelle Unterdotierung in der Fachstelle Berufsberatung.
- ² Eidgenössische Fähigkeitszeugnisse (EFZ) und Berufsatteste (EBA)

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	4'064.2	4'212.1	4'480.5	268.4	6.4
31 Sachaufwand	1'882.1	2'176.1	2'268.1	92.0	4.2
36 Eigene Beiträge	17'567.1	15'482.9	16'796.0	1'313.1	8.5
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	23'513.5	21'871.0	23'544.5	1'673.5	7.7
43 Entgelte	-305.8	-271.9	-272.0	-0.1	-0.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-467.0	-392.8	-392.8	0.0	0.0
4 Ertrag	-772.8	-664.7	-664.8	-0.1	-0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	22'740.7	21'206.3	22'879.7	1'673.4	7.9
davon Produktgruppe(n):					
Berufsberatung und Berufsbildung	21'764.5	20'075.6	21'517.2	1'441.6	7.2
Erwachsenenbildung	976.2	1'130.7	1'362.5	231.8	20.5

Kommentar

- ¹ Die höheren Personalkosten gehen auf die Aufstockung der Fachstelle Berufsberatung (neue Aufgaben Elterninformation und Weiterbildung Lehrpersonen) und das Projekt „Triagestelle Volksschule zu Sek II“ zurück.
- ² Die Umsetzung der neuen BBT-Bildungsverordnung für den kaufmännischen Beruf erfordert zusätzliche Informations- und Schulungsveranstaltungen (+0.04 Mio. Franken). Weiter sind die Beiträge an das Schweizerische Dienstleistungszentrum Berufsbildung einerseits erhöht und andererseits teilweise aus einer anderen Dienststelle transferiert worden (+0.04 Mio. Franken).
- ³ Ein erheblicher Teil des Mehraufwandes entsteht im Bereich des ausserkantonalen Berufsfachschulunterrichts. Dieser ist die Folge von Tarifierungsanpassungen in der Berufsfachschulvereinbarung auf das Schuljahr 2011/12 und einer höheren Anzahl an Lernenden (+0.47 Mio. Franken). Im Bereich der Lehrabschlussprüfungen steigen die Kosten infolge von mehr Kandidatinnen und Kandidaten und zusätzlichen Material- und Raumkosten (+0.08 Mio. Franken). Mit dem Lehrverbund Overall wird ein neuer Subventionsvertrag abgeschlossen (+0.14 Mio. Franken). Im Bereich der Sprachförderung für die Migrationsbevölkerung besteht ein Mehrbedarf an Deutschkursen und an Sprachstandsabklärungen von potentiellen Kursteilnehmenden (+0.2 Mio. Franken). Höhere Kostenrückerstattungen beim auswärtigen Berufsschulbesuch und höhere Pauschalen bei den Beiträgen an die Überbetrieblichen Kurse verursachen weiteren Mehraufwand (+0.43 Mio. Franken). In der Rechnung 2010 sind einmalige Umstellungskosten im Zusammenhang mit der Umstellung der Beitragsleistungen an die überbetrieblichen Kurse vom Kalender- auf das Lehrjahr enthalten.

der Sprachkursförderung durch den Kanton fliessen in die kurz- und mittelfristige Planung ein. Die Grundlagen für den Übergang zu einer leistungsorientierten Subventionierung werden erarbeitet.

Hochschulen

ED-271

Die Abteilung Hochschulen leitet und koordiniert den Hochschulbereich des Kantons. Für die rechtlich eigenständigen Hochschulen (Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW) und für weitere subventionierte Institutionen wie die Musik-Akademie der Stadt Basel, das Schweizerische Tropeninstitut und die Volkshochschule beider Basel nimmt sie Koordinationsaufgaben wahr und formuliert zuhanden des Regierungsrats die Strategie. Der Dienststelle gehört auch das Amt für Ausbildungsbeiträge an. Dieses gewährt aufgrund des Gesetzes bei Bedürftigkeit Ausbildungsbeiträge in Form von Stipendien oder Darlehen an Kantonsangehörige für deren Aus- und Weiterbildung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Ausbildungsbeiträge	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
FH Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung
Weiter- und Erwachsenenbildung VHS	3.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

Tätigkeiten und Projekte

Im Vordergrund steht das Projektieren der Neubauten für die Universität wie für die FHNW.

Ausbildungsbeiträge

Das Amt entwickelt eine neue Berechnungsmethode für Ausbildungsbeiträge. Diese soll einerseits grössere Transparenz und Verständlichkeit, andererseits die Vergleichbarkeit mit anderen Kantonen gewährleisten.

Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen an Fachhochschulen

Das Reportingkonzept für die FHNW gewährleistet eine dauernde separate Orientierung der Parlamente der vier Trägerkantone. Im Jahr 2012 beginnt die neue Leistungsperiode 2012 - 2014 der FHNW mit den neuen, im 2011 verabschiedeten Globalbeiträgen.

Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen

Auch für die Universität besteht gemäss Staatsvertrag ein Reportingkonzept, das die Parlamente der Trägerkantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt laufend und eingehend über die Entwicklung der Universität orientiert. Wie im vergangenen Jahr sollen die baulichen Grossprojekte für die Universität zusammen mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft weiter vorangetrieben werden. Für das Life-Science-Laborgebäude soll Ende 2012 der Bauratschlag vorgelegt werden. Die zeitgemässen und örtlich zusammengefassten Infrastrukturen werden die Universität in ihrer hochklassigen Forschungszusammenarbeit mit der ETH Zürich und weiteren Forschungsinstitutionen – auch der forschenden Industrie – unterstützen. Die grossen Investitionen der beiden Trägerkantone für ihre Universität stärken somit die gesamte Wirtschaftsregion nachhaltig.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	8.0	8.0	8.0	8.1	8.3
Studierende an der Universität Basel	Anz	11'360	12'109	12'377	12'500	12'500
BS/BL-Studierende an der Universität	Anz	4'378	4'433	4'624	4'500	4'550
Studierende an der FHNW	Anz	7'435	8'200	8'473	8'500	9'200
Stipendienausgaben	MioFr	11.9	11.6	11.8	13.0	12.3
Bewilligte Stipendien	Anz	2'128	2'123	2'197	2'200	2'300

Kommentar

- 1 Angesichts der demographischen Situation unserer Region bedeutet eine gleichbleibende Zahl an Studierenden aus Basel-Stadt und Basel-Landschaft bereits ein Wachstumsziel. Es ist vorgesehen, das in „Basel 2020“ vorgesehene Ansteigen der Gesamtzahl über ein Anwachsen der ausserkantonalen Studierenden zu erreichen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	1'246.6	1'233.1	1'276.1	43.1	3.5
31 Sachaufwand	444.6	804.5	717.8	-86.8	-10.8
36 Eigene Beiträge	201'155.0	210'406.2	220'284.2	9'878.0	4.7
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	202'846.2	212'443.8	222'278.1	9'834.3	4.6
42 Vermögenserträge	-20.6	-35.0	-35.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-308.5	-80.3	-81.0	-0.7	-0.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	-606.0	-600.0	-600.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-935.1	-715.3	-716.0	-0.7	-0.1
Ordentlicher Nettoaufwand	201'911.1	211'728.5	221'562.1	9'833.6	4.6
davon Produktgruppe(n):					
Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	149'406.8	156'653.1	162'191.7	5'538.6	3.5
FH Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen	40'000.7	41'157.9	46'139.0	4'981.1	12.1
Weiter- und Erwachsenenbildung VHS	632.5	632.5	632.5	0.0	0.0
Ausbildungsbeiträge	11'871.1	13'285.0	12'598.9	-686.1	-5.2

Kommentar

- 1 Im Zusammenhang mit der nationalen Harmonisierungsbewegung werden auch die kantonalen Zusprachekriterien und Berechnungsmethoden für Stipendien neu formuliert und implementiert. Dies führt zu einer Ausweitung der Arbeitsmenge um 0.2 HC-Stellen.
- 2 Insbesondere die jährlichen Aufwendungen für diverse interkantonale Hochschulaufgaben sind leicht rückläufig. Die noch tiefere Rechnung 2010 geht auf diverse Einmaleffekte und die Verschiebung von geplanten Informatikvorhaben beim Amt für Ausbildungsbeiträge zurück.
- 3 Auf die Globalbudgetanpassungen entsprechend der Beitragsperioden entfallen bei der Universität +4.5 Mio. und bei der FHNW +5.658 Mio. Franken. Weiter erhöhen sich die Beiträge an das Swiss Tropical and Public Health Institute (+0.9 Mio. Franken) und für die Fachhochschul- sowie die Interkantonale Universitätsvereinbarung (+0.55 Mio. Franken für mehr Studierende von Basel-Stadt an anderen Hochschulen). Reduzierend wirkt sich der Wegfall des einmaligen Finanzierungsbeitrags an die FHNW (-1.03 Mio. Franken Tranche 2011) und die Anpassung des Stipendienbudgets an die Rechnung (-0.7 Mio. Franken) aus.
- 4 In der Rechnung 2010 ist die Auflösung einer nicht mehr benötigten Rückstellung für die Gewährleistungspflicht FHNW enthalten.

Jugend, Familie und Sport

ED-290

Im Bereich „Jugend, Familie und Sport“ hat der Kanton die Aufgabenfelder „Kinder, Jugend und Familie“ und „Sport“ zusammengeführt. Die Angebote des Bereichs stärken die Familien im Rahmen einer Erziehungspartnerschaft, fördern die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen und laden sie zur Mitwirkung ein. Zu den Leistungen zählen beispielsweise die frühe Förderung, die Elternbildung, die Tagesbetreuung, die Jugendhilfe und der Kindes- und Jugendschutz. Mit der Zuordnung des Sports besteht die Erwartung, die Bedeutung des Sports für die Bildung und Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen zu nutzen. Der Sport selbst hat die Aufgabe, Breitensport und Bewegung sowie den Sport in den Schulen zu fördern, Sportvereine zu unterstützen, sportliche Talente in ihrer Entwicklung zu begleiten und Sportanlagen zur Verfügung zu stellen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Sport und dem Bildungsbereich hilft, die übergreifenden Förderziele zu verwirklichen.

Der Bereich Jugend, Familie und Sport gliedert sich in die Abteilungen „Jugend- und Familienangebote“, „Jugend- und Familienförderung“, „Kindes- und Jugendschutz“ und „Sport“. Eine kleine Stabsstelle ist für die Kommunikation und die Koordination verantwortlich.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Sport	3.4 Sport
Abklärung, Beratung, Intervention	3.5 Kinder, Jugendliche und Familien
Ausserschulische Tagesbetreuung	3.5 Kinder, Jugendliche und Familien
Prävention und Förderung	3.5 Kinder, Jugendliche und Familien

Tätigkeiten und Projekte

Schwerpunkt Frühbereich Ein im Internet publizierter Zwischenbericht zum Schwerpunkt Frühbereich zieht im Frühjahr 2011 eine positive Zwischenbilanz. Nun gilt es, die frühe Förderung langfristig zu verankern, damit sie zu einem Selbstverständnis wird und damit für Familien mit Unterstützungsbedarf ein niedrighschwelliger und diskriminierungsfreier Zugang zu Angeboten möglich ist. Dazu dienen vor allem drei spezielle Eltern-Kind-Zentren und der Ausbau der Mütter- und Väterberatung. Ausgebaut wird auch das Projekt „schritt:weise“. Weiter werden neue Angebote im Zentrum für Frühförderung (ZFF) entwickelt.

In enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Sport sollen die Erfahrungen aus dem Projekt Burzelbaum von den Kindergärten so in Angebote im Vorschulbereich übertragen werden, dass sie auf natürliche Weise an der Freude kleiner Kinder an Bewegung anknüpfen. Ein weiteres Projekt ist die „Vorleseförderung“, womit die Eltern-Kind Beziehung gestärkt und das Zutrauen kleiner Kinder in eigene Fähigkeiten gefördert werden kann. Wie bisher werden alle Projekte departementsübergreifend koordiniert. Schliesslich wachsen die Beratungsbedürfnisse von Eltern rund um die familienergänzende Tagesbetreuung, denen mehr als bisher entsprochen werden soll.

Kindes- und Jugendschutz Mit dem neuen Gesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutz gehen Entscheidungs- und Anordnungsbefugnisse an eine neue „Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)“ über. Die KESB wird im Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) beheimatet sein. Damit die neue Arbeitsteilung nicht längere Wege oder sogar Störungen zulasten von Familien verursacht, baut die Abteilung Kindes- und Jugendschutz (AKJS) eine neue Qualitätssicherung auf. Eine kantonale Standard-Applikation ermöglicht, die internen Abläufe, Qualitätsstandards und Schnittstellen von überall her im Kanton einzusehen, zu adaptieren oder Verbesserungsvorschläge anzubringen. Ziel ist eine neue Transparenz im Vorgehen, von der sowohl die neue Behörde, aber auch andere Fachstellen, private Leistungserbringer und damit nicht zuletzt die Familien selbst profitieren können.

Kinderfreundlichkeit Kinderfreundlichkeit in Verbindung mit dem öffentlichen Raum bleibt Schwerpunktthema. Die Öffnung von Hinterhöfen und Pausenplätzen wird weitergeführt. Basierend auf den guten Resultaten der von Unicef Schweiz konzipierten Standortbestimmung zur Kinderfreundlichkeit hat der Regierungsrat entschieden, sich für das Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ zu bewerben. Die entsprechenden Schritte werden eingeleitet und umgesetzt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	343.3	191.1	197.0	258.3	261.4	¹
Kinder in vom Kanton mitfinanz. Tagesheimen oder -familien	Anz	2'155	2'362	2'534	2'800	3'000	
Fremdunterbringung in stationären Einricht. und Pflegefam.	Anz	918	877	857	840	820	²
Gefährdungsmeldungen betreffend Kindes- und Jugendschutz	Anz	1'144	1'216	1'166	1'200	1'200	
Aktive Mitglieder in Sportvereinen	Anz	31'971	33'898	31'352	32'500	31'940	

Kommentar

1 Ab 2011 sind die Sportanlagen eingeschlossen (57.6 Stellen, bisher Zentrale Dienste).

2 Ab 2011 ohne von der Jugendanwaltschaft veranlasste Platzierungen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%	
30 Personalaufwand	30'080.1	37'672.5	38'453.2	780.7	2.1	¹
31 Sachaufwand	8'885.3	16'842.5	18'019.1	1'176.6	7.0	²
32 Passivzinsen	0.0	1.5	1.5	0.0	0.0	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	6.2	3.0	2.0	-1.0	-33.3	
36 Eigene Beiträge	92'828.2	89'068.7	90'371.5	1'302.8	1.5	³
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	1'885.9	0.0	0.0	0.0	0.0	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	133'685.6	143'588.2	146'847.3	3'259.1	2.3	
42 Vermögenserträge	-0.1	-0.0	-0.0	0.0	0.0	
43 Entgelte	-8'016.6	-12'759.7	-11'666.7	1'093.1	8.6	⁴
46 Beiträge für eigene Rechnung	-29'070.4	-26'434.7	-26'272.2	162.5	0.6	
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-182.2	0.0	-1'172.0	-1'172.0	0.0	⁵
4 Ertrag	-37'269.3	-39'194.4	-39'110.8	83.6	0.2	
Ordentlicher Nettoaufwand	96'416.3	104'393.8	107'736.4	3'342.7	3.2	
davon Produktgruppe(n):						
Prävention und Förderung	8'638.4	9'722.5	9'938.4	215.9	2.2	
Abklärung, Beratung, Intervention	57'112.3	52'638.0	52'426.1	-211.9	-0.4	
Ausserschulische Tagesbetreuung	27'162.4	28'332.8	31'465.8	3'133.0	11.1	
Sport	3'503.1	13'700.5	13'906.2	205.7	1.5	
5 Ausgaben Investitionen	567.6	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	567.6	0.0	0.0	0.0	0.0	

Kommentar

- 1 Vorwiegend bedingt durch Schwerpunkt Frühbereich und Umsetzung neues Erwachsenen- und Kinderschutzrecht.
- 2 Der Projektierungsaufwand im Schwerpunkt Frühbereich wurde von der Kostenart 36 in den Sachaufwand transferiert (siehe Minderausgaben Kostenart 36). Es wurde ein IT-Pflichtkonsum von der ZID in die Dienststelle transferiert (+0.2 Mio. Franken). Daneben sind neue Ausgaben für Bewachungsgebühren in den Gartenbädern budgetiert. Die Abschreibungen auf den Nutzfahrzeugen im Bereich der Sportanlagen sind ebenfalls stark erhöht (Eisreinigungsmaschine und Traktoren).
- 3 Die Anzahl der betreuten Kinder in mitfinanzierten Tagesheimen und Tagesfamilien nimmt stetig zu, so dass Mehrausgaben von +1.8 Mio. Franken zu erwarten sind. Um den wachsenden Bedarf an Kinderschutzmassnahmen zu begegnen, treten im Kinderschutz ambulante Massnahmen zunehmend an die Stelle einer Heimunterbringung, so dass der Aufwand hier in etwa gleich bleibt. Im Schwerpunkt Frühbereich werden Mittel an den Projektierungsaufwand verschoben (-0.55 Mio. Franken, siehe Mehrausgaben unter Kostenart 31).
- 4 Die Rückzahlung überschüssige Rücklagen aus leistungsabhängigen Vereinbarungen im Bereich der Tagesbetreuung ist geringer als im Vorjahr (+0.9 Mio. Franken). Die Verzinsung und Amortisation des Baukredits für den Erlenhof aus dem Jahr 1993 entfällt (+0.4 Mio. Franken). Diesen Mindereinnahmen stehen erhöhte Gebühren für die Nutzung der Gartenbäder gegenüber (-0.3 Mio. Franken).
- 5 Die kantonalen Schulheime dürfen analog zu den privaten Anbietern in einer Pilotphase bei verbesserten Belegungszahlen Rücklagen bilden (RRB 09/323/3 vom 20.10.2009). Dies hat dazu geführt, dass bei zwei Institutionen die Höchstgrenze der zugelassenen Rücklagen überschritten wurde und damit eine Entnahme nötig wird.

Revision Jugendhilfegesetz Mit der Totalrevision des geltenden Jugendhilfegesetzes aus dem Jahr 1984 soll den in den letzten 25 Jahren veränderten Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe Rechnung getragen werden. Mit einem schlanken neuen Gesetz soll die Grundlage für zeitgemässes staatliches Handeln geschaffen werden. Wichtige Bestandteile betreffen die Beschreibung des Angebots und der Zuständigkeiten.

Sport Die mit der Einführung des kantonalen Sportgesetzes verbundenen Arbeiten sollen abgeschlossen werden. Weitergeführt wird die Planung im Bereich der Sport- und Bewegungsanlagen. Mit der Erneuerung des Kassen- und Eingangsbereichs der Gartenbäder und Kunsteisbahnen sind kundenfreundlichere Eingangssituationen und Verbesserungen im Bereich Ticketing und Kassenwesen verbunden. Die Energieeffizienz der Anlagen soll verbessert werden, um den wachsenden Energiekosten zu begegnen. In Zusammenarbeit mit den Schulen sollen die sehr erfreulichen Entwicklungen im freiwilligen Schulsport weitergeführt werden. Der freiwillige Schulsport muss selbstverständlicher Bestandteil der Tagesstrukturen an den Schulen werden.

Offene Kinder- und Jugendarbeit 2012 beginnt eine neue Periode der Leistungsvereinbarungen mit den Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit (2012 bis 2015). Schwerpunkte aus dem „Planungsbericht offene Kinder- und Jugendarbeit“ sollen in die neuen Vereinbarungen einfließen.

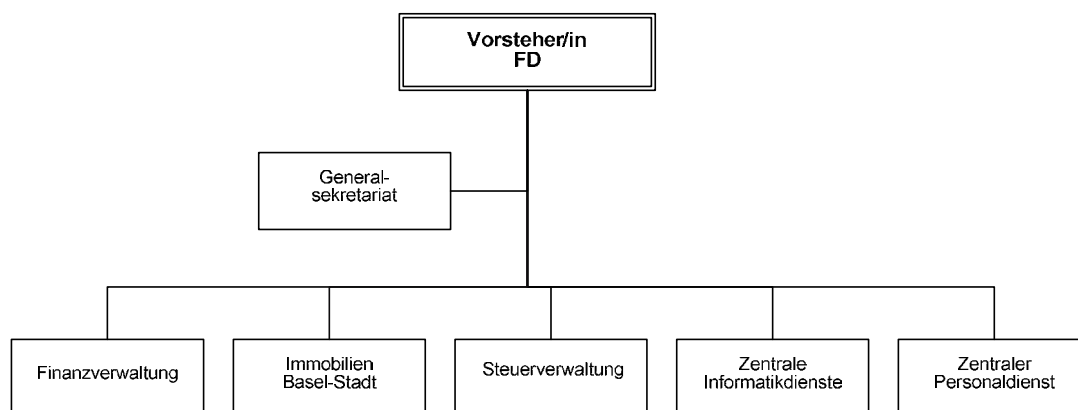
Kantonale Schulheime Die kantonalen Schulheime werden seit einiger Zeit mit Leistungsvereinbarungen geführt, die vergleichbar mit den Vereinbarungen der privaten Kinder- und Jugendheime sind, die der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) unterstehen. Die Erfahrungen sollen evaluiert werden. Besonderes Augenmerk gilt es auf die Themen Rücklagen und Buchungssystem zu richten, die sowohl den Vorgaben des Kantons wie der IVSE zu genügen haben.

Tagesbetreuung Im Zusammenhang mit der Beantwortung hängiger politischer Vorstösse soll in Zusammenarbeit mit den Trägern das heutige Steuerungs- und Finanzierungssystem überprüft werden.

Kommunikation und Mitwirkung Ein wichtiges Augenmerk wird auf die Weiterentwicklung der Kommunikation und insbesondere des Internetauftritts gelegt. Interessierte sollen möglichst alle relevanten Informationen im Internet finden. Damit soll das verfassungsmässige Öffentlichkeitsprinzip und das neue Informations- und Datenschutzgesetz umgesetzt werden. Wo möglich werden Kinder und Jugendliche in geeigneten Mitwirkungsverfahren einbezogen, wenn ihre Belange besonders betroffen sind.

4.2.4 Finanzdepartement

FD-401	Generalsekretariat FD	178
FD-403	Finanzverwaltung	180
FD-404	Steuerverwaltung	183
FD-405	Immobilien Basel-Stadt	185
FD-406	Zentrale Informatikdienste	187
FD-409	Zentraler Personaldienst	190



Finanzen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	68.1	69.5	71.9	2.4	3.4 ¹
31 Sachaufwand	26.2	31.2	34.3	3.1	9.8 ²
Total Aufwand	94.3	100.8	106.2	5.5	5.4
42 Vermögenserträge	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	59.1
43 Entgelte	-37.9	-54.0	-59.2	-5.2	-9.6
Total Ertrag	-37.9	-54.0	-59.2	-5.2	-9.6
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	56.4	46.7	47.0	0.3	0.6
5 Ausgaben Investitionen	5.9	37.5	26.8	-10.7	-28.5
Nettoinvestitionen VV (NIV)	5.9	37.5	26.8	-10.7	-28.5

Kommentar

- 1 Der gegenüber 2011 höhere Personalaufwand ist mehrheitlich auf die neu geschaffene Inkassostelle mit 700 Stellenprozenten mit einem Personalbudget von rund 1.04 Mio. Franken und die Zentralisierung und Standardisierung des Personalwesens in das HR-DLC (+0.75 Mio. Franken) zurückzuführen.
- 2 Die wesentlichsten Positionen die zur Zunahme gegenüber dem Vorjahresbudget geführt haben, sind die Mieten für sichere Rechenzentrumsräumlichkeiten, die Betriebskosten der neuen Inkassostelle sowie die Mehrkosten durch die Zentralisierung des Personalwesens.

Generalsekretariat FD

FD-401

Das Generalsekretariat berät und unterstützt die Vorsteherin des Finanzdepartements. Es stellt die reibungslose Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Weiter übernimmt es die finanzpolitische und -rechtliche Beratung zur Durchsetzung der Grundsätze der Haushaltsführung innerhalb der Verwaltung sowie die Unterstützung bei der Optimierung des staatlichen Ressourceneinsatzes. Mit Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Recht, Öffentlichkeitsarbeit und Hausdienst unterstützt es die Dienststellen des Finanzdepartements dabei, dass deren Dienstleistungen optimal erfüllt werden können und in der Öffentlichkeit auf Zufriedenheit bzw. hohe Akzeptanz stossen. Dem Generalsekretariat administrativ angegliedert sind die Steuer- und Personalrekurskommissionen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Rekurskommissionen	8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
Stabsleistungen FD	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Auch im Budgetjahr 2012 befasst sich das Generalsekretariat des Finanzdepartements - zusätzlich zu seinen ständigen Aufgaben - mit verschiedenen verwaltungsinternen und -externen Projekten. Dazu zählen die Revision des Subventionsgesetzes sowie weiterhin die Projektkoordination im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft und die Mitwirkung beim bereits seit 2005 laufenden Grossprojekt „Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus“.

Stabsleistungen FD

Subventionsgesetz Aufgrund der Revisionsbedürftigkeit des heutigen Subventionsgesetzes, welches vom 18. Oktober 1984 datiert, wird das Gesetz einer Totalrevision unterzogen. Als wesentliche Neuerung soll im überarbeiteten Gesetz eine klare Abgrenzung zwischen Finanzhilfen und Abgeltungen gemacht werden. Es ist geplant, den Gesetzesentwurf sowie den dazugehörigen Ratschlag dem Grossen Rat im 2012 vorzulegen.

Partnerschaftsverhandlungen Basel-Stadt/Basel-Landschaft (BS/BL) Einerseits obliegt dem Generalsekretariat die Gesamt-Koordination aller Aktivitäten im Rahmen der seit Mitte 2004 laufenden Partnerschaftsverhandlungen BS/BL. Andererseits hat das Generalsekretariat bei verschiedenen Teilprojekten selbst die Co-Projektleitung inne.

„Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus“ Das Finanzdepartement wirkt weiterhin sowohl in der Gesamtprojektsteuerung als auch in der fachlichen Gesamtprojektleitung des Projekts „Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus“ mit. Das Projekt sollte im 2012, nach der Übertragung der Hafenzelle an die Novartis, abgeschlossen werden können.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	14.7	15.6	15.8	16.3	16.7
Bei der Steuerrekurskommission eingegangene Rekurse	Anz	163	231	168	230	180

Finanzen	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
in 1'000 Franken	2010	2011	2012	abs.	%
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt					
30 Personalaufwand	2'428.6	2'530.5	2'611.2	80.7	3.2 ¹
31 Sachaufwand	1'034.2	1'503.6	1'600.8	97.2	6.5
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'462.8	4'034.0	4'212.0	177.9	4.4
43 Entgelte	-400.8	-387.1	-389.2	-2.1	-0.5
4 Ertrag	-400.8	-387.1	-389.2	-2.1	-0.5
Ordentlicher Nettoaufwand	3'062.0	3'647.0	3'822.8	175.8	4.8
davon Produktgruppe(n):					
Rekurskommissionen	337.5	273.6	374.9	101.3	37.0
Stabsleistungen FD	2'724.5	3'373.4	3'447.9	74.5	2.2
5 Ausgaben Investitionen	0.0	37'500.0	26'800.0	-10'700.0	-28.5
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	37'500.0	26'800.0	-10'700.0	-28.5

Kommentar

- 1 Einerseits wird die Personalrekurskommission administrativ ins Generalsekretariat verschoben, andererseits werden die Personalservice-Leistungen beim ZPD zentralisiert.

Finanzverwaltung

FD-403

Die Finanzverwaltung ist das Kompetenzzentrum für das Finanz- und Rechnungswesen in der kantonalen Verwaltung. Im Bereich Finanzen ist sie für die Bewirtschaftung der Schulden und der Wertschriften des Kantons zuständig sowie für die Bewirtschaftung von Spezialfinanzierungen.

Im Bereich Rechnungswesen ist sie für die Koordination und Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Prozesse zuständig. Dazu gehören Finanz- und Investitionsplanung, Budgetierung, Rechnungslegung, Risikomanagement sowie Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Investitionen und Subventionen. Damit unterstützt sie die Steuerungsprozesse auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltung. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Beratungs- und Unterstützungsleistungen in den Bereichen Betriebswirtschaft, Finanzpolitik sowie Informatik und Organisation.

Im Servicecenter Finanzen werden der gesamtstaatliche Zahlungsverkehr sowie die RW/C-Dienstleistungen an die Dienststellen des Finanzdepartements abgewickelt.

Das SAP-Kompetenzzentrum ist für den technischen Betrieb und die Weiterentwicklung des gesamtstaatlichen SAP ERP (Enterprise Resource Planning)-Systems und des Management Informationssystems verantwortlich.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Controlling und Beratungsdienstleistungen	9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste
Interne Finanzdienstleistungen	9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste
SAP Betrieb und Entwicklung	9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste

Tätigkeiten und Projekte

Rechnungslegung, Controlling und Beratungsdienstleistungen

Anpassung Rechnungslegung Die Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren hat im Januar 2008 das Handbuch „Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2“ verabschiedet. Mit dem Handbuch wird das harmonisierte Rechnungsmodell aus dem Jahr 1981 (HRM1) ersetzt. Das neue Rechnungsmodell wurde in Anlehnung an die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) weiterentwickelt. HRM2 lässt sich in unterschiedlichen Varianten umsetzen. Aufgrund der Vorarbeiten (Aufnahme des aktuellen Standes, Vergleich und Beurteilung der verschiedenen Möglichkeiten) wird bei Basel-Stadt die Variante „Anbindung an IPSAS“ verfolgt. Start der Buchführung nach HRM2 ist auf Anfang 2013 geplant.

Beteiligungsmanagement Auch im Kanton Basel-Stadt ist festzustellen, dass aus Markt-, Effizienz- oder Regulierungsgründen immer mehr staatliche Aufgaben nicht mehr durch die Kernverwaltung erfüllt werden, sondern durch rechtlich unabhängige Organisationseinheiten – so genannte Beteiligungen –, die dem Kanton ganz oder teilweise gehören (z.B. Basler Verkehrs-Betriebe, Industrielle Werke Basel oder zukünftig die Spitäler). Damit der Kanton eine optimale Steuerung dieser Beteiligungen gewährleisten kann, hat der Regierungsrat so genannte Public Corporate Governance-Richtlinien verabschiedet. Neben einer verbesserten, möglichst einheitlichen Steuerung soll durch ein Beteiligungsmanagement auch eine durchgängige Transparenz und Kontrolle gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang sollen auch die bereits bestehenden Angaben zu den Beteiligungen im Jahresbericht ausgebaut werden.

Impulsprogramm zur Förderung elektronischer Behördengänge und Verwaltungsverfahren

Die Verwaltung muss auf ändernde Sachlagen und neue Herausforderungen dynamisch in einem möglichst stabilen Budgetrahmen reagieren können. Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) spielen dabei eine zentrale Rolle, wurden aber bisher vorwiegend aus dem Blickwinkel isolierter Einzelproblemstellungen eingesetzt. Die daraus erwachsenden versteckten Mehrkosten bewirken aus übergeordneter Gesamtsicht zunehmende Einbussen der erzielbaren Produktivitätsgewinne.

Auf der Basis des gesamtschweizerischen Modells elektronischer Behördengänge und Verwaltungsverfahren werden die Geschäftsprozesse der Verwaltung an der Wertschöpfungskette kantonaler Leistungen ausgerichtet und damit zugleich die Grundlagen für ein verlässliches Benchmarking öffentlicher Aufgaben geschaffen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	28.4	30.3	32.9	32.9	32.9
Verwaltete Vermögen Dritter	MioFr	3'150	3'500	2'909	3'515	3'267
Anträge zur Aufnahme ins Investitionsprogramm	Anz	109	111	93	95	95
Finanzierungskosten mittel- und langfristige Schulden	%	3.2	2.9	3.05	2.9	2.37

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	5'128.3	5'529.5	5'866.1	336.6	6.1 ¹
31 Sachaufwand	3'754.4	3'935.1	4'455.3	520.3	13.2 ²
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	8'882.7	9'464.6	10'321.4	856.9	9.1
43 Entgelte	-4'116.9	-5'749.3	-6'063.5	-314.2	-5.5 ¹
4 Ertrag	-4'116.9	-5'749.3	-6'063.5	-314.2	-5.5
Ordentlicher Nettoaufwand	4'765.8	3'715.3	4'258.0	542.7	14.6
davon Produktgruppe(n):					
Interne Finanz- und Beratungsdienstleistungen	763.5	256.9	644.7	387.7	150.9
SAP Betrieb und Entwicklung	1'312.8	191.7	224.2	32.5	17.0
Controlling und Beratungsdienstleistungen	2'689.4	3'266.7	3'389.1	122.5	3.7

Kommentar

- Die erhöhten Ansprüche an zentrale Controlling-Dienstleistungen, Rechnungslegung und SAP-Betriebsleistungen erfordern mehr Personalressourcen und führen zu höheren Lizenzkosten für die zentralen betriebswirtschaftlichen Applikationen. Ein Teil davon kann aber weiterverrechnet werden.
- Die Fachstelle Informatik und Organisation (FIO) hat zusätzliche Mittel in der Höhe von 0.3 Mio. Franken für Vorarbeiten für gesamtantonale IT-Projekte im Auftrag der IK zugesprochen erhalten.

Interne Finanzdienstleistungen

Internes Kontrollsystem (IKS) Das IKS bringt Transparenz in die Geschäftsprozesse. Im Fokus stehen die Prozessrisiken und die entsprechenden Kontrollen, um diese Risiken zu minimieren. In erster Linie geht es dabei um Finanzprozesse (Buchführung und finanzielle Berichterstattung), wobei die Methode auch auf andere Geschäftsprozesse angewendet werden kann.

Das Ziel des IKS-Projektes ist die Befähigung der Departemente und Gerichte zur selbständigen Umsetzung eines IKS für ihre Finanzprozesse.

Infolge knapper Personalressourcen wurde der Start des Gesamtprojektes ins 2012 verschoben. Allerdings werden seit über zwei Jahren mit einem IKS-Piloten in der Finanzverwaltung Erfahrungen gesammelt, die eine zügige Abwicklung des Gesamtprojektes erlauben werden.

Versand und Empfang elektronischer Rechnungen Für die Dienststellen des Kantons soll es eine Standardlösung für den Versand und Empfang von elektronischen Rechnungen geben. Dabei sind verschiedene Aspekte zu berücksichtigen (z.B. Service Public, Wirtschaftlichkeit, Technik). Mit einer Pilot-Dienststelle werden dazu bereits Erfahrungen gesammelt. Der Projektstart ist im 2012 geplant.

SAP Betrieb und Entwicklung

Aufgrund des Projektes Anpassung der Rechnungslegung (HRM2) erfolgen in den SAP Systemen entsprechende Angleichungen der eingerichteten Prozesse. Im Bereich Personalwirtschaft werden

Erweiterungen vorgenommen (Roll Out Zeitwirtschaft auf weitere Organisationseinheiten). Das Reporting im bestehenden SAP Analyse-/Informationssystem (SAP BW) wird ausgebaut und ein Upgrade durchgeführt.

Steuerverwaltung

FD-404

Die Steuerverwaltung ist zuständig für die Erhebung der direkten Steuern für den Kanton und den Bund. Die periodischen und die nicht periodischen direkten Steuern werden veranlagt und bezogen, damit die kantonalen und eidgenössischen Staatsausgaben finanziert werden können. Die Pflege eines nachhaltigen Steuersubstrats mit sozial gerechten, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der steuerpflichtigen Person Rechnung tragenden Steuern ist dabei ein wichtiger Leitgrundsatz. Bei der Pflege des Steuersystems wird auf Einfachheit und Transparenz geachtet. Durch die verstärkte Wirkung von Bundesrecht und vermehrten Vorstössen im Steuerrecht auf Bundesebene ist die Mitarbeit in gesamtschweizerischen Gremien intensiv gefordert.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern	4.1 Steuererhebung
Erhebung der periodischen direkten Steuern	4.1 Steuererhebung
Kantonale Inkassostelle	9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste

Tätigkeiten und Projekte

Seit 2011 erfolgt durch die elf Eigentümer-Kantone der Steuerapplikation NEST die Umstellung der Software auf eine moderne EDV-Architektur und in den folgenden Jahren das Reengineering der Steuererlösung mit dem Einbau von modernen EDV-Tools in die Steuerapplikation. Die Steuerverwaltung Basel-Stadt engagiert sich als Pilotkanton und leistet damit einen wichtigen Beitrag.

In den schweizerischen EDV-Projekten wird das elektronische Meldewesen zwischen den Steuerbehörden, der AHV, der SUVA und weiteren behördlichen Stellen unter Federführung der Steuerverwaltung des Kantons Basel-Stadt ausgebaut. Es ist geplant, im Jahr 2012 zu den bestehenden 36 Meldeprozessen weitere 25 Prozesse einzuführen.

Per Anfang 2012 wird das bestehende PC-Programm BalTax zum Ausfüllen der Steuererklärung um eine E-Filing-Funktionalität erweitert. Die Deklarationsdaten können damit via Internet übermittelt werden. Eine unterschriebene Quittung und zusätzliche Originalbelege werden separat eingereicht.

In der Steuerverwaltung wird die neue Kantonale Inkassostelle eingerichtet. Für alle kantonalen Dienststellen werden die Betreibungen und die Bewirtschaftung von Verlustscheinen zentral vorgenommen. Die erste Etappe sieht die zentrale Verlustscheinbewirtschaftung ab Frühling 2012 vor. Betreibung werden voraussichtlich ab Frühling 2013 zentral erfolgen können.

Daneben stehen laufend Anpassungen des kantonalen Steuergesetzes an das Bundesrecht an. Denkbar sind Anpassungen bei der Besteuerung des Eigenmietwerts oder die Einführung eines Bausparabzugs.

Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern

Laufende Erhebungen und Vergleiche zwischen den Liegenschafts-Steuerwerten und den Verkehrswerten werden durchgeführt.

Mit dem Projekt JURIS des JSD wird der Datenaustausch mit dem Erbschaftsamt in Erbschaftsfällen modernisiert.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	208.1	206.8	214.0	216.0	223.0
Bestand Steuerpflichtige Juristische Personen	Anz	9'839	11'820	10'500	10'700	10'700
Bestand Steuerpflichtige Natürliche Personen	Anz	126'350	129'543	129'500	129'500	123'000
Einsprache-Entscheide	Anz	1'540	1'790	1'800	2'000	2'000
Grundstückgewinnsteuer-Fälle	Anz	1'325	1'286	1'400	1'350	1'350
Fristgerechte Bearbeitung der Steuerfälle	%	94.0	86.5	85.0	85.0	90.0

Kommentar

1 ab 2012 ohne Wochenaufenthalter

2 Die Kennzahl berechnet sich aus der Anzahl in Rechnung gestellter Fälle innerhalb von 270 Tagen nach Eingang der Steuererklärung und der Anzahl innert drei Monate nach Eingang erledigter nichtperiodischer Fälle im Verhältnis zu allen eingegangenen Steuererklärungen/Fällen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	30'243.3	30'195.8	31'256.0	1'060.3	3.5
31 Sachaufwand	7'839.1	8'541.5	9'560.4	1'018.9	11.9
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	38'082.4	38'737.3	40'816.5	2'079.2	5.4
42 Vermögenserträge	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-7'686.8	-7'341.6	-8'589.8	-1'248.2	-17.0
4 Ertrag	-7'686.8	-7'341.6	-8'589.8	-1'248.2	-17.0
Ordentlicher Nettoaufwand	30'395.6	31'395.7	32'226.7	831.0	2.6
davon Produktgruppe(n):					
Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern	3'325.6	3'440.6	3'462.7	22.1	0.6
Erhebung der periodischen direkten Steuern	27'070.0	27'955.1	28'463.5	508.4	1.8
Kantonale Inkassostelle	0.0	0.0	300.4	300.4	0.0
5 Ausgaben Investitionen	389.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	389.8	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

1 Inkl. Erhöhung für die Einrichtung der neuen kantonalen Inkassostelle. Kompensation durch Erhöhung der Entgelte (siehe FKD43).

2 Inkl. neue interne Verrechnung des Client Betriebs FD und Kosten der neuen kantonalen Inkassostelle.

3 Inkl. Ertrag aus der neuen kantonalen Inkassostelle.

Erhebung der periodischen direkten Steuern

Die erfolgreichen externe Revisionen vor Ort werden weiter durchgeführt. Die Zielsetzungen, einerseits präventiv eine verbesserte Deklarationsqualität zu erzielen und andererseits eine gerechte Besteuerung mit dem entsprechenden Steuerertrag zu erreichen, wurden und werden sehr gut erreicht. Vermehrte Nach- und Strafsteuerverfahren bei Juristischen Personen haben zu Arrestverfahren - auch bei involvierten Organen - geführt.

Immobilien Basel-Stadt

FD-405

Immobilien Basel-Stadt ist das Kompetenzzentrum für das Immobilienmanagement des Kantons Basel-Stadt. Immobilien Basel-Stadt ist zuständig für die Immobilien des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens und nutzt die möglichen Synergien zwischen den kantonalen Immobilienportfolios. Die Aufgaben bestehen aus dem Portfoliomanagement (Portfolioplanung, Eigentümervertretung Bauprojekte, Projektentwicklung und Transaktionen), dem Facility Management und der Bewirtschaftung von Liegenschaften, Parkhäusern und Parzellen, der Bewirtschaftung von Baurechten und der Führung von Immobilienbuchhaltung und -controlling.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Immobiliendienste	9.1 Zentrale Finanz- und Raumdienste

Tätigkeiten und Projekte

Im Finanzvermögen soll die aktive Immobilienpolitik zur nachhaltigen Entwicklung der staatlichen Areale und Liegenschaften und zur Unterstützung des Stadtwohnens weitergeführt werden. Verschiedene Arealentwicklungen sollen vorangebracht und Liegenschaftssanierungen im Sinne des Konzepts für ein nachhaltiges Immobilienmanagement umgesetzt werden. Im Verwaltungsvermögen sollen die Wahrung der Eigentümerinteressen zur langfristigen Werterhaltung und die wirtschaftliche Raumnutzung weiter optimiert werden.

Stadtwohnen

Der Politikschwerpunkt Stadtwohnen soll durch Immobilien-Projektentwicklungen im Finanzvermögen unterstützt werden. Dabei sollen sowohl staatliche Projekte umgesetzt als auch private und gemeinnützige Investitionen einbezogen werden. Beim Areal des alten Kinderspitals wird die Abgabe an einen Investor erfolgen, der dieses Wohnprojekt anschliessend umsetzen wird. Beim Areal Niederholz in Riehen soll die Vergabe an einen genossenschaftlichen Investor für die Wohnnutzung erfolgen und es stehen Entscheide der Gemeinde Riehen betreffend Umzonung und Bebauungsplan an. Beim Projekt Aescherstrasse für ein ökologisch nachhaltiges Pilotprojekt mit Mietwohnungen soll die Projektierung abgeschlossen und die Baubewilligung erhalten werden.

Nachhaltigkeit

Die nachhaltige Entwicklung des Liegenschaftsbestandes unter Beachtung ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Aspekte soll weiter verfolgt werden. Das Projekt zum Austausch bestehender Haushaltgeräte in den Liegenschaften des Finanzvermögens und Ersatz durch ökologische Haushaltgeräte soll weiter geführt werden. Auch die energetische Sanierung von Liegenschaften wird weitergeführt. Zur Förderung von Solaranlagen auf den Dächern staatlicher Liegenschaften sollen in einer Potenzialanalyse der Liegenschaften definierten Projekte in den nächsten Jahren flächendeckend umgesetzt werden.

Verwaltungsliegenschaften

Die nachhaltige Werterhaltung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens durch Investitionen und Unterhalt soll weitergeführt werden. Ein Fokus liegt aufgrund der bevorstehenden Schulharmomisierung bei den Schulhäusern.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	68.4	69.4	69.0	72.4	72.4
Bruttoertrag Baurechte Finanzvermögen	MioFr	28.9	29.2	30.5	31.5	31.5
Verwaltete Objekte im Finanz- und Verwaltungsvermögen	Anz	6'474	6'405	6'481	6'465	6'488
Bruttorendite Finanzvermögen	%	5.9	5.8	5.9	5.9	5.9
Investitionsquote Finanzvermögen	%	6.1	4.4	4.2	2.5	2.7

Kommentar

- 1 Die Investitionsquote bleibt auf vergleichsweise hohem Niveau als Resultat der kontinuierlichen Anstrengungen zum nachhaltigen Unterhalt der Immobilien. Der leichte Rückgang seit 2010 liegt daran, dass in Zukunft vermehrt kleine - aber ebenso arbeitsintensive - Objekte in der Unterhaltsplanung sind.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	7'236.4	7'459.2	7'702.5	243.3	3.3
31 Sachaufwand	2'643.5	2'835.2	3'208.2	373.0	13.2
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	9'880.0	10'294.4	10'910.7	616.3	6.0
43 Entgelte	-9'898.4	-10'016.2	-10'455.0	-438.8	-4.4
4 Ertrag	-9'898.4	-10'016.2	-10'455.0	-438.8	-4.4
Ordentlicher Nettoaufwand	-18.5	278.2	455.7	177.5	63.8
davon Produktgruppe(n):					
Immobilienleistungen	-18.5	278.2	455.7	177.5	63.8
5 Ausgaben Investitionen	14.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	14.2	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Der Personalaufwand steigt wegen der allgemeinen Kostensteigerung und einer Neuanstellung im Bereich Portfoliomanagement aufgrund des Wachstums des Mandats der PKBS
- 2 Die Sachkosten nehmen v.a. wegen zusätzlicher Kosten für die Betreuung von Objekten ausserhalb der Nordwestschweiz sowie forcierter Kaufunterstützung aufgrund des Wachstums des Mandats der PKBS zu
- 3 Die Erträge erhöhen sich aufgrund des Wachstums des Mandats der PKBS

Zentrale Informatikdienste

FD-406

Die Zentralen Informatikdienste (ZID) stellen eine zuverlässige, anforderungsgerechte und wirtschaftliche Informatikgrundversorgung für die Verwaltung des Kantons Basel-Stadt sicher. Dazu gehören im Wesentlichen die folgenden Querschnittsleistungen:

- Verwaltungsnetzwerk, Internetzugang und Fernzugriff
- Rechenzentrum (RZ-Infrastruktur, Server, Speicher, Backup/Restore usw.)
- Telefonie (Infrastruktur und Telefonzentrale)
- Zentrale Verzeichnisse
- Zentrale Dateiablage, Mail/Kalender und Kollaborations-Plattform
- Kantonaler Datenmarkt
- Zentrale Geschäftsverwaltung

Zusätzlich zu oben erwähnten Services erbringt die ZID eine Vielzahl von weiteren Leistungen für einzelne Departemente und Dienststellen, z. B. Beratung und Projektmanagement, Betrieb von Anwendungs-, Datenbank- und Web-Servern, Client-Management, Entwicklung von Softwarelösungen, Realisierung von Webauftritten usw.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
IT-Consulting	9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste
IT-Plattformen	9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste
IT-Workplace	9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste
Zentrale Anwendungen	9.3 Zentrale Informatik- und Telefondienste

Tätigkeiten und Projekte

Im Budgetjahr 2012 sind drei Schwerpunkte vorgesehen:

1. Umsetzung der kantonalen RZ-Strategie durch Umzug des Hauptrechenzentrums vom Petersgraben 52 in das Telehouse der IWB und des Zweit-Rechenzentrums von der Holbeinstrasse 75 in das Datacenter der EBM.
2. Inbetriebnahme eines vollautomatisierten, erdbebensicheren Datenfernlagers in Bern.
3. Aktive Mitarbeit bei der Einführung des elektronischen Arbeitsplatzes 2012 und der gesamtkantonalen Standardisierung/Zentralisierung des Desktop-Managements.

Die unter dem ersten Schwerpunkt erwähnte Rechenzentrumsstrategie wurde vom Regierungsrat im Dezember 2010 verabschiedet. Darin wird auf den Bau eines eigenen Rechenzentrums verzichtet. Stattdessen werden Serverräume in den modernen, sicheren Rechenzentren der IWB und EBM gemietet (sog. Housing). Das RZ-spezifische Facility Management wird somit nicht mehr verwaltungsintern wahrgenommen. Die beiden Umzüge stellen eine grosse logistische Herausforderung dar, da der normale Informatikbetrieb jederzeit gewährleistet sein muss. Die dazu notwendige umfangreiche Detailplanung erfolgt bereits im Jahr 2011. Im Budgetjahr 2012 erfolgt die eigentliche Umsetzung.

Die Inbetriebnahme des Datenfernlagers in Bern stellt sicher, dass alle Systeme, Daten und Systemkonfigurationen ausserhalb der Erdbebengefährdungzone gesichert sind. Dies ermöglicht die Wiederherstellung der Informatiksysteme und Daten im Katastrophenfall, falls beide Rechenzentren der Verwaltung zerstört würden. Die wöchentliche manuelle Auslagerung ist bereits seit einiger Zeit in Betrieb. Im Budgetjahr wird die Auslagerung auf der Basis eines neuen Datensicherungskonzepts und der Ablösung der alten Tape-Technologie auf Tagesbasis vollautomatisiert.

Beim dritten Schwerpunkt handelt es sich einerseits um die Ablösung der heutigen Windows-XP-Clients durch Windows7 auf der Basis moderner Desktop-Virtualisierungstechnologien, andererseits

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose	
		2008	2009	2010	2011	2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	85.4	99.8	100.1	98.8	98.9	
Verfügbarkeit IKT-Basisdienste	Fälle	2	0	1	0	0	¹
Datenintegrität IKT-Basisdienste	Min	0	0	0	0	0	²
Basis05 Accounts	Anz	5'955	6'203	6'562	6'700	6'900	³

Kommentar

- 1 Anzahl Störungen mit einer Ausfallzeit von > 4 Stunden gemäss Service Level Agreement.
- 2 Maximale Datenverlustzeit für IKT-Basisdienste gemäss Service Level Agreement (technische Schadensereignisse; umfasst keine Verluste, die durch Fehlmanipulation von Anwendern, Malware oder SW-Fehler verursacht werden).
- 3 Anzahl aller in der zentralen Administration eröffneten IT-Benutzer/-innen, wobei nur Personen gezählt werden, die in einem Anstellungsverhältnis mit Basel-Stadt sind. Bei angeschlossenen Instituten werden alle gezählt. Diese Kennzahl ist nur bedingt beeinflussbar, zeigt aber die Entwicklung der aktiven User.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt					
30 Personalaufwand	15'559.5	15'500.7	15'784.4	283.7	1.8
31 Sachaufwand	8'683.4	10'171.7	12'638.8	2'467.0	24.3
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	24'242.9	25'672.4	28'423.1	2'750.7	10.7
42 Vermögenserträge	-24.9	-22.0	-9.0	13.0	59.1
43 Entgelte	-11'611.7	-24'744.0	-28'161.8	-3'417.8	-13.8
4 Ertrag	-11'636.5	-24'766.0	-28'170.8	-3'404.8	-13.7
Ordentlicher Nettoaufwand	12'606.4	906.4	252.3	-654.1	-72.2
davon Produktgruppe(n):					
IT-Workplace	3'197.5	405.0	134.6	-270.4	-66.8
IT-Plattformen	4'871.7	206.7	150.2	-56.5	-27.3
IT-Consulting	1'148.5	424.3	7.6	-416.6	-98.2
Zentrale Anwendungen	3'388.7	-129.6	-40.2	89.4	69.0
5 Ausgaben Investitionen	5'234.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	5'234.5	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Der Mehraufwand ist primär bedingt durch höhere Betriebskosten im Zusammenhang mit den gemieteten, modernen und sicheren Rechenzentrumsräumlichkeiten, die nächstes Jahr in Betrieb genommen werden. Diese Mehrkosten werden durch entsprechende Mehreinnahmen (Pflichtkonsum Verrechnung) kompensiert.

um die Umsetzung eines Regierungsratsbeschlusses zur Standardisierung und Zentralisierung des Desktop Managements. Dieses Projekt wird unter der Federführung der kantonalen Informatikkonferenz respektive der Fachstelle für Informatik und Organisation durchgeführt. Die ZID arbeiten zusammen mit den Departementsinformatikern bei der Planung und Umsetzung mit.

IT-Plattformen

- Umzug der beiden heutigen Rechenzentren an die neuen Standorte bei IWB und EBM
- Umsetzung eines neuen Datensicherungskonzepts mit Inbetriebnahme des vollautomatisierten Datenfernlagers in Bern
- Entwicklung eines umfassenden Disaster Recovery-Konzeptes
- Realisierung des kantonalen Projektes WLANBS (drahtloser Zugang auf Internet und das Verwaltungsnetzwerk für Mitarbeitende und Gäste der Verwaltung)

IT-Workplace

- Mitarbeit bei der Standardisierung/Zentralisierung des kantonalen Desktop Managements
- Migration auf Windows7/MS Office 2010
- Realisierung des kantonalen Projektes WebBS (Einführung eines neuen Web Content Management Systems)
- Optimierung des Service Desks inklusive Erweiterung um Sofort-Unterstützungs-Funktionen

Zentrale Anwendungen

- Weiterentwicklung der Bewilligungsplattform
- Entwicklung eines eGovernment-Baukastensystems (im Rahmen des Impulsprogramms eGov)
- Konsolidierung der Softwareentwicklungsplattformen und -strategie

IT-Consulting

- Projektleitung für WebBS (Einführung einer neuen kantonalen Web Content Management-Lösung)
- Projektleitung für ZevoBS (Zentrales Vorlagenmanagement für die kantonale Verwaltung)
- Entwicklung einer kantonalen IT-Architektur

Zentraler Personaldienst

FD-409

Der Zentrale Personaldienst (ZPD) entwickelt Konzepte, Systeme und Instrumente zur gezielten Förderung und Weiterentwicklung eines professionellen, zukunftsgerichteten Personalmanagements bei BASEL-STADT. Durch kompetente Beratung der Dezentralen Personaldienste sorgt er für die korrekte und einheitliche Anwendung der gesetzlichen Grundlagen bzw. Vorgaben des Regierungsrates, und liefert mittels einem verwaltungsweiten Personalcontrolling die relevanten Steuerungsgrößen für die Ressourcen im Personalbereich. Im Weiteren pflegt er zur Gewährleistung einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft einen regelmässigen Austausch mit den Sozialpartnern.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Zentrales Personalmanagement	9.2 Zentrale Personaldienste

Tätigkeiten und Projekte

Neben personalpolitisch bzw. personalstrategisch relevanten Schwerpunkten (dazu siehe das Kapitel „Personalentwicklung“) werden 2012 im ZPD vor allem folgende Themen im Vordergrund stehen:

Systempflege Das 2007 gestartete Projekt Systempflege hat zum Ziel, das nicht mehr zeitgemässe Instrumentarium zur Bewertung und Zuordnung der Funktionen zu überarbeiten und damit die korrekte und nachvollziehbare Einreihung der Stellen zu gewährleisten. Nach der Erarbeitung eines kompetenzbasierten Kriterienkatalogs für die Funktionsbewertung und der Bestimmung von 170 Referenzfunktionen wurden im Rahmen der Projektphase III die neuen Zuordnungsinstrumente, d.h. der neue Einreihungsplan (ERP) sowie die Modellumschreibungen (MU), erstellt. Der Bericht zur Phase III wurde vom Regierungsrat im Juni 2011 genehmigt.

Zusammen mit dem Regierungsrat werden nun wichtige Ausgestaltungsaspekte erarbeitet und anschliessend den Sozialpartnern unterbreitet. Nach deren definitiven Verabschiedung durch den Regierungsrat werden bis Juli 2012 der Einreihungsplan und die Modellumschreibungen weiter erarbeitet bzw. verbessert, wozu auch eine Aktualisierung der entsprechenden Grundlagen, d.h. der Stellenbeschreibungen, gehört. Die Ergebnisse werden innerhalb der Personalfachorganisation in eine fachliche Vernehmlassung gegeben, auf welche eine sozialpartnerschaftliche Vernehmlassung folgt. Nach dem abschliessenden Entscheid des Regierungsrates erfolgt die Zuordnung und Überführung der Funktionen. Ziel ist eine Umsetzung per 1. Januar 2014, wobei der Umsetzungsplan für die Lehrpersonen infolge der Umsetzung von HarmoS mit einer voraussichtlichen Inkraftsetzung per 1. Juli 2012 vorgezogen werden soll.

Standardisierung der HR-Prozesse und Implementierung eines internen Kontrollsystems

Einheitliche Personalprozesse erleichtern die professionelle Personalarbeit bei BASEL-STADT. Dezentrale Personaldienste und Zentraler Personaldienst initiierten deshalb ein Projekt zur Standardisierung aller HR-Prozesse. Diese sollen in einem sowohl für die Personaldienste als auch für die Führungsverantwortlichen elektronisch verfügbaren Personalhandbuch abgebildet und mit den grundlegenden Dokumenten bzw. Instrumenten versehen werden. Auf diese Weise wird nicht nur eine Vereinheitlichung für den gesamten Arbeitgeber BASEL-STADT erreicht, sondern auch eine Aktualisierung und Anpassung der Prozesse und Instrumente an den neuesten Stand.

Die HR-Prozesse werden im gleichen Zug mit einem internen Kontrollsystem (IKS HR) ergänzt, welches die Fehler- und ggf. Missbrauchsmöglichkeiten wirkungsvoll einschränkt. Damit bringt das IKS HR folgende massgebliche Vorteile: Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen, Sicherstellung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der nachgelagerten Buchführung, gezielte Steuerbarkeit der Prozesse und Risiken durch verbesserte Transparenz, Nachvollziehbarkeit der Tätigkeiten durch Dokumentation sowie Verhinderung bzw. Reduktion und frühzeitige Erkennung von Fehlern und Unregelmässigkeiten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	30.1	32.6	43.6	44.5	50.5	1
Einbinden der Führungskräfte ins Personalmanagement	%	83	84	80	80	80	
Einhaltung der Geschlechterquote von mind. 25% Frauen/Männer	%	100	90	80	80	80	
Durchschnittlicher Erfüllungsgrad der Qualitätsstandards ZPD	%	80		80	-	-	

Kommentar

- 1 Die Zentralisierung und Standardisierung des Personalwesens wurde per 1.1.2011 umgesetzt. Der interne Stellentransfer von 6.5 Vollzeitstellen (VZ) inkl. Personalbudget wird per 1.1.2012 aus den dezentralen Personalabteilungen in das HR-DLC vollzogen. Die administrativen Aufgaben der Personalrekurskommission (PRK) wurden an das Generalsekretariat FD transferiert (0.5 VZ).

Finanzen

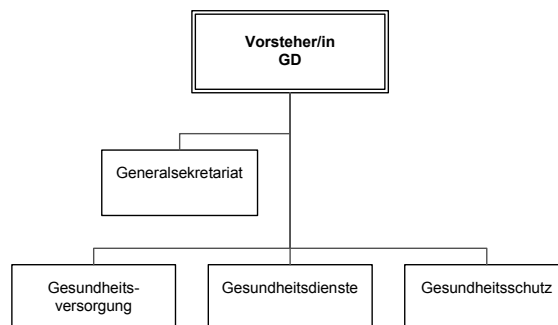
in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	7'548.4	8'294.8	8'685.0	390.2	4.7
31 Sachaufwand	2'242.4	4'255.6	2'841.8	-1'413.8	-33.2
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	9'790.7	12'550.3	11'526.8	-1'023.5	-8.2
43 Entgelte	-4'168.2	-5'772.3	-5'536.3	236.0	4.1
4 Ertrag	-4'168.2	-5'772.3	-5'536.3	236.0	4.1
Ordentlicher Nettoaufwand	5'622.6	6'778.0	5'990.5	-787.5	-11.6
davon Produktgruppe(n):					
Zentrales Personalmanagement	5'622.6	6'778.0	5'990.5	-787.5	-11.6
5 Ausgaben Investitionen	281.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	281.6	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Im Rahmen der Zentralisierung und Standardisierung des Personalwesens ist das Personalbudget per 1.1.2012 aus den dezentralen Personalabteilungen in das HR-DLC verschoben worden. (Siehe auch Kennzahlen/Headcount).
- 2 Die Abnahme erfolgt grösstenteils durch eine Verschiebung vom Reintegrationsstellen- und Chancenkassen- Budget in den Einzelpostenbereich vom Finanzdepartement.

4.2.5 Gesundheitsdepartement

GD-701	Generalsekretariat GD	194
GD-702	Gesundheitsdienste	196
GD-706	Gesundheitsschutz	199
GD-720	Öffentliche Zahnkliniken	202
GD-730	Gesundheitsversorgung	204



Finanzen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		
	2010	2011	2012	abs.	%	
30 Personalaufwand	702.0	712.5	44.8	-667.8	-93.7	1
31 Sachaufwand	341.7	352.9	16.5	-336.4	-95.3	1
32 Passivzinsen	0.8	0.8	0.0	-0.8	-100.0	2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	22.5	2.4	0.1	-2.3	-96.1	1
36 Eigene Beiträge	202.4	205.3	514.5	309.2	150.6	3
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	
Total Aufwand	1'269.4	1'273.9	575.9	-698.0	-54.8	
40 Steuern	-0.7	-0.6	-0.6	0.0	0.0	
42 Vermögenserträge	-2.5	-2.7	-0.0	2.7	98.9	1
43 Entgelte	-687.3	-710.4	-19.9	690.6	97.2	1
46 Beiträge für eigene Rechnung	-65.7	-66.6	-1.3	65.3	98.0	1
Total Ertrag	-756.2	-780.4	-21.9	758.6	97.2	
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	513.3	493.4	554.0	60.6	12.3	
5 Ausgaben Investitionen	31.4	40.0	0.0	-40.0	-100.0	
6 Einnahmen Investitionen	-0.8	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	30.6	40.0	0.0	-40.0	-100.0	

Kommentar

- Das Budget des Gesundheitsdepartements erfährt 2012 grosse strukturelle Veränderungen. Da die öffentlichen Spitäler (Felix Platter-Spital, Universitätsklinik und Universitäre Psychiatrischen Kliniken) ab 1.1.2012 verselbstständigt werden, entfallen die entsprechenden Beträge im Personal- und Sachaufwand wie auch bei den Erträgen. Andererseits werden die Beiträge an die stationäre Spitalpflege und die gemeinwirtschaftlichen Leistungen aufgrund der neuen Spitalfinanzierung an die öffentlichen und privaten Spitäler neu im Kontenbereich 36 aufgeführt. Auf der Ebene des Ordentlichen Nettoaufwandes führen diese Veränderungen zu einem Mittelmehrbedarf beim Gesundheitsdepartement in Höhe von 51 Mio. Franken. Gesamtstaatlich reduziert sich der Effekt aufgrund der wegfallenden Abschreibungen, internen Mieten und weiterer Effekte in der laufenden Rechnung auf rund 42 Mio. Franken. Auf Ebene Finanzierungssaldo des Kantons – es entfallen ebenfalls die Investitionen bei den öffentlichen Spitälern – sinkt die Mehrbelastung auf rund 12 Mio. Franken.
- Durch den Verkauf des Schlachthofes an die Bell AG entfallen diverse Positionen im Aufwands- und Ertragsbereich. Ebenfalls entfallen rund 0.8 Mio. Franken an Passivzinsen.
- Die Steigerung in Höhe von 309.2 Mio. Franken ist im Wesentlichen auf die neue Spitalfinanzierung zurückzuführen. Die Position enthält neu den Kantonsbeitrag an die stationäre Pflege von Kantonseinwohnern in öffentlichen und privaten Spitälern in Höhe von 262.2 Mio. Franken. Hinzu kommen die Kosten für die gemeinwirtschaftlichen und ungedeckten Kosten in den öffentlichen und privaten Spitälern in Höhe von 125 Mio. Franken. Auf der anderen Seite entfallen Beiträge an die Privatspitäler in Höhe von 86.9 Mio. Franken. Beim Einzelposten Pflegefinanzierung mussten die Mittel für 2012 aufgrund einer veränderten Aufteilung zwischen dem Amt für Sozialbeiträge und des Bereiches Gesundheitsschutz um 8 Mio. Franken erhöht werden. Zusätzliche 1.0 Mio. mussten für die erhöhte Nachfrage budgetiert werden.

Generalsekretariat GD

GD-701

Das Generalsekretariat stellt die Geschäftsabwicklung des Departements mit dem Regierungsrat, dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, den weiteren kantonalen Verwaltungsstellen sowie mit Dritten sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Stabsdienstleistungen in den Abteilungen Personal, Recht, Planungskoordination und den beiden Abteilungen Kommunikation und Finanzen unterstützt es den Vorsteher und die Bereiche des Departements. Neu wird die Abteilung Finanzen ab 2012 die Eigentümerinteressen gegenüber den verselbständigten öffentlichen Spitälern vertreten. Das Generalsekretariat führt ausserdem die Administrationsarbeiten der Psychiatrie-Rekurskommission.

Internet: www.gd.bs.ch

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Urteile der Psychiatrie-Rekurskommission	8.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
Summe der Unterstützungsprodukte des Dept. GD	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Nationale Gesundheitspolitik Am 1. Januar 2012 werden die neuen Regelungen zur Spitalfinanzierung schweizweit umgesetzt. Die angepassten Bestimmungen gemäss Krankenversicherungsgesetz (KVG) bringen die Einführung des Vollkostenprinzips und der freien Spitalwahl, die Gleichbehandlung von öffentlichen und privaten Spitälern sowie die Einführung von Fallpauschalen (SwissDRG) mit sich. Die Tarifstruktur SwissDRG ist ein lernendes System, d.h. sie wird jährlich weiterentwickelt und verfeinert. Im Rahmen des Dialogs Nationale Gesundheitspolitik zwischen dem Bund (EDI) und den Kantonen laufen einige Projekte, unter anderem eine Überprüfung der Kompetenzen im Gesundheitsbereich sowie auch die Möglichkeit einer einheitlichen Finanzierung des stationären und ambulanten Bereichs.

Beteiligungsmanagement Die öffentlichen Spitäler werden per 1. Januar 2012 verselbstständigt. Das Generalsekretariat des Gesundheitsdepartements nimmt als zuständiges Fachdepartement auf der Basis der Public Corporate Governance-Richtlinien des Regierungsrates ab diesem Zeitpunkt neu die Aufgaben der Vertretung der Eigentümerinteressen gegenüber den öffentlichen Spitälern (inkl. Universitätskinderspital beider Basel) und das entsprechende Beteiligungscontrolling wahr. Zudem wird das Generalsekretariat den Abschluss der Umsetzung der Verselbständigung der öffentlichen Spitäler begleiten (z.B. hinsichtlich rückwirkende Festlegung der Eröffnungsbilanz im 1. Semester 2012).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	26.25	27.65	31.05	31.1	29.9
Von der Psychiatrie-Rekurskommission behandelte Rekurse	Anz	176	131	154	160	160
Beim Rechtsdienst eingegangene Rekurse	Anz	13	14	6	6	6
Anteil Rekursentscheide innert neun Monaten nach Eintreffen	%			80	80	80

Kommentar

1 Wert wird erst seit 2009 erfasst.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	4'724.9	5'076.0	4'754.1	-321.8	-6.3
31 Sachaufwand	1'455.9	2'394.9	2'129.0	-265.9	-11.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.3	0.0	0.2	0.2	0.0
36 Eigene Beiträge	32.1	32.0	33.5	1.5	4.7
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	6'213.3	7'502.9	6'916.8	-586.1	-7.8
43 Entgelte	-184.2	-144.9	-127.8	17.1	11.8
4 Ertrag	-184.2	-144.9	-127.8	17.1	11.8
Ordentlicher Nettoaufwand	6'029.1	7'358.0	6'789.0	-569.0	-7.7
davon Produktgruppe(n):					
Urteile der Psychiatrie-Rekurskommission	339.4	446.7	425.2	-21.4	-4.8
Summe der Unterstützungsprodukte des Dept. GD	5'689.7	6'911.3	6'363.8	-547.6	-7.9
5 Ausgaben Investitionen	0.0	40'000.0	0.0	-40'000.0	-100.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	0.0	40'000.0	0.0	-40'000.0	-100.0

Gesundheitsdienste

GD-702

Die Gesundheitsdienste erbringen in drei Abteilungen (Medizinisch-pharmazeutische Dienste, Prävention sowie Sucht) Aufsichts- und Dienstleistungsfunktionen für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt.

Die Abteilung Medizinisch-pharmazeutische Dienste vollzieht Aufsichts- und Dienstleistungsfunktionen aufgrund kantonaler und nationaler Gesetzesgrundlagen. Als Fachinstanz ist sie zuständig für Bewilligungen, Qualitätssicherung und Heilmittelsicherheit. Dazu gehören der Vollzug der Gesetzgebung und die Aufsicht über die medizinisch-pharmazeutischen Berufe.

Die Abteilung Prävention erhält und fördert die Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Basel-Stadt mit gezielten Aktivitäten. Innerhalb der Abteilung setzt sich der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst für eine gesunde körperliche und seelische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt ein. Er fördert die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern und berät Eltern und Lehrkräfte in Fragen der Prävention und Gesundheitsförderung.

Die Abteilung Sucht sorgt für ein adäquates, effizient genutztes Suchthilfeangebot. Ziel ist dabei, die Anzahl neuer Suchtmittelabhängiger zu senken, die Zahl jener zu steigern, die den Ausstieg schaffen, die gesundheitlichen Schäden und die soziale Ausgrenzung von Suchtmittelabhängigen zu vermindern und den öffentlichen Raum vor negativen Auswirkungen der Drogenproblematik zu schützen.

Schliesslich sind die Gesundheitsdienste verantwortlich für die konkrete Umsetzung der regierungsrätlichen Leitlinien zur Seniorenpolitik.

Internet: www.gesundheitsdienste.bs.ch

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Gesundheitsdienste	5.2 Gesundheitsdienste

Tätigkeiten und Projekte

Schwerpunktprogramme Gesundheitsförderung und Prävention

Die Bevölkerung soll mit Schwerpunktkampagnen bei der Förderung einer gesundheitsbewussten Haltung aktiv unterstützt werden, wobei ein besonderes Gewicht auf zielgruppenspezifische, basisnahe Projekte gelegt wird (z.B. Projekte für Jugendliche und Seniorinnen/Senioren). Neben den bereits laufenden Schwerpunktprogrammen „Gesundes Körpergewicht“ und „Migration und Gesundheit“ wurde ein drittes nachhaltig angelegtes Schwerpunktprogramm „Psychische Gesundheit“ lanciert. Für Kleinkinder wird das laufende Programm „Gesundheit im Frühbereich“ auch 2012 fortgeführt. Ferner soll im kommenden Jahr im Rahmen eines Projekts eine langfristig aufgebaute und kantonale vernetzte Gesundheitsstrategie ausgearbeitet werden.

Krebsregister Nordwestschweiz

Ein Detailkonzept zu einer umfassenden Krebsstrategie - von der Aufklärung und Information der Bevölkerung bis hin zur Palliativ Care - soll ausgearbeitet und implementiert werden. Das Krebsregister ist darin ein zentraler Pfeiler und soll den veränderten Bedürfnissen an ein modernes Krebsregister angepasst werden. Die konkrete Prüfung der Einführung des Mammakarzinom Screening-Programms wird eine erste Massnahme im Rahmen der Strategieumsetzung bilden.

Gesundheitsberufe

Gemäss einer Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums vom Februar 2009 müssen bis in zehn Jahren gesamtschweizerisch in den Gesundheitsberufen zahlreiche altersbedingte Abgänge ersetzt und zusätzliche Fachkräfte angestellt werden. Mögliche kantonale Massnahmen

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	54.4	54.4	54.1	57.9	58.9
Bewilligungen zur freiberuflichen Tätigkeit als Arzt/Ärztin	Anz	11	34	40	45	49
Auf dem Kantonsgebiet betriebene Apotheken	Anz	70	72	73	73	75
Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien	Anz	106	117	79	150	130
Termingerechte Dossiereröffnung Bewilligungen Apoth./Drog.	%	100	100	100	90	90
Termingerechte Kostengutsprachen für stat. Suchttherapien	%	100	100	100	90	90

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	8'048.3	8'468.4	8'769.0	300.6	3.6 ¹
31 Sachaufwand	3'415.0	5'288.3	4'987.4	-300.9	-5.7 ²
36 Eigene Beiträge	9'275.4	9'932.0	10'338.0	406.0	4.1 ²
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	20'738.7	23'688.6	24'094.4	405.8	1.7
42 Vermögenserträge	-11.4	-11.4	-11.4	0.0	0.0
43 Entgelte	-1'268.6	-1'198.9	-607.7	591.2	49.3 ³
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'245.3	-990.3	-970.3	20.0	2.0
4 Ertrag	-2'525.3	-2'200.6	-1'589.4	611.2	27.8
Ordentlicher Nettoaufwand	18'213.4	21'488.0	22'505.0	1'017.0	4.7
davon Produktgruppe(n):					
Gesundheitsdienste	18'213.4	21'488.0	22'505.0	1'017.0	4.7
5 Ausgaben Investitionen	190.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	190.7	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- Zur Umsetzung der Legislaturplanschwerpunkte (Details s. Text vorherige Seite) sind zusätzliche vier Stellen bewilligt worden. Zwei Stellen wurden beim Projekt Frühförderung, je eine beim Projekt Gesundheitsstrategie und für das Konzept Gesundheitsförderung bewilligt.
- Das Budget für die Hausarztmedizin ist von der Kontengruppe 31 in die Kontengruppe 36 verschoben worden. Der Einzelposten der stationären Suchttherapien nach ADG musste aufgrund erwarteter höherer Nachfrage erhöht werden.
- Bei den Entgelten gehen die Einnahmen aus HPV-Impfungen weiter zurück. Die Entschädigung der Pensionskasse für die Leistungen des vertrauensärztlichen Dienstes sind entfallen.

werden evaluiert. Ein Lösungsansatz soll die Konzeption integrierter Versorgungsmodelle im Sinne präventiver, kurativer, rehabilitativer und palliativer Versorgung sein. Dabei sind nicht nur Quantitäten, sondern auch Qualität und die Fähigkeit des Gesundheitspersonals zur Zusammenarbeit in integrierten Modellen wichtig. Die Abhängigkeit vom Ausland soll reduziert und mehr „eigenes“ Gesundheitspersonal ausgebildet werden, was mehr Ausbildungsplätze bedingt. Schliesslich sollen ausgebildete Menschen, wenn immer möglich, dank strukturierter Personalerhaltungsmassnahmen in ihrem Beruf bleiben. Eine Detailkonzeption mit konkreten Umsetzungsmassnahmen soll im Jahr 2012 abgeschlossen werden.

Strategie Sucht 2015

Damit das Hilfesystem im Kanton Basel-Stadt laufend den Veränderungen im Suchtbereich angepasst werden kann, soll unter Einbezug v.a. der Bedarfsentwicklung eine kantonale Suchtstrategie für die kommenden Jahre konzipiert und umgesetzt werden (rollende Planung, Vernetzung, Monitoring). Dabei werden als Schwerpunkte die Bereiche Konzept und Standorte der Kontakt- und An-

laufstellen, Massnahmen im Jugendbereich, Massnahmen im Bereich der Verhaltenssuchte (z.B. Internet- und Glücksspielsucht), die Prüfung der Möglichkeit zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene sowie die Tabakprävention berücksichtigt.

Seniorenpolitik

Die Seniorenpolitik trägt den demographischen und gesellschaftlichen Realitäten (längere Lebenserwartung bei gleichzeitig besserer gesundheitlicher Versorgung der Bevölkerung, Verbesserung der Mobilität) Rechnung. Sie stützt sich auf Leitlinien, welche der Regierungsrat im Jahr 2007 verabschiedet hat. Diese ergänzen das seit 2001 bestehende Altersleitbild. Die Leitlinien zur Seniorenpolitik werden seither von der kantonalen Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Seniorenorganisationen schrittweise umgesetzt. Zu den fünf Themen Freiwilligenarbeit, Sicherheit im Alter, Nutzung neuer Technologien, Migration und Alter sowie Gesundheit im Alter sind konkrete Vorschläge konzipiert worden und befinden sich in Umsetzung. Daneben sollen auch konkrete Alltagsprobleme der Seniorinnen und Senioren in Einzelbereichen schnell umsetzbaren Massnahmen zugeführt und bereits bestehende Aktivitäten der Verwaltung zu den Leitlinien breiter kommuniziert werden.

Gesundheitsschutz

GD-706

Der Bereich Gesundheitsschutz wird gebildet durch die Abteilungen Kantonales Laboratorium, Veterinäramt, Institut für Rechtsmedizin und den Betrieb der öffentlichen Zahnkliniken (siehe GD-720).

Die Lebensmittelkontrolle sorgt dafür, dass die in Basel angebotenen Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände die gesetzlichen Vorschriften erfüllen, damit die Bevölkerung nur Konsumartikel beziehen kann, welche gemäss Lebensmittelrecht die Gesundheit nicht direkt oder indirekt gefährden und deren Zusammensetzung bzw. Aufmachung nicht täuschend sind. Dazu werden repräsentative Proben erhoben und auf deren Rechtskonformität untersucht. Die Lebensmittelbetriebe werden entsprechend ihrer Risikoklasse regelmässig überprüft. Verstösse werden geahndet.

Um Bevölkerung und Umwelt vor gefährlichen Stoffen und Organismen aus Anlagen und Verkehrswegen bestmöglich zu schützen, werden Betriebseinheiten der Höchststrisikoklasse mit potenziell gefährlichen Chemikalien oder biologischem Material mindestens alle zwei Jahre risikobasiert inspiziert. Der ABC-Schutz berät Einsatzkräfte und Bevölkerung bei allfälligen Ereignissen mit gefährlichen Stoffen.

Das Institut für Rechtsmedizin bietet seinen Auftraggebern aus den Bereichen der Rechtspflege ein umfassendes forensisch-medizinisches und naturwissenschaftlich-kriminalistisches Leistungsangebot wie Abklärungen im Zusammenhang mit aussergewöhnlichen Todesfällen, Untersuchungen und Befunddokumentationen bei Opfern von Körperverletzungsdelikten sowie forensisch-toxikologische Analysen auf Drogen, Alkohol und Medikamente bei verstorbenen Personen, bei in Körperverletzungsdelikte involvierten Personen und bei Strassenverkehrsteilnehmenden. Die forensischen DNA-Analysen ermöglichen mit hoher Sicherheit die Zuordnung von Spuren zu Tatverdächtigen und helfen gemeinsam mit den anderen Untersuchungsverfahren bei der Aufklärung von Straftaten. Die forensisch-chemischen Untersuchungen von Betäubungsmitteln geben Aufschluss über die Reinheit und den Wirkstoff-Gehalt von illegalen Drogen.

Das Veterinäramt sorgt dafür, dass Bevölkerung und Tiere auf dem Kantonsgebiet vor gefährlichen Tieren und anzeigepflichtigen Tierseuchen geschützt sind. Potenziell gefährliche Hunde werden besonders überwacht. Allfällige Hundebisse müssen gemeldet und deren Ursachen abgeklärt werden. Die Hauptaktivitäten der Fachstelle Tierschutz bestehen in der Ausbildung, Beratung und Kontrolle privater Tierhaltungen, gewerbmässiger Wildtierhaltungen, von Zoofachgeschäften und im Bereich der wissenschaftlichen Tierversuche. Die Fleischkontrolle des Kantons Basel-Stadt überwacht die Umsetzung der Tierschutz- und Tierseuchengesetzgebung bei Schlachttieren und die Einhaltung der lebensmittelrechtlichen und tierseuchenpolizeilichen Vorgaben für Fleisch und Schlachtabfälle im Schlachthof Basel-Stadt. Lebende Tiere (kommerzielle Sendungen) werden nur exportiert bzw. importiert, wenn sie vom Veterinäramt für gesund und reisetauglich befunden worden sind.

Die öffentlichen Zahnkliniken sind im Interesse der allgemeinen Gesundheit mit der Zahnpflege für finanziell schwächer gestellte Kinder und Erwachsene beauftragt.

Internet: www.gesundheitsschutz-bs.ch

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Anlagensicherheit und Konsumentenschutz	5.1 Gesundheitsschutz
Bewältigung von Katastrophen, ABC-Ereignissen und ausserordentlichen Lagen	5.1 Gesundheitsschutz
Kontrolle und Ueberwachung von Tieren und Tierprodukten	5.1 Gesundheitsschutz
Rechtsmedizinische Dienstleistungen	5.1 Gesundheitsschutz

Tätigkeiten und Projekte

One health Das one health-Konzept sieht Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen Mensch, Tier und Umwelt, welche sich in der Gesundheit niederschlagen. Durch eine interdisziplinäre Verknüpfung der Abteilungen des Bereichs Gesundheitsschutz inkl. der Zahnkliniken kann ein Mehrwert für die Gesundheit geschaffen werden.

Prävention Hundebisse Im Präventionskurs Kind & Hund, der sehr erfolgreich in sämtlichen Kindergärten des Kantons angeboten wird, lernen die Kinder elementare Regeln, wie sie sich in Alltagssituationen gegenüber Hunden verhalten sollen, damit es nicht zu Bissverletzungen kommt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	78.5	73.8	83.8	83.8	83.8	
Überprüfung Beissvorfälle mit auffälligen Hunden	Anz	88	99	62	90	85	
Abgelehnte Rekurse gg. Verfügungen des Veterinäramtes	Anz	0	0	0	0	0	¹
Anteil kontrollierter Lebensmittelbetriebe im Kanton	%	40	42	48	45	50	
Unters. Proben bei Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen	Anz	26	31	24	25	25	²
Anteil kontrollierter Betriebe	%	33	23	49	40	40	³
Anzahl bearbeiteter Fälle im Institut für Rechtsmedizin	Anz	3'400	4'275	5'690	5'600	5'700	
Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden des IRM ist hoch	%			93	90	90	⁴

Kommentar

- 1 Betreffend Hundehaltung,
- 2 pro 1'000 Einwohner,
- 3 Betriebe, die der Störfall- und Einschliessungsverordnung unterstehen.
- 4 alle zwei Jahre durchgeführte Kundenbefragung.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	14'202.2	14'256.5	14'483.7	227.1	1.6
31 Sachaufwand	5'369.0	5'268.8	5'852.6	583.8	11.1 ¹
33 Abschreibungen Finanzvermögen	4'988.5	33.0	32.5	-0.5	-1.5
36 Eigene Beiträge	20.5	0.0	0.0	0.0	0.0
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	60.0	0.0	0.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	24'640.2	19'558.3	20'368.7	810.4	4.1
40 Steuern	-670.1	-632.0	-632.0	0.0	0.0
42 Vermögenserträge	-494.1	-460.0	-15.0	445.0	96.7 ²
43 Entgelte	-7'059.4	-6'708.0	-7'038.8	-330.8	-4.9 ³
46 Beiträge für eigene Rechnung	-322.6	-326.2	-330.8	-4.6	-1.4
4 Ertrag	-8'546.2	-8'126.3	-8'016.7	109.6	1.3
Ordentlicher Nettoaufwand	16'093.9	11'432.0	12'352.0	920.0	8.0
davon Produktgruppe(n):					
Anlagensicherheit und Konsumentenschutz	6'340.2	6'215.6	6'288.3	72.7	1.2
Katastrophenbewältigung/ABC-Ereignissen/ausserordentl. Lagen	1'956.0	2'051.3	2'203.0	151.6	7.4
Rechtsmedizinische Dienstleistungen	2'480.0	2'389.7	2'516.8	127.1	5.3
Kontrolle und Ueberwachung von Tieren und Tierprodukten	5'317.7	775.4	1'343.9	568.6	73.3

Kommentar

- 1 Aufgrund der Verselbständigung der Spitäler mussten die dem GD verrechneten Umlagekosten neu auf weniger Dienststellen verteilt werden. Im Falle der Dienststelle Gesundheitsschutz führte dies zu einer Mehrbelastung von rund 150'000 Franken. Im Kantonalen Labor sowie im Institut für Rechtsmedizin besteht zudem ein Mehrbedarf von rund 180'000 Franken an Analysegeräten und -substanzen aufgrund erhöhter Nachfrage (vgl. Fussnote 3). Die Energiekosten werden im Budgetjahr ebenfalls rund 50'000 Franken höher ausfallen.
- 2 Aufgrund der Veräusserung des Schlachthofs verliert das auf dem Schlachthofareal domizillierte Veterinäramt Mieteinnahmen von 450'000 Franken.
- 3 Die erhöhte Nachfrage bei Laboranalysen wird Mehreinnahmen von rund 170'000 Franken generieren.

e-tierversuche Zur Verwaltung und Bewilligungserteilung im Bereich der Tierversuche wird die neue Software „e-tierversuche“ des Bundesamtes für Veterinärwesen eingeführt. e-tierversuche ermöglicht die direkte Eingabe der Gesuche über das Internet, deren Bearbeitung durch die Kommission und anschliessend die Verwaltung der Bewilligungen sowie das Meldewesen im Bereich der Tierversuche. In einer Einführungsphase sollen die Benutzer mit dieser Anwendung vertraut gemacht werden. Die Schnittstellen zu den bereits bestehenden Systemen der Unternehmen werden geschaffen.

Evaluation eines neuen Standorts für das Institut für Rechtsmedizin und das Kantonale Laboratorium Das 50 Jahre alte Gebäude des Instituts für Rechtsmedizin (IRM) Basel ist mit der heutigen Mitarbeiterzahl an seine Kapazitätsgrenze gestossen. Das Raumangebot ist für die Anforderungen in Dienstleistung und Wissenschaft aller Bereiche (forensische Medizin und Genetik sowie Toxikologie und forensische Chemie) nicht mehr ausreichend. Bereits jetzt müssen für gewisse Aufgabengebiete ergänzende Standorte gesucht werden. Die räumliche Situation bedeutet auch, dass das Leistungsangebot des IRM nicht erweitert werden kann. Erforderliche Anpassungen in der Rechtsmedizin können so nicht mehr realisiert und neue Herausforderungen nicht mehr angenommen werden. Ein neuer Standort ist daher auch aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit sowie der kundengerechten und zeitgemässen Erstellung der rechtsmedizinischen Dienstleistungen notwendig. Im Weiteren ist zu erwarten, dass die Universität in naher Zukunft zum Ausbau der Life Science Anspruch auf die Räumlichkeiten des IRM an der Pestalozzistrasse erheben wird.

Das über 100-jährige Gebäude des Kantonalen Laboratoriums (KL) ist sowohl bezüglich Raumangebot wie auch Infrastruktur limitiert. Eine Fusion mit dem Kantonslabor Basel-Landschaft wird zugunsten einer Ausgestaltung der Analytik Nordwestschweiz nicht realisiert. Daher wird eine innerkantonale Zusammenlegung der Laborinfrastrukturen der beiden Abteilungen IRM und KL angestrebt. Insbesondere kann damit eine Vernetzung des Fachwissens im Bereich chemische und molekularbiologische Analytik gestärkt werden.

Öffentliche Zahnkliniken

GD-720

Der Aufgabenbereich der öffentlichen Zahnkliniken umfasst die soziale Zahnpflege für Kinder, die im Kanton Basel-Stadt Wohnsitz haben, die regelmässige und unentgeltliche Durchführung von gruppenprophylaktischen Massnahmen (Instruktionen und Informationen über Zahnreinigung und Kariesprophylaxe) sowie eine sich daraus ergebende einmalige individuelle Beratung. Zum Leistungsspektrum der Schulzahnkliniken Basel und Riehen gehören weiter die jährliche kostenlose Kontrolle des Gebisses und die Behandlung der erkrankten Zähne gegen Entgelt gemäss UVG-Tarif. Bei entsprechendem Anspruch (in Analogie zur Verbilligung der Krankenkassenprämien) werden Reduktionen auf den Rechnungsbetrag gewährt.

Die Volkszahnklinik steht vorab allen nicht mehr schulpflichtigen Kantonsseinerinnen und -einwohnern mit Reduktionsberechtigung zur umfassenden zahnärztlichen Behandlung und Betreuung offen. Anspruch auf einen gestaffelt reduzierten Tarif gemäss Zahnpflegegesetz haben alle Personen, die in Basel-Stadt Beiträge zu den Krankenkassenprämien erhalten. Die übrigen Einwohnerinnen und Einwohner können sich in der Volkszahnklinik behandeln und betreuen lassen, soweit dies die Auslastung des Klinikbetriebs zulässt. Die Verrechnung der Leistungen erfolgt gemäss UVG-Tarif.

Die öffentlichen Zahnkliniken haben neben der Durchführung der sozialen Zahnpflege auch die Aufgabe, als Weiter- und Fortbildungsstätte für diplomierte Zahnärztinnen und Zahnärzte und weitere Berufsangehörige aus dem zahnmedizinischen Bereich zu wirken. Im Weiteren werden 15 Dental-Assistentinnen und eine Büroassistentin ausgebildet.

Internet: www.zahnkliniken.bs.ch

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Zahnmedizinische Betreuung	5.3 Gesundheitsversorgung

Tätigkeiten und Projekte

Die zahnmedizinische Betreuung beinhaltet Leistungen für die zahnmedizinische Prophylaxe und die Behandlung.

Zahnmedizinische Prophylaxe Im Bereich der zahnmedizinischen Prophylaxe wird der Eindämmung der Kleinkinder-Karies weiterhin hohe Priorität eingeräumt. So wird die Kooperation für die Früh-Prophylaxe nicht nur innerhalb des Gesundheits- und des Erziehungsdepartements vorangetrieben, sondern auch mit den lokalen Zahnärztesgesellschaften und den Kinderärztinnen und Kinderärzten vertieft. Neu wird mit einem Fluoridlack der Schutz der neu durchbrechenden Zähne (mit noch nicht ausgereiftem Zahnschmelz) vor Zerstörung gestärkt. Somit sind später oft die bisher durchgeführten Fissurenversiegelungen nicht mehr notwendig.

Zahnmedizinische Behandlung Die zahnmedizinischen Behandlungskriterien richten sich nach dem Leistungsstandard der Schweizerischen Zahnärztesgesellschaft sowie den Behandlungsempfehlungen der Vereinigung der Kantonszahnärzte und -zahnärztinnen der Schweiz für die soziale Zahnmedizin. Die Behandlungen haben das Ziel, die Kaufähigkeit mit wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen Therapiemassnahmen zu erhalten oder wieder her zu stellen. Eine ausreichende Mundhygiene muss während 18 Monaten positiv beurteilt werden, bevor grössere Sanierungen oder kieferorthopädische Massnahmen durchgeführt werden.

Kooperation in der Zahnmedizin mit der Universität Basel Der Aufbau eines zahnmedizinischen Dienstleistungszentrums an einem neuen gemeinsamen Standort wird mittels einer Machbarkeitsstudie geprüft. Im Vordergrund steht die Nutzung von Synergien in der Behandlung und sowie in der Lehre und Forschung durch eine Zusammenführung der universitären Zahnkliniken Basel mit den Öffentlichen Zahnkliniken des Kantons Basel-Stadt. Daraus abgeleitete erste Schritte einer gestaffelten Zusammenführung sind zu planen und schrittweise umzusetzen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	93.3	95.2	95.0	95.0	95.0
Anteil Kinder mit Empfehlung Kariesbehandlung MZ/bleib.Z	%	14.14	13.58	14.00	14.00	14.00
Prozentuale Veränderung Kariesindex im Vergleich zum Vorjahr	%	0.0	-11.0	0.0	0.0	0.0
Anteil Garantieleistungen (zahnärztliche Leistungsqualität)	%	0.93	0.88	1.0	1.0	1.0

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	11'674.2	12'328.7	12'681.0	352.3	2.9 ¹
31 Sachaufwand	2'652.4	2'463.7	2'454.0	-9.6	-0.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	81.2	56.9	60.0	3.2	5.5
36 Eigene Beiträge	2'952.5	2'654.1	2'700.0	45.9	1.7
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	17'360.3	17'503.3	17'895.1	391.7	2.2
42 Vermögenserträge	-2.5	-1.0	-2.4	-1.4	-140.0
43 Entgelte	-11'574.4	-11'919.3	-12'087.7	-168.3	-1.4 ²
4 Ertrag	-11'576.9	-11'920.3	-12'090.1	-169.7	-1.4
Ordentlicher Nettoaufwand	5'783.4	5'583.0	5'805.0	222.0	4.0
davon Produktgruppe(n):					
Zahnmedizinische Betreuung	5'783.4	5'583.0	5'805.0	222.0	4.0

Kommentar

- 1 Durch die Nutzung räumlicher Ressourcen im Gebäude der Volkszahnklinik am Claragraben 95 für eine neue Aussenstelle der Schulzahnklinik für Jugendzahnmedizin kann neu der Nachfrage nach Behandlungen im Bereich der Kinder- und Jugendzahnmedizin besser entsprochen werden. Diese Massnahme führt zu einer Erhöhung des Personalaufwands um ca. 0.3 Mio. Franken.
- 2 Als neue Abteilung unterliegt die Jugendzahnmedizin einer gewissen Anlaufzeit. Deshalb wurden die Einnahmen lediglich um 0.162 Mio. Franken höher budgetiert.

Gesundheitsversorgung

GD-730

Der Bereich Gesundheitsversorgung ist verantwortlich für die Sicherstellung der Spitalversorgung sowie für die Gewährleistung der Pflege und Betreuung von Betagten in Heimen, Tagesstätten oder durch Spitex-Einrichtungen. Der Bereich Gesundheitsversorgung umfasst drei Abteilungen:

Die Abteilung Langzeitpflege plant, koordiniert und beaufsichtigt die Anbieter von Pflege-, Hilfs- und Spitexangeboten für Betagte im Kanton Basel-Stadt und ist für die Vermittlung von Pflegeplätzen im Kanton Basel-Stadt zuständig.

Die Abteilung Spitalversorgung plant die bedarfsgerechte Versorgung der baselstädtischen Bevölkerung mit stationären Spitalleistungen mittels Spitalliste und Leistungsaufträgen. Systematische Qualitätssicherung in den Spitälern und Versorgungsmonitoring sind die Instrumente zur Sicherung einer hochstehenden medizinischen Versorgung.

Die Abteilung Projekte und Services leitet und unterstützt die Umsetzung von Schlüsselprojekten im Gesundheitswesen. Sie deckt die Querschnittsfunktionen des Bereichs (Finanzen, Recht, Sekretariat) ab und ist zuständig für die Erstellung des Gesundheitsversorgungsberichts des Kantons Basel-Stadt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Bedarfs-, kosten- und qualitätsgerechte Langzeitpflege	5.3 Gesundheitsversorgung
Medizinische Versorgung Leistungseinkauf	5.3 Gesundheitsversorgung

Tätigkeiten und Projekte

Gesundheitsversorgungsbericht Durch die Neuordnung der Pflegefinanzierung (2011) und der Spitalfinanzierung (2012) ändern sich Strukturen, Abläufe und Finanzierungsmechanismen zum Teil grundlegend. Damit in der immer komplexeren Materie weiterhin eine umfassende Information von Parlament und Öffentlichkeit garantiert ist, wird ein neues Berichtsinstrument - der Gesundheitsversorgungsbericht über Spitäler, Pflegeheime, Tagespflegeheime und Spitex-Einrichtungen im Kanton Basel-Stadt - erstellt.

Neuordnung der Spitalfinanzierung Ab dem 1. Januar 2012 gelangen die Regeln der neuen Spitalfinanzierung zur Anwendung. Aufgrund der grösseren Freizügigkeit ist der Kanton verpflichtet, Beiträge an Spitalbehandlungen zu entrichten, unabhängig davon, wo diese stattfinden (inner- oder ausserkantonale bzw. öffentliches oder privates Spital). Der Bereich Gesundheitsversorgung ist zuständig für die Abwicklung dieser Kantonsbeiträge und die Ausrichtung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen an die Spitäler. Dies führt insgesamt zu neuen Finanzierungsströmen, indem der ONA der verselbstständigten öffentlichen Spitäler weg fällt. Alle Spitäler erhalten Beiträge für stationäre Spitalbehandlungen und gemeinwirtschaftliche Leistungen aus dem Budget des Bereichs Gesundheitsversorgung.

Qualitätsmonitoring in den Spitälern des Kantons Basel-Stadt Um die Qualitätssicherung der medizinischen Versorgung im Kanton zu gewährleisten, werden die Qualitätssicherungsbestrebungen auf Bundesebene, welche das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und der Nationale Verein für Qualitätssicherung in Spitälern und Kliniken (ANQ) vorgeben, durch die vom Bereich Gesundheitsversorgung geleitete Fachgruppe Qualität koordiniert und umgesetzt. Für das Jahr 2012 sind unter anderem Messungen zur Patientenzufriedenheit in sämtlichen Akutspitälern und spezifische Messungen in Institutionen der Rehabilitation und der Psychiatrie geplant.

Versorgungsmonitoring Ein systematisches Monitoring der stationären Versorgung soll überprüfen, ob die in den Spitälern erbrachten Leistungen den erteilten Leistungsaufträgen entsprechen und die Patienten quantitativ und qualitativ richtig versorgt werden. Speziell untersucht wird einerseits, ob partielle Probleme der Unterversorgung bestehen und ob andererseits keine zu grosszügige Indikationsstellung im Hinblick auf eine maximale Auslastung der Infrastruktur der Spitäler erfolgt. Das Versorgungsmonitoring soll ab dem 1. Januar 2012 operativ tätig werden.

Ausbau der Pflegeangebote Die neuesten Zahlen des Statistischen Amtes Basel-Stadt zeigen, dass der Höhepunkt des Pflegeplatzbedarfs noch nicht erreicht ist. Ab 2020 wird sogar wieder mit

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Prognose	Prognose	
		2008	2009	2010	2011	2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.5	16.25	22.9	24.0	26.4	1
Stationäre Fälle Privatspitäler	Anz	5'957	6'245	7'000	7'300	7'500	2
Pflegetage Zusatzversicherte mit Kantonsbeitrag	Anz	90'351	95'965	93'500	92'500	91'000	
Durchschnittliche Wartezeit für Eintritt in Pflegeheime	Tg	77	88	75	80	78	

Kommentar

- 1 Drei neue Stellen sind notwendig zur Sicherstellung der Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung.
- 2 Es handelt sich um innerkantonale Patientinnen und Patienten in der allgemeinen Abteilung.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	3'120.0	3'742.9	4'068.2	325.4	8.7
31 Sachaufwand	713.9	1'087.7	1'083.8	-3.9	-0.4
36 Eigene Beiträge	190'111.7	192'669.5	501'436.0	308'766.5	160.3
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	193'945.6	197'500.0	506'588.0	309'088.0	156.5
43 Entgelte	-36.6	-35.0	-35.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-36.6	-35.0	-35.0	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	193'909.1	197'465.0	506'553.0	309'088.0	156.5
davon Produktgruppe(n):					
Bedarfs-, kosten- und qualitätsgerechte Langzeitpflege	99'167.0	104'947.0	112'808.5	7'861.5	7.5
Medizinische Versorgung Leistungseinkauf	94'742.0	92'518.0	393'744.5	301'226.5	325.6

Kommentar

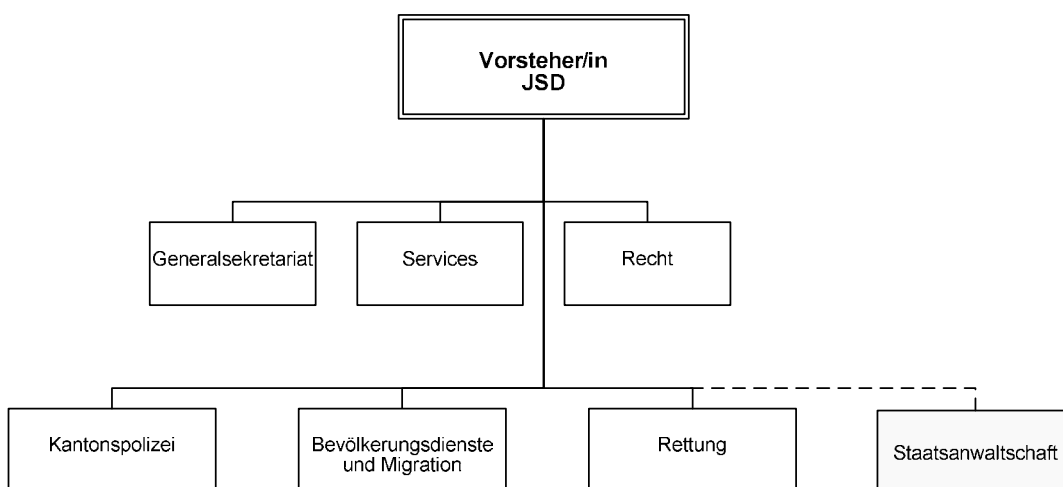
- 1 Die Budgeterhöhung um 342'000 Franken beinhaltet bewilligte Stellen, die für die Bewältigung von zusätzlichen Aufgaben aufgrund der Neuordnung der Spitalfinanzierung notwendig sind (Rechnungskontrolle und -abwicklung, Versorgungsmonitoring).
- 2 Die Beiträge steigen um 308.8 Mio. Franken (+160%) aufgrund der Neuordnung der Spitalfinanzierung sowie der Pflegefinanzierung. Im Budget enthalten sind neu die Mittel für den Kantonsanteil an die stationäre Behandlungen von 262 Mio. Franken und für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler von 125 Mio. Franken. Andererseits fallen bisherige Beiträge an Spitäler im Umfang von 86.0 Mio. Franken weg (Privatspitalsubventionen und Sockelbeiträge). Für die Einzelposition „Pflegefinanzierung“ mussten die Mittel aufgrund einer Neuaufteilung zwischen dem Amt für Sozialbeiträge und der Dienststelle um 8 Mio. Franken erhöht werden, zusätzliche 1.0 Mio. mussten für die erhöhte Nachfrage budgetiert werden.

einem deutlicheren Anstieg gerechnet. Umso mehr ist es zu begrüßen, dass verschiedene Bauherrschaften Neu- bzw. Ersatzbauten mit grösserem Platzangebot und zeitgemässen Ausbaustandard planen. Vermehrt sind auch Spezialrichtungen - beispielsweise für an einer starken Demenz leidenden Pflegeheimbewohnende - zu errichten. Der Kanton Basel-Stadt fördert die Projekte mit Bausubventionen. Laufend überprüft und bei Bedarf angepasst wird das Angebot an besonderen Pflegeplätzen, unter anderem auch für Personen mit Migrationshintergrund.

Aufsicht und Qualitätssicherung bei Spitex-Anbietern Mit der wachsenden Anzahl an Spitex-Anbietern steigen auch die Anforderungen an die Aufsicht und Qualitätssicherung. Regelmässige und ausserordentliche Kontrollen stellen die Qualität der Leistungserbringung und die Einhaltung von vertraglichen Vereinbarungen sicher.

4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

JSD-501/1	Generalsekretariat JSD	208
JSD-501/2	Services	210
JSD-501/3	Recht	212
JSD-506	Kantonspolizei	214
JSD-509	Rettung	217
JSD-510	Bevölkerungsdienste und Migration	219
JSD-520	Staatsanwaltschaft	221



Finanzen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	214.2	220.4	224.3	3.9	1.7 ¹
31 Sachaufwand	81.1	88.8	94.3	5.5	6.2 ²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1.1	3.5	3.8	0.3	8.2 ³
36 Eigene Beiträge	2.5	5.5	5.5	0.0	0.6
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	0.1	0.1	0.1	-0.0	-40.0
Total Aufwand	299.1	318.3	328.0	9.6	3.0
40 Steuern	-30.8	-30.9	-30.8	0.1	0.3
42 Vermögenserträge	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-87.4	-93.1	-96.2	-3.1	-3.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-3.6	-3.5	-3.4	0.1	3.3 ⁴
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-0.1	0.0	-0.1	-0.1	0.0
Total Ertrag	-122.0	-127.5	-130.5	-3.0	-2.3
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	177.1	190.8	197.5	6.7	3.5
5 Ausgaben Investitionen	4.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	4.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- Die Abweichung von 3.9 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2011 lässt sich wie folgt begründen: Durch den ersten Schritt der vom Regierungsrat beabsichtigten stufenweisen Stellenaufstockung bei der Kantonspolizei entstehen 1.4 Mio. Franken Personalaufwendungen (12 Stellen). Die kantonale Teuerung und Ausweitung der Ferienregelung sind mit 1.8 Mio. Franken zu beziffern. Der neue Ratschlag zur Parkraumbewirtschaftung (Bewirtschaftung der Parkräume und Kontrolle des ruhenden Verkehrs) sieht im Personalbereich Mehraufwendungen von 0.4 Mio. Franken vor. Mehraufwendungen von 0.3 Mio. Franken hängen mit der Registerharmonisierung (detailliertere Erfassung im Einwohneramt) zusammen.
- Die Abweichung von 5.5 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2011 lässt sich wie folgt begründen: Im Bereich Bevölkerungsdienste und Migration wirkt sich die Aufwandsteigerung im Strafvollzug mit 4.0 Mio. Franken negativ aus. Die weiterverrechneten kantonalen Dienstleistungen des Rechenzentrums und die Aufwendungen für die Benutzung des Geoinformationssystems belasten das Budget mit 0.5 Mio. Franken. Mit der neuen Parkraumbewirtschaftung und der verstärkten polizeilichen Bewirtschaftung der Brennpunkte entstehen total 0.5 Mio. Franken mehr Sachaufwendungen. Die restliche Abweichung von 0.5 Mio. Franken ist unter anderem auf den erhöhten Betriebs- und Inkassoaufwand zurückzuführen.
- Die Abweichung ist einerseits auf den etappierten Budgettransfer von 0.2 Mio. Franken des Strafgerichts (infolge der neuen eidgenössischen Strafprozessordnungen) und andererseits auf die erhöhte Abschreibung infolge der revidierten Polizeiverordnung und Strassenverkehrsverordnung zurückzuführen.
- Die Vollzugsaufträge der Bundesbehörden im Migrations- und Asylbereich sind rückläufig. Damit sinken auch die entsprechenden Einnahmen.

Generalsekretariat JSD

JSD-501/1

Der Bereich Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements (JSD). Er stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den anderen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit den Verantwortlichen für Kommunikation und Information, den Verantwortlichen für die Politikvorbereitung und das Beschwerdewesen unterstützt das Generalsekretariat die operativen Bereiche. Die Fachstelle Halt-Gewalt erbringt vernetzt Leistungen zur Gewaltverminderung (häusliche Gewalt). Mit Geldern aus dem Swisslos-Fonds werden schwergewichtig regionale Projekte und Vorhaben in Kultur und Sport sowie im Sozialen unterstützt.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Generalsekretariat JSD	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat unterstützt den Departementsvorsteher in allen strategischen Geschäften, die nicht den operativen Bereichen zugeordnet sind. Seine Tätigkeiten sind zudem geprägt vom politischen Tagesgeschäft und von administrativen Arbeiten. Daneben stehen für das Generalsekretariat im Jahr 2012 die folgenden Schwerpunkte an:

Umsetzung Informations- und Datenschutzgesetz Mit der Schaffung von Grundlagen zur Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips gemäss Informations- und Datenschutzgesetz gilt es deren Praktikabilität in der täglichen Kommunikation zu implementieren und die dafür zuständigen Akteure in den Bereichen zu schulen.

Social Media Die Kommunikation JSD prüft im Auftrag des Departementsvorstehers die Eignung von Social Media als mögliche Mittel der Departementskommunikation.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	16.6	12.6	11.1	11.7	11.7
Eingegangene Beschwerden	Anz	87	82	75	95	100
- davon ganz oder teilweise gutgeheissen	%	25.3	26.8	26.7		
Gesuche an den Swisslos-Fonds	Anz	483	509	556	500	600
- davon bewilligt	%	43.6	44.8	43.7		
Medienmitteilungen	Anz	612	604	650	600	650

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	1'910.2	1'836.4	1'887.8	51.4	2.8
31 Sachaufwand	441.5	390.5	425.5	35.0	9.0
36 Eigene Beiträge	1'434.6	1'508.9	1'508.9	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'786.2	3'735.8	3'822.2	86.4	2.3
42 Vermögenserträge	-32.5	-29.5	-29.5	0.0	0.0
43 Entgelte	-385.8	-389.9	-395.0	-5.2	-1.3
4 Ertrag	-418.3	-419.4	-424.5	-5.2	-1.2
Ordentlicher Nettoaufwand	3'367.9	3'316.5	3'397.7	81.2	2.4
davon Produktgruppe(n):					
Generalsekretariat JSD	3'367.9	3'316.5	3'397.7	81.2	2.4

Services

JSD-501/2

Vom Bereich Services werden die Unterstützungsaufgaben in den Gebieten Finanzen, Personal, Gebäudemanagement, Logistik und Informatik für das gesamte Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) wahrgenommen bzw. koordiniert. Zudem stellt der Bereich Services die Controllingunterstützung sicher und übernimmt verschiedene betriebswirtschaftliche und projektbezogene Aufgaben für die Departementsleitung und die operativen Bereiche.

Als übergeordnete Zielsetzung soll der Bereich Services für effiziente betriebswirtschaftliche Abläufe im Departement sorgen und einen wesentlichen Beitrag zum optimalen Einsatz der vorhandenen personellen, finanziellen, materiellen und räumlichen Ressourcen leisten.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Services	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Die Tätigkeiten des Bereichs Services sind geprägt vom Tagesgeschäft und vielen Projekten zugunsten der internen Kunden. Im Jahr 2012 stehen die folgenden grösseren Vorhaben im Vordergrund:

Projekt UMIS Das Projekt Umbau und Instandsetzung des Spiegelhofes (UMIS) zielt zum einen darauf ab, die Einsatzzentrale der Kantonspolizei und die Führungsräumlichkeiten der Kantonalen Krisenorganisation (KKO) am Standort Spiegelhof gemäss den Kriterien der Lifeline-Gebäude erdbebentüchtig zu machen. Im gleichen Zug sollen die beiden heute räumlich getrennten Zentralen der Kantonspolizei - die Einsatz- und die Verkehrsleitzentrale - zusammengeführt und auf den neusten Stand der Technik gebracht werden. Das gesamte Projekt soll in der zweiten Hälfte des Jahres 2016 abgeschlossen sein. Für 2012 sind das Vorprojekt und die Arbeiten am Ratschlag für den Baukredit geplant.

Risikomanagement Mit dem Risikomanagement werden neben den finanziellen und operativen Risiken auch die strategischen und rechtlichen Risiken überwacht und gesteuert. Mit einer Berichterstattung informiert der Bereich Services die JSD-Geschäftsleitung über den Stand der Umsetzungsmassnahmen.

Management-Informationssystem (MIS) Das Departement will sein Controlling mittelfristig zu einem vorausschauenden und an Massnahmen orientiertes Führungs- und Steuerungsinstrument über alle Stufen der Leitungshierarchie hinweg entwickeln. Der Bereich Services ermittelt, wie die Arbeiten an den umfangreichen Berichten und Analysen beschleunigt oder automatisiert werden könnten. Eine weitere Frage ist, ob und wie diese Berichte und Analysen den Anwenderinnen und Anwendern direkt durch Analyseinstrumente und Management-Cockpits zugänglich gemacht werden könnten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	43.2	70.0	75.1	80.6	80.7
Lehrstellen im Departement	Anz	21	24	25	26	27
Raumkosten (Miete, Reinigung, Nebenkosten) pro m2	Fr	291	306	311	315	312
Betreute Mitarbeiterdossiers im Personaldienst pro Stelle	Anz	147	200	207	199	193
Betreute Arbeitsplätze pro Mitarbeiter im PC-Support	Anz	194	205	223	225	225

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	9'195.6	9'990.1	10'319.3	329.2	3.3 ¹
31 Sachaufwand	5'404.5	5'227.2	6'287.8	1'060.6	20.3 ²
32 Passivzinsen	0.6	0.0	0.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	14'600.7	15'217.3	16'607.1	1'389.8	9.1
43 Entgelte	-1'738.2	-1'629.0	-1'810.0	-181.0	-11.1
4 Ertrag	-1'738.2	-1'629.0	-1'810.0	-181.0	-11.1
Ordentlicher Nettoaufwand	12'862.5	13'588.3	14'797.1	1'208.8	8.9
davon Produktgruppe(n):					
Services	12'862.5	13'588.3	14'509.3	921.0	6.8

Kommentar

- Die Abweichung im Vergleich zum Budget 2011 begründet sich durch eine zusätzliche Stelle aufgrund des Grossprojektes UMIS (Umbau und Instandsetzung Spiegelhof) und die allgemeine Teuerung.
- Die Abweichung von rund 1 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2011 lässt sich wie folgt begründen: Die innerdepartementale Zusammenführung von Aufwendungen (Sicherheitsanlagen Waaghof, IT-Kosten) erhöht den Sachaufwand um 0.4 Mio. Franken. Zudem sind 0.5 Mio. Franken auf die weiterverrechneten kantonalen Dienstleistungen des Rechenzentrums und die Aufwendungen für die Benutzung des Geoinformationssystems zurückzuführen. Weiter fallen in der neuen Inkassoabteilung höhere Aufwendungen für Porti (0.1 Mio. Franken) als bisher angenommen an.

Recht

JSD-501/3

Der Bereich Recht des Justiz- und Sicherheitsdepartements (JSD) ist eine Stabsstelle des Vorstehers JSD und setzt sich zusammen aus der Rechtsabteilung sowie dem Handelsregisteramt. Zudem gehören diverse Kommissionen (Justizkommission, Opferhilfekommission, Nomenklaturkommission, Bewertungskommission) und die Notariatsprüfungsbehörde zum Bereich Recht.

Zu den juristischen Dienstleistungen beziehungsweise Aufgaben der Rechtsabteilung gehören im Wesentlichen die juristische Beratung des Regierungsrates, der Departemente und des Grossen Rates, die Ausarbeitung von Erlassen und (Staats-)Verträgen sowie die Einholung entsprechender Vernehmlassungen und die Einarbeitung berechtigter Anliegen, die juristische Bearbeitung politischer Geschäfte (Initiativen, Motionen, Interpellationen, Anzüge, schriftliche Anfragen), die Führung der Gesetzessammlung von Kanton und Gemeinden, die Instruktion von Rekursverfahren und die Ausarbeitung von Rekursentscheiden des Departements, die Vertretung von Rekursverfahren vor richterlichen Instanzen von Bund und Kanton und die Ausarbeitung entsprechender Stellungnahmen, die Aufsicht über das Zivilstandsamtswesen sowie über das Handelsregisteramt, die Behandlung von Namensänderungen sowie die Bewältigung von Aufgaben im Zusammenhang mit den bei der Rechtsabteilung angesiedelten Kommissionen (Justizkommission, Opferhilfekommission, Nomenklaturkommission, Bewertungskommission) und der Notariatsprüfungsbehörde. Es werden weiter Vernehmlassungen zu Erlassentwürfen des Bundes und anderer Departemente verfasst.

Das Handelsregisteramt ist in seinem Aufgabengebiet für die Umsetzung von Bundesrecht verantwortlich.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Recht	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Rechtsabteilung Zu den wichtigsten Tätigkeiten und Projekten der Rechtsabteilung gehören die Arbeiten zur Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) sowie zum Feuerwehrgesetz. Den Entwurf des Feuerwehrgesetzes hat der Regierungsrat vor den Sommerferien 2011 dem Grossen Rat überwiesen. Parallel zur parlamentarischen Beratung werden die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erarbeitet. Bei der Umsetzung des im Informations- und Datenschutzgesetz verankerten Öffentlichkeitsprinzips in der kantonalen Verwaltung wird die Rechtsabteilung eine Beratungs- und Unterstützungsfunktion wahrnehmen. Die Rechtsabteilung wirkt ferner mit in Arbeitsgruppen des Departementes für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) zur Umsetzung der Änderung des Zivilgesetzbuches im Bereich des Erwachsenenschutzrechts. Diese Arbeiten müssen 2012 abgeschlossen werden.

Handelsregisteramt Zu den besonderen Projekten des Handelsregisteramtes gehört im Jahr 2012 die systematische Bereinigung des Handelsregisters von „Registerleichen“ bei den Rechtsformen Kollektiv- und Kommanditengesellschaften sowie in- und ausländischen Zweigniederlassungen. Die Einführung einer Plattform für die Entgegennahme, Verarbeitung und Archivierung elektronischer Eingaben wird im 2012 ebenso im Zentrum stehen. Daneben gehört wie bereits in den Vorjahren die Umsetzung der im 2008 eingeführten neuen gesellschaftlichen Revisions- und Organisationsvorschriften zu den hauptsächlichen Amtstätigkeiten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	16.6	26.6	26.4	26.1	21.5	1
Eingegangene Rekurse JSD	Anz	168	216	197	230	240	
Gesuche um Namensänderung	Anz			192	195	195	
Formelle Prüfung der Erlasse für Kanton und Gemeinden	Anz			231	240	240	
Rechtliche Zulässigkeit von Initiativen und Motionen	Anz			29	30	30	
Vorgenommene Eintragungen im Handelsregister	Anz	7'490	9'838	8'483	9'000	9'000	
Ausgestellte beglaubigte Handelsregister-Auszüge	Anz	6'400	6'834	6'554	6'800	6'500	

Kommentar

1 Die Veränderung geht auf die Ausgliederung der Aufsichtsbehörde BVG- und Stiftungsaufsicht per 1. Januar 2012 zurück.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	3'927.0	3'998.0	3'372.6	-625.4	-15.6
31 Sachaufwand	758.6	366.7	351.9	-14.8	-4.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	19.4	15.0	19.0	4.0	26.7
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'705.0	4'379.7	3'743.5	-636.2	-14.5
43 Entgelte	-3'296.8	-3'046.7	-2'184.0	862.7	28.3
4 Ertrag	-3'296.8	-3'046.7	-2'184.0	862.7	28.3
Ordentlicher Nettoaufwand	1'408.3	1'333.1	1'559.5	226.4	17.0
davon Produktgruppe(n):					
Recht	1'408.3	1'333.1	1'559.5	226.4	17.0

Kommentar

1 Die Aufsichtsbehörde BVG und Stiftungsaufsicht wird per 1. Januar 2012 aus der kantonalen Verwaltung ausgegliedert (öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit); dies wird zu Mindereinnahmen von 0.9 Mio. Franken führen.

Kantonspolizei

JSD-506

Gemäss allgemeinem Auftrag des Polizeigesetzes §1 sorgt die Kantonspolizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Einhaltung des Gesetzes: präsent zu sein, Aufklären, Informieren sowie Intervenieren und Vermindern von Ordnungsverstössen; Aufnehmen, Beraten und Intervenieren bei objektiven und subjektiven Problemlagen; Sicherstellen und Optimieren des Verkehrsflusses; positive Einflussnahme auf das Verkehrsverhalten, Regeln der Verkehrszulassungen von Personen und Fahrzeugen; rasches und zielgerichtetes Intervenieren bei Delikten; Ermitteln, Fahnden nach Personen und Sachen; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitungen; Begrenzen des illegalen Aufenthaltes und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Federführung in der Ereignisbewältigung in ausserordentlichen Lagen (Kantonale Krisenorganisation).

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Katastrophenvorsorge und -einsätze	6.1 Sicherheit und Ordnung
Prävention	6.1 Sicherheit und Ordnung
Querschnittsdienstleistungen	6.1 Sicherheit und Ordnung
Sicherheitspolizei	6.1 Sicherheit und Ordnung
Spezialformationen	6.1 Sicherheit und Ordnung
Verkehrsmanagement	6.1 Sicherheit und Ordnung

Tätigkeiten und Projekte

Personal Der Regierungsrat hat im Frühjahr 2011 beschlossen, das Budget der Kantonspolizei in den Jahren 2012 bis 2015 stufenweise aufzustocken. Die Kantonspolizei soll in diesem Zeitraum 45 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten einstellen können, um Brennpunkte verstärkt polizeilich zu bewirtschaften und einzelne Aufgaben auszubauen. Von den 45 neuen Stellen sollen 36 auf den so genannten Einsatzzug fallen. Um weitere neun Stellen soll die Prävention aufgestockt werden. Davon sollen drei dem Community Policing und sechs den Präventionsbereichen Jugend- und Präventionspolizei (JPP) sowie Kriminal- und Verkehrsprävention zukommen.

Im Jahr 2012 wird der Headcount der Kantonspolizei um zwölf Stellen erhöht. Acht dieser Stellen kommen dem Einsatzzug, drei dem Dienst für Prävention und eine dem Community Policing zugute.

Katastrophenvorsorge und -einsätze

Erdbebenvorsorge Der Kanton Basel-Landschaft hat das ursprünglich partnerschaftlich ausgerichtete Projekt Erdbebenvorsorge sistiert. Deshalb werden die weiteren Tätigkeiten vorerst im Alleingang erfolgen.

Gefährdungsanalyse Die im Jahre 2008 initiierte Gefährdungsanalyse befindet sich im Jahr 2012 in der dritten und letzten Phase. In dieser formuliert die Kantonale Krisenorganisation (KKO) Massnahmen, um die in der Analyse identifizierten Defizite zu beheben.

Querschnittsdienstleistungen

Alarmierung Gemeinsam mit den anderen Blaulichtorganisationen bringt die Kantonspolizei mit dem Projekt Alarmierung im Jahr 2012 ihre Mannschaftsalarmsysteme auf den neusten Stand.

Polizeiposten Gundeldingen Der Polizeiposten Gundeldingen genügt nicht mehr den heutigen Anforderungen - namentlich mit Blick auf die Kundenfreundlichkeit. Die Kantonspolizei prüft daher im Jahr 2012 mögliche Massnahmen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	886.3	842.2	870.3	807.4	831.8	1
Subjektives Sicherheitsempfinden der Bevölkerung	Wert	3.2	3.2	3.2	>=3.2		2
Mobilitätsszufriedenheit der Bevölkerung	Wert	3.2	3.2	3.2	>=3.2		3
Erwartete Hilfsbereitschaft	Wert	3.4	3.4	3.4	>=3.4		4
Erhaltung oder Erhöhung der Verkehrssicherheit	Anz	3.34	3.0	2.4	<=3.0		5

Kommentar

- Die Prognose 2012 berücksichtigt hauptsächlich den ersten Ausbauschritt (12 Stellen) der vom Regierungsrat beabsichtigten stufenweisen Stellenaufstockung für die verstärkte Bewirtschaftung der Brennpunkte, die Parkraumbewirtschaftung (4 Stellen) und 4.9 Stellen für den Ausgleich der Ferienansprüche.
- Basiert auf der Frage der KONSU Umfrage 2009: „Ich fühle mich sicher und vertraue der Polizei.“ Note 1-4 (4 = sehr einverstanden, 1 = gar nicht einverstanden). Die KONSU Umfrage wird seit 1983 durchgeführt und seit dem Jahr 2000 im Dreijahresrhythmus.
- Basiert auf der Frage der KONSU Umfrage 2009: „Wie sicher fühlen Sie sich als VerkehrsteilnehmerIn im Kantonsgebiet.“ Note 1-4 (4 = sehr sicher, 1 = gar nicht sicher). Die KONSU Umfrage wird seit 1983 durchgeführt und seit dem Jahr 2000 im Dreijahresrhythmus.
- Basiert auf der Frage der KONSU Umfrage 2009: „Wie hat sich die Polizei Ihnen gegenüber am Telefon verhalten?“ Note 1-4 (4 = sehr hilfsbereit, 1 = sehr abweisend). Die KONSU Umfrage wird seit 1983 durchgeführt und seit dem Jahr 2000 im Dreijahresrhythmus.
- Anzahl Verletzte und Tote pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	121'356.4	110'442.1	113'076.9	2'634.8	2.4
31 Sachaufwand	22'671.7	25'048.4	25'355.5	307.1	1.2
32 Passivzinsen	0.5	0.0	0.0	0.0	0.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	208.1	145.0	295.0	150.0	103.4
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	144'236.7	135'635.5	138'727.4	3'091.9	2.3
40 Steuern	-30'830.0	-30'892.0	-30'800.0	92.0	0.3
42 Vermögenserträge	-12.6	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-38'501.8	-35'973.8	-39'286.0	-3'312.2	-9.2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-994.8	-432.6	-492.6	-60.0	-13.9
4 Ertrag	-70'339.2	-67'298.4	-70'578.6	-3'280.2	-4.9
Ordentlicher Nettoaufwand	73'897.6	68'337.1	68'148.9	-188.3	-0.3
davon Produktgruppe(n):					
Sicherheitspolizei	45'694.5	49'181.8	49'653.9	472.1	1.0
Spezialformationen	19'627.2	21'806.6	23'022.3	1'215.7	5.6
Verkehrsmanagement	-19'674.7	-17'172.5	-19'787.4	-2'614.8	-15.2
Prävention	3'256.9	3'576.8	4'130.3	553.5	15.5
Katastrophenvorsorge und -einsätze	1'244.5	1'344.6	1'311.7	-32.9	-2.4
Querschnittsdienstleistungen	23'749.2	9'599.8	9'818.1	218.3	2.3
5 Ausgaben Investitionen	2'047.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	2'047.1	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- Die Abweichung von 2.6 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2011 lässt sich mehrheitlich wie folgt begründen: Durch den ersten Schritt der vom Regierungsrat beabsichtigten stufenweisen Stellenaufstockung für die verstärkte polizeiliche Bewirtschaftung der Brennpunkte entstehen 1.4 Mio. Franken Personalaufwendungen (12 Stellen). Die Teuerung und die Ausweitung der kantonalen Ferienregelung sind mit 0.9 Mio. Franken zu beziffern. Wegen der neuen Parkraumbewirtschaftung wurden Mehrkosten von 0.4 Mio. Franken im Personalbereich budgetiert - namentlich für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs.

2 Aufgrund der revidierten Polizeiverordnung und Strassenverkehrsverordnung ist mit erhöhten Abschreibungen zu rechnen.

Sicherheitspolizei

Mobile Polizeiwache Die Kantonspolizei beschafft ein Fahrzeug, das sie als mobile Polizeiwache umbaut. Damit kann sie an belebten Orten sichtbar präsent sein.

Verkehrsmanagement

Motorfahrzeugsteuer Wenn der Grosse Rat die Gesetzesvorlage zur Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer gutheisst, wird sich die Abteilung Verkehr der Kantonspolizei mit der Umsetzung beschäftigen. Das Vorhaben geht auf die Motion Beat Jans zurück. Es zielt darauf ab, umweltfreundlichere Fahrzeuge mit einem Bonus zu belohnen und umweltschädlichere Fahrzeuge mit einem Malus zu belasten.

Parkraumbewirtschaftung Bei einem Ja des Kantonsparlamentes zum Rahmenkredit für die neue Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Basel ist die Kantonspolizei, insbesondere die Abteilung Verkehr, vor allem nach der Umsetzung betroffen - namentlich durch die Erweiterung der Kontrollaufgaben.

Verkehr 2012 Mit dem Projekt Verkehr 2012 wird die Abteilung Verkehr auf ihre Effektivität und Effizienz (Aufbau- und Ablauforganisation) überprüft. Der Fokus richtet sich dabei thematisch auf die Verkehrssicherheit. Ein weiteres Ziel ist, die Dienstleistungen durch eine attraktive E-Government-Lösung kundenfreundlicher anzubieten.

Rettung

JSD-509

Zu den Aufgaben des Bereiches Rettung gehören: Gewährleisten von Schutz und Sicherheit; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Einsatzvorbereitung; Betreiben der Einsatzzentralen 118 und 144; dauernde Gewährleistung von Rettungs-, Brandbekämpfungs-, Chemiewehr-, Ölwehr- und Pioniereinsätzen sowie Hilfeleistung und Bergung in Notlagen; Begrenzen von Schäden und Vermindern von Eskalationen bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Unruhen, Terrorismus); Durchführen von Notfall-, Kranken- und Verlegungstransporten; Erarbeiten und Durchführen vorbeugender Massnahmen, Sicherstellen der präklinischen Notfallversorgung; Administration der Wehrpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Sicherstellen der Grund-, Aus- und Weiterbildung der Zivilschutzpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Erbringen von Dienst- und Logistikleistungen zu Gunsten des Justiz- und Sicherheitsdepartements und Dritter.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Einsatzkoordination	6.2 Rettung
Einsatzunterstützung	6.2 Rettung
Feuerwehr	6.2 Rettung
Sanität	6.2 Rettung

Tätigkeiten und Projekte

Die Tätigkeiten des Bereichs Rettung sind geprägt vom Tagesgeschäft. Im Jahr 2012 stehen zudem die folgenden grösseren Vorhaben an:

Sicherheitsverbund Unter der Leitung des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) findet im Mai 2012 die Stabsübung Seismo statt. Ihr Szenario sieht ein Erdbeben in der Region Basel vor. An der Übung sind alle Kantone - Hauptgewicht haben Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn - sowie die betroffenen Behörden der angrenzenden deutschen und französischen Gebiete beteiligt. Die Stabsübung gehört zu den Anstrengungen des Bundes, die Zusammenarbeit seiner Sicherheitsinstrumente und jenen der Kantone zu intensivieren und zu verbessern.

Gesamtschweizerische Weiterbildung Im Jahr 2012 findet in Basel zum dritten und letzten Mal die gesamtschweizerische Weiterbildung Sanitätsdienstliche Führung Grossereignis (SFG) für Rettungssanitäter und Notärzte statt. Der Bereich Rettung wird wie in den Jahren 2010 und 2011 für die organisatorische Durchführung besorgt sein, bevor das Mandat ab 2013 an die Stadt Bern übergeht.

Einsatzkoordination

Alarmierung Der Bereich Rettung ist am departementalen Projekt Alarmierung beteiligt. Die Blaulichtorganisationen bringen ihre Mannschaftsalarmierungssysteme auf den neusten Stand.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	237.9	236.1	235.0	241.8	239.0
Betreute Angehörige Armee/Zivilschutz	Anz	15'318	12'459	13'188	12'300	12'400
Aktive Dienstleistende im Zivilschutz	Anz	2'100	1'936	1'943	1'700	1'700
Interventionszeit der Feuerwehr <=13 Min.	%	92	94	95	94	95
Einsätze von Berufs- und Bezirksfeuerwehr	Anz	2'353	2'288	2'158	2'420	2'250
Interventionszeit der Sanität <=10 Min.	%	92	92	91	90	91
Einsätze der Sanität	Anz	20'918	18'879	17'816	19'000	18'500

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	34'171.8	33'402.5	34'207.2	804.7	2.4
31 Sachaufwand	11'360.3	12'189.8	11'949.5	-240.3	-2.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	709.6	792.0	756.4	-35.6	-4.5
36 Eigene Beiträge	97.0	0.0	100.0	100.0	0.0
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	135.9	100.0	60.0	-40.0	-40.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	46'474.6	46'484.3	47'073.1	588.8	1.3
42 Vermögenserträge	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-24'551.4	-24'467.9	-24'787.8	-319.9	-1.3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'546.3	-1'418.6	-1'485.6	-67.0	-4.7
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-97.0	0.0	-100.0	-100.0	0.0
4 Ertrag	-26'194.9	-25'886.5	-26'373.4	-486.9	-1.9
Ordentlicher Nettoaufwand	20'279.7	20'597.8	20'699.7	101.9	0.5
davon Produktgruppe(n):					
Sanität	3'156.6	3'147.4	3'332.5	185.0	5.9
Führungsunterstützung	33.3	43.4	41.8	-1.6	-3.8
Einsatzunterstützung	10'303.7	10'528.2	10'414.7	-113.5	-1.1
Feuerwehr	3'997.1	4'178.3	4'132.1	-46.2	-1.1
Katastrophenvorsorge und -einsatz	2'789.1	2'700.5	2'778.6	78.1	2.9
5 Ausgaben Investitionen	1'608.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	1'608.7	0.0	0.0	0.0	0.0

Bevölkerungsdienste und Migration

JSD-510

Der Bereich Bevölkerungsdienste und Migration übernimmt vielfältige Aufgaben im Dienste der Öffentlichkeit. Das Einwohner- und Zivilstandsamt regelt das Meldewesen im Einwohnerbereich und führt das Einwohner- und das Personenstandsregister. Es hält Ziviltrauungen ab, stellt Ausweise und Dokumente für die Kundschaft aus und erfasst die dafür nötigen biometrischen Daten. Es verwaltet Fundsachen und ist Kontakt- und Triagestelle für Fragen rund um die kantonale Verwaltung.

Das Migrationsamt erteilt Einreise-, Aufenthalts- und Grenzgängerbewilligungen und ist zuständig für Aufenthaltsverlängerungen. Es ist die erste Anlaufstelle für ausländische Staatsangehörige, die sich einbürgern lassen wollen. Bei Personen, die ihr Aufenthaltsrecht verwirkt haben und nicht freiwillig ausreisen, leitet das Migrationsamt die erforderlichen Vollzugshandlungen ein. Es fungiert als Strafverfolgungsbehörde im Ausländerrecht.

Das Amt für Justizvollzug betreibt Gefängnisse im Auftrag der zuständigen Behörden und sichert damit die laufenden Untersuchungs-, Gerichts- und Migrationsverfahren. Es plant und vollzieht gerichtlich angeordnete Strafen und Massnahmen und leistet Bewährungshilfe.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Einwohner- und Zivilstandsamt	6.3 Bevölkerungsdienste und Migration
Gefängnisse	6.3 Bevölkerungsdienste und Migration
Migrationsamt	6.3 Bevölkerungsdienste und Migration
Stabs- und Rechtsdienste	6.3 Bevölkerungsdienste und Migration

Tätigkeiten und Projekte

Die Arbeit des Bereichs Bevölkerungsdienste und Migration wird auch im 2012 von der Umsetzung neuer Bundesvorgaben geprägt sein, namentlich im Tätigkeitsfeld des Migrations- und Einwohneramts.

Migrationsamt

Bürgerrechtsgesetz Wenn die eidgenössischen Räte das vollständig revidierte Bürgerrechtsgesetz gutheissen, müssen die kantonalen Bürgerrechtserlasse angepasst werden. Der Gesetzesentwurf nennt unter anderem verbindliche Voraussetzungen für die Einbürgerung und räumt Doppelspurigkeiten zwischen den Behörden im dreistufigen Einbürgerungsverfahren aus.

Strafvollzug und Gefängnisse

Kurze Freiheitsstrafen Seit Frühling 2011 wird im Ausschaffungsgefängnis provisorisch eine Station für den Vollzug kurzer Freiheitsstrafen freigestellt. Da die Belegungszahlen im Untersuchungsgefängnis voraussichtlich auch im Jahr 2012 hoch bleiben, wird das Provisorium weitergeführt.

Untersuchungsgefängnis Der Ersatz sämtlicher Fenster im Insassenbereich des Untersuchungsgefängnisses (Zellen, Aufenthaltsräume usw.) stellt die Gefängnisleitung auch im Jahr 2012 vor eine grosse Herausforderung. So müssen stationsweise Ausgliederungen vorgenommen und externe Unterbringungen der Insassen sowie erhöhte Sicherheitsmassnahmen realisiert werden. Die Arbeiten dauern seit 2011 und werden sich bis ins Jahr 2013 erstrecken.

E-Files Im Amt für Justizvollzug wird die heutige Software E-Files für den Strafvollzug durch eine in mehreren Kantonen eingesetzte Standard-Software abgelöst. Mit den künftigen Schnittstellen zu den Fachanwendungen der Gerichte und der Staatsanwaltschaft können Synergien gewonnen, Doppelerfassungen reduziert und die Datenqualität verbessert werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	217.4	200.0	197.8	208.3	210.3
Durchschnittliche Wartezeit im Kundenzentrum	Min	8	13	22	17	17
Ausgestellte Pässe und Identitätskarten	Anz	27'361	24'965	26'582	25'000	24'000
Ziviltrauungen	Anz	929	909	934	920	920
Bearbeitete Gesuche um Einbürgerung	Anz	1'150	732	470	900	700
Einreiseentscheide (über 3 Monate)	Anz	10'750	7'396	7'039	10'000	7'500
Gutgeheissene Rekurse der Ausländerbehörde (Fremdenpolizei)	Anz	2	5	4	8	5
Vollzugstage Straf- und Massnahmenvollzug	Anz	73'552	75'812	82'214	76'000	80'000

Kommentar

1 Neue Berechnung mit absoluten Zahlen (Empfang und Kabine). Aufgrund der Terminvergabe bei den Pässen/ID-Karten sind die Wartezeiten der vorsprechenden Kundschaft kürzer geworden. Im Gegensatz dazu müssen die Kunden aber länger warten, bis sie einen Termin zur Biometrierfassung erhalten.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	26'044.7	25'324.9	25'738.2	413.3	1.6
31 Sachaufwand	33'909.2	37'760.8	41'941.0	4'180.3	11.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	77.7	90.2	88.7	-1.5	-1.7
36 Eigene Beiträge	923.7	374.0	309.0	-65.0	-17.4
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	60'955.2	63'549.8	68'076.9	4'527.1	7.1
42 Vermögenserträge	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-15'114.7	-14'975.4	-15'256.9	-281.5	-1.9
46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'062.7	-1'036.0	-793.1	242.9	23.5
4 Ertrag	-16'177.7	-16'011.4	-16'050.0	-38.6	-0.2
Ordentlicher Nettoaufwand	44'777.5	47'538.4	52'027.0	4'488.5	9.4
davon Produktgruppe(n):					
Stabs- und Rechtsdienste	229.2	291.0	280.1	-10.9	-3.8
Einwohner- und Zivilstandsamt	3'368.4	3'388.4	3'787.3	398.9	11.8
Migrationsamt	3'106.8	4'391.2	4'053.7	-337.5	-7.7
Gefängnisse	10'416.4	11'740.9	12'027.4	286.5	2.4
Strafen und Massnahmen	27'656.7	27'727.0	31'878.6	4'151.6	15.0
5 Ausgaben Investitionen	335.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	335.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

1 Die Abweichung von 4.2 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2011 ist mehrheitlich wie folgt zu begründen: Die Konkordatskonferenz Strafvollzug Nordwest- und Innerschweiz hat beschlossen, bei den Kostgeldern eine Teuerungsanpassung von 3,4% (0.9 Mio. Franken) vorzunehmen. Die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) hat neu eine Finanzierung der Bildung im Strafvollzug festgelegt, was zu einer zusätzlichen Belastung von 0.2 Mio. Franken führt. Mehraufwendungen von 0.9 Mio. Franken sind auf einen deutlichen Anstieg der Vollzugstage und auf eine grössere Anzahl aufwandsintensiverer Massnahmen zurückzuführen. Ferner sind die Tarifierhöhungen der Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) für die Jahre 2011 (nicht im Budget 2011 enthalten) und 2012 von +15% bzw. +23% aufzuführen, welche Mehrkosten von 0.5 Mio. Franken bzw. 1.5 Mio. Franken generieren werden. Die verbleibende Überschreitung ist primär mit erhöhten Aufwendungen für die weiterverrechneten Kosten des ZID (Zentrale Informatikdienste) für Wartung und Softwareanpassungen zu begründen (0.1 Mio. Franken).

2 Die Vollzugsaufträge der Bundesbehörden im Migrations- und Asylbereich sind rückläufig.

Staatsanwaltschaft

JSD-520

Aufgrund von Anzeigen, von Amtes wegen oder auf Ersuchen auswärtiger Strafverfolgungsbehörden untersucht die Staatsanwaltschaft Sachverhalte hinsichtlich ihrer strafrechtlichen Relevanz. Die Ermittlungen/Untersuchungen betreffen sowohl die Fälle der allgemeinen Kriminalität wie auch der Wirtschafts- oder Jugendkriminalität. Die Sachverhaltsfeststellungen dienen der Initiierung und als Grundlage eines strafrechtlichen Verfahrens und des Entscheides über den Abschluss des Vorverfahrens durch die Staatsanwaltschaft in Form einer Anklageerhebung, eines Strafbefehls oder eines Einstellungsbeschlusses. Im Bereich der Jugendkriminalität werden von der Jugendanwaltschaft auch erstinstanzliche Urteile gefällt.

Durch eine materiell und formell korrekte, rechtsgenügende und zeitgerechte Feststellung des relevanten Sachverhalts und eine entsprechende Darstellung und Bewertung des Ermittlungsergebnisses in Anklagen, Strafbefehlen oder Einstellungsbeschlüssen leistet die Staatsanwaltschaft einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts zur Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrheitsfindung.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Stawa Entscheide	6.5 Strafverfolgung
Stawa Ermittlungen	6.5 Strafverfolgung

Tätigkeiten und Projekte

StPO und JStPO Am 1. Januar 2011 traten die Schweizerische Strafprozessordnung (StPO) und die Jugendstrafprozessordnung (JStPO) sowie die entsprechenden kantonalen Einführungsgesetze mit den zugehörigen Verordnungen in Kraft, welche teilweise erhebliche organisatorische, personelle, räumliche und informatikspezifische Veränderungen bei der Staatsanwaltschaft zur Folge haben. Die Neuerungen, dabei insbesondere die Strafbefehlskompetenz, sind umzusetzen und weiterhin zu optimieren.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	105.0	107.6	106.4	230.2	231.0
Gesamtzahl der Strafanzeigen	Anz	23'783	22'672	21'933		
Hiervon Gewaltdelikte	Anz	1'175	1'364	1'334		
Ausländeranteil Kriminalität	%	55	58	59		
Rückstände	Anz	512	440	454		1

Kommentar

1 Die Rückstände umfassen Verfahren, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt.

Finanzen

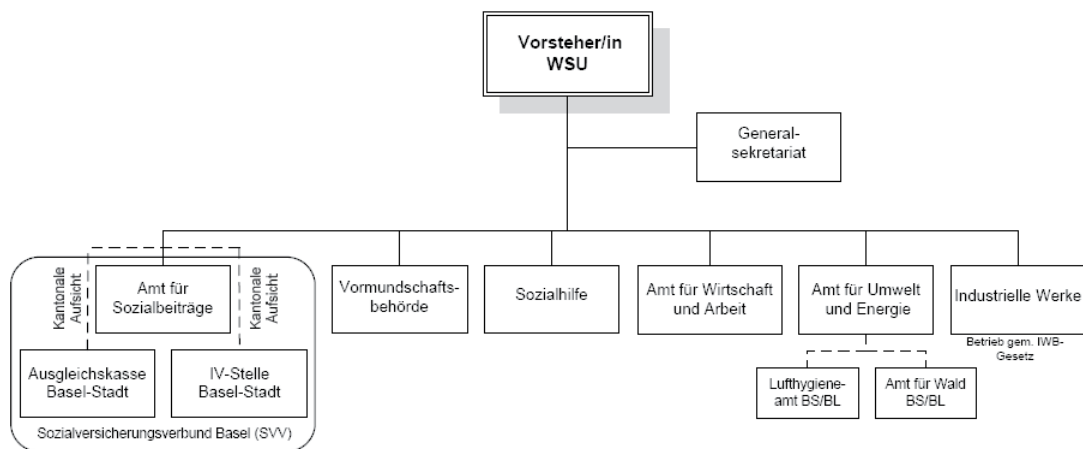
in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	17'639.2	35'424.8	35'666.8	242.1	0.7
31 Sachaufwand	6'578.6	7'848.1	8'032.4	184.3	2.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	83.1	2'460.0	2'630.0	170.0	6.9
36 Eigene Beiträge	0.0	3'600.0	3'600.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	24'300.8	49'332.9	49'929.3	596.4	1.2
43 Entgelte	-3'799.2	-12'636.3	-12'496.3	140.0	1.1
46 Beiträge für eigene Rechnung	0.0	-600.0	-600.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-3'799.2	-13'236.3	-13'096.3	140.0	1.1
Ordentlicher Nettoaufwand	20'501.7	36'096.6	36'833.0	736.4	2.0
davon Produktgruppe(n):					
Stawa Ermittlungen	20'093.1	35'013.9	35'728.0	714.1	2.0
Stawa Entscheide	408.5	1'082.7	1'105.0	22.3	2.1

Kommentar

1 Der etappierte Transfer erfolgte seitens Strafgericht für die Bussenumwandlungen und allfällige Kostenerlasse. Dieser ist auf die Schweizerische Justizreform zurückzuführen.

4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

WSU-801	Generalsekretariat WSU	225
WSU-806	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	228
WSU-807	Amt für Sozialbeiträge	231
WSU-821	Vormundschaftsbehörde	233
WSU-822	Sozialhilfe	236
WSU-831	Amt für Umwelt und Energie	239



Finanzen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	99.3	102.7	110.6	7.9	7.7 ¹
31 Sachaufwand	49.0	56.3	55.8	-0.5	-0.9
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1.4	0.8	1.0	0.1	13.6
36 Eigene Beiträge	510.7	568.9	555.9	-13.0	-2.3 ²
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	22.7	19.1	20.1	1.0	5.4
Total Aufwand	683.1	747.9	743.4	-4.5	-0.6
41 Regalien und Konzessionen	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	6.6
42 Vermögenserträge	-1.1	-1.1	-1.1	-0.0	-1.8
43 Entgelte	-90.5	-86.1	-87.9	-1.7	-2.0
46 Beiträge für eigene Rechnung	-173.9	-178.4	-183.5	-5.0	-2.8 ³
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-9.2	-13.9	-15.7	-1.8	-13.0
Total Ertrag	-274.9	-279.6	-288.2	-8.6	-3.1
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	408.3	468.3	455.2	-13.1	-2.8
5 Ausgaben Investitionen	4.1	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Einnahmen Investitionen	-0.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	3.5	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Der höhere Personalaufwand ergibt sich im Wesentlichen aus der Umsetzung des Neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (VB, rund 3.6 Mio. Franken), den Löhnen für die Teilnehmenden im Projekt „Passage“ (AWA rund 1.8 Mio. Franken, Refinanzierung SH), dem höheren Personenbestand angepasste Ressourcen im Migrationsbereich (SH, rund 0.8 Mio. Franken), sowie verschiedenen, den wachsenden Mengen und Anforderungen entsprechende Ressourcenanpassungen (GS, ASB, AUE rund 1.2 Mio. Franken). Die allgemeine Lohnsteigerung 2010 beträgt rund 0.5 Mio. Franken für alle Dienststellen des WSU.
- 2 In der Phase der Budgetierung 2011 (Frühjahr 2010) wurde noch von einer weitgehend schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung und dadurch verursacht höheren Sozialkosten ausgegangen. Mit dem Budget 2012 wird nun dem, sich auch bereits mit der Rechnung 2010 bestätigten, viel positiveren Trend Rechnung getragen. Die darauf basierenden Korrekturen bei den Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen und Beihilfen sowie die Reduktion der Risikobeiträge Krankenkassen (A&L-Massnahme) ergeben zusammen eine Reduktion von rund 20 Mio. Franken. Dagegen mussten im Bereich Sozialhilfe (höhere Unterstützungskosten aufgrund exogener Faktoren) und Migration (höherer Personenbestand) höhere Beiträge budgetiert werden (rund 5.1 Mio. Franken). Zudem erhöht eine buchungstechnische Verschiebung (ergebnisneutral, von 31 zu 36) diese Position um rund 1.3 Mio. Franken.
- 3 Die gestiegenen Beiträge stehen in direktem Zusammenhang mit den höheren Aufwänden im Bereich der vom Bund mitfinanzierten Leistungen (Migration, Prämienverbilligungen, Ergänzungsleistungen).

Generalsekretariat WSU

WSU-801

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt es für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Informatik und Recht unterstützt es den Departementsvorsteher und die Dienststellen des Departementes für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU), damit das Departement leistungsfähig ist und die gesetzlichen und politischen Vorgaben erfolgreich umsetzen kann.

Fachlich zuständig ist das Generalsekretariat auch für das Dossier Luftverkehr. Im Zentrum steht das Geltendmachen der Interessen des Kantons Basel-Stadt im Hinblick auf eine wirtschaftlich und betrieblich stabile Entwicklung des EuroAirports unter Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Anwohnerschaft des Flughafens. Darüber hinaus betreut das Generalsekretariat das Verhältnis des Kantons zur Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft (BPG). Generell stellt das Generalsekretariat das Beteiligungsmanagement für die dem WSU zugeordneten Betriebe (insbesondere die Industriellen Werke Basel IWB sowie die Schweizerischen Rheinhäfen SRH) sicher und nimmt die Eigentümerinteressen gegenüber diesen selbstständigen Einheiten wahr.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Beteiligungen Betriebe	7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt
Unterstützungsleistungen WSU	9.6 Führungsunterstützung und Kommunikation

Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat WSU wird im Budgetjahr in allen seinen Querschnittsbereichen stark involviert sein in die Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts des Bundes, das eine grundsätzliche neue Organisation der bisherigen Vormundschaftsbehörde zur Folge hat. Daneben engagiert sich das Generalsekretariat in verschiedenen gesamtkantonalen Projekten etwa bezüglich Geschäftskontrolle und Dokumentenmanagement oder auch zu Standards und Leistungen in der Informatik und im HR-Bereich.

Beteiligungen Betriebe

Die Hafен- und Stadtentwicklung in Kleinhüningen wird auch im Budgetjahr ein wichtiges Dossier für die Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) sein. Im Hinblick auf die strategische Entwicklung der SRH steht zudem die Vertiefung der Kooperation mit den Nachbarhäfen im Oberrheingebiet im Vordergrund.

Auf Basis der per Ende 2009 abgeschlossenen zweiten Leistungsvereinbarung für die Jahre 2010 bis 2014 wird die Entwicklung der Basler Personenschiffahrt (BPG) fortgesetzt mit dem Ziel, die Ertragskraft des Unternehmens zu stärken und die Rolle der BPG im Freizeit- und Touristikangebot von Basel zu akzentuieren.

Zentrales Thema bei den Industriellen Werken Basel (IWB) ist die Umsetzung der neuen strategischen Vorgaben des Verwaltungsrats, wie sie im zweiten Leistungsauftrag an die IWB für die Periode vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2014 fixiert wurden, insbesondere mit einem forcierten Ausbau des Portfolios im Bereich der sog. neuen erneuerbaren Energien (Sonne, Wind). Neben den Investitionsaktivitäten werden die regelmässigen Genehmigungen vor allem der Energietarife im Zentrum der Begleitung der IWB stehen.

Die Schwerpunkte in Bezug auf den EuroAirport erfahren im Budgetjahr keine Änderungen: Nach wie vor zentral bleiben die Fragen des am EuroAirport gültigen Arbeits- und Steuerrechts und die Gestaltung der flankierenden Rahmenbedingungen zur Gewährleistung eines möglichst guten Lärm- und Umweltschutzes.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.42	23.65	28.45	29.70	29.25	
Eingegangene Rekurse	Anz	199	267	247	320	320	¹
Anteil Standard PC-Arbeitsplätze im WSU	%	97.0	100.0	97.0	99.0	99.0	²
Anteil Rekursentscheide innert drei Monaten nach Eintreffen	%	76.0	71.0	67.0	80.0	75.0	³
Passagieraufkommen EuroAirport (in Mio.)	Anz	4.26	3.85	4.10	4.00	4.90	⁴

Kommentar

- 1 Analog laufendes Jahr 2011, Reduktion erst ab 2013 wegen neuem Kindes- und Erwachsenenschutzrecht.
- 2 Die Standardisierung wird im Rahmen der kantonalen Koordination weiter vorangetrieben.
- 3 In den vergangenen Jahren konnte die Vorgabe von 80 Prozent aus verschiedenen Gründen (u.a. Anzahl eingegangener Rekurse) nicht eingehalten werden. Somit erfolgt Anpassung an Realität, wobei das interne Ziel vorgegeben wurde, die bisherigen Werte zu verbessern.
- 4 Seit Ende 2010 / Beginn 2011 beschleunigt sich das Passagierwachstum am EuroAirport erheblich. Grund ist die schnell wachsende Reisenachfrage aus der Schweiz (starker Franken), dem die Fluggesellschaften mit einem Ausbau des Streckennetzes begegnen. Für 2012 wird eine Fortsetzung dieses Trends erwartet.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	4'147.7	4'980.6	5'456.1	475.5	9.5 ¹
31 Sachaufwand	2'943.2	6'291.8	6'809.7	517.9	8.2 ²
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	475.0	475.0	475.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	7'565.9	11'747.4	12'740.8	993.4	8.5
43 Entgelte	-10'775.5	-11'695.5	-11'471.5	223.9	1.9 ³
46 Beiträge für eigene Rechnung	-2'800.0	-2'800.0	-2'800.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-13'575.5	-14'495.5	-14'271.5	223.9	1.5
Ordentlicher Nettoaufwand	-6'009.5	-2'748.1	-1'530.7	1'217.4	44.3
davon Produktgruppe(n):					
Beteiligungen Betriebe	-12'759.4	-13'243.6	-12'636.0	607.6	4.6
Unterstützungsleistungen WSU	6'749.8	10'495.5	11'105.3	609.8	5.8

Kommentar

- 1 Anpassung Recht und Informatik an wachsendes Rekursaufkommen und grössere Zahl von IT-Usern im WSU, vor allem auch als Konsequenz der Organisationsveränderung im Vormundschaftsbereich.
- 2 Erhöhung Sachaufwand vor allem wegen Vorgabenerhöhung für neue Informatik-Querschnittsleistungen ZID und Grundbuch- und Vermessungsamt. Zudem Veränderung bei der Verrechnung von Informatik-Pflichtleistungen ZID.
- 3 Einerseits Mindereinnahmen wegen Weitergabe eines Teils der IWB-Konzessionsgebühr an die Gemeinden Riehen und Bettingen (gemäss Verordnung vom 21. Dezember 2010 605'000 Franken von 11 Mio. Franken). Andererseits Mehreinnahmen durch Verrechnung von Informatik-Kosten an den Bund.

Unterstützungsleistungen

Die vom Generalsekretariat erbrachten Unterstützungsleistungen sind möglichst effektiv und orientiert an den Bedürfnissen der in- und externen Kundinnen und Kunden auszurichten. Dazu gehört insbesondere die Ausfertigung von Rekursentscheiden innert angemessener Frist, ein professionelles Personalmanagement auf Basis der vom Regierungsrat festgelegten Human Resource Management Standards, ein präzises Finanz- und Rechnungswesen sowie die Gewährleistung einer leistungsfähigen und sicheren Informationstechnik im Departement im Rahmen der kantonalen Vorgaben. Grosse Bedeutung hat die prozessuale und betriebswirtschaftliche Unterstützung des Vorstehers im Rahmen

der Eignersteuerung der dem WSU zugeordneten selbstständigen Betriebe und Organisation.

Im Informatikbereich steht die weitere Optimierung und Standardisierung der Support-Prozesse im Vordergrund. Konsolidiert wird insbesondere die Server-Landschaft des WSU. Daneben wird die IT WSU in diverse Organisationsprojekte im WSU involviert sein, grösstes davon die Gestaltung der IT-Landschaft der Vormundschaftsbehörde (VB) aufgrund der Veränderungen durch das neue Erwachsenenschutzrecht des Bundes. Letztere Thematik wird auch den HR-Bereich fordern, damit die notwendigen Personalanpassungen in der Nachfolgeorganisation der VB zeitgerecht stattfinden können. Im Bereich der Instrumente für die finanzielle Steuerung und die Management-Unterstützung soll das MIS WSU auf der neuen IT-Plattform breit in Einsatz kommen. Auch die mit der Einführung der neuen Version von CMI Konsul in 2011 begonnene Systematisierung der elektronischen Aktenführung wird fortgesetzt.

Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

WSU-806

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ist für Arbeitgebende, Arbeitnehmende und Arbeitssuchende die zentrale Anlaufstelle in Basel-Stadt.

Das AWA bewilligt die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, je nach Herkunft mit Zustimmung der Bundesbehörden, und erarbeitet die Grundlagen der kantonalen Wirtschafts-, Tourismus- und Medienpolitik. Es fördert die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Basel.

Stellensuchende und arbeitslose Menschen werden vom AWA beraten und vermittelt. Die Unterstützung erfolgt finanziell (Arbeitslosenversicherung) und mit Massnahmen zur Verbesserung der Qualifikation.

Das AWA berät und kontrolliert Arbeitgebende bezüglich Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Einhaltung der Arbeitszeiten. Es bewilligt verlängerte Ladenöffnungszeiten sowie Sonntags- und Nachtarbeit. Das AWA ist zuständig für den gewerbmässigen Personalverleih und die private Arbeitsvermittlung, für die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Arbeitgebende und Arbeitnehmende erhalten Beratung in Fragen des Einzel- und Gesamtarbeitsvertrages. Das AWA berät und schlichtet bei Arbeitskonflikten.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Eingliederung in Arbeitsmarkt	7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt
Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt	7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt
Standortförderung Wirtschaft	7.1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Tätigkeiten und Projekte

Die leicht verbesserte Konjunktur dürfte die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr geringfügig sinken lassen. Daher werden Stellen, die im Bereich des Vollzugs der Arbeitslosenversicherung vakant werden, nur noch sehr zurückhaltend besetzt. Der Personalbestand des AWA wird daher leicht sinken.

Das für einige Arten von Arbeitsbewilligungen bestehende Angebot der elektronischen Gesuchseingabe über die Bewilligungsplattform (www.bewilligungen.bs.ch) wurde bisher mit einigen grossen Firmen getestet und hat sich als tauglich erwiesen. Im Budgetjahr soll das bestehende Angebot auf weitere Grosskunden und auf KMU's (Kleinere und Mittlere Unternehmen) ausgeweitet werden.

Eingliederung in den Arbeitsmarkt

Im Verlauf des Budgetjahres kann mit leicht sinkenden Arbeitslosenzahlen gerechnet werden. Der bessere Arbeitsmarkt wird zu einfacheren Stellenvermittlungen führen. Allerdings bleibt die Integration schlecht qualifizierter Arbeitsloser weiterhin schwierig. Die per April 2011 eingeführten Leistungskürzungen der Arbeitslosenversicherung bringt eine Verlagerung hin zur Sozialhilfe, der Bedarf an Qualifikationsmassnahmen für diese Personen dürfte zunehmen. Zusammen mit der Sozialhilfe werden das Lohnmodell iJob und das Projekt Passage weiter verbessert und auch die übrigen arbeitsmarktlichen Massnahmen für sozialhilfeabhängige Personen entsprechend dem Bedarf angepasst. Dabei werden alle Massnahmen demselben Controlling unterstellt.

Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt

Der Bedarf der Schlüsselbranchen an qualifizierten Arbeitskräften ist weiterhin hoch. Dieser kann oftmals nur mit Personen von ausserhalb Europas gedeckt werden. Das AWA setzt sich dafür ein, dass die erforderlichen Arbeitsbewilligungen, welche zahlenmässig begrenzt sind, erteilt werden können. Für den Wirtschaftsstandort ebenfalls sehr zentral ist die speditive Abwicklung der komplexen Plangenehmigungs- und Planbegutachtungsverfahren bei Neubauten durch das Arbeitsinspektorat.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (inkl. refinanzierte Stellen 100%)	Anz	173.5	180.8	186.5	180.3	175.6	1
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	57.3	55.4	63.1	60.5	60.5	
Firmengespräche	Anz	15	13	17	15	15	
Wirkungsindikator gemäss der AVIG-Vereinbarung mit dem seco	%	83	99	94	100	95	2
Stellensuchende (Jahresdurchschnitt)	Anz	4'340	5'356	5'692	5'700	4'600	3
Berufsunfälle auf 1000 Beschäftigte pro Jahr	Anz	46	40	folgt	45	46	4
Erhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen	Anz	1'481	1'176	530	530	530	

Kommentar

- 1 Reduktion der Vollzeitstellen aufgrund leicht sinkender Arbeitslosenzahlen.
- 2 Die zu erzielenden Wirkungen bezüglich einer raschen und dauerhaften Wiedereingliederung der Stellensuchenden werden anhand von vier Wirkungsindikatoren gemessen, welche im Gesamtwirkungsindikator AVIG vereint sind. Der ideale Wert sollte 100 betragen. In den letzten beiden Jahren erzielte der Kanton Basel-Stadt gute Werte, trotzdem war die Prognose 2011 leicht zu hoch angesetzt. Der Indikator wurde deshalb und aufgrund der IST-Zahlen für die Prognose 2012 etwas nach unten korrigiert.
- 3 Anzahl ohne allfällige stellensuchende GrenzgängerInnen (neue EU-VO 883/04, evt. in Kraft ab 1. Januar 2012). Aufgrund der guten Wirtschaftslage und der Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG-Revision) per 1. April 2011 wurden gut 500 Personen ausgesteuert, ist die Prognose 2012 um 1'100 Stellensuchende tiefer als im Budget 2011.
- 4 Die Kennzahl des Jahres 2010 ist erst im späteren Verlauf des Jahres 2011 verfügbar.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%	
30 Personalaufwand	22'517.6	24'534.9	26'223.0	1'688.2	6.9	1
31 Sachaufwand	10'567.9	12'860.1	13'848.0	987.9	7.7	2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	49.2	32.5	43.0	10.5	32.3	
36 Eigene Beiträge	7'864.8	8'423.6	8'760.3	336.7	4.0	3
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	11'106.0	8'095.0	8'100.0	5.0	0.1	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	52'105.5	53'946.0	56'974.2	3'028.2	5.6	
43 Entgelte	-6'210.4	-4'254.0	-4'897.2	-643.2	-15.1	4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-19'998.9	-17'398.4	-17'651.9	-253.4	-1.5	5
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-7'447.5	-12'286.0	-13'970.0	-1'684.0	-13.7	6
4 Ertrag	-33'656.8	-33'938.4	-36'519.0	-2'580.6	-7.6	
Ordentlicher Nettoaufwand	18'448.7	20'007.6	20'455.2	447.7	2.2	
davon Produktgruppe(n):						
Standortförderung Wirtschaft	4'027.0	4'025.9	4'462.3	436.4	10.8	
Eingliederung in Arbeitsmarkt	12'663.3	13'694.5	13'742.7	48.2	0.4	
Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt	1'758.4	2'287.2	2'250.2	-37.0	-1.6	
5 Ausgaben Investitionen	750.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen VV (NIV)	750.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

Kommentar

- 1 Das neue Projekt „Passage“ führt gegenüber Budget 2011 zu einem höheren Personalaufwand. Dieser wird jedoch innerhalb der Rechnung des AWA durch Weiterverrechnung (SH)/ Refinanzierung (Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit) kompensiert. Aufgrund des erwarteten Rückgangs der Stellensuchenden wird im AWA selbst mit einem tieferen Personalaufwand gerechnet.
- 2 Verschiedene Anschaffungen und Auslagen für das Projekt „Passage“ führen im Vergleich zum Budget 2011 zu Mehrkosten. Diese werden jedoch durch den Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit refinanziert.
- 3 Der Kantonsbeitrag an die ALV beträgt ab 1.4.11 0.053% (bisher 0.05%) der versicherten Lohnsumme und verursacht Mehrkosten von rund 0.4 Mio. Franken gegenüber Budget 2011.

- 4 Verglichen mit dem Budget 2011 wird mit höheren Einnahmen der Abteilungen Arbeitsbewilligungen, des Arbeitsintegrationszentrums, sowie Weiterverrechnungen von Projektkosten EURES-T an andere Kantone der Nordwestschweiz gerechnet.
 - 5 Der gegenüber Budget 2011 höhere Ertrag ist im Wesentlichen der Saldo aus der Weiterverrechnung der Lohnkosten der KlientInnen im Projekt „Passage“ an die Sozialhilfe und den tieferen Beiträgen des Bundes aufgrund der rückläufigen Anzahl Stellensuchender.
 - 6 Die Kosten des Projekts „Passage“ führen im Vergleich zum Budget 2011 zu einer höheren Entnahme aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
-

Ziel ist es, die Sicherheit der neu geschaffenen Arbeitsplätze zu gewährleisten. Die Arbeitsmarktbeobachtung im Rahmen der flankierenden Massnahmen sowie die Schwarzarbeitsbekämpfung bilden weiterhin einen Schwerpunkt. In beiden Bereichen bestehen Leistungsvereinbarungen mit dem Bund, die für das Budgetjahr aktualisiert werden.

Standortförderung Wirtschaft

Die Nordwestschweizer Innovationsförderung i-net innovation networks wird aufgebaut, ihre Leistungen können im Budgetjahr sukzessive angeboten werden. Im Rahmen der Neuen Regionalpolitik werden insbesondere mit dem Kanton Jura weitere Projekte konzipiert und umgesetzt. Das AWA beteiligt sich aktiv an der Erarbeitung eines Teilrichtplans für das Gebiet Hafen Kleinhüningen/Klybeck. Unter Federführung der Handelskammer beider Basel und gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft wird ein inhaltliches und räumliches Konzept für einen Standort Basel des geplanten Schweizer Innovationsparks erarbeitet und kommuniziert. Gemeinsam mit Partnern inner- und ausserhalb der Verwaltung wird eine Kongressstrategie für den Standort Basel erarbeitet. Die Gespräche mit dem Kanton Aargau betreffend die Kooperation in der Standortpromotion werden fortgeführt.

Amt für Sozialbeiträge

WSU-807

Das Amt für Sozialbeiträge (ASB) ist Berechnungs- und Auszahlungsstelle für die Ergänzungsleistungen und die kantonalen Beihilfen zur AHV und IV, die Prämienverbilligung sowie die individuellen Mietzinsbeiträge nach kantonalem und eidgenössischem Recht. Es stellt sicher, dass die im Kanton Basel-Stadt krankenversicherungspflichtigen Personen versichert sind. Ebenfalls leistet das ASB Bevorschussung und Inkassohilfe für Alimente.

Im Rahmen des Opferhilfegesetzes (OHG) berechnet und zahlt das ASB die Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen an Opfer von Straftaten aus.

Das ASB ist auch zuständig für die Behindertenhilfe, d.h. für Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Leistungsangebotes für erwachsene Menschen mit Behinderung und betreibt auch die kantonalen Wohnheime und Tageszentren.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Bedarfsabhängige Sozialleistungen	7.2 Soziale Sicherheit
Behindertenhilfe	7.2 Soziale Sicherheit

Tätigkeiten und Projekte

Das ASB arbeitet im Rahmen des Sozialversicherungsverbundes Basel-Stadt (SVV) eng mit der kantonalen Ausgleichskasse und der IV-Stelle zusammen. Im Rahmen von Weiterentwicklungen der EDV sollen Synergien insbesondere zwischen dem ASB und der Ausgleichskasse realisiert werden, wobei das grösste Potenzial bei den Ergänzungsleistungen und der Prämienverbilligung zu orten ist. Unter der Voraussetzung, dass der Grosse Rat im Spätsommer 2011 eine Pauschalisierung der Beihilfen beschliesst, wird das ASB im Budgetjahr seine Abläufe bei den kantonalen Beihilfen vereinfachen können.

Bedarfsabhängige Sozialleistungen

Die Annahmen des Vorjahresbudgets haben sich aufgrund von Hochrechnungen als zu pessimistisch herausgestellt: Grundlage für das Budget 2012 bilden die Hochrechnungen für 2011 sowie moderate Steigerungen der bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Bei den Prämienverbilligungen schlägt sich die ungebremste Kostenentwicklung im Gesundheitswesen auch im Budget nieder: Es ist von einem Prämienanstieg von rund 5 Prozent auszugehen, die voraussichtlich bei den Prämienverbilligungen nachvollzogen werden muss. Die Umsetzung der Beschlüsse des Regierungsrats zur Verbesserung der Situation von Working-Poor-Familien (siehe Stellungnahme vom 3. Februar 2010 zum Anzug Rita Schiavi Schächli betreffend Einführung einer ergänzenden Kinderzulage) erfolgt voraussichtlich im Budgetjahr, wobei das Inkrafttreten frühestens auf Anfang des Jahres 2013 festgesetzt wird.

Behindertenhilfe

Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben Ende 2009 ein neues gemeinsames Behindertenkonzept verabschiedet, das sie in den nächsten Jahren zusammen umsetzen wollen. Im Budgetjahr sollen die rechtlichen Grundlagen für den Systemwechsel erarbeitet und verschiedene Pilotprojekte zur praktischen Anwendung der Leistungskataloge, der individuellen Bedarfsermittlung und der übergeordneten Steuerung weitergeführt werden. Diese Arbeiten erfolgen weiterhin partnerschaftlich mit Basel-Landschaft.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	80.92	196.69	236.28	236.70	250.30	1
Personen mit Ergänzungsleistungen (EL)	Anz	12'906	13'180	13'339	13'500	13'500	
Personen mit Prämienverbilligungen (ohne EL)	Anz	24'568	26'851	26'745	27'500	27'500	
Max. gutgeheissener Einsprachen EL	Anz	53	57	75	60	70	2
Max. vollständig gutgeheissener Einsprachen IPV	Anz	19	15	12	20	20	

Kommentar

- 1 Erhöhung Plafonds Headcount (HC) gegenüber Vorjahr um 12.6 Stellen bei den Behinderteninstitutionen (Springer erhalten neu HC-relevante Verträge und nachträglicher Transfer vom GD). Eine Stelle ist für Aufgaben im Zusammenhang mit der neuen Pflegefinanzierung vorgesehen, die dem GD weiterbelastet wird.
- 2 Aufgrund der Zahlen der Rechnung 2010 und der ersten Hochrechnung 2011 wurde der Wert für Budget 2012 gegenüber Budget 2011 leicht nach oben korrigiert.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt					
30 Personalaufwand	30'507.7	30'813.6	31'581.5	767.9	2.5
31 Sachaufwand	6'042.0	6'849.5	7'014.5	165.1	2.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'237.1	750.0	800.0	50.0	6.7
36 Eigene Beiträge	365'792.1	418'937.0	398'720.0	-20'217.0	-4.8
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	403'578.8	457'350.0	438'116.0	-19'234.0	-4.2
42 Vermögenserträge	-9.4	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-21'058.9	-18'457.5	-18'714.5	-257.0	-1.4
46 Beiträge für eigene Rechnung	-131'941.8	-138'852.9	-140'975.5	-2'122.6	-1.5
4 Ertrag	-153'010.0	-157'310.4	-159'689.9	-2'379.5	-1.5
Ordentlicher Nettoaufwand	250'568.8	300'039.6	278'426.1	-21'613.5	-7.2
davon Produktgruppe(n):					
Bedarfsabhängige Sozialleistungen	178'792.9	221'825.9	200'701.0	-21'125.0	-9.5
Behindertenhilfe	71'775.9	78'213.7	77'725.1	-488.5	-0.6
5 Ausgaben Investitionen	431.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	431.5	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

- 1 Die gegenüber Budget 2011 höheren Personalkosten sind hauptsächlich auf die Lohnsteigerung, die neue Ferienregelung (bei Heimen mit Schichtbetrieb) sowie neue Stellen in den Bereichen Behindertenhilfe (Nachtwachen) und Rückerstattungen (refinanziert durch Verrechnung) zurückzuführen.
- 2 Der Risikobeitrag für Sympany wird wie geplant von 9.2 Mio. Franken auf 4.6 Mio. Franken abnehmen. Die Ergänzungsleistungen netto, die kant. Beihilfen netto und die Prämienverbilligungen netto weisen bereits in der Rechnung 2010 eine günstigere Entwicklung auf als 2010 budgetiert. Das Budget 2011 beruht deshalb zu einem grossen Teil auf zu pessimistischen Annahmen. Diese wurden für das Budget 2012 korrigiert und die Ergänzungsleistungen netto um 12.0 Mio. Franken, die kant. Beihilfen netto um 3.0 und die Prämienverbilligungen netto um 2.7 Mio. Franken reduziert.
- 3 Bedingt durch die höheren Aufwände bei Prämienverbilligung und Ergänzungsleistungen in Pos. 36 (siehe dortige Begründung) steigt parallel dazu die Kostenbeteiligung des Bundes.
- 4 Wie die Rechnung 2010 gezeigt hat, wurde für das Budget 2011 zu pessimistisch geplant. Dies wurde nun im Budget 2012 (siehe vor allem Position 36) korrigiert und führt zu einem budgetierten Minderaufwand von rund 21 Mio. Franken.
- 5 Dank einer konsequenten Überprüfung aller Positionen und den daraus folgenden Ressourcenoptimierungen können im Budget 2012 gegenüber Budget 2011 rund 0.5 Mio. Franken eingespart werden.

Vormundschaftsbehörde

WSU-821

Die Vormundschaftsbehörde (VB) unterstützt Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen nicht in der Lage sind, ihre persönlichen und/oder finanziellen Angelegenheiten selbstständig zu besorgen, und deren Umfeld sie nicht ausreichend unterstützen kann. Ziel der Vormundschaftsbehörde ist, dass gefährdete Kinder und Jugendliche geschützt sind und sich angemessen weiterentwickeln und dass die in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigten Erwachsenen in einem geordneten Alltag leben.

Die VB bearbeitet Anträge betreffend vormundschaftlicher Massnahmen für erwachsene Personen und setzt bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen einen Beistand, Beirat oder Vormund als gesetzliche Vertreterin oder Vertreter ein. Ausserdem bearbeitet die VB auch Massnahmen des Kindesschutz, wenn rechtliche oder finanzielle Fragen im Vordergrund stehen. Neben privaten Mandatsträgern führt die Amtsvormundschaft (AV) den grössten Teil der vormundschaftlichen Massnahmen. Als Dienstleistung für die AV führt die Finanzabteilung die Buchhaltung für deren Klientinnen und Klienten, zahlt an der Kasse Bargeld aus und verwaltet ihr Vermögen. Die VB trägt weiterhin die übergeordnete Verantwortung für diejenigen vormundschaftlichen Kindesschutz-Massnahmen (z.B. Erziehungsbeistandschaft, vorsorglicher Obhutsentzug), die wegen des Wechsels der Abteilung Kindes- und Jugendschutz ab 1. Januar 2009 bis zur Inkraftsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts des Bundes in Delegation im Erziehungsdepartement errichtet werden.

Der Vormundschafts- und Fürsorgerat ist bei Erwachsenen zuständig für Fürsorgerische Freiheitsentzüge (FFE), die Jugendschutzkammer für Obhutsentzüge bei Kindern und Jugendlichen. Diese Räte gehören als richterliche Behörden aus Gründen der Unabhängigkeit nur administrativ zur VB. Dies trifft ebenfalls auf das eigenständige Jugendstrafgericht zu.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Vormundschaftswesen	7.2 Soziale Sicherheit

Tätigkeiten und Projekte

Mit der Pensionierung der Vorsteherin per März 2011 wurde die Vormundschaftsbehörde intern in zwei Profitcenter aufgeteilt: In die eigentliche Vormundschaftsbehörde (VB), welche die zu treffenden Massnahmen anordnet und in die AV, in welcher die Massnahmen durchgeführt werden, sofern nicht ein privater Mandatsträger eingesetzt wird. Diese Aufteilung in Anordnung und Vollzug geschah auch im Hinblick auf das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, welches per 1. Januar 2013 in Kraft tritt. Die Leitung der beiden Profitcenter wurde ad interim den bisherigen Abteilungsleitenden Peter Moser (VB) und Regine Kaiser (AV) übertragen. Die beiden Leitungspersonen sind auch zuständig für die anstehenden Reorganisation- bzw. Neuorganisationsprojekte.

Vormundschaftswesen

Das neue Vormundschaftsrecht des Bundes (Erwachsenenschutzrecht sowie Personen- und Kindesrecht) ist verabschiedet und tritt am 1. Januar 2013 in Kraft. Die Umsetzung des neuen Bundesrechts bringt grosse Veränderungen in Organisation und Inhalt der vormundschaftlichen Tätigkeit: Das Portfolio der gesetzlichen Schutzmassnahmen wird stark ausgeweitet. Um auf das individuelle Schutzbedürfnis besser eingehen zu können, werden massgeschneiderte Massnahmen angeordnet werden müssen.

Bei dem kantonalen Projekt zur Umsetzung des neuen Rechts steht im Budgetjahr die Anpassung der Organisation und der Abläufe an das neue Recht im Zentrum. Während bis Ende 2012 sämtliche Massnahmen nach dem bisherigen Recht und im Rahmen der bisherigen Struktur bearbeitet werden müssen, muss ab 2013 die neue Organisation funktionsfähig sein. Der grösste Teil der Entscheidung, für welche bei der VB bisher eine Einzelperson zuständig ist, wird künftig in einer interdisziplinär zusammengesetzten Fachbehörde, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) von grundsätzlich drei Mitgliedern gefällt werden.

Für die AV steht die Optimierung der Organisationsstruktur an, um die Vorgabe des Bundesgesetzes

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	109.0	59.6	59.2	60.30	82.80	¹
Vormundschaftliche Mandate der Amtsvormundschaft	Anz	2'027	2'194	2'160	2'100	2'100	
Meldungen an die Vormundschaftliche Abteilung	Anz	1'347	1'454	1'506	1'500	1'500	
Entscheide VJFR (inkl. Präsidialentscheide)	Anz	102	116	93	130	100	²
Anteil gutgeheissener Rekurse auf Entscheide der VB	%		5	11	5	5	
Anteil gutgeheissener Rekurse auf Entscheide des VJFR	%		5	14	5	5	

Kommentar

- Die Headcounterhöhung ist bedingt durch das neue Erwachsenenschutzrecht, welches per 1.1.2013 in Kraft tritt. Die Vormundschaftsbehörde wird gleichzeitig in zwei Dienststellen, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und die Nachfolgeorganisation der Amtsvormundschaft (AV) unterteilt. Der KESB werden neue Aufgaben übertragen und das vom Bund verlangte neue Verfahren benötigt mehr Ressourcen. Die neue Organisation muss im Laufe des Jahres 2012 aufgebaut werden und per 1.1.2013 funktionsfähig sein.
- Die Prognose für 2011 war zu hoch angesetzt, wie die IST-Werte der letzten Jahre zeigen. Deswegen wurde die Prognose 2012 leicht nach unten korrigiert.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	9'218.9	9'156.9	12'777.5	3'620.6	39.5
31 Sachaufwand	1'033.5	884.5	1'373.9	489.5	55.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	14.5	0.0	15.0	15.0	0.0
36 Eigene Beiträge	348.6	330.0	330.0	0.0	0.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	10'615.5	10'371.3	14'496.4	4'125.1	39.8
43 Entgelte	-2'251.2	-2'508.0	-2'483.0	25.0	1.0
4 Ertrag	-2'251.2	-2'508.0	-2'483.0	25.0	1.0
Ordentlicher Nettoaufwand	8'364.3	7'863.3	12'013.4	4'150.1	52.8
davon Produktgruppe(n):					
Vormundschaftswesen	8'364.3	7'863.3	12'013.4	4'150.1	52.8

Kommentar

- Die Erhöhung des Personal- und Sachaufwands ist bedingt durch das neue Erwachsenenschutzrecht, welches per 1.1.2013 in Kraft tritt. Die Vormundschaftsbehörde wird gleichzeitig in zwei Dienststellen, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und die Nachfolgeorganisation der Amtsvormundschaft (AV) unterteilt. Der KESB werden neue Aufgaben übertragen und das vom Bund verlangte neue Verfahren benötigt mehr Ressourcen. Aufgrund der höher einzu-reihenden neuen Stellen werden zudem die durchschnittlichen Lohnkosten pro Stelle ansteigen. Die neue Organisation muss im Laufe des Jahres 2012 aufgebaut werden und per 1.1.2013 funktionsfähig sein.

nach individueller Betreuung adäquat einlösen zu können. Die Mandate werden auf mehr Mandats-träger verteilt, Teams durch Zusammenlegung vergrössert und gemeinsame Standards erarbeitet. Zur Umsetzung der neu ausgerichteten Aufgaben muss der Personalbestand der AV und der VB angepasst werden. Der entsprechende Ratschlag mit dem kantonalen Einführungsgesetz geht noch im Jahr 2011 an den Grossen Rat. Er äussert sich auch zu den aufgrund der Bundesvorgaben zusätzlich notwendigen Ressourcen.

Sozialhilfe

WSU-822

Die öffentliche Sozialhilfe hat die Aufgabe, bedürftige und von Bedürftigkeit bedrohte Personen zu beraten und ihre materielle Grundversorgung (Wohnen, Gesundheit, wirtschaftliche Hilfe) zu gewährleisten sowie deren Selbstständigkeit zu erhalten und zu fördern. Unterstützung finden auch Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Personen, die während ihres Aufenthaltes im Kanton in Not geraten sind. Die Sozialhilfe erledigt die interkantonale Rückerstattung von Sozialhilfekosten. Sie stellt Notwohnungen und die Notschlafstelle bereit, auch an nicht unterstützte Personen.

Die Sozialhilfe fördert die Möglichkeiten zur Selbsthilfe mit dem Ziel der sozialen und beruflichen Integration. Sie vermittelt und ermöglicht den Zugang zu Angeboten, die diesem Zweck dienen.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Allgemeine Sozialhilfe	7.2 Soziale Sicherheit
Migration	7.2 Soziale Sicherheit

Tätigkeiten und Projekte

Die Erkenntnisse aus dem internen Reorganisationsprojekt OPAL (Optimierung Prozesse und Abläufe) werden im Budgetjahr konsolidiert.

Mit dem Lohnmodell iJob und dem Projekt Passage betritt die Sozialhilfe neue Wege in der Aktivierungsstrategie. Während bisher der Fokus der Massnahmen auf der Integration in den ersten Arbeitsmarkt lag, soll das Lohnmodell iJob vor allem eine sinnvolle Beschäftigung und damit den von langer Arbeitslosigkeit betroffenen Personen eine geregelte Tagesstruktur bieten, die ihnen auch Kontakt zu anderen Personen wie auch Anerkennung bringt.

Das Projekt Passage ermöglicht der Sozialhilfe, bei neu angemeldeten Sozialhilfebezügerinnen und -bezügern rasch deren Möglichkeiten und Fähigkeiten im Arbeitsmarkt abzuklären und so die Betreuungsmassnahmen optimal darauf auszurichten.

Auf diese Neuausrichtung hatte die Sozialhilfe intensiv hingearbeitet. Ein wichtiger Partner ist dabei das Amt für Wirtschaft und Arbeit.

Allgemeine Sozialhilfe

Seit Frühjahr 2011 kann dank der Zusammenarbeit mit der Sozialfirma Dock Gruppe AG das Lohnmodell iJob angeboten werden. Das Lohnmodell iJob ermöglicht die Vergütung der Bruttolohnkosten an die Betriebe, welche Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger langfristig anstellen. Dabei geht es primär nicht um die Integration in den ersten Arbeitsmarkt, sondern um die sinnvolle Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen. Im Budgetjahr werden die ersten Erfahrungen mit diesem Modell evaluiert und allfällige Anpassungen eingeleitet. Weiter soll das Modell je nach Finanzierungsmöglichkeiten ausgebaut und weitere Anbieter miteinbezogen werden.

Im August 2011 startet die operative Umsetzung des Projekts Passage. Das Pilot-Projekt ist auf zwei Jahre befristet und Teil der Aktivierungsstrategie der Sozialhilfe. Arbeitsfähigen, bedürftigen Gesuchsstellenden wird mit dem Ziel, die (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu fördern, ein entlohnter, einmonatiger Arbeitseinsatz vermittelt. Im Budgetjahr wird das Projekt kritisch begleitet und optimiert.

Im Bereich Notwohnungen werden die aktuelle Strategie und das bestehende Konzept geprüft und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Dabei geht es um die Neudefinition z.B. der Zulassungskriterien und der Bewirtschaftungsart.

Migration

Im Migrationsbereich müssen im Berichtsjahr neue Unterbringungsmöglichkeiten gefunden und bereit gestellt werden, um die grossen Flüchtlingsströme vom Jahr 2011 bewältigen zu können. Zudem

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012	
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	179.70	185.75	184.90	196.0	191.42	1
Mittlerer Zahlfallbestand Sozialhilfe	Fälle	5'035	4'823	4'888	5'285	5'050	2
Mittlerer Personenbestand Migration	Pers.		635	633	650	720	3
Rückerstattungen aus Sozialversicherungen	MioFr	35.37	32.60	28.47	35.94	27.87	4
Ablösung aus SH innerhalb der ersten 12 Mte	%			3.97	4.0	4.0	

Kommentar

- 1 Als Saldo aus dem prognostizierten tieferen Zahlfallbestand (SH) und dem höheren Personenbestand in der Migration ergibt sich eine Abnahme des Headcounts gegenüber der Prognose 2011.
- 2 Aufgrund der aktuellen Zahlen und der prognostizierten wirtschaftlichen Lage für 2012 wurde der Zahlfallbestand gegenüber der Prognose 2011 um 235 Fälle gesenkt.
- 3 Aufgrund der unsicheren Situation in den Maghreb-Staaten und im Nahen Osten wurde die Anzahl Personen Migration gegenüber der Prognose 2011 erhöht.
- 4 Der Ertragsrückgang liegt hauptsächlich an den Veränderungen der Rahmenbedingungen der vorgelagerten Systeme. Die Revisionen der Arbeitslosenversicherung (ALV) und vor allem der Invalidenversicherung (IV) zeigen ihre Konsequenzen, vor allem das Wegfallen der rückwirkenden Zahlungen bei der IV.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11		
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%	
30 Personalaufwand	24'026.8	24'144.3	25'220.0	1'075.7	4.5	1
31 Sachaufwand	9'510.6	9'982.6	10'977.0	994.4	10.0	2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	117.3	65.0	105.0	40.0	61.5	
36 Eigene Beiträge	129'261.9	132'782.6	137'915.0	5'132.4	3.9	3
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	162'916.6	166'974.5	174'217.0	7'242.5	4.3	
42 Vermögenserträge	-1'130.7	-1'082.0	-1'102.0	-20.0	-1.8	
43 Entgelte	-783.0	-362.5	-571.0	-208.5	-57.5	
46 Beiträge für eigene Rechnung	-18'780.2	-19'030.0	-21'984.0	-2'954.0	-15.5	4
4 Ertrag	-20'693.9	-20'474.5	-23'657.0	-3'182.5	-15.5	
Ordentlicher Nettoaufwand	142'222.7	146'500.0	150'560.0	4'060.0	2.8	
davon Produktgruppe(n):						
Allgemeine Sozialhilfe	133'733.1	137'459.4	140'812.0	3'352.6	2.4	5
Migration	8'489.6	9'040.6	9'748.0	707.4	7.8	6

Kommentar

- 1 Trotz rückläufigem Zahlfallbestand im Bereich Sozialhilfe ist der Personalaufwand aufgrund der Personalteuerung, des stark steigenden Personenbestands im Bereich Migration sowie einer Anpassung des Referenzwerts für die durchschnittlichen Verwaltungskosten höher als im Budget 2011.
- 2 Die Steigerung im Sachaufwand ist im Wesentlichen auf die Erweiterung der Migrationsstrukturen zurückzuführen. Für die Zivilschutzanlage (oder Ersatz durch reguläre Wohnstrukturen) wurde 1 Mio. Franken mehr budgetiert.
- 3 Für diese Abweichung gibt es mehrere Gründe. Die erwartete Steigerung der Personen im Migrationsbereich führt zu einer Kostensteigerung von ca. 2 Mio. Franken. Bei der Sozialhilfe führen exogene Faktoren zu allgemeinen Kostensteigerungen, besonders die Teuerung der KK-Prämien verursachen einen Mehraufwand von 2 Mio. Franken. Auch die Positionen, die unter der Gruppe 36 aufwandsmindernd gebucht werden, weisen einen Rückgang auf. Im Wesentlichen sind dies Rückerstattungen von Sozialversicherungsleistungen (AHV, ALV, IV, EL) ca. - 2 Mio. Franken; weniger Rückerstattungen auf Familienzulagen Nichterwerbstätige von - 1 Mio. Franken.
- 4 Entsprechend dem höheren Aufwand im Migrationsbereich steigt auch die Rückerstattung des Bundes.
- 5 Der tiefer prognostizierte Zahlfallbestand wirkt sich kostendämpfend aus, er wird jedoch durch exogene, nicht-beeinflussbare Kostenfaktoren überkompensiert (siehe Kommentar 3).
- 6 Die Krisen in verschiedenen Nordafrikanischen Staaten und im Nahen Osten führen zu einer Zunahme der Anzahl Personen Migration, welche sich wohl auch noch im Budget 2012 auswirken wird. Die Zunahme an Personen führt zu Mehrkosten beim Personalaufwand (Position 30) aber auch beim Sachaufwand (Position 31). Im Gegenzug sind zwar höhere Bundesbeiträge zu erwarten, diese können aber nicht alle Kosten kompensieren.

muss auch die Unterbringung von Personen mit einem Nicht-Eintretensentscheid (NEE) gelöst werden, da bei einer Zunahme der NEE die reguläre Notschlafstelle an ihre Kapazitätsgrenze kommt. Basierend auf dem Bundesauftrag zur Integration von vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlingen wird in der Abteilung Migration eine Fachstelle aufgebaut, welche sich um eine nachhaltige Integration dieser speziellen Personengruppen kümmert, u.a. auch durch die gezielte Vernetzung der Partner.

Amt für Umwelt und Energie

WSU-831

Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) trifft Vorkehrungen, um Menschen und Umwelt vor schädlichen und lästigen Einflüssen zu schützen. Es sorgt dafür, dass die vorhandenen Ressourcen geschont werden, Wasser sparsam genutzt und Abfälle vermieden werden. Es schützt die Bevölkerung vor übermässigem Lärm. Das AUE wirkt darauf hin, dass Energie sparsam und effizient genutzt wird und dass erneuerbare Energien gefördert werden. Im Abwasserbereich sollen Massnahmen bei Industrie und Gewerbe Verunreinigungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer verhindern. Das AUE engagiert sich für eine zukunftsfähige, ökologische Landwirtschaft im Kanton. Es fördert ferner das Umweltbewusstsein und die Eigenverantwortung von Bevölkerung und Wirtschaft.

Das Lufthygieneamt beider Basel (LHA) und das Amt für Wald beider Basel (AfW) sind affilierte Dienststellen des AUE. Das LHA ist für die Erfassung der Luftschadstoffe und für die Erfassung der nichtionisierenden Strahlen zuständig. Es sorgt dafür, dass Belastungen unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte liegen. Das AfW vollzieht die Waldgesetzgebung und wahrt die öffentlichen Interessen am Wald. Es sorgt für einen Ausgleich der unterschiedlichen Ansprüche an den Wald.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Energie	7.3 Umwelt und Energie
Umwelt	7.3 Umwelt und Energie

Tätigkeiten und Projekte

Das AUE soll mittelfristig an die Spiegelgasse 11/15 in einen Neubau umziehen. Eine Machbarkeitsstudie wird im Herbst 2011 vorliegen. Fällt diese positiv aus, wird im Berichtsjahr dem Grossen Rat ein Projektierungskredit beantragt. Anschliessend erfolgt ein Wettbewerbsverfahren. Der Neubau soll energetische und ökologische Massstäbe setzen.

Energie

Im Energiebereich bleibt ein Fokus auf der energetischen Sanierung von bestehenden Bauten. Zudem soll der Ausbau von Solaranlagen forciert werden. Hierzu planen das AUE, die Industriellen Werke Basel (IWB) und Immobilien Basel-Stadt (IBS) eine Aktion zur Propagierung von Solardächern, insbesondere auch auf Liegenschaften des Kantons.

Im Rahmen der „2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel“ werden weitere Pilot- und Demonstrationbauten ausgezeichnet.

Umwelt

Die Erkenntnisse aus dem Klimafolgebericht (vom Regierungsrat im Juli 2011 verabschiedet) und aus dem Klimaschutzbericht (der dem Regierungsrat bis Ende 2011 vorliegt) sowie aus einer Studie über das Potenzial erneuerbarer Energien in Basel-Stadt sollen in einen Massnahmenplan einfließen und dessen Umsetzung an die Hand genommen werden.

Für den Ausbau der kommunalen Kläranlage mit einer weiteren Stufe zur Elimination des Stickstoffs und der schwer abbaubaren Mikroverunreinigungen wird ein Bauprojekt definiert, für welches voraussichtlich im Jahr 2013 beim Grossen Rat der erforderliche Kredit beantragt werden wird.

Die Umsetzung der Wiese-Initiative kommt in eine entscheidende Phase: Stimmt der Regierungsrat den Vorschlägen zur Umsetzung des Konzepts WieseVital zu, wird der Grosse Rat auf der Basis eines Ratschlages über die konkreten Schritte befinden.

Abfallvermeidung und Littering werden auch im Budgetjahr einen Schwerpunkt bilden. Die Massnahmen der Mitte 2011 neu zusammengestellten interdepartementalen Arbeitsgruppe werden schrittweise umgesetzt werden. Diese Massnahmen basieren auf fünf Säulen: Reinigung, Prävention, Repression, Zusammenarbeit mit dem Gewerbe und saubere Veranstaltungen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	91.90	54.10	45.20	47.0	47.0
Jährlich energetisch sanierte Gebäudehüllefläche	Anz	152'437	153'784	117'560		
Mit Schallschutzfenstern ausgerüstete Gebäude	Anz	508	562	646	795	900
Grenzwertüberschreitungen der Abwasserreinigungsanlage	Anz	11.0	26.0	21.0	7.0	7.0
Ökologische landwirtschaftliche Ausgleichsflächen in ha	Anz	45.7	45.7	45.7	45.7	46.0
Anzahl gesamt sanierte Gebäude pro Jahr	Anz				130	50

Kommentar

1 Wegfall der Kennzahl ab 2011, siehe Kommentar 2.

2 Neue, aussagekräftigere Kennzahl, welche die Kennzahl „Jährlich energetisch sanierte Gebäudehüllefläche“ ersetzt.

Finanzen	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
in 1'000 Franken	2010	2011	2012	abs.	%
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt					
30 Personalaufwand	8'847.1	9'071.3	9'339.8	268.6	3.0
31 Sachaufwand	18'908.8	19'481.3	15'803.8	-3'677.5	-18.9
33 Abschreibungen Finanzvermögen	17.2	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Eigene Beiträge	6'981.1	7'987.6	9'693.9	1'706.3	21.4
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	11'598.2	11'008.5	12'036.4	1'027.9	9.3
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	46'352.4	47'548.7	46'873.9	-674.7	-1.4
41 Regalien und Konzessionen	-17.6	-18.2	-17.0	1.2	6.6
42 Vermögenserträge	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-49'464.6	-48'839.2	-49'725.9	-886.7	-1.8
46 Beiträge für eigene Rechnung	-395.1	-367.8	-67.3	300.5	81.7
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-1'795.4	-1'641.0	-1'761.8	-120.8	-7.4
4 Ertrag	-51'672.9	-50'866.1	-51'572.0	-705.9	-1.4
Ordentlicher Nettoaufwand	-5'320.5	-3'317.4	-4'698.0	-1'380.6	-41.6
davon Produktgruppe(n):					
Umwelt	-5'370.1	-3'574.3	-5'033.1	-1'458.8	-40.8
Energie	49.6	256.9	335.1	78.2	30.5
5 Ausgaben Investitionen	2'899.3	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Einnahmen Investitionen	-562.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	2'337.3	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

1 Der Sachaufwand nimmt ab, weil gewisse Aufgaben der Abfallwirtschaft an das Tiefbauamt (TBA) zurückgegeben werden (1.9 Mio. Franken). Zudem werden die Kosten für die partnerschaftlichen Ämter mit BL neu in der Kontengruppe 36 budgetiert.

2 Erhöhung der Betriebskosten der Abwasserreinigungsanlage (ARA) um 0.4 Mio. Franken infolge höherer Beschaffungskosten und Vorbereitungsarbeiten für den geplanten ARA-Ausbau. Budgetierung der Kosten Lufthygieneamt und Amt für Wald neu in dieser Kontengruppe (vorher 31).

3 In der Förderabgabe wird mit Mehreinnahmen an Bundesbeiträgen von 1 Mio. Franken gerechnet, demnach ergeben sich höhere Einlagen in den Fonds (Gegenposition 43 Entgelte).

4 Die Bundesbeiträge an die Luftreinhaltung werden nicht mehr hier budgetiert. Sie werden an den Kosten in der Kontengruppe 36 abgezogen.

5 Die Kosten für die in der Abteilung Energie neu budgetierte Stelle zur Einführung des Grossverbrauchermodells gemäss §9 des Energiegesetzes erhöhen die Fondsentnahmen.

6 Vor allem der Transfer von gewissen Aufgaben der Abfallwirtschaft an das Tiefbauamt (TBA) und der damit verbundene Minderaufwand führt dazu, dass das Budget 2012 rund 1.5 Mio. Franken tiefer ausfällt als das Budget 2011.

4.3 Globalbudgets

4.3.1 Museen

PD-371	Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst	242
PD-372	Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig	244
PD-373	Historisches Museum Basel	246
PD-374	Naturhistorisches Museum Basel	248
PD-375	Museum der Kulturen Basel	250

Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst

Das Kunstmuseum Basel (KMB) und das Museum für Gegenwartskunst (MGK) sind zwei international ausstrahlende Museen, welche nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes geführt werden. Sie erweitern, bewahren, erforschen, dokumentieren und vermitteln die seit 1661 bestehende und seit 1671 öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung der Verbundenheit der Stadt Basel mit Kunst von Weltgeltung. Vermittlung von Einsichten in Zusammenhänge, Rezeptionsgeschichte, Geschichte und Wandel der internationalen Kunst sowie von lebendigem Umgang mit ihr, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Sammlung Der Unterhalt, die Erforschung und die Vermittlung der weltberühmten Sammlungsbestände stehen im Mittelpunkt. Ausserdem wird die Sammlung, insbesondere im Gegenwartsbereich, laufend durch Ankäufe und Schenkungen erweitert.

Vermittlung Generell wird das Führungsangebot ausgebaut. Dies gilt sowohl für die öffentlichen und privaten Führungen als auch für die Programme für Schulklassen.

Im Jahr 2012 werden folgende Ausstellungen gezeigt:

Sonderausstellungen im Kunstmuseum:

- Max Beckmann. Die Landschaften vom 4. September 2011 bis 22. Januar 2012
- Renoir. Zwischen Bohème und Bourgeoisie vom 1. April bis 12. August 2012
- Arte Povera vom 9. September 2012 bis 20. Januar 2013

Wechselausstellungen im Kunstmuseum:

- Josef Albers vom 5. November 2011 bis 29. Januar 2012
- Roza El-Hassan vom 11. Februar bis 20. Mai 2012
- Das Panorama vom 1. Juni bis 7. Oktober 2012
- Markus Raetz vom 20. Oktober 2012 bis 17. Februar 2013

Wechselausstellungen im Museum für Gegenwartskunst:

- Karlheinz Weinberger, Tim Rollins and the K.O.S vom 21. Januar bis 15. April 2012
- Hilary Lloyd vom 12. Mai bis 16. September 2012
- Robert Gober vom 6. Oktober 2012 bis 27. Januar 2013

Dieses Ausstellungsprogramm kann unter anderem Dank der grosszügigen Unterstützung von Sponsoren und Donatoren, dem Fonds für künstlerische Aktivitäten im Museum für Gegenwartskunst der Christoph Merian Stiftung und der Emanuel Hoffmann-Stiftung, der Stiftung für das Kunstmuseum Basel sowie nicht genannt sein wollender Mäzene realisiert werden.

Dienstleistungen Die Leistungen im Museumsshop, Restaurant, Eventbereich und in der Bibliothek werden qualitativ und quantitativ ausgebaut.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Kunstaussstellungen	Anzahl Besucher/-innen	=	665'234	217'945	212'000	220'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	=	2'655	495	450	500
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	=	1'273	1'060	1'100	1'100
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Galerie	=	100%	100%	100%	100%
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Kupferstichkabinett	=	5%	5%	5%	5%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	500	500	500	500

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
Personalaufwand	11'072.2	10'206.0	10'421.4	215.4	2.1
Übriger Aufwand	10'164.5	9'806.3	11'748.9	1'942.6	19.8
Ertrag	-7'631.2	-6'663.4	-8'735.2	-2'071.8	-31.1
Ordentlicher Nettoaufwand	13'605.5	13'348.9	13'435.1	86.2	0.6
Kalkulatorische Kapitalkosten	445.0	855.0	855.0	0.0	0.0
Umlagen Querschnittsleistungen	2'069.9	1'317.8	1'281.7	-36.1	-2.7
Vollkosten	16'120.4	15'521.7	15'571.8	50.1	0.3

Projekt Erweiterungsbau Mitte 2012 beginnen mit dem Abbruch des bestehenden Gebäudes "Burghof" die Bauarbeiten für den Erweiterungsbau des Kunstmuseums, der im Frühling 2016 eröffnet wird. Er dient insbesondere der Schaffung von rund 3'200 m² Ausstellungsfläche, einerseits für die grossen Sonderausstellungen, andererseits für neuartige Präsentationen der Sammlung. Zusätzlich entstehen besucherfreundliche Zonen sowie neue Depotflächen für die Unterbringung der stetig wachsenden Sammlung.

Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig

Das Antikenmuseum Basel (AMB) betreibt ein archäologisches Museum und eine Sammlung von Abgüssen nach antiken Werken (Skulpturhalle) in zwei Liegenschaften nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1961 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für fremde Weltanschauungen und Werte, die die materielle und geistige Grundlage unserer heutigen Gesellschaft bilden, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Für das Jahr 2012 ist wiederum eine Ausstellung von grösserem Format geplant: Anlässlich des 200-jährigen Jubiläums der Entdeckung Petras durch den Basler Johann Ludwig Burckhardt alias Scheich Ibrahim (1812) wird ausgehend von der Persönlichkeit des Schweizer Reisenden das grossartige archäologische Erbe Jordaniens in der Schweiz präsentiert. Die Ausstellung fokussiert auf die Nabatäer und auf Petra, wo erstklassige Werke – vor allem Skulpturen – der nabatäischen und der römischen Epoche gefunden wurden. Die phantastische Kulisse der Ruinen Petras, die jährlich Millionen von Touristen aus der ganzen Welt anzieht, bildet den Hintergrund der Ausstellung in Basel. Nicht zuletzt werden auch einige wichtige Schweizer Grabungsprojekte in Petra mit Funden und Rekonstruktionen inszeniert.

Das Ausstellungsprojekt konnte Anfang Oktober 2010 im Rahmen eines offiziellen Besuchs von Bundespräsidentin Doris Leuthard in Jordanien auch auf der höchsten politischen Ebene eingebunden werden. Die Anwesenheit des jordanischen Königs anlässlich der geplanten Vernissage in der Schweiz wird angestrebt.

Das Ausstellungsprojekt ist das letzte Projekt, welches Peter Blome als Direktor des Antikenmuseums und Sammlung Ludwig präsentieren wird. Ende 2012 wird Peter Blome in Pension gehen. Seine Nachfolge wird im Frühjahr 2012 geregelt.

Sammlung/Forschung Die **Skulpturhalle** wird im Jahr 2012 weitere kleinere Sonderausstellungen, die die Verbindung der Moderne mit der Antike aufzeigen, präsentieren. Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung sind diese Projekte noch nicht so weit vorangeschritten, um in den Leistungszielen übernommen werden zu können.

Vermittlung Hauptziele für 2012 sind die Durchführung von Workshops zu den Sonderausstellungen und von weiteren Begleitprogrammen, wobei ein besonderes Augenmerk auf die jugendlichen Besucherinnen und Besucher gerichtet wird. Zudem wird das Angebot für behinderte Menschen weiter ausgebaut und die Integration der Skulpturhalle in das Angebot abgeschlossen.

Dienstleistungen Zur Verbesserung unserer Dienstleistungen führen wir auch 2012 intensive Besucherumfragen durch. Das Antikenmuseum nimmt zusammen mit vier weiteren Schweizer Museen (Augusta Raurica, Historisches Museum Basel, Museum der Kulturen Basel, Verkehrshaus Schweiz) am Programm WEBMARK teil. Das Museumsbistro, welches Ende 2011 eröffnet wird, ist ein weiterer Schritt, um die Bedürfnisse der Museumsbesucher zu erfüllen.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur antiken Kunst und Kultur	Anzahl Besucher/-innen	=	33'066	33'262	41'000	32'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	=	190	130	250	250
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	=	354	458	300	250
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit antiken Kulturen auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad der Sammlung	>=	55%	55%	55%	60%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	=	82	113	30	30
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externer Forscher/-innen	=	215	230	200	200

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
Personalaufwand	3'632.2	3'670.6	3'823.5	152.9	4.2 ¹
Übriger Aufwand	3'327.3	2'175.3	3'988.6	1'813.3	83.4 ¹
Ertrag	-1'676.3	-650.0	-2'591.7	-1'941.7	-298.7 ¹
Ordentlicher Nettoaufwand	5'283.2	5'195.9	5'220.4	24.5	0.5
Umlagen Querschnittsleistungen	1'373.2	1'083.4	1'088.0	4.6	0.4
Vollkosten	6'656.4	6'279.3	6'308.4	29.1	0.5

Kommentar

- 1 Differenzen zum Budget 2011 sind durch die grosse Sonderausstellung Petra begründet. 2011 wurde keine grosse Sonderausstellung präsentiert.

Historisches Museum Basel

Das Historische Museum Basel (HMB) betreibt bis Ende September 2012 in vier Liegenschaften ein kulturhistorisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1671 (als eigene Institution seit 1856) bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Aufgrund der Budgetreduktion werden 2012 die Eintrittspreise in der Barfüsserkirche erhöht und die Rückstellungen weitgehend aufgebraucht. Da bei den wenigen flexiblen Mitteln nicht mehr gespart werden kann und keine Aussicht auf weitere Drittmittel besteht, muss ausserdem ein Leistungsabbau stattfinden. Per Ende September 2012 wird es vermutlich notwendig sein, das Kutschenmuseum nach 31 Jahren Betrieb zu schliessen sowie voraussichtlich im Haus zum Kirschgarten Öffnungszeiten zu reduzieren. Diese Massnahmen wurden so geplant, dass sie sozialverträglich, d.h. ohne Entlassungen von Personal unter Berücksichtigung von Pensionierungen durchgeführt werden können. Im Juni 2012 wird Burkard von Roda, Direktor des Museums, in Pension gehen. Seine Nachfolge wird Anfang 2012 geregelt.

Sammlung/Forschung Der Sammlungszuwachs wird mittels EDV inventarisiert, alle Objekte werden konserviert und sachgerecht gelagert. Die mit privaten Mitteln finanzierten Forschungsprojekte ("Möbel in Basel", „Basler Medaillen“ und „Basler Goldschmiedekunst“) werden beendet, sodass die ebenfalls privat bezahlten Publikationen erscheinen können. Die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Fachhochschulen geschieht regelmässig durch Lehrveranstaltungen und durch die Unterstützung universitärer Forschungs- und Abschlussarbeiten.

Vermittlung In der Barfüsserkirche ist eine grosse Sonderausstellung mit Begleitpublikation „SCHULDIG - Verbrechen. Strafen. Menschen“ über das Winterhalbjahr geplant. Diese sowie die Dauer- und Wechsellausstellungen werden durch zahlreiche Begleitveranstaltungen für Schulen und weitere Zielgruppen ergänzt. Besonderes Augenmerk wird auf die kostenlose Vermittlung an Gruppen von Behinderten (Blinde und Sehbehinderte) gelegt, für die ein durch eine Stiftung finanziertes Führungskonzept entwickelt wurde. Die Angebote werden - soweit möglich - ausgebaut und sollen eine hohe Qualität aufweisen.

Dienstleistungen Das Café Barfüsserkirche wird weiterhin mit der bewährten Gerantin betrieben. Die Vermietung von Räumlichkeiten an Firmen und Private kann zur Zeit aufgrund mangelnder Personalkapazität nicht ausgeweitet werden, soll aber auf dem erreichten Niveau gehalten werden und entsprechende Einnahmen generieren. Investitionen für die Herstellung von Publikationen und Verkaufsartikeln können aus Spargründen nur noch reduziert getätigt werden, weshalb auch die Einnahmenseite nur vorübergehend mit dem Ende 2011 neu erscheinenden, ebenfalls durch eine Stiftung finanzierten Buch „Die Grosse Kunstammer“ gesteigert werden kann. Die Frequentierung der Bibliothek durch Privatpersonen und Studierende wird gleichbleibend hoch sein, da es sich hierbei um ein Gratisangebot handelt.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst	Anzahl Besucher/-innen	>	142'906	154'926	140'000	145'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	296	347	300	300
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	358	555	350	400
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit der lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung	=	100%	100%	100%	100%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	21	13	15	15
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl ausgeliehene Objekte	>	123	44	65	65
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externe Forschungen	>	48	40	40	40
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	731	461	400	400

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
Personalaufwand	6'669.0	6'558.0	6'553.4	-4.6	-0.1 ¹
Übriger Aufwand	4'158.9	4'017.0	4'189.5	172.4	4.3 ²
Ertrag	-653.4	-574.3	-689.0	-114.7	-20.0 ³
Ordentlicher Nettoaufwand	10'174.5	10'000.7	10'053.9	53.2	0.5
Kalkulatorische Kapitalkosten	199.0	173.1	388.2	215.1	124.3
Umlagen Querschnittsleistungen	1'079.1	534.4	523.5	-10.9	-2.0
Vollkosten	11'452.6	10'708.2	10'965.5	257.3	2.4

Kommentar

- Der Vorgabenerhöhung im Betrag von CHF 37'030.- für die rückwirkende Teuerung stehen Personalkosteneinsparungen von CHF 41'632.- entgegen, woraus Minderausgaben resultieren.
- Im Gegensatz zu 2011 wurde ein Sonderausstellungskredit budgetiert, was zu einer Ausgabenerhöhung führt, welche durch Drittmittel und Auflösung von Rückstellungen finanziert wird.
- Mittels Erhöhung der Eintrittspreise, Drittmitteln und Auflösung von Rückstellungen werden die Einnahmen gesteigert.

Naturhistorisches Museum Basel

Das Naturhistorische Museum Basel (NMB) betreibt im Museumsgeviert an der Augustinergasse eine Institution nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1821 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)
inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die unbelebte und belebte Natur. Vermitteln von Einsichten in Prozesse und Entwicklungen in der Natur, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Die Verlegung des Naturhistorischen Museums wird geprüft und in die politischen Prozesse eingebaut. Die weiteren Etappen der Schadstoffsanierung der Dauerausstellungsräume wurden 2011 begonnen und schreiten weiter voran. Ein externes Lager ist immer noch nicht gefunden worden, was das Museum vor ernsthafte Probleme stellt; ohne eine rasche Lösung müssen schon sehr bald Teile der Sammlung für die wissenschaftliche Bearbeitung und Ausleihe geschlossen werden. Der Umbau der technischen Werkstätten und Präparatorien hat begonnen und sollte planmässig 2012 abgeschlossen sein.

Die 2010 erfolgten Sparvorgaben lassen sich 2012 noch mit der Auflösung von Reserven teilweise kompensieren. Danach behält sich die Museumsleitung nach Absprache mit der Leitung der Abteilung Kultur vor, bestimmte Bereiche von Sammlungen vollständig zu schliessen. Dies wird dazu führen, dass bestimmte Kernaufgaben der Museumsarbeit, wie sie im Museumsgesetz festgehalten sind, nicht mehr geleistet werden können.

Sammlung/Forschung 2012 wird die Datenbank Bio-Office für beide wissenschaftliche Abteilungen des Museums implementiert werden. Dies ermöglicht einen besseren Austausch mit dem schweizerischen Knotenpunkt der „Global Biodiversity Information Facility“. Die Inventarisierung und digitale Erfassung des Sammlungsguts und die Ausleihe an nationale und internationale Museen und Universitätsinstitute gehört zu den Schwerpunkten der Kuratorentätigkeit.

Das Museum ist national und international an verschiedenen wissenschaftlichen Projekten beteiligt oder sogar federführend, die mehrheitlich mit Drittmitteln finanziert werden (Stiftungen, Nationalfonds). Biowissenschaftliche Schwerpunkte sind nach wie vor die Taxonomie und Biogeographie sowie Artenschutz und Phylogenie von Käfern, Spinnen, Blattläusen und Hundertfüsser sowohl in der Schweiz (Region Basel, Graubünden) wie auch im Ausland (Brasilien, Laos, Nepal). Hinzu kommen Studien zur Mauser bei Vögeln und die Biogeographie und Taxonomie von Anuren (Froschlurchen). Die Forschungsschwerpunkte der Geowissenschaften liegen im Bereich der Evolution von Foraminiferen (Einzeller: Karibik, Atlantik), der Taxonomie von Krebsen und Muscheln (Nordwestschweiz) und der Paläoökologie und Paläobiologie meso- und känozoischer Wirbeltiere (Graubünden, Nordwestschweiz, Spanien, Mexiko). Die Ausbildung von Bachelor- und Masterstudenten und Doktoranden sowie Lehre an der Universität Basel gehören weiterhin zu den wichtigen Aufgaben der Wissenschaftler des Museums.

Vermittlung Die neue Eigenproduktion „Knochenarbeit - Wenn Skelette erzählen“ wird vom 21. Oktober 2011 bis zum 29. April 2012 zu sehen sein. Die Finanzierung dieser Ausstellung war nur durch einen namhaften Sponsoringbeitrag möglich. Die minimale Instandstellung der schadstoffsanieren Dauerausstellungsräume wird erst im Herbst 2012 abgeschlossen sein. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch unklar, wann und in welchem Umfang die Räume als Zwischenlösung bespielt werden können, da die Vorgaben der Denkmalpflege noch nicht vorliegen. Dadurch muss sowohl mit einem

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zu naturwissenschaftlichen Themen	Anzahl Besucher/-innen	>	90'028	97'064	70'000	50'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	296	347	250	200
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'030	1'230	900	600
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Ausleihen von Objekten	>	9'258	26'635	300	500
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Besuchertage Gastwissenschaftler/-innen	>	370	273	300	300
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	4'460	43'669	300	500

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
Personalaufwand	5'022.5	4'978.3	5'097.4	119.2	2.4
Übriger Aufwand	3'358.6	3'426.8	3'421.3	-5.5	-0.2
Ertrag	-1'000.3	-1'121.7	-981.7	140.0	12.5 ¹
Ordentlicher Nettoaufwand	7'380.7	7'283.3	7'536.9	253.6	3.5
Kalkulatorische Kapitalkosten	86.9	84.6	82.4	-2.2	-2.6
Umlagen Querschnittsleistungen	818.1	419.0	404.5	-14.5	-3.5
Vollkosten	8'285.7	7'786.9	8'023.9	237.0	3.0

Kommentar

¹ Aufgrund der sanierungsbedingten Teilschliessung der Dauerausstellungen und der Unsicherheit über die Möglichkeit einer Sonderausstellung im Herbst 2012 mussten die Erträge (Eintritte, Sponsoring) deutlich reduziert werden. Wir rechnen aus den genannten Gründen auch mit weniger Einzeleintritten und weniger Schulbesuchen.

Rückgang der Besucherzahlen wie auch der Anzahl der Schulklassen gerechnet werden. Inwiefern eine Sonderausstellung präsentiert werden kann, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar sagen, da die Wiederbespielung der ehemaligen Dauerausstellungsräume sehr viele personelle Ressourcen binden wird, die dann für zusätzliche Aufgaben nicht zeitnah zur Verfügung stehen.

Dienstleistungen Die Aula und der Bereich Wal & Fisch werden weiterhin für externe Anlässe vermietet, um zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Museum der Kulturen Basel

Das Museum der Kulturen Basel (MKB) betreibt in elf Liegenschaften ein ethnologisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1849 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung der Verbundenheit und der Auseinandersetzung mit den Kulturen der Welt sowie des Interesses und Verständnisses für andere Weltanschauungen und Werte. Vermitteln von Einsichten in Zusammenhänge, Geschichte und Wandel europäischer und aussereuropäischer Kulturen vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Steigerung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Im 2012 wird sich die Arbeit im Museum darauf konzentrieren, die mit der Neueröffnung erzielte Positionierung als publikumsnahes, lebendiges und innovatives Haus auf allen Ebenen zu festigen und auszubauen.

Sammlung/Forschung Das begonnene Online-Projekt wird weitergeführt, so dass unser Sammlungsbestand innert nützlicher Frist Online zur Verfügung gestellt werden kann. Grosse Sammlungskonvolute, die neu eingegangen sind, werden bearbeitet. Das 2011 in groben Zügen umrissene Forschungsprogramm „Fellowship Museum der Kulturen“ wird ausgearbeitet, um es im Rahmen einer Konferenz verbindlich zu definieren. Bereits bestehende Forschungskooperationen zu Mexiko, Brasilien und Nagaland/Indien werden weitergeführt.

Vermittlung Da die Eröffnung des Hauses nicht im Mai 2011 stattfinden konnte, verschieben sich die Vernissagen von teilweise bereits im Vorjahr angekündigten und in Bearbeitung befindlichen Ausstellungen: nach den Eröffnungsausstellungen zu Aspekten der chinesischen Kultur werden zwei neue Sonderausstellungen (im April 2012 „Schwebend. Eine Installation von Justin Fiske“, im September 2012 „Pilgern“), eine neue Dauerausstellung (ab Juni 2012 „Expeditionen“) und die Weihnachtsausstellung (Ende November 2012) gezeigt. Damit werden 75% der gesamten Ausstellungsfläche neu bespielt werden. Zu allen Ausstellungen werden Rahmenprogramme (Führungen, Ausstellungsgespräche, Interventionen, Workshops etc.) zielgruppenspezifisch durchgeführt.

Sollte der Projektantrag zu neuen Vermittlungsformaten bewilligt werden, wird das MKB das Format der Kulturvermittlerinnen und -vermittler sowie des „Jungen Museums“ einführen. Letzteres bietet Jugendlichen ab 14 Jahren, die sich mit dem Museum auseinandersetzen wollen, eine Plattform: Die Jugendlichen entwickeln eigene Fragestellungen, recherchieren ihre Themen, vermitteln ihre Inhalte in von ihnen gewählten Formaten und konzipieren und führen eigene Veranstaltungen durch. Bei den Kulturvermittlerinnen und -vermittler handelt es sich um Personen, die im Museum auf Besucher zugehen und diese zu Gesprächen, Diskussionen sowie zum Aufwerfen von Fragen animieren. Wir versprechen uns davon einen vertiefenden Dialog zwischen Museum und Publikum. Da dieses Format nicht erprobt ist, müssen Personen dazu ausgebildet, in das praktische Aufgabenfeld eingewiesen und betreut werden.

Dienstleistungen Im Eingangsbereich wird im neu eingerichteten Shop ein auf die Ausstellungen abgestimmtes Sortiment an Produkten und Publikationen angeboten. Dabei wird es sich um eine aussergewöhnliche Produktpalette handeln, da alles direkt bei den Herstellern eingekauft wird, ausführliche Informationen zu jedem einzelnen Produkt vorliegen und unsere Mitarbeitenden „Front Services“ dazu kompetent Auskunft geben können. Geplant ist zudem eine Kombination der Aktivitäten und Leistungen des Museums und des Museumsbistros Rollerhof.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen über die Kulturen der Welt	Anzahl Besucher/-innen	>	23'266	22'518	100'000	100'000
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	115	104	150	150
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	67	74	100	100
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit den Kulturen der Welt auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung (Neuzugänge)	=	100%	100%	100%	100%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Schweiz	>	7/167	9/146	10/100	10/100
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Ausland	>	6/16	7/239	5/25	5/25
Relevanz für die Fachwelt	Für die Betreuung externer Forscher/-innen aufgewendete Arbeitstage	=	158	98	80	100
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Objekte	>	452	1'202	100	100
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Fotografien / Dias	>	934	0	100	50

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
Personalaufwand	4'287.1	4'663.5	4'892.4	228.9	4.9 ¹
Übriger Aufwand	3'447.4	6'371.3	5'206.5	-1'164.8	-18.3
Ertrag	-251.5	-3'436.3	-1'839.2	1'597.2	46.5 ²
Ordentlicher Nettoaufwand	7'483.1	7'598.5	8'259.8	661.3	8.7
Kalkulatorische Kapitalkosten	492.3	461.3	488.5	27.2	5.9
Umlagen Querschnittsleistungen	776.7	422.1	401.2	-21.0	-5.0
Vollkosten	8'752.0	8'482.0	9'149.4	667.4	7.9

Kommentar

- Im 2011 waren die Kosten für den Bereich „Front Services“ (Kassa/Aufsicht) ab Neueröffnung (Mai 2011) budgetiert; im 2012 fallen die entsprechenden Kosten für das ganze Jahr an.
- Für das Budget 2011 wurde dem Antrag des Museums nicht entsprochen, den Sachaufwand gemäss den ausgewiesenen Mehrkosten im Bereich ab Neueröffnung (Strom, Reinigung, etc.) zu erhöhen. Das Museum sah sich deshalb gezwungen, die Mehrkosten durch Drittmittel finanzieren zu lassen. Im Budget 2012 sind die ausgewiesenen Mehrkosten im Sachaufwand mitberücksichtigt, dadurch mussten weniger Drittmittel budgetiert werden.

4.3.2 Öffentlicher Verkehr

	Öffentlicher Verkehr	254
BVD	Produktgruppe Tram und Bus	256
BVD	Produktgruppe Regio-S-Bahn	258
BVD	Produktgruppe Tarife und Verbände	260

Öffentlicher Verkehr

Betrieb des öffentlichen Tram- und Busverkehrs (inkl. Unterhalt und Angebotskonzepte), Entwicklung und Umsetzung des kantonalen Behindertentransports, sowie Bestellung von Regionalverkehrsleistungen in Absprache mit Nachbarkantonen und Nachbarländern.

Gesetzliche Grundlagen

Gestützt auf das Programm für den öffentlichen Verkehr (ÖV-Programm) wird das Globalbudget ÖV dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gemäss §14 und §16 Abs. lit. b des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) zum Beschluss vorgelegt.

Wirkungen

Wirtschaftliche Gewährleistung einer komfortablen, sicheren, umweltschonenden und stadtgerechten Mobilität innerhalb des Kantonsgebiets sowie zwischen dem Kantonsgebiet und der umliegenden Region, auch für Betagte und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen.

Entlastung des Strassennetzes und dadurch Verbesserung des Verkehrsflusses und der Wohnqualität sowie Begrenzung des Bedarfs an Parkraum.

Anbieten eines preisgünstigen und einfachen Tarifsystems.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Regio S-Bahn	2.4 Mobilität
Tarife und Verbünde	2.4 Mobilität
Tram und Bus	2.4 Mobilität

Tätigkeiten und Projekte

Für die politischen und planerischen Tätigkeiten im Bereich des öffentlichen Verkehrs (ÖV) wird auf den Bericht der Dienststelle Mobilität verwiesen. Mit dem Globalbudget werden nur die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bestellung von ÖV-Leistungen dargestellt.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	
Marktanteil am gesamten motorisierten Verkehr (Wohnbevölkerung BS)	Anteil (%) ÖV-Fahrten an allen motorisierten Fahrten gem. Bev. Befragung	>=	83.0		83.0		1
Zufriedenheit der Wohnbevölkerung	Anteil (%) „zufrieden“/ „sehr zufrieden“ gem. Bev. Befragung	>=	95.1		95.0		2
Hohe Nachfrage Ortsverkehr	Anzahl (Mio.) Einsteigende pro Jahr (BVB Linien).	>=	126.1	128.7	126.0	128.0	
Hohe Verkehrsleistung Ortsverkehr	Nachfrage (Mio. Personen-km) BVB+BLT im städtischen Netz	>=	291.1	302.7	292.0	300.0	
Hohe Nachfrage Regio-S-Bahn	Anzahl Einsteigende (Tsd. Pers. / Tag) am Bahnhof SBB	>=	16.5	17.3	16.0	17.0	
Zufriedenheit der ÖV-Kundschaft	Index gemäss Kundenzufriedenheitsstudie	>=	77.0		77.0		3

Kommentar

- Die Bevölkerungsbefragung findet nur alle vier Jahre statt, nächstes Mal im 2011. Die beiden Indikatoren werden dann ein letztes Mal zu Vergleichszwecken ausgewiesen. Für den Modal Split wird ein neuer Indikator, basierend auf einem verbesserten Datengerüst zum gesamten Verkehrsgeschehen ausgearbeitet.
- Siehe Fussnote 1. Die Zufriedenheit wird neu standardisiert erhoben (siehe Indikator 6 bzw. Fussnote 3).
- 2009 führte der Kanton Basel-Stadt erstmals eine standardisierte Befragung der ÖV-Kundschaft durch. Im Vergleich mit anderen Agglomerationen nimmt Basel einen Spitzenplatz ein. Die Befragung soll alle zwei Jahre durchgeführt werden, nächstes Mal im 2011.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
Tram und Bus	54'704.6	54'843.4	57'390.5	2'547.2	4.6
Regio-S-Bahn	2'660.1	2'652.5	2'692.5	40.0	1.5
Tarife und Verbände	20'118.3	20'200.0	20'200.0	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	77'483.0	77'695.9	80'283.0	2'587.2	3.3
Investitionen > 300'000 Fr.	17'768.7	23'000.0	28'000.0	5'000.0	21.7

Kommentar

Die Kommentare zu den Abweichungen finden sich unter den entsprechenden Produktgruppen.

Produktgruppe Tram und Bus

Anbieten eines regelmässig betriebenen Bus- und Tram-Linienverkehrs zur Erschliessung des Kantonsgebiets (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution), bedarfsgerechte Vervollständigung des Linienverkehrs durch ergänzende Verkehrsleistungen (z.B. Grossanlässe) und durch Unterstützung von Fahrten von Menschen mit einer eingeschränkter Mobilität.

Tätigkeiten und Projekte

In der Hauptverkehrszeit soll die Linie 30 vom Badischen Bahnhof im 15 Minuten-Takt zur Roche verlängert werden. Die Linien 31/38/48 werden bezüglich Nummerierung entflechtet und in der Hauptverkehrszeit gezielt verdichtet. Das Abendangebot an Feiertagen und Samstagen soll ausgebaut werden, es ist insbesondere vorgesehen, die Betriebszeit bis 01:00 Uhr auszudehnen.

Ab Fahrplan 2012 (gültig ab 11. Dezember 2011) fährt die Linie 10/17 neu analog zu den übrigen Linien in einem 7.5 Minuten-Takt. An den zusätzlichen Kosten beteiligt sich Basel-Stadt über die Abgeltungsrechnung BS/BL.

Der Fahrdienst für Menschen mit eingeschränkter Mobilität wird ab 2012 für mehrere Anbieter geöffnet, so dass den Kundinnen und Kunden eine Wahlmöglichkeit mit einem breiteren Serviceangebot offeriert werden kann.

Leistungen

- **Leistungserbringer Basler Verkehrs-Betriebe (BVB)** Betrieb städtischer Tram- und Buslinien sowie Unterhalt der betrieblich notwendigen Infrastruktur und Netzmanagement aufgrund einer Leistungsvereinbarung.
- **Leistungserbringer Baselland Transport AG (BLT)** Betrieb von Tram- und Buslinien des Vorortsverkehrs aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.
- **Leistungserbringer Autobus AG Liestal (AAGL)** Betrieb regionaler Buslinien aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz, Ausgleich über die Abgeltungsrechnung BS/BL.
- **Leistungserbringer verschiedene Transportunternehmen im Auftrag der Koordinationsstelle Fahrten für Behinderte beider Basel KBB** Unterstützung von Fahrten von Menschen mit eingeschränkter Mobilität

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Hohe Bedienungshäufigkeit im Linienverkehr	Gewichtete Fahrzeugkm. (Mio.) BVB / BLT im Jahr auf Gebiet BS	=	24.5	25.1	24.5	25.0
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung von Bund, Kantonen und Gemeinden(CHF) je Pkm (BVB)	<=	0.203	0.210	0.200	0.200
Hohe Qualität des Angebotes im Ortsverkehr	Mischindikator aus verschiedenen Kennzahlen; Eichwert 2006: 100%	>=	109 %	104 %	109%	109 %
Angebote der KBB entsprechen den Bedürfnissen der Zielgruppe	Anteil (%) „zufrieden“ bzw. „sehr zufrieden“ gem. Kundenbefragung	>=	78.1 %	83.8%	85.0 %	80.0 % 1

Kommentar

- 1 Per 01.01.2012 wird die Neuorganisation des Fahrdienstes umgesetzt. Wir erwarten im ersten Jahr aufgrund einer gewissen Verunsicherung der Kundschaft gegenüber den Neuerungen eine etwas tiefere Zufriedenheit.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
Übriger Aufwand	57'485.9	57'365.4	59'287.8	1'922.4	3.4
Ertrag	-2'781.3	-2'522.0	-1'897.2	624.8	24.8
Ordentlicher Nettoaufwand	54'704.6	54'843.4	57'390.5	2'547.2	4.6 1
Kalkulatorische Kapitalkosten	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Vollkosten	54'704.9	54'843.4	57'390.5	2'547.2	4.6

Kommentar

- 1 Die Mehrausgaben betreffen einerseits mit 250'000 Franken die Teuerung auf die Abgeltung an die BVB, sowie mit 500'000 Franken die Kosten der BVB für die neue Ferienregelung. Weitere 1.1 Mio. Franken werden zur Finanzierung des vorgesehenen Angebotsausbau benötigt (7.5 Minuten-Takt auf den Linien 10/17 und Verlängerung der Linie 30 bis zur Roche in der Hauptverkehrszeit). Für die Umsetzung der vorgezogenen Budgetpostulate stehen aus dem Schwerpunkt des Regierungsrats „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums - Ausbau des öffentlichen Verkehrs“ 700'000 Franken zur Verfügung.

Produktgruppe Regio-S-Bahn

Anbieten eines regelmässigen Regio-S-Bahnverkehrs zur Anbindung des Kantonsgebiets an das Umland (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution).

Tätigkeiten und Projekte

Das Angebot der Regio-S-Bahn bleibt praktisch unverändert.

Leistungen

- **Leistungserbringer SBB Regionalverkehr:** Betrieb der S-Bahnlinien S1 (Schweizer Teilabschnitt) und S3 aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz, Konzessionär der RE-Züge Basel-Offenburg auf der Verbindungsbahn.
- **Leistungserbringer SBB Deutschland GmbH:** Betrieb der S-Bahnlinie S6 aufgrund einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz auf der Verbindungsbahn.

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Hohe Angebotsdichte im S-Bahnverkehr (Montag bis Freitag)	Anzahl Kurse der S-Bahn auf den Regio-S-Bahnlinien, die von BS mitfinanziert werden	=	329	337	340	340
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung (CHF) je Personen-km auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	<=	0.144	0.143	0.152	0.135 1
Hohe Qualität der Leistungserbringung	Anteil (%) der mit den Kantonen der NWCH vereinbarten Qualitätsindikatoren, bei denen die SBB den Zielwert erreicht	>=	99	99	95	97

Kommentar

1 Die SBB rechnet in ihren Offerten für 2012 mit einer Nachfragezunahme bei unveränderten Kosten.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
Übriger Aufwand	3'048.0	3'057.5	3'095.5	38.0	1.2
Ertrag	-387.9	-405.0	-403.0	2.0	0.5
Ordentlicher Nettoaufwand	2'660.1	2'652.5	2'692.5	40.0	1.5
Kalkulatorische Kapitalkosten	128.7	0.0	0.0	0.0	0.0
Vollkosten	2'788.9	2'652.5	2'692.5	40.0	1.5

Produktgruppe Tarife und Verbände

Sicherstellung günstiger, zwischen den einzelnen Transportunternehmen koordinierter Tarife im öffentlichen Verkehr innerhalb des Kantons, und über die Kantonsgrenzen hinaus.

Tätigkeiten und Projekte

Es wird für das Budgetjahr im Vergleich zu den Vorjahren mit einer praktisch konstanten Anzahl U-Abos im Kanton Basel-Stadt gerechnet.

Der Zuschlag für die Benützung des TNW-Nachtnetzes wird aufgehoben.

An der Vollversammlung des Tarifverbands Nordwestschweiz (TNW) wurde die Geschäftsstelle beauftragt, die Zonierung des U-Abos zu prüfen. Im Budgetjahr werden die Arbeiten hierzu weitergeführt. Mit der Umsetzung eines neuen Angebots ist erst für das Jahr 2013 zu rechnen.

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2009	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Grosse Anzahl U-Abonnenten im Kanton Basel-Stadt	Anzahl U-Abo-Verkäufe (in Tausend) an Einwohnerinnen und Einwohner in BS auf Monatsbasis	>=	859	860	860	860 1

Kommentar

1 Der Indikator umfasst die Anzahl verkaufter Monats-Abonnemente. Jahresabonnemente werden umgerechnet.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
Übriger Aufwand	20'118.3	20'200.0	20'200.0	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	20'118.3	20'200.0	20'200.0	0.0	0.0
Vollkosten	20'118.3	20'200.0	20'200.0	0.0	0.0

4.4 Übriges

4.4.1 Dienststellen im ordentlichen Nettoaufwand/Investitionsrechnung

409090 ZPD (Sozialleistungen)

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	1'184.0	1'552.7	2'076.6	523.9	33.7
31 Sachaufwand	195.0	295.0	165.0	-130.0	-44.1
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	1'379.0	1'847.7	2'241.6	393.9	21.3
43 Entgelte	-328.3	-247.7	-213.6	34.1	13.8
4 Ertrag	-328.3	-247.7	-213.6	34.1	13.8
Ordentlicher Nettoaufwand	1'050.7	1'600.0	2'028.0	428.0	26.8

Kommentar

- 1 Der Mehraufwand ist auf die Beanspruchung des Sozialstellenplans auf der Grundlage des §34 und der dazu gehörigen Überbrückungsmassnahmen (vgl. Regierungsratsbeschluss 08/40/32 vom 11. Dezember 2007) zurückzuführen. Der Sozialstellenplan übernimmt die Finanzierung der Lohnkosten von Mitarbeitenden, deren Anstellungsverhältnisse nach Ablauf der 16. Monatsfrist zu Ende gehen, zur Abfederung sozialer Härtefälle. Auf die Überbrückungsmassnahme besteht ein Rechtsanspruch.

410 Allgemeine Verwaltung

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	-21'990.1	-47'536.0	-49'193.2	-1'657.2	-3.5
31 Sachaufwand	374'170.6	9'332.5	9'332.5	0.0	...
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
36 Eigene Beiträge	1'440.4	850.0	850.0	0.0	...
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	40'217.2	69'716.0	50'118.0	-19'598.0	-28.1
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	393'838.1	32'362.5	11'107.3	-21'255.2	-65.7
43 Entgelte	-177'050.0	-6'850.0	-6'850.0	0.0	...
46 Beiträge für eigene Rechnung	-9'835.2	-8'090.0	-8'886.0	-796.0	-9.8
4 Ertrag	-186'885.2	-14'940.0	-15'736.0	-796.0	-5.3
Ordentlicher Nettoaufwand	206'952.9	17'422.5	-4'628.7	-22'051.2	-126.6

Kommentar

- 1 Per 31.12.2010 wurde der Vorschuss des Arbeitgeber-Anteils für die Ausfinanzierung der Pensionskasse Basel-Stadt ausgebucht und dafür 354.0 Mio. Franken der Laufenden Rechnung belastet. Dadurch reduzieren sich in der Folge die jährlichen Einlagen in die als Spezialfinanzierung geführte (PK-)Ausfinanzierung.

420050 Liegenschaften (Verw. V.) Eigennutzung

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		
	2010	2011	2012	abs.	%	
31 Sachaufwand	48'625.4	50'755.1	53'548.2	2'793.1	5.5	1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.6	0.0	0.0	0.0	...	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	48'625.9	50'755.1	53'548.2	2'793.1	5.5	
42 Vermögenserträge	-143'749.7	-142'460.7	-106'041.9	36'418.8	25.6	2
43 Entgelte	-675.1	-870.0	-600.0	270.0	31.0	3
46 Beiträge für eigene Rechnung	-5.0	0.0	0.0	0.0	...	
4 Ertrag	-144'429.8	-143'330.7	-106'641.9	36'688.8	25.6	
Ordentlicher Nettoaufwand	-95'803.8	-92'575.6	-53'093.8	39'481.9	42.6	
Investitionen > 300'000 Fr., Ausgaben	99'866.5	128'150.0	123'750.0	-4'400.0	-3.4	
Investitionen > 300'000 Fr., Einnahmen	-2'647.6	-11'750.0	-12'250.0	-500.0	-4.3	
Investitionen > 300'000 Fr., netto	97'218.9	116'400.0	111'500.0	-4'900.0	-4.2	

Kommentar

- 1 Die Erhöhung ist auf einen höheren Bedarf beim Unterhalt und höhere Vorgaben bei den Heizkosten (Budgetpostulat Michael Wüthrich und Jürg Stöcklin) zurückzuführen.
- 2 Wegen Ausgliederung der Spitaler entfallen deren interne Mieten.
- 3 Die Entgelte wurden aufgrund der Vergangenheitswerte leicht tiefer angesetzt.

Konsolidierung BS

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	-563.4	-1'385.0	-1'345.0	40.0	2.9
31 Sachaufwand	-186'882.0	-202'751.0	-170'861.6	31'889.3	15.7
32 Passivzinsen	-1'925.6	-1'957.8	-1'239.0	718.8	36.7
33 Abschreibungen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
36 Eigene Beiträge	-49'543.6	-39'189.6	-43'813.8	-4'624.2	-11.8
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
39 Interne Verrechnungen	238'914.7	245'283.3	217'259.4	-28'023.9	-11.4
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	...
40 Steuern	0.0	0.0	0.0	0.0	...
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
42 Vermögenserträge	148'439.9	147'818.2	110'557.0	-37'261.2	-25.2
43 Entgelte	40'931.2	58'275.5	62'925.9	4'650.4	8.0
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	0.0	0.0	0.0	0.0	...
46 Beiträge für eigene Rechnung	49'543.6	39'189.6	43'813.8	4'624.2	11.8
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	0.0	0.0	0.0	0.0	...
49 Interne Verrechnungen	-238'914.7	-245'283.3	-217'296.7	27'986.6	11.4
4 Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	...
Ordentlicher Nettoaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	...

Ordentlicher Nettoaufwand Kanton Basel-Stadt

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	1'738'476.6	1'744'278.0	1'108'860.2	-635'417.7	-36.4
31 Sachaufwand	994'807.7	654'745.5	372'283.3	-282'462.3	-43.1
32 Passivzinsen	-1'115.2	-1'169.7	-1'235.5	-65.8	-5.6
33 Abschreibungen Finanzvermögen	31'985.8	10'905.5	9'055.8	-1'849.7	-17.0
36 Eigene Beiträge	1'206'560.8	1'294'196.6	1'602'223.2	308'026.7	23.8
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	65'350.9	88'939.5	70'334.4	-18'605.1	-20.9
39 Interne Verrechnungen	238'914.7	245'283.3	217'259.4	-28'023.9	-11.4
Eliminationen	-737.2	-702.6	0.0	702.6	100.0
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'274'244.2	4'036'476.1	3'378'780.8	-657'695.3	-16.3
40 Steuern	-31'500.1	-31'524.0	-31'432.0	92.0	0.3
41 Regalien und Konzessionen	-20.7	-21.8	-20.6	1.2	5.5
42 Vermögenserträge	-1'584.6	-2'017.7	235.1	2'252.8	111.7
43 Entgelte	-1'228'793.6	-1'071'417.0	-387'718.0	683'699.0	63.8
46 Beiträge für eigene Rechnung	-316'737.9	-336'143.3	-277'271.4	58'871.9	17.5
48 Entnahmen a.Spez.Finanzierungen	-11'233.4	-14'087.0	-17'163.8	-3'076.8	-21.8
49 Interne Verrechnungen	-238'914.7	-245'283.3	-217'296.7	27'986.6	11.4
4 Ertrag	-1'828'784.9	-1'700'494.1	-930'667.4	769'826.7	45.3
Ordentlicher Nettoaufwand	2'445'459.3	2'335'982.0	2'448'113.4	112'131.4	4.8

4.4.2 Dienststellen im Allgemeinen Nettoertrag

403090 Finanzverwaltung (Allgemein)

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		
	2010	2011	2012	abs.	%	
31 Sachaufwand	84'038.9	9'275.0	2'121.9	-7'153.1	-77.1	1
32 Passivzinsen	75'384.8	78'067.0	70'066.2	-8'000.7	-10.2	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	287.7	0.0	0.0	0.0	...	
36 Eigene Beiträge	115'709.9	132'353.0	154'368.9	22'015.9	16.6	2
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	40.9	50.0	50.0	0.0	...	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	275'462.2	219'745.0	226'607.0	6'862.1	3.1	
40 Steuern	0.5	0.0	0.0	0.0	...	
41 Regalien und Konzessionen	-41'236.4	-41'231.0	-50.0	41'181.0	99.9	3
42 Vermögenserträge	-119'582.6	-125'493.1	-116'334.2	9'158.9	7.3	4
43 Entgelte	-200'040.9	-50.0	-50.0	0.0	...	
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	-62'469.3	-60'608.0	-65'586.8	-4'978.8	-8.2	2
46 Beiträge für eigene Rechnung	-68.0	-200.0	-200.0	0.0	...	
48 Entnahmen a.Spec.Finanzierungen	-31.0	-50.0	-50.0	0.0	...	
4 Ertrag	-423'427.7	-227'632.1	-182'271.0	45'361.1	19.9	
Allgemeiner Nettoertrag	-147'965.5	-7'887.2	44'336.0	52'223.2	662.1	

Kommentar

- Der Budgetrückgang ist auf tiefere Emissionsgebühren zurückzuführen. Für das Budgetjahr ist die Aufnahme einer Anleihe über 400 Mio. Franken geplant. Im Vorjahr wurde mit einer Geldaufnahme von 1'200 Mio. Franken gerechnet. Die Geldaufnahmekosten fallen auch tiefer aus, weil diese seit Abschluss 2010 auf die Laufzeit der entsprechenden Anleihe abgegrenzt werden.
- Während der Kantonsanteil am NFA-Härteausgleich mit 3.3 Mio. Franken unverändert bleibt, erhöht sich der Kantonsanteil am Ressourcenausgleich um 19.6 Mio. Franken auf 148.3 Mio. Franken. Die restliche Zunahme entfällt auf den Finanz- und Lastenausgleich mit den Ladgemeinden. Diesem Mehraufwand stehen Mehrerträge in der Kontengruppe 44 gegenüber. Mit 51.4 Mio. Franken fallen die Einnahmen aus dem NFA Lastenausgleich um 4.5 Mio. höher aus als noch im Vorjahresbudget.
- Für den Anteil am Nationalbankgewinn wurde nichts mehr ins Budget eingestellt. Im Vorjahr wurde noch mit Einnahmen von 41.2 Mio. Franken gerechnet.
- Die Einnahmenreduktion von 9.2 Mio. Franken lässt sich fast ausschliesslich mit einer tieferen BKB-Gewinnablieferung erklären. Mit 79.8 Mio. Franken fällt diese gegenüber Vorjahr um 10.8 Mio. Franken tiefer aus. Diesem Minderertrag stehen höhere Zinseinnahmen (u.a. IWB und MCH Schweiz AG) gegenüber.

404090 Steuerverwaltung (Allgemein)

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11		
	2010	2011	2012	abs.	%	
33 Abschreibungen Finanzvermögen	92'831.3	50'000.0	50'000.0	0.0	...	
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	92'831.3	50'000.0	50'000.0	0.0	...	
40 Steuern	-2'647'607.8	-2'387'000.0	-2'495'700.0	-108'700.0	-4.6	1
43 Entgelte	-5'828.4	-4'000.0	-5'000.0	-1'000.0	-25.0	
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	-140'701.8	-140'000.0	-146'000.0	-6'000.0	-4.3	2
4 Ertrag	-2'794'138.0	-2'531'000.0	-2'646'700.0	-115'700.0	-4.6	
Allgemeiner Nettoertrag	-2'701'306.7	-2'481'000.0	-2'596'700.0	-115'700.0	-4.7	

Kommentar

- 1 Aufgrund des guten Ergebnisses 2010 bei den Steuererträgen für die natürlichen Personen können auch im laufenden Jahr und für das Jahr 2012 höhere Steuererträge als bisher erwartet werden. Bei den Juristischen Personen ist aufgrund der in einzelnen Branchen spürbaren konjunkturellen Abkühlung in der 2. Jahreshälfte 2011 und der ab Rechnungsjahr 2012 wirksamen Steuersenkung mit leicht tieferen Erträgen zu rechnen.
 - 2 Gegenüber dem Vorjahr steigt der Anteil an der direkten Bundessteuer um 6.0 Mio. Franken.
-

412 Parkhäuser Basel-Stadt (Fin. Verm.)

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	459.2	479.2	505.0	25.9	5.4
31 Sachaufwand	5'696.5	8'030.7	7'573.7	-457.0	-5.7
32 Passivzinsen	1'188.0	1'255.2	1'239.0	-16.2	-1.3
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'878.6	273.2	269.5	-3.7	-1.3
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	9'222.3	10'038.3	9'587.2	-451.0	-4.5
42 Vermögenserträge	-545.3	-532.4	-528.4	4.0	0.7
43 Entgelte	-13'029.4	-13'173.6	-12'845.1	328.4	2.5
4 Ertrag	-13'574.7	-13'706.0	-13'373.6	332.4	2.4
Allgemeiner Nettoertrag	-4'352.4	-3'667.7	-3'786.3	-118.6	-3.2

415 Liegenschaften FV

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	-32.9	156.8	36.1	-120.7	-77.0
31 Sachaufwand	23'314.6	24'119.7	21'999.1	-2'120.6	-8.8
32 Passivzinsen	0.0	1.0	0.0	-1.0	-100.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	8'858.5	298.5	298.3	-0.3	-0.1
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	1'500.0	0.0	0.0	0.0	...
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	33'640.3	24'576.0	22'333.5	-2'242.5	-9.1
41 Regalien und Konzessionen	-2'257.8	-2'257.8	-2'257.8	0.0	...
42 Vermögenserträge	-78'913.5	-65'403.6	-66'715.6	-1'312.0	-2.0
43 Entgelte	-3'753.9	-174.8	-179.0	-4.2	-2.4
4 Ertrag	-84'925.3	-67'836.2	-69'152.4	-1'316.3	-1.9
Allgemeiner Nettoertrag	-51'285.0	-43'260.1	-46'818.9	-3'558.8	-8.2

420000 Liegenschaften (Verw. V.) Drittnutzung

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	4.1	6.0	4.4	-1.6	-26.1
31 Sachaufwand	4'697.1	5'626.1	5'817.1	191.1	3.4
33 Abschreibungen Finanzvermögen	77.5	15.0	15.0	0.0	...
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	4'778.8	5'647.1	5'836.5	189.5	3.4
42 Vermögenserträge	-35'333.7	-38'708.3	-37'401.4	1'306.9	3.4
43 Entgelte	-314.0	-132.9	-138.9	-6.0	-4.5
4 Ertrag	-35'647.7	-38'841.2	-37'540.3	1'300.9	3.3
Allgemeiner Nettoertrag	-30'868.9	-33'194.2	-31'703.8	1'490.4	4.5

Kommentar

1 Die Budgetierung der Mieterträge der Schulen Riehen/ Bettingen wurde im letzten Budget zu hoch angesetzt

Allgemeiner Nettoertrag Kanton Basel-Stadt

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	430.5	642.0	545.5	-96.4	-15.0
31 Sachaufwand	117'747.2	47'051.5	37'511.9	-9'539.5	-20.3
32 Passivzinsen	76'572.8	79'323.2	71'305.2	-8'018.0	-10.1
33 Abschreibungen Finanzvermögen	103'933.6	50'586.7	50'582.8	-3.9	0.0
36 Eigene Beiträge	115'709.9	132'353.0	154'368.9	22'015.9	16.6
38 Einlagen in Spez.Finanzierungen	1'540.9	50.0	50.0	0.0	...
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	415'934.9	310'006.3	314'364.3	4'358.0	1.4
40 Steuern	-2'647'607.3	-2'387'000.0	-2'495'700.0	-108'700.0	-4.6
41 Regalien und Konzessionen	-43'494.2	-43'488.8	-2'307.8	41'181.0	94.7
42 Vermögenserträge	-234'375.1	-230'137.4	-220'979.7	9'157.7	4.0
43 Entgelte	-222'966.7	-17'531.2	-18'213.0	-681.8	-3.9
44 Anteile u. Beiträge ohne Zweckbestimmung	-203'171.1	-200'608.0	-211'586.8	-10'978.8	-5.5
46 Beiträge für eigene Rechnung	-68.0	-200.0	-200.0	0.0	...
48 Entnahmen a. Spez.Finanzierungen	-31.0	-50.0	-50.0	0.0	...
Eliminationen	737.2	702.6	0.0	-702.6	-100.0
4 Ertrag	-3'350'976.2	-2'878'312.9	-2'949'037.3	-70'724.4	-2.5
Allgemeiner Nettoertrag	-2'935'041.4	-2'568'306.6	-2'634'673.0	-66'366.4	-2.6

5 Die Gerichte

GER-111	Appellationsgericht	271
GER-112	Gericht für Strafsachen	273
GER-113	Zivilgericht	276
GER-114	Sozialversicherungsgericht	278

Finanzen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	36.3	38.2	39.2	1.0	2.7
31 Sachaufwand	13.4	14.1	14.6	0.5	3.2
33 Abschreibungen Finanzvermögen	6.5	4.0	4.0	0.0	0.7
Total Aufwand	56.3	56.3	57.8	1.5	2.6
42 Vermögenserträge	-0.1	-0.4	-0.1	0.2	67.1
43 Entgelte	-31.4	-28.5	-29.8	-1.3	-4.5
Total Ertrag	-31.4	-28.8	-29.9	-1.0	-3.6
Ordentlicher Nettoaufwand Departement	24.8	27.5	27.9	0.4	1.6
5 Ausgaben Investitionen	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0

Appellationsgericht

GER-111

Das Appellationsgericht ist die oberste Justizbehörde des Kantons. Als solche übt das Appellationsgericht die Aufsicht über die erstinstanzlichen Gerichte aus und untersteht es seinerseits der Oberaufsicht durch das Parlament. Es urteilt im Rechtsmittelverfahren über die Entscheide der erstinstanzlichen Gerichte, über jene des Sozialversicherungsgerichts allerdings nur in wenigen Ausnahmefällen, da diese in der Regel an das Eidgenössische Versicherungsgericht weiterziehbar sind. Als Verwaltungsgericht überprüft es ferner die Verfügungen und Entscheide von Verwaltungsbehörden sowie von gerichtlichen Instanzen, wie der Steuerrekurskommission und der Baurekurskommission. Ausserdem fungiert es als kantonales Verfassungsgericht. Das Appellationsgericht wendet in seiner Rechtsprechung Normen aus der gesamten Rechtsordnung, einschliesslich internationaler Übereinkommen, an.

Bei allen Gerichten muss die Darstellung von Produktgruppen unterbleiben, da solche bei der Justiz nicht existieren. Dies entspricht dem im Jahre 2003 getroffenen Entscheid, auf die Einführung von New Public Management (NPM) und der entsprechenden Steuerungselemente bei den Gerichten zu verzichten. Darauf ist hier nicht zurückzukommen.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Die diversen Verfassungs- und Gesetzesrevisionen haben bei den Basler Gerichten, vor allem beim Appellationsgericht, weitreichende Anpassungen in organisatorischer Hinsicht erforderlich gemacht. Der notwendige Ausbau der personellen und räumlichen Ressourcen wurde bereits mit Hochdruck begonnen. Der Ausbau des Dachstockes an der Bäumleingasse 1 ist bereits soweit fortgeschritten, dass der Bezug auf den 1. Januar 2012 absehbar ist. Bis zu diesem Zeitpunkt wird mit Notlösungen die Unterbringung des zusätzlichen Personals bewerkstelligt. Die Vertreter von Immobilien Basel-Stadt und des Bau- und Verkehrsdepartements, Abteilung Städtebau und Architektur, haben zusammen mit dem Architekturbüro Amrein und Giger mit grossem Engagement zur Erreichung des gesetzten Ziels hingearbeitet.

Die Gerichte und die Staatsanwaltschaft haben zusammen mit dem Regierungsrat eine weitreichende Expertise in Bezug auf die Umsetzung der Justizreform in Auftrag geben, die ersten Resultate sind in der zweiten Hälfte des Jahres 2012 zu erwarten.

Gerichte 2010 Das Projekt Gerichte 2010, welches für alle Gerichte des Kantons Basel-Stadt und das Erbschaftsamt eine einheitliche, standardisierte und releasefähige Fachapplikation unter Einbezug eines Dokumentenmanagementsystems bedeutet, wird in den nächsten beiden Jahren zu optimieren sein. Die Projektarbeiten sind weit fortgeschritten, bisher arbeiten sämtliche Gerichte mit der neuen Fachapplikation. Eine Abnahme der Gesamtsysteme wird voraussichtlich im Jahre 2012, nach der Einführung im Erbschaftsamt, erfolgen können.

Der teils bereits produktive und noch angestrebte zum Einsatz kommende technische Stand wird die Voraussetzungen gemäss Entwurf der eidgenössischen Verordnung über die elektronische Übermittlung im Rahmen von Zivil- und Strafprozessen sowie von Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren abdecken. Die letzten Anpassungen in den Verfahrensabläufen im Hinblick auf die schweizerischen Prozessordnungen laufen auch in technischer Sicht auf Hochtouren. Seit Beginn des Jahre 2011 haben die Gerichte Verfahren nach neuem und bisherigem Recht parallel zu bewältigen.

Gesetzesrevisionen Die grundlegenden Änderungen für die Basler Justiz durch den Erlass bzw. die Revision der Bundesverfassung, der Kantonsverfassung sowie mehrerer Bundesgesetze (eidgenössische Zivilprozessordnung, Strafprozessordnung, Bundesgerichtsgesetz, Erwachsenenschutzrecht) binden erhebliche Ressourcen. Die Aufgaben des Appellationsgerichts sind dadurch erheblich erweitert worden, was eine entsprechende Zunahme des personellen und finanziellen Bedarfs zur Folge hatte, der auch teilweise bereits umgesetzt ist. Die weiteren Schritte werden nach Vorliegen der vorgenannten Expertiseresultate zu prüfen sein.

Das in den meisten Fällen obligatorische Schlichtungsverfahren im Zivilprozess hat für das Zivilgericht bereits zu einer wesentlichen Erhöhung des Aufwands geführt. Der daraus resultierende Mehraufwand für das Appellationsgericht ist zur Zeit nur schwer abschätzbar, darf aber nicht vernachlässigt werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	23.9	22.5	24.8	28.4	33.0
Hängige Verfahren	Anz	1'413	1'469	1'512	1'600	1'650
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	70'480	5'500	35'277	55'000	75'000

Kommentar

1 Zuzolge Änderung der Abrechnungsverfahren, wird das Appellationsgericht mit Debitorenverlusten des Strafgerichts konfrontiert werden. Der Umfang ist schwer abzuschätzen.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	4'643.0	5'049.7	6'364.3	1'314.7	26.0
31 Sachaufwand	2'141.0	2'923.0	3'643.2	720.2	24.6
33 Abschreibungen Finanzvermögen	35.3	55.0	75.0	20.0	36.4
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	6'819.3	8'027.6	10'082.5	2'054.9	25.6
42 Vermögenserträge	-0.5	-0.5	-0.6	-0.1	-10.0
43 Entgelte	-522.2	-1'022.8	-983.3	39.5	3.9
4 Ertrag	-522.7	-1'023.3	-983.9	39.5	3.9
Ordentlicher Nettoaufwand	6'296.6	7'004.3	9'098.7	2'094.4	29.9
davon Produktgruppe(n):					
5 Ausgaben Investitionen	-174.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen VV (NIV)	-174.8	0.0	0.0	0.0	0.0

Kommentar

1 Die Vergrößerung des Personalaufwandes ist auf die Vorgaben der eidg. Prozessordnungen zurückzuführen.

2 Der Anstieg im Bereich der Sachaufwändungen kommt durch gerichtsübergreifende Konsolidierung zusammen.

Gericht für Strafsachen

GER-112

Das Gericht für Strafsachen beurteilt erstinstanzlich Straftaten, die im Kanton Basel-Stadt begangen worden sind. Zudem entscheidet es als Zwangsmassnahmengericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft über die Anordnung bzw. Verlängerung von Untersuchungs- und Sicherheitshaft. Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sind das Schweizerische Strafgesetzbuch, die Schweizerische Strafprozessordnung sowie andere eidgenössische und kantonale Nebenstrafgesetze.

Mit dem Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung am 1. Januar 2011 ist die Kompetenz zum Erlass von Strafbefehlen vom Strafgericht auf die Staatsanwaltschaft übergegangen. Das Strafgericht ist deshalb seit anfangs 2011 primär für die Beurteilung von Straftaten, bei denen eine Freiheitsstrafe von mehr als 6 Monaten bzw. eine Geldstrafe von über 180 Tagessätzen zur Diskussion steht, zuständig. Zudem beurteilt es Einsprachen gegen von der Staatsanwaltschaft ausgestellte Strafbefehle (Freiheitsstrafen bis zu 6 Monaten bzw. Geldstrafen bis 180 Tagessätzen). Das Privatklageverfahren (dort musste die geschädigte Person selber als Anklägerin auftreten, insbesondere bei Ehrverletzungen, Sachbeschädigungen und Hausfriedensbruch) wurde durch die Schweizerische Strafprozessordnung aufgehoben, doch muss das Strafgericht alle noch bis Ende 2010 eingereichten Privatklagen behandeln. Das Gleiche gilt auch für das Rekurskammerverfahren (Rekurse gegen Verfahrenseinstellungen und Einspracheentscheide des Ersten Staatsanwaltes). Die Präsidentinnen und Präsidenten rotieren im jährlichen Turnus innerhalb der verschiedenen Abteilungen des Strafgerichts.

Tätigkeiten und Projekte

In den vergangenen Monaten wurde das Strafgericht mit zwei einschneidenden Änderungen konfrontiert. Zum einen wurde mit „Juris“ eine neue Geschäftskontroll-Software eingeführt, an die ein elektronisches Dokumentenmanagement-System gekoppelt ist. Das Strafgericht führt deshalb seit Anfang dieses Jahres die Akten sowohl als Papierakten als auch in elektronischer Form. Für die elektronischen Akten werden sämtliche eingehenden Verfahrensakten sowie die eintreffende Fallpost eingescannt. Für das Aktenstudium durch die Anwältinnen und Anwälte und durch die Richterinnen und Richter – letztere müssen aufgrund der Schweizerischen Strafprozessordnung seit Beginn dieses Jahres sämtliche Akten vor der Verhandlung studieren, während dies unter Herrschaft der baselstädtischen Strafprozessordnung wegen des strengen Unmittelbarkeitsprinzips nicht zulässig war – werden die elektronischen Fallakten auf CD bzw. DVD gebrannt, was von den meisten ausserordentlich geschätzt wird. Für die Kanzlei hat dieses System den grossen Vorteil, dass die physischen Akten praktisch durchgehend im Hause verfügbar sind.

Die andere wichtige Änderung betrifft die anfangs dieses Jahres in Kraft gesetzte Schweizerische Strafprozessordnung, die sowohl in juristischer als auch in organisatorischer Hinsicht einige gewichtige Neuerungen zur Folge hatte. Auf den Übergang der Strafbefehlskompetenz zur Staatsanwaltschaft und den Wegfall des Privatklage- und des Rekurskammerverfahrens sowie die Pflicht der (Laien-)Richterinnen und -Richter zum Studium der vollständigen Akten vor der Hauptverhandlung wurde bereits hingewiesen. Dazu kommt, dass schriftliche Urteile den Parteien neu nach spätestens 60 Tagen, in Ausnahmefällen nach 90 Tagen, zugestellt werden müssen. Generell wirft die neue Strafprozessordnung zurzeit immer wieder heikle juristische Fragen auf, die geklärt werden müssen, und es muss sich nun in verschiedenen Bereichen eine Praxis bilden.

In organisatorischer Hinsicht erforderte die neue Strafprozessordnung wegen des Übergangs der Strafbefehlskompetenz an die Staatsanwaltschaft den Transfer der Mitarbeitenden der Strafbefehlsabteilung zur Staatsanwaltschaft; zudem hatte dies die Aufhebung des Amtes des Strafbefehlsrichters beim Strafgericht zur Folge. Im Weiteren wird das Inkasso der Forderungen aus Strafverfahren seit Januar dieses Jahres nicht mehr vom Strafgericht, sondern durch die neu beim JSD geschaffene Inkassoabteilung vorgenommen, was die Verschiebung der entsprechenden Personalressourcen vom Strafgericht zum JSD zur Folge hatte. Wegen des Wegfalls des Privatklage- und des Rekurskammerverfahrens wurde ausserdem vor kurzem die Kanzlei Zwangsmassnahmengericht (bisher Kanzlei Haftrichter, Privatklagen, Rekurskammer) mit der Kanzlei A zusammengelegt. Der Personal-Headcount des Strafgerichts ging wegen dieser Änderungen um rund sieben Vollzeitstellen zurück.

Ob das Strafgericht auf die Dauer mit diesem reduzierten Personalbestand auskommen wird, kann im jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden, befindet sich das Strafgericht, das in diesem Jahr

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	56.6	54.1	54.7	47.55	46.55
Total Fälle (Klagen, Verzeigungen, Rekurskammer)	Anz	28'932	30'828	30'000	2'000	2'500
Halbtagesitzungen (ohne Haftrichter)	Anz	991	1'072	1'009	1'000	1'100
Betreibungen für Bussen u. Geldstr, Verf.kosten, Urteilsgeb.	Anz	2'801	1'386	1'565	0	0
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	3'997'122	5'663'649	5'089'410	3'206'000	2'500'00

Kommentar

- 1 Seit 2011 erlässt nicht mehr das Strafgericht, sondern die Staatsanwaltschaft die Strafbefehle, die bisher den mit Abstand grössten Anteil bei den Fallzahlen ausgemacht haben. Ausserdem sind seit 2011 das Privatklage- und das Rekurskammerverfahren weggefallen (bis Ende 2010 eingegangene Fälle werden 2011 noch behandelt).
- 2 Seit 2011 ist nicht mehr das Strafgericht, sondern die neu geschaffene Inkassostelle beim JSD für den Einzug der Forderungen aus Strafverfahren zuständig.

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	10'508.5	9'581.2	9'485.3	-95.9	-1.0
31 Sachaufwand	3'515.0	3'094.6	3'009.0	-85.6	-2.8
33 Abschreibungen Finanzvermögen	5'089.4	3'206.0	2'800.0	-406.0	-12.7
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	19'112.9	15'881.8	15'294.3	-587.6	-3.7
42 Vermögenserträge	-1.6	-2.0	-2.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-8'945.0	-4'305.0	-5'203.5	-898.5	-20.9
4 Ertrag	-8'946.6	-4'307.0	-5'205.5	-898.5	-20.9
Ordentlicher Nettoaufwand	10'166.3	11'574.8	10'088.7	-1'486.1	-12.8
davon Produktgruppe(n):					

noch viele im letzten Jahr eingegangene Privatklage- und Rekurskammerfälle beurteilen muss, die dann vom kommenden Jahr an wegfallen, im Moment immer noch in einer Übergangsphase. Die zukünftige Belastung ist zum jetzigen Zeitpunkt auch deshalb schwer abschätzbar, weil bisher in diesem Jahr von der Staatsanwaltschaft weniger Fälle als in den Vorjahren eingegangen sind, was wohl insbesondere damit zusammenhängt, dass sich die Staatsanwaltschaft in Bezug auf die Strafbefehle, deren Erlass bis Ende Jahr in die Zuständigkeit des Strafgerichts fiel, völlig neu organisieren musste, was naturgemäss zu gewissen Rückständen führt. Wir rechnen aber auf Ende Jahr mit einem starken Anstieg der Fallzahlen. Anpassungen beim Personalbestand nach oben mussten wegen der durch die Schweizerische Strafprozessordnung neu eingeführten kurzen Frist für die Ausfertigung der schriftlichen Urteile bereits bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern vorgenommen werden.

Zivilgericht

GER-113

Das Zivilgericht urteilt erstinstanzlich in Zivilsachen. Die am Zivilgericht zu beurteilenden Fälle werden grösstenteils durch das Zivilgesetzbuch und das Obligationenrecht bestimmt. Dazu gehören etwa Eheschutzmassnahmen, Scheidungen, Erbschaften sowie Kauf-, Miet und Arbeitsverträge sowie das Recht der Handelsgesellschaften. Zudem überprüft das Zivilgericht die polizeilichen Wegweisungs- und Rückkehrverbotsverfügungen bei häuslicher Gewalt. Schliesslich beurteilt das Zivilgericht Streitigkeiten aus dem Bereich des Zwangsvollstreckungsrechts, für jene Fälle, in denen das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) den Richter für zuständig erklärt.

Seit 2011 (neue Zivilprozessordnung ZPO) geht in der Regel jedem Entscheidverfahren ein Schlichtungsverfahren voraus. In der Verantwortung des Gerichts wird darum eine Schlichtungsbehörde geführt, welche nach der Vorgabe der neuen ZPO mit wenigen Ausnahmen (summarisches Verfahren, Scheidungsverfahren, Klagen nach SchKG; vgl. ZPO Art. 198) sämtliche zivilrechtlichen Streitigkeiten bis zu einem Streitwert von CHF 100'000 zu verhandeln hat.

Dem Zivilgericht angegliedert sind das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt. Das Betreibungs- und Konkursamt Basel-Stadt ist zuständig für die Zwangsvollstreckung von Geldforderungen auf dem ganzen Gebiet des Kantons Basel-Stadt. Das Erbschaftsamt ist zuständig für das gesamte Nachlassverfahren. Dazu gehören unter anderem Sicherungsmassnahmen in einem Todesfall und die Aufnahme der Vermögenswerte (Aktiven) und Schulden (Passiven) einer verstorbenen Person. Es gehört auch zu seinen Aufgaben, die gesetzlichen Erben ausfindig zu machen und diese sowie die eingesetzten Erben und die Vermächtnisnehmer über das Vorhandensein und den Inhalt einer Verfügung von Todes wegen in Kenntnis zu setzen. Wo erforderlich oder verlangt, führt das Erbschaftsamt amtliche Liquidationen durch, verwaltet die Erbschaft oder wirkt bei der Erteilung mit.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Die Fallzahlen liegen weiterhin konstant hoch. Mit Einführung der neuen Zivilprozessordnung sind die Streitwertgrenzen angepasst worden, was sich auf die Zuordnung der Fälle auf die einzelnen Spruchkörper auswirkt und es ist neu eine Schlichtungsbehörde beim Zivilgericht installiert worden. Aufgrund der ersten Halbjahreszahlen ist davon auszugehen, dass sich Verschiebungen innerhalb der Spruchkörper ergeben, insgesamt die Fallzahlen aber stabil bleibt. Aufgrund der mit der ZPO erweiterten Verfahrensanforderungen (z.B. zusätzliche Verfahrensschritte, schriftliche Begründungen) hat sich der Bearbeitungsaufwand erwartungsgemäss erheblich erhöht.

Neue Eidgenössische Zivilprozessordnung Die neue Eidgenössischen Zivilprozessordnung ist am 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Das Bundeszivilrecht löst damit die kantonalen Prozessgesetze ab. Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Bundesrechts wurden insbesondere das kantonale Gerichtsorganisationsgesetz und das Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch, aber auch weitere Erlasse (Schlichtungsstellengesetz, Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung, Gleichstellungsgesetz etc.) angepasst.

Das Zivilgericht beurteilt inzwischen jährlich rund 5'700 Verfahren. Mit der Justizreform wurden es nicht wesentlich mehr, die Verfahrensabläufe wurden aber für das Gericht aufwändiger. Dort, wo weitgehend mündlich verhandelt werden konnte, ist nun vermehrt Schriftlichkeit gefordert. Auch in einfacheren Verfahren kann die schriftliche Begründung verlangt werden. Tatsächlich dazugekommen sind ab 2011 die Schlichtungsverfahren. Neu müssen mit wenigen Ausnahmen sämtliche materiellen Klagen nach Einreichung zuerst in ein Schlichtungsverfahren. Das Zivilgericht rechnete mit rund 1'600 Fällen pro Jahr, die vorgängig einer Beurteilung durch das ordentliche Gericht, das neue Schlichtungsverfahren durchlaufen müssen. Die bei dieser Berichterstattung vorliegenden Halbjahreszahlen bestätigen diese Annahme. Bis Ende Juni 2011 waren bei der Schlichtungsbehörde seit anfangs Jahr 795 Verfahren anhängig gemacht worden. Inwieweit durch die Schlichtungen ein weiteres Verfahren vermieden werden kann, hängt von der Vergleichs- resp. Erledigungsquote auf Stufe Schlichtung ab. Erste Zahlen werden Ende 2011 verfügbar sein. Die mit dem neuen Bundesrecht künftig geforderte erweiterte schriftliche Begründungspflicht für Urteile und die zwingend einzurichtenden Schlichtungsverfahren bis zu einem Streitwert von CHF 100'000.- haben in Basel-Stadt aber in jedem Fall massgebliche Verfahrenserweiterungen zur Folge.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	139.5	134.0	138.4	148.2	148.2
Hängige Verfahren	Anz	5'500	5'435	5'714	5'700	5'700
Schlichtungsverfahren neu ab 2011	Anz				1'600	1'600
Zahlungsbefehle	Anz	71'000	69'327	72'940	70'000	70'000
Konkurseröffnungen	Anz	450	422	524	520	520
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	600'000	319'324	1'200'556	643'000	1'043'000

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	18'810.9	20'998.2	20'722.2	-276.0	-1.3
31 Sachaufwand	7'301.4	7'552.1	7'399.0	-153.1	-2.0
32 Passivzinsen	0.0	8.0	2.0	-6.0	-75.0
33 Abschreibungen Finanzvermögen	1'200.6	643.0	1'043.0	400.0	62.2
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	27'312.9	29'201.3	29'166.2	-35.1	-0.1
42 Vermögenserträge	-65.9	-369.5	-119.5	250.0	67.7
43 Entgelte	-21'725.0	-22'804.1	-23'298.3	-494.2	-2.2
4 Ertrag	-21'790.9	-23'173.6	-23'417.8	-244.2	-1.1
Ordentlicher Nettoaufwand	5'522.0	6'027.7	5'748.4	-279.3	-4.6
davon Produktgruppe(n):					

Mit erheblichen Anstrengungen konnte die für das Zivilgericht Basel-Stadt grosse Justizreform zeit- und sachgerecht umgesetzt werden. Ausserordentlich eng bemessen sind die Personalressourcen, welche gemäss den Budgetvorgaben beim Zivilgericht Basel-Stadt nun der Hälfte der beantragten Stellen entsprechen. Dadurch müssen zeitweise Verzögerungen in der zeitlichen Bearbeitung der Fälle in Kauf genommen werden. Das Budget 2011 ist Basisvorgabe für das Jahr 2012, sodass hier keine Entlastung zu erwarten ist.

Modernisierung Fallverwaltung Das Projekt zur Ablösung des veralteten Fallverwaltungssystems GEVOR durch die in Organen der Rechtspflege verbreitete Standard-Applikation JURIS ist inzwischen auch beim Zivilgericht erfolgt. Für das Erbschaftsamt steht die Umsetzung im Folgejahr noch an. Die Einführung war mit erheblichen Problemen verbunden. Die zeitliche Überschneidung mit der Umsetzung der neuen ZPO bedeutete eine zusätzliche Erschwerung. Eine Optimierung (insbesondere Verbesserung von Geschwindigkeit und Stabilität) sind in den nächsten Monaten dringend notwendig. Im Zeitpunkt der vorliegenden Berichterstattung wird noch intensiv an Fehlerbehebungen und Optimierungen gearbeitet.

Sozialversicherungsgericht

GER-114

Das Sozialversicherungsgericht Basel-Stadt hat seine Tätigkeit im April 2002 aufgenommen. Es ist zuständig zur Beurteilung von Streitigkeiten aus allen Zweigen des Sozialversicherungsrechts:

- Alters- und Hinterlassenenversicherung,
- Invalidenversicherung,
- Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen,
- Berufliche Vorsorge,
- Obligatorische Unfallversicherung,
- Krankenversicherung (obligatorische Krankenversicherung sowie Zusatzversicherungen); Prämienbeiträge,
- Militärversicherung,
- Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz),
- Familien- und Kinderzulagen sowie
- Arbeitslosenversicherung.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Alle Basler Gerichte einschliesslich des Sozialversicherungsgerichts arbeiten nun mit einer neuen Software für die Fallbearbeitung mit integriertem Dokumentenverwaltungssystem. Nach wie vor sind die Bearbeitung technischer Probleme sowie die Durchführung von Anpassungen zur erleichterten Bedienung im Gange. Für das kommende Jahr erhoffen wir uns, dass die nunmehr eingesetzte IT-Infrastruktur zur Zufriedenheit aller Mitarbeitenden eingesetzt werden kann.

Personalressourcen

Im laufenden sowie im kommenden Geschäftsjahr werden sich hinsichtlich Geschäftslast voraussichtlich höhere Fallzahlen als noch im Vorjahr 2010 ergeben. Erneut ist darauf hinzuweisen, dass unseres Wissens im Bereich Invalidenversicherung Pendenzen bei der Vorinstanz (IV-Stelle Basel-Stadt) bestehen. Deren Abbau wird mittelfristig zu einem merklichen Anstieg der Fallbelastung auch an unserem Gericht führen.

In den vergangenen Jahren konnte die Kanzlei das anfallende Arbeitsvolumen nur unter Beizug von Aushilfskräften bewältigen. Ab dem kommenden Geschäftsjahr soll darum eine Aufstockung der Personalressourcen im Kanzleibereich um massvolle 50 Stellenprozente, mit entsprechender Vorgabenerhöhung für das Budget 2012, erfolgen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	8.5	11.1	10.9	10.9	11.4
Hängige Verfahren	Anz	948	690	561	700	750
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	80'666	80'007	193'500	85'000	85'000

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrößen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	2'385.9	2'562.6	2'632.6	70.0	2.7
31 Sachaufwand	450.8	567.2	541.8	-25.5	-4.5
33 Abschreibungen Finanzvermögen	193.5	85.0	100.0	15.0	17.6
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'030.3	3'214.9	3'274.3	59.5	1.8
42 Vermögenserträge	-0.3	-0.1	-0.2	-0.1	-100.0
43 Entgelte	-181.2	-331.6	-272.1	59.5	17.9
4 Ertrag	-181.5	-331.7	-272.3	59.4	17.9
Ordentlicher Nettoaufwand	2'848.8	2'883.2	3'002.0	118.9	4.1
davon Produktgruppe(n):					

6 Das Parlament

PARL-402	Finanzkontrolle	282
PARL-410	Ombudsstelle	284
PARL-410	Grosser Rat und Parlamentsdienst	286
PARL-410	Datenschutzbeauftragter	288

Finanzkontrolle

PARL-402

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht im Kanton. Sie ist im Rahmen der Gesetzgebung fachlich unabhängig und selbständig.

Die Finanzkontrolle unterstützt einerseits den Grossen Rat bei der Ausübung der Oberaufsicht über Verwaltung und Rechtspflege und andererseits den Regierungsrat, das Appellationsgericht und die selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten bei der Ausübung der Dienstaufsicht über die Verwaltungen.

Die Finanzkontrolle übt ihre Tätigkeit nach den im Finanzkontrollgesetz aufgeführten Grundsätzen sowie nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes aus. Ihre Aufgaben gehen wesentlich über jene der zivilrechtlichen Revisionsstellen hinaus.

Produktgruppen				Aufgaben-/Ressourcenfeld
Finanzaufsicht 17.9.2003	gemäss	Finanzkontrollgesetz	vom	9.7 Behörden

Tätigkeiten und Projekte

Die Finanzkontrolle ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushaltes. Besonders zu erwähnen sind die Prüfung der Staatsrechnung, der separaten Rechnungen der Dienststellen sowie der Anstalten und Betriebe des Kantons. Weitere Aufgaben der Finanzkontrolle sind die Prüfung der internen Kontrollsysteme, die Vornahme von Systemprüfungen, Projektprüfungen sowie Prüfungen der Leistungen und der Wirksamkeit. Zudem werden Prüfungen im Auftrag des Bundes oder bei im öffentlichen Interesse stehenden Organisationen durchgeführt.

Die Finanzkontrolle erstattet der Finanzkommission, der Geschäftsprüfungskommission, dem Regierungsrat sowie dem Appellationsgericht jährlich einen Tätigkeitsbericht, in dem sie über den Umfang und die Schwerpunkte ihrer Prüftätigkeit sowie über wichtige Feststellungen und Empfehlungen informiert.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	15.3	14.1	13.9	13.95	13.95

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	2'771.9	3'043.3	3'024.4	-19.0	-0.6
31 Sachaufwand	313.4	498.1	490.8	-7.3	-1.5
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'085.3	3'541.4	3'515.2	-26.3	-0.7
42 Vermögenserträge	-2.2	-2.2	-2.2	0.0	0.0
43 Entgelte	-131.2	-67.2	-44.7	22.5	33.5 ¹
4 Ertrag	-133.5	-69.4	-46.9	22.5	32.4
Ordentlicher Nettoaufwand	2'951.8	3'472.0	3'468.3	-3.7	-0.1
davon Produktgruppe(n):					
Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz vom 17.9.2003	2'951.8	3'472.0	3'468.3	-3.7	-0.1

Kommentar

- 1 Bei den geplanten Entgelten 2012 ist der Ertrag im Bereich „Nationalstrassen“ nochmals tiefer als im Vorjahr, da dieser vom Bund übernommen worden ist und daher weniger Revisionen bei den Kantonen anfallen.

Ombudsstelle

PARL-410

Zu den Aufgaben und Zielen der Ombudsstelle gehören die Verbesserung der verfassungs- und gesetzmässigen Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner; die Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle; die Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen dem Einzelnen und der Verwaltung; der Schutz der Verwaltung vor ungerechtfertigten Vorwürfen; die Berichterstattung an den Grossen Rat.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Dienstleistungen Ombudsstelle	9.7 Behörden

Tätigkeiten und Projekte

Neben den Standardprozessen sind im Budgetjahr 2012 folgende wichtige Projekte und Tätigkeiten vorgesehen:

Dienstleistungen Ombudsstelle

Die Arbeitskapazität in Bezug auf die gewachsene Fallzahl soll konsolidiert werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.7	3.5	3.5	3.5	3.8
Neue Dossiers	Anz	433	515	524	480	550
Dossiers aus den Vorjahren	Anz	40	55	47	50	50
Telefonisch bearbeitete Anfragen	Anz	62	65	66	70	60
Per Mail oder Brief eingegangene Anfragen	Anz	47	54	33	50	40
Weiterverweisungen	Anz	227	225	203	250	220

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	565.6	569.1	628.2	59.1	10.4
31 Sachaufwand	79.8	142.3	177.1	34.8	24.5
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	645.4	711.3	805.3	94.0	13.2
43 Entgelte	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	643.9	711.3	805.3	94.0	13.2
davon Produktgruppe(n):					
Dienstleistungen Ombudsstelle	643.9	711.3	805.3	94.0	13.2

Grosser Rat und Parlamentsdienst

PARL-410

Der Parlamentsdienst ist zuständig für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für den Grossen Rat und die Gewährleistung der Grundfunktionalität des Parlamentes; die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Ratsmitglieder und Verbesserung der Wirkung des Parlamentes nach aussen; Stärkung des Parlamentes gegenüber den anderen Staatsgewalten; Entlastung der Mitglieder und Organe des Parlamentes von administrativen und im weiteren Sinne „unpolitischen“ Aufgaben.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Grosser Rat	9.7 Behörden
Parlamentsdienst	9.7 Behörden

Tätigkeiten und Projekte

Neben den Standardprozessen sind im Budgetjahr 2012 folgende wichtige Projekte und Tätigkeiten vorgesehen:

Parlamentsdienst

- Einrichtung und Inbetriebnahme der vom Grossen Rat beschlossenen Abstimmungsanlage bis März 2012. Anschliessend „Fine-Tuning“ für diese Anlage bis Sommer 2012;
- Beschlussreife Ausarbeitung eines Projektes „Tablet-PC für den Grossen Rat“ (Papierloses Parlament);
- Vorbereitung der beschlossenen organisatorischen Änderungen (Kommissionengrösse und -bestellung) auf Beginn der Amtsdauer 2013-2017;
- Relaunch des Internetauftritts des Grossen Rates (Umbau in ein Content-Management-System);
- Betreuung und Begleitung der Präsidentschaft des Oberrheinrates, welche 2012 voraussichtlich dem Kanton Basel-Stadt zufällt.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.2	7.0	7.9	7.5	7.5
Halbtagesitzungen Plenum	Anz	36	42	46	50	50
Kommissionssitzungen	Anz	390	371	418	450	450
Verabschiedete Sachgeschäfte	Anz	94	114	134	110	110
Eingereichte parl. Vorstösse	Anz	313	277	315	250	250

Kommentar

1 Die Abgrenzung der den Grossen Rat betreffenden Kennzahlen bezieht sich jeweils auf den 1. Februar (Amtsjahr).

Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt				abs.	%
30 Personalaufwand	2'745.5	2'624.1	2'804.4	180.2	6.9
31 Sachaufwand	968.9	1'523.1	1'644.0	121.0	7.9
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	3'714.4	4'147.2	4'448.4	301.2	7.3
43 Entgelte	-9.1	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-9.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	3'705.4	4'147.2	4'448.4	301.2	7.3
davon Produktgruppe(n):					
Parlamentdienst	1'631.9	1'752.7	1'833.4	80.7	4.6
Grosser Rat	2'073.4	2'394.5	2'615.0	220.5	9.2

Kommentar

- 1 Hauptanteil am Mehraufwand sind die Beiträge für die AHV/ALV/EO bezüglich der neuen Grundentschädigung. Diese werden ab 2012 vollumfänglich budgetiert; Mehraufwand ca. Fr. 50'000.
- 2 Im Hinblick auf den Beginn der neuen Amtsdauer 2013-2017 sind verschiedene IT-Projekte (Umstellung Webauftritt auf CMS, Vorstudie papierloses Parlament, etc.) geplant; Mehraufwand ca. Fr. 60'000. Zudem wird 2012 traditionellerweise eine zweitägige Grossratsreise vorgesehen; Aufwand ca. Fr. 60'000.

Datenschutzbeauftragter

PARL-410

Der vom Grossen Rat gewählte und organisatorisch dem Büro des Grossen Rates zugeordnete Datenschutzbeauftragte übt seine Aufsichtstätigkeit in völliger Unabhängigkeit aus. Er hat im Wesentlichen die folgenden Aufgaben:

- Beratung der öffentlichen Organe von Kanton und aller Gemeinden beim Bearbeiten von Personendaten;
- Kontrolle der Anwendung der Bestimmungen über das Bearbeiten von Personendaten nach einem autonom aufzustellenden Prüfprogramm (Datenschutz-Audit);
- Vorabkontrolle von Projekten zur Bearbeitung von Personendaten;
- selbständige Wahrnehmung der datenschutzrechtlichen Einwirkungsbefugnisse (Empfehlung, Weisung);
- Beratung der betroffenen Personen über ihre Rechte;
- Vermittlung zwischen betroffenen Personen und öffentlichen Organen;
- Stellungnahme zu datenschutzrelevanten Erlassen;
- Information für Bevölkerung, Medien und öffentliche Organe;
- Zusammenarbeit mit den Datenschutzbehörden anderer Kantone, des Bundes und des Auslandes;
- Berichterstattung;
- Autorisierung von Online-Zugriffen von öffentlichen Organen auf Datenbestände anderer öffentlicher Organe und von Videoüberwachungsanlagen, die durch staatliche Organe betrieben werden.

Ab der Inkraftsetzung des vom Grossen Rat am 9. Juni 2010 beschlossenen Gesetzes über Information und Datenschutz ist das Aufgabenfeld des Datenschutzbeauftragten erweitert, indem seine Beratungs- und Aufsichtstätigkeit über die Bearbeitung von Personendaten hinaus auf den Umgang mit Informationen generell ausgeweitet ist.

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Datenschutzbeauftragter	9.7 Behörden

Tätigkeiten und Projekte

Im Jahr 2012 soll die Standardisierung der Prozesse der Vorabkontrolle und des Datenschutz-Audits angestrebt werden. Dabei geht es insbesondere auch um den Aufbau des Revisions-Knowhows im IT-Bereich.

Ausserdem soll die Sensibilisierung der öffentlichen Organe für die Anliegen des Datenschutzes erhöht werden durch Verstärkung der Information.

Schliesslich geht es um den Aufbau der Beratungsdienstleistung im Bereich der Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips (inkl. Unterstützung der öffentlichen Organe durch Beratung und Schulung, Fertigstellung einer praxisorientierten Kommentierung des IDG).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Prognose 2011	Prognose 2012
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz		2.9	3.1	4.5	4.5
Geschäftsfälle	Anz				300	300
Komplexe Beratungen (gemessen an der Anzahl Beratungen)	%				10	10
Abgeschlossene Datenschutz-Audits	Anz				8	8
Durchgeführte Schulungen für öffentliche Organe	Anz				8	8
Innert 14 Tagen abgeschlossene nicht komplexe Beratungen	%				40	40

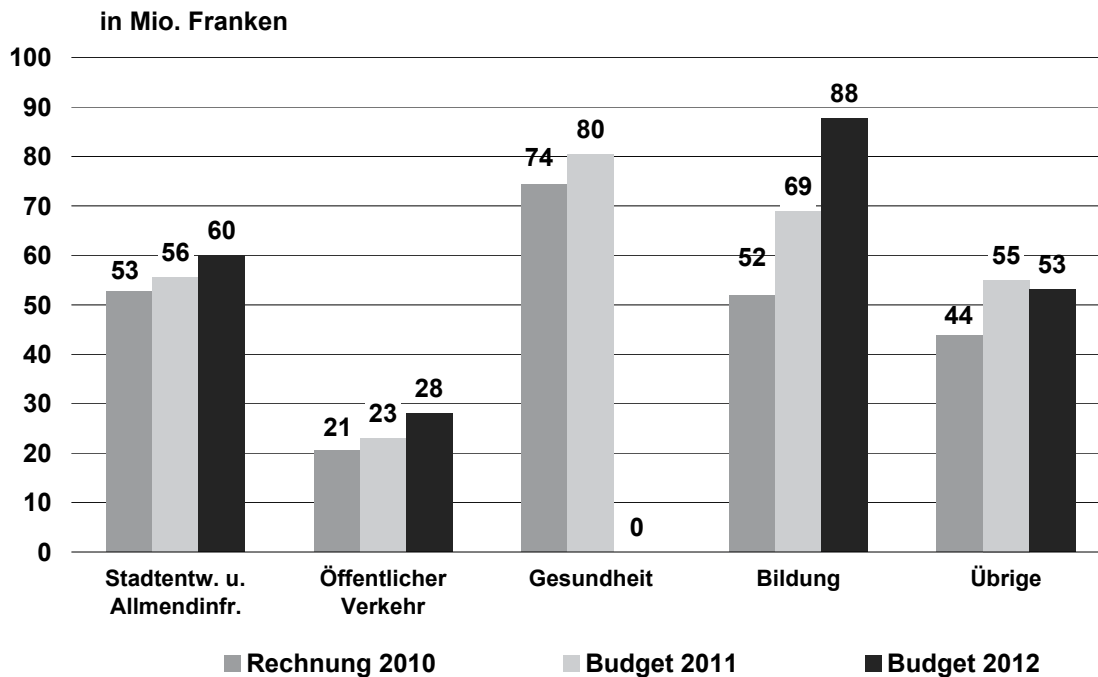
Finanzen

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Budget	Abw. B12/B11	
GR-Beschlussgrössen grau hinterlegt	2010	2011	2012	abs.	%
30 Personalaufwand	561.5	830.6	831.8	1.2	0.1
31 Sachaufwand	112.0	211.3	199.3	-12.0	-5.7
3 Aufwand ohne Abschreibungen VV	673.5	1'041.9	1'031.1	-10.8	-1.0
43 Entgelte	-1.1	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Ertrag	-1.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Ordentlicher Nettoaufwand	672.4	1'041.9	1'031.1	-10.8	-1.0
davon Produktgruppe(n):					
Datenschutzaufsichtsstelle	672.4	1'041.9	1'031.1	-10.8	-1.0

7 Die Investitionen

7.1 Kommentar zu den Investitionsbereichen und den grössten darin enthaltenen Investitionsvorhaben

7.1.1 Investitionsplafonds



Der Investitionsbereich Bildung hat für das Jahr 2012 mit 87.7 Mio. Franken mit 38.3% den grössten Anteil am gesamten für die Investitionen zur Verfügung stehenden Plafond in Höhe von 228.8 Mio. Franken. Dem Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur stehen 60.0 Mio. Franken (Anteil 26.2%), dem Investitionsbereich Übrige stehen 53.1 Mio. Franken (Anteil 23.2%) und dem Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr stehen im 2012 24.3 Mio. Franken (Anteil 12.2%) zur Verfügung.

7.1.2 Die grössten Vorhaben

Die nachfolgende Liste enthält einen Überblick über diejenigen Vorhaben, für die im Jahre 2012 die höchsten Ausgaben vorgesehen sind:

Vorhaben	Investitionsbereich	Brutto	Beiträge für eigene Rechnung	Netto
1 Tramverlängerung Nr. 8	Stadtentw. u. Allmendinfr+ÖV	21.8	8.5	13.3
2 FHNW Neubau Dreispitz	Bildung	19.0		19.0
3 Rahmenkredit Gleisanlagen	Öffentlicher Verkehr	16.0		16.0
4 Rahmenkredit Erhaltung Strassen	Stadtentw. u. Allmendinfr	12.5		12.5
5 Brunmattschule Gesamtsanierung	Bildung	10.8		10.8
6 Rahmenkredit Abwasserleitungsanlagen	Stadtentw. u. Allmendinfr	9.9		9.9
7 Kunstmuseum Erweiterungsbau	Bildung	8.3		8.3
8 Hirzbrunnenschule Sanierung (u.a. Fenster/Gang)	Bildung	7.6		7.6
9 Hebelschulhaus Gesamtsanierung inkl. Umbau Aula	Bildung	6.0		6.0
10 Luzerner-/Wasgenring Umgestaltung	Stadtentw. u. Allmendinfr	5.4	3.1	2.3
Total		117.2	11.6	105.6

7.1.3 Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Der Investitionsplafond 2012 wurde durch den Regierungsrat neu auf 60 Mio. Franken netto festgesetzt und ist gegenüber dem Plafond 2011 um 4.5 Mio. Franken höher.

Die Rahmenkredite zur Erhaltung der Infrastruktur im Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur (Strassen, Umgestaltung, Kunstbauten, Wasserbauten, Abwasserleitungen und Lichtsignalanlagen) stellen mit einer Budgetrate von 28.7 Mio. Franken (2011 27.6 Mio. Franken) einen Anteil von 47.8% am Plafond des Investitionsbereichs (2011 49.8%). Der Rahmenkredit zur Wiederbeschaffung von Fahrzeugen und Zusatzgeräten ist mit einer Rate von 3.8 Mio. Franken budgetiert. Somit entfallen 54.2% (2011 56.5%) der zur Verfügung stehenden Budgetmittel auf die erwähnten Rahmenkredite. Bei den Einzelprojekten ist wie im Vorjahr die Verlängerung der Tramlinie Nr. 8 nach Weil am Rhein mit netto 6.5 Mio. Franken (brutto 11.0 Mio. Franken) das grösste Vorhaben. Dieses Vorhaben ist auch im Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr das grösste Einzelprojekt. Weitere grosse Investitionsvorhaben sind die Gestaltung der Rheinuferpromenade zwischen St. Johanns-Park und der Landesgrenze mit 4.0 Mio. Franken, die Weiterführung der Arbeiten zur Erschliessung der Erlenmatt mit netto 2.6 Mio. Franken (brutto 5.1 Mio. Franken), die Umgestaltung Luzernerring/Wasgenring mit netto 2.3 Mio. Franken (brutto 5.4 Mio. Franken) und die Arbeiten am Morgartenring zwischen dem Langen Loh und der General Guisan-Strasse mit 2.3 Mio. Franken. Das Vorhaben Nordtangente (N2-Projekt), lange Jahre das grösste Vorhaben, ist noch mit einer Rate von netto 1.8 Mio. Franken (brutto 5.9 Mio. Franken) budgetiert. Die letzte Rate ist für das Jahr 2013 geplant.

2012 ist der Beginn der Arbeiten zur Umgestaltung der Rheinuferpromenade Kleinbasel am Schaffhauser Rheinweg geplant. Massnahmen zur Revitalisierung der Wiese werden in Angriff genommen. Für das Gundeldingerquartier soll mit der Planung eines Verkehrskonzeptes begonnen werden. Bei der Grosspeteranlage wird der erste Teil der Erschliessungsstrasse gebaut. Weiter werden mit der Planung einer Langsamverkehrsbrücke Zolli und der Planung eines weiteren Veloparkings beim Bahnhof SBB begonnen.

7.1.4 Öffentlicher Verkehr

Der Investitionsplafond Öffentlicher Verkehr (ÖV) beträgt im Jahr 2012 28.0 Mio. Franken netto und ist gegenüber dem Plafond 2011 um 5.0 Mio. Franken höher. Die grösste Position besteht mit 16.7 Mio. Franken (2011 14.0 Mio. Franken) und einem Anteil von 60% (2011 61%) der geplanten Investitionen aus den gebundenen Ausgaben für den Werterhalt der Infrastruktur der Basler Verkehrs-Betriebe (BVB). Über den Rahmenkredit Gleisanlagen werden 15.9 Mio. Franken (58%) abgewickelt. Der Rahmenkredit Gleisanlagen ist, wie die Rahmenkredite im Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur, Teil der „Rahmenkredite zur Erhaltung der Infrastruktur Basel-Stadt“.

Die für Nettoinvestitionen verfügbaren Mittel werden in erster Linie für die Verbesserung der ÖV-Infrastruktur und deren Vernetzung in der trinationalen Agglomeration eingesetzt.

Das grösste Einzelvorhaben im Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr ist, wie auch im Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur, die Verlängerung der Tramlinie Nr. 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein. Dafür ist 2012 eine Rate von netto 7.3 Mio. Franken (brutto 11.3 Mio. Franken) vorgesehen. Die Ausrüstung von weiteren 40 bis 50 Tramhaltestellen mit Normwartehallen wird weitergeführt und soll 2012 abgeschlossen sein (Rate 2012 0.4 Mio. Franken). Die Planungsarbeiten zur Erschliessung der Erlenmatt durch den Öffentlichen Verkehr (Rate 2012 0.2 Mio. Franken) sollten 2012 abgeschlossen werden können. Für 2012 ist der Beginn der Bauarbeiten vorgesehen (Rate 2012 2.0 Mio. Franken). Die Planungsarbeiten für die Linienführung Margarethenstich (Rate 2012 0.2 Mio. Franken netto) können 2012 abgeschlossen werden. Mit den Bauarbeiten wird Anfang 2013 begonnen. Die Planung der Tramverlängerung nach Saint-Louis (Rate 2012 1.8 Mio. Franken) wird voraussichtlich 2012 abgeschlossen. Der Beginn der Bauarbeiten ist für 2013 geplant.

Die Planung des Tramnetzes Basel 2020 wird 2012 abgeschlossen. Unter dem Titel Tramnetz Basel 2020 werden sowohl die Ausführung der Linienführung Margarethenstich wie auch die Realisierung der Erschliessung Erlenmatt durch den Öffentlichen Verkehr geführt. Auch die Tramverbindung Erlenmatt-Stücki-Kleinhüningen, die Erschliessung des Dreispitzareals durch den Öffentlichen Verkehr und die Verlängerung der Tramlinie 3 nach Saint Louis sind Bestandteil des Programms Tramnetz Basel 2020. Der Beginn der Projektierungsarbeiten für die Tramverbindung Erlenmatt-Stücki-Kleinhüningen ist für 2012 vorgesehen (Rate 2012 0.4 Mio. Franken).

Für den Beitrag Basel-Stadt an die Planung der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke ist 2012 eine Rate von 0.5 Mio. Franken im Budget eingestellt. Eine erste Rate von 0.1 Mio. Franken ist für die Planung von weiteren S-Bahn-Haltestellen auf dem Gebiet Basel-Stadt vorgesehen.

7.1.5 Gesundheit

Aufgrund der neuen Finanzierung sind keine Spitalinvestitionen mehr im vorliegenden Budget enthalten. Da diese Investitionen fast den gesamten Anteil am Volumen des Investitionsbereichs Gesundheit ausmachten, wird auf eine separate Darstellung dieses Bereiches verzichtet. Die noch im Gesundheitsbereich verbleibenden Investitionen werden im Investitionsbereich Übrige geführt.

7.1.6 Bildung

Der Investitionsplafond 2012 beträgt netto 87.7 Mio. Franken (Teil Kultur 2.3 Franken und Teil Bildung 0.2 Mio. Franken für nichtbauliche Vorhaben, 5.2 Mio. Franken für Life Science-Vorhaben sowie 80.0 Mio. Franken für Hochbauten im Verwaltungsvermögen) und liegt 18.8 Mio. Franken über dem Vorjahresbudget (68.9 Mio. Franken). Die Steigerung ist auf die erhöhten Investitionen in die Hochbauten (+24.5 Mio. Franken) zurückzuführen. Die Teile Kultur und Bildung nehmen hingegen um insgesamt rund 7.9 Mio. Franken ab.

Die grössten Vorhaben bei den Hochbauten im Verwaltungsvermögen sind im Teil Bildung die Hochschule für Gestaltung und Kunst mit einer Jahresrate von 19.0 Mio. Franken, die weiteren Sanierungen an Schulhäusern (u.a. für das Brunnmatt-, Hirzbrunnen- und Hebelschulhaus mit insgesamt 24.4

Mio. Franken) und der Erweiterungsbau des Kunstmuseums mit 8.3 Mio. Franken. Hinzu kommen die vorgesehenen Sanierungsarbeiten beim Naturhistorischen Museum (4.5 Mio. Franken) sowie die ersten Raten der für die Harmonisierung und die Tagesstrukturen vorgesehenen Rahmenkredite in Höhe von insgesamt 4.0 Mio. Franken.

7.1.7 Übrige

Im Investitionsbereich Übrige sind alle Investitionen enthalten, die grösser als 300'000 Franken sind und welche nicht den anderen Investitionsbereichen zugeordnet werden können. Dazu zählen u.a. die Investitionen der Gerichte, des Finanzdepartementes, die Mehrheit der Vorhaben des Justiz- und Sicherheitsdepartementes sowie die Investitionen der Dienststellen Stadtgärtnerei und Friedhöfe (Bau- und Verkehrsdepartement) sowie der Staatskanzlei und des Staatsarchivs (Präsidialdepartement). Des Weiteren werden seit 2006 sämtliche baulichen Investitionsbeiträge (u.a. Schweizerisches Tropeninstitut, Denkmalschutz) in diesem Bereich geführt. Ab Budget 2012 sind die aufgrund der Neuen Spitalfinanzierung noch im Gesundheitsbereich verbliebenen Vorhaben dem Investitionsbereich Übrige zugeteilt.

Der Investitionsplafond für 2012 beträgt 53.1 Mio. Franken und liegt damit 1.9 Mio. Franken unter dem Wert von 2011 (55.0 Mio. Franken). Die Abnahme ist hauptsächlich bedingt durch eine Reduktion bei den Investitionsbeiträgen. Die Investitionen in die Hochbauten im Bereich Übrige steigen um 6.8 Mio. Franken auf 24.8 Mio. Franken an.

Im Bereich des Hochbaus sind für die Innensanierung des Clarahofs rund 2.3 Mio. Franken, für das Neue Magazinkonzept der Stadtreinigung 2.5 Mio. Franken und für die Sanierung der Spitalstrasse 2 rund 2.3 Mio. Franken vorgesehen. Hinzu kommen Raten von 1.5 Mio. Franken für behindertengerechte und 1.0 Mio. Franken für klimagerechte Anpassungen an öffentlichen Gebäuden.

7.2 Investitionsübersichtsliste

7.2.1 Ausschöpfung der Plafonds

In der Investitionsübersichtsliste können Vorhaben aufgeführt werden, welche zusammen einen maximalen Budgetbetrag von 130% des im Budget eingestellten Plafonds ergeben. Damit wird erreicht, dass bei Verzögerungen oder Budgetunterschreitungen durch ein Verschieben zwischen einzelnen Vorhaben möglichst der gesamte zur Verfügung stehende Betrag (Plafond von 100%) wirklich realisiert werden kann. In der Realisierung ist die Ausschöpfung hingegen strikt auf den bewilligten Plafondbetrag (100%) beschränkt. Nur dieser Betrag ist denn auch als Pauschale im Sekretariat des für einen Investitionsbereich verantwortlichen Departements bzw. bei der Immobilien Basel-Stadt (IBS) als für den Investitionsbereich „Hochbauten Verwaltungsvermögen“ verantwortliche Dienststelle in der Investitionsrechnung budgetiert.

Die nachfolgende Übersicht zeigt, in welchem Verhältnis die Planung gemäss Investitionsübersichtsliste der einzelnen Investitionsbereiche zum budgetierten Plafond steht:

Investitionsbereiche	Budget 2012 (100%-Plafond)	Investitionsübersichtsliste	Ausschöpfung des Plafonds (max. 130%)
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	60'000'000	70'664'000	117.8
Öffentlicher Verkehr	28'000'000	33'804'000	120.7
Bildung	87'700'000	100'798'400	114.9
Übrige	53'100'000	56'656'000	106.7
Total Investitionsübersicht Budget 2012	228'800'000	261'922'400	114.5

7.2.2 Investitionsübersichtsliste

Auf der Investitionsübersichtsliste wird bei den Investitionsbereichen Gesundheit, Bildung und Übrige neben dem Saldo für den gesamten Investitionsbereich auch jeweils ein Teilsaldo für die betrieblich bedingten Vorhaben (Teil Allgemein) und für die Hochbauten (Teil Hochbauten VV) gezeigt. Der Investitionsbereich Übrige weist neben diesen zwei Teilsaldi zusätzlich den Saldo für die baulichen Investitionsbeiträge (Teil Investitionsbeiträge) aus. Mit dieser Darstellung der Teilsaldi kann eine klare Verbindung zwischen der externen Darstellung (Investitionsübersichtsliste), der ordentlichen Budgetierung (100%-Plafonds) und den internen Steuerungsgrössen hergestellt werden.

Die Investitionsübersichtsliste enthält nur Vorhaben aus dem aktuellen regierungsrätlichen Investitionsprogramm. Sie wird dem Grossen Rat zusammen mit dem vorliegenden Budget zum Beschluss unterbreitet.

Finanzrechtlich beschliesst der Grosse Rat seit dem Jahr 2009 (Budget 2010) im Rahmen der Budgetbehandlung anstatt der einzelnen Jahrestanchen die einzelnen Nominalkredite der gebundenen Vorhaben. Für die neuen Ausgaben grösser 300'000 Franken werden ihm Ausgabenberichte respektive Ratschläge unterbreitet. Die Festlegung des genauen Zeitpunkts des Vollzugs der bewilligten gebundenen Investitionen liegt in der Kompetenz des Regierungsrates.

Legende

Nominalkredit (Ausschöpfung):

Die Ausschöpfung des Nominalkredites beinhaltet alle Ausgaben bis zum Vorjahr (2010) plus die Hochrechnung für das aktuelle Jahr (2011) sowie die Budgetrate des Folgejahres (2012) für das jeweilige Vorhaben.

Finanzrechtlicher Status (Spalte ST):

G für Objektkredite grösser 300'000 Franken (gebundene Ausgaben).

N für Objektkredite grösser 300'000 Franken (neue Ausgaben), die vom Grossen Rat noch nicht – aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes – bewilligt worden sind.

B für Objektkredite grösser 300'000 Franken (neue Ausgaben), die vom Grossen Rat aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt worden sind.

K,W (Spalte KW):

K für Objekte grösser 300'000 Franken (gebundene und neue Ausgaben), bei denen der Grosse Rat keine Handlungsalternative mehr hat, da er diese Vorhaben bereits bewilligt hat.

W für Objekte grösser 300'000 Franken (neue Ausgaben), die bereits in einem Vorjahr im grossrätlichen Budget Eingang gefunden haben (**Wiederholung**) und die vom Grossen Rat noch nicht – aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes – bewilligt worden sind.

[leer] für alle übrigen Objekte, da sie dem Grossen Rat zum ersten Mal vorgelegt werden.

Bei Objekten bei denen kein Zeichen (**[leer]**) oder ein **W** steht hat der Grosse Rat anlässlich der Budgetdebatte noch Handlungsalternativen.

Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nominalkredit Ausschöpfung	Budget 2012	S T	K W	Beschlüsse / Begründungen
APS PROJ. KASERNENAREAL	600'000	100'000	B	K	R 8944 / GRB 17.11.1999
350501000001 Kantons- u. Stadtentw	318'728				
MWA NACTHIGALLENWÄLDLI, PARGANLAGE SF	7'200'000	3'050'000	N	W	R / GRB / RRB 31.08.2004
601001020207 Generalsekretariat B	4'550'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-4'550'000	-3'050'000			
MWA LIESTALERANLAGE, UMGESTALTUNG	1'564'000	150'000	N	W	R / GRB / RRB 03.11.2009
601001020211 Generalsekretariat B	300'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-300'000	-150'000			
MWA ERLNEMATT, REINIGUNG+GESTALTUNG 1+2	14'960'000	2'570'000	B	K	R 07.0163.01 / GRB 17.10.2007
601001020214 Generalsekretariat B	10'059'618				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-10'059'618	-2'570'000			
MWA VOLTAMATTE NEUGESTALTUNG	4'436'000	3'601'000	B	K	R 09.1687.02 / GRB 19.05.2010
601001020217 Generalsekretariat B	4'433'182				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-4'433'182	-3'601'000			
MWA ST. JOHANNIS-PARK, M. PAVILLON	2'598'800	1'800'000	B	K	R 10.1153.01 / GRB 20.10.2010
601001020221 Generalsekretariat B	2'310'869				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-2'310'869	-1'800'000			
MWA HEUWAAGE, UMGESTALTUNG	3'960'000	1'830'000	N	W	R / GRB / RRB 03.11.2009
601001020222 Generalsekretariat B	3'330'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-3'330'000	-1'830'000			
MWA BLÄSIGRING, MÜLLHEIMERSTR.	415'000	150'000	B	K	B 10.1307.01 / GRB 20.10.2010
601001020224 Generalsekretariat B	410'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-410'000	-150'000			
SICHERHEIT AUF KINDERSPIELPLÄTZEN	5'300'000	990'000	B	K	R 05.0824.01 / GRB 17.01.2007
614030050501 Stadtgärtnerei	4'477'921				
AUF DER LYSS	620'000	20'000	B	K	B 09.0046.01 / GRB 03.06.2009
617010020000 Tiefbauamt	437'799				

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2012	T	W	Beschlüsse / Begründungen
HORBURGSTRASSE BEGRÜNUNG UND PLATZUMBAU	1'488'000	25'000	B	K	B 09.0810.01 / GRB 14.10.2009
617010020002 Tiefbauamt	1'469'422				
ELSÄSSER-/KOHLENSTR. KNOTEN ANPASSUNG	8'100'000	150'000	B	K	R 09.0766.01 / GRB 14.04.2010
617010020007 Tiefbauamt	350'000				
NEUGESTALTUNG LICHTSTRASSE	988'000	850'000	B	K	B 09.1687.01 / GRB 19.05.2010
617010020010 Tiefbauamt	904'109				
SCHANZENSTR/SPITALSTR UKBB UMGESTALTUNG	785'000	10'000	B	K	B 10.0277.01 / GRB 23.06.2010
617010020011 Tiefbauamt	780'915				
SPALEN-GEMS-HEUBERG TRILLERGÄSSLEIN ERN.	1'715'000	1'000'000	B	K	R 10.0520.01 / GRB 13.10.2010
617010020013 Tiefbauamt	1'699'008				
CHRISCHONARAIN ABSCHN. LEIMGRUBE/HOHESTR	2'900'000	900'000	B	K	R 09.1837.01 / GRB 09.06.2010
617010020014 Tiefbauamt	909'944				
GROSSPETERSTRASSE (ERSCHLIESSUNGSSTRASSE	872'000	400'000	B	K	B 11.0257.01 / GRB 11.05.2011
617010020015 Tiefbauamt	430'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-400'000	-400'000			
VELOWEG LANGE ERLÉN	1'600'000	50'000	N	W	R / GRB / RRB 10.08.2010
617010020017 Tiefbauamt	250'000				
WIELANDPLATZ UMGESTALTUNG	3'500'000	50'000	N	W	R / GRB / RRB 31.08.2010
617010020019 Tiefbauamt	50'000				
WIESENPLATZ VERKEHRSFLÄCHEN UMGESTALTUNG	1'600'000	15'000	N	W	R / GRB / RRB 10.08.2010
617010020020 Tiefbauamt	115'000				
ELSÄSSERSTR. HÜNINGERSTR. UMGESTALTUNG	3'700'000	150'000	B	K	R 10.2209.01 / GRB 06.04.2011
617010020023 Tiefbauamt	250'000				
ST. JAKOBSSTRASSE VELOWEG FAHRBAHN IB1	1'000'000	50'000	N	W	B / GRB / RRB 31.08.2010
617010020027 Tiefbauamt	50'000				
STEINTORBERG GESTALTUNG BEREICH MARKTH	840'000	80'000	B	K	B 10.1751.01 / GRB 16.12.2010
617010020029 Tiefbauamt	730'000				
TEMPO 30 ZONEN ERWEITERUNG	2'000'000	300'000	N	W	R / GRB / RRB 10.08.2010
617010020030 Tiefbauamt	300'000				
HEGENHEIMERSTR. - BELFORTERSTR. BUSBEVOR	855'000	155'000	N		B / GRB / RRB 30.08.2011
617010020032 Tiefbauamt	155'000				
RHEINUFERPROMENADE SCHAFFHAUSERRHEINWEG	13'200'000	100'000	N		R / GRB / RRB 13.09.2011
617010020033 Tiefbauamt	100'000				
RAHMENKREDIT ERHALTUNG STRASSEN	37'600'000	12'500'000	G	W	RRB 09.09.2008
617010052001 Tiefbauamt	28'352'465				
RAHMENKREDIT UMGESTALTUNG ALLMEND	6'000'000	1'500'000	G	W	RRB 16.09.2008
617010053001 Tiefbauamt	3'000'000				
DB-AREAL INFRASTR.-PLAN. ERLÉN MATT	1'000'000	150'000	B	K	R 9299 / GRB 09.06.2004
617011021031 Tiefbauamt	983'653				
ST. JOHANN, VERKEHRSINFRASTRUKTUR	22'000'000	160'000	B	K	R 9407 / GRB 19.01.2005
617011021051 Tiefbauamt	20'255'429				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-1'162'575				
LUZERNERRING / WASGENRING -PROJEKTIERUNG	600'000	10'000	B	K	B 06.0147.01/965235 / GRB 05.04.2006
617011021059 Tiefbauamt	608'882				
VELO/MOFA, NEUER RAHMENKREDIT	8'000'000	1'500'000	B	K	R 04.1614.01 / GRB 18.01.2006
617011021061 Tiefbauamt	7'194'358				
RAHMENKREDIT FÖRDERUNG DES FUSSVERKEHRS	5'000'000	10'000	B	K	R 9209 / GRB 19.02.2003
617011021062 Tiefbauamt	4'987'893				
GRENZACHERSTR., LANDAUERSTR. BIS HÖRNLI	1'440'000	500'000	B	K	B 10.0862.01 / GRB 06.04.2011
617011021063 Tiefbauamt	550'000				
ELISABETHENSTR. UMGESTALTUNG	9'381'000	100'000	B	K	R 09.0223.01 / GRB 19.01.2011
617011021072 Tiefbauamt	250'000				
PREDIGERHOFSTRASSE	440'000	100'000	G	W	RRB 11.07.2006
617011021077 Tiefbauamt	369'804				
ERLÉN MATT ERSCHLIESSUNG MITTE	4'867'800	170'000	B	K	R 07.0163.01 / GRB 17.10.2007
617011021078 Tiefbauamt	3'614'699				
BEITRÄGE FÜR INVEST.					
LUZERNER-/WASGENRING UMGESTALTUNG	29'950'000	5'400'000	B	K	R 07.2145.01 / GRB 10.12.2008
617011021083 Tiefbauamt	6'445'418				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-3'100'000	-3'100'000			

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2012	T	W	Beschlüsse / Begründungen
ERLENMATT ERSCHLIESSUNG OST	9'570'000	1'400'000	B	K	R 09.0082.01 / GRB 09.12.2009
617011021084 Tiefbauamt	2'944'893				
REINACHERSTR.SÜD/JAKOBSBERGER-GIORNICO	650'000	50'000	N	W	B / GRB / RRB 16.09.2008
617011021086 Tiefbauamt	100'000				
AEUSSERE BASELSTRASSE,RIEHN TEIL 2 IB1	12'000'000	700'000	B	K	R 10.2346.04 / GRB 02.03.2011
617011021088 Tiefbauamt	900'000				
MORGARTENRING,IM LANGEN LOH-GENERAL GUI5	3'420'000	2'300'000	B	K	R 10.0372.01 / GRB 20.10.2010
617011021090 Tiefbauamt	2'450'000				
N2 PROJEKT UND BAULEITUNG		350'000	G	K	
617012120001 Tiefbauamt					Vollzug des Bundesgesetzes vom 8. März 1960 und Verordnung des Regierungsrates vom 28. Februar 1961(vom Schweiz. Bundesrat genehmigt am 16. März 1961), 49. Rate (Bundesrechtliche gebundene Ausgaben und Einnahmen).
N2 LANDERWERB		2'500'000	G	K	
617012220002 Tiefbauamt					siehe Text Auftrag 617012120001
N2 BAUAUSFÜHRUNG		3'060'000	G	K	
617012320003 Tiefbauamt					siehe Text Auftrag 617012120001
N2 EINNAHMEN UND RÜCKERSTATTUNG			G	K	
617012320400 Tiefbauamt					Bundesanteil an Nationalstrassenbauten. Die Höhe der Rückerstattung hängt direkt von der Höhe der Ausgaben ab.
	BEITRÄGE FÜR INVEST.	-4'070'000			
RHEINUFERPROMMENADE ST. JOHANN5-PARK -	27'970'000	4'000'000	B	K	R 10.0949.01 / GRB 29.06.2011
617020020001 Tiefbauamt	4'250'000				
BIRSKOPFSTEG NEUBAU	2'400'000	800'000	B	K	R 10.1293.01 / GRB 20.10.2010
617020020002 Tiefbauamt	2'413'247				
	BEITRÄGE FÜR INVEST.	-1'448'444			
WIESE REVITALISIERUNG DÄMME PROJEKT	2'000'000	100'000	N		R / GRB / RRB 01.09.2009
617020020003 Tiefbauamt	100'000				
FUSSGÄNGERSTEG INKL. ABGÄNGE 2. SBB RHBR	2'700'000	1'200'000	B	K	R 10.0863.01 / GRB 20.10.2010
617020020005 Tiefbauamt	2'422'596				
WIESE REVITAL. FLUSSBETT UNTERLAUF	6'000'000	200'000	N		R / GRB / RRB 30.08.2011
617020020007 Tiefbauamt	200'000				
RAHMENKREDIT ERHALTUNG KUNSTBAUTEN	8'800'000	2'200'000	G	W	RRB 09.09.2008
617020054001 Tiefbauamt	6'834'593				
	BEITRÄGE FÜR INVEST.	-112'588			
RAHMENKREDIT WASSERBAU	10'240'000	1'000'000	G	W	RRB 09.09.2008
617020055001 Tiefbauamt	3'258'221				
	BEITRÄGE FÜR INVEST.	-160'000			
IB1 TRAMVERL. NR.8 K. HÜNINGEN - WEIL	32'106'000	11'000'000	B	K	R 06.1769.04 / GRB 16.01.2008
617021028002 Tiefbauamt	29'727'149				
	BEITRÄGE FÜR INVEST.	-11'440'000			
BIRSKOPFSTEG	232'000	10'000	G	W	RRB 25.04.2006
617023057001 Tiefbauamt	694'399				Kreditüberschreitung von CHF 420'000 bewilligt mit RRB 08/01/8 vom 08.01.2008. Für die zusätzlichen Mehrkosten ist ein weiterer Bericht an den Regierungsrat in Arbeit.
R 8576 EUROVILLE BAHNHOFVORFAHRT SÜD	17'500'000	10'000	B	K	R 8576 / GRB 17.05.1995
617025120302 Tiefbauamt	11'921'315				
TEMPO-30 BASEL OST/SÜD/WEST	2'310'000	30'000	B	K	R 8774 / GRB 12.11.1997
617025120567 Tiefbauamt	2'278'106				
TEMPO-30 BASEL NORD	1'930'000	100'000	B	K	R 8470 / GRB 16.02.1994
617025120767 Tiefbauamt	1'307'862				
OT 7: A2-ABAC GP-AP ANSCHL. BS-CITY	2'750'000	1'000'000	G		RRB 29.03.2011

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2012	T	W	Beschlüsse / Begründungen
617030051000 Tiefbauamt	1'000'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-650'000	-650'000			
RAHMENKR. WIEDERBESCH. V. FRG U. ZUSATZG	11'950'000	2'390'000	G	W	RRB 14.08.2007
617050057001 Tiefbauamt	12'057'491				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-101'850				
PILOTPROJEKT CONTAINERENTSORGUNG	590'000	490'000	N		B / GRB / RRB 22.02.2011
617060020001 Tiefbauamt	490'000				
ENTWÄSSERUNGSKONZ. NOVARTIS CAMPUS PLUS	10'460'000	200'000	B	K	R 09.1316.01 / GRB 14.10.2009
617070020002 Tiefbauamt	8'890'471				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-8'100'000	-2'700'000			
KANALINFORMATIONSSYSTEM	1'880'000	100'000	B	K	R 8639 / GRB 14.12.1995
617070020557 Tiefbauamt	365'311				
ERLENMATT/DB AREAL KANAL. GOLDBACHWEG	700'000	500'000	B	K	R 07.0163.01 / GRB 17.10.2007
617070050676 Tiefbauamt	560'000				
ANSCHLUSSLEIT. AUF ALLMEND 3	5'000'000	1'250'000	G	W	RRB 01.09.2009
617070050709 Tiefbauamt	3'453'305				
RAHMENKREDIT ABWASSERABLEITUNGSANLAGEN	47'610'000	9'875'000	G	W	RRB 09.09.2008
617070056001 Tiefbauamt	24'572'970				
DIGITAL. MARK.- + SIGNALISATIONS-KATASTER	990'000	400'000	B	K	B 10/42/22G / GRB 20.10.2010
617080020001 Tiefbauamt	990'000				
RAHMENKREDIT 2 WIEDERBESCH. FAHRZEUGE	4'320'000	1'440'000	G	W	RRB 03.11.2009
617091050003 Tiefbauamt	3'963'749				
BEITRÄGE FÜR INVEST.					
RAHMENKREDIT WUV	22'500'000	1'525'000	B	K	R 8944 / GRB 17.11.1999
617099990001 Tiefbauamt	21'961'203				
R 8944 APS STADTENTWICKLUNG ST. JOHANN	2'200'000	100'000	B	K	R 8944 / GRB 17.11.1999
651030020005 HPA / DST Verwaltung	1'503'201				
R 050477 ZONENPLANREVISION BASEL-STADT	2'500'000	300'000	B	K	R 05.0477.01 / GRB 09.11.2005
651030020014 HPA / DST Verwaltung	1'987'806				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-50'000				
INNENSTADT-QUALITÄT IM ZENTRUM PROJEKT	950'000	539'000	B	K	B 05.0865.01 / GRB 16.04.2008
651030020016 HPA / DST Verwaltung	999'458				
HOCHBERGERPLATZ UMGESTALTUNG PROJEKT	300'000	100'000	B	K	R 06.1769.04 / GRB 16.01.2008
651030020021 HPA / DST Verwaltung	150'000				
RHEINUFERPROMENADE KL.BS, SCHAFFHAUSERRH	400'000	50'000	B	K	B 09.1314.01 / GRB 18.11.2009
651030020022 HPA / DST Verwaltung	362'861				
BAD BHF, KONZEPTERARB. SIEDLUNGSSTRUKTUR	465'000	245'000	B	K	B 10.1294.01 / GRB 08.12.2010
651030020023 HPA / DST Verwaltung	465'000				
LÖRRACHERSTRASSE RIEHEN, UMGESTALTUNG	300'000	200'000	B	K	B 10.0357.01 / GRB 23.06.2010
651030020024 HPA / DST Verwaltung	300'000				
DREISPITZ, ENTWICKLUNGSPLANUNG	1'900'000	400'000	B	K	R 10.0368.01 / GRB 08.12.2010
651030020025 HPA / DST Verwaltung	600'000				
HAFENENTWICKLUNG KLYBECK KLEINH. PLANUNG	1'500'000	500'000	N	W	B / GRB / RRB 10.08.2010
651030020027 HPA / DST Verwaltung	500'000				
ERLENMATT WETTBEWERB STADTPLÄTZE	650'000	350'000	B	K	B 10.1460.01 / GRB 16.12.2010
651030020028 HPA / DST Verwaltung	650'000				
GRENZACHERSTR PETER ROT SCHWARZWALDALLEE	350'000	200'000	B	K	B 11.0521.01 / GRB 08.06.2011
651030020029 HPA / DST Verwaltung	350'000				
INNENSTADT QUALITÄT IM ZENTRUM 2. PROJEK	725'000	245'000	B	K	B 10.1721.01 / GRB 16.12.2010
651030020031 HPA / DST Verwaltung	725'000				
ENTWICKL. BIRSIG - BIRSIGPARKPLATZ PROJ.	600'000	400'000	B	K	B 09.1573.03 / GRB 12.01.2011
651030020032 HPA / DST Verwaltung	450'000				
INTERNATIONALE BAUAUSSTELLUNG IBA	1'880'573	630'000	B	K	R 09.0837.01 / GRB 09.09.2009
651030026000 HPA / DST Verwaltung	1'931'030				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-291'306				
RAHMENKREDIT LANGSAMVERKEHR	10'000'000	2'200'000	B	K	R 08.2004.04 / GRB 23.06.2010
661810020003 Mobilität	3'200'000				
GVM GESAMTVERKEHRSMODELL	1'300'000	480'000	G	W	RRB 01.09.2009
661810050000 Mobilität	959'559				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-457'400	-240'000			
AESCHENPLATZ PLANUNG	400'000	50'000	N	W	B / GRB / RRB 10.08.2010

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2012	T	W	Beschlüsse / Begründungen
661820020005 Mobilität	50'000				
BURGFELDER - MISSIONS - SPALENVORSTADT P	350'000	100'000	N		B / GRB / RRB 30.08.2011
661820020009 Mobilität	100'000				
VELOPARKING BHF SBB PLANUNG	300'000	100'000	N		B / GRB / RRB 30.08.2011
661820020012 Mobilität	100'000				
VERKEHRSREGIME INNERSTADT	1'500'000	500'000	B	K	B 10.1977.01 / GRB 12.01.2011
661830020003 Mobilität	650'000				
RAHMENKREDIT LICHTSIGNALANLAGEN (LSA)	8'000'000	1'600'000	G	W	RRB 04.11.2008
661830051070 Mobilität	4'409'995				
		70'664'000			

Öffentlicher Verkehr

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nominalkredit Ausschöpfung	Budget 2012	S T	K W	Beschlüsse / Begründungen
ELSÄSSERSTR./KOHLENSTR. KNOTEN GLEIS 617010020008 Tiefbauamt	4'900'000 150'000	100'000	B	K	R 09.0766.01 / GRB 14.04.2010
ELSÄSSER. HÜNINGERSTR. UMGESTALTUNG IB2 617010020024 Tiefbauamt	5'700'000 150'000	100'000	B	K	R 10.2209.01 / GRB 06.04.2011
TRAM MARGARETHENSTICH BAU ANTEIL BS 617010020025 Tiefbauamt	17'000'000 100'000	100'000	N	W	R / GRB / RRB 10.08.2010
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-50'000	-50'000			
ST. JAKOBSSTRASSE VELOWEG TRAMTRASSE IB2 617010020028 Tiefbauamt	1'500'000 50'000	50'000	N	W	B / GRB / RRB 31.08.2010
TRAM 2020 ERLENMATT PROJEKT UND BAU 617010020034 Tiefbauamt	40'000'000 2'000'000	2'000'000	N		R / GRB / RRB 06.09.2011
ERSCHLISSUNG ST. JOHANN 617011021056 Tiefbauamt	18'200'000 13'638'737	96'000	B	K	R 9407 / GRB 19.01.2005
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-6'820'000	-50'000			
ERLENMATT ÖV 1. ETAPPE 617011021079 Tiefbauamt	970'000 790'973	30'000	B	K	R 09.0082.01 / GRB 09.12.2009
IB2 TRAMVERL. NR.8 K. HÜNINGEN - WEIL 617021028003 Tiefbauamt	17'329'000 13'552'389	2'000'000	B	K	R 06.1769.04 / GRB 16.01.2008
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-5'970'000	-800'000			
ERLENMATT ÖV 2. ETAPPE PROJEKTIERUNG 651030020003 HPA / DST Verwaltung	1'000'000 875'331	100'000	B	K	R 09.0082.01 / GRB 09.12.2009
INFRASTRUKTURMASSNAHMEN BEHIND. GESETZ 651030020030 HPA / DST Verwaltung	5'000'000 400'000	400'000	N	W	R / GRB / RRB 30.08.2011
TRAM MARGARETHENSTICH VORPROJEKT 661820020001 Mobilität	640'000 550'000	400'000	B	K	B 10.0851.01 / GRB 16.12.2010
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-275'000	-200'000			
TRAM ERLENMATT-KLEINHÜNINGEN PROJEKT 661820020002 Mobilität	300'000 302'138	30'000	B	K	R 09.0082.01 / GRB 09.12.2009
TRAMNETZ BASEL 2020 PLANUNG 661820020004 Mobilität	600'000 600'000	170'000	B	K	B 10.1823.01 / GRB 16.12.2010
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-235'000	-55'000			
TRAM BRUDERHOLZ PLANUNG 661820020008 Mobilität	400'000 100'000	100'000	N		B / GRB / RRB 06.09.2011
TRAM 2020 ERLENMATT-KLEINHÜNINGEN PLANUN 661820020011 Mobilität	1'200'000 400'000	400'000	N		B / GRB / RRB 06.09.2011
BETEILIGUNG AN DEN PLANUNSKOSTEN WEIL/RH 661820040104 Mobilität	3'330'000 1'254'943	500'000	B	K	R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008
TRAMVERLÄNGERUNG WEIL/RHEIN, PLANUNG 661820040105 Mobilität	1'825'000 1'902'040	350'000	B	K	R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008
TRAMVERLÄNGERUNG N. ST. LOUIS, PLANKRED. 661820040108 Mobilität	4'000'000 3'314'069	1'800'000	B	K	R 10.1193.01 / GRB 08.12.2010
TRAMVERLÄNG. WEIL/RH, ZINSEN F.VORFINANZ 661820040110 Mobilität	1'560'000 500'000	400'000	B	K	R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008
PAUSCHALE ÖV-BEHINDERUNGEN 661830020001 Mobilität	1'500'000 488'494	200'000	B	K	R 05.1315.02 / GRB 18.01.2006
SAMMELKREDIT NORMWARTEHALLE BVB 661850027319 Mobilität	3'000'000 3'000'073	422'000	B	K	R 07.1895.02 / GRB 09.04.2008
RÜCKBAU TROLLY FAHRLEITUNG 661850027325 Mobilität	3'500'000 2'847'611	700'000	G	W	RRB 14.08.2007
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-105'175				
GLEISANPASSUNG ST. JOHANN-VORSTADT 661850028310 Mobilität	1'100'000 1'120'147	1'097'000	B	K	B 08.1849.01 / GRB 22.04.2009
TRAMVERLÄNGERUNG WEIL/RH, BAHNBAU 661850028321 Mobilität	13'466'000 13'141'500	8'000'000	B	K	R 06.1769.03 / GRB 16.01.2008
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-4'470'000	-3'200'000			
RAHMENKREDIT GLEISANLAGEN 661850029000 Mobilität	50'000'000 31'037'000	15'974'000	G	W	RRB 04.11.2008
TIEFBAUARBEITEN MONTAGE DFI (§16 BVB-OG)	540'000	210'000	B	K	B 10.0369.01 / GRB 23.06.2010

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2012	T	W	Beschlüsse / Begründungen
661850029601 Mobilität	531'212				
LÄRMMINDERUNGSMASSNAHMEN BVB	8'300'000	1'600'000	N		R / GRB / RRB 06.09.2011
661850052312 Mobilität	1'600'000				
BEITRAG BS SCHIENENANSCHLUSS EUROAIRPORT	10'000'000	50'000	N		R / GRB / RRB 03.11.2009
661851020001 Mobilität	50'000				
ELEKTR. HOCHRHEINSTRECKE PLANUNG BEITRAG	1'500'000	500'000	N	W	B / GRB / RRB 31.08.2010
661851020002 Mobilität	550'000				
REGIO S-BAHN; BAHNHALTESTELLE NIEDERHOLZ	3'800'000	10'000	B	K	R 05/02/22G / GRB 05.04.2006
661851040013 Mobilität	130'000				
REGIO S-BAHN HERZSTÜCK PROJEKTIERUNG	830'000	270'000	B	K	B 08.2020.01 / GRB 14.10.2009
661851040016 Mobilität	832'773				
ÖFFENTLICHER VERKEHR		33'804'000			

Bildung

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2012	T	W Beschlüsse / Begründungen
MOBILIAR/EINRICHT. SCHULHAUS BRUNNMATT	950'000	200'000	G	RRB 02.11.2010
201862000021 Zentrale Dienste	200'000			
ERNEUERUNG EINTRITTSSYSTEME BÄDER/EISB.	1'450'000	1'450'000	N	B..../GRB..../RRB 06.09.2011
290061500000 Jugend, Familie und	1'450'000			
TEIL BILDUNG		1'650'000		
ANKÄUFE VON KM 2010 - 2013 GRB	3'200'000	800'000	B	K R 09.2122.01 / GRB 10.03.2010
371503000015 Kunstmuseum	3'223'416			
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-110'654			
ERNEUERUNG DAUERAUSSTELLUNG BK UG	4'250'000	730'000	B	K R 06.0934.02 / GRB 14.02.2007
373501000005 Historisches Museum	4'334'773			
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-2'550'000	-1'700'000		
ERN. DAUERAUSSTELLUNGEN + BETRIEBS.EINR.	2'750'000	1'252'000	G	W RRB 03.11.2009
374830000000 Naturhistorisches Mu	2'749'580			
WIEDERERÖFFNUNG MUSEUM	3'810'000	966'000	B	K R 09.1852.02 / GRB 03.02.2010
375835000000 Museum der Kulturen	3'810'513			
TEIL KULTUR		2'048'000		
ERDBEBENMASSNAHMEN RISIKOANALYSE	600'000	200'000	B	K B 09.1408.01 / GRB 18.11.2009
420013026002 Liegenschaften VV	311'983			
TAGESSTRUKTUREN FONDS	39'000'000	2'000'000	N	R 11.1014.01 / GRB
420100026000 Liegenschaften VV	2'000'000			
SCHULSTRUKTUREN (HARMONISIERUNG)	93'000'000	2'000'000	N	R 11.1015.01 / GRB
420100026001 Liegenschaften VV	2'000'000			
BRANDSCHUTZMASSNAHMEN IN SCHULHÄUSERN.	4'500'000	1'500'000	G	W RRB 01.09.2009
420100026002 Liegenschaften VV	4'743'194			
SCHULSTRUKTUREN (HARMONISIERUNG) PROJEKT	2'400'000	800'000	B	K R 09.2064.02 / GRB 05.05.2010
420100029001 Liegenschaften VV	1'200'000			
DIVERSE SCHULHÄUSER BRANDSCHUTZ III	2'705'000	1'000'000	G	RRB 30.08.2011
420100056001 Liegenschaften VV	1'000'000			
HGW FHNW DREISPITZ NEUBAU	121'600'000	19'000'000	B	K R 09.0043.01 / GRB 22.04.2009
420100526000 Liegenschaften VV	39'130'876			
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-208'434			
ST. JAKOBSDENKMAL RENOVATION + SICHERH.	360'000	25'000	G	W RRB 16.06.2009
420118256000 Liegenschaften VV	336'511			
KASERNE REITHALLE TRIBÜNE UND DIMMERRAUM	800'000	400'000	G	RRB 30.08.2011
420119456002 Liegenschaften VV	400'000			
THEATER BASEL ERSATZ HANDAUFZÜGE KLEINE	1'250'000	800'000	G	W RRB 10.08.2010
420124056005 Liegenschaften VV	1'200'000			
THEATER, SANIERUNG HAUS- u. BÜHNENTECHNIK	4'870'000	2'400'000	G	RRB 30.08.2011
420124056006 Liegenschaften VV	2'400'000			
AGS SANIERUNG KANALISATION	1'560'000	600'000	G	W RRB 01.09.2009
420126056000 Liegenschaften VV	1'458'205			
BFS KOHLENBERGGASSE 5/7 SAN. THEATERSAAL	2'000'000	600'000	N	R.../GRB.../RRB 06.09.2011
420128056001 Liegenschaften VV	600'000			
BFS KOHLENBERGGASSE 10 INNENSANIERUNG	3'000'000	1'500'000	G	W RRB 01.09.2009
420128456000 Liegenschaften VV	1'974'775			
BFS KOHLENBERGGASSE 11 BEWEGUNGSRAUM	800'000	10'000	G	W RRB 01.09.2009
420128826000 Liegenschaften VV	820'000			
BFS KOHLENBERGGASSE 11 KAPAZITÄTSERW.	915'000	770'000	N	B / GRB / RRB 30.08.2011
420128856001 Liegenschaften VV	770'000			
GYMNASIUM MÜNSTERPLATZ SAN. DACH + FACH	5'605'000	100'000	G	RRB 31.08.2010
420130056001 Liegenschaften VV	100'000			
HOLBEIN WBS I FASSADENRENOVATION 1.OG-UG	1'800'000	1'000'000	G	W RRB 10.08.2010
420134656000 Liegenschaften VV	1'070'000			
BÄUMLIHOF GYMNASIUM PROJ. + SOFORTMASSN.	4'000'000	2'400'000	B	K R 10.1043.01 / GRB 08.09.2010
420136056002 Liegenschaften VV	2'550'000			
BLÄSISCHULE PROJ. SANIERUNG+ERWEITERUNG	910'000	450'000	N	B / GRB / RRB 28.06.2011
420139429000 Liegenschaften VV	600'000			

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nominalkredit Ausschöpfung	Budget 2012	S T	K W	Beschlüsse / Begründungen
DIV. SCHULHÄUSER KANALISATIONSSANIERUNG	5'900'000	3'200'000	G		RRB 30.08.2011
420140056000 Liegenschaften VV	3'200'000				
BRUNNMATTSCHULE GESAMTSANIERUNG (GEBÄUDE	24'985'000	10'800'000	G	W	RRB 02.11.2010
420140256003 Liegenschaften VV	12'400'000				
CHRISTOPH MERIAN-/GELLERTSCHULHAUS PROJ.	680'000	300'000	N		B / GRB / RRB 28.06.2011
420140629000 Liegenschaften VV	300'000				
ERLENMATT SCHULE PROJEKTIERUNG	1'960'000	300'000	N		R / GRB / RRB 28.06.2011
420141729000 Liegenschaften VV	330'000				
GOTTHELFSCHULE TH FASSADEN-SANIERUNG	600'000	550'000	G	W	RRB 01.09.2009
420142856002 Liegenschaften VV	560'000				
HIRZBRUNNEN SCHULE INSTANDSETZ./NUTZANP.	18'575'000	7'550'000	G	W	RRB 06.09.2011
420143656000 Liegenschaften VV	8'865'122				
KLEINHÜNINGER-SCHULE SANIERUNG II	3'000'000	1'500'000	G	W	RRB 31.08.2010
420145256000 Liegenschaften VV	1'550'000				
NEUBAD SCHULHAUS FENSTER-ERSATZ	1'700'000	730'000	G	W	RRB 11.09.2007
420145656000 Liegenschaften VV	1'696'171				
PETERS-SCHULHAUS TH GESAMTSANIERUNG	2'100'000	500'000	G	W	RRB 29.08.2006
420146456000 Liegenschaften VV	627'296				
SANDGRUBEN-SEKUNDARSCHULHAUS NEUBAU	60'000'000	1'000'000	N		R 11.0751.01 / GRB
420147626000 Liegenschaften VV	1'000'000				
SCHOREN SCHULHAUS NEUBAU PROJEKTIERUNG	1'340'000	150'000	N		B / GRB / RRB 28.06.2011
420148429000 Liegenschaften VV	150'000				
VOLTA SCHULE ERWEITERUNG PROJEKTIERUNG	1'370'000	150'000	N		B / GRB / RRB 28.06.2011
420151829000 Liegenschaften VV	150'000				
WASGENRING SCHULH. AULA/TH PROJEKTIERUNG	1'460'000	300'000	N		B / GRB / RRB 28.06.2011
420152029000 Liegenschaften VV	350'000				
HEBELSCHULE GESAMTSAN. UMBAU TH/AULA	18'495'000	6'000'000	G	W	RRB 02.11.2010
420154856000 Liegenschaften VV	8'595'602				
KG BELFORTERSTR. 126A SAN. GEB.-HÜLLE	500'000	450'000	G	W	RRB 01.09.2009
420160056000 Liegenschaften VV	500'000				
GUSTAV WENK-STRASSE KG SANIERUNG	750'000	21'000	G	W	RRB 01.09.2009
420160056001 Liegenschaften VV	750'466				
HEIM GUTE HERBERGE SAN. O. UMZUG PROJEKT	400'000	100'000	N		B / GRB / RRB 01.09.2010
420176459000 Liegenschaften VV	100'000				
KASERNENSTRASSE TURNHALLE SAN. FASSADEN	600'000	200'000	G	W	RRB 01.09.2009
420181056001 Liegenschaften VV	600'000				
ST. JOHANN-SCHULE SAN. SH + TH PROJEKT	600'000	400'000	G	W	RRB 31.08.2010
420182059000 Liegenschaften VV	550'000				
TH+SH RITTERGASSE SANIERUNG	800'000	550'000	G	W	RRB 31.08.2010
420182059002 Liegenschaften VV	800'000				
ST. JAKOBSHALLE SANIERUNG/AUSBAU PROJ.	4'800'000	1'000'000	N		R 10.2351 / GRB
420183029001 Liegenschaften VV	1'000'000				
ST. JAKOBSHALLE, SANIERUNGEN 2011	2'700'000	100'000	G	W	RRB 10.08.2010
420183056005 Liegenschaften VV	2'800'000				
ST. JAKOB SPORTANLAGE MERZWECKGEBÄUDE	16'350'000	1'000'000	N		R / GRB / RRB 01.09.2009
420184026001 Liegenschaften VV	1'000'000				
SPORTANL. ST JAKOB MEHRZWECKGEBÄUDE PROJ	850'000	150'000	B	K	B 10.1553.01 / GRB 13.10.2010
420184029000 Liegenschaften VV	820'869				
SPORTPLATZ BUSCHWEILERHOF RESTSANIERUNG	2'700'000	2'200'000	G	W	RRB 01.09.2009
420184056007 Liegenschaften VV	2'372'162				
BACHGRABEN GARTENBAD RESTAURANT SAN.	1'500'000	200'000	G	W	RRB 29.08.2006
420185156000 Liegenschaften VV	200'000				
ST. JAKOB GARTENBAD SANIERUNGSARBEITEN	3'200'000	100'000	G	W	RRB 30.08.2005
420185256000 Liegenschaften VV	3'206'436				
ST. MARGARETHEN KEB SOFORTM./PROJ.	2'600'000	970'000	G	W	RRB 10.08.2010
420185956000 Liegenschaften VV	1'270'000				
KUNSTMUSEUM ERWEITERUNGSBAU NEUBAU	100'000'000	8'300'000	B	K	R 10.1437.01 / GRB 17.11.2010
420216026000 Liegenschaften VV	13'300'000				
KUNSTMUSEUM/LAURENZBAU PROJEKT SANIERUNG	2'900'000	800'000	G	W	RRB 31.08.2010
420216029001 Liegenschaften VV	1'270'000				
NMB SAN. PRÄPARATORIEN + WERKSTÄTTEN	9'500'000	4'500'000	G	W	RRB 21.09.2010

Vorhabenbezeichnung	Nominalkredit	Budget	S	K	
Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Ausschöpfung	2012	T	W	Beschlüsse / Begründungen
420222056001 Liegenschaften VV	8'500'000				
MUSEUM AUGUSTINERGASSE SANIERUNG II	9'100'000	1'000'000	G	W	RRB 12.08.2008
420226026076 Liegenschaften VV	7'816'401				
KASERNE ABBRUCH ZWISCHENBAU NEUB.BUVETTE	3'775'000	300'000	N		R 11.1009 / GRB
420638026000 Liegenschaften VV	300'000				
KASERNE HAUPTBAU FASSADENSANIERUNG	850'000	350'000	G	W	RRB 10.08.2010
420638056000 Liegenschaften VV	350'000				
LIFE SCIENCES SPITALSTR 41 PROJEKTIERUNG	11'000'000	3'220'000	B	K	R 08.1691.03 / GRB 24.06.2009
422170526001 Liegenschaften VV	11'192'383				
ZENTRUM FÜR ZAHNMEDIZIN ASBESTSANIERUNG	604'397	604'400	G		RRB 30.08.2011
422181056000 Liegenschaften VV	604'400				
TEIL HOCHBAUTEN VV		97'100'400			
BILDUNG		100'798'400			

Übrige

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nominalkredit Ausschöpfung	Budget 2012	S T	K W	Beschlüsse / Begründungen
KANTONSBLATT ONLINE	500'000	300'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
330501000000 Staatskanzlei	300'000				
PROBERÄUME FÜR BANDS	1'700'000	1'200'000	N		R 10.1967 / GRB
370821000022 Kultur	1'300'000				
SICHER.+NUTZBARMACH. MIKROVERFILM.DIGIT.	1'346'000	434'000	N		B / GRB / RRB 10.08.2010
376500000000 Staatsarchiv	499'000				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-52'000	-52'000			
ERS.NICHT-ARCH.GER.VERP. URK.+AKTENB.13J	534'000	116'000	G	W	RRB 10.08.2010
376500000001 Staatsarchiv	302'000				
IMPULSPROGRAMM E-GOVERNMENT	3'500'000	900'000	N		R / GRB / RRB 06.11.2010
403010000022 Finanzverwaltung	900'000				
HRM2 IN ANBINDUNG AN IPSAS	1'085'000	172'500	G	W	RRB 02.11.2010
403831000000 Finanzverwaltung	777'500				
ERNEUERUNG BESTEHENDE SAP INFRASTRUKTUR	400'000	300'000	G		RRB 06.09.2011
403835000004 Finanzverwaltung	300'000				
ERNEUERUNG STEUERLÖSUNG NEST	2'000'000	800'000	G	W	RRB 03.11.2009
404001000059 Steuerverwaltung	1'789'774				
ZID-ERS. INFORMATIK RZ MOBILIAR (MOVEIT)	3'980'000	3'760'000	G		RRB 30.08.2011
406000000720 ZID	3'760'000				
ZID-HOCHRÜSTUNG TVA	2'200'000	600'000	G	W	RRB 01.09.2009
406000000743 ZID	1'066'919				
IK-WEBBS ABLÖSUNG DER BESTEHENDEN LÖSUNG	972'000	697'500	B	K	RRB 03.05.2011
406000000750 ZID	972'500				Mit dringlichem Kredit Nr. 2 vom 18.05.2011 bewilligt.
ZID-SAVEIT	1'027'000	1'027'000	G		RRB 30.08.2011
406000000751 ZID	1'027'000				
ZID-AUSBAU DANEBS (MARG.-DREISP.-WEIDSTR	1'200'000	1'200'000	G		RRB 30.08.2011
406000000752 ZID	1'200'000				
IK-WLANBS	711'000	711'000	N		B / GRB / RRB 30.08.2011
4060P0000003 ZID	711'000				
IK-ZEVO - ZENTRALES VORLAGENMANAGEMENT	433'000	433'000	G		RRB 30.08.2011
4060P0000004 ZID	433'000				
ERNEUERUNG ZENTRALER ANLAGENKOMPONENTEN	15'000'000	3'000'000	G	W	RRB 10.08.2010
406A10100718 ZID	4'377'085				
ÜBERFÜHRUNG DES PROJEKTES SYSTEMPFLEGE	2'090'000	345'000	G	W	RRB 07.11.2006
409004000001 Zentraler Personaldi	1'865'000				
PROJEKT SYSTEMPFLEGE ZUORD./ÜBERFÜHR. II	2'852'000	867'000	G		RRB 06.09.2011
409004000002 Zentraler Personaldi	867'000				
ERDBEBENVORSORGE (PARTNERSCHAFTL.PROJEKT	870'000	200'000	N		B / GRB / RRB 12.08.2008
506559020000 Kantonspolizei	200'000				
CLARAHOF INNENSANIERUNG 2.-6. OG	1'370'000	1'370'000	G		RRB 06.09.2011
506580020001 Kantonspolizei	1'370'000				
SAN. FREIZEITGARTEN AREAL NAGELFLUH	493'000	100'000	G	W	RRB 01.09.2009
614030020001 Stadtgärtnerei	485'287				
GEMEINSCHAFTSGRABANLAGE ABT. 9 HÖRNLI	3'000'000	100'000	B	K	R 09.0422.01 / GRB 24.03.2009
614030020503 Stadtgärtnerei	2'078'855				
B 0396 BAUMPFLANZUNGEN LAUT RICHTPLAN	2'500'000	500'000	B	K	B 0396 / GRB 23.06.1999
614030020603 Stadtgärtnerei	3'776'699				Jährlich wiederkehrender Betrag von Fr. 500'000; Einzelprojekte ab Fr. 200'000 durchlaufen normale Bewilligungsinstanzen.
FÖRDERUNG DER WOHLNICHKEIT V (2009-2013)	750'000	150'000	B	K	B 08.1727.01 / GRB 07.01.2009
614030020951 Stadtgärtnerei	576'220				
SANIERUNG ÖFFENTL.TOILETTENANLAGEN II	2'500'000	650'000	G	W	RRB 01.09.2009
617060050001 Tiefbauamt	1'694'080				
ST. JOHANN HAFEN CAMPUS NOVARTIS NEUNUTZ	900'000	150'000	B	K	B 05.1445.01 / GRB 18.01.2006
651030020020 HPA / DST Verwaltung	1'152'920				Die Kreditüberschreitung ist mit dem

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nominalkredit Ausschöpfung	Budget 2012	S T	K W	Beschlüsse / Begründungen
					FD abgesprochen. Die Mehrausgaben werden per Projektende über den „Campus-Kredit“, welcher das FD verwaltet, abgerechnet.
DOSSIERMANAGEMENT	650'000	10'000	G	W	RRB 29.08.2006
702050500001 Gesundheitsdienste	560'025				
CT-GERÄT IRM 2010	682'500	10'000	B	K	B 10/49/12G / GRB 08.12.2010
706021020101 Gesundheitsschutz	10'000				
GENETIC ANALYSE	400'000	400'000	G		RRB 07.09.2011
706024020122 Gesundheitsschutz	400'000				
EHEALTH	800'000	400'000	G		RRB 06.09.2011
730001000001 Gesundheitsversorgung	400'000				
ERSATZBESCHAFF.SW ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN	1'350'000	300'000	G	W	RRB 04.11.2008
807812Z20003 Amt für Sozialbeiträge	1'273'642				Einführung einer neuen Software im Bereich EL/BH: Das Projekt kann im 2011 aufgrund von Projektverzögerungen nicht abgeschlossen werden.
2000-WATT-GESELLSCHAFT	2'080'000	523'000	B	K	R 08.1671.01 / GRB 22.04.2009
831080004009 Amt für Umwelt u. En	1'046'000				
ERH. + ERST. KATASTER ALTLASTENSTANDORTE	1'345'000	166'000	G	W	RRB 11.09.2007
831081002007 Amt für Umwelt u. En	734'148				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-204'500				
ABWASSERREINIGUNGSANLAGE BS MASCH. TEIL		3'460'000	B	K	R 7167 / GRB 25.06.1975
831081022006 Amt für Umwelt u. En					
LSM: WEITERE STRASSENABSCHNITTE 3B/1	5'000'000	1'200'000	B	K	R 9380 / GRB 15.12.2004
831083004004 Amt für Umwelt u. En	2'915'046				
BEITRÄGE FÜR INVEST.	-671'526	-300'000			
TEIL ALLGEMEIN		26'200'000			
GROSSRATSSAAL TECHN. AUFRÜSTUNG	1'400'000	1'000'000	B	K	B 11.0015.01 / GRB 02.03.2011
420010026002 Liegenschaften VV	1'320'000				
ÖFFENTLICHE BAUTEN BEHINDERTENGERECHT	7'000'000	1'500'000	B	K	R 04.0704.02 / GRB 04.06.2008
420013026001 Liegenschaften VV	6'719'960				
KLIMANEUTRALE VERWALTUNG (FONDS)	33'500'000	1'000'000	B	K	R 07.1825.02 / GRB 25.06.2008
420013026003 Liegenschaften VV	3'370'000				
APPELLATIONSGERICHT DACHSTOCK AUSBAU	2'900'000	820'000	B	K	R 10.1203.01 / GRB 08.09.2010
420016026000 Liegenschaften VV	2'197'379				
ERLENMATT ERLKÖNIG GESAMTSANIERUNG	1'000'000	700'000	N		B / GRB / RRB 31.08.2010
420119456001 Liegenschaften VV	1'000'000				
SPAENTOR GESAMT-AUSSENSANIERUNG	1'600'000	1'000'000	G	W	RRB 01.09.2009
420189456000 Liegenschaften VV	1'050'121				
WAAGHOF - ERSATZ ZELLENFENSTER	3'140'000	1'500'000	G	W	RRB 10.08.2010
420320056000 Liegenschaften VV	1'630'000				
VOLTAMATTE VERLEGUNG UND NEUBAU ROBINSON	1'894'000	752'000	B	K	R 09.1687.02 / GRB 19.05.2010
420350026000 Liegenschaften VV	2'645'540				
SPIEGELHOF UMBAUu.INSTANDSETZUNG PROJEKT	700'000	700'000	N		R 11.08.55 / GRB
420510029000 Liegenschaften VV	700'000				
AUTOBAHNPOLIZEI STÜTZPUNKT UMBAU/SAN.	1'400'000	1'000'000	G		RRB 01.09.2009
420517056000 Liegenschaften VV	1'000'000				
CLARAHOF SID II INNENSANIERUNG 2.-5. OG	3'180'000	2'280'000	G		RRB 06.09.2011
420525056000 Liegenschaften VV	3'280'000				
ZEUGHAUS INSTANDSETZUNG DACH	1'700'000	800'000	G	W	RRB 11.09.2007
420531056000 Liegenschaften VV	1'100'000				
LÜTZELHOF WERKSTÄTTEN + INTEGR. SANITÄT	3'000'000	200'000	G	W	RRB 29.08.2006
420540056000 Liegenschaften VV	355'887				
FRIEDHOF HÖRNLI NEUBAU KREMATIONSÖFEN	18'200'000	300'000	N		R / GRB / RRB 30.08.2011
420617026003 Liegenschaften VV	300'000				
FRIEDHOF HÖRNLI SAN. KANALISATION TREPPE	1'350'000	260'000	G	W	RRB 29.08.2006

Vorhabenbezeichnung Auftrag / Projekt DST-Bezeichnung	Nominalkredit Ausschöpfung	Budget 2012	S	K	Beschlüsse / Begründungen
			T	W	
420617056002 Liegenschaften VV	1'476'520				
BRÜSSEL-STR. MONTAGEHALLE NEUBAU PROJEKT	500'000	450'000	B	K	B 10.2009.01 / GRB 11.05.2011
420626029000 Liegenschaften VV	450'000				
TBA STADTREINIGUNG NEUES MAGAZINKONZEPT	450'000	180'000	B	K	B 07.2098.01 / GRB 16.04.2008
420627026000 Liegenschaften VV	450'278				
TBA STADTREINIGUNG NEUES MAGAZINKONZEPT	6'400'000	2'500'000	B	K	R 10.2010.01 / GRB 11.05.2011
420627026001 Liegenschaften VV	2'500'000				
KEHRICHTABFUHR TBA SANIERUNG LIFT	330'000	330'000	G		RRB 01.09.2009
420627056001 Liegenschaften VV	330'000				
STADTGÄRTNEREI, NEUES MAGAZINKONZEPT	5'900'000	200'000	N		R / GRB / RRB 01.09.2009
420630026001 Liegenschaften VV	200'000				
ÖFFENTLICHE TOILETTENANLAGEN ERWEITERUNG	640'000	240'000	N		B / GRB / RRB 30.08.2011
420634026000 Liegenschaften VV	240'000				
WC-ANLAGE ANDREASPLATZ SANIERUNG	390'000	150'000	G		RRB 30.08.2011
420634056001 Liegenschaften VV	150'000				
BRÜCKENKOPF BREITE ALLMENDVERW. UMBAU	6'900'000	800'000	B	K	R 10.2007.01 / GRB 11.05.2011
420660056000 Liegenschaften VV	2'300'000				
SPITALSTRASSE 2 VORDERHAUS SANIERUNGEN	3'750'000	2'290'000	G	W	RRB 01.09.2009
420718056000 Liegenschaften VV	3'310'968				
K + A VERL. SPITALSTR/BINNERSTR	2'650'000	1'800'000	N		R.../GRB.../RRB 24.05.2011
420719056000 Liegenschaften VV	1'800'000				
GERIATRIE-/REHABZENTRUM GKZ PROJEK	8'900'000	2'000'000	B	K	R 08.2098.01 / GRB 03.06.2009
420770026000 Liegenschaften VV	4'600'000				
TEIL HOCHBAUTEN VV		24'752'000			
INVESTITIONSBEITRÄGE FÜR TAGESHEIMPLÄTZE	3'750'000	750'000	B	K	R 09.0503.01 / GRB 03.06.2009
290039000001 Jugend, Familie und	2'835'550				
GRABUNGEN ABBS FÜR NOVARTIS - CAMPUS +	4'740'000	574'000	G	W	RRB 14.08.2007
377501000003 Archäolog. Bodenfors	4'740'000				
INSTANDSTELLUNG ST. ALBAN KIRCHE	2'400'000	1'500'000	G		RRB 30.08.2011
401001000001 Generalsekretariat F	1'500'000				
DENKMALSCHUTZ 2003-2007 INVEST. BEITRAG	11'000'000	150'000	B	K	R 03/07/36G / GRB 12.02.2003
641001020004 Denkmalpflege	10'229'741				
DENKMALSCHUTZ 2008-2012 INVEST. BEITRAG	12'500'000	2'500'000	B	K	R 07/37/10G / GRB 12.09.2007
641001020005 Denkmalpflege	9'125'248				
BÜRGERLICHES WAISENHAUS INVEST. BEITRAG	1'561'500	230'000	B	K	R 09.0996.01 / GRB 16.09.2009
650004040006 HPA / Baukostenbeitr	1'560'541				
TEIL INVESTITIONSBEITRÄGE		5'704'000			
ÜBRIGE		56'656'000			

8 Die Zahlungsströme

8.1 Beiträge an eigene Institutionen

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11 abs.	Abw. B12/B11 %
271811000001 Globalbeitrag Uni GRB 11.11.09 10-13	141'200'000	148'400'000	152'900'000	4'500'000	3.0
271821000020 Globalbeitrag an FHNW GRB 10.12.08 09-11	34'161'000	33'836'000	39'494'000	5'658'000	16.7
271811000021 Globalbeitrag für Universitätsbibliothek	1'106'700	1'106'700	1'106'700	0	0.0
271811000018 Globalbeitrag für Studienberatung an UNI	483'000	483'000	483'000	0	0.0
271841000001 Volkshochschule BB GRB 10.12.08 09-12	632'500	632'500	632'500	0	0.0
271821000025 Rententeuerung ex FHBB/HPSA-BB Anteil BS	0	300'000	300'000	0	0.0
271821000024 AO Finanzierungsbeitrag FHNW GRB 08.12.2010	0	1'030'000	0	-1'030'000	-
271821000022 Übergangslösung PK (FHBB/MAB)	77'651	0	0	0	-
DST2710 Ressort Hochschulen (stat. Aufträge)	177'660'851	185'788'200	194'916'200	9'128'000	4.9
Total Erziehungsdepartement	177'660'851	185'788'200	194'916'200	9'128'000	4.9
				0	-
410005090023 Betriebsbeiträge Nachzahlungen	600'000	0	0	0	-
DST4100 Allgemeine Verwaltung (stat. Aufträge)	600'000	0	0	0	-
Total Finanzdepartement	600'000	0	0	0	-
				0	-
661850060000 BVB RPV	3'752'564	2'850'000	3'650'000	800'000	28.1
661852060001 Abgeltung Ortsverkehr BVB	52'153'324	52'688'368	54'340'364	1'651'996	3.1
661850060002 Anschubfinanzierung Nachtnetz	305'400	410'000	0	-410'000	-100.0
661850060003 Finanzierung Mehrpreis Biogas	165'138	130'000	0	-130'000	-100.0
661852060000 SBB Stadion St. Jakob	9'729	20'000	36'000	16'000	80.0
661851060001 SBB Shuttle St. Jakob	110'708	123'500	123'500	0	0.0
661851060002 SBB Bahnhof St. Johann	58'574	57'000	59'000	2'000	3.5
661851060003 SBB Haltestelle Dreispitz	5'908	77'000	77'000	0	0.0
661851060005 SBB/BLT RPV	2'863'079	2'780'000	2'800'000	20'000	0.7
661851060000 U-Abo Beiträge	20'118'280	20'200'000	20'200'000	0	0.0
DST6610 Mobilität (stat. Aufträge)	79'542'704	79'335'868	81'285'864	1'949'996	2.5
Total Bau- u. Verkehrsdepartement	79'542'704	79'335'868	81'285'864	1'949'996	2.5
				0	-
730900806021 UKBB Stationäre Versorgung	6'883'838	6'100'000	0	-6'100'000	-100.0
730900806023 UKBB Sonstige Leistungen	5'200'000	5'200'000	0	-5'200'000	-100.0
730900806024 UKBB Sonderfinanzierung Umzugskosten	1'900'000	1'100'000	0	-1'100'000	-100.0
730900806041 KIQ Pilotprojekt Psychiatrie	36'149	30'000	46'000	16'000	53.3
730900808001 USB - Beiträge KVG stationär	0	0	104'221'000	104'221'000	-
730900808002 FPS - Beiträge KVG stationär	0	0	31'720'000	31'720'000	-
730900808003 UPK - Beiträge KVG stationär	0	0	28'438'000	28'438'000	-
730900808004 UKBB - Beiträge KVG stationär	0	0	9'260'000	9'260'000	-
730900808020 Abgeltung amb öffentl. Spitäler	0	0	23'663'000	23'663'000	-
730900808025 Ungedeckte Leistungen Tageskliniken	0	0	4'402'000	4'402'000	-
730900808030 Weiterbildung FMH Facharzt	0	0	12'880'000	12'880'000	-
730900808035 L + F Diff.Abzug	0	0	58'045'000	58'045'000	-
730900808040 Übrige GWL	0	0	18'825'000	18'825'000	-
DST7300 Gesundheitsversorgung (stat. Aufträge)	14'019'987	12'430'000	291'500'000	279'070'000	2'245.1
Total Gesundheitsdepartement	14'019'987	12'430'000	291'500'000	279'070'000	2'245.1

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. B12/B11 abs.	Abw. B12/B11 %
8018N9190001 Defizit Basl. Personenschiff. BPG GRB	470'000	470'000	470'000	0	0.0
DST8010 Generalsekretariat WSU (stat. Aufträge)	470'000	470'000	470'000	0	0.0
8075210S0048 Risikobeiträge an Krankenversicherer	11'500'000	9'200'000	4'600'000	-4'600'000	-50.0
DST8070 Amt für Sozialbeiträge (stat. Aufträge)	11'500'000	9'200'000	4'600'000	-4'600'000	-50.0
8318500LHA Lufthygieneamt beider Basel	0	0	1'223'300	1'223'300	-
8318600AFW Amt für Wald beider Basel	0	0	234'100	234'100	-
DST8310 Amt für Umwelt und Energie (stat. Aufträge)	0	0	1'457'400	1'457'400	-
Total Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt	11'970'000	9'670'000	6'527'400	-3'142'600	-
Total Beiträge an Eigene Institutionen	283'793'542	287'224'068	574'229'464	287'005'396	99.9

8.2 Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. abs.	B12/B11 %
220805000003 Musikakademie GRB pendent 2012-2016	0	0	13'000'000	13'000'000	-
220825000001 Projekt AKEP RRB 28.10.2008 2008-2011	35'000	35'000	35'000	0	0.0
220801000019 Schw.-Schule Sao Paulo RRB 10.2.09 08-12	25'000	25'000	25'000	0	0.0
220821000001 Bim Buur in d'Schuel	0	0	20'000	20'000	-
220805000001 Musikakademie GRB 7.11.2007 2008-2011	10'210'182	10'290'000	0	-10'290'000	-100.0
220805000002 MAB Pers.-fürsorge GRB 7.11.07 2008-2011	1'225'586	1'690'000	0	-1'690'000	-100.0
220801000020 SDBB (Beitrag für Internet-Portal)	22'340	22'500	0	-22'500	-100.0
DST2200 Leitung Bildung (stat. Aufträge)	11'518'108	12'062'500	13'080'000	1'017'500	8.4
230802200001 Lukasclubs RRB 11.11.2008 2009-2011	43'000	43'000	43'000	0	-
DST2300 Volksschulen (stat. Aufträge)	43'000	43'000	43'000	0	-
245802000001 HKV-Defizitabdeckung GRB 15.10.08 10-14	14'112'609	14'150'000	14'245'000	95'000	0.7
245802000002 HKV: PK-Kosten GRB 15.10.2008 10-14	2'194'950	2'158'000	2'293'000	135'000	6.3
245923000006 ÜK-Beiträge an Partnerfirmen LW AGS	0	60'000	60'000	0	-
245942000601 Beitrag K'werk Bildschule bis 16	0	150'000	0	-150'000	-100.0
245922000619 Beitrag Ausbildung Chemikantenlehrlinge	79'200	80'000	0	-80'000	-
DST2450 Berufsbildende Schulen (stat. Aufträge)	16'386'759	16'598'000	16'598'000	0	0.0
264901500015 Rettungssanitäter	6'860	70'000	70'000	0	0.0
264901500010 BS-Schüler bei übrigen Schulen	0	39'400	39'400	0	0.0
264901500009 BS-Schüler bei Ergotherapieschule Zürich	0	30'000	30'000	0	0.0
264901500001 Pauschalbeiträge an BF Gesundheit BL	4'469'850	4'242'000	0	-4'242'000	-100.0
264901500006 Stud. BG Pflege bei Bethesda Bildung AG	3'070'405	3'182'400	0	-3'182'400	-100.0
264901500003 Spitalschulabk. BS-Schüler in BE-Schulen	321'100	182'200	0	-182'200	-100.0
264901500004 Spitalschulabk. BS-Schüler in SO-Schulen	322'500	145'200	0	-145'200	-100.0
264901500002 Spitalschulabk. BS-Schüler in AG-Schulen	98'200	71'800	0	-71'800	-100.0
264901500027 Schulabk. BS-Schüler in LU-Schulen	28'900	13'900	0	-13'900	-100.0
DST2640 Bildungszentrum Gesundheit (stat. Aufträge)	8'317'815	7'976'900	139'400	-7'837'500	-98.3
265813000003 Lehrabschlussprüfungen LAP	2'415'982	2'793'600	2'874'000	80'400	2.9
265813000004 Subv. Beiträge Sitzkanton Basel: ÜK	3'625'560	2'125'500	2'390'000	264'500	12.4
265813000014 Lehrbetriebe LBB GRB 09.12.09 2010-2013	2'039'875	2'025'000	2'025'000	0	0.0
265813000006 Subv. Beiträge Überkantonale: ÜK	1'270'508	600'000	779'000	179'000	29.8
265813000013 Overall Lehrverbund, Subventionsvertrag	0	0	139'000	139'000	-
265813000005 Subv. Beiträge Sitzkanton Basel: WB	82'221	153'000	83'000	-70'000	-
265813000007 Subv. Beiträge Überkantonale: WB	65'977	50'000	70'000	20'000	40.0
265813000001 Subv. Kurse Berufsbildner, BBG Art. 11	41'580	63'000	45'000	-18'000	-28.6

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. abs.	B12/B11 %
DST2650 Berufs-u. Erwachsenenbildung (stat. Aufträge)	9'541'703	7'810'100	8'405'000	594'900	7.6
271811000003 Swiss TPH GRB 5.12.2007 2008-11	700'000	700'000	1'600'000	900'000	128.6
271811000015 Stift. Wildt'sch.Haus GRB 7.2.2007 07-11	66'600	85'000	85'000	0	0.0
271811000011 Preis d.Stadt BS wiss.Forsch. RRB 2.4.85	20'030	20'000	20'000	0	0.0
271811000012 Histor.-/Antiquar.Ges.: Publikation	20'000	20'000	20'000	0	0.0
271811000014 Archäologie Schweiz (ex. Ur- u. Frühg.)	20'000	20'000	20'000	0	0.0
271811000013 Geogr.-ethnolog. Gesells. Basel	15'000	15'000	15'000	0	0.0
271811000017 Zschokkehaus Engelberg	8'000	8'000	8'000	0	0.0
DST2710 Hochschulen (stat. Aufträge)	849'630	868'000	1'768'000	900'000	103.7
290939000001 BFV Tagesheime GRB 17.9.03	13'182'251	13'221'000	13'201'000	-20'000	-0.2
290939000003 Kinderkrippe Bläsisitift GRB 17.09.03	2'115'032	2'400'000	2'250'000	-150'000	-6.3
290939000004 V. für Basler Tagesfamilien GRB 17.09.03	1'604'572	1'550'000	1'650'000	100'000	6.5
290939000005 Kinderhaus Gellert GRB 17.09.03	695'866	1'500'000	1'600'000	100'000	6.7
290939000002 Kinderkrippen Gundeldingen GRB 17.09.03	1'581'386	1'600'000	1'570'000	-30'000	-1.9
290939000007 Tagesheim Verenahof GRB 17.09.03	925'455	950'000	930'000	-20'000	-2.1
290939000008 Generationenhaus Neubad GRB 17.09.03	944'744	900'000	910'000	10'000	1.1
290939000006 Krippe St. Peter GRB 17.09.03	811'791	850'000	790'000	-60'000	-7.1
290939000012 Tagesheim Fourmi GRB 17.09.03	466'858	410'000	460'000	50'000	12.2
290939000010 Spanische Krippe GRB 17.09.03	528'999	500'000	420'000	-80'000	-16.0
290939000009 Krippe St. Leonhard GRB 17.09.03	408'229	370'000	390'000	20'000	5.4
290939000011 Tagesheim Rhy-Spatze GRB 17.09.03	334'876	300'000	310'000	10'000	3.3
290939000013 Kindernest Gundeli GRB 17.09.03	247'276	270'000	260'000	-10'000	-3.7
290939000015 Beitr. an Ausbildungskosten GRB 17.09.03	0	130'000	0	-130'000	-100.0
290939000016 JUFA Ferienbetreuung RRB 23.01.07	2'525	20'000	0	-20'000	-100.0
Zwischensumme Tagesbetreuung	23'849'860	24'971'000	24'741'000	-230'000	-0.9
290933000005 Bürgerl. Waisenhaus RRB 19.2.08 08-11	2'673'121	3'150'000	3'100'000	-50'000	-1.6
290933000006 BFV KH Lindenberg RRB 15.01.08 08-11	1'524'105	1'600'000	1'600'000	0	0.0
290933000009 Kinderheim Holee RRB 11.01.11 11-14	1'308'575	1'600'000	1'400'000	-200'000	-12.5
290933000007 Kinderhaus Gellert RRB 26.01.10 10-13	1'229'654	1'600'000	1'300'000	-300'000	-18.8
290933000008 BFV Schifferkinderheim RRB 15.1.08 08-11	1'165'595	1'350'000	1'200'000	-150'000	-11.1
290933000012 BFV KH Vogelsang RRB 15.01.08 08-11	1'166'423	900'000	950'000	50'000	5.6
290933000011 Wohngr. Karpfenweg RRB 15.01.08 08-11	595'166	550'000	650'000	100'000	18.2
290933000017 Foyer Rütimyerstrasse RRB 17.2.09 09-12	433'606	550'000	500'000	-50'000	-9.1
290933000013 Erlenhof RRB 11.03.08 08-11	1'053'642	500'000	500'000	0	0.0
290933000014 Wohnheim Schlössli RRB 08.01.08 08-11	438'839	400'000	500'000	100'000	25.0
290933000015 Foyer Neubad RRB 17.02.09 09-12	305'172	500'000	400'000	-100'000	-20.0
290933000016 Foyer i.d. Ziegelhöfen RRB 17.2.09 09-12	366'382	400'000	400'000	0	0.0
290933000010 Aufnahmeheim RRB 17.02.09 08-11	616'836	350'000	300'000	-50'000	-14.3
290933000026 Pflegefamiliendienst RRB 24.03.09 09-12	200'000	200'000	200'000	0	0.0
Zwischensumme Jugendhilfe	13'077'116	13'650'000	13'000'000	-650'000	-4.8
290938000001 BFA BS Freizeitaktion GRB 16.01.08 08-11	2'884'723	2'884'723	3'207'000	322'277	11.2

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. abs.	B12/B11 %
290931000001 FaBe GRB 07.11.07 08-11	1'700'000	1'700'000	1'800'000	100'000	5.9
290938000002 V. Robi-Spiel-Aktionen GRB 16.1.08 08-11	1'255'000	1'255'000	1'319'500	64'500	5.1
290931000005 Mütter- und Väterber. GRB 12.01.11 11-14	460'000	700'000	690'000	-10'000	-1.4
290938000003 V. Mobile Jugendarbeit GRB 16.1.08 08-11	340'000	340'000	383'000	43'000	12.6
290938000004 Spielwerkst. Kl'hün. GRB 16.01.08 08-11	218'000	218'000	226'000	8'000	3.7
290938000006 Jugendtreff Dalbeloch GRB 16.01.08 08-11	200'000	200'000	208'000	8'000	4.0
290938000007 Freizeit.Dreirosen GRB 8.12.10 11-12	225'000	225'000	225'000	0	0.0
290938000010 Spilraum Elsässerstr. GRB 16.01.08 08-11	120'000	120'000	125'000	5'000	4.2
290938000011 V. Eulerstross 9 GRB 16.01.08 08-11	90'000	90'000	93'000	3'000	3.3
290938000013 Kindertheater RRB 16.10.07/18.3.08 08-11	80'000	80'000	83'000	3'000	3.8
290931000003 Begl. Besuchstage RRB 23.12.08 09-11	60'000	60'000	70'000	10'000	16.7
290938000014 Off. Kindera.ob.KI'BS RRB 09-02-10 10-11	40'000	40'000	42'000	2'000	5.0
290931000007 PEB Elternbildung RRB 15.12.09 09-12	31'500	31'500	31'500	0	0.0
290938000023 Stiftung Idee Sport RRB pendent	0	0	30'000	30'000	-
290938000016 V. zum Burzelbaum RRB 16.10.07 08-11	30'000	30'000	25'000	-5'000	-16.7
290931000008 Familienpass RRB 02.02.10 10-12	22'500	22'500	22'500	0	0.0
290938000022 Telefon Kinder 147 RRB 2012.08 08-11	20'000	20'000	20'000	0	0.0
290931000006 Elternvereinigung b. BS 15.12.09 09-12	10'000	10'000	10'000	0	0.0
290938000008 V. Connect Café RRB 02.03.10 10-11	148'000	150'000	0	-150'000	-100.0
290911000003 Projekt Leseförderung GRB 16.12.09	100'000	100'000	0	-100'000	-100.0
290938000018 V. Spielestr. Kaserne RRB 16.10.07 08-11	11'000	11'000	0	-11'000	-100.0
Zwischensumme Jugend- und Familienangebote	8'045'723	8'287'723	8'610'500	322'777	3.9
290961000001 Kopfquotenbeiträge an Sportvereine	120'060	140'000	130'000	-10'000	-7.1
290961000004 Verein Fanprojekt RRB 17.02.09 09-11	80'000	80'000	80'000	0	0.0
290961000003 Stift. Ferienkolonien RRB 10.2.09 09-12	60'000	60'000	60'000	0	0.0
290961000002 Betriebsbeiträge an Sportvereine	31'560	20'000	30'000	10'000	50.0
Zwischensumme Sport	291'620	300'000	300'000	0	0.0
DST2900 Jugend, Familie und Sport (stat. Aufträge)	45'264'319	47'208'723	46'651'500	-557'223	-1.2
Total Erziehungsdepartement	91'921'335	92'567'223	86'684'900	-5'882'323	-6.4
321812090000 Subventionen Beratung Frauenverein	380'000	380'000	380'000	0	0.0
321812091000 Subventionen Medien-/Theaterfalle	0	0	150'000	150'000	-
321821090000 Subventionen GGG (Subv GGG)	300'000	300'000	0	-300'000	-100.0
DST3210 Gleichstellung und Integration (stat. Aufträge)	680'000	680'000	530'000	-150'000	-22.1
340503090000 Reg. Basiliensis 94-10	343'000	335'000	343'000	8'000	2.4
340503090007 NRP/ETZ Interreg IV	0	250'000	250'000	0	0.0
340503090004 Einm. Proj. Regio unbe	0	150'000	122'926	-27'075	-18.0
340503090005 Eurodistrict TEB 07-10	91'287	115'000	90'000	-25'000	-21.7
340503090008 Jährlicher Deckungsbeitrag Metrobasel fo	75'000	75'000	75'000	0	0.0
340503090003 Del.-Skr. ORK 01-10	58'000	60'000	60'000	0	0.0
340503090006 Infobest Palmrain 10	52'143	75'000	52'000	-23'000	-30.7
340503090002 Gem. Sekr. ORK 01-10	31'728	40'000	30'000	-10'000	-25.0

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. abs.	B12/B11 %
340503090001 N. Projekte im Regiobereich	5'909	6'000	6'000	0	0.0
34050309P134 Trinationaler Anlass in Shanghai	52'249	0	0	0	-
34050309P084 Kanton Jura	50'000	0	0	0	-
34050309P024 Dreiländer-Kongress 2010	49'067	0	0	0	-
34050309A027 NEUREX und Forschungsnetzwerk	37'500	0	0	0	-
34050309P144 Regio-Studie	30'000	0	0	0	-
34050309A117 Trinat. Schülerforschungsnetzwerk Dreil.	29'000	0	0	0	-
34050309A127 Digitale Medienkunst am Oberrhein	28'080	0	0	0	-
34050309P014 ORK-Kooperationsfonds	18'772	0	0	0	-
34050309A017 Technische Hilfe INTERREGIVA Oberrhein	16'510	0	0	0	-
34050309A157 TMO-Koordinationsstelle	11'332	0	0	0	-
34050309P124 2. ORK-Präsidium Basel	7'966	0	0	0	-
34050309P154 Kommunikationskonzept TEB	6'994	0	0	0	-
34050309A107 Stärkung öffentl. Verkehr+ Park u.Ride TEB	6'573	0	0	0	-
34050309P034 Metropolregion Oberrhein	4'706	0	0	0	-
34050309A077 Alice im Wunderland	4'000	0	0	0	-
34050309P074 NRP Begleitmassnahmen Regio Basiliensis	3'875	0	0	0	-
34050309P054 URBACT EGTC	3'653	0	0	0	-
DST3400 Aussenbeziehungen (stat. Aufträge)	1'017'344	1'106'000	1'028'926	-77'075	-7.0
350503090000 Subventionen GGG			300'000	300'000	-
350812090009 Stadtteilsekr.KI'baselGRB 12.01.11/11-13	90'000	120'000	120'000	0	0.0
350812090019 Proj. Quartiertreffp. GRB 12.01.11/11-13	0	0	100'000	100'000	-
350812090001 V. Treffpunkt Breite GRB 12.01.11/ 11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090002 QTP LoLa GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090003 V. Famzentr. Gundeli GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090004 V.KS Elt. + Kinder BW GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090005 V. QT Kasernenareal GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090006 V. Burg am Burgweg GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090007 Trägerverein QuBa GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090008 V. QTP Kleinhüningen GRB 12.01.11/11-13	90'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090015 Stadtteilsekr.Basel-W GRB 12.01.11/11-13	30'000	90'000	90'000	0	0.0
350812090010 V. QT Hirzbrunnen GRB 12.01.11/11-13	50'000	50'000	90'000	40'000	80.0
350812090012 TS Eltern-Kind-Z.MaKlyGRB 12.01.11/11-13	50'000	50'000	90'000	40'000	80.0
350812090013 V. Beg.zentr.KB Union GRB 12.01.11/11-13	50'000	50'000	90'000	40'000	80.0
350812090011 V. ElternC.HirzbrunnenGRB 12.01.11/11-13	50'000	50'000	50'000	0	-
350812090017 QTP Bruderholz GRB 12.01.11 / 11-13	0	0	50'000	50'000	-
350812090018 KT Eltern+Kinder GRB 12.01.11 / 11-13	0	0	50'000	50'000	-
350812090014 V. ATD Vierte Welt RRB 12.01.10 / 10-12	40'000	40'000	40'000	0	0.0
DST3500 Kantons- und Stadtentwicklung (stat. Aufträge)	1'080'000	1'170'000	1'790'000	620'000	53.0
360813090001 Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz	42'000	42'000	42'000	0	0.0

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. abs.	B12/B11 %
DST3600 Statistisches Amt (stat. Aufträge)	42'000	42'000	42'000	0	0.0
370821100001 Theater Basel GRB 17.5.06 06/07-10/11	28'632'000	29'137'108	29'863'599	726'491	2.5
370821000001 Stift. Basler Orch. GRB 7.6.06 06-10/11	6'207'000	6'309'923	6'840'115	530'192	8.4
370821000020 Orch.-leist. an Theater GRB 7.6.06 06-11	6'300'000	6'414'495	6'574'789	160'294	2.5
370821300001 Allg. Biblioth. GGG GRB 07.11.07 2008-11	4'246'750	4'246'750	5'046'750	800'000	18.8
370821100002 Theater PK GRB 17.5.06 2006/07-2010/11	2'700'000	2'839'739	2'315'384	-524'355	-18.5
370821200001 Beyeler Museum AG GRB 12.9.07 10.07-2011	1'865'000	1'865'000	1'965'000	100'000	5.4
370821100005 Kulturwerkst.Kaserne GRB 14.01.10 10-12	1'460'000	1'560'000	1'460'000	-100'000	-6.4
370504000001 Zolli Basel GRB 16.04.08 2008-2012	1'450'000	1'450'000	1'450'000	0	0.0
370821100000 Theater Basel (Strukturbeitrag)	0	0	1'269'231	1'269'231	-
370821000002 SBO Pers.fürsorge GRB 7.6.06 06-10/11	1'492'000	1'492'000	1'082'000	-410'000	-27.5
370821200002 Basler Kunstverein GRB 18.10.07 2008-11	795'000	795'000	855'000	60'000	7.5
370822200001 Kunstkredit GRB 08.12.2010 2011-2014	519'755	520'000	520'000	0	0.0
370822100001 FA Theater, Tanz BS/BL GRB 22.4.09 09-12	474'300	465'000	465'000	0	0.0
370910100016 Kulturp. Abfederung Sparmassnahmen AuL	401'147	400'000	430'000	30'000	7.5
370821000021 Rockförderverein, GRB 10.9./15.10.08,RRB	360'000	390'000	390'000	0	0.0
370821000012 Kammerorchester Basel GRB 17.12.09 10-13	355'000	355'000	355'000	0	0.0
370821300005 Verein Literatur GRB 24.06.09 2009-2011	350'000	350'000	350'000	0	0.0
370822400001 FA Audiov.+Multimed. GRB 08.10.10/11-14	305'199	300'000	300'000	0	0.0
370502000001 Kulturpauschale GRB 08.12.2010 2011-2014	302'797	300'000	300'000	0	0.0
370821400001 Stadt-/Landkino GRB 18.10.2006 07-2010	270'000	270'000	270'000	0	0.0
370502000003 Stift. BS Papiermühle GRB 7.11./5.12.07	160'000	160'000	260'000	100'000	-
370821100004 Vorstadt-Theater GRB 18.10.2006 07-2010	200'000	200'000	240'000	40'000	20.0
370821000017 Basel Sinfonietta GRB 17.12.09 2010-2013	234'000	234'000	234'000	0	0.0
370821400002 Haus der elektronischen Künste	0	220'000	220'000	0	0.0
370502090000 Kulturprojekte	0	0	197'269	197'269	-
370821000010 Musikwerkstatt Basel GRB 17.12.09 10-13	170'000	170'000	170'000	0	0.0
370821000004 Musikverband b. Basel GRB 17.12.09 10-13	160'000	160'000	160'000	0	0.0
370821500001 Sportmuseum Schweiz RRB 13.04.10 10-12	0	150'000	150'000	0	0.0
370821200003 Ausstl.raum Klingent. GRB18.10.07,RRB 21	120'000	122'000	129'000	7'000	5.7
370821000003 Knabenmusik Basel GRB 16.12.09 2010-2013	112'000	112'000	112'000	0	0.0
370502000002 Augusta Raurica RRB 21/66 26.5.98 BS/BL	100'000	100'000	100'000	0	0.0
370821100003 Gen. BS Kleintheater GRB 18.10.06 07-10	100'000	100'000	100'000	0	0.0
370821000016 Ensemble Phoenix GRB 17.12.09 2010-2013	94'000	94'000	94'000	0	0.0

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. abs.	B12/B11 %
370822000001 FA Musik BS/BL GRB 14.01.10 2010-2013	90'000	90'000	90'000	0	0.0
370822300001 FA Literatur BS/B GRB 08.12.10 2011-2014	80'010	80'000	80'000	0	0.0
370821500000 Jüdisches Museum RRB 17.3.09 2009-2011	80'000	80'000	80'000	0	-
370821500003 Schw.Architekturmuseum GRB 9.6.10 10-13	80'000	80'000	80'000	0	0.0
370822200003 Atelierkredit RRB 01.12.09 2010-2012	76'731	75'000	75'000	0	0.0
370821000005 Knabenkantorei Basel RRB 17.11.09 10-13	60'000	60'000	60'000	0	0.0
370821000018 Ver. Jazz-Live Basel RRB 17.11.09 10-13	60'000	50'000	60'000	10'000	20.0
370822200002 Cité Paris RRB 3.7.90	59'735	50'000	50'000	0	0.0
370502000005 Kulturbüro RRB 18.3.08	50'000	50'000	50'000	0	0.0
370821000013 Int.Ges.f.neue Musik RRB 17.11.09 10-13	50'000	50'000	50'000	0	0.0
370821000015 Mädchenkantorei RRB 17.11.09 2010-2013	50'000	50'000	50'000	0	0.0
370821000011 Freunde alter Musik RRB 17.11.09 10-13	28'000	28'000	28'000	0	0.0
370821100006 IG-Tanz/Tanzbüro Basel RRB 16.1.07 07-10	28'000	28'000	28'000	0	0.0
370821200004 Kaskadenkondesator RRB 16.1.2007 07-10	25'000	25'000	25'000	0	0.0
370821200005 dock:aktuelle Kunst aus Basel RRB6.11.07	25'000	25'000	25'000	0	0.0
370910100003 Kulturpreis der Stadt Basel RRB 15.10.02	20'030	20'000	20'000	0	0.0
370910100007 Preise BaKa_FORUM	10'000	10'000	10'000	0	0.0
370821300006 Kinderliteratur Bus	200'000	100'000	0	-100'000	-100.0
370821300003 Leseförderung Kleinhüningen RRR pend.	70'000	70'000	0	-70'000	-100.0
370821400003 plug in GRB 7.11./5.12.07, RRB 16.10.07	100'000	0	0	0	-
DST3700 Kultur (stat. Aufträge)	61'178'453	62'303'015	65'129'137	2'826'122	4.5
376821190002 Publikationsfonds	5'000	5'000	5'000	0	0.0
DST3760 Staatsarchiv (stat. Aufträge)	5'000	5'000	5'000	0	0.0
Total Präsidialdepartement	64'002'797	65'306'015	68'525'063	3'219'048	4.9
501101093601 Telehilfe, darg. Hand, Subvention	48'400	48'400	48'400	0	0.0
501101093602 Neustart, Subvention	50'000	50'000	50'000	0	0.0
501101093603 Opferberatungsstellen, Subvention	879'184	950'500	950'500	0	0.0
501101093604 Stiftung Frauenhaus, Subvention	425'000	428'000	428'000	0	0.0
501101093605 Männerbüro Region Basel	32'000	32'000	32'000	0	0.0
DST5010 Stabsbereiche JSD (stat. Aufträge)	1'434'584	1'508'900	1'508'900	0	0.0
Total Justiz- und Sicherheitsdepartement	1'434'584	1'508'900	1'508'900	0	0.0
602901060005 Subvention Pro Infirmis 06-10 (Vertrag)	40'000	50'000	50'000	0	0.0
DST6020 Bauinspektorat (stat. Aufträge)	40'000	50'000	50'000	0	0.0
614110000003 Jubiläum SF 150-Jahre	21'000	0	0	0	-
614120000240 Beitrag Erlenverein BS,GRB 27.6.02,02-06	300'000	300'000	300'000	0	0.0
614900000110 Beitrag Verein Beirat Natur	150'000	150'000	150'000	0	0.0
DST6140 Stadtgärtnerei (stat. Aufträge)	471'000	450'000	450'000	0	0.0
641001000001 Paritätischer Beitrag Basler Münster	15'000	0	0	0	-
DST6410 Denkmalpflege (stat. Aufträge)	15'000	0	0	0	-

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. abs.	B12/B11 %
					-
651020006001 Allg. Projekte Hochbau	0	0	0	0	-
651030006100 Wanderwege BS/BL RRB 30.05.00 2007-2012	6'000	6'000	0	-6'000	-100.0
651890006001 Feste Betriebsbeiträge Münster	885'000	900'000	825'000	-75'000	-8.3
651890006002 Feste Betriebsbeiträge Lange Erlen	40'000	40'000	40'000	0	0.0
DST6510 HPA / DST Verwaltung (stat. Aufträge)	931'000	946'000	865'000	-81'000	-8.6
661850060004 KBB Behinderten Transport	1'109'500	1'287'000	1'297'400	10'400	0.8
DST6610 Mobilität (stat. Aufträge)	1'109'500	1'287'000	1'297'400	10'400	0.8
Total Bau- u. Verkehrsdepartement	2'566'500	2'733'000	2'662'400	-70'600	-2.6
701900706027 Toxikologisches Infozentrum	32'137	32'000	33'500	1'500	0.0
DST7010 Generalsekretariat GD (stat. Aufträge)	32'137	32'000	33'500	1'500	0.0
702900106018 Subvention Aids-Hilfe beider Basel	348'000	348'000	0	-348'000	-100.0
702900106023 HIV-Test- und Beratungsangebot	30'000	30'000	0	-30'000	-
702900106026 Subvention Diabetesgesellschaft	84'550	90'000	0	-90'000	-100.0
702900106027 Beitrag Krebsregister	205'000	205'000	205'000	0	0.0
702900106028 GWL-Leitender Notarzt (Beitrag an USB)	0	500'000	500'000	0	0.0
702900306008 Subvention Gsünder Basel	115'000	115'000	120'000	5'000	4.3
702900306009 Subvention Verein für Suchtprävention	240'000	160'000	160'000	0	0.0
702900306010 Subvention Band Jugendhilfe	40'000	40'000	40'000	0	0.0
702900806004 Subvention Tageshaus Wallstrasse	395'000	395'000	395'000	0	0.0
702900806009 SSJ: JoBShop (gesperrt)	50'000	0	0	0	-
702900806017 Subvention FrauSuchtGesundheit	190'000	190'000	190'000	0	0.0
702900806018 Subvention Blaues Kreuz	385'000	210'000	210'000	0	0.0
702900806021 Subvention MUSUB	200'000	200'000	200'000	0	0.0
702900806022 Subvention SRB	3'155'000	3'155'000	3'155'000	0	0.0
702900900001 Beiträge G+P	6'000	0	67'000	67'000	-
702900900011 Migration und Gesundheit	53'000	0	0	0	-
702900900020 Psychische Gesundheit	6'000	0	0	0	-
702900900023 Frühbereich: Verstärkung Gesundheitsförd	6'500	0	0	0	-
702900900030 Subvention AhBB (von KÄD)	0	0	348'000	348'000	-
702900900031 Subvention HIV-Teststelle AhBB (von KÄD)	0	0	30'000	30'000	-
702900900032 Subvention Diabetesgesellschaft (von KÄD)	0	0	90'000	90'000	-
DST7020 Gesundheitsdienste (stat. Aufträge)	5'509'050	5'638'000	5'710'000	72'000	1.3
706900100004 Viehversicherung	5'010	0	0	0	-
706900100005 Jahresbeiträge VetAmt	15'472	0	0	0	-
DST7060 Gesundheitsschutz (stat. Aufträge)	20'482	0	0	0	-
730900706016 Patientenstelle Basel	63'000	63'000	59'000	-4'000	-6.3
730900706019 Selbsthilfezentrum Hinterhuus	300'000	300'000	300'000	0	0.0
730900706028 MedGes. ärztlicher Notfalldienst	47'300	80'000	100'000	20'000	25.0
730900806001 Claraspital	17'240'000	0	0	0	-
730900806002 Merian Iselin-Klinik	5'710'000	0	0	0	-
730900806004 Bethesda-Spital	2'527'532	0	0	0	-
730900806005 Sonnenhalde	1'982'000	0	0	0	-

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. abs.	B12/B11 %
730900806008 Krankenhaus Adullam	5'140'000	0	0	0	-
730900806050 Beiträge Privatspitäler Allg. Vers.	0	30'800'000	0	-30'800'000	-100.0
730900808005 St. Claraspital Beiträge KVG stationär	0	0	25'175'000	25'175'000	-
730900808006 Merian Iselin - Beiträge KVG stationär	0	0	11'306'000	11'306'000	-
730900808007 Bethesda - Beiträge KVG stationär	0	0	6'420'000	6'420'000	-
730900808008 Adullam Spital - Beiträge KVG stationär	0	0	9'560'000	9'560'000	-
730900808009 Sonnenhalde - Beiträge KVG stationär	0	0	2'694'000	2'694'000	-
730900808010 REHA Chrischona - Beiträge KVG stationär	0	0	3'925'000	3'925'000	-
730900808011 Rehab Basel - Beiträge KVG stationär	0	0	6'868'000	6'868'000	-
730900808012 Hildegard Hospiz - Beiträge KVG stationär	0	0	1'866'000	1'866'000	-
730900808013 Schmerzklinik - Beiträge KVG stationär	0	0	187'000	187'000	-
730900808014 Ausserkantonale Spitäler - Beitr KVG sta	0	0	20'560'000	20'560'000	-
730900808025 Ungedeckte Leistungen Tageskliniken	0	0	563'000	563'000	-
730900808030 Weiterbildung FMH Facharzt	0	0	1'620'000	1'620'000	-
730900808035 L + F Diff. Abzug	0	0	4'266'000	4'266'000	-
730900808040 Übrige GWL	0	0	60'000	60'000	-
730907206099 Liegenschaftsbeiträge Pflegeheime	4'400'175	4'950'000	4'950'000	0	-
730907306002 Ombudsstelle für Altersfragen+Spitex	7'500	7'500	0	-7'500	-
730907406106 Pro Senectute	805'000	805'000	805'000	0	-
730907506103 Spitex BS Subventionen HW	15'461'024	18'920'000	4'600'000	-14'320'000	-
730907506111 Tagespflegeheime	1'579'322	2'585'000	2'700'000	115'000	-
730907506112 Curavis	250'000	180'000	0	-180'000	-
DST7300 Gesundheitsversorgung (stat. Aufträge)	55'512'853	58'690'500	108'584'000	49'893'500	85.0
733900100001 Kantonsbeiträge an Uni-Institute	48'071	57'200	0	-57'200	-100.0
DST7330 Felix-Platter-Spital (stat. Aufträge)	48'071	57'200	0	-57'200	-100.0
Total Gesundheitsdepartement	61'122'593	64'417'700	114'327'500	49'909'800	77.5
806832090102 Subvention Basel-Tourismus Betriebsmitt.	1'900'000	1'920'000	1'920'000	0	0.0
806831091101 Basel Area Beitrag	882'500	850'000	890'000	40'000	4.7
806210191003 Beiträge an Handelskammer, BTG und SAFFA	35'924	30'000	36'000	6'000	20.0
806412191101 Basler Gewerkschaftsbund Beitrag	20'000	20'000	20'000	0	0.0
806210191104 Beitrag an Gleichstellungsbüro website		3'000	0	-3'000	-100.0
DST8060 Amt für Wirtschaft und Arbeit (stat. Aufträge)	2'838'424	2'823'000	2'866'000	43'000	1.5
807522090051 Prämienbeiträge an Krankenversicherer	108'858'792	126'630'000	127'440'000	810'000	0.6
807818090207 Beratungsstelle PSAG RRB 09/07/23	0	290'000	290'000	0	0.0
807818090204 Behindertenhilfe Vermeidung Härtefälle	113'314	157'000	157'000	0	0.0
807818090201 Wohnhilfe für Körperbehinderte RRB 13.02	50'000	50'000	50'000	0	0.0
807818090202 Bildungsclub Regio BS RRB 15.1	50'000	50'000	50'000	0	0.0
807818090208 FZZ insieme, RRB 10/08/28	0	0	20'000	20'000	-
DST8070 Amt für Sozialbeiträge (stat. Aufträge)	109'072'106	127'177'000	128'007'000	830'000	0.7
822230690017 Gassenarbeit „Schwarzer Peter“	240'000	240'000	240'000	0	0.0
822230690011 Verein Budget- und Schuldenberatung	225'891	230'000	230'000	0	0.0
822230690018 Verein „Gassenküche“	147'500	148'000	147'500	-500	-0.3
822230690015 Treffpunkte Gundeli + G্লাibasel	141'000	141'000	141'000	0	0.0
822230690016 IG-Wohnen	70'000	70'000	70'000	0	0.0

	Rechnung 2010	Budget 2011	Budget 2012	Abw. abs.	B12/B11 %
822230690013 Beratungsstelle für Asylsuchende	25'000	30'000	25'000	-5'000	-16.7
822230690010 Winterhilfe Basel-Stadt	20'000	20'000	20'000	0	0.0
822230690014 Kontaktstelle für Arbeitslose	18'000	18'000	18'000	0	0.0
822230690019 Verein „Soup and Chill“	37'318	15'000	15'000	0	-
822230690012 Konsumentenvereinigung NW	6'000	6'000	6'000	0	0.0
DST8220 Sozialhilfe Basel SHB (stat. Aufträge)	930'709	918'000	912'500	-5'500	-0.6
8318132ARA Betriebskosten ARA BS	6'878'310	7'800'000	8'200'000	400'000	5.1
8318600WALD Beiträge Forstwirtschaft	97'795	146'000	0	-146'000	-100.0
8318400LAND Beiträge Landwirtschaft	1'099	35'000	35'000	0	0.0
8318500LUFT Beiträge Umwelt	3'882	6'600	1'500	-5'100	-77.3
DST8310 Amt für Umwelt und Energie (stat. Aufträge)	6'981'086	7'987'600	8'236'500	248'900	3.1
Total Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt	119'822'325	138'905'600	140'022'000	1'116'400	0.8
Total Beiträge an Private Institutionen	340'870'133	365'438'438	413'730'763	48'292'325	13.2

9 Die funktionale Gliederung

9.1 Allgemeines zum Datenmaterial der Funktionalen Gliederung

Die in diesem Kapitel veröffentlichte Funktionale Gliederung ist nach Eidgenössischen Richtlinien dargestellt. Sie gliedert alle Aufwands- und Einnahmenpositionen nach staatlichen Aufgabenfunktionen eines Gemeinwesens und bietet damit eine andere Sichtweise auf Finanzdaten als die Sicht der institutionellen Gliederung nach Departementen und Dienststellen. Dadurch ist die Vergleichbarkeit mit vorangehenden Ausführungen im Kapitel 2.3 – Planung der Departemente – und Kapitel 3.2 – Laufende Rechnung – nicht durchwegs gegeben.

Im Folgenden wird die Funktionale Gliederung in aggregierter Form auf der Ebene der zehn Hauptfunktionen dargestellt und kommentiert. Eine Detailansicht befindet sich im Anhang zum Budgetbuch. Dort werden Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung auf allen Ebenen der dreistufigen Funktionalen Gliederung ausgeführt und mit dem Budget 2011 verglichen. Aufgrund der Pauschalbudgetierung der Investitionsbereiche können die Investitionen, die grösser als 300'000 Franken sind, im Budget nicht einzelnen Funktionen zugeordnet werden. Daher wird auf eine funktionale Darstellung der Investitionsrechnung im Budget verzichtet.

9.2 Ergebnis Budget 2012

in Mio. Franken	Budget 2012			Budget 2011			Abw. Saldo LR	
	Aufwand	Ertrag	Saldo LR	Aufwand	Ertrag	Saldo LR		%
0 Allgemeine Verwaltung	499.0	297.7	-201.3	498.1	325.0	-173.2	-28.1	-16.2
1 Öffentliche Sicherheit	388.3	132.9	-255.4	374.9	128.4	-246.6	-8.8	-3.6
2 Bildung	966.4	102.6	-863.8	989.4	164.8	-824.7	-39.1	-4.7
3 Kultur und Freizeit	196.3	35.4	-160.9	192.9	31.9	-161.0	0.1	0.0
4 Gesundheit	426.1	29.0	-397.1	1'112.1	717.2	-395.0	-2.2	-0.5
5 Soziale Wohlfahrt	872.1	249.6	-622.5	870.0	243.0	-627.0	4.5	0.7
6 Verkehr	202.4	42.0	-160.4	188.6	41.4	-147.1	-13.3	-9.0
7 Umwelt und Raumordnung	73.9	81.3	7.4	89.6	87.8	-1.8	9.2	503.5
8 Volkswirtschaft	25.2	21.1	-4.1	38.4	19.6	-18.9	14.8	78.3
9 Finanzen und Steuern	158.4	2'888.0	2'729.6	173.0	2'820.6	2'647.6	82.0	3.1
Summe	3'808.1	3'879.7	71.6	4'527.2	4'579.6	52.5	19.1	36.4

0 Allgemeine Verwaltung

Mit einem Total von 201.3 Mio. Franken liegt der Saldo der Laufenden Rechnung der Funktion Allgemeine Verwaltung um 28.1 Mio. Franken über dem Wert des Vorjahres. Die grösste Abweichung mit 19.6 Mio. Franken ist auf die im Rahmen des Finanzausgleiches zu leistende höhere Ressourcenausgleichszahlung zurückzuführen. Hinzu kommt die zentral in der Allgemeinen Verwaltung eingestellte per November 2011 prognostizierte Teuerung von 0.8% in Höhe von 8.4 Mio. Franken.

1 Öffentliche Sicherheit

In der Funktion Öffentliche Sicherheit wird für das Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme in Höhe von 8.8 Mio. Franken gezeigt. Diese Mehrausgaben sind u.a. auf die höheren Kosten im Bereich des Strafvollzuges und auf den ersten Schritt der vom Regierungsrat beabsichtigten stufenweisen Stellenaufstockung für die verstärkte polizeiliche Bewirtschaftung der Brennpunkte zurückzuführen.

2 Bildung

Der Saldo der Laufenden Rechnung hat sich bei der Funktion Bildung von 824.7 Mio. Franken um 39.1 Mio. Franken auf 863.8 Mio. Franken erhöht. Dazu haben insbesondere die Mehrausgaben bei den Schwerpunktmassnahmen mit 15.4 Mio. Franken (Hochschul- und Universitätsentwicklung 11.1 Mio. Franken/ Bildungsraum Nordwestschweiz 1.2 Mio. Franken / Ausbau Tagesstrukturen 1.6 Mio. Franken / Integrative Volksschule 1.5 Mio. Franken) und die klinische Lehre und Forschung mit 16.8 Mio. Franken beigetragen. Ein weiterer Teil entfällt auf den Teuerungsausgleich und die Umsetzung der neuen Ferienregelung (4.2 Mio. Franken) sowie auf leicht höhere Unterrichtskosten. Ein Teil der Mehrkosten kann durch höhere Erträge kompensiert werden. Im Rahmen der neuen Spitalfinanzierung werden die Aufwendungen für Lehre und Forschung hingegen nur noch mit dem Nettoaufwand von 76.8 Mio. Franken (Vorjahr 125.4 Mio. Franken Aufwand und 65.4 Mio. Franken Ertrag) ausgewiesen, was insgesamt zu entsprechend tieferen Ausgaben und Einnahmen führt.

3 Kultur und Freizeit

Mit einem Saldo von 160.9 Mio. Franken wird bei der Funktion Kultur und Freizeit ziemlich genau der Wert des Vorjahres (161.0 Mio. Franken) ausgewiesen. Auch innerhalb dieser Funktion existieren keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Budget 2011.

4 Gesundheit

Die grossen Veränderungen bei der Funktion Gesundheit hängen einerseits mit der Auslagerung der öffentlichen Spitäler per 1.1.2012 und andererseits mit der gleichzeitigen Einführung der neuen Spitalfinanzierung zusammen. Aufgrund der Ausgliederung der öffentlichen Spitäler vermindern sich sowohl die Aufwendungen (Personal- und Sachaufwand), als auch die Erträge in der Funktion. Diese Positionen werden ersetzt durch den gesetzlichen Kantonsbeitrag an die Kosten der stationären Spitalbehandlungen sowie die gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Die leichte Aufwandszunahme hängt mit höheren Beiträgen an die Privatspitäler und ausserkantonalen Leistungserbringer zusammen sowie der Integration der Anlagennutzungskosten in die Tarife (Investitionskostenzuschlag). Der Mehrbelastung der laufenden Rechnung steht eine Entlastung der Investitionsrechnung gegenüber.

5 Soziale Wohlfahrt

Für die Funktion Soziale Wohlfahrt wird für das Jahr 2012 in der Laufenden Rechnung eine Summe von 622.5 Mio. Franken ausgewiesen. Damit reduzieren sich die Kosten gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 4.5 Mio. Franken. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Sozialkosten (siehe dazu Kapitel 3.2.1 Aufwand), die dieser Funktion zugeordnet sind (u.a. Ergänzungsleistungen, kantonale Beihilfen, Prämienverbilligungen).

6 Verkehr

Mit 160.4 Mio. Franken liegt der Saldo der Laufenden Rechnung der Funktion Verkehr um 13.3 Mio. Franken über dem Vorjahresbudget. Diese Abweichung ist insbesondere auf höhere Abschreibungen bei den Tiefbauten zurückzuführen.

7 Umwelt und Raumordnung

Bei der Funktion Umwelt und Raumordnung zeigt der Vergleich mit dem Vorjahr eine Verbesserung von 9.2 Mio. Franken. Dies ist insbesondere auf tiefere Abschreibungen im Bereich Förderung für Sanierung von Büro- und Gewerbebauten zurückzuführen.

8 Volkswirtschaft

Die Funktion Volkswirtschaft weist gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung von 14.8 Mio. Franken aus. Für die Abweichung sind insbesondere die im Vorjahr noch unter dieser Funktion enthaltenen Abschreibungen für den Investitionsbeitrag Messe Basel 2012 verantwortlich.

9 Finanzen und Steuern

Das Ergebnis dieser Funktion liegt um 82.0 Mio. über dem Budget 2011. Diese Zunahme ist wesentlich verursacht durch die höheren Steuereinnahmen (108.6 Mio. Franken), tiefere Passivzinsen und Finanzierungsgebühren (15.2 Mio. Franken) sowie durch den höheren Anteil an der direkten Bundessteuer (6.0 Mio. Franken). Diesen Mehreinnahmen und Minderausgaben steht der um 41.2 Mio. Franken geringere Anteil am Nationalbankgewinn gegenüber.

10 Die Erläuterungen

10.1 Glossar der finanziellen Fachbegriffe

Abschreibungen

Es gibt sowohl Abschreibungen auf Guthaben und Anlagen des Finanzvermögens als auch Abschreibungen auf den Restbuchwerten des Verwaltungsvermögens. Abschreibungen bilden den Werteverzehr einer Anlage durch ihren ständigen Gebrauch ab. Es wird zwischen planmässiger und ausserplanmässiger Abschreibungen unterschieden.

Planmässige Abschreibungen werden aufgrund der Entwertung durch Alterung und durch Nutzung auf die Abschreibungsdauer verteilt (siehe auch Nutzungsdauer).

Ausserplanmässige Abschreibungen sind dauernde Wertminderungen, die nicht durch ordentliche Nutzung begründet sind.

Allgemeiner Nettoertrag (ANE)

Der Allgemeine Nettoertrag ist eine strukturelle (finanzielle) Kennzahl im Kanton Basel Stadt. Das Ergebnis der Laufenden Rechnung setzt sich zusammen aus dem Ordentlichen Nettoaufwand (ONA), dem Allgemeinen Nettoertrag (ANE) und den Abschreibungen des Verwaltungsvermögens. Der Allgemeine Nettoertrag bezeichnet den nicht spezifischen, d.h. den allgemeinen Ertrag (z.B. allgemeiner Steuerertrag, Vermögensertrag, Liegenschaftserträge, Anteile an Bundessteuern, Nationalbankgewinne) abzüglich allgemeinem Aufwand (z.B. Zinsaufwand auf den Staatsschulden, Aufwand im Zusammenhang mit Bewirtschaftung des Finanzvermögens). Positionen aus dem Ordentlichen Nettoaufwand sind im ANE nicht enthalten.

Anhang

Der Anhang ist Teil der Jahresrechnung. Dort werden die für die Erstellung der Jahresrechnung massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze und das zugrunde liegenden Rechnungsmodells beschrieben. Zudem werden einzelne wichtige Positionen der Jahresrechnung erläutert. Der Anhang enthält weitere Angaben, welche für die Beurteilung der finanziellen Lage und der Risikosituation von Bedeutung sind.

Anlagen

Anlagen sind langfristig investierte Sachmittel, die dem dauernden Geschäftsbetrieb für die Erzeugung von Leistungen dienen und nicht unmittelbar in die Erzeugung eingehen, wie z.B. Verbrauchsmaterial.

Anlagespiegel

Der Anlagespiegel ist eine detaillierte Information im Anhang zur Entwicklung wesentlicher Positionen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens (Sachgüter, Darlehen, Beteiligungen).

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung sind gesetzliche Anteile anderer Gemeinwesen am Ertrag bestimmter Abgaben sowie sonstige Beiträge, bei denen das begünstigte Gemeinwesen

frei den Verwendungszweck bestimmt.

Artengliederung

Artengliederung bezeichnet die Gliederung der Verwaltungsrechnung nach dem Kontenrahmen der öffentlichen Haushalte.

Aufgabenfeld

Die nach aussen gerichteten Tätigkeiten der Verwaltung, d.h. jene, die direkt Wirkungen für die Bevölkerung haben sollen, werden in den Aufgabenfeldern abgebildet. Aufgabenfelder umfassen jeweils inhaltlich ähnliche Produktgruppen. Jedes Aufgabenfeld ist aus Gründen der Organisation/Führung eindeutig einem Departement zugeordnet.

Aufwand

Als Aufwand werden Ausgaben der Laufenden Rechnung (Erfolgsrechnung) bezeichnet wie z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsen, Beiträge usw. Investitionsausgaben für Vorhaben, die mehr als 300'000 Franken betragen, sind in der Investitionsrechnung abgebildet und belasten die Laufende Rechnung über die Abschreibungen.

Beiträge für eigene Rechnung

Beiträge für eigene Rechnung sind eingehende Laufende Beiträge, die das Gemeinwesen von Dritten erhält und die einer bestimmten Zweckbindung unterliegen. Im Gegensatz zu den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung ist hier das Gemeinwesen in der Verwendung dieser Mittel nicht frei.

Bilanz

Die Bilanz ist die Bestandesrechnung und Teil der Jahresrechnung. Sie beinhaltet eine stichtagbezogene Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiven) und Verpflichtungen (Passiven). Die Residualgrösse bildet bei einem Aktivenüberschuss das Eigenkapital, bei einem Passivenüberschuss der Bilanzfehlbetrag. Die Bilanz ist wie folgt gegliedert:

Gliederung der Aktiven: Finanz-, Verwaltungsvermögen und Spezialfinanzierungen.

Gliederung der Passiven: Kurzfristiges Fremdkapital, langfristiges Fremdkapital, Spezialfinanzierungen und Eigenkapital / Bilanzfehlbetrag.

Bilanzfehlbetrag

Unter Bilanzfehlbetrag (= negatives Eigenkapital) sind durch Eigenkapital nicht abgedeckte Aufwandüberschüsse der Laufenden Rechnung zu verstehen. Ein Bilanzfehlbetrag kann nur durch Rechnungsüberschüsse oder durch Zugänge von Umbewertungs- oder Neubewertungsreserven in den Folgejahren abgetragen werden.

Bonität

Die Zahlungsfähigkeit eines Schuldners wird als Bonität bezeichnet. Sie umfasst die Beurteilung von Marktteilnehmern bezüglich Zahlungsfähigkeit, Kreditwürdigkeit und Liquiditätsfähigkeit. Je besser die Bonität eines Schuldners eingestuft wird, desto geringer fällt der Risikozuschlag als Bestandteil des zu bezahlenden Zinses aus.

Bruttoprinzip

Das Bruttoprinzip verbietet die Verrechnung von Aktiven mit Passiven oder Aufwendungen mit Erträgen (Verrechnungs- oder auch Saldierungsverbot). Ziel des Bruttoprinzips ist das Erreichen einer Transparenz der einzelnen Positionen des Haushalts.

Bruttoschulden

Bruttoschulden sind Fremdkapital (inkl. Spezialfinanzierungen), d.h. Passiven der Bilanz abzüglich Eigenkapital (falls vorhanden).

Buchführungsgrundsätze

Buchführungsgrundsätze sind allgemeine Handlungsanleitung für die Buchführung. Der Zweck von Buchführungsgrundsätzen ist die Sicherstellung der Vollständigkeit, der Nachprüfbarkeit und der Verhinderung von Willkür bei der Verbuchung der Geschäftsvorfälle.

Buchwert

Als Buchwert wird der nach den Grundsätzen der Vermögensbewertung in der Bilanz eingestellte Wert eines Vermögensbestandteiles (Finanz- und/oder Sachanlagen) bezeichnet.

Budget

Das Budget ist eine Zusammenstellung der Finanzzahlen (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) für das kommende Jahr. Das Budget wird vom Regierungsrat dem Grossen Rat vorgelegt und von diesem beschlossen.

Cash Flow

Die selbst erarbeiteten Mittel, die zur Finanzierung von Investitionen oder zur Schuldentilgung zur Verfügung stehen, werden als Cash Flow bezeichnet. Der Cash Flow zeigt die Selbstfinanzierungskraft einer Organisation und damit auch ihren Finanzierungsspielraum.

Darlehen und Beteiligungen (Investitionsrechnung)

Dabei handelt es sich um Investitionsausgaben für Darlehen und Beteiligungen, die mit der öffentlichen Aufgabenerfüllung im Zusammenhang stehen und deshalb nicht realisiert, d.h. auch nicht verkauft werden dürfen. Die Ausgaben werden am Ende der Rechnungsperiode im Verwaltungsvermögen aktiviert.

Dienststelle

Die Dienststelle ist die kleinste organisatorische Verwaltungseinheit, die in einer vollständigen, in sich geschlossenen Buchhaltung, bestehend aus der Bestandes-, der Laufenden- und der Investitionsrechnung abgebildet werden kann. Auf Ebene Dienststelle wird das Budget durch den Grossen Rat beschlossen.

Eigene Beiträge

Nichtrückzahlbare Leistungen aus eigenen Mitteln für Konsumzwecke, bei denen der Empfänger keine direkte Gegenleistung für den entrichteten Betrag erbringt. Dazu gehören namentlich Betriebs- und Defizitbeiträge, Subventionen sowie Sozialleistungen an private Haushalte.

Eigenkapital

Eigenkapital entsteht in der Regel durch Ertragsüberschüsse der Laufenden Rechnung, aber auch durch Zugänge von Neubewertungsreserven (Umbewertungsreserven). Es dient vorab zur Verminderung oder gänzlichen Deckung künftiger Aufwandüberschüsse und als Reserve für künftige Verpflichtungen. Diese Reserve ist an keinen bestimmten Zweck gebunden.

Eigenkapitalveränderungsnachweis

Der Eigenkapitalveränderungsnachweis ist eine Übersicht, in welcher die Ursachen von Veränderungen einzelner Bestandteile des Eigenkapitals (Staatskapital) aufgezeigt respektive tabellarisch wiedergegeben werden. Der Eigenkapitalveränderungsnachweis wird im Anhang zur Staatsrechnung dargestellt.

Einlagen in Spezialfinanzierungen

Einlagen in Spezialfinanzierungen bedeutet die Reservierung bestimmter Erträge oder allgemeinen Staatsmittel aufgrund gesetzlicher oder rechtlich gleichwertiger Vorschriften für die vollständige oder teilweise Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe. Dabei werden Einnahmen zunächst über die Laufende Rechnung geführt und dann mittels Fondseinlage dem entsprechenden Fondskonto gutgeschrieben.

Einnahmen

Einnahmen sind Zahlungen von Dritten einschliesslich debitorischer Guthaben (= an Dritte fakturierte und abgegrenzte transitorische Beträge).

Entgelte

Entgelte sind Erträge aus Lieferungen und Leistungen, die der Kanton für Dritte erbringt (z.B. Spital- und Heimtaxen, Erlös aus Personentransport etc.), sowie Ersatzabgaben, Erträge aus Bussen, Rückerstattungen von Privaten und Eigenleistungen für Investitionen.

Ertrag

Als Ertrag werden Einnahmen der Laufenden Rechnung, z.B. Steuereinnahmen, Vermögenserträge, Bundesbeiträge, Entgelte bezeichnet. Beiträge für Investitionen von mehr als 300'000 Franken sind nicht im Ertrag, sondern in den Einnahmen der Investitionsrechnung (Investitionseinnahmen)

enthalten.

Eventualverbindlichkeit

Eine Eventualverbindlichkeit ist eine mögliche Verpflichtung (z.B. Garantien), die aus einem Ereignis der Vergangenheit resultiert und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten künftiger Ereignisse bedingt ist, die nur teilweise beeinflusst werden können (daher keine Bilanzierung, Offenlegung im Anhang).

Oder es ist eine gegenwärtige Verpflichtung, die auf vergangenen Ereignissen beruht (z.B. Bürgschaften), jedoch in der Rechnung nicht erfasst wird, weil ein Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtung nicht zuverlässig geschätzt werden kann (Offenlegung im Anhang).

Fair Presentation

Die Jahresrechnung gibt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wieder. Synonym von true and fair view.

Finanzierungsfehlbetrag

Der durch eigene Mittel (Selbstfinanzierung) nicht gedeckte Teil an den Nettoinvestitionen wird als Finanzierungsfehlbetrag bezeichnet. Der Fehlbetrag kann durch kurzfristige überschüssige Liquidität oder aber durch Geldaufnahme am Kapitalmarkt (Neuverschuldung) ausgeglichen werden.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo ist die Differenz zwischen den in einer Periode erzielten (erwirtschafteten) eigenen Mitteln und den Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 300'000 Franken betragen. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Investitionen teilweise über zusätzliche Verschuldung finanziert werden mussten.

Finanzierungsüberschuss

Der Finanzierungsüberschuss ist ein positiver Finanzierungssaldo. Der Finanzierungsüberschuss umfasst die für die Finanzierung der Nettoinvestitionen nicht benötigten eigenen Mittel der Rechnungsperiode, die z. B. für Schuldentrückzahlung oder für Anlagen verwendet werden können (= Gegenteil vom Finanzierungsfehlbetrag).

Finanzinstrument

Unter einem Finanzinstrument ist ein Schuld- bzw. Forderungsverhältnis zu verstehen, das gleichzeitig bei der einen Vertragspartei zu einem finanziellen Vermögenswert und bei der Gegenpartei zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einer Position mit Eigenkapitalcharakter führt (Kredite, derivative Finanzinstrumente, Anleihen, usw.).

Finanzplan

Der Finanzplan ist ein Planungsinstrument, welches über die mutmassliche mittelfristige Entwicklung des Aufwandes und Ertrags der Laufenden Rechnung und über die vorgesehenen Investitionen orientiert. Ein Planungshorizont umfasst in der Regel zwischen drei und fünf Jahren (im Kanton Basel-Stadt vier Jahre).

Finanzrechnung

Die Finanzrechnung ist die Rechnung, die zeigt, wie die Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 300'000 Franken betragen, durch eigene Mittel finanziert werden konnten.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert, d.h. verkauft werden können. Der Entscheid über Kauf oder Verkauf von Teilen des Finanzvermögens liegt in der Kompetenz der Exekutive (Regierungsrat).

Flüssige Mittel

Flüssige Mittel sind Gelder, die jederzeit zur Verfügung stehen und die sofort als Zahlungsmittel eingesetzt werden können (Kassa-, Post- und Bankguthaben).

Fonds

Zuwendungen von Dritten, die dem Kanton unter der Auflage einer Zweckbindung gemacht werden oder die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen aus Voranschlagskrediten stammen, werden als Fonds bezeichnet. Einnahmen und Ausgaben laufen nicht über die Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung) sondern werden direkt dem Fondskonto gutgeschrieben oder belastet.

Fremdkapital

Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den öffentlichen Schulden (Kurz-, Mittel- und Langfristschulden), den Rückstellungen, den transitorischen Passiven, den verwalteten Geldern und Verpflichtungen für Sonderrechnungen (z.B. Stiftungsgelder, Legate u.a.) sowie den im Fremdkapital geführten Spezialfinanzierungen.

Funktionale Gliederung

Die Funktionale Gliederung ist eine statistische Gliederung der Verwaltungsrechnung nach Aufgaben. Sie gewährt einen Einblick in die unterschiedlichen Aufgabenstrukturen (z.B. Öffentliche Sicherheit, Bildung, Kultur und Freizeit, Gesundheit etc.) eines Gemeinwesens. Die funktionalen Bereiche sind gesamtschweizerisch einheitlich für alle Gemeinwesen verbindlich vorgegeben.

Geldflussrechnung

Geldflussrechnung wird auch Mittelflussrechnung genannt. Sie ist eine verfeinerte finanzwirtschaftliche Bewegungsbilanz. Es werden Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel und der Liquiditätsstatus dargestellt.

Globalbudget

Das Globalbudget bildet einen Teil der Finanzrechnung und basiert auf einer Kostenrechnung. Die Mittelzuteilung erfolgt nicht mehr nach Ausgabenarten (Personal, Sachaufwand, Zinsen, etc.). Die Legislative beschliesst jährlich die Einnahmen und Ausgaben pro Produktgruppe, wobei Mehrausgaben bei entsprechenden Mehreinnahmen pro Produktgruppe möglich sind. Die Verwaltungsstellen mit Globalbudget erhalten damit einen grösseren Handlungsspielraum in der Verwendung der ihnen zugeteilten finanziellen Ressourcen. Globalbudgets sind dabei mit einem Leistungsauftrag verknüpft.

Im Kanton Basel-Stadt arbeiten die staatlichen Museen und der Öffentliche Verkehr (ÖV) mit Globalbudgets (vergleiche auch §9 Museumsgesetz oder §14 Gesetz über den Öffentlichen Verkehr).

Grossinvestitionen

Als Grossinvestition gilt in Basel-Stadt die Ausgabe für ein Anlagengut, sofern die Anschaffungs- oder Herstellkosten dieses Gutes 300'000 Franken und mehr betragen. Grossinvestitionen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und nach Staatsrecht degressiv gemäss Rechnungslegungsgrundsätzen sowie in der Kostenrechnung linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben (vergleiche auch Kleininvestitionen).

Guthaben

Guthaben sind kurzfristig realisierbare Forderungen, die auf einem öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Anspruch des Kantons gegenüber anderen öffentlichen Körperschaften oder Privaten beruhen und entsprechend ihrer Fälligkeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können, also kurzfristig realisierbar sind.

Harmonisiertes Rechnungsmodell (HRM)

Harmonisiertes Rechnungsmodell für die öffentlichen Haushalte. 1970 nahm die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FdK) das Nebeneinander der verschiedenen Rechnungslegungen der Kantone zum Anlass, einen neuen Anlauf für eine Harmonisierung der öffentlichen Rechnungslegung einzuleiten. 1977 erschien die erste Ausgabe des Handbuchs des Rechnungswesens der öffentlichen Haushalte (heute HRM). 1981 wurde eine zweite, erweiterte Auflage publiziert, die heute noch ihre Gültigkeit hat. Das Handbuch regelt einen einheitlichen Ausgabenbegriff, die Unterteilung der Verwaltungsrechnung in eine Laufende- und eine Investitionsrechnung sowie einen einheitlichen Kontenrahmen. Weiter werden Einnahmen und Ausgaben bestimmten Funktionen zugeordnet (z.B. Öffentliche Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Soziale Wohlfahrt, Verkehr u.a.).

HRM2

Im 2008 hat die FdK die Fachempfehlungen, die eine von ihr eingesetzte Fachkommission ausgearbeitet hat, verabschiedet und den Kantonen und Gemeinden empfohlen, diese so rasch wie möglich, d.h. innerhalb der kommenden zehn Jahre umzusetzen. HRM2 soll das HRM ablösen und orientiert sich an den gängigsten, auch international anerkannten Rechnungslegungsstandards sowie nach dem neuen Rechnungsmodell des Bundes (NRM).

International Financial Reporting Standards (IFRS)

Die IFRS sind eine Sammlung von Regeln für die Rechnungslegung betriebswirtschaftlicher Unternehmen. Sie umfassen die Standards, wie sie vom International Financial Accounting Standards Board (IASB) herausgegeben werden. Aktuell sind über 40 Empfehlungen publiziert, die laufend den neusten Entwicklungen und Bedürfnissen angepasst werden. Die IFRS sollen die Vergleichbarkeit der Abschlüsse kapitalmarktorientierter Unternehmen erleichtern, den Schutz der Anleger verbessern und das Vertrauen in die Finanzmärkte und den freien Kapitalverkehr im Binnenmarkt stärken, um nur die wichtigsten Ziele zu nennen. In der Schweiz hat die Zulassungsstelle der Schweizer Börse (SWX) am 11. November 2002 entschieden, dass alle inländischen börsennotierten Nichtbanken des Hauptsegmentes ab 2005 die IFRS oder die US-GAAP, das amerikanische Regelwerk für dort börsennotierte Unternehmen, einzuhalten haben.

Indikatoren

Indikatoren zeigen auf, woran eine Zielerreichung gemessen werden soll.

Institutionelle Gliederung

Die institutionelle Gliederung ordnet die Staatsrechnung in erster Priorität nach Departementen und Dienststellen (erste Ziffer: Klassifikationsnummer des Departementes, folgende 3 Ziffern: Klassifikationsnummer der Dienststelle). Sie gilt nur für grössere Gemeinwesen.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Das Interne Kontrollsystem bezeichnet Vorgänge, Methoden und Massnahmen um den Wirkungsgrad der operativen Geschäftsprozesse zu optimieren, die Verlässlichkeit des Rechnungswesens und der Finanzinformationen zu gewährleisten, das Kantonsvermögen vor ungerechtfertigtem Geldabfluss zu schützen und die Einhaltung bestehender und anwendbarer Gesetze, Weisungen und Richtlinien sicherzustellen.

Interne Verrechnungen

Interne Verrechnungen sind Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb des eigenen Gemeinwesens (Kantons).

Investitionsausgaben

Investitionsausgaben sind Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten. Ferner Beiträge an den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von Vermögenswerten Dritter mit Nutzungsauflagen (Investitionsbeiträge) sowie Darlehen und Beteiligungen im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren abgeschrieben.

Investitionsbeiträge (an Dritte)

Investitionsbeiträge (an Dritte) sind aktivierte Beiträge à fonds perdu an Investitionen von Dritten, die das Gemeinwesen durch seine Hilfe fördert. In Basel-Stadt wie auch in vielen anderen Kantonen werden diese nach Staatsrecht im Jahr der Auszahlung auf Null abgeschrieben.

Investitionseinnahmen

Als Investitionseinnahmen gelten alle Leistungen Dritter, an die Finanzierung von Investitionsvorhaben (Bsp. Bundesbeiträge an den Nationalstrassenbau und -unterhalt der Privatbeiträge an Kulturinvestitionen).

Investitionsrechnung

Als Investitionsrechnung wird die Rechnung bezeichnet, die sämtliche Ausgaben und Einnahmen (Beiträge) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen enthält, die grösser als 300'000 Franken sind. Andere Kantone kennen andere Betragsuntergrenzen.

International Public Sector Accounting Standards (IPSAS)

Es handelt sich bei IPSAS um Rechnungslegungsstandards für öffentliche Haushalte. Die IPSAS werden durch das IPSAS-Board (IPSASB) der IFAC, der International Federation of Accountants, einer internationalen Vereinigung von Wirtschaftsprüfern erlassen. Sie basieren auf den IFRS (früher IAS genannt) und sind auf die spezifischen Bedürfnisse von Organisationseinheiten des öffentlichen Sektors angepasst. Die ersten vom IPSASB erlassenen Regelwerke sind praktisch Kopien von bereits früher veröffentlichten Standards des IFRSB. Seit 1. Januar 2007 orientiert sich die Rechnung des Bundes an IPSAS. Auch das von der FdK anfangs 2008 verabschiedete neue Rechnungsmodell HRM2 orientiert sich an diesem Regelwerk. Vergleiche auch die Ausführungen zu IFRS.

Jährlichkeitsprinzip

Das Jährlichkeitsprinzip bedeutet, dass nicht beanspruchte Kredite auf Ende eines Rechnungsjahres verfallen.

Kalkulatorische Positionen

Kalkulatorische Positionen sind Grössen, die nicht direkt geldwirksam bei der nutzniessenden Dienststelle ausgegeben bzw. eingenommen werden, sondern rein rechnerisch zum Ergebnis zugeschlagen werden. Einerseits betrifft dies Querschnittskosten für Leistungen v.a. aus den Bereichen Informatik, Personal und Finanzen, welche zwar zu Gunsten eines bestimmten Aufgabenfeldes erbracht, jedoch von diesem nicht bezahlt werden. Andererseits sind die kalkulatorischen Zinsen auf Anlagen (da die Beschaffung von Anlagen über die Finanzverwaltung finanziert wird, werden diese Zinsen nicht durch die nutzniessenden Dienststellen bezahlt) sowie Abschreibungen (gemäss Nutzungsdauer einer Investition) bzw. kalkulatorische Mieten enthalten.

Kapitalkosten

Als Kapitalkosten werden Zinsen und Abschreibungen auf dem investierten Kapital bezeichnet.

Kennzahlen

Kennzahlen stellen Grössen dar, die als Zahlen einen quantitativ messbaren Sachverhalt wiedergeben und relevante Tatbestände sowie Zusammenhänge in einfacher und verdichteter Form kennzeichnen sollen. Als Kennzahlen lassen sich sowohl absolute als auch Verhältniszahlen verwenden. Kennzahlen ermöglichen rasche Vergleiche (siehe auch Benchmarking).

Kleininvestitionen

Als Kleininvestitionen werden in Basel-Stadt Investitionen im Bereich Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge, Einrichtungen und Informatik gezählt, die einen Anschaffungswert von mindesten 50'000 Franken und maximal 300'000 Franken haben. Diese Anlagen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und nach Staatsrecht linear über die geschätzte Nutzungszeit abgeschrieben. Kleininvestitionen werden auch als GWG-Investitionen bezeichnet wobei GWG für „geringwertiges Wirtschaftsgut“ steht. Investitionen von weniger als 50'000 Franken werden nicht über die Anlagenbuchhaltung geführt sondern direkt im Sachaufwand einer Kostenstelle belastet. Im Bereich Hoch- und Tiefbau kennt der Kanton Basel-Stadt seit der Harmonisierung der finanziellen Steuerungsgrössen (ONA) ab 2007 keine Kleininvestitionen mehr. Beträge bis 300'000 Franken im Bereich der Hoch- und Tiefbauten werden direkt der Laufenden Rechnung belastet.

Kurzfristige Schulden

Kurzfristige Schulden sind Kontokorrent-Schulden bei Banken und kurzfristige Darlehens-Schulden, die zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe benötigt werden. Kurzfristige Schulden sind innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung fällig.

Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung ist diejenige Rechnung, die sämtliche laufende Aufwands- und Ertragspositionen enthält (Investitionen grösser als 300'000 Franken sind mit den Abschreibungen berücksichtigt). Die Laufende Rechnung entspricht, mit einer etwas anderen Gliederung (Kontenplan), der Erfolgsrechnung in der Privatwirtschaft.

Laufende Verpflichtungen

Laufende Verpflichtungen sind alle Verpflichtungen, die kurzfristig fällig sind oder fällig werden können, sowie jene Verbindlichkeiten, welche aus Lieferungen oder Leistungen Dritter an den Kanton entstanden sind.

Legislaturplan

Der Legislaturplan bietet einen Überblick über die mittelfristige politische Planung des Regierungsrats und umfasst einen Legislaturzeitraum. Er stützt sich auf die Analysen und Studien der Departemente und auf Zahlen und Fakten, die beispielsweise im Rahmen der Nachhaltigkeitsberichterstattung laufend aktualisiert werden. Er definiert die Stossrichtung der (baselstädtischen) Politik und entwickelt entsprechende Zielsetzungen. Der Legislaturplan löst ab 2011 den Politikplan ab. In den Berichterstattungen des Regierungsrates zu Budget und Rechnung wird jeweils auf die Legislaturziele Bezug genommen.

Leistungsverrechnung

Unter Leistungsverrechnung wird die Interne Verrechnungen und die kreditwirksame Verrechnung von Leistungen zwischen Verwaltungseinheiten verstanden.

Mittel- und langfristige Schulden

Mittel- und langfristige Schulden sind zur Finanzierung der Bedürfnisse der Investitionsrechnung und des Finanzvermögens. Mittelfristige Schulden haben eine Restlaufzeit zwischen zwei und

fünf Jahren, Langfristschulden eine solche von über fünf Jahren.

Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen (NIV)

Der Saldo zwischen Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen (z.B. Bundesbeiträge an Nationalstrassenbau) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen wird als Nettoinvestition in das Verwaltungsvermögen bezeichnet. Die Aufnahme bzw. Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen sind darin nicht enthalten. Neben dem ONA und ANE ist das NIV eine der finanziellen Steuerungsgrössen im Kanton Basel-Stadt.

Nettoschuld

Die Nettoschuld ist der Saldo zwischen dem Total Fremdkapital (inkl. den Spezialfinanzierungen mit Fremdkapitalcharakter) und dem Finanzvermögen.

Neubewertungsreserven

Neubewertungsreserven sind Aufwertungsgewinne, die durch Neubewertung von Teilen des Finanzvermögens (v.a. Renditeliegenschaften) entstehen und welche direkt in das Eigenkapital (=Staatskapital) und nicht erfolgswirksam über die Laufende Rechnung verbucht werden. Eine Neubewertungsreserve liegt dann vor, wenn der aktuelle Wert eines Objektes über dem Restbuchwert der (Finanz-)Buchhaltung liegt. Liegt der aktuelle Wert unter dem Restbuchwert der Buchhaltung, wird eine Abschreibung auf dem Objekt verbucht.

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen will die Mängel des bis 2007 geltenden Finanzausgleichs beheben. Die Wettbewerbsfähigkeit der Kantone und der Schweiz soll dabei nicht beeinträchtigt werden.

Die NFA ersetzt ein Gewirr von mehr als 30 Ausgleichszahlungen zwischen Bund und Kantonen durch wenige transparente Instrumente. Die NFA trägt zu einem Abbau des finanziellen Gefälles zwischen den Kantonen bei. Während Gebirgskantone in den Genuss eines geografisch/topografischen Lastenausgleichs kommen, werden Zentrums Kantone für ihre Sonderlasten neu durch den so genannten soziodemografischen Lastenausgleich entschädigt.

Mit der NFA wird die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen neu geregelt. Sie beendet weitgehend unnötige doppelte Verantwortlichkeiten. Die Aufgabenentflechtung schafft klare Zuständigkeiten für den Bund und die Kantone.

Nutzungsdauer

Synonyme zu Nutzungsdauer sind Lebensdauer oder Lebenszyklus. Dabei handelt es sich um die Anzahl Jahre bis zu dem Zeitpunkt, an dem ein System/eine Anlage aus technischen oder ökonomischen Gründen ersetzt werden muss. Die Nutzungsdauer muss nicht gleich sein der Abschreibungsdauer von Anlagenobjekten in der Finanzbuchhaltung.

Ordentlicher Nettoaufwand (ONA)

Der Ordentliche Nettoaufwand ist der departementsspezifische Aufwand (ohne Abschreibungen auf Investitionen grösser als 300'000 Franken) abzüglich departementsspezifischer Ertrag. Positionen aus dem Allgemeinen Nettoertrag (v.a. Steuererträge, Passivzinsen, Aufwand und Ertrag des Finanzvermögens und Anteile an nicht zweckgebundenen Bundeseinnahmen) sind im ONA nicht enthalten. Eine der wichtigsten Steuerungsgrössen der Finanzen im Kanton Basel-Stadt.

Passivzinsen

Als Passivzinsen werden Zinsen bezeichnet, die für die Inanspruchnahme fremder Mittel (Fremdkapital) bezahlt werden müssen.

Periodengerechtigkeit

Periodengerechtigkeit wird auch Accrual Accounting genannt. Bei der periodengerechten Buchhaltung werden Geschäftsvorfälle dann in der Buchhaltung erfasst, wenn sie auftreten und nicht, wenn ein Zahlungsmittel eingeht oder bezahlt wird. Sie werden in derjenigen Periode in der Buchhaltung erfasst und im Abschluss der Periode ausgewiesen, der sie zuzurechnen sind.

Personalaufwand

Personalaufwand umfasst Löhne, Sozial- und andere Versicherungsbeiträge, Anwerbung, Ausbildung und Information, Naturalleistungen, Zulagen, Vergünstigungen jeglicher Art an die Behördemitglieder und das aktive Personal sowie an temporäre Arbeitskräfte. Als Personalaufwand verbucht werden auch Renten, Ruhegehälter, Teuerungszulagen an Pensionierte, für deren Lohnzahlungen das Gemeinwesen zuständig war.

Produkte

Produkte sind mess- und kalkulierbare Leistungen der Verwaltungsstelle zuhanden externer Dritter. Über die Produkte löst die Verwaltungsstelle ihren gesellschaftlichen Auftrag ein und deckt den Bedarf der Zielgruppe.

Produktgruppe

Produktgruppen sind Gruppe von einzelnen, relativ homogenen Leistungen, mit welchen möglichst effizient und effektiv eine politisch gewünschte Wirkung erzielt werden soll. Produktgruppen stellen im Rahmen der Planung und des Reportings den Unterbau zu den Aufgaben- und Ressourcenfeldern dar. Sie bilden die Steuerungsebene der Departemente ab.

Rechnung

Die Rechnung ist eine Zusammenstellung der Finanzzahlen für das vergangene Jahr, wobei den Ist-Werten die für die Rechnungsperiode budgetierten Werte sowie die Vorjahreswerte gegenübergestellt werden.

Rechnungsabgrenzung

Rechnungsabgrenzung ist die Erfassung von Aufwand und Ertrag in der Periode der Verursachung.

Ressourcenfeld

Die Ressourcenfelder enthalten diejenigen Tätigkeiten der Verwaltung, die den aussengerichteten Aufgabenfeldern notwendige Ressourcen zur Verfügung stellen (v.a. Personal-, Raum-, Informatik- und Finanzdienstleistungen). Sie haben keinen Selbstzweck, sondern ermöglichen die Leistungen in den Aufgabenfeldern. Diese können in verschiedenen Departementen erbracht werden.

Rückstellungen

Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe aber noch nicht genau bekannte Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt immer in der abzuschliessenden oder gar in einer früheren Rechnungsperiode. Die Höhe der Rückstellung muss zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages dem zu erwarteten Verlust oder Geld-, Güter- oder Leistungsabgang ohne Gegenleistung entsprechen. Die Bildung von Rückstellungen zur Reservebildung oder Ergebnissteuerung ist nicht erlaubt. Nicht mehr benötigte Rückstellungen müssen nach Finanzhaushaltsgesetz (FHG) aufgelöst werden.

Sachaufwand

Sachaufwand ist Aufwand für die Beschaffung aller Konsumgüter (z.B. Büromaterial, Drucksachen, Unterhalt und Reparaturen für Anlagen aller Art, Verbrauchsmaterialien, Mieten, Versicherungen, Dienstleistungen u.a.), die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht.

Saldo Vollkosten (SVK)

Saldo Vollkosten ist der Ordentliche Nettoaufwand der Aufgabenfelder zuzüglich kalkulatorischen Kosten (kalkulatorische Abschreibung und Zinsen auf den Grossinvestitionen) und Umlagen von Querschnittsleistungen (primär mittels eines Umlageschlüssels umgelegten Vollkosten der Ressourcenfelder).

Schuldenbremse

Die Schuldenbremse war der Titel einer Verfassungsänderung in der Schweiz, die am 22. Juni 2001 durch die Bundesversammlung und am 2. Dezember 2001 per Volksabstimmung beschlossen wurde. Durch diese Verfassungsregelung sollte der Bund verpflichtet werden, Einnahmen und Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht zu halten. Die Schuldenbremse ist seit 2003 in Kraft. Seit der Einführung hat sich der Schuldenstand ungefähr stabilisiert und die Verschuldungsquote ist rückläufig. Inzwischen verfügen auch viele Kantone über ein solches Steuerungsinstrument.

Im Kanton Basel-Stadt ist die Schuldenbremse als Nettoschuldenquote in Artikel 4 des Finanzhaushaltsgesetzes definiert und seit Mitte 2006 wirksam. Die Nettoschuldenquote des Kantons, definiert als Nettoschuld des Kantons relativ zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz, darf nicht mehr als 7.5 Promille betragen. Im Juni 2010 hat der Grosse Rat die Schuldenbremse angepasst und den Satz auf 6.5 Promille gesenkt.

Selbstfinanzierung

Die Selbstfinanzierung ist die Summe des Saldos der Laufenden Rechnung, der Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen sowie der Veränderung des zweckgebundenen Eigenkapitals

(Spezialfinanzierungen mit Eigenkapitalcharakter). Die Selbstfinanzierung zeigt die selbst erarbeiteten (flüssigen) Mittel eines Gemeinwesens und ist dem Begriff Cash Flow bei Privatunternehmen ähnlich.

Selbstfinanzierungsgrad

Die Selbstfinanzierung wird berechnet als die Selbstfinanzierung in Prozent des Saldos der Investitionsrechnung. Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt den Anteil an den Nettoinvestitionen, den der Kanton aus eigenen Mitteln finanzieren konnte.

Spezialfinanzierungen

Eine Spezialfinanzierung liegt vor, wenn aufgrund gesetzlicher oder rechtlich gleichwertiger Vorschriften bestimmte Erträge ganz oder teilweise für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe eingesetzt werden (Zweckbindung) müssen.

Stetigkeit

Als Stetigkeit wird Beibehaltung der Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch der Strukturen der Finanzberichterstattung über einen längeren Zeitraum bezeichnet. Stetigkeit ist Voraussetzung für zuverlässige Vergleiche. Notwendige Änderungen werden transparent ausgewiesen.

Transitorische Aktiven oder aktive Rechnungsabgrenzungen

Transitorische Aktiven sind kurzfristige Geldforderungen, die in ihrer Höhe bekannt und im laufenden Rechnungsjahr Ertrag geworden sind, aber erst im neuen Jahr vereinnahmt werden.

Transitorische Passiven oder passive Rechnungsabgrenzungen

Transitorische Passiven sind kurzfristige Verpflichtungen, die in ihrer Höhe bekannt und im laufenden Rechnungsjahr Aufwand geworden sind, aber erst im neuen Jahr verausgabt (in Rechnung gestellt oder bezahlt) werden.

Umlageschlüssel

Ein Umlageschlüssel ist ein möglichst verursachergerechter Schlüssel; er dient dazu, die Kosten der Leistungen, die in einem Ressourcenfeld zugunsten eines Aufgabenfeldes erbracht werden, dem entsprechenden Aufgabenfeld zuzuteilen.

Vermögenserträge

Vermögenserträge sind Aktivzinsen und andere Erträge aus den Geld- und Kapitalanlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens, inklusive Gewinnablieferung von selbstständigen und unselbstständigen Anstalten oder Dritter sowie Liegenschaftserträge des Finanz- und Verwaltungsvermögens.

Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen und über mehrere Rechnungsjahre genutzt werden und daher nicht zum Verkauf bestimmt sind. Darunter fallen Grundstücke, Tiefbauten, Hochbauten, Waldungen, Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge. Der Entscheid über Kauf (= Investitionsausgabe) oder Verkauf (= vorgängige Umwidmung ins Finanzvermögen) von Teilen des Verwaltungsvermögens liegt in der Kompetenz der Legislative (Grosser Rat).

Vollkostenrechnung

Unter Vollkostenrechnung werden alle Kosten inklusive der Fixkosten und der Verwaltungsgemeinkosten eines Produktes oder einer Leistung verstanden, die bei allen beteiligten Kostenstellen anfallen.

Wertberichtigung

Eine Wertberichtigung ist eine Bewertungskorrektur auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen für eingetretene Entwertungen. Bei den Sachanlagen ist es das Gegenkonto zu den (indirekt verbuchten) Abschreibungen.

Wesentlichkeit

Informationen sind wesentlich, wenn ihr Weglassen oder ihre fehlerhafte Darstellung ein falsches Bild des Kantonshaushaltes vermittelt.

Wirtschaftlichkeit

Wirtschaftlichkeit ist das Verhältnis zwischen Input und Wirkung. Wirtschaftliche Verwaltungsführung heisst, dass die Kosten für eine bestimmte Wirkung möglichst tief gehalten werden. Das Verhältnis zwischen Kosten und Wirkung ist gleichbedeutend mit dem Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen (Kosten-Nutzen-Verhältnis). Dieser Haushaltsgrundsatz ist im Finanzhaushaltsgesetz §6 verankert.

11 Die weiteren Berichte zum Budget 2012 im Internet

Der Bericht zum Budget 2012 sowie der dazugehörige Anhang kann im Internet unter folgendem Link elektronisch abgerufen werden:

<http://www.regierungsrat.bs.ch/dokumente>

Inhaltsverzeichnis

1	Budget 2012
2	Die weiteren Berichte zum Budget
2.1	Kostenartengliederung
2.1.1	Gesamtkanton
2.1.2	Grobübersicht Departemente
2.1.3	Detailübersicht Departemente
2.1.4	Detailübersicht Dienststellen
2.2	Institutionelle Gliederung
2.3	Inhaltliche Gliederung
2.4	Funktionale Gliederung
2.5	Die Finanzen der Aufgabenfelder des Regierungsrates